Neue Freie Presse
5./XI. 1916

Besprechungen der Parteien.

In den Tagen der nächsten Woche findet eine Reihe von Sitzungen der deutschen Parteien statt, in denen seitens der Vertreter der Parteien, die mit dem Ministerpräsidenten Fühlung genommen haben, über die politische Lage und über den Inhalt der Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten Bericht erstattet werden wird.

Im Laufe der nächsten Woche werden auch die Leitungsmitglieder und die einzelnen Gruppen des Deutschen Nationalverbandes Sitzungen abhalten, in denen gleichfalls über das Resultat der Fühlungnahme mit dem Ministerpräsidenten Bericht erstattet werden wird.

Am 8. d. wird eine Vollversammlung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft abgehalten, auf deren Tagesordnung die endgültige Konstituierung dieser parlamentarischen Gruppe steht und in der auch zu der durch die Bildung des neuen Ministeriums geschaffenen politischen Lage Stellung genommen werden wird.

Am 9. d. findet die gemeinsame Versammlung der Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes und der Christlichsozialen Vereinigung statt, auf deren Tagesordnung eine eingehende Erörterung der wichtigen Fragen der Volksernährung und staatsfinanzieller Angelegenheiten steht. Auch bei dieser gemeinsamen Beratung der deutschbürgerlichen Abgeordneten wird Gelegenheit genommen werden, über die innerpolitische Lage, wie sie sich durch die Bildung des neuen Ministeriums gestaltet hat, eingehende Aussprache zu pflegen.

Wie wir aus polnischen Abgeordnetenkreisen erfahren, wird demnächst der reichsrätliche Polenklub zu einer Plenarsitzung zusammentreten, um zu der durch die letzten Ereignisse geschaffenen politischen Lage und zu der bevorstehenden Neuordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse in Galizien Stellung zu nehmen.

Die Vorstandssitzung der deutschböhmischen Abgeordneten.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Prag, 4. November.

Die gemeinsame Vorstandssitzung des Deutschen Landtagsverbandes in Böhmen und der Vereinigung der deutschböhmischen Reichsratsabgeordneten, welche heute um 6 Uhr abends im Deutschen Hause zusammentrat, war von den Abgeordneten Dr. Baernreither, Boehr, Dr. Damm, Hartl, Doktor Herold, Keller, Knirsch, Krzepek, Legler, Graf Nostitz, Pacher, Dr. Roller, Doktor Schreiner, Dr. Turnwald, Dr. Urban, Wolf und Zuleger besucht.

In mehr als dreistündiger Beratung wurde die durch die Bildung des Ministeriums Koerber geschaffene neue politischs Lage auf Grund der Berichte erörtert, welche Dr. Baernreither, Pacher und Wolf über ihre Besprechungen mit dem neuen Kabinettschef am 2. d. erstatteten.

Es wurden die der morgigen Vollversammlung vorzulegenden Anträge einstimmig festgestellt, und zwar: 1. eine Entschließung, welche namens der Versammlung vom Vorstande dem Ministerpräsidenten mit einer eingehenden Begründung und Erörterung überreicht werden soll; 2. ein Beschluß, daß auf Grund der von der Lehrerschaft Deutschböhmens beschlossenen Eingabe an die Landesverwaltungskommission der gemeinsame Vorstand sowohl beim Ministerpräsidenten, den Ministern der Finanzen und des Unterrichts wie auch in Prag beim Statthalter und beim Präsidenten der Landesverwaltungskommission vorzusprechen und die Forderungen der Lehrerschaft dringend und nachdrücklichst zu vertreten habe; 3. ein Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Beratung und schleunigen Berichterstattung über das Osterprogramm.

Die Zeit

5./XI. 1916

Erweiterte Autonomie für Galizien.

Handschreiben des Kaisers an Dr. v. Koerber.

* Wien, 4. November.

Die morgige Wiener Zeitung wird das nachstehende allerhöchste Handschreiben veröffentlichen:

„Lieber Dr. v. Koerber!

Im Sinne der von mir mit Seiner Majestät dem deutschen Kaiser getroffenen Vereinbarungen wird aus den von unseren tapferen Heeren der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebieten ein selbständiger Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung gebildet werden.

Bei diesem Anlaß gedenke ich bewegten Herzens vieler Beweise der Hingebung und Treue, die ich im Laufe meiner Regierung seitens des Landes Galizien erfahren habe, sowie der großen und schweren Opfer, die dieses Land im gegenwärtigen Kriege, dem heftigsten feindlichen Anprall ausgesetzt, im Interesse der siegreichen Verteidigung der östlichen Reichsgrenzen zu bringen hatte und die ihm den dauernden Anspruch auf meine wärmste väterliche Fürsorge sichern.

Es ist daher mein Wille, in dem Augenblick, in dem der neue Staat zur Entstehung gelangt, Hand in Hand mit dieser Entwicklung auch dem Lande Galizien das Recht zu verleihen, seine Landesangelegenheiten bis zum vollen Maße dessen, was mit seiner Zugehörigkeit zur staatlichen Gesamtheit und mit deren Gedeihen im Einklang steht, selbständig zu ordnen und damit der Bevölkerung Galiziens die Gewähr ihrer nationalen und wirtschaftlichen Entfaltung zu bieten.

Indem ich Ihnen diese meine Absicht kundtue, beauftrage ich Sie, zu ihrer gesetzmäßigen Verwirklichung geeignete Vorschläge auszuarbeiten und mir vorzulegen.

Wien, am 4. November 1916.

Franz Josef m. p.

Koerber m. p."

Ein offizieller Kommentar.

Hierzu wird offiziell mitgeteilt:

„Die morgige Wiener Zeitung veröffentlicht ein allerhöchstes Handschreiben an den Ministerpräsidenten über die Regelung der künftigen Stellung Galiziens innerhalb der staatlichen Gesamtheit.

Es ist klar, daß das Entstehen eines selbständigen polnischen Staates im Nordosten der Monarchie nicht ohne Rückwirkung auf die Entwicklung der Verhältnisse im Lande Galizien bleiben kann. Infolgedessen ergibt sich die Notwendigkeit, diese letzteren sowohl in Bezug auf die Gesetzgebung als auch auf die Verwaltung der neuen Lage anzupassen. Die in Aussicht genommene Neugestaltung knüpft an die besonderen Verhältnisse an, die schon längst in verschiedenen Einrichtungen des Landes und deren Handhabung Ausdruck gefunden, und weist den Weg zu ihrer weiteren Ausbildung.

Die Stellung, die dem Lande Galizien innerhalb Oesterreichs eingeräumt werden soll, ist hinsichtlich ihrer Einzelheiten im Handschreiben nicht präzisiert; diese letzteren bleiben vielmehr späterer Erwägung und Entschließung vorbehalten. Immerhin bietet das Handschreiben wichtige Anhaltspunkte für die Beurteilung der künftigen Gestaltung, indem es den Rahmen bezeichnet, in dem die neue Ordnung Platz greifen wird. Wenn dem Lande das Recht verliehen wird, seine Angelegenheiten bis zum vollen Maß dessen, was mit seiner Zugehörigkeit zur staatlichen Gesamtheit und mit deren Gedeihen im Einklange steht, selbständig zu ordnen, so vereinigen sich in diesen Worten die beiden für jede staatliche Entwicklung in Oesterreich maßgebenden Momente: das Wohl des Reiches, und innerhalb dessen jenes des Landes.

Was die Verwirklichung der in dem Handschreiben angekündigten Absicht anlangt, so wird in dieser Kundgebung selbst der erste Schritt dazu getan und die verantwortliche Mitwirkung der Regierung in Anspruch genommen. Der Ministerpräsident erhält den Auftrag, geeignete Vorschläge darüber auszuarbeiten, wie die neue Gestaltung der Dinge gesetzmäßig ins Werk zu setzen wäre. Es wird sonach Aufgabe der Regierung sein, die Formen zu finden und die Wege zu beschreiten, die die Durchführung im Geiste der zugrundeliegenden Absichten gewährleisten.

Der tiefe Eindruck, den dieses Handschreiben in Galizien hervorzurufen geeignet ist, wird zweifellos einen mächtigen Impuls für das Land bieten, den durch den unmittelbaren Anprall des Weltkrieges herbeigeführten Rückschlag in der Hoffnung auf eine gedeihliche Zukunft um so rascher zu überwinden, und damit auch die Grundlage für ein Einvernehmen zwischen den beiden das Land bewohnenden Volksstämmen zu schaffen.

Die Verlautbarung des allerhöchsten Handschreibens bedeutet einen Markstein in der Geschichte des Landes, und es ist zu hoffen, daß die hochherzigen Absichten des Monarchen, die sich in dem allerhöchsten Handschreiben kundgeben, in einem machtvollen Aufschwung des Landes reiche Erfüllung finden."

Dr. Ernest v. Koerber. (Originalzeichnung von Theo Zasche.)

Der neue Ministerpräsident an der Arbeit.

Österr. Volkszeitung 1916. 5

Reichspost 5./XI. 1916 6

Die Rückwirkung der Wiederaufrichtung Polens auf Oesterreich.

Ausbau der Selbstverwaltung Galiziens.

Wien, am 4. November.

Ein Allerhöchstes Handschreiben an den österreichischen Ministerpräsidenten verkündet den Willen des Kaisers, „dem Lande Galizien das Recht zu verleihen, seine Landesangelegenheiten selbständig zu ordnen bis zum vollen Maße dessen, was mit seiner Zugehörigkeit zur staatlichen Gesamtheit und deren Gedeihen in Einklang steht, und damit der Bevölkerung Galiziens die Gewähr ihrer nationalen und wirtschaftlichen Entfaltung zu bieten." Mit dieser kaiserlichen Botschaft ist die künftige Sonderstellung Galiziens unter den österreichischen Kronländern ausgesprochen.

Galizien, der weltgeschichtliche Schauplatz der gewaltigsten Schlachten in dem großen Völkerringen, Galizien, dessen Erde gedüngt ist mit dem Blute von Hunderttausenden Helden aus allen Volksstämmen der Monarchie, Galizien, das Massengrab der Millionenarmeen des russischen Zaren, sieht zuerst von allen Ländern der Monarchie die politischen Früchte der ungeheuren Opfer heranreifen, die dieser Krieg von der Bevölkerung heischt. Noch rast die Kriegsfurie über den östlichen Teil des Landes, noch verteidigt der fremde Eindringling wütend den Rest der Beute, den östlichen Zipfel Galiziens, noch bringen Tag für Tag die Krieger der Monarchie und ihre treuen Verbündeten blutige Opfer für die gänzliche Befreiung aus der Gewalt des Räubers — und schon darf die Bevölkerung dieses vom Krieg schwer heimgesuchten Landes das kaiserliche Versprechen vernehmen, das ihr das denkbar größte Maß von politischer Bewegungsfreiheit in der Zukunft verbürgt. Das durch die Armeen der verbündeten Mittelmächte unter Hinopferung von Strömen Bluts nach mehr als hundertjähriger drückendster Knechtschaft endlich vom zarischen Joche befreite Polen empfängt von seinen selbstlosen Befreiern die alte politische Selbstständigkeit, seinen alten Königsthron wieder zurück, und zur gleichen Zeit, „Hand in Hand" damit erfährt Galizien eine ungewöhnliche Ausgestaltung seiner Freiheiten, es erhält das Recht, im Rahmen jener Rücksichtnahme, welche von der Zugehörigkeit zu Oesterreich bedingt wird, sich nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Gesetzgebung des Landes nach eigenem Gutdünken einzurichten, also Homerule im weitesten Sinne des Wortes. Welch schreiender Gegensatz zwischen der politischen Praxis der Mittelmächte und der ihrer Feinde, die sich gegenseitig als Kämpfer für Kultur, Zivilisation, Fortschritt, Freiheit und Menschenrechte, als Beschützer der kleinen Völker und Staaten anreden, dabei aber die primitivsten Rechte sowohl der eigenen unterjochten Völker wie die schwacher Neutraler mit Füßen treten! Ein glorreicher Durchbruch durch die Front der Lüge und Verleumdung, die um uns aufgerichtet wurde, zur ganzen Menschheit ist geschehen. Allen Völkern sichtbar weht von den Türmen der Mittelmächte die Fahne der Freiheit. Ein tötlicher Streich ist gegen den politischen Pharisäismus geführt worden, der so lange die Meinung der Menschheit in einem Netz von Lügen zu verstricken wußte. An der weltgeschichtlichen Tat der Wiederaufrichtung des Königreiches Polen sowie an der großherzigen Gewährung von Homerule an Galizien muß nun das feindliche Lügenblendwerk zuschanden werden, muß der neutralen Welt endlich der Star gestochen werden. Von den Polen aber, welche als erste von allen Völkern, die der Weltkrieg in seinen blutigen Strudel riß, dank der Großherzigkeit ihrer Befreier politisch ernten dürfen, ist wohl zu erwarten, daß sie für alle Zukunft sich ihrer Dankesschuld gegenüber den Mittelmächten bewußt bleiben werden, die, um den Polen die alte Freiheit wieder zu bringen, durch ein Meer von Blut und Tränen schritten. Der Staat, den die Mittelmächte aufzurichten vereinbart haben, steht auf festerer Grundlage als das Polen, das auf dem politischen Schachbrett Napoleons eine Rolle spielen durfte. Umso fester und rückhaltloser möge der Anschluß des wiederauferstandenen Polen an seine Befreier und Bürgen seiner zukünftigen Selbständigkeit sein.

Das kaiserliche Handschreiben ist der Ausdruck der Rückwirkungen der beschlossenen Wiederaufrichtung des Königreichs Polen auf die Verhältnisse in Galizien. Es galt, wie der amtliche Kommentar besagt, diese Verhältnisse „der neuen Lage anzupassen". Das war notwendig aus Gründen der Geschichte wie aus Rücksichten für die Zukunft. So wird Galizien zum Mitempfänger des dem gewesenen Russisch-Polen gegebenen Geschenkes. Das ganze Land Galizien, nicht etwa nur der polnische Teil der Bevölkerung! Das ist ganz besonders zu betonen. So steht es ausdrücklich im kaiserlichen Handschreiben, das die Ausdrücke „Land Galizien" und „Bevölkerung Galiziens" gebraucht und hervorhebt, daß dieser ganzen Bevölkerung, also ohne Unterschied der Nationalität, durch die Neuordnung „die Gewähr ihrer nationalen und wirtschaftlichen Entfaltung" geboten werden solle. Und der amtliche Kommentar unterstreicht diese ohnehin klaren Worte noch mit der Feststellung, daß durch das kaiserliche Handschreiben die Regierung den Auftrag erhalten habe, die geeignete Form und Grundlage zu finden für ein Einvernehmen zwischen den beiden das Land bewohnenden Volksstämmen. Die ganze Bevölkerung Galiziens soll in den Genuß der großen Freiheiten gelangen, mit welchen der kaiserliche Wille das Land ausstattet. So dürfen an dem Tage, an dem das polnische Volk die Wiedergeburt seines über ein Jahrhundert in der russischen Nacht verloren gewesenen Königtums begrüßt, auch die Ukrainer Galiziens sich freuen, denn auch ihnen, die noch heute die Schrecknisse einer russischen Invasion zu tragen haben, verbürgt die kaiserliche Botschaft mit aller Klarheit eine glücklichere Zukunft, die freie Entfaltung ihrer nationalen und wirtschaftlichen Kräfte, den ihnen gebührenden Anteil an der politischen Ernte, die Galizien aus der blutigen Weltkriegssaat heimbringt.

Ganz Oesterreich freut sich mit den Beglückten und schöpft aus den Ereignissen die Zuversicht, daß für alle, für die Gesamtheit der große Tag kommen wird, an dem die beispiellosen Opfer, die Hingebung und Treue auch politisch ihren angemessenen Lohn finden.

Reichspost
7./XI. 1916

7

Die gemeinsame Beratung deutscher Abgeordneter.

Am 9. d. treten die Vertreter der Christlichsozialen mit denen des Deutschen Nationalverbandes zu einer gemeinsamen Beratung zusammen. An die Spitze des Programmes für diese Besprechungen ist bekanntlich der Kampf gegen Wucher und Ausbeutung, gegen das Uebermaß der Kriegsgewinne und sie deren Besteuerung gestellt werden. Nichts verlangt die Bevölkerung gegenwärtig dringlicher, für nichts wäre sie dankbarer, als wenn sie wahrnehmen könnte, daß mutige Männer jetzt die Hemdärmeln aufkrempeln würden, um mit dem Schmarotzertum des Krieges aufzuräumen. Wo es sich befindet, ist nicht unbekannt. Man braucht nur die Namen, welche die Gerichtsäle füllen, die Typen, die sich in den gewissen Kaffeehäusern, auf den Turfplätzen, den Börsen als die neuen Könige der Welt geberden, sich näher anzusehen, man müßte nur einmal Nachschau halten in den verschlossenen Kellern gewisser Geschäftsviertel, eine Razzia halten durch scheinbar unbenützte Wohnungen und Geschäftslokale, man müßte einmal den schändlichen Durchstechereien in der Petroleumindustrie, dem Preisspiel der Spiritus- und Papierkartelle usw. energisch nachgehen, die gefüllten Riesennetze der p. t. Generalversammlungen, die stillen Reserven und angeblichen Investitionen und wunderbaren Kapitalserhöhungen kontrollieren. — Was da vorgeht, brennt dem ganzen Volke auf den Leib, entzieht unserem Volke stündlich die Kräfte, demoralisiert unser Wirtschaftsleben, zermalmt den Mittelstand. Das wäre wahrhaftig beste deutsche Arbeit, da mit Rolandsfäusten hineinzufahren. Alles andere ist gut und nett, aber das eine ist unerläßlich, die dringlichste aller Dringlichkeiten. An dem Erfolg an diesem Wichtigsten würde sich die Zusammenarbeit der deutschen Parteien vertiefen, denn nichts würde das gegenseitige Vertrauen und die zustimmende Mithilfe der Bevölkerung so fest begründen. Gesegnet wäre der Tag, der unter dem Zeichen dieser wahrhaft nationalen Arbeit deutsche Abgeordnete vereinigte!

*

Die christlichsoziale Korr. Austria gibt folgende Mitteilung aus:

Wie gemeldet, bildeten der Deutsche Nationalverband, die Christlichsoziale Vereinigung und die Wiener christlichsoziale Parteileitung einen gemeinsamen Ausschuß, um das Zusammengehen der deutschbürgerlichen Gruppen in nationalen und wirtschaftlichen Belangen zu organisieren. Der Ausschuß besteht, wie nunmehr festgestellt wurde, aus 18 Mitgliedern und zwar 9 Vertretern des Deutschen Nationalverbandes, 6 Vertretern der Christlichsozialen Vereinigung (deren jeweiliger geschäftsführender Obmann, sowie Dr. Freih. v. Fuchs, Doktor Geßmann, Landeshauptmann Hauser, Präsident Schraffl und LA. Stöckler), sowie 3 Vertreter der Wiener christlichsozialen Parteileitung, nämlich Bürgermeister Exzellenz Weiskirchner und die Obmänner des gemeinderätlichen Bürgerklubs Oberkurator Steiner und Regierungsrat Schmid. Die erste Veranstaltung der gemeinsamen Aktionen bildet die Versammlung der Abgeordneten und Herrenhausmitglieder des Deutschen Nationalverbandes und der Christlichsozialen Vereinigung sowie von 16 Mitgliedern der Wiener christlichsozialen Parteileitung im Sitzungssaal des Wiener Gemeinderates am Donnerstag den 9. d. um 10 Uhr vormittags. Sprechen werden die Abgeordneten Dr. Freißler, Stöckler, Dr. Damm, Exz. Dr. Weiskirchner über „Ernährungsfragen in Staat, Land und Gemeinde", ferner Dr. Steinwender, Doktor Mataja, Dr. Urban, Dr. Bodirsky, Baron Fuchs und Dr. Waldner über „Finanzielle Zukunftsfragen unter besonderer Berücksichtigung der Preisbildung nach dem Kriege". Abg. Jodok Fink, der als Referent über Steuerfragen in Aussicht genommen war, ist durch wichtige Approvisionierungsfragen Vorarlbergs betreffende Beratungen verhindert, an der gemeinsamen Abgeordnetenversammlung teilzunehmen.

Die Bildung des gemeinsamen Ausschusses und die Inangriffnahme eines einverständlichen Wirkens der deutschbürgerlichen Parteien hat in der Bevölkerung allseits den besten Widerhall gefunden. Die deutsche Wählerschaft erhofft sich davon eine durchgreifende und umfassende Volksbewegung großen Stiles und erwartet eine rücksichtslose und erfolgreiche Bekämpfung des ausbeuterischen Staat und Volk gleich schädigenden Treibens der Kriegsverdiener, insbesondere die nachdrücklichste Abwehr gegen die Korruption und den Wucher der großkapitalistischen Nutznießer des Krieges. Der christlichsozialen Partei, aus deren Mitte die ersten Anregungen zum Zusammengehen und zur gemeinschaftlichen Arbeit hervorgingen, sind aus allen Bevölkerungskreisen warme Zustimmungskundgebungen mit dem Ausdrucke der Hoffnung zugekommen, daß die gemeinsamen Schritte der deutschbürgerlichen Parteien die Unterstützung aller berufenen Faktoren, in erster Reihe der neuen Regierung finden werden.

*

Die christlichsozialen Vertreter beim Ministerpräsidenten.

Außer dem Präsidium des Wiener Gemeinderates wurden dieser Tage auch der Chef der christlichsozialen Gesamtpartei und andere Führer derselben vom Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber empfangen, mit dem sie die innerpolitische Lage, auch die jüngsten Ereignisse auf diesem Gebiete, insbesondere aber die Lösung der Ernährungsfragen, welche die Regierung gegenwärtig naturgemäß in erster Linie beschäftigen, eingehend erörterten. Die Vertreter der christlichsozialen Partei werden über die Besprechungen in den mehrfachen in dieser Woche anberaumten Parteikonferenzen und Vollsitzungen Bericht erstatten, worauf die Partei ihre Forderungen formulieren, der neuen Regierung überreichen und zu derselben Stellung nehmen wird.

Wechsel an der Spitze des Ernährungsamtes.

Wie wir erfahren, ist der gewesene Ministerpräsident Baron Beck zum Leiter des Ernährungsamtes an Stelle des zurücktretenden Präsidenten Sektionschef Keller ernannt worden.

Österr. Volkszeitung 7/XI. 1916.

Der deutsche Nationalverband und die Christlichsozialen.

Gemeinsame Aktionen.

Der vom deutschen Nationalverband, der christlichsozialen Vereinigung und der Wiener christlichsozialen Parteileitung gebildete gemeinsame Ausschuß, um das Zusammengehen der deutschbürgerlichen Gruppen in nationalen und wirtschaftlichen Belangen zu organisieren, besteht, wie nunmehr festgestellt wurde, aus 18 Mitgliedern, und zwar neun Vertretern des deutschen Nationalverbandes, sechs Vertretern der christlichsozialen Vereinigung (deren jeweiliger geschäftsführender Obmann, sowie Dr. Freiherr v. Fuchs, Dr. Geßmann, Landeshauptmann Hauser, Präsident Schraffl und Landesausschuß Stöckler), sowie drei Vertretern der Wiener christlichsozialen Parteileitung, nämlich Bürgermeister Dr. Weiskirchner und die Obmänner des gemeinderätlichen Bürgerklubs Oberkurator Steiner und Regierungsrat Schmid. Die erste Veranstaltung der gemeinsamen Aktionen bildet die Versammlung der Abgeordneten und Herrenhausmitglieder des deutschen Nationalverbandes und der christlichsozialen Vereinigung sowie von Mitgliedern der Wiener christlichsozialen Parteileitung im Sitzungssaal des Wiener Gemeinderates am Donnerstag den 9. d. um 10 Uhr vormittags. Sprechen werden die Abgeordneten Doktor Freißler, Stöckler, Dr. Damm, Dr. Weiskirchner über „Ernährungsfragen in Staat, Land und Gemeinde", ferner Dr. Steinwender, Dr. Mataja, Dr. Urban, Dr. Bodirsky, Baron Fuchs und Doktor Waldner über „Finanzielle Zukunftsfragen unter besonderer Berücksichtigung der Preisbildung nach dem Kriege". Die christlichsoziale Parteikorrespondenz meldet hiezu: Die Bildung des gemeinsamen Ausschusses und die Inangriffnahme eines einverständlichen Wirkens der deutschbürgerlichen Parteien hat in der Bevölkerung allseits den besten Widerhall gefunden. Die deutsche Wählerschaft erhofft sich davon eine durchgreifende und umfassende Volksbewegung großen Stiles und erwartet eine rücksichtslose und erfolgreiche Bekämpfung des ausbeuterischen, Staat und Volk gleich schädigenden Treibens der Kriegsverdiener, insbesondere die nachdrücklichste Abwehr gegen die Korruption und den Wucher der großkapitalistischen Nutznießer des Krieges. Der christlichsozialen Partei, aus deren Mitte die ersten Anregungen zum Zusammengehen und zur gemeinschaftlichen Arbeit hervorgingen, sind aus allen Bevölkerungskreisen warme Zustimmungskundgebungen mit dem Ausdrucke der Hoffnung zugekommen, daß die gemeinsamen Schritte der deutschbürgerlichen Parteien die Unterstützung aller berufenen Faktoren, in erster Reihe der neuen Regierung, finden werden.

Vossische Zeitung 7./XI.1916.

Das galizische Problem.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Wien**, 6. November.

In weit höherem Maße als die polnische Frage selbst wird hier die galizische besprochen, die durch das kaiserliche Handschreiben über die Neuordnung Galiziens wohl mit Absicht noch ungenau und kaum greifbar umfaßt wurde. Ist das, was heute Galizien versprochen wurde, eine Autonomie? Der Polenführer Jaworski nennt es bereits so, sogar eine volle Autonomie, und spricht von dem Versprechen einer breiteren rechtlichen Basis für eine ähnliche Entwickelung wie im Königreich Polen. Mit einer solchen Lockerung des österreichischen Staatsverbandes würden gewisse Faktoren hier kaum übereinstimmen.

Andererseits ist dies alles auch nicht ganz neu, denn vor fast 50 Jahren haben die galizischen Stände, als sie in wichtigen Punkten, in der Schul- und Gerichtssprache, privilegiert wurden, ihre umfassenden Wünsche formuliert. Kurz darauf wurde ihnen, und zwar im Jahre 1871, von Hohenwart alles bewilligt. Nur konnte der Entwurf der Regierung im Parlament nie durchgeführt werden. Jetzt wird man sich auf das Studium jenes Ministeriums stützen können, wenn man dem Parlament neue Entwürfe vorlegt. Denn in diesen Fragen kann von einer Aufoktroirung, wie sie Graf Stürgkh für die deutsch-tschechische Sprachenordnung plante, keine Rede sein. Ausdrücklich spricht ja das Handschreiben von einer gesetzmäßigen Verwirklichung. Hier handelt es sich um die Abänderung des Staatsgrundgesetzes, und beide Häuser des Reichsrats müssen mit zwei Drittel Mehrheit zustimmen, ehe das heutige kaiserliche Schreiben Gesetz wird. So ist die Beschleunigung dieser Frage auch von der Einberufung des Parlaments abhängig, die andererseits durch sie beschleunigt werden dürfte.

Was in diesen Verhandlungen die galizischen Polen oder richtiger, was Galizien als Ganzes an Autonomie erreichen wird, knüpft zunächst an das gegenwärtige Recht des galizischen Landtags an. Doch ist noch ungewiß, ob die obersten Gewalten in einem eigenen Ministerium oder in einem Statthalter von der Stellung des Banus von Kroatien gipfeln wird. Da aber jedenfalls in den ganz Oesterreich gemeinsamen Dingen die Kompetenz des Reichsrats auch für Galizien erhalten bleiben muß, so ist die Delegation des galizischen Landtags auch im Wiener Reichsrat wahrscheinlich, und die konstitutionellsten Köpfe klagen nun, daß von nun ab die österreichischen Polen über die allgemeinen Angelegenheiten Oesterreichs mitberaten und stimmen werden, während Oesterreich als solches keinen Einfluß mehr auf seine Polen üben könnte. Das könnte zu Schwierigkeiten der Monarchie führen. Doch wird in dem gestrigen Handschreiben die Zugehörigkeit zur staatlichen Gesamtheit und deren Gedeihen als Bedingung der Neuordnung stabilisiert.

Am schwierigsten trifft der neue Gedanke natürlich die Ruthenen, die denn auch gestern beim Ministerpräsidenten waren, um ihren Protest vorzubringen, den Körber zur Veröffentlichung zuließ. Darin wird nachdrücklichst Verwahrung eingelegt gegen jede Sonderstellung Galiziens, und jede Neuordnung wird als höchste Gefahr erklärt, sowohl für die Ukraine als für die Monarchie. Zwischen ihnen und den Polen plant nun die Regierung einen Ausgleich. Aber niemand weiß, ob durch Verfügung oder durch das Parlament. Diese nationale Einigung der beiden Hauptvölker Galiziens ist aber eine Vorbedingung für eine Autonomie. Die andere ist die Finanzierung. Denn dies Land hat wie kein anderes unter dem Kriege gelitten. Bei so schwierigen und zwiespältigen Interessen kann man den einen Fortschritt nicht genug betonen, der unter allen Umständen aus der Neuordnung entstehen muß, nämlich die deutsche Mehrheit, die nach einem Ausscheiden der Polen jetzt zum ersten Male wieder im Reichsrate herrschen würde. Diese Folge interessiert uns in Deutschland am meisten. Wir Reichsdeutsche, allzusehr gewöhnt, in Oesterreich-Ungarn einen deutschen Staat benachbart zu glauben, den es keineswegs vorstellt, werden dann einen Staat neben uns wissen, der jedenfalls von den Deutschen verfassungsmäßig regiert wird.

Emil Ludwig.

Österr. Volkszeitung
8./XI. 1916

Zur Rede des Justizministers Dr. Klein.

Die großangelegte Rede, mit der Dr. Klein sein Amt antrat, darf als Ankündigung einer Politik in der Rechtspflege gelten, die sich tatsächlich die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung und die Bekämpfung wirtschaftlicher Uebergriffe einzelner zum Ziele setzt. Dr. Klein wies darauf hin, daß sich das Rechtsgefühl gegen die ungeahnten Frevel der Kriegsspekulation empört auflehnt. Er bezeichnete die Ernährungs- und Verpflegsfragen als das derzeit Wichtigste für die Bevölkerung und fand Worte tiefster Entrüstung über die verwerflichstem Eigennutz entspringende Preisgestaltung der Kriegszeit. Der Rede des Justizministers ist zu entnehmen, daß er entschlossen ist, Recht und Rechtseinrichtungen zugunsten aller einzusetzen, die unter der „entfesselten Gewinngier" leiden. Es ist ja richtig, daß wir schon heute eine Unzahl von Verordnungen besitzen, die aus dem Bestreben entstanden sind, die wirtschaftliche Lage der Allgemeinheit möglichst befriedigend zu gestalten. Der neue Justizminister erklärt aber geradezu, daß diese Verordnungen ihr Ziel leider nicht erreicht haben oder daß aus ihnen nicht alles herausgeholt wurde, was sie an „niederhaltender, hemmender und eindämmernder Kraft" in sich bergen. Er bezeichnete es als Hauptgegenstand unserer Kriegsaufgaben, die Technik dieses Kampfes zu verbessern.

Man darf in diesen Aeußerungen Doktor Kleins ein Programm der Entschiedenheit erblicken, die die Bevölkerung bisher gerade in der Frage der mannigfachsten Preisgestaltungen schmerzlichst vermißt hat. Von diesem glänzenden Juristen ist zu erwarten, daß, soweit unsere Rechtspflege hier überhaupt mithelfen kann, die Bestimmungs- und Strafgewalt des Staates den Ausschreitungen der Preisentwicklung mit größerem Erfolge entgegentreten wird, als es bis jetzt der Fall war. Aber nicht nur mit der brennendsten wirtschaftlichen Frage des Tages hat sich der neue Justizminister in seiner Rede befaßt, sondern auch mit den nicht minder bedeutenden Problemen der Nachkriegszeit. Der Staat wird auch nach dem Kriege nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht des weitestgehenden Eingriffes in die Regelung unseres Wirtschaftslebens zu üben haben. Dr. Klein betonte, daß die Ueberleitung in die Friedenswirtschaft nach einem groß entworfenen einheitlichen Gesamtplane und nicht als Stück- und Flickwerk wird erfolgen müssen. Hier gesetzgeberisch mitzuwirken, Hand in Hand mit den eigentlichen Wirtschaftsressorts, erscheint niemand berufener als der gegenwärtige Chef der Justizverwaltung, in dem sich die hervorragendsten juristischen Fähigkeiten mit tiefer wirtschaftlicher Einsicht paaren.

* * *

Die Aufnahme bei den deutschen Abgeordneten.

Die Rede des Justizministers Dr. Klein hat in den Kreisen der deutschen Abgeordneten den gebührenden Widerhall gefunden. Man nimmt an, daß die Rede im Einvernehmen mit dem Kabinettschef und den übrigen Ministern gehalten wurde, also die Meinung der Regierung widerspiegelt, was insbesondere mit Bezug auf die Erklärungen des Justizministers betreffend die Teilnahme der Volksvertretung an der Gesetzgebung von Bedeutung ist. Was Dr. Klein hinsichtlich der künftigen Arbeiten der Volksvertretung auf dem Gebiete des Straf- und Preßrechtes gesagt hat, hat die Annahme gefestigt, daß in absehbarer Zeit mit der Wiederaufnahme der Tätigkeit des Reichsrates zu rechnen ist. Ganz besonders aber wurde jener Satz vermerkt, in dem Dr. Klein die Tatsache unterstrichen hat, daß man ohne die Gesellschaft nicht regieren und verwalten könne. Die von Dr. Klein an die Beamtenschaft gerichtete Aufforderung, den Klagen und Beschwerden der Bevölkerung, wo irgend möglich, rasch und im eigenen Wirkungskreise Abhilfe zu verschaffen, wird rückhaltlos begrüßt, ebenso wie die Ausführungen hinsichtlich der Zensur. In diesen Sätzen der Rede wird ebenso wie in dem, was Dr. Klein über die Schaffung „neuer" Aemter gesagt hat, die Ankündigung des Systems verantwortlicher Beamtenselbständigkeit erblickt. Die in den Aeußerungen der Abgeordneten zutage getretenen Anschauungen gipfeln darin, daß die Rede des Justizministers als eines der bedeutsamsten Ereignisse auf innerpolitischem Gebiete, als die feierliche Ankündigung eines neuen Kurses der Regierung und als Kundgebung ihres Willens, die Volksvertretung ehestens einzuberufen, zu betrachten ist.

Reichspost Abendblatt
8./XI. 1916

Die Ukrainer und die Sonderstellung Galiziens.

Ein Vergleich zwischen dem kaiserlichen Handschreiben und der ukrainischen Rechtsverwahrung.

In einer „feierlichen Rechtsverwahrung" — im Wortlaut veröffentlicht in unserem heutigen Morgenblatt — hat die parlamentarische Vertretung der Ukrainer ihren Widerspruch gegen die Sonderstellung Galiziens, wie sie das kaiserliche Handschreiben vom 4. November anordnet und der Regierung vorzubereiten befiehlt, formuliert und begründet. Damit ist die Möglichkeit gegeben, den Standpunkt der Ukrainer mit dem durch das kaiserliche Handschreiben geschaffenen Tatbestand zu vergleichen und zu prüfen, ob da denn auch wirklich ein unüberbrückbarer Gegensatz bestehe. Ganz Oesterreich, die ganze Monarchie ist daran interessiert, daß in dem Augenblicke, da einem Volke mit vollen Händen und freudigen Herzens gegeben wird, nicht ein anderes Volk in malkontente Verdrossenheit gestürzt werde. Die Habsburger Monarchie ist allen ihren Völkern eine wahre Mutter; darin liegt ihre Stärke, daraus schöpft sie ihre unverwüstliche, den furchtbarsten Stürmen trotzende Lebenskraft, das ist ihr Sonderberuf, der sie vor allen andern Großmächten auszeichnet, das macht ihr Bündnis so wertvoll und verleiht ihr ein Anziehungsvermögen, gegen welches die verschiedenen Irredentabestrebungen der Nationalstaatsfanatiker dauernd nicht aufzukommen vermögen. Etwaige Mißverständnisse rechtzeitig, bevor sie noch die Herzen zu vergiften imstande waren, zu beseitigen, erscheint darum als ein wahrhaft vaterländisches Werk.

Was besagt nun die Rechtsverwahrung der Ukrainer?

Das ukrainische Volk Galiziens, das die Einheit dieses Kronlandes nie anerkannt, sondern gegen sie stets feierlich protestiert habe, fordert die Selbstverwaltung seines nationalen Territoriums, die Schaffung eines besonderen ukrainischen Kronlandes im Rahmen Oesterreichs. Als ukrainisches Territorium werden bezeichnet das eigentliche Galizien und Lodomerien, die der Monarchie auf Grund habsburgischer Erbrechte einverleibt wurden; durch die seinerzeitige künstliche Zusammenfassung dieses ukrainischen Gebiets mit den von Polen bevölkerten Herzogtümern Zator und Auschwitz und dem Großfürstentum Krakau zu einem einzigen Kronland, dem heutigen Galizien, seien die Ukrainer einer fremdnationalen Mehrheit ausgeliefert worden. Der ermordete Ministerpräsident Graf Stürgkh habe wiederholt, zuletztnoch am10. v. M., die Umwandlung Ostgaliziens zu einem eigenen Kronlande mit ukrainischer Selbstverwaltung namens der maßgebenden Staatsfaktoren zugesichert.

Dies der Standpunkt der Ukrainer. Das kaiserliche Handschreiben vom 4. November bekundet den Willen der Krone, dem „Lande Galizien" das Recht zu verleihen, seine Landesangelegenheiten selbständig zu ordnen und „der Bevölkerung Galiziens" hiedurch „die Gewähr ihrer nationalen und wirtschaftlichen Entfaltung" zu bieten; der Ministerpräsident erhält den Auftrag, zur „gesetzmäßigen Verwirklichung" dieser kaiserlichen Absicht „geeignete Vorschläge auszuarbeiten".

Die Frage ist nun die, ob durch den Gebrauch der Worte „Land Galizien" und „Bevölkerung Galiziens" im Allerhöchsten Handschreiben auch schon irgendwie der ukrainischen Forderung auf Schaffung eines Kronlandes Ostgalizien entgegengetreten wurde. Nichts zwingt zu einer solchen Annahme. Das kaiserliche Handschreiben konnte die Bezeichnungen nicht aus einem etwaigen künftigen Zustand wählen, sondern mußte, um verständlich und im Ausdruck korrekt zu bleiben, auf die derzeitige Ordnung und Rechtslage Bezug nehmen. Heute gibt es weder ein polnisches Westgalizien noch ein ukrainisches Ostgalizien, sondern nur ein Gesamtgalizien. Die Zukunft neu zu gestalten wurde die Regierung beauftragt. Da die Krone die „Bevölkerung Galiziens", also sowohl die Polen als auch die Ukrainer — und natürlich auch die übrigen Galizien bewohnenden Volksstämme — mit Selbstverwaltung für die im Kriege bewiesene Hingebung und Treue belohnen will, so folgt doch daraus nicht, daß etwa die Absicht bestünde, die Ukrainer von dieser Selbstverwaltung auszuschließen oder etwaige ihnen gemachte Zusagen zu brechen, sondern eher das gerade Gegenteil. Der Regierungskommentar läßt darüber keinen Zweifel, wenn er von der Schaffung einer „Grundlage für ein Einvernehmen" zwischen der polnischen und ukrainischen Bevölkerung im heutigen Galizien spricht und es als Aufgabe der Regierung bezeichnet, „die Formen zu finden und die Wege zu beschreiten", welche die Durchführung des kaiserlichen Handschreibens „im Geiste der zugrundeliegenden Absichten gewährleisten." Diese Absichten sind im Handschreiben klar bezeichnet: Gewähr der nationalen und wirtschaftlichen Entfaltung unter Wahrung der Zugehörigkeit zur staatlichen Gesamtheit und im Einklange mit deren Gedeihen!

Klarer und eindeutiger ließ sich unter den gegebenen Verhältnissen wohl überhaupt nicht sprechen. Der Regierungskommentar folgert aus dem kaiserlichen Handschreiben eine „in Aussicht genommene Neugestaltung", deren Einzelheiten aber „späterer Erwägung und Entschließung vorbehalten bleiben" müssen. Wenn man berücksichtigt, daß trotz des zunehmenden Drängens der Polen und trotz des zweifellosen moralischen Uebergewichtes, das den Mittelmächten die Wiederaufrichtung des Königreiches Polen vor den angeblichen „Beschützern der kleinen Nationen" sichern mußte, damit noch volle fünfzehn Monate nach der vollzogenen militärischen Befreiung Polens gewartet wurde, so ist es doch gewiß mehr als verständlich, wenn bei der gegebenen Kriegslage im Nordosten das kaiserliche Handschreiben sich auf die Bekundung des Willens beschränkt, der „Bevölkerung" Galiziens die Selbstverwaltung zu gewähren, aber auf Einzelheiten sich dermalen nicht einläßt, sondern sie späterer Erwägung und Entschließung vorbehält. Der scheinbare Widerspruch zwischen der am 4. November geschaffenen Tatsache und der Zusage, auf welche sich die Ukrainer berufen, zerfließt vor den prüfenden Blicken. Ein Mißverständnis zwischen begreiflicher Ungeduld, welche den Zeiger der Uhr vorgerückt wünscht, und vorsichtiger Realpolitik, welche die Stunde nennt, die ist, nichts weiter! Mithelfen an der anbefohlenen Vorbereitung der „Neugestaltung", nicht pessimistische Resignation, will uns als das „Gebot der Stunde" für die Ukrainer erscheinen.

Vossische Zeitung
8./XI. 1916

Parlamentarisches.

Paragraph 13 des Schutzhaftgesetzes. Wie aus einer Berichtigung der Reichstagsdrucksachen hervorgeht, hat der § 13 des vom Reichstag nach dem Vorschlag der Schutzhaftgesetzkommission angenommenen Gesetzentwurfs betr. die Schutzhaft während des Krieges nicht den früher (in Nr. 366) mitgeteilten Wortlaut, er besagt vielmehr: „Hebt das Reichsmilitärgericht die Haft oder Aufenthaltsbeschränkung auf, weil die Voraussetzungen ihrer Anordnung oder Aufrechterhaltung nicht gegeben waren, so hat es dem Geschädigten einen Entschädigungsanspruch zuzuerkennen. Das Reichsmilitärgericht kann einen Entschädigungsanspruch auf Antrag auch in anderen Fällen zuerkennen, auch wenn es nicht selbst die Haft oder die Aufenthaltsbeschränkung aufgehoben hat. Der Anspruch richtet sich, wenn die Anordnung der Haft oder der Aufenthaltsbeschränkung durch einen militärischen Befehlshaber oder einen Reichsbeamten erfolgt ist, gegen das Reich, in anderen Fällen gegen denjenigen Bundesstaat, dessen Beamter die Anordnung getroffen hat. Im übrigen gelten für diesen Anspruch und seine Durchführung die Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 14. Juli 1904. Die erforderlichen Ausführungsbestimmungen erläßt der Bundesrat."

Eine kleine Anfrage hat der Abg. Stresemann im Reichstag eingebracht. Sie lautet: „Die Begründung eines großen Ausland-Filmtrusts, der alle großen deutschen Kinotheater aufzukaufen beabsichtigt und dadurch den deutschen Filmmarkt von der Produktion des Auslandes, sowohl des neutralen, wie des feindlichen, abhängig machen würde, ist geplant. Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, welche schweren Schädigungen die deutsche Filmindustrie und der deutsche Filmhandel von einem solchen Filmtrust zu erwarten haben und ist die Regierung bereit, zunächst durch weitgehende Beschränkung der ausländischen Filmeinfuhr während des Krieges die Entwicklung der deutschen Filmindustrie zu schützen und zu fördern?"

Ueberschreitung der mündelsicheren Beleihung bei Hypothekendarlehen. Ein von den Abgg. Dr. Arendt, Dove, Frommer, Göhre, Müller (Fulda), Schiffer (Magdeburg) und Seyda dem Reichstag vorgelegter Antrag ersucht die verbündeten Regierungen, baldtunlichst durch eine Verordnung des Bundesrats auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 zu bestimmen, daß Hypothekenbanken, Versicherungsgesellschaften, Sparkassen und ähnliche Anstalten ermächtigt werden, bei Hypothekendarlehen die durch den Wert des Grundstücks gebotene mündelsichere Beleihung soweit zu überschreiten, wie ihnen von öffentlichen Körperschaften (Staat, Provinz, Kreis, Gemeinde) für den Mehrbetrag der Beleihung Bürgschaft geleistet wird, unter der Voraussetzung, daß eine Tilgung des überschießenden Kapitalbetrags regelmäßig erfolgt.

8/XI. 1916

15

Abg. Dr. Mataja über das christlichsoziale Programm.

Aus der Generalversammlung des christlichsozialen Volkswahlvereines Landstraße.

Am 6. d. hielt der christlichsoziale Volkswahlverein Landstraße im Christlichen Arbeiterheim, 3. Bezirk, Göllnergasse 8, seine 20. Generalversammlung ab. Obmannstellvertreter Rosenkranz begrüßte unter den Erschienenen namentlich die Herren RAbg. Dr. Mataja, die GR. Goldeband und Ploner, die BR. Fekete, Rosek und Scheibenreif, Pfarrer Widl, die Obmänner Rießl und Sidlo. Sodann hielt der Vorsitzende dem verstorbenen Obmann Abg. Julius Prochazka einen herzlichen Nachruf, den die Versammlung stehend anhörte. Es folgte hierauf der Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht in Verbindung mit einem Rückblick auf die zwanzigjährige politische Tätigkeit des Vereines, worauf der Vereinsleitung das Vertrauen und der Dank ausgesprochen wurde. Vor der Neuwahl der Vereinsleitung ergriff der vom Ausschuß zum Obmann vorgeschlagene RAbg. Dr. Mataja das Wort zu folgender Ausführung:

„Bevor Sie Ihre Stimme zur Wahl des Obmannes abgeben, halte ich als vom Ausschuß vorgeschlagener Bewerber es für meine Pflicht, gewisse politische Richtlinien zu präzisieren. Meiner Ansicht nach bedarf eine Partei fester, eherner Grundsätze, die ihre Stellung zu allen politischen und wirtschaftlichen Fragen regeln. In dieser Beziehung läßt die Führung der Partei seit einigen Jahren zu wünschen übrig. Ihr großer Gründer Dr. Lueger hat ihr den Namen christlichsozial gegeben. Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß die Partei eine christliche Partei ist, daß sie auf dem positiv religiösen Standpunkt steht. Das ist heute da und dort in Vergessenheit geraten und Höflichkeitsverbeugungen können diesen Mangel nicht ersetzen. Die Partei muß weiters nach ihrem Namen eine soziale Partei sein, d. h. sie muß für die wirtschaftliche und kulturelle Hebung der unteren Volksschichten wirken, denn diese, nicht die soziale Oberschichte, bedürfen der werktätigen Hilfe politischer Parteien. Als Volkspartei muß die christlichsoziale Partei demokratisch handeln; nicht die Meinung enger, festabgegrenzter Kreise, sondern die Meinung der breiten Massen ihrer Anhänger muß zur Geltung kommen, und für die Berufung zu den maßgebenden Stellen in der Partei darf ausschließlich die persönliche Tüchtigkeit in Betracht kommen. Der in den zeitlichen Ruhestand versetzte Antisemitismus wird sich seine Wiedererweckung gegen alle Politik der Vorsicht erzwingen. Gebieterisch verlangen die Verhältnisse von der Partei eine klare und einheitliche Stellungnahme zu den großen politischen Ereignissen, im Gegensatz zu heute, wo jeder seine persönliche Ansicht nach eigenem Gutdünken in die Oeffentlichkeit hinausträgt, ohne daß die widersprechenden Ansichten gegeneinander abgewogen und geklärt werden. Ich habe diese Erklärungen vor der Abstimmung über meine Wahl abgegeben. An Ihnen liegt es nun, diesen Erklärungen durch Ihre Abstimmung zuzustimmen oder sie zu mißbilligen."

Nach diesen fast nach jedem Satze durch stürmischen Beifall unterbrochenen Ausführungen leitete der Vorsitzende Herr Rosenkranz die Abstimmung ein, die die einstimmige Wahl des Abgeordneten Dr. Mataja zum Obmann ergab, was mit rauschendem Beifall und Zurufen begrüßt wurde. Es erfolgte hierauf die Wahl des Ausschusses, bestehend aus den Herren: Fischer, Fleck, Kovarovic, Luser, Plachnik, GR. Ploner, Pospischil, Rosenkranz und Schelzer. Nach kurzer Wechselrede, an der sich die Herren Kummer, Hermann, Fajkmajer, Rießl und Rosenkranz beteiligten, wurde die Generalversammlung geschlossen.

9/XI. 1916

16

Die Reichsratspräsidenten bei Dr. v. Koerber.

Die Räumung des Parlamentsspitals.

Heute mittags erschienen die Präsidenten der beiden Häuser des Reichsrates Fürst Windisch-Grätz und Dr. Julius Sylvester beim Ministerpräsidenten Dr. von Koerber, um ihm den von allen Parteien des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses ausgesprochenen Wunsch betreffend die Räumung der Militärkrankenanstalt im Reichsratsgebäude zu übermitteln.

Ministerpräsident Dr. v. Koerber erklärte, daß ihm der von den beiden Präsidenten mitgeteilte Wunsch bereits bekannt sei. Der Ministerpräsident bezeichnete die Räumung des Parlamentsspitals unter den gegebenen Verhältnissen als durchführbar; er werde sich sofort mit dem Minister des Innern ins Einvernehmen setzen, damit die Räumung in die Wege geleitet werde. Dies sei jedoch eine rein administrative Maßregel und sei in keiner Weise und in keiner Richtung als politische Angelegenheit zu betrachten.

Die Frage der Parlamentseinberufung.

In einer besonderen Besprechung übermittelte dann Präsident Dr. Sylvester dem Ministerpräsidenten Doktor v. Koerber die Ergebnisse der letzten Beratung der Obmänner der Parteien des Reichsrates über die Fragen der Wiederherstellung des parlamentarischen Lebens in Oesterreich.

Ministerpräsident Dr. v. Koerber nahm diese Darlegungen zur Kenntnis und führte in seiner Antwort aus, daß einer Einberufung des Reichsrates eingehende und sorgfältige Verhandlungen der Regierung mit den Parteien vorausgehen müßten. Die neue Regierung sei erst kurze Zeit im Amte und werde in erster Reihe durch die Frage der Approvisionierung in Anspruch genommen. Der Ministerpräsident hoffe jedoch in absehbarer Zeit auch in dieser Frage mit den Parteien in Fühlung zu treten.

Reichspost Abendbl
9./XI. 1916

* **Zur Geschäftssprache des Tiroler Landesausschusses.** Der Tiroler Landesausschuß hat, wie die Innsbrucker Blätter melden, in seiner Sitzung vom 28. Oktober in Auslegung des § 15 der Geschäftsordnung für den Tiroler Landesausschuß nachfolgende Beschlüsse gefaßt: 1. Alle in deutscher Sprache verfaßten, an den Landesausschuß oder ein Landesamt gerichteten Eingaben sind in deutscher Sprache auch dann zu erledigen, wenn sie aus dem welschen Landesteile kommen. 2. Mit den deutschen Gemeinden in Welschtirol ist ausschließlich deutsch zu verkehren. 3. Im Verkehr mit allen staatlichen Verwaltungsbehörden (Bezirkshauptmannschaften, Steuerbehörden, Steuerämtern, Bezirksschulräten) in Welschtirol ist ausschließlich die deutsche Sprache anzuwenden. 4. Im Verkehr mit allen Landesanstalten und im Verkehre unter den einzelnen Landesämtern hat ausschließlich die deutsche Sprache zur Anwendung zu kommen.

Österr. Volkszeitung
9./XI. 1916

Deutsche Arbeitsgemeinschaft.

Konstituierende Versammlung.

Gestern nachmittags fand unter dem Vorsitz des Abg. Denk eine zahlreich besuchte Sitzung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft statt, in welcher die Konstituierung dieses parlamentarischen Verbandes vorgenommen wurde und die Wahl des definitiven Vorstandes erfolgte.

Der Vorstand besteht aus folgenden sieben Abgeordneten: Kommerzialrat Denk, Dr. Dinghofer, Dr. Freißler, Dr. Waber, Regierungsrat Hartl, Reichsritter v. Pantz und Kraft.

Der deutschen Arbeitsgemeinschaft ist neuerlich der Abgeordnete Dr. Kindermann beigetreten, so daß nunmehr die Arbeitsgemeinschaft aus 43 Mitgliedern besteht, die sich somit zusammensetzen aus 19 Abgeordneten der früheren deutschvölkischen Vereinigung des deutschen Nationalverbandes, aus 17 bis dahin verbandsunmittelbar gewesenen Abgeordneten, ferner Abg. Dr. Steinwender sowie den bisher außerhalb des Nationalverbandes gestandenen Abgeordneten Friedmann und den fünf Abgeordneten der Pantzgruppe.

Freundlich zuwartende Haltung gegenüber dem Kabinett Koerber.

Bereits vormittags fand eine Vorstandssitzung der Arbeitsgemeinschaft statt und nachmittags die Vollversammlung, deren Beratungen über drei Stunden währten. Die politische Lage wurde einer eingehenden Erörterung unterzogen. Unter anderem berichtete Abgeordneter Dr. Groß über die Unterredung der Leitung des Nationalverbandes mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber. In der sich daranschließenden Wechselrede kam die allgemeine Ansicht zum Ausdruck, daß seitens der deutschen Arbeitsgemeinschaft dem Ministerium Koerber gegenüber eine freundlich zuwartende Haltung einzunehmen sei. Bezüglich der Frage des Ausgleiches mit Ungarn wurde beschlossen, den ganzen Komplex der Fragen des Ausgleiches mit Ungarn in einer demnächst stattfindenden Vollversammlung einer eingehenden Besprechung zu unterziehen.

Schließlich wurde der Vorstand beauftragt, eine Geschäftsordnung der Arbeitsgemeinschaft auszuarbeiten, auf Grund welcher dann die Wahl der Leitung vorzunehmen wäre.

Arbeiterzeitung 9./XI. 1916

I

20

Die Reichskonferenz.

Von Donnerstag bis Samstag tagte im Arbeiterheim Favoriten die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich. Sie war aus allen Teilen Oesterreichs sehr gut beschickt. 255 Delegierte, von ihnen viele Frauen, waren anwesend. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte:

1. Bericht über die Tätigkeit der Parteiorganisation. (Berichterstatter Ferdinand Skaret.)

2. Ernährungsfragen. (Berichterstatter Matthias Eldersch.)

3. Rechtliche Stellung der Arbeiter im Kriege. (Berichterstatter Franz Domes.)

4. Einberufung des Reichsrates. (Berichterstatter Friedrich Austerlitz.)

5. Die Arbeiter und der Friede. (Berichterstatter Dr. Viktor Adler.)

Abgeordneter **Pernerstorfer**

eröffnet die Konferenz, indem er dem tiefsten Mitgefühl mit dem Elend, das der Krieg mit sich gebracht hat, Ausdruck gibt. Dieses Mitleid erstreckt sich auf alle Leiden aller Nationen, es umfaßt alle, wo sie kämpfen, wo sie fallen, wo sie Schmerzen leiden, und wir fühlen uns eins mit der ganzen internationalen sozialistischen Welt, eins mit dem Gedanken der Humanität. (Die Kundgebung wird stehend angehört.)

Es wird sodann die Geschäftsordnung der Parteitage und auch die vorgeschlagene Tagesordnung genehmigt. Die Arbeitszeit wird von 9 bis ½1 und von ½3 bis 6 Uhr festgesetzt.

Dann wird in die Tagesordnung eingegangen. Den

Tätigkeitsbericht

erstattet

Abgeordneter **Skaret.**

Er verweist auf den gedruckten Bericht und fügt hinzu: Ueber die Umstände, die den Rückgang der Mitgliederzahl bewirkt haben, wurde schon auf der letzten Konferenz gesprochen. Es muß auch über das gesprochen werden, was von unseren Parteigenossen versäumt wurde. Daß nach Kriegsausbruch unter dem ersten Schrecken alle Parteitätigkeit gelähmt war, konnte man noch begreifen. Aber als wir, nachdem die lähmende Arbeitslosigkeit vorbei war, unsere Genossen aufforderten, wieder mit der alten Tätigkeit einzusetzen, war von einem Erfolg dieser Mahnung in den meisten Ländern wenig zu merken. Wo aber die Tätigkeit eingesetzt hat, war sie nicht ohne Erfolg. Jetzt sind wir außerhalb Wiens auf 22 Prozent gegenüber dem Stande vom September 1913 herabgesunken. In Wien war es besser; hier haben wir von je hundert Mitgliedern vierzig erhalten. Die Frauenorganisation, die im Dezember 1915 schon sehr stark herunten war, hat sich durch eine Werbeorganisation im Frühjahr 1916 wieder so gehoben, daß sie bis auf 57 Prozent gestiegen ist. Diese Aktion wurde nur in Niederösterreich und in Böhmen und teilweise in Steiermark vorgenommen, aber sie ist sofort, wie der Bericht zeigt, im Markenbezug zum Ausdruck gelangt. Es ist also nicht richtig, wie immer als Ausrede gesagt wird, daß nichts zu machen wäre. Es zeigt sich vielmehr, daß, wenn die Genossen ihre Pflicht gegenüber denen erfüllten, denen es nicht schwer ist, weiter in der Organisation zu bleiben, wir besser stünden.

Nun stehen wir wieder vor zwei Tagen der kritischesten Art, den Einrückungstagen vom 3. und 16. November, und schon zirkulieren Konskriptionsbogen für die Ausdehnung des Kriegsleistungsgesetzes bis zu fünfundfünfzig Jahren. Wir werden also wieder zahlreiche Mitglieder verlieren und es ist eine um so heiligere Pflicht, zu arbeiten, damit der Verfall nicht so weitergehe.

Wenn Sie die Zahlen, die wir in Böhmen 1916 hatten, gegenüberstellen den Zahlen von 1913, so ergibt sich, daß auf 100 Mitglieder jetzt 10 entfallen. Sicherlich herrschen in Deutschböhmen Sorge, Not und Arbeitslosigkeit. Aber auch in Deutschböhmen unterscheiden sich die Bezirke, es hängt viel davon ab, wie der Vertrauensmann arbeitet. Es darf nicht geschehen, daß unsere politische Organisation zu sein aufhört. Wir haben auch Verpflichtungen gegenüber den Genossen an der Front. Wären wir ausschließlich auf die Beitragsleistung angewiesen, müßten wir längst aufhören. Ein engerer Kontakt der Landes- und der Kreisorganisation mit ihren Bezirksorganisationen und dieser mit den Lokalorganisationen ist notwendig. Wenn vierteljährig eine Bezirkskonferenz einberufen und dort Bericht erstattet würde über Tätigkeit oder Untätigkeit, dann müßte es besser werden. Heute sind ganze Bezirke spurlos aus der Organisation verschwunden.

Unsere Parteipresse hat seit Beginn des Krieges außerordentlich stark gelitten. Sie steht wohl ungleich besser als die Organisation, aber sie ist doch auf fünfzig Prozent ihrer Auflage heruntergesunken. Das Lesebedürfnis ist im Kriege größer geworden; hier könnte für die Presse viel mehr geleistet werden. Dazu kommt das preiswucherische Treiben des Papierkartells. Die Redakteure mögen auch das burgfriedliche Einvernehmen nicht so auffassen, daß in den Spalten unserer Parteipresse Dinge zu lesen sind, die durchaus nicht hineingehören; nie dürfen unsere Parteiprinzipien vergessen werden. Für Böhmen müssen wir wohl eine Ausnahme machen, da dort die Blätter in der Richtung beeinflußt werden, was zu erscheinen hat. Man soll nicht so wahllos und ungelesen jedes zugesendete Programm aufnehmen. Die Zentralorgane — Arbeiter-Zeitung, A.-Z. am Abend, Arbeiterinnen-Zeitung — haben 74 Prozent ihrer Leser erhalten.

Traurig ist es, was man gegen die Unterhaltskommissionen vorzubringen hat. Die Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes werden nicht befolgt. In der ersten Zeit suchten wir durch Eingaben an die Landeskommissionen abzuhelfen — es hatte keinen Erfolg. Dann versuchten wir es sehr oft mit persönlicher Intervention zu richten — wieder Mißerfolg.

Ich bitte Sie um alle mögliche Mühe, damit wir wieder die Organisation in ein geregeltes System bringen, damit der Landesvertrauensmann wisse, was in den Bezirken, der Bezirksvertrauensmann, was in den Orten geschieht. Es wäre bedauerlich, wenn wir in den Mitgliedszahlen noch tiefer sänken.

Die Debatte.

Dr. Fritz Winter:

Die Mißachtung der Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes zeigt ebenfalls den Verfall der österreichischen Verwaltung auf. Sie ist auch eine schwere Verletzung der Verfassung, zu deren wichtigsten Teilen die Verwaltungsgerichtsbarkeit gehört. Einzelne Genossen bemühen sich, durch Besprechung mit den Referenten Besserung herbeizuführen. Aber das schafft einzelnen Menschen Nutzen, ändert aber nichts für die Gesamtheit. Ich habe in vielen Fällen versucht, durch den Verwaltungsgerichtshof Abhilfe zu schaffen. Drei Fälle sind mir bekannt, in denen die Leute beim Verwaltungsgerichtshof recht bekamen, denen aber dann aus anderen „Gründen" der Unterhaltsbeitrag entzogen wurde. Ein Versicherter hat mir gesagt: „Wir lachen über die Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes." Geholfen könnte nur werden durch einen Schritt bei der Regierung. Nicht bloß sollen die neuen Fälle gemäß den Erkenntnissen des Verwaltungsgerichtshofes entschieden, sondern auch die alten Abweisungen revidiert werden. Ich stelle folgenden Antrag:

Die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes über die Ansprüche auf Unterhaltsbeitrag hat dem Unterhaltsgesetz wieder seinen vom Gesetzgeber gewollten Inhalt zurückgegeben. Die Erkenntnisse haben die von den Unterhaltskommissionen gefällten, dem Sinn des Gesetzes widersprechenden Entscheidungen aufgehoben. Trotzdem die Unterhaltskommissionen gesetzmäßig an die Rechtsanschauung des Verwaltungsgerichtshofes gebunden sind, entscheiden sie jedoch weiter in dem als gesetzwidrig erklärten Sinne.

Die Reichskonferenz beschließt daher, den Klub der Abgeordneten zu beauftragen, die ihm geeignet erscheinenden Schritte zu unternehmen, um der durch die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes festgestellten Auslegung und Handhabung des Unterhaltsgesetzes tatsächliche Geltung zu verschaffen.

Lindner (Graz):

Es müßte gewiß nicht sein, daß wir so viel Mitglieder verloren, wenn mehr gemacht würde.

[illegible], trotzdem bemühen wir uns unablässig, soweit Kräfte vorhanden sind, die Organisation auszubauen, zum Teil mit gutem Erfolg. Ich möchte empfehlen, überall Versammlungen abzuhalten, wenn es auch nur kleine Versammlungen sind, damit wir auch für die Friedensarbeit gerüstet sind. Auch die Bürgerlichen sind ja nicht müßig. In unseren Versammlungen müssen wir namentlich auf die ungeheuren Aufgaben verweisen, die nach dem Kriege zu erfüllen sein werden.

Arbeiterzeitung
9./XI. 1916
I
21

Die Reichskonferenz.

Genossin Proft:

Wir hatten gestern eine Besprechung, in der die Landesvertrauenspersonen von fünf Ländern mit dem Frauenreichskomitee berieten. Wir haben einzelne Länder, in denen jetzt schon in den neun Monaten mehr Marken bezogen wurden als im ganzen vorigen Jahre. Dabei mußte allerdings über große Schwierigkeiten berichtet werden. Unsere Werbeaktion wurde trotz diesen Schwierigkeiten unternommen. Der Frauentag war für uns sehr wichtig, er war für uns eine Gelegenheit, die Aufmerksamkeit der Frauen auf die Organisation zu lenken. Wenn wir auch nicht unmittelbar darauf einen großen Mitgliederzuwachs hatten, so hatte doch die Arbeit so vieler Organisationen und die Verteilung von 16.000 Flugschriften große Bedeutung. Bei der Werbeaktion mit Flugblättern zeigte es sich, daß in einem einzigen Kreise, im Bodenbacher, die Behörde die Genossen und Genossinnen verfolgte, sie anklagte und verurteilte. Das ist aber der einzige Organisationskreis, wo man jede, auch die kleinste Versammlung verfolgte. Die Wirkung war allerdings, daß wir im Bodenbacher Kreise den größten Erfolg zu verzeichnen haben: die Gewinnung von fünfhundert neuen Mitgliedern und die Gründung von neun neuen Organisationen.

In einzelnen Ländern, wo die Organisation auch im Frieden auf eine einzelne Person gestellt war, wo aber im Kriege diese nicht in der Lage war, ihre Funktion auszuüben, hat sich als nachteilig herausgestellt, daß nicht alljährlich Konferenzen abgehalten wurden, um eventuell die Funktion neu zu besetzen. In Böhmen, wo die Landesvertrauensperson schwer erkrankt ist, ist die Frage aufgetaucht, ob man nicht eine Genossin anstellen könnte, um sie bei der Bewältigung der Arbeiten in diesem großen Lande zu unterstützen. Die Genossen haben sich in dankenswerter Weise darum bemüht, es ist aber an der Personenfrage gescheitert.

In unserer Besprechung haben wir beschlossen, von der bisherigen Gepflogenheit abzugehen, daß das Reichssekretariat nur mit den Landessekretariaten in Verbindung steht. Das genügte im Frieden, wo diese ungehindert arbeiten konnten. Wir haben beschlossen, daß das Reichssekretariat mit den einzelnen Organisationen in Verbindung treten soll, so daß diese verpflichtet sind, allmonatlich einmal an das Reichssekretariat zu berichten. Das werden gewiß viele nicht tun, aber wenn sie ein böses Gewissen haben, so werden sie vielleicht nach einigen Monaten doch berichten.

In den letzten Wochen wurde wieder eine Werbeaktion in ganz Oesterreich vorgenommen. Es wurden 37.000 kleine Broschüren von den Organisationen bezahlt und unentgeltlich an die Frauen abgegeben. Die Aktion ist noch im Laufe und wir haben noch nicht von überall Berichte; aber wenn wir auch nur eine kleine Mitgliederzahl dadurch erreichen, so würde doch für die Aufklärung der Frauen viel getan, was später schon seine Wirkung zeigen wird. Bemerken möchte ich noch, daß es schädlich war, daß wir nicht bei Kriegsausbruch Freimarken bekamen; es wäre verhindert worden, daß die Frauen, wenn sie nicht mehr zahlen können, das Gefühl haben, nicht mehr Mitglieder zu sein.

Wir haben auch gestern beschlossen, im nächsten Jahre wieder wie heuer den Frauentag abzuhalten, weil wir die Arbeit als unerläßlich für den Bestand der Frauenorganisation ansehen.

Hounaty:

Ich will dem gedruckten Bericht über die Jugendorganisation einiges beifügen. Unsere Organisation wurde durch den Krieg hart mitgenommen. Wir bemühten uns von Wien aus, daß der Schaden nicht gar zu groß werde. In der letzten Zeit ist die Bewegung im Aufstieg begriffen. Wir haben auch 8000 neue Mitglieder gewonnen. Das Verbandssekretariat versuchte, selbst hinauszugehen, um die Leute in der Provinz anzufeuern. Im Oktober verrichtete es eine große Werbearbeit, die durch ein Flugblatt unterstützt wurde und einen guten Erfolg erzielt haben dürfte. Von den Behörden aus waren wir den größten Anfeindungen ausgesetzt. Unsere Versammlungen werden regelmäßig überwacht, unser Verbandsorgan wird kurz gehalten. Unsere Gruppe hat den alten Geist in der Jugendorganisation aufrecht erhalten. Wir sind jetzt daran, ein Flugblatt für die Gewinnung der weiblichen Arbeiterjugend herauszugeben. Nach dem Kriege brauchen wir eine kräftige Jugendbewegung, da müssen wir schon jetzt tüchtig vorarbeiten.

Reitzner (Bodenbach):

Skaret machte den Bezirks- und Kreisvertrauensmännern Vorwürfe, daß zu wenig geschehe. Es ist wahr, es könnte mehr geschehen; doch darf nicht übersehen werden, daß unsere Vertrauensmänner in einzelnen Orten nicht mehr vorhanden sind und ein Ersatz nicht zu finden ist. Wir haben schon im Frieden nicht genügende Erziehungs- und Bildungsarbeit geleistet. Die Aufforderungen, die vom grünen Tische ausgehen, haben nicht die nötige Wirkung. Gerade in der jetzigen Zeit, wo die Bevölkerung so große Opfer zu bringen hat, haben wir das Gefühl, daß in der Parteivertretung manches hätte anders sein können. Ein schärferes Auftreten gegenüber den kompetenten Behören wäre nicht ohne Schaden. Wohl hat sich die Parteivertretung bemüht, viele Verbesserungen zu erreichen. Der Antrag Winter wird von mir begrüßt. Mir ist ein Fall bekannt, wo eine Frau, die beim Verwaltungsgerichtshof recht bekam, wegen Betruges angezeigt wurde; sie wurde freigesprochen. In Böhmisch-Leipa dürfen wir keine Versammlung abhalten. Vorwürfe gegenüber den Bezirks- und Kreisversammlungen sind nicht am Platze, man muß die Verhältnisse besser berücksichtigen.

Lizak (Teplitz):

Daß wir im Teplitzer Bezirk sehr viel gelitten haben, ist leider begründet. Die Maurer sind aus unserem Bezirk ausgewandert. Die Textilfabriken stehen, die Leute sind ausgewandert, die Porzellanindustrie hat bis auf wenige Ausnahmen aufgehört. Von den Bergarbeitern ist ein großer Teil einberufen, der Rest zahlt die Beiträge weiter. Daß wir politisch nichts machen können, ist der Grund, daß die Leute fernbleiben. Soweit es geht, halten wir Versammlungen ab und haben auch Konferenzen der Vertrauensmänner. Die Vorwürfe gegen die Presse treffen den Teplitzer Bezirk nicht. Wir haben allerdings Zensurschwierigkeiten wie nirgendwo. Man hat unser Blatt einmal für vierzehn Tage eingestellt und uns zweimal vollständige Einstellung angedroht.

Abgeordneter Palme (Karlsbad):

Die Verhältnisse in Böhmen liegen anders als in Wien mit einer gewaltigen Munitionsindustrie, wo wesentlich höhere Löhne gezahlt werden. Die Bauarbeiter sind aus dem Karlsbader Bezirk fort, die Porzellanindustrie hörte zuerst ganz auf; seit anderthalb Jahren arbeitet man nur zwei bis drei Tage in der Woche, Klöppel- und Handschuhindustrie liegen danieder, die Textilindustrie hat zum größten Teil aufgehört. Von diesen Genossen kann man keine Beiträge fordern. Allerdings könnte es in manchen Orten besser sein, als es ist. Die Leute kommen auch nicht in Versammlungen. An Mühen hat es nicht gefehlt; aber wenn der größte Teil der Genossen weg ist und die übrigen nichts zum Leben haben, muß das Uebel groß sein. Die Schikanen sind sehr groß. Ich habe eine Versammlung angemeldet, habe nichts von Untersagung gehört; aber ich kam in Untersuchung, wurde wiederholt vernommen und bin angeklagt. Einmal kam kein Verbot, aber zur Versammlung ein Gendarm, der sagte, sie dürfe nicht stattfinden. In einem Orte kam der Gendarm in die Fabrik und den Leuten wurde alles mögliche angedroht, wenn sie in die Versammlung gehen. Ein anderer Unternehmer sagte, er gebe viertausend Kronen für Lebensmittel, aber unter der Bedingung, daß die Arbeiter für immer auf den 1. Mai verzichten; die weiteren Bedingungen werde er noch bekanntgeben. Die Presse in Westböhmen hatte am 1. Jänner eine um 1200 Exemplare höhere Auflage als vor einem Jahre, und seither ist sie noch gestiegen.

Wir haben viele Häusler, die schlechter leben als jeder Arbeiter. Das Anwesen ist verschuldet und trotzdem bekommen die Angehörigen der Eingerückten keinen Mietzinsbeitrag. Wie die Leute leben können, ist ein Rätsel. Man weiß nicht, woher man die Zeit nehmen soll, die Hunderte Gesuche zu schreiben. Dazu kommen noch andere Interventionen, so zur Behebung des Waggonmangels.

Abgeordneter Skaret (Schlußwort):

Es ist mir nicht eingefallen, den Genossen Vorwürfe zu machen, ich habe bloß feststellen wollen, wie die Verhältnisse sind. Es wurde von Palme und Reitzner demgegenüber bemerkt, daß auch die Parteivertretung nicht alles getan habe. Was die Frage der Unterhaltsbeiträge für die Häusler betrifft, so sind wir schon lange unablässig bemüht, für die Hausbesorger einen Unterhaltsbeitrag durchzusetzen, bei denen die Verhältnisse ähnlich liegen; aber es war nicht möglich, die Hausbesorger wurden immer wieder abgewiesen. Wir haben auch wiederholt beim Landesverteidigungsminister Vorstellungen erhoben, aber wenn ich den guten Willen dieses Ministers nicht anzweifeln will, so steht dem wieder der Finanzminister hindernd im Wege. Dabei stehen wir in Wien, was die Auslegung der Gesetze und Verordnungen betrifft, ungleich besser da als in der Provinz, es war aber doch nicht durchzusetzen, ebensowenig wegen der Häusler. Den Antrag Dr. Winter bitte ich anzunehmen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Winter angenommen.

Ueber die Ernährungsfrage referierte Elbersch. In der Debatte sprachen Abgeordneter Schäfer (Reichenberg), Gruber (Linz), Gröger (Klagenfurt), Ausobsky (Graz), Schweichhart (Bodenbach), Emmy Freundlich (Wien), Abgeordneter Seliger (Teplitz), Abgeordneter Dr. Renner (Wien), Preußler (Salzburg), Abgeordneter Abram (Salzburg), Tuller (Graz), Zorn (Freiwaldau), Ebert (Falkenau).

Das Referat über die rechtliche Stellung der Arbeiter im Kriege hatte Abgeordneter Domes. In der Debatte sprachen Pohl (Falkenau), Rösch (Stockerau), Adelheid Popp (Wien), Karl Richter (Wien), Abgeordneter Smitka, Dr. Winter (Wien), Lizak (Teplitz), Tuller (Graz), Schorsch (Wien), Anna Boschek (Wien), Abgeordneter Seitz und Anna Kaff.

Bei beiden Punkten, die ihre Fortsetzung auf dem Arbeitertag fanden, wurden dieselben Resolutionen beschlossen wie auf diesem.

Neue Freie Presse Abendbl
9./XI. 1916

Die Czechen und die Selbständigkeit Galiziens.

Wien, 9. November.

Das Organ der czechischen Agrarier „Venkov" bespricht die Stimmen in der deutschböhmischen Presse, welche darauf hinweisen, daß im Falle der Durchführung der vollen Selbständigkeit Galiziens die polnischen Abgeordneten aus dem Reichsrate ausscheiden würden und daß dadurch die deutsche Majorität sichergestellt würde. Wenn das richtig wäre, sagt der „Venkov", so würden die Czechen auf Gnade und Ungnade den Deutschen ausgeliefert sein. So weit sind aber die Verhältnisse in Oesterreich noch nicht gediehen und dazu wird es auch nicht kommen. Es liegt dies nicht im Sinne jener Kreise, welche Galizien eine Autonomie gaben, daß eine so blühende, kulturell und steuerkräftig hochstehende Nation wie die czechische unter den neuen Verhältnissen in die entschiedenste Opposition gedrängt werde, nur deshalb, damit dem unbegründeten Wunsche der deutschen Hyperradikalen entsprochen würde. Für solche Experimente ist in Wirklichkeit die gegenwärtige Zeit nicht günstig. Dr. v. Koerber, als ein erfahrener Staatsmann, hat allen Völkern Gerechtigkeit versprochen, und er wird ähnliche, gefährliche Versuche sofort und entschieden ablehnen. Er wird dies im Interesse der Einheit des Reiches und im Interesse aller österreichischen Nationen tun, die gegenwärtig dem Reiche so viele Opfer an Blut und Vermögen bringen und damit ihre Treue zum Throne beweisen.

Neue Freie Presse
9./XI. 1916

Die Sonderstellung Galiziens und das Ministerium Koerber.

Die „Deutschen Nachrichten" berichten: Die Lösung der Polenfrage ist von langer Hand vorbereitet gewesen. In politischen Kreisen war der so jäh aus Amt und Leben geschiedene Graf Stürgkh als Anhänger der Bestrebungen einer Sonderstellung Galiziens bekannt. In den Grundsätzen zur Neuordnung der Dinge in Oesterreich, auf welche der Deutsche Nationalverband und die Christlichsozialen sich geeinigt haben, wird hinsichtlich der Polenfrage eine Sonderstellung Galiziens und der etwa zu erwerbenden Gebiete Kongreß-Polens unter voller Wahrung der gesamtstaatlichen und militärischen Interessen verlangt. Dieser Forderung lag der Grundgedanke der Vereinigung eines Teiles Kongreß-Polens mit Galizien oder mit dem polnischen Teile Galiziens unter österreichischer Herrschaft zugrunde. Bei den Beratungen des Deutschen Nationalverbandes über die großen Zukunftsfragen wurde auch an die Errichtung eines unabhängigen Königreiches Polen gedacht, wie sie jetzt proklamiert worden ist. Es ist nicht an der Zeit, die Gründe anzuführen, aus denen die Vertreter des deutsch-österreichischen Bürgertums die oben angeführte Lösung vorschlagen zu sollen glaubten. Heute steht die Sache so, daß man mit zwei polnischen Verwaltungsgebieten zu rechnen hat, einerseits mit dem unabhängigen Königreich Polen und anderseits mit einem autonomen Galizien, bezüglich dessen in dem an Herrn v. Koerber gerichteten Handschreiben gesagt wird, es solle das Recht erhalten, „seine Landesangelegenheiten bis zum vollen Maße dessen, was mit seiner Zugehörigkeit zur staatlichen Gesamtheit und mit deren Gedeihen im Einklange steht, selbständig zu ordnen", also eine möglichst weitgehende Selbstverwaltung

---

und das Oberste polnische Nationalkomitee eingetreten, und nach einem gewissen Schwanken sowie nach verschiedenen Entgleisungen stimmten am 29. April d. J. sämtliche polnischen Parteien diesem Programm zu. Unter derselben Parole traten auch die polnischen Legionen heldenmütig in den Kampf ein.

Lange Zeit hielten die Polen Galiziens nicht ohne Grund die Erfüllung des ausgegebenen Losungswortes für möglich und heute, nachdem die Hoffnung nicht in Erfüllung gegangen ist, können sie sich des Gefühles der Enttäuschung nicht erwehren. Es wäre müßig, zu erwägen, weshalb dies geschehen ist, und welche Rolle in diesem Belange die inneren Strömungen im Deutschen Reiche und der wechselvolle Verlauf der Kriegsereignisse gespielt haben. Um so weniger können wir die Frage aufwerfen, ob etwa die Entscheidung anders ausgefallen wäre, wenn sich sämtliche Polen im Königreich mit elementarer Gewalt für die Vereinigung mit Galizien und mit der Habsburger Monarchie erklärt hätten. Konstatieren müssen wir jedoch die Tatsache, daß sich unsere Konnationalen in Russisch-Polen in diesem Sinne nicht ausgesprochen haben. Gewisse einflußreiche Parteien im Königreich Polen waren hiezu ungeachtet aller Bemühungen nicht zu bewegen. Sie mißbilligten eine Verständigung mit dem Polenklub Galiziens und traten sogar mit einem Protest gegen die Voraussetzung auf, daß die vom Polenklub in Wien abgegebenen Erklärungen als Ausdruck der Bestrebungen aller Polen anzusehen seien. Für diese Haltung wurden verschiedene Ursachen angegeben, die wir keineswegs geringachten. Schließlich haben aber alle Parteien im Königreich sich unter der Losung der Unabhängigkeit und Unteilbarkeit des Königreiches zusammengefunden und diese Losung konnte im gegebenen Falle nur auf Russisch-Polen Bezug haben, weil kein einsichtiger Mensch es der österreichisch-ungarischen Monarchie nach den großen Opfern, welche sie zu tragen hat, zumuten konnte, im Falle eines Sieges aus diesem Kriege durch den Verlust des Landes Galizien mit dessen acht Millionen Einwohnern geschwächt hervorzugehen.

Neues Wiener Tagblatt

9./XI. 1916

Der Zusammenschluß der ukrainischen Klubs.

Die bei der angekündigten Sonderstellung Galiziens geschaffene Lage hat einen engeren Zusammenschluß der ukrainischen Parteien Galiziens verursacht. Gestern vormittag haben die Sitzungen beider galizischen ukrainischen Klubs stattgefunden, in denen einstimmig beschlossen wurde, sich angesichts des bedauerlichen Standes der ukrainischen Frage aufzulösen und eine gemeinsame, auf dem Prinzip der strengsten Solidarität aller ukrainischen Abgeordneten und Herrenhausmitglieder aus Galizien bestehende Kluborganisation unter dem Namen „Ukrainische parlamentarische Vertretung" zu gründen.

Es wurde sodann eine gemeinsame Sitzung der beiden Klubs abgehalten, in der die Neuorganisation vorgenommen, Abgeordneter Romanczuk zum Obmann, die Abgeordneten Dr. Petrusiewicz und Dr. Baczynski zu Stellvertretern, Doktor Czehelsky zum Schriftführer gewählt wurde. Nach der Konstituierung wurde beschlossen, ein ein Manifest an das ukrainische Volk zu verlautbaren, mit der Aufforderung, sich zwecks nationaler Verteidigung um die Volksvertreter zu scharen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Wytik hat seinen Beitritt angemeldet.

Der Ukrainische Klub hat endlich einstimmig beschlossen, seine Repräsentanten aus dem allgemeinen ukrainischen Nationalrat abzuberufen.

Neues Wiener Tagblatt

9/XI. 1916

25

Die Polenfrage und das Ministerium Koerber.

Die „Deutschen Nachrichten" schreiben: Die Lösung der Polenfrage, welche Sonntag, den 5. d., verlautbart wurde, ist gewiß von langer Hand vorbereitet gewesen und kann auch in jenem Teil, der zum Amtsgebiet der österreichischen Regierung gehört, nicht als ein Werk des neuen Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber angesehen werden. In politischen Kreisen war der so jäh aus Amt und Leben geschiedene Graf Stürgkh als Anhänger der Bestrebungen nach einer Sonderstellung Galiziens bekannt. Man darf also annehmen, daß nur sein gewaltsamer Tod ihn gehindert hat, die erste jener großen Fragen selbst zu lösen, die mit der inneren Erneuerung Oesterreichs zusammenhängen.

In den Grundsätzen zur Neuordnung der Dinge in Oesterreich, auf welche der Deutsche Nationalverband und die Christlichsozialen sich geeinigt haben, wird hinsichtlich der Polenfrage eine Sonderstellung Galiziens und der etwa zu erwerbenden Gebiete Kongreßpolens unter voller Wahrung der gesamtstaatlichen und militärischen Interessen verlangt. Dieser Forderung lag der Grundgedanke der Vereinigung eines Teiles Kongreßpolens mit Galizien oder mit dem polnischen Teil Galiziens unter österreichischer Herrschaft zugrunde. Bei den Beratungen des Deutschen Nationalverbandes über die großen Zukunftsfragen wurde auch an die Errichtung eines unabhängigen Königreiches Polen gedacht, wie sie jetzt durch die Generalgouvernements von Lublin und Warschau proklamiert worden ist. Es ist nicht an der Zeit (und wäre wohl auch kaum möglich), die Gründe anzuführen, aus denen die Vertreter des deutschösterreichischen Bürgertums die oben angeführte Lösung vorschlagen zu sollen glaubten.

Heute steht die Sache so, daß wir mit zwei polnischen Verwaltungsgebieten zu rechnen haben, nämlich einerseits mit dem unabhängigen Königreich Polen, das im wesentlichen das Gebiet Kongreßpolens umfassen wird, und anderseits mit einem autonomen Galizien, bezüglich dessen in dem an Herrn v. Koerber gerichteten Handschreiben gesagt wird, es solle das Recht erhalten, „seine Landesangelegenheiten bis zum vollen Maße dessen, was mit seiner Zugehörigkeit zur staatlichen Gesamtheit und mit deren Gedeihen im Einklang steht, selbständig zu ordnen", also eine möglichst weitgehende Selbstverwaltung und eine möglichst vollständige Sonderstellung. Das ist es auch, was die Deutschen in Oesterreich wünschen, und die einschränkende Formel des kaiserlichen Handschreibens hat im wesentlichen dieselbe Bedeutung wie der in der Forderung der deutschbürgerlichen Parteien enthaltene Vorbehalt, daß die gesamtstaatlichen und militärischen Interessen voll gewahrt werden müssen.

Von größter Bedeutung für die zukünftige innere Entwicklung Oesterreichs ist die Art und Weise, wie die Sonderstellung Galiziens durchgeführt werden soll. Waren Deutsche und Polen eines Sinnes darüber, so dürften ihre Meinungen bezüglich der Einzelheiten auseinandergehen. Das Ministerium Koerber, dem die Lösung dieser wichtigen Angelegenheiten zufällt, unterscheidet sich von dem Ministerium Stürgkh zunächst äußerlich durch seinen politisch-parlamentarischen Einschlag, der durch den Minister für Galizien Doktor von Bobrinski und durch den Ackerbauminister Clam-Martinitz gegeben ist. Der erstere wird sehr stark in Betracht kommen, wenn es sich um die sachliche Durchführung der Sonderstellung Galiziens handelt, die Meinung des letzteren dürfte vielleicht in die Wagschale fallen, wenn es sich um die parlamentarische Erledigung des Gesetzes handelt, das eine Abänderung des Staatsgrundgesetzes bedeutet. Hingegen gehört nach dem Ausscheiden Hochenburgers dem Ministerium kein Deutscher an, der als Vertreter einer bestimmten politischen Richtung dem Einfluß der slawischen Minister ein Gegengewicht zu bieten berufen erschiene.

Was den neuernannten Ministerpräsidenten selbst betrifft, so erwartet die Oeffentlichkeit von ihm sehr viel. Insbesondere wurde allgemein der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß er seine Tätigkeit streng und ausschließlich nach den Bedürfnissen des Staates richten werde. Das würde mit den Bestrebungen der Deutschen in Einklang stehen. Denn die deutschösterreichischen Politiker sind überzeugt, daß zwischen den Interessen des österreichischen Staates und denen des deutschen Volkes kein Unterschied besteht. Es bleibt abzuwarten, ob Dr. v. Koerber stark genug sein wird, alle jenen wichtigen Fragen, deren Lösung der Staat dringend braucht, einer entsprechenden und mit den Erfordernissen der Zukunft in Einklang stehenden Regelung zuzuführen. Demnach wird sich natürlich die Haltung der deutschen Politiker gegenüber der neuen Regierung richten.

Die Zeit
9/XI. 1916

Vollversammlung der christlichsozialen Städteorganisation.

Die christlichsoziale Städteorganisation hielt gestern unter dem Vorsitz ihres Obmannstellvertreters Dr. Geßmann eine außerordentliche Vollversammlung ab, in der die Neuwahl des Vorstandes erfolgte. Es wurden gewählt zum Obmann Dr. Geßmann, zu Obmannstellvertretern die gewesenen Landtagsabgeordneten Kollmann und Zerdik, zu Schriftführern die Abgeordneten Wollek und Scholz, zu Ausschußmitgliedern Hainisch (Stockerau), Habel (Horn), Hutter (Krems), Tschermak (Korneuburg) und Mayer (Alt-Kettenhof); und zu Ersatzmännern: Edelhauser (St. Pölten), Pröpstel (Kistersdorf), Günther (Oberhollabrunn), Geppert (Laa a. d. Th.), Amand Strauß (Pottendorf). Hierauf erstattete Dr. Geßmann den Bericht über die militärischen Unternehmungen an allen Fronten sowie über die inner- und außerpolitische Lage. Nach Abwicklung der übrigen Tagesordnung wurde eine Resolution beschlossen, die die Verbandsleitung auffordert, bei den maßgebenden Stellen betreffs Erwirkung von Kriegszulagen an alle öffentlichen Angestelltenkategorien vorstellig zu werden.

Tägliche Rundschau
10./XI. 1916

10
27

Deutsche, Tschechen, Ukrainer und die Sonderstellung Galiziens.

(Wiener Brief.)

Niemand kann daran zweifeln, daß die Sonderstellung Galiziens das einschneidendste Ereignis in der inneren Politik Oesterreichs seit dem Abschluß des Ausgleiches mit Ungarn im Jahre 1867 ist. Obwohl das kaiserliche Manifest die Sonderstellung Galiziens nur in allgemeinen Grundzügen umschreibt, also nur den Rahmen gibt, den auszufüllen die Aufgabe der Regierung und der Gesetzgebung ist, beeilen sich doch bereits alle nationalen Gruppen, schon jetzt der Sonderstellung Galiziens gegenüber ihre grundsätzliche Stellungnahme zu betonen.

So stand die am Sonnabend und Sonntag im Deutschen Hause in Prag abgehaltene Tagung der deutschböhmischen Landtags- und Reichsratsabgeordneten schon völlig unter dem Eindruck der unmittelbar vorher bekannt gewordenen kaiserlichen Willensäußerung über die Sonderstellung Galiziens. Es fand eine lebhafte Besprechung über die Rückwirkungen statt, die sich aus der Sonderstellung Galiziens auf die nationalen Verhältnisse in Oesterreich ergeben dürften. Wenn man auch grundsätzlich darüber einig war, daß vom deutschen Standpunkt die Sonderstellung Galiziens, die jahrzehntelang von den meisten deutschen Parteien verlangt wurde, der weiteren Entwicklung der inneren politischen Verhältnisse und der Stellung der Deutschen im allgemeinen günstig und daher als Grundlage der Neuordnung in Oesterreich zu begrüßen sei, so wurden doch auch schwerwiegende Bedenken laut. So hat es bei den deutschen Politikern Besorgnis wachgerufen, daß nicht zugleich mit der Ankündigung der Erweiterung der Autonomie Galiziens festgestellt wurde, daß in demselben Maße, in welchem das Selbstbestimmungsrecht Galiziens erweitert werde, auch das Mitbestimmungsrecht der Vertreter Galiziens an den Angelegenheiten des übrigen Oesterreich eingeschränkt werden muß. Jedenfalls geht es die Polen nicht allein an, in welchem Verhältnis das autonome Galizien zu Oesterreich und zur Doppelmonarchie stehen soll, sondern es handelt sich da um Dinge, die das Interesse vor allem der Deutschen in Oesterreich zunächst berühren. Es ist daher die Sorge der deutschen Abgeordneten und ihr starker Wunsch, in allen diesen Dingen klar zu sehen, vollauf gerechtfertigt, und sie erwarten vom Ministerpräsidenten v. Körber dringend und baldigst umfassende Aufschlüsse darüber, wie das kaiserliche Rahmenmanifest über die Sonderstellung Galiziens ausgefüllt werden soll. Was aber den Polen in Galizien recht ist, muß auch den Deutschen in Böhmen billig sein. Und so hat die Prager Vollversammlung in ihrer Entschließung neuerdings betont, daß die Deutschen in Böhmen immer wieder die seit Jahren vergebens geforderten Bürgschaften ihrer politischen Entwicklung in den Vordergrund stellen müssen, da die Erfahrungen des Krieges lehren, daß die Stellung des Deutschtums in Oesterreich mit dem Bestehen und Gedeihen des Staates untrennbar verbunden ist. Wenn aber das deutsche Volk in Oesterreich bei der kommenden schicksalsvollen Entscheidung der innerpolitischen Neugestaltung Oesterreichs sein volles Schwergewicht in die Wagschale werfen will, so muß es vor allem innerlich geeinigt sein. In richtiger Erkenntnis dieser Notwendigkeit betont die Prager Entschließung, daß die allgemeine Lage der Deutschen in Oesterreich wieder einmal die eindringliche Mahnung enthält, alles zu vergessen, was die Deutschen in Oesterreich trennt, und ohne Vorurteil die großen Ziele und Pflichten des Deutschtums in Oesterreich nicht nur ins Auge zu fassen, sondern zu ihrer Durchsetzung und Erfüllung die gemeinsame Kraft voll und ganz einzusetzen.

Auch die Tschechen melden sich, vorläufig allerdings nur in ihrer Presse, zum Wort und suchen aus der Sonderstellung Galiziens auch für ihre Ziele Folgerungen abzuleiten. Die „Narodni Listy" schreibt, daß die gemeinsame Kundgebung der beiden Kaiser auch den nichtdeutschen Völkern Oesterreichs neue Aussichten in die nationale und internationale Politik und ihre gegenseitige Zusammengehörigkeit, auf ihr nationales Recht im Rahmen des Staats- und internationalen Rechts eröffne. Und das Organ der tschechischen Agrarier „Venkov" meint, daß insbesondere die Tschechen infolge der Sonderstellung Galiziens mit einer Aenderung von weittragender Bedeutung rechnen müssen, denn sie bedeute ganz neue Verhältnisse in der Reichsvertretung. Die Tschechen würden vor vollständig ungeahnte Ereignisse gestellt, die nicht ohne Einfluß auf ihr gesamtes politisches Leben bleiben würden. Geradezu panikartig hat die kaiserliche Verkündung der Sonderstellung Galiziens auf den zweiten Volksstamm Galiziens, die Ukrainer, gewirkt, die anscheinend nicht mit im Geheimnis waren. Die Vorsitzenden der ukrainischen Klubs haben in ihrer Gesamtheit ihre Obmannstellen niedergelegt, und die ukrainischen Klubs haben eine feierliche Rechtsverwahrung gegen jede Veränderung der Rechtsstellung Galiziens ohne Einvernehmen mit der ukrainischen Nation verfaßt und der Regierung überreicht. Nicht minder groß sind auch die Besorgnisse bei den Deutschen Galiziens, um so mehr als der Regierungskommentar zu dem kaiserlichen Handschreiben nur von dem Auftrage spricht, die Grundlage für ein Einvernehmen „zwischen den beiden das Land bewohnenden Volksstämmen zu schaffen." Selbst die „Reichspost" hebt diese bedenkliche Lücke hervor und führt aus, daß die amtliche Erläuterung natürlich nicht die Tatsache aus der Welt schaffen konnte, daß noch ein dritter Volksstamm, der deutsche, Galizien bewohnt. „Denn wahrlich, wenn von Kriegsopfern und Kriegsleid, von Beweisen der Hingebung und Treue der Bevölkerung Galiziens die Rede ist, dann stehen die Deutschen des Landes, an denen der allrussische Ingrimm der daherbrausenden Horden des Zaren sich ganz besonders entladen hat, mit in der ersten Reihe. Nach den Veröffentlichungen des gewesenen Czernowitzer Universitätsprofessors Kaindl kann niemand mehr die Bodenständigkeit und Verbreitung, die große kulturelle Bedeutung der Deutschen in Galizien in Abrede stellen." Die „Reichspost" betont die selbstverständlichen Einheitsgefühle der übrigen Deutschösterreicher für ihre Volksgenossen in Galizien und richtet auf Grund der Erfahrungen des Krieges an den Staat die Mahnung, in seinem eigensten Interesse keine weitere Schmälerung deutschen Volkstums in Oesterreich, und wäre es auch nur ein Splitterchen, zuzulassen.

Schon erkennt man deutlich die Schwierigkeit der mit der Sonderstellung Galiziens aufgeworfenen Fragen und man versteht auch, warum es der Zusammenfassung aller nationalen Kräfte des Deutschtums in Oesterreich bedarf. Denn die Deutschen Galiziens und auch die Ukrainer müssen unter allen Umständen gegen die Gefahr einer Polonisierung geschützt werden.

Dr. Gr.

Neues Wiener Tagblatt
10./XI. 1916

Abg. Zenker für die Bildung eines deutschen Blocks.

In einer gestern in Kaisers Lokalitäten im 4. Bezirk stattgefundenen Versammlung des Wiedner Volksvereines erstattete der Abg. Zenker Bericht über die politische Lage. An der Aussprache beteiligten sich unter andern die Abgeordneten Friedmann und Ganser. Hiebei wurde auch von allen Seiten die Notwendigkeit der einheitlichen Organisation aller freiheitlichen Bestrebungen in Wien in einer Arbeitpartei nach dem Vorbilde der in Angriff genommenen länderweisen Parteibildungen betont. In weiterer Folge wurde auf die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller deutschen Parteien in einem deutschen Block hingewiesen; dieses Ziel würde durch Sonderbündnisse einzelner deutscher Parteigruppen gefährdet, welche nicht nur den Schein der Ausschließung erwecken, sondern auch nicht die Bürgschaft eines nationalen und wirtschaftlichen Erfolges in sich schließen. Als eine selbstverständliche Voraussetzung jeder ersprießlichen Arbeit im Dienste des Volkes wurde die vorbehaltlose Einberufung des Reichsrates gefordert.

Vossische Zeitung

29

10./XI. 1916

Galizien und seine Gegner.

Von unserem Berichterstatter.

* **Wien**, 9. November.

Das kaiserliche Handschreiben über Galizien scheint in seiner äußerst allgemeinen, auslegungsreichen Abfassung kaum mehr vom Grafen Stürgkh geschrieben zu sein, wenn auch er allein die historische Verantwortung für diesen Schritt zu tragen hat, denn er hat die Verhandlungen über Polen gebilligt. Nun beschäftigen sich die Politiker aller Parteien damit, in das Manifest hinein oder aus ihm heraus Gedanken zu lesen, deren Väter ihre Wünsche sind, und so entsteht eine leise Verwirrung. Manche reden bereits von dem „übrigbleibenden Stück Oesterreich" und wirklich schließt ja Galizien weit mehr als ein Viertel aller österreichischen Einwohner in sich. Die ganze galizische Frage, sagen die Liberalen, muß sich zu einer innerösterreichischen Neuordnung erweitern, ja die „Zeit" hält es direkt für eine Unmöglichkeit, das alte Oesterreich weiter in seiner alten Unordnung zu belassen. Vollends die Alldeutschen begleiten ihre polnischen Kompatrioten unter übertriebenen Komplimenten bereits an die Tür. Seit Jahren und seit Jahrzehnten wünschen wie die Alldeutschen und der deutsche Nationalverband denn auch die Christlichsozialen das Ausscheiden der polnischen Abgeordneten aus dem Reichsrate, denn nur die Trennung der Polen und der Slawen kann den deutschen Gruppen die Majorität bringen. So stand es vor 34 Jahren im Linzer, vor 17 Jahren im sogenannten Pfingstprogramm, und im diesjährigen Osterprogramm hieß es sogar mit drastischer Deutlichkeit, innerhalb des Kaisertums Oesterreichs werden Galizien, die Bukowina und Dalmatien unter Ausscheidung der Vertreter dieser Länder aus dem Reichsrat, Abgeordnetenhaus sowie Herrenhaus, sondergestellt.

Als vor zehn Jahren im März 1906 die Sonderstellung Galiziens zum letzten Male in der Kammer verhandelt wurde, erklärte der Ministerpräsident Gautsch, die Regierung halte an der Staatseinheit fest und müsse sich gegenüber jedem Versuche einer Lockerung des Gefüges des Staates unbedingt ablehnend verhalten. Sie könnte daher der Aufforderung wegen Vorlage eines Gesetzentwurfes auf Sonderstellung Galiziens unter keinen Umständen nachkommen. Heute muß die alldeutsche Presse umgekehrt das kaiserliche Manifest gegen die Auslegung verteidigen, als wäre eine Lockerung damit begonnen.

Heute wie vor zehn Jahren wirken einer solchen Sonderstellung vornehmlich entgegen die Tschechen und Ruthenen, nicht aus Liebe zur Staatseinheit, sondern aus Eifersucht, und sie erneuern mit Ungestüm ihren alten Ruf nach einer Autonomie, die der polnischen ähnlich wäre. Der lauteste Protest ist der der Ruthenen, darum, weil sie als Mitbewohner Galiziens sich unmittelbar getroffen fühlen. Ihre feierliche Rechtsverwahrung gegen das kaiserliche Handschreiben hat Körbers kluge, weitherzige Zensur in die Oeffentlichkeit gelassen, während unter Stürgkh noch vor vier Wochen hier jeder Satz über Polen gestrichen wurde, unter anderem das gelassene Wort: „Die Zukunft Polens ruht bei Gott.". Indem die Präsidien des ukrainischen Reichsratsklubs und des Nationalrats ihre Mandate niederlegten und indem die gestrige ukrainische Vollversammlung die geschichtliche Zusammenfügung des ukrainischen Volkstums mit den Fürsten- und Herzogtümern Krakau, Zator und Auschwitz als eine künstliche und zufällige Bildung bezeichneten, bezog man sich auf die mehrfachen, noch zehn Tage vor seinem Tode erneuten Versicherungen des Grafen Stürgkh, nach unabänderlichem Entschluß der Staatsfaktoren werde Ostgalizien zu einem besonderen Kronlande mit ukrainischer Selbstverwaltung erhoben werden. Und nun glauben die Ruthenen mit einem Male zugunsten der Polen die umgekehrte Entwicklung vor sich zu haben. Die angekündigte Sonderstellung Galiziens, erklärten sie daher wörtlich, verletzt auf das tiefste die historischen sowie die bereits erworbenen Rechte des ukrainischen Volkes und liefert das viertgrößte Volk des Staates der unbeschränkten Herrschaft des nationalen Gegners aus. Die ukrainische Nation wird die Sonderstellung Galiziens unter polnischer Herrschaft niemals anerkennen. Bedenkt man nun, wieviel diese Nation hier unter den Polen, drüben unter den Russen leiden mußte, so müßte man ihren Protest dann begreifen, wenn man die Auslegung des Handschreibens zu ihren Ungunsten als richtig annimmt. Ein Jahrhundert lang kämpfte dieses Bauernvolk gegen seine Grundherren, die ihm an Nationalität und Religion fremd sind, und wußte sich in agrarischen und sozialen Dingen der polnischen Herrschaft zu erwehren! Während die Mehrheit der Ruthenen, etwa 20 Millionen, von Rußland unterjocht und gänzlich russifiziert wird, kämpfte die Minderheit im Gefüge des österreichischen Staates ihren Freiheitskampf gegen die Polen, und sie war noch im Jahre 1868 in Wien so unbekannt, daß man, als sie auf der Wiener Vollversammlung erschien, den Grafen Stadion, Statthalter von Galizien, beschuldigte, diese Nation erfunden zu haben.

Indessen der Protest der Ruthenen folgert vielleicht nur aus einer verblendeten Auffassung des kaiserlichen Handschreibens. In diesem wird an zwei Stellen vom Land Galizien und von der Bevölkerung Galiziens gesprochen und somit nur die heutige Ordnung und Rechtslage zugrunde gelegt, um verständlich und unkorrekt zu bleiben, da es doch vorläufig nur ein Galizien gibt, kein polnisches Westgalizien und kein urkrainisches Ostgalizien. Sonst wird im Handschreiben von der Gewährung der nationalen und wirtschaftlichen Entfaltung unter Wahrung der Zugehörigkeit zum Gesamtstaat gesprochen, und das kann jeder Optimist zunächst auf sich beziehen.

Die Ruthenen scheinen aber pessimistisch zu sein oder sie spielen es nur. Ihr leidenschaftlicher Protest gegen eine Sache, die sie seit Wochen kennen, kann also nur dem Zweck dienen, Presse und Oeffentlichkeit mit Nachdruck an die Ruthenen zu erinnern, da sie zurzeit nur an das polnische Thema zu denken sich genötigt fühlen. Im übrigen ist dieses ruthenische Gegenthema nur das hörbarste von Spielen, die hier auf recht verschiedenen Instrumenten, vom Pianissimo bis zum Mezzosopran, laut werden.

Emil Ludwig.

Abendbl
10./XI. 1916

31

* **Der Wiedner Wählerverein** hielt am 6. d. M. in Pelikans Untergrundsaal in der Alleegasse eine glänzend besuchte Versammlung ab. Der Vorsitzende VV. Charwat konnte außer den zahlreich erschienenen Mitgliedern begrüßen: StR. Regierungsrat Schmid, die Gemeinderäte Breuer, Eglauer, Elis, Lux, Panosch und Philp, Pfarrer Etz, den Obmann des Vereines „Christliche Familie", Ortsgruppe Wieden, Huber und Regierungsvertreter Dr. Neuwirth. StR. Schmid sprach in längerer Rede über das neue Ministerium, die Frage der Einberufung des Parlamentes, die Lebensmittelversorgung und besonders ausführlich über die Mehlrayonierung, wobei Redner bemerkte: Jene Geschäftsleute, die diesmal nicht Mehlabgabestellen erhielten, mögen nicht ungehalten werden; es werde höchst wahrscheinlich die Rayonierung anderer Lebensmittel erfolgen, wobei dann die anderen Geschäftsleute berücksichtigt werden. Ferner teilte StR. Schmid noch mit, daß am 16. November mit dem Umziehen auf den neuen Naschmarkt begonnen werde. VR. Merth bemerkte, daß für die Schaffung des neuen Naschmarktes und die Lösung der damit verbundenen Fragen nebst dem Herrn Bürgermeister auch dem StR. Schmid der Dank der Bevölkerung gebühre. (Lebhafte Zustimmung.) Redner verwies auch mit Worten wärmster Anerkennung auf die Bemühungen des verstorbenen Bezirksvorstehers Rienößl und auf die Leistungen des gegenwärtigen Bezirksvorstehers Charwat. (Lebhafter Beifall.)

10./XI 1916

32

Die Frage der Einberufung des Reichsrates.

Nach den Mitteilungen einer Reihe von Parlamentariern, die bekanntlich in den letzten Tagen Konferenzen mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber hatten, ist die Lage zurzeit so, daß, wie aus den Aeußerungen des Ministerpräsidenten hervorgeht, erst entscheidende Besprechungen zwischen der Regierung und den parlamentarischen Faktoren die Frage beantworten werden, welcher Art die Vorbedingungen sind, auf Grund welcher an die Einberufung des Reichsrates geschritten werden kann. Einen Termin für die Einberufung des Reichsrates läßt sich unter diesen Umständen derzeit naturgemäß noch nicht nennen, doch hat die von parlamentarischer Seite geäußerte Ansicht viel für sich, daß der Reichsrat für Ende Februar oder Anfang März 1917 einberufen werden wird.

Es hatten heute vormittag mit dem Ministerpräsidenten die Präsidenten der beiden Häuser des Reichsrates Dr. Sylvester und Fürst Windischgrätz eine gemeinsame Unterredung mit dem Ministerpräsidenten, um mit demselben wegen Auflassung des Spitales im Parlamentsgebäude Rücksprache zu nehmen. Seitens beider Präsidenten wurde hiezu bemerkt, daß bei der Räumung des Spitales im Parlamentsgebäude mit der größten Rücksicht auf die derzeit dort untergebrachten Offiziere und Mannschaften vorgegangen werden müßte. Für den Spitalsbetrieb im Parlamente bestehe aber derzeit keine Veranlassung mehr, da es jetzt mehr als zu Anfang des Krieges Spitäler gebe, wo die Verwundeten und Kranken besser gepflegt werden können, als dies in Gebäuden, wie im Parlament der Fall sein könnte.

Ministerpräsident Dr. v. Koerber, der in seiner Antwort betonte, daß es sich hier keineswegs um eine politische Frage, sondern nur um eine Angelegenheit administrativer Natur handle, erwiderte, er werde sich wegen Räumung des Spitales im Parlamentsgebäude mit dem Minister des Innern ins Einvernehmen setzen, wobei die geäußerten Wünsche in entsprechender Weise berücksichtigt werden würden.

Präsident Dr. Sylvester hatte heute vormittag eine Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber, dem er die in der Vertretersitzung vom 23. Oktober l. J. zum Ausdruck gekommenen Anschauungen der Parteien des Abgeordnetenhauses bezüglich der Einberufung des Parlaments zur Kenntnis brachte. Bekanntlich haben sich in dieser Vertretersitzung sämtliche Parteien des Abgeordnetenhauses für die Wiederherstellung des parlamentarischen Lebens in Oesterreich, beziehungsweise für die Einberufung des Reichsrates einmütig ausgesprochen.

Ministerpräsident Dr. v. Koerber erklärte, daß ihm diese Anschauungen der parlamentarischen Parteien auch schon aus Mitteilungen einer Reihe von Parteienvertretern bekannt seien, und daß er mit den Parteien des Reichsrates entsprechende Fühlung nehmen werde. Auf Grund einer weiteren, vom Präsidium des Abgeordnetenhauses einzuberufenden Sitzung der Vertreter der Parteien werde dann festzustellen sein, ob bezüglich der Vorbedingungen der Parlamentstagung unter den Abgeordneten eine übereinstimmende Auffassung bestehe. Nach dem Ergebnisse der Aussprache der Regierung mit den Par-

Tägliche Rundschau

11./XI. 1916

Deutsche Amtssprache in Tirol. Der Tiroler Landesausschuß hat in seiner letzten Sitzung nachstehende Beschlüsse gefaßt: 1) Alle in deutscher Sprache verfaßten, an den Landesausschuß oder an ein Landesamt gerichteten Eingaben sind in deutscher Sprache auch dann zu erledigen, wenn sie aus dem italienischen Landesteile kommen. 2) Mit den deutschen Gemeinden in Italienisch-Tirol ist ausschließlich deutsch zu verkehren. 3) Im Verkehr mit allen staatlichen Verwaltungsbehörden in Italienisch-Tirol ist ausschließlich die deutsche Sprache anzuwenden. 4) Im Verkehr mit allen Landesanstalten und im Verkehre unter den einzelnen Landesämtern hat ausschließlich die deutsche Sprache in Anwendung zu kommen.

11./XI. 1916

34

Beratung der Christlichsozialen Vereinigung.

Die christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter hielt heute vor- und nachmittag unter dem Vorsitze des geschäftsführenden Obmannes Abgeordneten Schraffl eine achtstündige Beratung, der auch der Parteichef Landmarschall Prinz Liechtenstein, Bürgermeister Exz. Weiskirchner, die Minister a. D. Dr. v. Wittek und Dr. Geßmann, sowie LA. Kunschak beiwohnten. Es referierten Chefredakteur Dr. Funder über die Kriegslage, Abg. Dr. Mataja über die auswärtige Lage, Minister a. D. Dr. Geßmann über die innerpolitische Lage, Dr. Freiherr v. Fuchs über die Finanzfrage, Minister a. D. Dr. v. Wittek über die Leistungen des Kriegshilfsbureaus der Gemeinde Wien. In der an die Berichte anschließenden Wechselrede wurden insbesondere die Auswüchse des Großkapitalismus in der Kriegswirtschaft und die von denselben verursachte Korruption auf allen öffentlichen Gebieten zum Gegenstande der schärfsten Kritik gemacht und dargetan, wie dadurch neuerdings die tiefbegründete Berechtigung der antisemitischen Bewegung erwiesen werde. Sodann wurde die gestrige gemeinsame Versammlung der deutschfreisinnigen und christlichsozialen Abgeordneten besprochen und hiebei folgende Entschließung einhellig zum Beschlusse erhoben:

Die Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter billigt die vom Vorstande unternommene Fühlungnahme mit dem Deutschen Nationalverband zum Zwecke gemeinsamer Schritte in wirtschaftlichen und nationalen Fragen.

Die in der gemeinsamen Versammlung am 9. d. beschlossene politische Resolution wird in allen Konsequenzen der dort ausgesprochenen Leitsätze zum Gegenstande besonderer Berichterstattung an den Klub gemacht."

Nach Erörterung verschiedener Parteiangelegenheiten, beschloß die Vereinigung, an die Reichsparteileitung wegen Einberufung eines Reichsparteitages für Ende Februar heranzutreten.

*

Die Vorstandsmitglieder Abg. Dr. v. Baechle und Landeshauptmann Hauser hatten ihre Abwesenheit von der Klubsitzung durch Krankheit entschuldigt. Abg. Dr. v. Baechle wird infolge seines geschwächten Gesundheitszustandes auch in nächster Zeit nicht an Versammlungen teilnehmen können.

* * *

Aus Kreisen des christlichsozialen Reichsratsklubs wird uns zu der gestrigen gemeinsamen Beratung mit dem Nationalverbande mitgeteilt:

Die heute in den meisten Blättern vorfindliche Mitteilung, daß die Resolutionen in der jetzigen gemeinsamen Beratung einstimmig angenommen worden seien, ist unzutreffend. Es konnte von einer einstimmigen Annahme schon deshalb nicht die Rede sein, weil der Text der Entschließungen dem christlichsozialen Klub zuvor nicht vorgelegen und deshalb von diesem nicht beraten worden war; z. B. war meines Wissens eine Entschließung politischer Natur nicht in Aussicht genommen, sondern die Beratung sollte sich mit den wichtigen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Fragen und vor allem der Bekämpfung des Kriegswuchers und Schmarotzertums befassen. Es ist deshalb kein Wunder, wenn einzelne Stellen der Resolutionen, die nicht in den Plenarversammlungen der Klubs, nicht einmal in deren Vorständen vorbereitet waren, Widerspruch begegnen. Ich glaube, daß ich mit dieser Meinung durchaus nicht vereinzelt dastehe, wobei ich bei guter Kenntnis der Dinge hervorheben möchte, daß die Herren unseres Vorstandes, beziehungsweise der Wiener Christlichsozialen Vereinigung für die geschehenen Versehen keine Verantwortung haben.

Reichspost
12./XI. 1916

Zur Frage der Reichsrats-einberufung.

Präsident Dr. Sylvester, der heute nach Salzburg zurückgekehrt ist, hatte der Parl.-Korr. zufolge im Laufe des gestrigen Tages eine Reihe von Unterredungen mit Ressortministern. Vom Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber werden in der nächsten Zeit an die Führer der deutschen Parteien Einladungen zu neuen Besprechungen ergehen. Während bei den Konferenzen bei der ersten Fühlungnahme zwischen Regierung und Parlamentariern sich Ministerpräsident Dr. v. Koerber in der Hauptsache darauf beschränkte, die Wünsche, Forderungen und Anschauungen der Parteienvertreter anzuhören und zur Kenntnis zu nehmen, werden sich die kommenden Konferenzen im besonderen mit der Angelegenheit der Reichsratstagung befassen und es werden hiebei die notwendigen Voraussetzungen und möglichen Vorbedingungen für die Tagung des Reichsrates zur Feststellung kommen. — Im Zusammenhange damit wird dann auch eine vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses einberufene neuerliche Sitzung der Vertreter der Parteien die endgültige Beantwortung der Frage der Einberufung des Reichsrates herbeiführen. — Wie die nämliche Korrespondenz erfährt, wurde bereits vom gewesenen Justizminister Dr. v. Hochenburger im Ministerium Stürgkh eine Gesetzesvorlage über die Verlängerung der Legislaturperiode des Reichsrates in Vorschlag gebracht, wonach die am 11. Juni 1917 ablaufende Legislaturperiode des Reichsrates nach dem Vorbilde anderer Parlamente verlängert werden soll.

Neue Freie Presse
12./XI. 1916

Das deutsche Bürgertum und die Abgeordneten.

Wien, 11. November.

Der Obmann des Deutschen Nationalverbandes Dr. Groß hat in der gemeinsamen Sitzung von Vertretern der christlichsozialen Partei und des Nationalverbandes an das gemeinschaftliche Programm der beiden Verbände erinnert, das vor ungefähr einem Jahre vereinbart worden ist. Dieses Programm ist in der deutschen Oeffentlichkeit nicht ohne Widerspruch geblieben, denn es enthielt einen Programmpunkt, die Ausgestaltung der Autonomie der Länder, der von den Deutschen in den Sudetenländern scharf bekämpft wurde. Die Schöpfer des unglücklichen Autonomiepunktes haben sich allerdings bemüht, in wiederholten Erläuterungen dem Fremdling, der da in ein nationaldeutsches Zukunftsprogramm Eingang gefunden hatte, eine harmlose Deutung zu geben. Die Auslegungskunst wurde sogar so weit getrieben, daß die Ausgestaltung der Autonomie, also eine alte Forderung der Czechen, für gleichbedeutend mit den Forderungen des deutschböhmischen Volkes nach einer Reform der Landesordnung Böhmens erklärt wurde. Allein der unbeirrbare Blick der deutschen Bevölkerung hatte den Pferdefuß in dem Programm richtig erkannt. Die Ausgestaltung der Autonomie nimmt sich in einem Programm, das die nationale Zukunft des deutschen Volkes in Oesterreich zum Inhalt hat, ebenso eigentümlich aus wie etwa die Forderung nach Herabminderung der Schulpflicht in einem freiheitlichen Programm. Der Eindruck blieb, daß in der Gemeinschaft zwischen Christlichsozialen und Nationalverband die politischen Ideen, welche die deutschfreiheitlichen Wählerschaften erfüllen, nicht zu Worte kommen dürften. Die Versammlung der Christlichsozialen und des Nationalverbandes, die am 9. d. abgehalten wurde und gewissermaßen das zweite Lebenszeichen der Gemeinschaft war, vermochte nicht, diesen Eindruck wegzuwischen. In dieser Entente, die nach der Schlußrede des Obmannes des Deutschen Nationalverbandes, Dr. Groß, die Stimme der deutschbürgerlichen Parteien zum Ausdruck bringen soll, werden, das ist heute schon klar, gerade jene politischen Güter, denen das deutsche Bürgertum seinen Aufstieg und seine Rechte verdankt, in den Winkel gestellt sein.

Der innere Wiederaufbau nach dem Kriege regt überall die Köpfe zur Nachdenklichkeit an. Der lange furchtbare Krieg, der so viel von den Kräften des Volkes auffraß, hat nicht bloß Menschen und Sachgüter zerstört, sondern auch die Grundlagen erschüttert, die eine Bedingung der wirtschaftlichen Blüte und der Erziehung der Völker zu jener inneren Stärke waren, die sich im Kriege so staunenswert offenbart hat. Den Weg zu den Lebensbedingungen der europäischen Kultur zurückzufinden, ist schon jetzt die Sorge aller, die sich der großen Aufgabe der Erneuerung der verlorengegangenen Güter gewachsen zeigen wollen. An dieser geistigen Arbeit nehmen nicht bloß die gelehrten Theoretiker, sondern vor allem die praktischen Politiker teil. Denn der Hauptteil des Werkes ist ein politischer und muß durch die Völker und ihre Vertreter in den öffentlichen Körperschaften geleistet werden. Man blicke nach Deutschland hinüber, zu unseren Nachbarn und Bundesgenossen, die in den Grundlagen des staatlichen Lebens so eng mit uns verwandt sind. Dort ist in der Kriegsliteratur, in den Beratungen der politischen Parteien und wirtschaftlichen Organisationen längst die Kernfrage der Zukunft erfaßt. Die Leistungskraft der Nation im Frieden wie im Kriege beruhte auf den schöpferischen Fähigkeiten des freien Bürgers. Dieser freie Bürger ist in den Kriegsjahren untergegangen. Die Staatsallgewalt hat ihn aufgezehrt. Die militärischen Notwendigkeiten des Kampfes auf Tod und Leben, die eigenartigen Anforderungen, die die Abwehr des englischen Aushungerungsgedankens an die Verwaltung und die Bevölkerung gestellt hat, haben den einzelnen in der persönlichen und wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit so eingeschnürt, daß von der bürgerlichen Freiheit vor dem Kriege fast nichts mehr übriggeblieben ist. Dabei ist, wie immer, wenn der Staatshaushalt ohne zulängliche Kontrolle arbeitet, weiter gegangen worden, als nötig war; wir haben ja das einleuchtendste Beispiel an der Ausdehnung der Pressezensur. Das politische Hauptproblem lautet daher für alle, die wachen Auges sind: Wie kann so rasch als möglich das Gleichgewichtsverhältnis von Staatsbürger und Staatsgewalt wieder hergestellt werden? Wie kommen wir von dem Drucke und der Bevormundung wieder zur freien Bewegung zurück? Wie kann der Bürger die Rechte, die er zum Wohl der Gesamtheit vor dem Kriege hatte und ausübte, wieder vom Staate zurückerhalten, der im Kriege alle Rechte an sich genommen hat? Im deutschen Reiche wird diese Grundfrage der inneren Politik mit Leidenschaft erörtert, die Reichstagsdebatten sind voll davon und die Programme aller Parteien, voran der freiheitlichen, gehen alle von dem Gedanken aus, daß die Kräfte vornehmlich daran gesetzt werden müssen, die Allmacht des Staates abzubauen und den einzelnen wieder in seine Rechte einzusetzen. Soweit wir bei der Unterbrechung des Verkehrs beurteilen können, steht das gleiche Problem im Mittelpunkte der inneren Politik auch bei den uns feindlichen Nationen, es ist ein gemeinsames europäisches, wie alle großen Fragen, die an Wendepunkten der geschichtlichen Entwicklung alle Völker des Erdteils erregt haben und überall Lösung erzwangen.

Wir hatten in Oesterreich schon einmal eine Zeit starken Aufbaues nach schwerem Ringen. Damals stand dieselbe Frage vor dem Volke und seinen Vertretern. Nur war zu jener Zeit die Staatsgewalt noch in historischem Besitze und der freie Bürger mußte erst geschaffen werden. Die Aufgabe wurde erkannt und mit gewissenhaftem Ernste gelöst. Was der Bürger eines modernen Staates an wirtschaftlicher und geistiger Bewegungsfreiheit benötigt, wurde ihm gegeben, alle Stände erhielten ihre Rechte, dem Staate wurde die Last von Befugnissen und Verantwortungen abgenommen, die kein Behördenmechanismus tragen kann. Der Staatsweisheit, die aus den Staatsgrundgesetzen und dem auf diesem freien Grunde geschaffenen Rechts- und Wirkungskreise des Staatsbürgers spricht, ist Wohlstand und Bürgersinn entsprungen, die in dem gegenwärtigen Existenzkampfe des Staates die Schlachten geschlagen, die Entbehrungen ertragen und die gewaltigen Kriegsausgaben aufgebracht haben. Der schöpferische Geist, der in den politischen Großtaten des deutschösterreichischen Bürgertums von ehedem seinen Niederschlag fand, lebt seither in einem kräftigen modernen Mittelstand weiter. Er betätigt sich in einer aufblühenden Industrie, in Handel und Verkehr, in einem starken geistigen Leben, die sich vor keiner der gleichartigen Erscheinungen in anderen Ländern zu verstecken brauchen. Dieser hochbegabte, regsame deutsche Mittelstand, die Stütze seiner Nation und des Staates, hat das Unglück, politisch nahezu mundtot zu sein. Er ist im Parlament fast gar nicht vertreten. Manche Abgeordnete stehen seiner Gedankenwelt und seinen Bedürfnissen fremd gegenüber. Ihm fehlt die Partei, die seinen Geist stolzer Freiheit und Tüchtigkeit politisch vertritt. Nichts in den letzten Aeußerungen verrät, daß die große Sorge des deutschen Bürgers, wie er seine kulturellen und wirtschaftlichen Rechte wieder gewinnen könne, die der Staat im Kriege gelähmt hat, verstanden und geteilt werde. Manche Abgeordnete stecken noch immer in den Gedankenkreisen, in denen sie vor dem Kriege so bequem sich herumdrehten. Die große Zeit scheint spurlos an ihrem Geiste vorbeigegangen. Das deutsche Bürgertum und diese Abgeordneten verstehen einander nicht.

Arbeiterzeitung

12./XI. 1916

Burgfriede.

In seiner Geschichte von England macht Macaulay über das, was man jetzt Burgfrieden nennt, eine treffende Bemerkung. Er schildert die Verfolgung der protestantischen Bischöfe unter dem katholischen Jakob: „Es war die letzte Gelegenheit, bei welcher zwei Gefühle von furchtbarer Kraft, zwei Gefühle, welche sich gewöhnlich feindlich gegenübergestanden haben, und von denen jedes für sich, wenn es im hohen Grad erregt war, sich als ausreichend erwies, den Staat zu erschüttern, in vollkommener Eintracht sich verbündeten. Diese Gefühle waren Liebe zur Staatskirche und Liebe zur Freiheit. Während vieler Generationen bekämpfte jeder heftige Ausbruch des Gefühls für die Hochkirche die bürgerliche Freiheit; jeder heftige Ausbruch des Eifers für die Freiheit bekämpfte die Gewalt und den Einfluß der Prälaten und Priester. Damals, im Jahre 1688, war die Sache der Hierarchie für einen Augenblick die Sache der Volkspartei." Und Macaulay fährt fort: „Viele fromme Menschen erinnerten sich in späteren Jahren dieser Zeit mit tiefem Schmerz; sie beschrieben dieselbe als den kurzen Lichtblick eines goldenen Zeitalters zwischen zwei eisernen Zeitaltern. Solche Wehklage ist allerdings natürlich, aber doch unvernünftig. Das Bündnis von 1688 ward hervorgebracht, und konnte allein hervorgebracht werden, durch eine Tyrannei, welche an Verrücktheit grenzte, und durch eine Gefahr, welche alle Institutionen des Landes zugleich bedrohte. Man darf nicht vergessen, daß, wenngleich Eintracht an sich besser als Zwietracht, Zwietracht einen besseren Zustand der Dinge andeutet als Eintracht. Trübsal und Gefahr zwingen die Menschen häufig, sich miteinander zu verbinden; Wohlergehen und Sicherheit ermutigen sie häufig, sich voneinander zu trennen." Man kann die ganz ausnahmsweise Möglichkeit des sogenannten Burgfriedens nicht besser darstellen. Und auch, daß er einen ungesunden Zustand andeutet, daß seine Voraussetzung schwere Uebel im Volkskörper sind. Damit ist auch wohl erschöpfend die Frage beantwortet, ob sich der Burgfriede in den nüchternen Alltag hinüberretten und inmitten der mannigfachen und schroffen Gegensätze des Werktagslebens behaupten kann.

Im Deutschen Reich wird viel über den „inneren Frieden" nachgedacht; man meint darunter, was sich von dem Zusammengehörigkeitsgefühl, das der Krieg wachgerufen hat, auch gegenüber dem Kampf, den der Gegensatz der Klassen erzeugt, als Gewinn des Krieges erhalten ließe. In Oesterreich denkt darüber niemand nach, obwohl die Frage hier in einer anderen Gestalt ungleich bedeutungsvoller ist. Es handelt sich darum, wie das Verhältnis der Nationen durch den Krieg beeinflußt wird: ob die Nationen aus dem Krieg in einer Stimmung herauskommen, die der Lösung der nationalen Streitfragen günstig ist, oder in einer Stimmung, nach der nicht bloß eine Wiederkehr dieser Streitigkeiten zu befürchten wäre, sondern die ihre Schärfe und Schroffheit noch steigert. Da bei den nationalen Fragen die Kämpfe und den Streit nicht gerade ihr Inhalt bestimmt, sondern der Grad der Heftigkeit am meisten von der Stimmung der Nationen — richtiger freilich: der nationalen Bourgeoisien — abhängt, von ihrem Bedürfnis nach nationalem Frieden, von ihrer Sucht, in nationalen Gehässigkeiten zu schwelgen, so ist jene Frage für unsere Entwicklung nach dem Kriege wohl die wichtigste Frage. Erwächst aus dem Kriege das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das Bewußtsein des Zueinandergehörens, vertieft sich das Gefühl, eine große Zeit zusammen erlebt zu haben, ein großes Leid zusammen getragen zu haben, so wird sich das Bedürfnis, von dem nationalen Streite befreit zu werden, wohl verstärken, und dann wird dieses verstärkte und gesteigerte Bedürfnis natürlich auch die Lösungen finden, dann wird das gemeinsame Erlebnis des vollbringen gehabt, eine große Leistung auch vollbringen können. Vor allem hätte, wenn zwei Jahre nicht Schweigen die allgemeine Pflicht gewesen wäre, die Rechnung nicht so hoch anschwellen können; man hätte einander im Parlament wahrscheinlich nicht selten Vorwürfe gemacht, aber das Aussprechen von Dingen hat seine lösende Kraft. Und wenn die Nationen in dem gemeinsamen Parlament versammelt gewesen wären, so hätten sie aufeinander gewirkt, sie hätten gleichsam den Weltkrieg auch politisch zusammen erlebt; und das wäre sicherlich segensreicher gewesen als dieses stumme Fremdwerden, das man zwar nicht sieht, aber deutlich fühlt. Die Politik, die das Parlament ausschaltete, war nicht allein ein schweres Unrecht gegenüber dem Volke, sie ist auch höchst ungesund für den Staat. Mit ihr ungesäumt aufzuräumen scheint uns eine wahre Staatsnotwendigkeit zu sein.

An einer charakteristischen Einzelheit glauben wir die seltsame Art des österreichischen Burgfriedens erkannt zu haben. Oesterreich führt einen schweren, unsägliche Opfer heischenden Krieg zur Behauptung Galiziens; denn da der russische Angriff in der Hauptsache die Eroberung dieses Landes zum Ziele hat, so hat die Abwehr Oesterreichs dessen Erhaltung zum Inhalt. Nun lese man den Beschluß, der dieser Tage im Wiener Rathause gefaßt wurde! Es ist nicht die Rede von jener Sonderstellung Galiziens, die sich als das Problem einer sachgemäßen Ordnung der staatlichen Dinge darstellt, und welche daher die Vernunft gebieten und rechtfertigen kann; was auffällt nach diesem Kriege, der, wie man versichert, die Nationen in Oesterreich zu einer untrennbaren Einheit zusammengeschmiedet hat, ist sozusagen die Begeisterung für das Ausscheiden des galizischen Landes aus dem Parlament, welches doch in einem sehr bestimmten Sinne auch ein Ausscheiden aus Oesterreich sein wird. Wenn der Jubel über diese Möglichkeit damit erklärt wird, daß die Begründung der Arbeitsfähigkeit des Reichsrates es nötig mache, daß die Vertreter Galiziens ihn verlassen und meiden, so verschiebt das die Sachlage nicht; die Polen haben die Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses vielleicht am wenigsten beeinträchtigt, und wenn man alle Nationen, die die Arbeitsfähigkeit gestört haben, aus dem Abgeordnetenhause entlassen sollte, so würde es wohl auch andere treffen und es könnte recht einsam auf dem Franzensring werden. Man hofft nicht damit auf den arbeitsfähigen Reichsrat, man hofft natürlich auf anderes, aber, und das ist das Widerspruchsvolle, man freut sich einfach über die Möglichkeit, die Vertreter des Landes Galizien loszuwerden, also die Vertreter eines Landes, für dessen Erhaltung wir so schwer geblutet haben! Was danach übrig bleibt, sind zwar, wie das gemeinsame Wirtschaftsgebiet, wie die gemeinsame Rekrutierung, sehr gewichtige Sachen; wer aber über die Frage nachdenkt, wie das Verhältnis der Nationen durch den Krieg beeinflußt und nach dem Kriege geartet sein wird, kann an der Entschlossenheit, Galizien abzuscheiden und loszutrennen, doch nicht ohne Erkenntnis vorbeigehen. Damit wird über die galizische Sonderstellung nicht für oder gegen ausgesagt; sie bleibt ein Problem der praktischen Politik und von diesem Gesichtspunkt soll über sie entschieden werden. Aber zum Nachdenken über Oesterreich muß diese Bereitwilligkeit denjenigen schon stimmen, der noch Neigung hat, über Oesterreich nachzudenken.

Der Burgfrieden ist eine Illusion, und nicht einmal eine schöne. Aber das Ziel, das Verhältnis der Nationen in Oesterreich vernünftig zu gestalten, ihnen also nicht zu viel aufzulasten, aber auf der anderen Seite die Möglichkeit des friedlichen Nebeneinanderlebens ihnen zu verschaffen, das sollte keine Illusion bleiben, sondern allimmer die redliche Aufgabe der österreichischen Staatskunst sein.

Vossische Zeitung

12./XI. 1916

Ungarische Gäste in der Waffenbrüderlichen Vereinigung.

Die Reichsdeutsche Waffenbrüderliche Vereinigung empfing gestern Abend Gäste aus Ungarn. Das Mitglied des ungarischen Reichstags, einer der bedeutendsten Führer und Sprecher im Parteileben Ungarns, Graf Apponyi, und der Präsident der ungarischen Akademie der Wissenschaften Staatsminister a. D. Dr. Albert von Berzeviczy, waren als Gäste und Sprecher zu diesem Abend erschienen. Der Sitzungssaal des Reichstags war voll besetzt, ebenso die Tribünen. Eine Auslese aus den Kreisen der wirtschaftlichen und geistigen Arbeit hinter der Front, hier in der Heimat. Der dunkle Zivilrock schattierte das eindrucksvolle Bild. Wenig Uniformen, aber eine stattliche Anzahl von Damen. In der Hofloge nahm der österreichisch-ungarische Botschafter Prinz zu Hohenlohe Platz. Man sah im Saal Bürgermeister Dr. Reicke-Berlin, Oberbürgermeister Scholz-Charlottenburg, den früheren Reichsschatzsekretär Kühn, den Staatsminister a. D. Schönstedt, den Vizepräsidenten des Reichstags Dove, den Ministerialdirektor Kirchner, Dernburg, die Abgeordneten Schiffer, Südekum, Mugdan, Schönaich-Carolath, Naumann und Bollert, den Stadtverordnetenvorsteher Michelet, die Stadträte Doflein und Benske.

Man klatscht lebhaft, als beide Gäste neben dem Präsidentensitz erschienen und Oberbürgermeister Wermuth sie mit herzlichen Worten begrüßte, sie der Versammlung vorstellte und auf den Genuß hinwies, den man von den Reden der ungarischen Gäste erwarten dürfe. Herzlicher Beifall empfing auch den ersten ungarischen Sprecher, Präsidenten der ungarischen Akademie der Wissenschaften, von Berzewiczy, der in akademisch ruhigem Vortrage folgendes ausführte:

Des Pilatus vor Jahrtausenden gestellte Frage: „Was ist Wahrheit?“ ist bis heute unbeantwortet geblieben. Ja, was ist Wahrheit im Kampfe der Tagesmeinungen, im Tumult der Leidenschaften? Und doch sehen wir, daß in unsern Tagen Menschen massenweise in den Tod gehen für Behauptungen, vielleicht in vielen Fällen auch Ueberzeugungen, gegen die sich unser gesundes Urteil und unsere heiligsten Gefühle empören. Um zu erkennen, wer in diesem Kampfe ums Dasein zugleich für die Wahrheit kämpft, müssen wir die Wahrhaftigkeit und Gutgläubigkeit der herrschenden Kreise und leitenden Männer des feindlichen Lagers prüfen. Der Redner charakterisierte das politische System unserer Feinde: die Auffassung, daß Bündnisse dazu da sind, um den Verbündeten über die feindliche Absicht hinwegzutäuschen und ihm dann in seiner Not in den Rücken zu fallen. Ferner das Streben, kleine Völker mit Verheißungen und Ermutigungen in den Krieg zu hetzen, um sie dann im Stich zu lassen. Schließlich: der gegen neutrale Staaten gerichtete Zwang, sich fremden Interessen zu opfern. Ein solches System läßt sich ohne ein entsprechendes Nebensystem von Unwahrheiten, Verdrehungen und Verleumdungen nicht durchführen.

Es folgte nun eine lange Reihe von Beispielen aus diesem Lügensystem unserer Feinde, besonders aus dem Legendenkreis um die Schuld am Kriege und die Behauptung, die österreichisch-ungarische Monarchie sei ein Hause unterdrückter Nationalitäten, die durch ihre Stammgenossen befreit werden müßten. Die meisten Staaten, die das Nationalitätsprinzip im Munde führen, seien tatsächlich national durchaus nicht einheitlich, und eine Veränderung der Karte Europas nach nationalen Mehrheiten müßte zu einem, den Bestrebungen der Entente vielfach widersprechenden Ergebnis führen. Auf Ungarn übergehend, erklärte Präsident Berzewiczy an der Hand statistischer Daten, daß in Ungarn die Nationalitäten nicht unterdrückt seien, und suchte durch die Geschichte ausführlich nachzuweisen, daß sich dort keine andere Nationalitätenpolitik als die derzeit geltende führen lasse. Dagegen wies er auf die Unterdrückung der nationalen Minderheiten namentlich in Rumänien und Serbien hin. Er hob die Friedensliebe beider Zentralmächte hervor und wies die Anschuldigungen gegen die angeblich imperialistische Balkanpolitik Oesterreich-Ungarns zurück. Die wahren Friedensstörer stehen auf der andern Seite. Als der ungarische Redner dann in einer Charakteristik der Politik unserer Feinde England das Land der moralisch unbegrenzten Möglichkeiten nennt, flutet vernehmbar eine Welle der Zustimmung durch die Versammlung. Berzewiczy stützte sich in seiner Beweisführung mehrfach auf das Buch Julius Andrassys über die Ursachen des Weltkrieges. — Es ist nun eine befremdende Erscheinung, daß selbst der größere Teil der öffentlichen Meinung der neutralen Länder den Verdrehungen unserer Feinde zugänglicher ist als unseren Wahrheiten. Das ist der tragische Zug in unserem Kampfe, das ist aber auch zugleich die Erklärung dessen, warum wir eines gesteigerten Heroismus bedürfen. Wir haben die heilige Pflicht, mit unsern Waffen der Wahrheit in festester Bundestreue gegen ein ganzes System von Lug und Trug, von Heuchelei und Verleumdung zum Siege zu verhelfen. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem das Klatschen verhallt war, ergriff Graf Apponyi, ebenfalls stürmisch begrüßt, das Wort. Seine Ausführungen geben wir an leitender Stelle wieder.

Die Anfänge der ungarischen Verfassung.

Von

Dr. Graf Albert Apponyi,

Ungarischer Staatsminister und Mitglied des Ungarischen Abgeordnetenhauses.

Im Sitzungssaal des Reichstags sprach gestern abend auf Einladung der Reichsdeutschen Waffenbrüderlichen Vereinigung Dr. Graf Albert Apponyi über „Bilder aus der ungarischen Verfassungsgeschichte". Aus dem gehaltvollen Vortrag stellt uns Graf Apponyi die folgenden Gedankengänge zur Verfügung:

Nach byzantinischen Berichten, die mit der Volkstradition übereinstimmen, bestand das ungarische Volk aus sieben Stämmen, denen sich als achter ein später vollständig assimilierter Kazarenstamm anschloß. Diese Stämme nun wählten in der zweiten Hälfte des IX. Jahrhunderts einen aus ihrer Mitte, Árpád, zum allgemeinen Oberhaupte und schlossen mit ihm einen mit Bluteid bekräftigten Grundvertrag, wonach: 1. das Volksoberhaupt stets aus dem Geschlechte Árpáds zu wählen sei; 2. aus dem gemeinsam erworbenen Gut niemand ausgeschlossen werde; 3. die führenden Persönlichkeiten der Stämme niemals aus dem Rate des Fürsten entfernt werden; 4. Treulosigkeit gegen den Fürsten mit Verlust des Lebens zu bestrafen sei; 5. Verletzung dieses Vertrages seitens des Fürsten oder eines seiner Nachkommen diesen dem ewigen Fluche preisgebe.

Ergänzt wurde der Grundvertrag nach der Eroberung des heutigen Ungarn, die gegen Ende des IX. Jahrhunderts nahezu völlig der jetzigen Grenze entsprechend beendigt war, durch Abhaltung einer Nationalversammlung, in der die Verteilung des Besitzes und die Schaffung der öffentlichen Aemter vollzogen wurde. Es wird hierüber berichtet, daß neben, wohl unter, dem Fürsten, dem der Oberbefehl im Kriege zustand, zwei hohe richterliche Beamte gewählt wurden, also eine förmliche Teilung der Gewalten stattfand. Ueber allen diesen Gewalten blieb aber die höchste Macht bei der Nationalversammlung.

Man sieht, wie gründlich dieses erste primitive ungarische Staatsgebilde sich von den germanischen Staatengründungen unterscheidet und wie entschieden, ja unvermischt öffentlichrechtlichen Charakter es an sich trägt. Der Fürst ist kein Gefolgsherr, sondern ein erwähltes Organ der Gesamtheit, in welcher der Ursprung der Macht liegt. Der verteilte Besitz ist nicht Lehensbesitz, sondern freies Eigentum; der nicht verteilte bleibt Stammeseigentum. Die beiden wichtigsten Funktionen des primitiven Staates: die Militärgewalt und die Gerichtsbarkeit werden im Namen der Gesamtheit von ihren delegierten Organen ausgeübt.

Fremde Einflüsse treten erst in der christlichen Aera zutage. Diese beginnt genau mit dem Jahre 1000 unserer Zeitrechnung. Schon früher waren christliche Missionäre von Ost und West nach Ungarn gekommen, und der letzte Fürst der heidnischen Epoche, Géza, begünstigte sie nicht nur, sondern nahm selbst das Christentum an, ließ auch seinen Sohn Stefan taufen und vermählte ihn mit Gisella, der Schwester des Bayernherzogs, nachmaligen deutschen Königs Heinrichs des II. Stefan folgt seinem Vater im Jahre 997 in der Fürstenwürde. Mit ihm betritt eine der größten Persönlichkeiten des Mittelalters die Bühne der Geschichte. Sein Glaubenseifer wurzelte in tiefer religiöser Ueberzeugung; in verhältnismäßig kurzer Zeit vollendet er die Bekehrung der Ungarn zur westlichen Kirche, der schon sein Vater mit richtigem staatsmännischen Blick Byzanz gegenüber den Vorzug gegeben hatte. Zugleich geht er aber mit hoher Weisheit und starker Hand an den Aufbau Ungarns als einer christlichen Monarchie. Zur Erlangung der Königskrone wendet er sich nicht an seinen kaiserlichen Freund und Schwager Heinrich, da dies auf die Unabhängigkeit des neuen Königreiches einen Schatten geworfen hätte, sondern an Papst Sylvester, der ihm jene Krone schickt, mit der auch heute die Könige Ungarns gekrönt werden, zugleich auch umfangreiche Rechte auf kirchlichem Gebiete zugesteht. Und nun löst der im Jahre 1000 zum König gekrönte Fürst mit staunenswerter Genialität die schwere Aufgabe, westliche Einrichtungen auf die zähe festgehaltenen Traditionen seines Volkes zu pfropfen. Zu diesem Zwecke nimmt er sich nicht die Einrichtungen des zeitgenössischen Deutschland zum Muster. Das dort damals bereits in voller Blüte stehende Lehenswesen mit seinem auf persönliche Bande gestützten, vorherrschend privatrechtlich gedachten, die nationale Einheit allenthalben durchbrechenden [illegible] stand in grellem Gegensatze zu dem Geiste, der sich durch unsere Geschichte zieht, und wie er im ganzen Mittelalter und auch in der späteren Epoche einzig hier verkörpert erscheint. Dieser Geist, diese den modernen Staatsgedanken antizipierende Konstruktion des Königtums entspricht einem früh entwickelten National-Bewußtsein, d. h. dem Gefühle der gleichen Zugehörigkeit jedes Einzelnen zum Volksganzen, das im Gegensatze zur lokalisierten Empfindungswelt der Lehengemeinschaften, insbesondere den kleinen Adel, die Vollfreien in Ungarn durchdringt; daher auch diese stets Anlehnung an das Königtum suchen, im Gegensatze zu der immer wieder erstehenden Besitz-Oligarchie, deren Neigungen naturgemäß dahin gehen, Bruchstücke der öffentlichen Macht an sich zu reißen.

Mit der goldenen Bulle ist der Kampf um den öffentlichrechtlichen Charakter der Staatseinrichtungen nicht abgeschlossen. Es erfolgen naturgemäß Rückfälle. Weitere Garantien werden gesucht und gefunden, deren Errichtung Hand in Hand geht mit einer erweiterten Teilnahme der National-Versammlung am Rechte der Gesetzgebung und an der Kontrolle der vollziehenden Gewalt. Den beiden großen Königen aus der Dynastie der Anjous von Neapel, dem zweiten zumal, Ludwig dem Großen, blieb es vorbehalten, einen für lange Zeit vorhaltenden Gleichgewichtszustand der öffentlichen Gewalten herzustellen und das öffentlich-rechtliche Bewußtsein der Nation zu klarem Ausdruck zu bringen. Es geschah dies durch gesetzliche Festlegung der allmählich gereiften Lehre von der hl. ungarischen Krone, als des eigentlichen Sitzes aller obersten Gewalt. Die heilige Krone, symbolisiert durch jene ehrwürdige Reliquie, die materielle Krone Stefans, ist eine begriffliche Zusammenfassung, eine moralische Persönlichkeit, eine auch für das Mittelalter verständliche Bezeichnung des Staatsbegriffes, der mit ihr vollinhaltlich und fürderhin unanfechtbar in Ungarns öffentliches Leben einzieht. Die Krone ist in diesem Sinne nicht gleichbedeutend mit dem Könige oder selbst mit der königlichen Gewalt: letztere ist nur ein Teil davon; die anderen Teile sind: der Reichstag, die Selbstverwaltung, die sich mittlerweile in den Komitaten und in den Städten entwickelt hatte, jeder Vollfreie, d. h. jeder Adelige und jede Stadtgemeinde. Der König ist das Haupt, alle Genannten sind Glieder der hl. Krone und sie sind es in gleicher Weise. Das große Prinzip althergebrachten ungarischen Rechtes, wonach alle Adeligen, d. h. Vollfreien die gleiche Rechtsstellung und die gleiche direkte Beziehung zur hl. Krone haben, kommt hier zur vollen Geltung. Die hl. Krone ist also in der Tat die Zusammenfassung der organisierten Gesamtheit zu jener Einheit, welche man Staat nennt, die Einbeziehung aller öffentlichen Gewalten, der Königsgewalt und der Volksrechte, sowie das Gerechtsame des Einzelnen in diese Zusammenfassung, im völligen Gegensatze zum Gedankengang des Lehensstaates und auch zum Dualismus der privatrechtlich gedachten Herrscher-Prärogative und der ständischen Rechte im späteren ständischen Staate.

*

Den Bericht über die Versammlung der Waffenbrüderlichen Vereinigung veröffentlichen wir auf der 4. Seite.

12./XI. 1916

39

Neue Freie Presse
13./XI. 1916

Eine Kundgebung des Polenklubs des galizischen Landtages.

Krakau, 12. November.

Sonntag fand hier eine Kundgebung des landtäglichen Polenklubs aus Anlaß der Proklamierung des selbständigen Königreiches Polen und der angekündigten Erweiterung der Landesrechte Galiziens statt. Die Stadt war festlich beflaggt und dekoriert.

Vor der Festsitzung des Polenklubs zelebrierte Erzbischof Simon mit zahlreicher geistlicher Assistenz in der Marienkirche einen Dankgottesdienst, zu dem sich die polnischen Herrenhausmitglieder, Reichsrats- und Landtagsabgeordneten versammelt hatten. Weiter waren in der Kirche erschienen: Festungskommandant FML. Lukas mit zahlreichen Offizieren, die Spitzen der Zivilbehörden mit dem Statthalterei-Vizepräsidenten Ritter v. Grodzicki und Dr. Fedorowicz, der Krakauer Gemeinderat mit dem Stadtpräsidium, Vertreter der Krakauer Akademie der Wissenschaften, der Krakauer Universität, viele Korporationen und Vereinigungen sowie ein zahlreiches Publikum.

Während des Gottesdienstes hielt Bischof Pelczar die Predigt. Zum Schlusse der Festmesse wurde die polnische Nationalhymne gesungen.

Nach dem Gottesdienst begaben sich die Mitglieder des landtäglichen Polenklubs in den mit Blumen, Wappen und Fahnen festlich geschmückten Gemeinderatssaal, wo mittags die Festsitzung des Polenklubs stattfand. Hier versammelten sich unter anderen von den Mitgliedern des Polenklubs die Lemberger Erzbischöfe Doktor Bilczewski und Dr. Teodorowicz, der Krakauer Fürstbischof Fürst Sapieha, Minister Dr. Bobrzynski, der gewesene Minister des Aeußern Graf Goluchowski, Graf Karl Lanckoronski, Landmarschall von Galizien Doktor Ritter v. Niezabitowski, Anton Graf Wodzicki, der Präsident der Krakauer Akademie der Wissenschaften Graf Stanislaus Tarnowski, der gewesene Minister Dr. Ritter v. Korytowski, der gewesene Statthalter in Galizien Leon Graf Pininski, Ydislaw Graf Tarnowski, Fürst Andreas Lubomirski, Witold Prinz Czartoryski, Alfred Graf Potocki, der Krakauer Bürgermeister Dr. Leo sowie zahlreiche polnische Herrenhausmitglieder, Reichsrats- und Landtagsabgeordnete, ferner das polnische Nationalkomitee mit dem Reichsratsabgeordneten Dr. Ritter v. Jaworski.

Der Obmann des Polenklubs Dr. Ritter v. Bilinski hielt eine feierliche Ansprache, in der er namens des landtäglichen Polenklubs das große Ereignis der Proklamierung des selbständigen Königreiches Polen mit Worten patriotischer Begeisterung begrüßte. Die Rede gipfelte in der Kundgebung des heißesten Dankes sowie einer Huldigung für den Monarchen, der gemeinsam mit seinem mächtigen Verbündeten zum Gründer des polnischen Staates wurde. Dr. Ritter v. Bilinski gab den Gefühlen unerschütterlicher Treue gegenüber dem Throne sowie der tiefsten Dankbarkeit des landtäglichen Polenklubs für die durch den Kaiser verfügte Erweiterung der Autonomie Galiziens Ausdruck und brachte ein von den Festteilnehmern begeistert aufgenommenes dreifaches Hoch auf den Kaiser aus.

Ferner sprach Dr. v. Bilinski herzliche Wünsche für Warschau sowie Worte der Bewunderung und dankbarer Anerkennung für die polnischen Legionen. Die Worte des Obmannes wie die Hochrufe auf das freie und unabhängige Polen wurden von den Versammelten mit größter Begeisterung aufgenommen.

Auf Antrag Dr. v. Bilinskis beschloß der Polenklub unter begeisterter Akklamation, eine Dankadresse an den Stufen des Thrones zu unterbreiten.

Die Feierlichkeit schloß abends mit einer Festvorstellung im städtischen Theater ab.

Die Zeit Abendbl
14./XI. 1916

41

Die deutschradikale Landesparteileitung für Böhmen.

* **Wien, 14. November.** Unter überaus starker Teilnahme von Vertrauensmännern aus allen Teilen Deutschböhmens fand unter dem Vorsitz des Bürgermeisterstellvertreters Lindemayr aus Trautenau am Samstag den 11. d. in Prag eine Landesparteileitungssitzung der Deutschradikalen Partei statt, die Sonntag beendet wurde. An der Sitzung nahmen auch die Abgeordneten Kroy, Schreiter, Wolf, Landtagsabgeordneter Heiser und zahlreiche Bürgermeister teil. Abg. Schreiter und zahlreiche Parteileitungsmitglieder erörterten eingehend die Ernährungsfrage in Oesterreich, vor allem in Deutschböhmen. Im Laufe der Wechselrede wurde in scharfen Worten Klage über die großen Mängel und die ungleichmäßige Berücksichtigung der verschiedenen Gebiete des Gesamtstaates, über die unzulängliche Zuweisung der nötigsten Wintervorräte, besonders für die deutschbö...schen Industrie- und Gebirgsorte, geführt und von der Re...erung und dem neu zu schaffenden Ernährun...amt dringendst Abhilfe gefordert. Ueber die politische Lage erstattete Reichsratsabgeordneter Wolf einen ausführlichen Bericht. Im Anschluß daran wurde folgende Kundgebung einstimmig angenommen: „Die deutschradikale Landesparteileitung für Böhmen nimmt die Berichte der Abgeordneten über ihre Tätigkeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet genehmigend zur Kenntnis und spricht ihnen Dank und Vertrauen aus. Die Vertrauensmänner der Deutschradikalen Partei in Böhmen verlangen in Anbetracht der großen Opfer, die das deutsche Volk in diesem Kriege gebracht hat, nach wie vor die Erfüllung der gerechten Forderungen des österreichischen Deutschtums, deren Verwirklichung auch im Staatsinteresse liegt. Sie halten die vollständige Sonderstellung Galiziens und die Ausscheidung der Vertreter dieses Landes aus dem Reichsrat für die Vorbedingung einer gedeihlichen Entwicklung des Staates. Sie fordern die Regelung der Sprachenfrage und eine gründliche Neugestaltung des Schulwesens im Sinne der Osterschrift und wünschen einen engen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Anschluß an das Deutsche Reich. Die Ausschaltung des Parlaments wird von den versammelten Vertretern aller Kreise und Berufe als schwerer Nachteil empfunden, jedoch erklären sie eine ersprießliche Tagung nur dann für möglich, wenn gewisse Vorbedingungen erfüllt und Einrichtungen geschaffen würden."

Österr. Volkszeitung
14./XI. 1916

Deutschradikale Landesparteileitung für Böhmen.

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisterstellvertreters Lindemayr aus Trautenau fand Samstag den 11. d. in Prag eine Landesparteileitungssitzung der deutschradikalen Partei statt, die Sonntag vormittags fortgesetzt und in den Nachmittagsstunden beendet wurde. Nach Erörterung der Parteiorganisation besprach Abg. Schreiter die Gehaltsforderungen der Lehrerschaft und verlangte eine tatkräftige Unterstützung von Seite der gesamten Partei, insbesondere seitens der Vertretungskörper, unserer Gemeinden und Bezirke. Er erklärte, daß seitens der deutschradikalen Abgeordneten alles geschehen werde, was zur Erfüllung der gerechten Wünsche der Lehrerschaft nötig sei. Er gedachte ferner der äußerst mißlichen Lage der Festangestellten, die unter dem Drucke der ungeheuren Teuerung am meisten leiden, und sicherte auch diesen Schichten der Bevölkerung die tatkräftigste Förderung der Partei zu. Nach eingehender Erörterung dieser Angelegenheiten wurden unter allgemeiner Zustimmung die Abgeordneten aufgefordert, ehebaldigst bei der Regierung behufs Besserstellung dieser Kreise vorzusprechen.

Sodann wurde die Ernährungsfrage in Oesterreich, vor allem in Deutschböhmen, erörtert. Hiebei kam seitens der deutschböhmischen Bevölkerungskreise der Wille zum Durchhalten kraftvoll zum Ausdruck, aber auch das Verlangen, durch eine Ordnung der Lebensmittelversorgung dieses Durchhalten zu ermöglichen und die große Gefahr der Unterernährung der Bevölkerung zu bannen. Dazu sei aber auch nötig, den immer mehr auftretenden Wucher mit allen Mitteln zu bekämpfen, da durch diese wucherische Ausbeutung eine grenzenlose Erbitterung in der Bevölkerung erzeugt werde. Eine im Sinne dieser Ausführungen gefaßte Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Ueber die politische Lage erstattete Abgeordneter Wolf Bericht, worauf folgende Kundgebung einstimmig angenommen wurde: „Die Vertrauensmänner der deutschradikalen Partei in Böhmen verlangen in Anbetracht der großen Opfer, die das deutsche Volk in diesem Kriege gebracht hat, nach wie vor die Erfüllung der gerechten Forderungen des österreichischen Deutschtums, deren Verwirklichung auch im Staatsinteresse liegt. Sie halten die vollständige Sonderstellung Galiziens und die Ausscheidung der Vertreter dieses Landes aus dem Reichsrat für die Vorbedingung einer gedeihlichen Entwicklung des Staates. Sie fordern die Regelung der Sprachenfrage und eine gründliche Neugestaltung des Schulwesens im Sinne der Osterbegehrschrift und wünschen einen engen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Anschluß an das Deutsche Reich. Die Ausschaltung des Parlaments wird von den versammelten Vertretern aller Kreise und Berufe als schwerer Nachteil empfunden, jedoch erklären sie eine ersprießliche Tagung nur dann für möglich, wenn gewisse Vorbedingungen erfüllt und Einrichtungen geschaffen würden.

Der Regierung gegenüber wird sich die Partei bis auf weiteres zuwartend verhalten."

Der Obmann der Landesparteileitung Landessekretär Dr. Pankratz sprach über die Bedeutung eines guten Ergebnisses der fünften Kriegsanleihe für die siegreiche Beendigung dieses Krieges. Es wurde beschlossen, alle Organisationen aufzufordern, für die Kriegsanleihe Zeichnungen zu werben.

Abendblatt
14./XI. 1916

44

Der ausgebliebene „Zyklon."

Die Erwartungen des Meuchelmörders Adler. — Das „russische" Echo in Zürich.

Der „Pesti Naplo" will von einem bulgarischen Sozialisten, einem Freunde des in der Schweiz lebenden deutschen Sozialdemokraten und Vertrauten der Familie Adler Genossen Plaaten, eine Schilderung des Eindrucks erhalten haben, den die Nachricht von der Mordtat Adlers auf dessen Gattin, bekanntlich eine ebenfalls in der Sozialdemokratie tätige russische Jüdin, gemacht hat. Der bulgarische Genosse, für dessen Mitteilungen ihm und dem genannten Budapester Blatt die Verantwortung überlassen werden muß, erzählt u. a.

Ich hatte in Zürich den sozialistischen Verein „Eintracht" besucht, wo eben der russische revolutionäre Sozialist Radek (ob nicht der „bekannte" Parabellum-Radek darunter gemeint ist? d. R.) über Adler und das Wiener Attentat einen Vortrag hielt. Der Redner sprach über diese unselige Geste der Propaganda der Tat, die seiner Meinung nach den sozialistisch-revolutionären Elan einer Katastrophe zuführte. Alles weist darauf hin, so fuhr er fort, daß Adler von seiner Tat einen alles mit sich reißenden Zyklon erwartet, einen, der mit elementarer Wucht über die ganze Erde dahinjagt und den Weltkrieg wegfegt. Er irrte sich darin jedoch nicht nur als Psychologe, sondern auch als Taktiker. . . . . Hier — setzte der Bulgare in seiner Erzählung fort — ist der Vortrag für einige Augenblicke ins Stocken geraten. Lautes Frauenschluchzen unterbrach ihn. Das Auditorium horchte gespannt auf. Mein Freund Plaaten führte eine mittelgroße, brünette Dame in Trauer aus dem Saale. Sie war die Gattin Fritz Adlers.

Plaaten brachte die Dame in eine Droschke und erzählte mir dann die folgenden interessanten Einzelheiten: „Ich bin mit der Familie Adler eng befreundet. So kam mir auch die schwere Aufgabe zu, Frau Adler vom Unglück zu verständigen. Ich bin nach der authentischen Kunde aus Wien sogleich in einem Auto zu ihnen gerast, wo ich mit meiner Familie täglich zu Gaste war. Meine Frau ist nämlich auch Russin und eine Jugendfreundin Frau Adlers.

Frau Adler empfing mich freundlich und erkundigte sich sogleich nach meiner Frau. Ich begann damit, daß sich Fritz wieder eine Unannehmlichkeit zugezogen habe. „Hat er sich wieder irgendwo verplappert? Nicht wahr, es ist so?" — fragte sie zusammenfahrend. Mich würgten die Tränen und es kostete mich große Anstrengung, sie zu unterdrücken. „Helfen Sie, Fritz zu überreden, daß er wenigstens über die Kriegsdauer hieherkomme. Ich bin in ständiger Todesangst um ihn." Ich sagte fast tonlos: „Er ist verhaftet!" „Entsetzlich!" — schrie sie auf. „Ja", — setzte ich fort — „er hat eine sehr schwere Tat begangen." Mit gellendem Schrei brach es aus der Frau: „Eine Tat? Was hat er denn begangen? O, quälen Sie mich nicht! Sagen Sie, was hat er getan?" Ich ergriff die Frau an den Händen und bat sie, stark zu sein. Dann sagte ich's: „Fritz hat den österreichischen Ministerpräsidenten erschossen." Wie zur Säule erstarrt stand die Frau in den ersten Augenblicken da . . .

Als sie von ihrer ersten Verzweiflung zu sich kam, war ihr erstes Wort: „Es ist vollbracht!"

Ich tröstete sie, so gut es ging. Vergeblich. Sie sprach, mich gar nicht beachtend, vor sich hin. Da kam meine Frau und ich verabschiedete mich. Frau Adler soll übrigens Schritte unternommen haben, daß sie zum Zeugenverhör nicht ausgefolgt werde, was man ihr auch zugesichert haben soll. Im übrigen steht ihr ja als Gattin ohnehin das Recht zu, die Aussage zu verweigern."

Die Frau Adler scheint sich von ihrer Verzweiflung über die Nachricht von der Ermordung des österreichischen Ministerpräsidenten rasch erholt zu haben, da sie bald darauf schon in Stimmung war, in einer Versammlung von Revolutionären einem Vortrag über die Meuchelmordtat ihres Mannes beizuwohnen! Vielleicht galt die Verzweiflung überhaupt weniger der Tat, die ihr ein merkwürdiges „es ist vollbracht" entlockte, als vielmehr der Nachricht von der Verhaftung ihres Mannes nach der Tat, wo doch nach Adlers Erwartung „ein alles mit sich reißender Zyklon" hätte losbrechen sollen. Statt dessen die Verhaftung des Attentäters! Auch beim Vortrag in der Versammlung begann Frau Adlers Aufschluchzen erst, als der Redner auf das Fehlschlagen der Erwartungen Adlers zu sprechen kam, nicht schon bei der Erwähnung der „unseligen Geste" Adlers, an welcher der österreichische Ministerpräsident sterbend zusammenbrach! Und warum war Frau Adler „in ständiger Todesangst" um ihren Mann, dem ja, wenn er sich korrekt verhielt, in Wien von keiner Seite auch nur die geringste Gefahr drohte? Zumal er, ursprünglich als tauglich gemustert, nach langem Hin und Her bei verschiedenen Konstatierungen schließlich wegen „eines nicht feststellbaren Herzleidens" vom Kriegsdienste befreit worden war. Also warum lebte Frau Adler trotzdem in „ständiger Todesangst" um ihren Gatten? Und warum ist ihr erster Gedanke, daß er sich „verplappert" habe? Was wußte sie denn von seinen Absichten? Und warum hat sie auch schon „Schritte unternommen, daß sie zum Zeugenverhör nicht ausgefolgt werde"? Glaubt sie Ursache zu haben, sich vor einer Rückkehr nach Oesterreich fürchten zu sollen? — So legt die Erzählung des bulgarischen Genossen im „Pesti Naplo", ihre Richtigkeit vorausgesetzt, allerlei Fragen nahe, welche den Mord im Hotel Meißl & Schadn in neue Beleuchtung rücken. Ganz belanglos ist der Zufall gewiß nicht, daß die Gattin des Attentäters, der mit der Ermordung des österreichischen Ministerpräsidenten „einen alles mit sich reißenden Zyklon" entfesseln wollte, eine Russin ist, eine russische Genossin, also eine Parteigängerin des Burzew, über dessen Rolle im Weltkrieg die Akten geschlossen sind, und daß auch ihre engste Freundin, die Frau Plaaten, eine gleichgesinnte Russin ist. Es wurde schon berichtet, daß die Schweizer Sozialdemokraten den Mörder Adler als einen zweiten Wilhelm Tell feiern und sein Bild mit der Unterschrift „Unser lieber Genosse Fritz Adler" als „Schmücke dein Heim"-Gegenstand verbreiten. Da muß man doch fragen, warum diese russischen Herrschaften mit ihren Tyrannenmordplänen nicht lieber in der Heimat bleiben, sondern ihr Opfer gerade in Oesterreich suchten? Warum behalten sie sich ihren „Zyklon" nicht lieber für das zarische Rußland und seine saubern Verbündeten auf? Je schärfer man einer gewissen Sorte von „Pazifisten" ins Auge blickt, umso seltsamere Dinge entdeckt man da . . .

Neues Wiener Tagblatt
17./XI. 1916.

Eine Beratung tschechischer Abgeordneter in Wien.

Vorgestern fand hier eine Beratung von Vertretern aller tschechischen Parteien statt. An derselben nahmen teil: für die tschechischen Agrarier die Abgeordneten Staniek und Udrzal, für die Jungtschechen Dr. Tobolka, für die Sozialdemokraten Tuzar, für die unabhängigen tschechischen Abgeordneten aus Böhmen und Mähren Dr. Stransky und für die Tschechischklerikalen Dr. Hruban. Die Beratung galt verschiedenen aktuellen politischen Angelegenheiten. Es wurden die Berichte über die Verhandlungen, die in Prag zwischen den Vollzugsausschüssen der einzelnen tschechischen Parteien zur Bildung eines einheitlichen Tschechenklubs stattgefunden haben, zur Kenntnis genommen. Die Bildung des einheitlichen Klubs soll schon in den nächsten Tagen perfekt sein und dürfte bereits kommenden Sonntag eine programmatische Erklärung erfolgen.

Freudenblatt 18./XI. 1916.

Versammlung des Deutschen Volksbund.

Eine Rede des Abg. Dr. Waber.

Der „Deutsche Volksbund" hielt vorgestern unter dem Vorsitz seines Obmannes, des Reichsrats-Abgeordneten Dr. Waber, beim „Wilden Mann" in Wien-Währing eine zahlreich besuchte Versammlung ab, in der zunächst Schriftsteller Karl Anforge über die Errichtung des Königreiches Polen, die Sonderstellung Galiziens und die sich daraus für die Deutschen ergebenden Folgerungen berichtete.

Abg. Dr. Waber besprach sodann die Stellung der Deutschen in Oesterreich zur Regierung und wies u. a. darauf hin, daß die anderen Völker Oesterreichs national gesinnte Vertrauensmänner im Rate der Krone haben, während die Deutschen nur durch hervorragende pflichteifrige Beamte ohne politische Geltung im Ministerium vertreten seien. In den grundlegenden politischen Fragen seien daher die Deutschen durchaus auf die Persönlichkeit des Ministerpräsidenten angewiesen, dessen Entscheidungen naturgemäß von der Stärke der auf ihn einwirkenden Kräfte abhängen werden. Zu den politischen Fragen, die auch eine hervorragende wirtschaftliche Bedeutung haben, gehören in erster Linie auch die Angelegenheiten des Ausgleiches mit Ungarn, dessen parlamentarische Erledigung gefordert werden müsse. (Beifall.)

In den rein wirtschaftlichen Fragen könne man zu dem guten Willen und der Tatkraft der Regierung volles Vertrauen haben. Schon die ersten Schritte zeigen die Energie des Ministerpräsidenten, der nicht gewohnt sei, Entscheidungen in wichtigen Fragen zu verzögern, sondern rasch und entschlossen zuzugreifen. In der Wahl des Präsidenten des Ernährungsamtes habe Dr. v Koerber eine glückliche Hand bewiesen. Präsident Kokstein habe den klaren Verstand und die Tatkraft, den Ernst und das Pflichtbewußtsein, aber auch das innige Mitgefühl mit der Notlage der Bevölkerung, das dieses hohe Amt erfordere, und zu raschem, zielbewußtem Handeln bewege. Die Aufgaben seien aber so schwierig geworden, daß trotz allem guten Willen eine klaglose Befriedigung der berechtigten Wünsche der Bevölkerung nicht erwartet werden dürfe. Das Bestreben des Amtes werde auf eine gleiche Behandlung von Arm und Reich gerichtet sein müssen, und es werde wohl kaum ein anderer Ausweg möglich sein, als das Kriegsküchensystem zur Erzielung der größten Sparsamkeit mit den Lebensmitteln.

Von der Einberufung des Parlaments könne man sich kein Eingreifen in diese Fragen mehr versprechen, es könnte bestenfalls erst in der kritischen Zeit einberufen werden, und es würde trotzdem ein großer Teil der Verantwortung auf das Parlament überwälzt werden. Die Hauptaufgabe könnte nur die Mitwirkung bei der Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft sein, die Berücksichtigung der Massen der Bevölkerung bei der Neuordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die Aufrechthaltung des sozialen Kurses und die Verbesserung der getroffenen Maßnahmen.

Zum Schlusse besprach Abg. Dr. Waber die Friedensaussichten und forderte zur Zeichnung der V. Kriegsanleihe auf, was nicht nur eine Pflicht zum Zwecke der siegreichen Beendigung des Krieges, sondern auch im Hinblicke auf die sehr hohe Verzinsung im persönlichsten Interesse jedes Einzelnen gelegen sei. (Lebhafter Beifall.)

Die Zeit Abendbl. 18./XI. 1916. 49

Dr. v. Koerber über den Ausgleich.

Der Stand der Verhandlungen.

Z Budapest, 18. November. (Priv.-Tel.)

Der Az Est veröffentlicht eine Unterredung mit dem österreichischen Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß die der Lösung harrenden großen Fragen unter der Mitwirkung der ungarischen Regierung durchführbar sein werden. Dr. von Koerber betonte, daß ihn mit dem ungarischen Ministerpräsidenten das beste persönliche Verhältnis verbinde, und erinnerte daran, in welch gutem Verhältnis er zu dem ehemaligen Ministerpräsidenten Koloman Szell gestanden.

Er gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die schwebenden Fragen ein wichtiges Problem bilden, das vom Grafen Tisza die wärmste Förderung erfährt. Er gedachte der Aeußerung des Grafen Tisza, daß Ungarn in der Unterstützung Oesterreichs, das in bezug auf Landesprodukte weniger gut bedacht ist, bis an die Grenze der äußersten Möglichkeit gehen wird. Er betonte das Bestreben, in Oesterreich mit den vorhandenen Vorräten nach Tunlichkeit zu sparen, und sprach die Hoffnung aus, daß die ungarische Regierung, der Möglichkeit entsprechend, Oesterreich das zur Verfügung stellen werde, was fehlt.

Zum Schluß äußerte Dr. v. Koerber in bezug auf die Verhandlungen: „Und wenn auch manchmal Meinungsverschiedenheiten bestehen, so ist es unsere größte Aufgabe, daß sie überbrückt werden. Ich fahre in der nächsten Zeit nach Budapest, um den Weg für die der Lösung harrenden Fragen zu ebnen."

Österr. Volkszeitung
18./XI. 1916

50

Abg. Dr. Waber vor seinen Wählern.

Im deutschen Volksbund besprach gestern der Obmann Abg. Dr. Waber die Stellung der Deutschen in Oesterreich zur Regierung und führte unter anderem aus: In den rein wirtschaftlichen Fragen könne man zu dem guten Willen und der Tatkraft der Regierung volles Vertrauen haben. Schon die ersten Schritte zeigen die Energie des Ministerpräsidenten, der nicht gewohnt sei, Entscheidungen in wichtigen Fragen zu verzögern, sondern rasch und entschlossen zuzugreifen. In der Wahl des Präsidenten des Ernährungsamtes habe Dr. v. Koerber eine glückliche Hand bewiesen. Präsident Kokstein habe den klaren Verstand und die Tatkraft, den Ernst und das Pflichtbewußtsein, aber auch das innige Mitgefühl mit der Notlage der Bevölkerung, die dieses hohe Amt erfordere und zu raschem, zielbewußtem Handeln bewege. Redner verlangte die parlamentarische Erledigung des Ausgleiches mit Ungarn und erörterte zum Schlusse seiner mit Beifall aufgenommenen Ausführungen die Friedensaussichten. Er forderte zur Zeichnung der fünften Kriegsanleihe auf, die nicht nur eine Pflicht zum Zwecke der siegreichen Beendigung des Krieges, sondern auch im Hinblick auf die sehr hohe Verzinsung im persönlichen Interesse jedes einzelnen gelegen sei.

Österr. Volkszeitung 19./XI. 1916.

Paragraph Vierzehn als Erzieher.

Vom Reichsratsabgeordneten **Emil Kraft.**

Die innerpolitische Geschichte Oesterreichs der letzten Zeit hat einen großen Irrtum aufzuweisen. Dieser Irrtum war, daß die Völker Oesterreichs freiwillig und gern auf ihre Vertretung im Parlament zu verzichten schienen. Sie haben der Parlamentssperre keine Hindernisse in den Weg gelegt, legen wollen und somit auch nicht legen können, sie haben das Parlament nicht gewollt, solange es bestanden hat. Der vergangene Reichsrat konnte nicht leben und sterben, und darin ist die Erklärung zu finden, daß die Völker Oesterreichs, die eine starke Vertretung wollten, mit dem bisherigen Reichsrat nicht einverstanden waren.

Daß man aber das Mißvergnügen der Völker am Parlament als einen Verzicht auf die Selbstvertretung ansah, das war der Irrtum. Zeitereignisse nicht rechtzeitig erkennen oder verkennen, darin besteht ja die große Tragik im Leben der zur Führung bestimmten Menschen und ihrer Organisationen. Nun hat man aber in Oesterreich eingesehen, daß man den großen Irrtum begangen hat. Wie ist das doch gekommen?

Als am 4. August 1914 die großen Ereignisse ihren Lauf ins Ungemessene begannen, war Oesterreichs Parlament, zerschlagen und zerstampft, durch die slawische Obstruktion zum Stillstand gebracht. Ein Sturm kriegerischer Begeisterung ließ im Anfang kein anderes Gefühl zum Durchbruch kommen, als den Wunsch nach Kampf und Sieg. Dann kamen die Wechselfälle des Krieges, seine Begleiterscheinungen, die Verminderung der Kaufkraft des Geldes, der erhöhte Konsum, die verringerte Produktion, drei Faktoren, welche sich vereinen zum Gesamtresultat: Teuerung und Not. Die Präventivzensur wurde eingeführt und gehandhabt in einer Weise, die jene letzten Ventile geschlossen und versperrt hat, welche bis dahin noch offen geblieben waren, um den in der öffentlichen Meinung naturgemäß herrschenden Druck auszugleichen. Dann kam als Folge des Absperrsystems der feindlichen Mächtegruppe der eintretende Mangel an Ernährungs- und Bedarfsartikeln und mit ihr eine Menge Abwehrversuche: Verordnungen auf Errichtung von verschiedenen Zentralstellen, Höchstpreise, Sperren, Beschlagnahmen, Zwangsanbote, dann Gesetze gegen alle möglichen Formen der ungehörigen Bereicherung. Der autokratische Apparat wuchs ins Riesenhafte. Kein Mensch konnte vom Mittelpunkt dieser Kriegsorganisation aus alle Wirkungen übersehen, keine Organisation konnte entsprechend kontrolliert und geprüft werden, und keine Prüfung konnte sich zur notwendigen öffentlichen Kritik entwickeln. Ringsum alles Behörde und die von ihr dreifach gesiebten Persönlichkeiten, die man heranziehen und beiseite schieben konnte, wie man wollte, wenige Berufene und viel Auserwählte.

Der Ruf nach dem Parlament wuchs jetzt immer stärker und stärker, und der Rufer wurden täglich mehr, täglich vermehrten sich die Probleme und werden sich weiter vermehren zu einem Gestrüpp von Wünschen, Klagen, Kritiken, zu dessen Entfernung ein in der Arbeit noch ungeordnetes Pionierbataillon von Verbesserungsvorschlägen in Verwendung gebracht ist. Wo ist die Stätte, wo man in sachlicher Arbeit diesen Zuständen in gut oder böse näher kommen kann. Kann der Boden dieses Kampfes unser altes Parlament sein — jenes Parlament, das wir kennen — das Abgeordnetenhaus, wo schon im Frieden der Krieg der Völkerleidenschaften tobte?

Dieses Parlament — ?

Dieses Parlament hat während des unfreiwilligen Urlaubes eine harte Schule mitgemacht mit dem Paragraph 14 als Erzieher.

Ein fleißiger Erzieher und Verwalter ist der § 14, er hat in zweieinhalb Jahren seiner ungehemmten Tätigkeit manches Ersprießliche und viel Unerfreuliches geschaffen und man durfte von ihm noch recht vieles erwarten. — Soll mittlerweile das Parlament nicht gelernt haben, ohne diesen harten, oft ungerechten Erzieher sein eigenes Gut zu verwalten? Ich glaube, das Volkstum ist wieder mündig geworden. Die Prüfung darauf muß abgehalten werden und die Prüfung wird bestanden werden: Reichsrat und Delegation!

Die Prüfung gilt aber auch für den neuen Mann, für den Ministerpräsidenten. Gelingt es ihm, das Volkshaus zur Wiedergeburt zu bringen, so hat er den ersten Grad des Befähigungsnachweises in hervorragender Weise gebracht. Gelingt es ihm aber, das österreichische Erbübel der inneren Zerfahrenheit zu beseitigen, den zweiten Grad. Bringt er aber in die Fragen der Ernährung des Volkes in der Kriegszeit und die Umschaltung zur Friedenswirtschaft, Ordnung der Finanzen den großen einheitlichen kraftvollen Zug, dann wollen wir ihm die Palme reichen.

Der § 14 hat als Erzieher das Parlament dazu gebracht, sich wieder selbst zu finden, hoffentlich ist der Ministerpräsident Koerber auch der Mann, der die neue Situation erkennt, aus der wieder gewonnene und erhöhte Energie wirksame Arbeit formt.

Neue Freie Presse

19/XI. 1916.

Die Bewegung für die Einberufung des Reichsrates.

Von **Reichsratsabgeordneten August Denk.**

Obmann der Deutschen Arbeitsgemeinschaft.

Wien, 18. November.

Die deutschfreiheitlichen Abgeordneten im Deutschen Nationalverbande, das sind die Mitglieder der Deutschvölkischen Vereinigung, welche nebst den alpenländischen auch die niederösterreichischen und zwei Wiener Abgeordnete umfaßte, und die keinem engeren parlamentarischen Verbande angehörigen sudetenländischen Abgeordneten, haben sich nach eingehenden Vorberatungen am 12. September zur Deutschen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen und bilden nach dem Beitritt weiterer deutschfreiheitlicher Abgeordneter die stärkste Gruppe des Deutschen Nationalverbandes.

Die erste politische Tat war der Beschluß, durch den Obmannstellvertreter Dr. Dinghofer im Plenum des Verbandes den Antrag einzubringen, daß dieser sich für die Einberufung des Reichsrates ausspreche. Der von Doktor Dinghofer eingebrachte und vertretene Antrag erhielt die Majorität, und damit hat die stärkste parlamentarische Fraktion sich für die Einberufung des Abgeordnetenhauses erklärt.

Präsident Dr. Sylvester veranstaltete in Konsequenz dieses Beschlusses die am 23. Oktober 1916 abgehaltene Obmännerkonferenz, in welcher alle Parteien sich für die Wiederherstellung der parlamentarischen Tätigkeit aussprachen und für eine ruhige Tagung des Abgeordnetenhauses die Zusicherung in Aussicht stellten. Nur der czechischsoziale Abgeordnete Hübschmann knüpfte daran die Bedingung, daß erstens die volle Immunität wiederhergestellt werde und zweitens alle Wahlkreise vertreten sein müssen. Diese Beratung fand nach der Trauerkundgebung für den ermordeten Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh statt.

Nach Ernennung des Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber begab sich der Präsident des Herrenhauses und Präsident Dr. Sylvester zum neuen Kabinettschef, um wegen der Einberufung des Reichsrates mit ihm Rücksprache zu nehmen.

Aus der Antwort Koerbers ist ersichtlich, daß er sich nicht prinzipiell gegen die Tagung des Hauses aussprach.

Am 5. November wurden die kaiserlichen Erlässe publiziert, nach welchen die Herrscher von Deutschland und Oesterreich-Ungarn das Königreich Polen wieder erstehen ließen. Mit Allerhöchster Entschließung wurde gleichzeitig verfügt, daß das Kronland Galizien eine Sonderstellung erhalte. Aus dieser Allerhöchsten Entschließung ist nicht zu entnehmen, wie weit die Autonomie dieses Landes ausgedehnt wird. Diese Frage ist aber von bedeutendem Einflusse auf die parlamentarische Entwicklung Oesterreichs. Die Sonderstellung Galiziens bedingt eine Verfassungsänderung. Sie ist auch geeignet, die Verhältnisse im Abgeordnetenhause stark zu beeinflussen. Wenn die Abgeordneten aus Galizien im Abgeordnetenhause keine legislatorische Tätigkeit entfalten, so ginge auch die Regierungsmehrheit nach der derzeitigen Zusammensetzung des Hauses verloren. Im alten Hause bestand dieselbe aus dem Deutschen Nationalverbande, den Christlichsozialen und den Polen. Da das Haus aus 519 Abgeordneten besteht, bleiben beim Wegfall der galizischen Abgeordneten (Polen und Ukrainer), im ganzen 115 Mandate, noch 404 Abgeordnete. Die deutschbürgerlichen Parteien verfügen über 185 Stimmen — a) Nationalverband 98, b) Christlichsoziale 73, c) Verschiedene 14 — so daß noch 219 Stimmen bleiben, worunter sich auch die 48 Mandate der deutschen Sozialdemokraten befinden. Ob auf letztere in nationalen Belangen mit Sicherheit zu rechnen ist, bleibt die Frage. Jedenfalls ist der slawische Einfluß noch sehr bedeutend, denn die 106 Czechen mit 34 Südslawen, gewiß noch mit Stimmgenossen unter den 16 Italienern sowie den restlichen 15 Abgeordneten, unter denen sich nebst 5 Rumänen 10 slawische Abgeordnete befinden, bilden eine Minorität von 171 Abgeordneten.

Sollte der Ministerpräsident Koerber die Schwierigkeiten einer parlamentarischen Session überwinden und freie Bahn schaffen, um das Haus einzuberufen, so würde ihm gewiß die ganze Bevölkerung dankbar sein.

Wenn auch manche Kreise früher mit dem Volkshause unzufrieden waren, so hat doch die lange parlamentslose Zeit viele bekehrt, und allgemein ist der Wunsch geworden, doch eine Stelle zu haben, in welcher beraten und gesprochen werden kann, was sonst in der beschränkten Versammlungsfreiheit und der strengen Preßzensur nicht möglich war.

Wenn wir Umschau halten bei unseren Feinden, so sehen wir, daß nicht nur England und Frankreich, sondern sogar Rußland seine Volksvertreter zur Mitarbeit heranzieht. Wir Oesterreicher sind die einzigen in diesem großen Völkerringen, welche im Kriege ohne Volksvertretung regiert wurden. Hoffen wir, daß unter dem Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber diesem unnatürlichen Zustand ein Ende bereitet wird.

Neue Freie Presse

19./XI. 1916

54

Wiederbelebungsversuche der „Slawischen Union".

Wien, 18. November.

Soll die „Slawische Union" im Abgeordnetenhause erneuert werden? Man hört, daß im Klublokal der czechischen Agrarpartei Donnerstag Vertreter der Czechen, Slowenen und Ukrainer sich zu einer gemeinsamen Beratung über die Frage der Sonderstellung Galiziens versammelten. Die Besprechung scheint zu greifbaren Ergebnissen noch nicht geführt zu haben. Vielleicht war es nur ein gelegentlicher Einfall, den der Tag verweht. War es mehr und ist die Besprechung als der Keim für einen Parteienzusammenschluß gedacht, der im Abgeordnetenhause gemeinschaftliche Politik machen soll, so wäre es eine höchst unzeitgemäße Entgleisung. Auf dem Programm der Mächtekoalition, die sich gegen die Zentralmächte erhob, stand die Zertrümmerung der österreichisch-ungarischen Monarchie. Dieser Plan konnte nur entstehen, weil die Entente aus den parlamentarischen Kämpfen im österreichischen Abgeordnetenhause falsche Schlüsse auf die innere Festigkeit des Völkerstaates zog. Der Zertrümmerungsplan ist gescheitert, weil im Kriege die durch die parlamentarischen Wirren verschüttete Staatsidee siegreich hervorbrach. In allen kriegführenden Ländern hat der Krieg von selbst den Burgfrieden der Parteien und Klassen geschaffen, die sich vordem so erbittert bekämpft haben; überall wirken starke Volksströmungen auch dafür, den Zug der Gemeinsamkeit, der sich in der Not des Krieges durchgerungen hat, für die Schlichtung schwieriger innerpolitischer Fragen nach dem Kriege zu benützen. In allen österreichischen Völkern lebt sicherlich der starke Wunsch, daß die Stimmungen der Kriegszeit, die gemeinsam verlebten harten Tage dazu helfen mögen, den nationalen Streit und die Sprachenkämpfe durch den Sieg der vergessenen Notwendigkeiten in der Verwaltung und in den Lebensbedürfnissen des Staates zu beschränken. Diesem Wunsche würden die Parteien entgegenwirken, wenn sie im Abgeordnetenhause Vereinigungen aufrichteten, die dem nationalen Trutze entspringen. Eine Gemeinschaft der Slawen oder der Nichtdeutschen müßte die Luft im Abgeordnetenhause sofort trüben, sie würde Hindernisse einer Verständigung aufrichten. Das Recht der Notwehr könnte eine solche Vereinigung nicht für sich geltend machen. Niemand auf deutscher Seite hat die Absicht geäußert, eine deutsche Angriffsvereinigung zu bilden. Das deutsche Volk in Oesterreich fühlt die Schwere der finanziellen und wirtschaftlichen Aufgaben, die der Frieden zu lösen haben wird, es will nach dem schweren Kriege auch den inneren Frieden.

Kraftvoll ist in den letzten Monaten aus der Tiefe der Bevölkerung die Ueberzeugung durchgebrochen, daß die Volksvertretung nicht entbehrt werden kann. Die Parteien im Parlament hatten sich vor dem Kriege in ihre taktischen Kunstlichkeiten eingesponnen, für die das Volk keine Empfindung aufbrachte. So konnte es geschehen, daß Parlament und Volk, die eng zusammengehören, einander fremd wurden. Von dieser Stimmung zogen jene Nutzen, die es nützlicher fanden, ohne die Volksvertretung zu regieren. Wie eine fertige Theorie wurde es verbreitet, daß die Bevölkerung die Ausschaltung des Parlaments geradezu als Befreiung fühle. Die bitteren Lehren des Krieges haben diese bequeme Ausrede mangelnder Begabung zerpflückt. Ein wahrer Parlamentshunger hat sich entwickelt; es scheint an keiner Stelle mehr faßbar, daß die enormen Pflichten des Neuaufbaues ohne die starke Mithilfe des Reichsrates erfüllt werden können. Es wäre verhängnisvoll, wenn mit dem Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses das alte Elend wiederkehrte. Darum wirkt es peinlich, wenn man von Konventikeln liest, die das Gespenst einer „Slawischen Union" wieder beschwören. Denn gerade an dieses unglückselige parlamentarische Gebilde knüpft sich der tiefste Verfall des österreichischen Abgeordnetenhauses. Als sie gebildet wurde, herrschte gleichfalls helle Parlamentsfreudigkeit. Das allgemeine Wahlrecht hatte ein neues Haus gebracht. Alles hoffte, daß nun die innere Vergiftung des Parlaments durch die kalte Tücke der mutwilligen Obstruktionen aufhören werde, die das Kurienparlament heruntergebracht hatten. Da trat die „Slawische Union" auf, ihr Ziel war der Sturz des Kabinetts Bienerth, weil dieses den Grundsatz einer reinlichen, von Nebeneinflüssen unberührten, sachlichen Verwaltung aufgestellt hatte. Und von dem Tage an, da die „Slawische Union" ihre Obstruktionsfeldzüge begann, ist das Parlament des allgemeinen Wahlrechtes verwildert. Die Krise war stetig und hemmte alle ehrlichen Ansätze zu fruchtbarer Reform. Nach den ersten guten Anläufen, die das junge Volkshaus genommen hatte, versumpfte es in unfruchtbarem Gezänk. Die Sitten verwilderten, es nahm ein vorzeitiges ruhmloses Ende und hinterließ dem zweiten Haus des allgemeinen Wahlrechtes das traurigste Erbe, das ein Parlament mitschleppen kann, die Lust an dem Kleinkram der Couloirintrige, der Neigung, auszuarten und die steigende Entfremdung zwischen Wähler und Gewählten. Gewiß lebte auch viel ehrlicher Eifer für Reformarbeit im Dienste des Volkes im Abgeordnetenhause, allein diese gesunden Ansätze wurden überwuchert von dem schmarotzenden Schlinggewächs, die Ernte aus jener Saat, die die „Slawische Union" im ersten Hause ausgestreut hatte.

Heute wünscht die Bevölkerung ein Parlament, das mit starkem Arm arbeitet. Man will keine Volksvertretung, die nur interessant ist, wenn Obstruktionslärm ertönt und wenn Kraftstücke, wie Dauerreden und Nachtsitzungen die Neugierde erregen. Auf dem Wege zu einer neuen „Slawischen Union", wenn eine solche geplant sein sollte, ist das arbeitsfreudige Parlament, das die Völker ersehnen, nicht zu finden. Es wäre eine furchtbare Enttäuschung, wenn dem Volke, das Brot will, wieder nur Steine gereicht würden. Auch die Wähler jener Parteien, die am Donnerstagzirkel teilgenommen haben, wollen ganz anderes als eine Neuauflage von Obstruktionskrisen. Das Parlament wird die Verwüstungen des Krieges heilen müssen, die Produktionsfähigkeit der Industrie und Landwirtschaft soll zuerst hergestellt und dann gesteigert, die vielen Tausenden von Männern, die im Dienste des Vaterlandes den Gebrauch ihrer Glieder ganz oder teilweise eingebüßt haben, müssen versorgt, die Staatsfinanzen, diese Grundlage der gesunden Privatwirtschaft, müssen neu aufgebaut werden. Diese gewaltigen Aufgaben schreien nach einem Parlament, in dem alle willig zusammenwirken. Alle Völker erwarten ein Parlament ernster Sachlichkeit und starker Arbeitsfähigkeit. Wie ein schriller Mißton muß es deshalb wirken, wenn sich Bestrebungen zeigen, den Frieden des Reichsrates zu gefährden, noch ehe dieser wieder zusammengetreten ist. Eine „Slawische Union" oder ähnliche Verbände, die schon in ihrem Namen Zwietracht ankünden, würden bereits am ersten Tage in das wiederhergestellte Parlament den Keim der Krankheit bringen. Vielleicht war die Zusammenkunft im Klublokal der czechischen Agrarier nur ein Spielen mit Möglichkeiten, das nüchternem Pflichtbewußtsein weichen wird, wenn es erst zur Arbeit geht. Aber heute sollten Abgeordnete spielerischen Einfällen, die so bedenkliche Erinnerungen wachrufen, weit aus dem Wege gehen. Die Zeiten sind ernst. Sie verlangen Volksvertreter, die nur an die Bedürfnisse des Volkes denken, an den inneren Frieden und an den Wiederaufbau des Wohlstandes.

Nord 1910 11650

20/XI. 1916.

Die Gründung eines einheitlichen Czechenklubs.

Wien, 20. November.

Die Kundgebung an das czechische Volk, mit welchem die Gründung des einheitlichen czechischen Verbandes und des Nationalausschusses mitgeteilt wurde, hat folgenden Wortlaut:

Die gegenwärtigen Ereignisse nötigen die czechischen Parteien, zu bestimmten Fragen und Erscheinungen einen einheitlichen Standpunkt einzunehmen. Am Horizont zeigen sich Veränderungen, die bis an die Grundlagen unseres Staates und seiner Verfassung heranreichen können, Fragen, deren einseitige Lösung weder im Interesse des Staates noch in unserem Interesse gelegen wäre. In den stürmischen, weltbewegenden Zeitläuften kann keine Partei selbst die Verantwortung für die Sicherheit der politischen Rechte der ganzen Nation und für die weitere Entwicklung, die nach der Beendigung des Kampfes auf den Schlachtfeldern folgen wird, übernehmen.

In der Ueberzeugung, daß wir den Willen des ganzen, nach einer nationalen Einigung mehr denn je rufenden Volkes erfüllen und daß wir gleichzeitig im Interesse der altehrwürdigen Dynastie und der historischen Mission des Reiches handeln, die vor allem in der Einigung und Beibehaltung der Unteilbarkeit seiner Königreiche und Länder sowie in der absoluten Gleichberechtigung aller Nationen besteht, vereinigen wir auf Grund des Majoritätsprinzips die czechischen Abgeordneten im Reichsrate zu einem Ganzen: dem „Czechischen Verband".

Neben dieser Vereinigung der czechischen Abgeordneten, deren Zweck ein einheitliches Vorgehen in allen nationalpolitischen und verfassungsrechtlichen Fragen ist, tritt gleichzeitig eine aus allen Vertretern der politischen Parteien gewählte permanente nationale Vereinigung, genannt „Nationalausschuß", ins Leben, welcher die gesamten politischen Aufgaben des czechischen Verbandes stützen und gleichzeitig die höchste moralische Instanz in den Erscheinungen des politischen Lebens sein wird, welche sich der Kompetenz der Abgeordneten entziehen, trotzdem aber eine Lösung vom allnationalen Standpunkt erfordern. Die Konstituierung dieser beiden Korporationen der nationalen Organisation wurde bei der gestrigen Beratung der hiezu berechtigten Vertreter einhellig folgendermaßen durchgeführt:

Nationalausschuß: Vorsitzender J. U. Dr. Karl Kattus, Oberdirektor der Landesbank. — Mitglieder: Ingenieur Gottlieb Becka (Jungczeche), J. U. Dr. Franz Fiedler, ehemaliger Handelsminister und Reichsratsabgeordneter (Jungczeche), J. U. Dr. Richard Fischer (Fortschrittspartei), J. U. Dr. J. Formanek, Reichsratsabgeordneter (nationalsozial), Exzellenz Dr. Forscht (Jungczeche), Gustav Habermann, Reichsratsabgeordneter (Sozialdemokrat), Monsignore Dr. Franz Kordac, Universitätsprofessor (katholische Partei), Regierungsrat Josef Kaiser, Abgeordneter Anton Nemec (Sozialdemokrat), Wenzel Lejman (nationalsozial), Abgeordneter J. U. C. Johann Sedlak (Agrarier), Landtagsabgeordneter K. Sonntag, mährischer Landesausschuß (Agrarier), Franz Sabata (katholische Partei), Anton Svehla, Präsident der czechischen Agrarpartei, Monsignore Doktor J. Schramek, Landtagsabgeordneter (katholische Partei), Abgeordneter J. Banek (Sozialdemokrat), F. Zila, Präsident der czechisch-schlesischen Agrarpartei.

Präsidium des czechischen Verbandes: Obmann Franz Stanek (Agrarier), erster Obmannstellvertreter Dr. G. Smeral (Sozialdemokrat), zweiter Obmannstellvertreter Heinrich Mastalka (Jungczeche). — Mitglieder: J. U. Dr. O. Hübschmann (Nationalsozialist), J. U. Dr. M. Hruban (katholische Partei), Exzellenz Karl Praschek (Agrarier), J. U. Dr. Adolf Stransky (mährischer Fortschrittler), W. Tusar (Sozialdemokrat), Franz Udrzal (Agrarier).

Unterschrieben sind: Czechische Agrarpartei, czechoslawische sozialdemokratische Arbeiterpartei, freisinnige Nationalpartei (Jungczechen), altczechische Partei, nationalsoziale Partei, vereinigte katholische Partei, fortschrittliche Volkspartei in Mähren, czechoslawische christlichsoziale Partei, mährisch-katholische Nationalpartei.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Brünn, 20. November.

Ueber die am Samstag in Prag abgehaltene Sitzung der czechischen Parteienvertreter, in der die Bildung eines einheitlichen czechischen Reichsratsklubs und eines Nationalausschusses beschlossen wurde, melden die hiesigen „Lidove Noviny": Der Obmann der agrarischen Partei Svehla berichtete über die Vorbereitungen zur Gründung eines einheitlichen czechischen Reichsratsklubs. Namens der Sozialdemokraten erklärte Dr. Schmeral, daß die Abgeordneten seiner Partei ohne Vorbehalt und bedingungslos beitreten. P. Kordac gab die Erklärung ab, daß die Klerikalen in Böhmen sich dem einheitlichen Klub anschließen. Eine gleiche Erklärung folgte seitens des P. Schramek namens der mährischen Klerikalen. Abg. Mastalka verlangte als Vertreter der Jungczechen, daß die Verhandlungen um einige Tage verschoben werden, erklärte aber, in der Sache selbst der Konstituierung eines einheitlichen Klubs zuzustimmen. Zustimmende Erklärungen gaben dann noch Dr. Hübschmann namens der Nationalsozialen und Dr. Stransky namens der czechischfortschrittlichen Volkspartei ab.

Der Nationalausschuß tritt an Stelle des bisherigen czechischen Nationalrates. Den durch ein Mitglied im Präsidium vertretenen Parteien wurde das Recht der Ernennung eines Ersatzmannes zuerkannt. Mit der Ausarbeitung der Satzungen wurde eine dreigliedrige Kommission betraut. Die Parlamentskommission des czechischen Verbandes wird erst eingesetzt werden; die Parteien werden für je fünf Klubmitglieder einen Vertreter in die Parlamentskommission entsenden. Von den früheren Einigungsversuchen unterscheidet sich der neue czechische Verband dadurch, daß die Abgeordneten unmittelbar, ohne Vermittlung ihrer Parteiklubs, seine Mitglieder sind. Die Parteiklubs bleiben aber bestehen, und es ist kein Zweifel, daß jede bedeutsame Entscheidung vorher Gegenstand von Verhandlungen in den einzelnen Klubs und zwischen diesen bilden wird, ehe sie an den czechischen Verband gelangt.

Die sozialdemokratisch-autonomistische „Rovnost" bezeichnet den Zusammenschluß der czechischen Parteien als eine historische Tat. Die Begebenheiten der letzten Zeit, insbesondere aber verschiedene Befürchtungen für die Zukunft, haben alle czechischen politischen Parteien zu einer einzigen Verteidigungsphalanx zusammengeschlossen. Das Blatt stellt fest, daß dieser Schritt im ganzen czechischen Volke mit Jubel begrüßt werden und überall gleich tiefe Genugtuung hervorrufen werde.

Reichspost

Abmarsch. 21./XI. 1916.

56

Der Annexionismus in der Sozialdemokratie.

Die führende sozialdemokratische Parteipresse liebt es, der Öffentlichkeit vorzumachen, als wäre der „Annexionismus", das ist der Wille, den Kriegsgegner territorial zu schwächen und ihm soviel Gebietsteile abzunehmen, als der eigene Magen verträgt und zur Sicherung des eigenen Landes gegen künftige Angriffe zweckmäßig erscheint, eine Eigenschaft der „Bourgeoisien", während die Sozialdemokratie jede Art von Aneignung fremden Gebietes, jede Art von Eroberung als ein Friedenshindernis und als eine Gefährdung des künftigen Friedens verurteile. So erzählt es die Wiener sozialdemokratische Presse ihrem Publikum Tag für Tag, so berichtete der „Friedensreferent" Dr. Adler auf der letzten Reichskonferenz der Partei in Wien und so sucht Abg. Scheidemann die Leser des „Vorwärts", den er der Haase-Richtung entführt hat, über den Wandel der Dinge im Zentralorgan der Partei hinweg zu beschwichtigen. Daß dies nichts weiter als politische Windbeuteleien sind, weiß jeder, der ein bischen in der roten Parteigeschichte bewandert ist.

Die jetzt, seit die Mittelmächte und ihre Verbündeten große feindliche Gebietsteile besetzt haben, so leidenschaftlich gegen den Annexionismus resolutionieren und schreiben, taten dies nicht, als die Feinde unser Gebiet besetzt hielten und es sich einverleiben wollten. Während der großen Karpathenschlacht im Frühjahr 1915, als die Russen fast ganz Galizien und Teile Oberungarns besetzt hielten, befürwortete z. B. die „A.-Z." einen Vergleich mit Rußland, und als im nämlichen Winter Italien seine schamlosen Forderungen an Oesterreich-Ungarn stellte, befürwortete die nämliche „A.-Z." diese italienischen Annexionsgelüste in einer ganzen Anzahl von Aufsätzen! Nie brachte das Blatt ein Wort gegen die großserbischen Annexionspläne, die Annexionen des Balkankrieges und des Bukarester „Vertrages" fanden sogar seinen vollen Beifall, wie die unerreichten Annexionskünste der Briten gelegentlich sogar seine uneingeschränkte Bewunderung. Bedenken gegen den „Annexionismus", gegen Eroberungen kamen erst, als infolge der Siege der Mittelmächte die Wahrscheinlichkeit, daß unser Gebiet von den Angreifern annektiert werden kann, immer geringer, und die schreckliche Möglichkeit, daß die Sieger sich für ihre ihnen aufgezwungenen furchtbaren Opfer durch Gebietserwerbungen schadlos halten könnten — könnten, denn was in Wirklichkeit geschehen wird, ist heute noch ganz ungewiß — immer größer wurde. Jetzt auf einmal schoß der Antiannexionismus bei uns üppig in die Halme. Immer wieder muß man an das Wort des „umgelernten" Marxisten Dr. Paul Lensch denken, der in seinem Buche sagt, die rote Internationale sei zu einem „Instrument der Vierverbandspolitik" geworden.

Nun liegen aber die Dinge so, daß die Mittelmächte und ihre Verbündeten nach wie vor sich gegen die Eroberungsgier ihrer Feinde zu verteidigen haben, nicht umgekehrt. Mit Ausnahme des erklärten Willens Bulgariens, die ihm im Bukarester Frieden geraubten Gebiete in der Dobrudscha und in Bulgarisch-Mazedonien zurückzugewinnen, ist von Seite der Mittelmächte bisher keinerlei amtliche annexionistische Kundgebung — der Armeebefehl anläßlich unserer Offensive an der Südtiroler Grenze, der sich den selbstverständlichen Wunsch der ganzen Bevölkerung nach einem besseren Grenzschutz zu eigen machte, kann loyalerweise nicht in diese Kategorie eingereiht werden — erfolgt, wohl aber in zwei Fällen das Gegenteil: dem eroberten Polen wurde die Selbständigkeit zugesichert und der Gedanke einer Einverleibung des eroberten Belgien wurde erst kürzlich wieder vom Reichskanzler abgelehnt. Dagegen haben die Feinde bisher noch kein Jota ihres wüsten Annexionsprogrammes, das den entsetzlichen Völkermord verschuldete, widerrufen! Noch immer wollen die Franzosen, u. zw. die bescheidensten von ihnen, Elsaß-Lothringen annektieren, Italien und Rumänien führen ihren Krieg ausschließlich deshalb, weil sie Gebietsteile unserer Monarchie erobern wollen, und daß Rußland noch immer den Norden unserer Monarchie und Teile von Preußen unter sein Joch bringen möchte, ward der Welt erst dieser Tage durch die Vierverbandskundgebung in der Polenfrage neuerlich bestätigt. Der englische Premierminister Asquith sprach in seiner letzten Rede noch von der Verjagung der Türken aus Europa und von der Zertrümmerung der Türkei überhaupt. Und angesichts dieser Verhältnisse machen österreichische und reichsdeutsche Genossenführer in Protestkundgebungen gegen den angeblichen Annexionismus der Mittelmächte! Sie sollten lieber gegen den wirklich vorhandenen maßlosen Annexionismus unserer Feinde, der an der Fortdauer des Gemetzels ebenso wie an dem Ausbruch des Krieges die Schuld trägt, protestieren und „Entschließungen" in die Welt schicken. Sie sollten sich lieber gegen den Annexionismus ihres französischen Parteigenossen Hervé wenden, der erst kürzlich wieder schrieb:

Entweder wird Deutschland siegreich sein, oder es wird besiegt werden. Einen Mittelweg gibt es nicht. Denn ein unentschiedener Krieg, der nur (!) in einer Räumung Belgiens, der sieben besetzten französischen Departements, Russisch-Polens und Serbien bestände, würde ein Triumph für Deutschland sein, da es dann bewiesen hätte, daß es der furchtbarsten Koalition, die es je auf der Welt gegeben hat, standgehalten habe. Durch Deutschlands Niederlage muß der pangermanistische Traum zerstört werden und die österreich-ungarische Monarchie von der Karte Europas verschwinden. Außerdem müssen bei der Wiederherstellung Polens, welche vom Großfürsten Nikolaus feierlichst versprochen wurde, Preußen seine polnischen Provinzen, zu denen die reichen Kohlen- und Erzdistrikte Schlesiens gehören, weggenommen werden. Und schließlich muß durch die Abtretung der reichen Erzgebiete des alten Lothringens dem militaristischen Deutschland eine weitere Klause entrissen werden.

Man suche den Annexionismus dort, wo er ist, nicht dort, wo er möglicherweise durch den Verlauf des den Mittelmächten aufgenötigten Krieges das logische Ergebnis von Tatsachen und Kriegsgeschehnissen werden kann! Daß für diese letztere Möglichkeit übrigens nicht nur in den „Bourgeoisien", sondern auch in der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft das Verständnis nicht fehlt, dies bezeugt uns ein Aufsatz des Genossen Johann Leimpeter in Nr. 28 der von Parvus herausgegebenen „Glocke", worin es u. a. heißt:

Zu den trügerischen Hoffnungen, die durch die Aktion der Partei erweckt werden, kommt noch ein schmählicher Selbstbetrug. Durch Unterschreiben der Petition wird der Anschein erweckt, es seien die sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands grundsätzlich Gegner jeder Annexion. Nichts ist falscher als eine solche Annahme und es ist die höchste Zeit, diesem falschen Anschein öffentlich entgegenzutreten, um vor weiterer Selbsttäuschung zu warnen. Ich habe täglich reichlich Gelegenheit, mit unseren Genossen in Schacht und Hütte zu verkehren und fast alle ohne Ausnahme sind — Annexionisten! Selbst Genossen, die für die Politik Liebknechts schwärmen, für die Minderheit eintreten, wollen weder Belgien, noch sonst ein besetztes Gebiet herausgeben! Bei einem siegreichen Deutschland würden, sofern Annexionen von der Urabstimmung unserer Parteimitglieder abhingen, sicherlich 90% für Annexionen stimmen, die aus dem Felde zurückgekehrten wohl restlos. Ob diese Haltung nun prinzipiell und marxistisch ist, darum kümmern sich die Arbeiter wenig, sie sagen: „Wir haben dafür geblutet und gekämpft und wollen es nicht zum zweitenmal." Das ist ganz gewiß keine politische Betrachtungsweise und sie darf für die Politik unserer Partei nicht maßgebend sein, aber weite Arbeiterschichten denken einmal so. Wenn dennoch viele unserer Genossen, trotzdem sie „überzeugte Annexionisten" sind, die Petition unterschrieben haben, so aus Disziplin und im Glauben, den Frieden zu fördern, ohne den tatsächlichen Kriegsentscheid zu beeinträchtigen.

Man soll also endlich mit dem Papageiengeplapper, daß der Annexionismus wie überhaupt alle Uebel der Welt nur den „Bourgeoisien" anhaften, aufhören!

Neues Wiener Tagblatt 21./XI. 1916.

Die Bildung großer Parteienverbände und das Parlament.

Eine Aeußerung des Abg. Hummer.

Wenn überhaupt die Absicht besteht, die Volksvertretung zur Mitarbeit an der Gesetzgebung aufzurufen, kann wohl der sich jetzt vollziehende Zusammenschluß der einzelnen Parteien im Rahmen ihrer nationalen Zugehörigkeit als günstiges Vorzeichen betrachtet werden. Die Versuche, die deutschbürgerlichen Parteien in nationalen Dingen zusammenzufassen, gehen auf nahezu zwei Jahre zurück und haben kürzlich zu dem vorläufigen Erfolge geführt, daß eine gemeinsame vorberatende Körperschaft des Deutschen Nationalverbandes und der Christlichsozialen geschaffen wurde. Bei den Polen erstreckt sich die Zusammenfassung auf alle Parteien einschließlich der Sozialdemokraten. In ähnlicher Weise haben sich nun auch die Tschechen zu einem alle Parteien umfassenden Verbande vereinigt. Bei den Südslawen bestehen wohl persönliche Gegensätze, die aber erfahrungsgemäß eine taktische Vereinigung kaum verhindern dürften. Fraglicher ist die Möglichkeit der Bildung eines Verbandes derjenigen Parteien, welche vormals in der sogenannten „Unio latina" vertreten waren, doch dürfte dies bei der verhältnismäßig geringen Anzahl der in Betracht kommenden Abgeordneten nicht von allzu großer Bedeutung sein. Wichtiger wäre jedenfalls, wenn jene Bestrebungen zum Ziele führen würden, die darauf hinausgehen, in nationalen Belangen ein Zusammengehen zwischen den deutschbürgerlichen Abgeordneten und den von Wahlbezirken mit deutscher Bevölkerung ins Parlament entsendeten Sozialdemokraten herbeizuführen. Gelänge auch dies, so wäre der Boden für jene sorgfältige Vorbereitung wohl geschaffen, die Dr. v. Koerber als Voraussetzung einer Parlamentstagung bezeichnet hat.

Es würde dann aber an Stelle der vielfältigen Gruppen und Grüppchen vier große Verbände geben, die bei einheitlichem Auftreten, und einige Disziplin vorausgesetzt, durch ihre Obmänner und deren Stellvertreter nicht nur verhandlungsfähig wären, sondern auch die Garantie für eine ersprießliche Tätigkeit des Abgeordnetenhauses übernehmen könnten — frei von jenen Erscheinungen, die in der Vergangenheit zur Ausschaltung der Volksvertretung geführt haben. Die Gewähr für erfolgreiche Arbeit der Volksvertretung wird geboten sein, wenn der österreichische Staatsgedanke alle Parteienverbände kraftvoll beherrscht, wenn die Lehren des Krieges an den Parteien und ihren Führern nicht spurlos vorübergegangen sind und wenn die bisherigen Ergebnisse des Krieges mit der dadurch geschaffenen Lage alle Parteien zur Anerkennung jener Folgerungen gebracht haben, die sich für den Staat als unabweisliche Notwendigkeiten ergeben. Welcher von den großen Verbänden die Volksvertretung wirklich will, wird sich demnach bald genug zeigen, wenn Dr. v. Koerber mit den Verbänden wegen der Einberufung des Parlaments in engere Fühlung treten wird.

Reichspost

22./XI. 1916.

Zum Zusammenschluß der tschechischen Parteien.

Der Zusammenschluß aller tschechischen Parteien zu einem einzigen Verband, der als Gesamtvertretung der tschechischen Bevölkerung von Böhmen, Mähren und Schlesien in allen nationalen und staatsrechtlichen Fragen nach außen, nämlich gegenüber den nichttschechischen Parteien und gegenüber der Regierung, gedacht ist, wird selbstverständlich von der gesamten tschechischen Presse als große Errungenschaft begrüßt. Dies mag bezüglich der freisinnigen Gruppen, die wohl nicht mehr hoffen durften, in der Oeffentlichkeit fürder als die Vertreter des tschechischen Volkes eine maßgebende Rolle spielen zu können, zutreffen; für sie bedeutet die Tatsache, daß sich die rechtsstehenden nicht kompromittierten Gruppen, statt sich selber in den Sattel zu setzen, von ihnen bereitwillig als Rückendeckung gebrauchen lassen, zweifellos eine Errungenschaft, ja geradezu die politische Lebensrettung. Wesentlich anders stellen sich die Dinge für die rechtsstehenden tschechischen Gruppen, die ihre Stunde, ihre Gelegenheit aus verzichtfroher Bescheidenheit vorübergehen ließen, um ihren alten Erbfeinden das fernere Schwimmen an der Oberfläche zu ermöglichen. Und da fragten der Prager „Czech" naiv, wo denn der tschechische Adel bleibe! Ist es denn wirklich so unerklärlich, daß der konservative Feudaladel kein Verlangen darnach fühlt, in die Rettungsgesellschaft einzutreten, die sich das abgehauste hussitisch-freisinnige Demagogentum zu organisieren verstand? Kann weiterblickenden Politikern zugemutet werden, daß sie dem tschechischen Volke dadurch „dienen", daß sie seine notorischen Schädiger oder doch die Kameradschaften seiner Schädiger an der Macht erhalten helfen, die ihnen sonst unfehlbar zum Nutzen des tschechischen Volkes und zum Segen ganz Oesterreichs entgleiten müßte? Das Fernbleiben des Adels aus diesem Verband ist jedenfalls weniger überraschend, als der Anschluß der Gruppen, die jetzt über seine Abwesenheit erstaunt sind.

Daß sich die tschechischen Sozialdemokraten, hierin dem Beispiel der polnischen Sozialdemokraten folgend, dem Verband angeschlossen haben, war für alle, welche den Werdegang und die Neigungen dieser tschechischen Gruppe kennen, selbstverständlich; auch in der Wiener sozialdemokratischen Parteizentrale dürfte man sich darüber keinen falschen Vorstellungen hingegeben haben, so schmerzlich der Eintritt der Tatsache für die deutschösterreichische Sozialdemokratie war. Will sie jetzt allein die „Internationale" fortmimen, nachdem ihr alle nichtdeutschen Gruppen entlaufen sind? Sowohl die polnischen als die tschechischen Sozialdemokraten haben sich der Gesamtvertretung ihrer Nationen angeschlossen, erkennen deren Entscheidungen in nationalen und politische Grundfragen als bindend an, setzen also das nationale über das Parteiinteresse, die nationale über die proletarische Solidarität, die Masse des Volksganzen über die internationale Klassenmasse. Man darf auf die Folgerungen neugierig sein, welche die deutschösterreichischen Sozialdemokratie aus diesen Tatsachen, die freilich einen großen Teil ihres Lehrgebäudes demolieren, ziehen wird.

Merkwürdig beunruhigt gebärdet sich über den Prager Zusammenschluß ein großer Teil der deutschfreisinnigen Presse, deren Pronunziamientotaktik doch an dem Ereignisse seinen Anteil hat. Wer selber fort und fort mit dem überflüssigsten Pathos den Zusammenschluß predigt und diesem, noch überflüssiger, allerlei scharfmacherische Ziele vordeklamiert — ansonsten trachtet politische Klugheit, die wirklichen Absichten möglichst zu verbergen —, darf sich nicht wundern, wenn als Folge solcher ins Land geschmetterter Appelle dann wirklich irgendwo ein Zusammenschluß Ereignis wird. Auch der schwächliche Jammer, daß bei den Deutschen ein ähnlicher Zusammenschluß nicht möglich sei, ist abzulehnen. Zu einem gemeinsamen Vorgehen in nationalen und wirtschaftspolitischen Fragen haben sich ja die beiden großen deutschen Parteigruppen der Nationalverbändler und Christlichsozialen bereit erklärt und es erübrigt nur, für ein richtiges Funktionieren der Sache zu sorgen, damit Zwischenfälle und schädliche Entgleisungen vermieden werden. Es besteht, soweit wir unterrichtet sind, kein Hindernis, daß in nationalen Fragen die deutschösterreichischen Sozialdemokraten, wenn sie nur ernstlich wollen, sich mit den beiden bürgerlichen Gruppen ins Einvernehmen setzen. Von christlichsozialer Seite ist unseres Wissens niemals eine solche Möglichkeit ausgeschlossen worden, ganz im Gegenteil, und die Prager „Bohemia" irrt groß, wenn sie nach alter freisinniger Gewohnheit die Verantwortung dafür, daß eine Verständigung zwischen dem deutschen Freisinn und den deutschen Sozialdemokraten in nationalen Fragen nicht besteht, den — Christlichsozialen aufzuhalsen sucht. Freilich kommt die deutschfreisinnige Presse immer wieder mit ihrem Lieblingsplan einer völligen Verschmelzung aller deutschen Parteien daher. Eine solche ist ganz unmöglich und auch das tschechische Beispiel eines solchen Zusammenschlusses, von dem wir glauben, daß er in nicht allzulanger Zeit der Mehrzahl der Teilhaber Unbehagen und Verdauungsstörungen bereiten wird, vermag uns hierin nicht irrezumachen. Nicht Verschmelzung, sondern Einvernehmen, Zusammengehen, Sichzusammenfinden der einzelnen Parteien in den nationalen und wirtschaftlichen Fragen ist das Ziel. Diese Methode entspricht auch den föderalistischen Neigungen des deutschen Volkes besser als die zentralisierte Unnatur.

Auf eine der Nebenwirkungen des Zusammenschlusses aller tschechischen Parteien aus den drei Sudetenländern sei schließlich verwiesen. Er will offenbar für eine staatsrechtliche Zusammengehörigkeit der drei Ländern demonstrieren, erweckt aber bloß in Wirklichkeit den Eindruck der nationalen Zweiteiligkeit der Sudetenländer. Die logische Ergänzung einer Gesamtvertretung der Tschechen dieser Länder ist eine Gesamtvertretung der sudetenländischen Deutschen und die natürliche Folgerung, ist die nationale Zweiteilung, der soeben die Tschechen — das ist die Ironie ihres Zusammenschlusses — wirksamer vorgearbeitet haben, als es die Deutschen je vermochten.

Die Zeit Abendbl
23./XI. 1916

Das Ministerium Koerber und die Deutschfreisinnigen.

* **Wien**, 23. November. In der vorgestern abgehaltenen, zahlreich besuchten Generalversammlung der deutschfreisinnigen Partei im 9. Bezirk, der auch viele freiheitliche Mandatare beiwohnten, sprach Abgeordneter Freiherr v. Hock über „Das neue Ministerium", das sich durch die Art seiner Einführung in die Oeffentlichkeit in scharfen Gegensatz zu der verflossenen Regierung Stürgkh gestellt und schon damit berechtigte Erwartungen erfüllt habe. Die von der Sorge um das Volkswohl in der Ernährungsfrage erflossene Kundgebung, die rasche Einsetzung eines Ernährungsamtes, lassen die Verfehlungen von früher so recht erkennen. Auch das tiefe Verständnis für die Oeffentlichkeit und das Bekenntnis zum Parlament verraten eine gründliche und erwünschte Aenderung des ganzen Regierungskurses. Wichtig sei auch die Besserung in der Zensurfrage und ebenso inbezug auf das Recht der Meinungsäußerung, wodurch es möglich sei, die Wünsche und Beschwerden öffentlich vortragen zu können. Das wichtigste bleibt aber die Lösung der Ernährungsfrage, in der leider zu viel versäumt wurde, um jetzt mit einem Schlage eine vollständige Besserung erwarten zu können. Als Beamtenregierung weise auch die Regierung Koerber ihre Vorzüge und Fehler auf. Redner beschäftigte sich mit den Männern der neuen Regierung, von denen einige als Vertreter moderner Ideen begrüßt werden können, doch sei der konservative Einschlag namentlich durch Uebernahme des Ministers Hussarek und durch Ernennung des Grafen Clam-Martinic recht bedenklich. Durch Herrn v. Hussarek sei die Verklerikalisierung des Unterrichtswesens erfolgt, und auch der berüchtigte Erlaß in der Frage der Zulassung zum Studium falle ihm zur Last. Da aber schließlich die Ressortvertreter doch die Politik des Ministerpräsidenten zu machen haben, darf ein freier und moderner Zug in der Regierung erwartet werden, der ja in dem Bekenntnis zur Mitarbeit des Parlaments und dessen Rechtes zur Kontrolle der Staatsgeschäfte die gute Gesinnung, mit der die neue Regierung begrüßt wurde, gerechtfertigt erscheinen lasse.

Arbeiterzeitung
23./XI. 1916

Verheißungen.

Das Manifest des neuen Kaisers, des Kaisers Karl, steht tief im Banne des Krieges. Wovon soll der Monarch, der die Regierung antritt, nachdem der Krieg bereits neunundzwanzig Monate währt, zu den Völkern reden, wenn nicht von dem Willen, diese furchtbare Leidenszeit abzukürzen und zu schließen? Der Kaiser verkündet „den unbeugsamen Entschluß, den Kampf durchzukämpfen, bis der Friede errungen ist, der den Bestand der Monarchie sichert und die feste Grundlage ihrer ungestörten Entwicklung verbürgt"; in diesen Worten ist verkündet, daß Oesterreich-Ungarn den Krieg als Verteidigungskrieg führt und von dem Siege, den es erringen will, nichts anderes anstrebt als die Sicherung des Reiches, die Sicherung seiner Entwicklungsnotwendigkeiten. Aber der Kaiser fügt hinzu: „Ich will alles tun, um die Schrecknisse und Opfer des Krieges in e h e s t e r F r i s t zu bannen, die schwervermißten Segnungen des Friedens den Völkern zurückzugewinnen." Das sind Worte, die sich tief einprägen ins Bewußtsein und die wenigstens die Sicherheit bieten, daß der Friede an Oesterreich-Ungarn kein Hindernis finden soll, daß die Kraft, die dieser Staat im Kriege darstellt, bereit ist, zur Beendigung zu wirken. Wohl können wir nur den heißen Wunsch aussprechen, daß dem jungen Kaiser gegönnt sein möge, diese „eheste Frist", in der das Entsetzliche geendet wird, zu erfüllen. Es wäre die größte Gabe, die seine neue Regierung den Völkern dieses Reiches darbringen könnte.

Das Wort an die Völker dieses Staates spricht den Willen des neuen Herrschers aus, „die verfassungsmäßigen Freiheiten und sonstigen Gerechtsamen hochzuhalten und die Rechtsgleichheit für alle sorgsam zu hüten"... In einer Zeit, da alle verfassungsmäßigen Freiheiten aufgehoben sind, in der Erinnerung daran, daß in Oesterreich seit fast drei Jahren die Wirksamkeit der Volksvertretung unterbunden und alles, was man Verfassung nennt, schlechthin sistiert ist, empfängt diese feierliche Versicherung ihren bestimmten Klang. Wohl wäre es vonnöten, der Freiheit wieder Raum zu gewähren und die Vorstellung abzuweisen, daß die Völker in Oesterreich dem absolutistischen Wahn eines zufälligen Ministeriums überantwortet werden dürfen, daß ihnen die Reife und Einsicht, ihre Geschicke mitzubestimmen, bestritten werden dürfe. Der Kaiser erklärt, sein unablässiges Bemühen werde es sein, das sittliche und geistige Wohl der Völker zu fördern, Freiheit und Ordnung in seinen Staaten zu beschirmen. Dazu ist eines unerläßlich: daß man die Entwicklung frei entfalten lasse, die Kräfte, die sich regen wollen, nicht bevormunde, der Triebkraft der Ideen vertraue, dem Fortschreiten keine mißgünstigen Hindernisse in den Weg lege. Das Werk der friedlichen Erneuerung kann nur die gesamte Volkskraft leisten, und die kann nur lebendig werden, wenn dem demokratischen Gedanken, der demokratischen Organisation die Bahn geöffnet wird. Denn alle Entwicklung geht vom Volke aus, in dessen Energien und schöpferischer Kraft die wahren Bürgschaften der Staaten beschlossen sind.

Die Zeit
23./XI. 1916
62

Proklamation des Kaisers.

Der Kaiser hat folgende Proklamation erlassen:

„An meine Völker!

Tiefbewegt und erschüttert stehe ich und mein Haus, stehen meine treuen Völker an der Bahre des edlen Herrschers, dessen Händen durch nahezu sieben Jahrzehnte die Geschicke der Monarchie anvertraut waren.

Durch die Gnade des Allmächtigen, die ihn in frühen Jünglingsjahren auf den Thron berufen hatte, ward ihm auch die Kraft verliehen, unbeirrt und ungebrochen durch schwerstes menschliches Leid, bis ins hohe Greisenalter nur den Pflichten zu leben, die sein hehres Herrscheramt und die heiße Liebe zu seinen Völkern ihm vorschrieben.

Seine Weisheit, Einsicht und väterliche Fürsorge haben die dauernden Grundlagen friedlichen Zusammenlebens und freier Entwicklung geschaffen und aus schweren Wirren und Gefahren, durch böse und durch gute Tage Oesterreich-Ungarn durch eine lange und gesegnete Zeit des Friedens auf die Höhe der Macht geführt, auf der es heute im Verein mit treuen Verbündeten den Kampf gegen Feinde ringsherum besteht.

Sein Werk gilt es fortzusetzen und zu vollenden.

In sturmbewegter Zeit besteige ich den ehrwürdigen Thron meiner Vorfahren, den mein erlauchter Ohm mir in unvermindertem Glanze hinterläßt.

Noch ist das Ziel nicht erreicht, noch ist der Wahn der Feinde nicht gebrochen, die meinen, in fortgesetztem Ansturm meine Monarchie und ihre Verbündeten niederringen, ja zertrümmern zu können.

Ich weiß mich eins mit meinen Völkern in dem unbeugsamen Entschluß, den Kampf durchzukämpfen, bis der Friede errungen ist, der den Bestand meiner Monarchie sichert und die festen Grundlagen ihrer ungestörten Entwicklung verbürgt.

In stolzer Zuversicht vertraue ich darauf, daß meine heldenmütige Wehrmacht, gestützt auf die aufopfernde Vaterlandsliebe meiner Völker und in treuer Waffenbrüderschaft mit den verbündeten Heeren, auch weiterhin alle Angriffe der Feinde mit Gottes gnädigem Beistand abwehren und den siegreichen Abschluß des Krieges herbeiführen wird.

Ebenso unerschütterlich ist mein Vertrauen, daß meine Monarchie, deren Machtstellung in der altverbrieften, in Not und Gefahr neubesiegelten untrennbaren Schicksalsgemeinschaft ihrer beiden Staaten wurzelt, nach innen und nach außen gestählt und gekräftigt aus dem Kriege hervorgehen wird; daß meine Völker, die sich, getragen von dem Gedanken der Zusammengehörigkeit und von tiefer Vaterlandsliebe, heute mit opferfreudiger Entschlossenheit zur Abwehr der äußeren Feinde vereinen, auch zum Werke der friedlichen Erneuerung und Verjüngung zusammenwirken werden, um die beiden Staaten der Monarchie mit den angegliederten Ländern Bosnien und Herzegowina einer Zeit der inneren Blüte, des Aufschwunges und der Erstarkung zuzuführen.

Indem ich des Himmels Gnade und Segen auf mich und mein Haus wie auf meine geliebten Völker herabflehe, gelobe ich vor dem Allmächtigen, das Gut, das meine Ahnen mir hinterlassen haben, getreulich zu verwalten.

Ich will alles tun, um die Schrecknisse und Opfer des Krieges in ehester Frist zu bannen, die schwervermißten Segnungen des Friedens meinen Völkern zurückzugewinnen, sobald es die Ehre unserer Waffen, die Lebensbedingungen meiner Staaten und ihrer treuen Verbündeten und der Trotz unserer Feinde gestatten werden.

Meinen Völkern will ich ein gerechter und liebevoller Fürst sein. Ich will ihre verfassungsmäßigen Freiheiten und sonstigen Gerechtsame hochhalten und die Rechtsgleichheit für alle sorgsam hüten. Mein unabläßiges Bemühen wird es sein, das sittliche und geistige Wohl meiner Völker zu fördern, Freiheit und Ordnung in meinen Staaten zu beschirmen, allen erwerbstätigen Gliedern der Gesellschaft die Früchte redlicher Arbeit zu sichern.

Als kostbares Erbe meines Vorfahren übernehme ich die Anhänglichkeit und das innige Vertrauen, das Volk und Krone umschließt. Dieses Vermächtnis soll mir die Kraft verleihen, den Pflichten meines hohen und schweren Herrscheramtes gerecht zu werden.

Durchdrungen von dem Glauben an die unvernichtbare Lebenskraft Oesterreich-Ungarns, beseelt von inniger Liebe zu meinen Völkern, will ich mein Leben und meine ganze Kraft in den Dienst dieser hohen Aufgabe stellen.

Karl m. p.

Koerber m. p."

Neue Freie Presse Abendbl. 23/XI. 1916. 63

Die Bestätigung der gemeinsamen Minister im Amte.

Wien. 23. November.

Wie bereits mitgeteilt, hat Kaiser Karl sämtliche Minister, die gemeinsamen, die österreichischen und die ungarischen, sofort nach seinem Regierungsantritte im Amt bestätigt.

Heute veröffentlichen das Amtsblatt der „Wiener Zeitung" und der ungarische „Közlöny" folgende kaiserliche Handschreiben:

Lieber Baron Burian!

Ich habe die Regierung am heutigen Tage übernommen und bestätige Sie in Ihrer Stellung als Minister Meines Hauses und des Aeußern.

Wien, am 21. November 1916.

Karl m. p.

Burian m. p.

Lieber Baron Burian!

Ich habe die Regierung am heutigen Tage übernommen und bestätige Sie in Ihrer Stellung als zeitweiser Leiter Meines gemeinsamen Finanzministeriums sowie in der obersten Zentralleitung in Angelegenheiten Bosniens und der Herzegowina.

Zugleich beauftrage Ich Sie, die beigeschlossene Proklamation an Meine Völker zu verlautbaren.

Wien, am 21. November 1916.

Karl m. p.

Burian m. p.

Die Proklamation ist gleichlautend mit jenen, die in Oesterreich und in Ungarn verlautbart werden.

Lieber Generaloberst Freiherr v. Krobatin!

Ich habe die Regierung am heutigen Tage übernommen und bestätige Sie in Ihrer Stellung als Kriegsminister.

Wien, am 21. November 1916.

Karl m. p.

Burian m. p.

Der Abend
24./XI. 1916

64

Die Einberufung des Reichsrates.

Die Unterscheidung des Ministerpräsidenten zwischen Staatsakt und Arbeitstagung.

Die Erfüllung der dem Kaiser auferlegten verfassungsmäßigen Pflicht zur Ablegung des im Artikel 8 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867 vorgesehenen eidlichen Gelöbnisses auf die Verfassung ist an den Zusammentritt des österreichischen Reichsrates gebunden, da der Eid „in Gegenwart beider Häuser des Reichsrates" zu erfolgen hat. Das macht also die Einberufung des Reichsrates notwendig. Auf diesen Standpunkt hat sich auch der Ministerpräsident Dr. v. Koerber in seiner gestrigen Unterredung mit dem Präsidenten Dr. Sylvester gestellt, indem er erklärte, daß er streng auf die verfassungsmäßige Durchführung des Artikels sehen wolle und dem Kaiser auch streng auf der Verfassung fußende Vorschläge erstatten werde.

Der Ministerpräsident unterschied aber in seinen Äußerungen sehr genau zwischen der Teilnahme des Reichsrates an der feierlichen Ablegung des Gelöbnisses in der Hofburg und der Tagung des Parlaments. Dazu sind, wie der Ministerpräsident erklärte, Verhandlungen mit den Parteiführern notwendig, denen er den Standpunkt der Regierung und sein Programm klarlegen will, worauf es Sache der Parteien sein werde, in Kenntnis des Programms des Ministerpräsidenten sich zu entscheiden, ob sie wieder zur Ausübung der verfassungsmäßigen Rechte gelangen wollen.

Nach der durch das gestern erfolgte Handschreiben Kaiser Karls an den Ministerpräsidenten und durch die Äußerungen Dr. v. Koerbers dem Präsidenten Dr. Sylvester gegenüber geschaffenen Lage dürften sich die Ereignisse in der nächsten Zeit in folgender Weise entwickeln:

Die parlamentarischen Vorgänge der nächsten Zeit.

Der Kaiser erläßt nach Anhörung der Anträge des österreichischen Ministerpräsidenten an diesen ein Handschreiben, mit welchem der Reichsrat einberufen wird. Der Ministerpräsident gibt von diesem Handschreiben dem geschäftsführenden Präsidenten Dr. Sylvester Kenntnis, worauf dieser die Einberufung der Abgeordneten veranlaßt. Das Haus tritt dann an dem im Handschreiben festgesetzten Tage zur konstituierenden Sitzung zusammen, in welcher zunächst Ministerpräsident Dr. v. Koerber nach Verlesung des kaiserlichen Handschreibens, mit welchem die Einberufung erfolgte, den Alterspräsidenten des Hauses (es ist dies Baron Fuchs) auffordert, den Vorsitz zur Vornahme der Wahl des Präsidiums zu übernehmen. Nach erfolgter Wahl geht der Vorsitz an den Präsidenten über, der dazu berufen erscheint, in dieser Sitzung im Namen des Hauses der Trauer für den verstorbenen Kaiser und der Loyalität gegenüber dem neuen Kaiser Ausdruck zu geben. Nach dieser Kundgebung wird die Sitzung geschlossen.

Der Ministerpräsident läßt hierauf an den Präsidenten des Hauses die Einladung zur Teilnahme des Reichsrates bei der Ablegung des Gelöbnisses in der Hofburg ergehen. Die Einladung wird vom Präsidenten an die Abgeordneten weitergeleitet. Die Abgeordneten erscheinen dann in der Hofburg, um an der kurzen Feier teilzunehmen.

Weihnachtsferien oder Vertagung.

Von da ab gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder der Präsident schreibt die Weihnachtsferien für das Haus aus oder aber es erfolgt die Vertagung des Hauses bis zu einem später bekannt zu gebenden Zeitpunkt. Diese Pause in den Beratungen des Reichsrates benützt der Ministerpräsident für die Beratungen mit den Parteien, von deren Ausgang das weitere Schicksal des Hauses abhängt.

Da Kaiser Karl den Wunsch geäußert hat, Gelöbnis und Krönung sobald als möglich, womöglich noch vor Weihnachten vor sich gehen zu lassen, dürfte die Einberufung des Reichsrates schon in allernächster Zeit erfolgen. Der Zusammentritt und die Konstituierung kann jedoch erst nach den Leichenfeierlichkeiten geschehen. Aus diesem Grunde wird

die Teilnahme des Abgeordnetenhauses am Leichenbegängnisse

ohne vorangegangene Konstituierung erfolgen. Präsident Dr. Sylvester und Vizepräsident Jukl hatten heute Vormittag über diese Frage eine Besprechung. Die Einladungen an die Abgeordneten, sich zur Teilnahme am Leichenbegängnisse in Wien einzufinden, dürften bereits morgen von der Kanzlei des Abgeordnetenhauses verschickt werden.

Vossische Zeitung 24./XI. 1916.

Der neue Kurs in Oesterreich.

Drahtmeldung unseres Berichterstatters
Emil Ludwig.

* Wien, 23. November.

Ueber den neuen Kurs erfuhr ich heute von einer leitenden Persönlichkeit das Folgende:

Die äußere Politik ist nicht nur im Sinne der Proklamation und der Bündnispolitik, sondern auch durch persönliche Tendenzen und jüngste eigene Kriegserfahrungen des neuen Herrschers festgelegt. Man kennt die großen Verdienste des Freiherrn von Tschirschky um die Vertiefung der deutsch-österreichischen Beziehungen hier sehr wohl und schätzt sie an entscheidender Stelle so aufrichtig, daß das Murren einer Minderheit bedeutungslos erscheint. Eine ähnliche Deutlichkeit des Handelns erhofft man von seinem Nachfolger.

Dieser deutsche Grundgedanke wird sich auch im Innern widerspiegeln. Von einer tschechischen Linie kann keine Rede sein. Aber man weiß, daß alle Völker gebührende Sorge verdienen und würde eine unterdrückende Politik nach keiner Richtung hin in diesem Völkerstaate wünschen oder versuchen wollen. Der Zusammenschluß der tschechischen Parteien, welcher einen Tag vor des Kaisers Tode erfolgte, bedeutet einen Erfolg ihrer vortrefflichen inneren Organisation, de facto aber wenig Veränderung, da sie ja doch in den wichtigsten Fällen zusammenstimmen. Hieraus sollten die österreichischen Deutschen lernen, und vieles spornt sie jetzt an, sich von nun an endlich zu einigen. Denn sie und alle anderen werden wohl jetzt einsehen, daß man nicht gegen, sondern für die Völker regiert.

Der neue Herrscher dürfte von Anbeginn die Ueberzeugung im Lande festigen, daß ein System und ein Gedanke leitend bleiben sollen, den er inauguriert, und daß ein etwaiger Wechsel in den amtierenden Personen von nun an keinen Wechsel des Systems bedeutet. Doch deutet alles darauf hin, daß auch ein Personenwechsel in der Leitung der beiden Staaten von Kaiser Carl nicht gewünscht wird. Er selbst wirft sich mit größtem Eifer auf die Geschäfte. Er hat noch in der Sterbenacht des alten Kaisers Dr. von Koerber zu sich beschieden, als er eben aus Budapest kam. Auch dürfte er den Wunsch der Ungarn nach einer schnellen Krönung erfüllen, die ja nach dem Prinzip des rex non coronatus kein Gesetz durch ihn vollziehen lassen und doch anderseits im Kriege mit wichtigen Dingen nicht sechs Monate warten können. Wann der Reichsrat nun zusammentritt, scheint ungewiß, aber daß der österreichische Reichsrat über eine kurze Tagung hinaus zusammenbleiben sollte, ist unwahrscheinlich. Die großen politischen Probleme im Kriege noch aufzurollen, scheint doch problematisch; und was Galizien betrifft, so ist die Neuordnung doch erst zugleich mit der endgültigen Errichtung Polens geplant. Andere dringendere Dinge werden nun aber eher rascher sich abwickeln, als unter dem alten Regime es möglich war. Der Ausgleich mit Ungarn war noch am Todestage des Kaisers Objekt einer langen Verhandlung der beiden Ministerpräsidenten, und man kann annehmen, daß er bald zum Abschlusse gelangt und so die Basis für den deutschen Handelsvertrag endgültig geschaffen wird.

So groß die Trauer um den Monarchen bei allen Völkern der Monarchie ist, so scheint man doch allenthalben entschlossen, die größere Schnelligkeit, den Puls der Jugend, einen gewissen modernen Gedankengang zu benutzen und vieles aus dem alten Gleise zu heben, was in siebzig Jahren durch die Gewohnheit scheinbar Gesetz geworden war. Durch die sagenhafte Länge dieser Regierung sind schwierige Fragen aufgetaucht, die selbstverständlich im Falle eines Thronwechsels sich rascher beantworten lassen. Aber alles wird im Geiste des Volkes entschieden werden, dem der wichtigste Satz aus der Proklamation gilt und dessen Mitwirkung man in den letzten Jahren öfter und stärker für notwendig erkannte, als sie wirklich in Anspruch genommen wurde.

*

Neue Freie Presse 24./XI. 1916.

Armee- und Flottenbefehl.

„Streffleurs Militärblatt" meldet:

Seine k. u. k. Apostolische Majestät geruhten allergnädigst den nachstehenden Allerhöchsten Armee- und Flottenbefehl zu erlassen:

„Soldaten! Euer Oberster Kriegsherr, Mein erhabener Großoheim, Kaiser und König Franz Josef I., der durch Jahrzehnte Euch, Euere Großväter und Väter mit Liebe und Fürsorge geleitet, wie ein Vater für Euch gesorgt hat, ist zu Gott heimgegangen.

Stets ein leuchtendes Vorbild soldatischer Pflichttreue, haben weiland Seine Majestät bis zur äußersten Anspannung seine Weisheit, sein ganzes Sein, dem Wohle des Vaterlandes geweiht; solange die Kräfte standhielten, waren seine Gedanken bei Euch, seinen geliebten braven Kriegsleuten.

Soldaten! Die harten, aber ruhmvollen Tage dieses Riesenkampfes habe ich bisnun mit Euch durchlebt.

In großer Zeit, aus Euerer Mitte, trete Ich jetzt als Oberster Kriegsherr an die Spitze Meiner kampferprobten Armee und Flotte, in dem unerschütterlichen Glauben an unser heiliges Recht und an den Sieg, den wir, mit Gottes Hilfe, im Verein mit unseren treuen Verbündeten, unserer gerechten Sache erkämpfen werden.

Der Geist des erlauchten Verblichenen wird um Euch sein, Euch anspornen zu weiteren heldenhaften Kämpfen, auf daß es uns vergönnt sei, an seiner Bahre den Siegeskranz niederzulegen, als Zeichen unserer treuen Dankbarkeit für all die Liebe und Fürsorge, die sein edles Herz unausgesetzt schlagen ließ für seine treue Wehrmacht.

Wien, am 22. November 1916.

Karl m. p.

Neue Freie Presse 24./XI. 1916.

Das eidliche Gelöbnis des Kaisers Karl auf die Verfassung.

Die morgige „Wiener Zeitung" wird das nachstehende Allerhöchste Handschreiben verlautbaren:

„Lieber Dr. v. Koerber!

Eingedenk Meiner verfassungsmäßigen Obliegenheit zur Ablegung des im Artikel 8 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867 über die Ausübung der Regierungs- und der Vollzugsgewalt vorgesehenen eidlichen Gelöbnisses gewärtige Ich Ihre auf die Erfüllung dieser Bestimmung abzielenden Anträge.

Wien, am 23. November 1916.

Karl m. p.

Koerber m. p."

Die Krönung des Kaisers zum König von Ungarn.

Budapest, 23. November.

Das morgige Amtsblatt wird an der Spitze folgendes Allerhöchstes Handschreiben veröffentlichen:

„Lieber Graf Tisza!

Von der Absicht geleitet, Mich so bald als möglich zum König von Ungarn und Kroatien-Slawonien und Dalmatien krönen zu lassen, weise Ich Sie an, daß Sie mit dem Reichstage in Berührung treten und Ihre hierauf bezüglichen Vorschläge Mir erstatten mögen.

Gegeben zu Wien, am 23. November 1916.

Karl m. p.

Graf Stephan Tisza m. p."

Arbeiterzeitung

24./XI. 1916.

Der Kaiser verlangt nach dem Reichsrat.

Der Kaiser hat heute die folgenden Handschreiben erlassen:

Lieber Dr. v. Koerber! Eingedenk meiner verfassungsmäßigen Obliegenheit zur Ablegung des im Artikel 8 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867 über die Ausübung der Regierungs- und der Vollzugsgewalt vorgesehenen eidlichen Gelöbnisses gewärtige ich Ihre auf die Erfüllung dieser Bestimmung abzielenden Anträge.

Lieber Graf Tisza! Von der Absicht geleitet, mich so bald als möglich zum König von Ungarn und Kroatien-Slavonien und Dalmatien krönen zu lassen, weise ich Sie an, daß Sie mit dem Reichstag in Berührung treten und Ihre hierauf bezüglichen Vorschläge mir erstatten mögen.

Gegeben zu Wien, am 23. November 1916.

Die österreichische Verfassung, das Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867 über die Ausübung der Regierungs- und Vollzugsgewalt, schreibt bekanntlich vor (Artikel 8): Der Kaiser leistet beim Antritt der Regierung in Gegenwart beider Häuser des Reichsrates das eidliche Gelöbnis: „die Grundgesetze der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit denselben und den allgemeinen Gesetzen zu regieren." Dieses eidliche Gelöbnis ist, da seit 1867 noch keine Regierung angetreten wurde — man hat ihm offenbar diese strenge Deutung gegeben —, noch nie geleistet worden. Das ungarische Staatsrecht, das auf den zweiten Gesetzartikel vom Jahre 1687 zurückgeht, stellt zwei Bedingungen auf: die Krönung und das dieser vorangehende Krönungsdiplom, in das die sogenannten Inauguralartikel aufzunehmen sind. Die Krönung erfolgte das letztemal erst zwanzig Jahre nach der Thronbesteigung, erst nach dem der Gegenrevolution nachfolgenden Ausgleich mit Ungarn im Jahre 1867. Die zwei Handschreiben lassen immerhin erkennen, daß die sozusagen gedankliche Verfestigung der Verfassungsmäßigkeit in diesen zwei Menschenaltern Fortschritte gemacht hat. Auch im Bewußtsein des Monarchen erscheint die Mitregierung des Volkes, das Anrecht der Volksvertretung als selbstverständlich und einer Bestreitung nicht zugänglich.

Die Raschheit, womit auf die Erfüllung der verfassungsmäßigen Bedingungen des Antritts der Regierung gedrängt wird, soll nicht übersehen werden; vielleicht wird es wirklich so sein, wie es Koerber gesagt haben soll: daß in dieser Richtung eine neue Zeit angebrochen ist. So kann es nicht bleiben und darf es nicht bleiben, daß der Inbegriff der Verfassung, die als Hauptgedanken die Bestimmung enthält, daß das Recht, Gesetze zu geben, nur mit Zustimmung des gesetzlich versammelten Reichsrates ausgeübt werden soll, auf jenen Paragraphen reduziert wird, dessen Gebrauch und Mißbrauch zur Begründung eines bedenkenlosen ministeriellen Absolutismus geführt hat, der sich, wie er das Recht der Volksvertretung geleugnet hat, auch in Widerspruch gegen die verfassungsmäßige Stellung der Krone gesetzt hat. Rückschauend empfinden wir die Ungeheuerlichkeit erst ganz, daß aus einem Paragraphen, der eine Vorsorge für nicht vorgesehene und nicht vorsehbare Zufälle dringlichster Art treffen will, eine Gewalt abgeleitet werden konnte, die sich über die ganze Verfassung selbstherrlich setzt und absolutistischer waltet, als es selbst die von einer Verfassung nicht beschränkte monarchische Macht je unternommen hätte; die Willkürgewalt eines vergänglichen Ministeriums erscheint uns im Ueberblick der letzten drei Jahre wohl als das das Selbstbewußtsein der Völker zu tiefst entwürdigende Unternehmen, und es niemals mehr aufkommen zu lassen muß fortan auch das ernstliche Bestreben des Reichsrates sein. Er wird nun wohl bald zu seinem Rechte kommen; es zu erfassen und festzuhalten wird seine vornehmste Pflicht sein. Allzulang haben die Wähler die Abgeordneten gewähren lassen, sich um das Parlament, das vor allem ihr Gut und Besitz ist, allzuwenig bekümmert. Nun hat die Kriegszeit die Notwendigkeit des Parlaments allen zum Bewußtsein gebracht, und dieses Bewußtsein der Völker selbst wird die Hut des Parlaments werden, die Hut vor Anschlägen von oben und vor frevler Gleichgültigkeit aus seiner Mitte. Der Kaiser verlangt nach dem Reichsrat: das ist eine Tatsache, die ihre Bedeutung behalten wird.

Neue Freie Presse 24./XI. 1916.

Die Einberufung des Reichsrates.

Wien, 23. November.

Die Konferenz des Präsidenten Dr. Sylvester mit dem Ministerpräsidenten.

Ueber die Konferenz des Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Sylvester mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber wird mitgeteilt:

Heute nachmittag erschien der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Sylvester beim Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber. Namens des Präsidiums des Abgeordnetenhauses gab Dr. Sylvester der tiefsten Trauer über das Hinscheiden Sr. Majestät des Kaisers Franz Josef I. Ausdruck und erneuerte das Gelöbnis unbedingter Treue und unwandelbarer Loyalität gegenüber dem Kaiser und dem Allerhöchsten Herrscherhause. Präsident Dr. Sylvester ersuchte den Ministerpräsidenten, hievon an Allerhöchster Stelle Mitteilung zu machen.

Präsident Dr. Sylvester brachte sodann die verfassungsrechtlichen Angelegenheiten und die Frage der Einberufung des Reichsrates zur Sprache.

Ministerpräsident Dr. v. Koerber erklärte, er stehe bezüglich der Durchführung des Artikels 8 des Gesetzes vom 21. Dezember 1867 streng auf dem verfassungsmäßigen Standpunkt. Eine neue Zeit sei hereingebrochen und den neuen Verhältnissen sei Rechnung zu tragen. Der Ministerpräsident werde Seiner Majestät streng auf der Verfassung fußende Vorschläge erstatten.

Bezüglich der Einberufung des Reichsrates und seiner Tagung erklärte Ministerpräsident Dr. v. Koerber, er werde sich mit den einzelnen Parteiführern ins Einvernehmen setzen und ihnen den Standpunkt des Kabinetts und sein Programm in klarer Weise darlegen. Aufgabe der Parteien werde es dann sein, zu diesem Programm Stellung zu nehmen, um zu einer entsprechenden Ausübung der verfassungsmäßigen Rechte zu gelangen.

Präsident Dr. Sylvester ersuchte Dr. v. Koerber, ihm zu gegebener Zeit eine Audienz beim Kaiser zu erwirken. Der Ministerpräsident sagte die Erfüllung dieses Wunsches zu.

Aeußerungen eines führenden Mitgliedes des Deutschen Nationalverbandes.

In den Kreisen der deutschen Abgeordneten hat der in dem Handschreiben an den Ministerpräsidenten zum Ausdruck gebrachte Wille des Monarchen, seiner verfassungsmäßigen Obliegenheit zur Ablegung des eidlichen Gelöbnisses zu entsprechen, die lebhafteste Genugtuung erweckt.

Ein führendes Mitglied des Deutschen Nationalverbandes äußerte sich einem unserer Mitarbeiter gegenüber folgendermaßen:

Durch diese Willensäußerung des Kaisers haben die bisher der Einberufung des Reichsrates entgegenstehenden Hindernisse zweifellos eine wesentliche Erleichterung erfahren, denn sämtliche Parteien des Hauses müssen nunmehr alles aufbieten, um die Einberufung des Parlaments zu ermöglichen, da der Herrscher selbst dies zur Erfüllung einer Vorschrift der Verfassung verlangt. Der Ministerpräsident wird gewiß dem ihm in dem Handschreiben erteilten Auftrage ehestens nachkommen und zu diesem Zwecke die Verhandlungen mit den Parteien binnen kurzem einleiten. Es werden dabei die Wege zu erörtern sein, die zur Erreichung des gewünschten Zieles am gangbarsten erscheinen. Den ersten Schritt hätten am zweckmäßigsten abgesonderte Verhandlungen zu bilden, die der Ministerpräsident mit den Führern der einzelnen Parteien pflegt. Die Einladungen hiezu dürften voraussichtlich unmittelbar nach dem Abschlusse der Trauerfeierlichkeiten ergehen. Die Grundlage für diese Verhandlungen könnten Mitteilungen bilden, die der Ministerpräsident über die politischen und wirtschaftlichen Absichten der Regierung macht. Dem Erfolge dieser Verhandlungen kann man mit großer Zuversicht entgegensehen.

Ueber den Termin, zu welchem dann der Zusammentritt des Reichsrates möglich wäre, läßt sich augenblicklich naturgemäß noch nichts Bestimmtes sagen. Aus dem an den Ministerpräsidenten gerichteten Handschreiben darf man jedoch schließen, daß es der Wille des Kaisers ist, daß dieser Zeitpunkt nicht lange hinausgeschoben werde. Hiefür kann auch der in dem heute veröffentlichten Handschreiben an den ungarischen Kabinettschef ausgesprochene Wunsch des Monarchen ins Treffen geführt werden, daß die Krönungsfeierlichkeiten in Ungarn „so bald als möglich" vorgenommen werden sollen; denn es kann nicht gut angenommen werden, daß in bezug auf den Zeitpunkt eine politisch verschiedenartige Behandlung der beiden Reichshälften gewünscht wird.

Es wäre ganz gut denkbar, daß die Parteien des Abgeordnetenhauses sich dahin einigen, daß die Einberufung des Parlaments zunächst nur zur Veranstaltung einer Trauerkundgebung und zur Abhaltung einer Huldigungssitzung erfolge. Diese Sitzungen könnten unter dem Vorsitze des Alterspräsidenten abgehalten werden, so daß die schwerfälligen Konstituierungsarbeiten erspart bleiben. Dann könnte die gemeinsame Sitzung der beiden Häuser des Reichsrates zur Anhörung des Verfassungsgelöbnisses durch den Herrscher stattfinden. Hiezu bedürfte es keinerlei langwieriger Verhandlungen über politische Fragen, für die nachher Raum genug wäre.

Unter diesen Voraussetzungen wäre es gar nicht ausgeschlossen, daß sich der Reichsrat noch in diesem Jahre zu den erwähnten Zwecken versammle. Die Verhandlungen mit den Parteien könnte der Ministerpräsident nachher aufnehmen, und im Falle ihres erfolgreichen Verlaufes könnte der Reichsrat dann zu einer meritorischen Tagung einberufen werden.

Neue Freie Presse 25/XI. 1916.

Die Eröffnung des Testaments des Kaisers Franz Josef.

Wien, 24. November.

Amtlich wird gemeldet:

Am 22. d. fand in Sr. Majestät Obersthofmeisteramt die Publikation der letztwilligen Anordnungen weiland Sr. k. und k. Apostolischen Majestät Franz Josef I. statt. Hiebei waren anwesend der Erste Obersthofmeister Sr. Majestät Fürst Montenuovo, der Minister des k. und k. Hauses und des Aeußern Baron Burian, der Obersthofmarschall Sr. Majestät Graf Zichy, der österreichische Ministerpräsident Dr. v. Koerber, der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza, ferner vom Ministerium des k. und k. Hauses und des Aeußern Gesandter Freiherr v. Rhemen, welcher das Testament zur Verlesung brachte, vom Obersthofmeisteramte Sektionschef Freiherr v. Wetschl, vom Obersthofmarschallamt Senatspräsident Freiherr Seidl v. Zellbrugg und Sektionsrat Dr. R. Strobl v. Albeg.

Neues Pester Journal
27./XI. 1916

I

76

Der neue König.

Der Thronwechsel und das Parlament.

Ein Krönungskonflikt. — Der Ministerpräsident als Palatinalstellvertreter. — Eine oppositionelle Aktion gegen Tißa.

Franz Joseph I. hatte kaum die Augen für immer geschlossen und schon fanden sich einige schöne Seelen in der Opposition, welche auch den so schmerzlichen Anlaß des Thronwechsels dazu benützten, um die Harmonie der Nation, welche doch in dieser ernsten Situation unter allen Umständen gewahrt hätte werden müssen, zu stören. Die Krönungsfrage war noch nicht aktuell, als sich im Kreise der Opposition schon Stimmen dafür erhoben, es müsse unter allen Umständen vermieden werden, daß der gegenwärtige Ministerpräsident Graf Tißa als der zu bestellende Stellvertreter des Palatins von Ungarn als Vertreter der Nation dem neuen König die Krone auf das Haupt setze. Als erster Grund für diesen Protest wurde die Konfession des Grafen Stephan Tißa angeführt, indem behauptet wurde, er als Protestant könne an einem Akte, bei dem die katholische Kirche eine hervorragende Rolle spiele, nicht mitwirken. Damit wurde auffallenderweise gerade in Wien Stimmung gemacht, wahrscheinlich mit der Absicht, jene Kreise der österreichischen Kaiserstadt gegen den Grafen Tißa zu stimmen, die ja immer bereit sind, an ungarnfeindlichen Aktionen theilzunehmen. Das Argument verfehlte aber sein Ziel; der konfessionelle Konflikt konnte nicht entfesselt werden; inzwischen aber geschah etwas Anderes, Unerwartetes: der neue Monarch äußerte selbst den Wunsch, daß die Krönung so rasch als möglich durchgeführt werde. Die bezüglichen Vorschläge mußte also die Regierung raschestens ausarbeiten und in loyalster Weise forderte der Ministerpräsident die Opposition zur Mitarbeiterschaft an diesem Werke auf. Die Zeit drängt und die Vorkehrungen mußten getroffen werden. Unter diesen muß auch für die Wahl eines Palatin-Stellvertreters gesorgt werden. Im Jahre 1867 fiel diese Wahl auf den Grafen Julius Andrássy, den damaligen Ministerpräsidenten, nicht weil er Ministerpräsident war (wie dies Franz Deák sagte), sondern weil er als Führer der Reichstagsmajorität hiezu prädestinirt ist, die Nation bei der Krönung des Monarchen zu vertreten. Der jetzige Ministerpräsident steht, dem Vertrauen der Majorität zufolge, an der Spitze des Landes, hat also dasselbe Recht, wie Graf Julius Andrássy es seinerzeit hatte, den Palatin zu vertreten. Diesmal aber stehen allerdings andere Männer an der Spitze der Opposition als im Jahre 1867. Damals waren Daniel Irányi und Koloman Tißa die Oppositionsführer. Die Herren Grafen Michael Károlyi und Theodor Batthyány wollen um jeden Preis einen anderen Palatin-Stellvertreter haben und waren leichtfertig genug, hiebei mit dem Namen des Erzherzogs Joseph, der jetzt als siegreicher Heerführer sich unvergängliche Verdienste auf dem Kriegsschauplatze erwirbt, schweren Mißbrauch zu treiben. Der populäre Erzherzog lehnt es ab, an diesem Manöver der Opposition irgendwelchen Antheil zu nehmen; von dieser hohen Stelle haben die Herren der Opposition schon eine sehr energische Zurückweisung erfahren, trotzdem aber wurde heute Abends in zwei oppositionellen Parteikonferenzen ganz offen gegen die Wahl des Grafen Tißa zum Palatinal-Stellvertreter Stellung genommen. Diese unverkennbaren Haßausbrüche gegen den Grafen Tißa werden die Nationale Arbeitspartei nur umso nachhaltiger dazu veranlassen, mit dem Aufgebot der ganzen Kraft, die der Majorität innewohnt, sich für die Kandidatur des Grafen Tißa einzusetzen.

Unsere Berichte über diesen eigenartigen politischen Vorfall lassen wir hier folgen:

Ein Krönungskonflikt.

Wir berichteten gestern über den Verlauf der Obmännerkonferenz, welche über die auf den Thronwechsel bezüglichen Fragen Besprechungen mit der Regierung führte. In unserem Berichte hieß es, daß über die wichtigsten Fragen eine prinzipielle Verständigung erzielt wurde. Nun wird heute bekannt, daß in der Frage, wer als Stellvertreter des Palatins an der Seite des Fürstprimas von Ungarn dem neuen König die Krone aufsetzen soll, eine Differenz entstand, die noch nicht vollständig ausgetragen ist. Als Graf Tißa die Frage aufwarf, wer als Vertreter des Palatins fungiren soll, meinte Graf Albert Apponyi, so heikel auch die Frage sei, glaube er doch der Ansicht Ausdruck verleihen zu müssen, daß dem König nur eine solche Person die Krone auf das Haupt setzen dürfe, die das ungetheilte Vertrauen der Nation besitzt. Schon anläßlich der Krönung im Jahre 1867 habe Franz Deák den damaligen Ministerpräsidenten Grafen Julius Andrássy ausschließlich mit dem Bemerken als Vertreter des Palatins in Vorschlag gebracht, daß dies nicht mit Rücksicht auf die Stellung des Mini-

Neues Wiener Tagblatt 28./XI. 1916.

Der Zusammenschluß der tschechischen Parteien.

Brünn, 26. November. (Privattelegramm.) Das Blatt der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei „Delnicky Dennik" veröffentlicht an leitender Stelle eine Kundgebung des Vollzugsausschusses der Partei, die sich gegen den Eintritt der tschechischautonomistischen Sozialdemokraten in den einheitlichen Tschechenklub und in den Nationalausschuß wendet. In der Kundgebung heißt es: „Da in der absoluten Vereinigung der bürgerlichen Parteien eine natürliche Folge der Ausprägung der Klassengegensätze im tschechischen Volke zu erblicken ist, muß der Eintritt der tschechoslawischen Partei als ein Verlassen ihres Klassenstandpunktes betrachtet werden. Indem sich die tschechoslawischen Sozialdemokraten von dem einheitlichen sozialdemokratischen Verband loslösten und sich der bürgerlichen Vereinigung anschlossen, erklärten sie auch zum Schaden des tschechischen Volkes, daß sie bewußt der allfälligen Hilfe der Sozialdemokraten andrer Nationalitäten entsagen. Wir aber erblicken gerade in der einheitlichen Sozialdemokratie, der Partei der Klasseninteressen der Arbeiterschaft, eine höchst wertvolle und wichtige Hilfe, und deshalb lehnen wir die Verantwortung für den Schritt der tschechoslawischen sozialdemokratischen Partei ab, den wir als gefährlich nicht bloß für die tschechische Arbeiterschaft, sondern für das ganze tschechische Volk betrachten. Wir behalten uns schon heute das Recht auf die Kritik aller Handlungen und Schritte sowohl des Nationalausschusses wie des tschechischen Verbandes vor, deren Beschlüsse für uns keine Verbindlichkeit haben, weil wir ausschließlich eine Klassenpartei der Arbeiterschaft sind und bleiben."

Neues Wiener Tagblatt 28./XI.1916.

Kaiserkrönung und Staatsgedanke.

Die „Politischen Tagebücher" schreiben: Das Erstarken des österreichischen Staatsgedankens, der sich zur Bestürzung unsrer Feinde während des Krieges so machtvoll entfaltete, hat bei der Schaffung des gemeinsamen Wappens auch nach außenhin gebührenden Ausdruck gefunden. Nicht mehr die Bezeichnung die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder für die diesseitige Reichshälfte, sondern der gute alte Name Oesterreich ist wieder zur Geltung gekommen. Jetzt aber bietet sich eine Gelegenheit, wie sie vielleicht nie mehr in der Geschichte wiederkehren wird, die österreichische Staatsidee zu fördern. In Ungarn wird der König gekrönt; warum soll auch nicht die österreichische Kaiserkrone ihrer Bestimmung gemäß verwendet werden?

Wenn auch unter Kaiser Franz I. und seinen Nachfolgern der Krönungsakt in Oesterreich unterblieben ist, so liegt darin kein staatsrechtliches oder andres Hindernis für die Vornahme der Krönung anläßlich der Thronbesteigung durch Kaiser Karl. Es bedarf dazu auch nicht der Erlassung eines Gesetzes unter Mitwirkung der konstitutionellen Körperschaften, weil die obligatorische Einführung der Krönung durch einen Herrscherakt ebenso erfolgen kann, wie seinerzeit die Verfassung verliehen wurde. Es würde sich eben um eine Bestimmung handeln, die der Herrscher für sich selbst und seine Nachfolger erläßt und für die das ursprüngliche Herrscherrecht als Quelle herangezogen werden kann. Aber auch das Patent Franz' I. (als römisch-deutscher Kaiser II.) vom 11. August 1804 enthält als vierten Punkt folgende Bestimmung: „Wir halten Unsern weiteren Entschließungen die Bestimmung derjenigen Feierlichkeiten bevor, welche Wir für Uns und Unsre Nachfolger in Ansehung der Krönung als erblicher Kaiser festzusetzen für gut finden werden."

Zu dieser Festsetzung der Krönungszeremonien ist es späterhin nicht gekommen, so daß ohne weiteres der im Patent angekündigte Wille durch Kaiser Karl zur Ausführung kommen könnte. Daß in Oesterreich der Wunsch nach der Kaiserkrönung als einen analogen Akt zu der Königskrönung in Ungarn besteht, hat tiefere Bedeutung, denn durch die Verordnung, mittels der die Wappenfrage geregelt wurde, steht nun das Kaisertum Oesterreich paritätisch dem Königreich Ungarn gegenüber, während es früher Ungarn miteinbegriffen hat. Die Bedeutung, die in Ungarn der Königskrönung beigemessen wird, beruht nicht allein auf der mit dem Krönungsakt verbundenen eidlichen Anerkennung der Verfassung durch den Herrscher, die ja in Oesterreich ebenfalls, aber ohne den Formalakt der Krönung erfolgt, sondern sie wird als eine besonders feierliche Gelegenheit für die Bekundung des ungarischen Staatsgedankens betrachtet. Wenn also in Oesterreich der Wunsch besteht, das feierliche Gelöbnis des Herrschers betreffend die Einhaltung der Verfassung durch den Zeremonialakt der Krönung zu ergänzen, so liegt in diesem Wunsche das Streben nach der stärksten Betonung der österreichischen Staatsidee.

Die Zeit 28/XI. 1916.

Erinnerung an 1867.

In der gestrigen Trauersitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses sprachen Redner aller Parteien, und die Würdigung, die die Verdienste des dahingeschiedenen Monarchen fanden, war eine durchaus einmütige. Es versteht sich wohl von selbst, daß Kaiser Franz Josef dabei insbesondere als der Schöpfer des Dualismus gepriesen wurde, als der Herrscher, der in neuer Form die alte staatliche Selbständigkeit Ungarns wieder anerkannt und zur verfassungsmäßigen Geltung gebracht habe. Allerdings fehlte es auch bei diesem Anlaß nicht an gewissen grundsätzlichen Vorbehalten der Opposition, die, bei aller Loyalität gegenüber der Persönlichkeit und den Leistungen des verewigten Monarchen, doch nicht umhin konnte, ihre über den Dualismus hinausgehenden staatsrechtlichen Forderungen gleichsam zu historischem Protokoll zu geben. Es läßt sich aber im Grunde auch nichts dagegen einwenden, daß bei einer derartigen parlamentarischen Gedenkfeier die verschiedenen Parteistandpunkte irgendwie nuanciert werden. Die Regierungszeit Kaiser Franz Josefs war ein so wichtiger Abschnitt der ungarischen Staats- und Nationalgeschichte, daß naturgemäß Ungarns ganzes Parteileben von den Ereignissen dieser Zeit erfüllt und bestimmt wird. Speziell das Ausgleichswerk von 1867 ist bis heute der Markstein für die wesentlichsten Parteischeidungen in Ungarn geblieben.

In Oesterreich steht es damit anders. Der Hingang eines Monarchen, der durch zwei Menschenalter, in einer Zeit der tiefsten politischen und wirtschaftlichen Wandlungen das Reich geführt, hat selbstverständlich auch bei uns historische Erinnerungen wachgerufen und zu Rückblicken von mannigfachstem Standpunkt angeregt. Dabei wurde das wichtige Kapitel von 1867 mit gebührender Schätzung des grundlegenden Werkes, das damals geschaffen worden, und der eigenartigen Doppelstaatsverhältnisse, die sich daraus entwickelten, eingehend behandelt. Aber in all diesen Erörterungen — das kann man ruhig feststellen — ist nirgends auch nur andeutungsweise der Versuch oder der Wunsch aufgetaucht, den Entwicklungsgang vom älteren Einheitsstaat zum neueren Dualismus etwa rückgängig machen oder revidieren zu wollen. Es soll damit nicht gesagt sein, daß es gleich eine politische Todsünde wäre, an so etwas nur zu denken. Es hat in Oesterreich eine Generation von Politikern gegeben, die aus sehr respektablen Gründen für die streng zentralistische Zusammenfassung aller Kräfte der Monarchie schwärmte, und die sich nur sehr schwer darein finden konnte daß es dies- und jenseits der Leitha zwei getrennte Staatsgewalten geben sollte. Aber diese Generation ist ausgestorben, und die letzten Wortführer, die ihr angehörten, haben noch manches kräftige Zorn- und Spottwort aus Ungarn bis in ihr Grab nachklingen gehört. Wir modernen Oesterreicher denken von diesen Altösterreichern nicht so übel, wir können die patriotischen Beweggründe, von denen sie sich leiten ließen, noch nachfühlen und nachverstehen — aber sie und ihr Lebensinhalt sind für unsere heutige Politik tot und begraben. Der Dualismus bildet für uns keine Frage mehr, er ist eine allem Ja und Nein entrückte endgültige politische Tatsache. Darüber gibt es unter den österreichischen Parteien keine Meinungsverschiedenheit; so bunt auch sonst bei uns die Zersplitterung der nationalen und politischen Programme ist, in der bedingungslosen Anerkennung des zwischen Cis und Trans geschaffenen staatsrechtlichen Verhältnisses herrscht absolute Einigkeit. Um so seltsamer ist es, daß aus Ungarn dann und wann noch immer Kampfklänge herübertönen, die dem ausgestorbenen Geschlecht unserer Reichszentralisten von Anno dazumal zu gelten scheinen. Bei uns gibt es keine Ritter mehr, die mit dieser anachronistischen Devise ausreiten — aber drüben werden noch immer die Lanzen zum Turnier eingelegt. Revision des Dualismus? Bei uns gibt es nicht einmal Parteien mit diesem geheimen Wunsch — wohl aber gibt es in Ungarn Parteien mit diesem ausgesprochenen Programm. Selbst der feierliche Charakter der gestrigen Sitzung hat Reklamationen in diesem Sinne nicht ganz zurückdrängen können. Wir sind also darüber im klaren, daß die Zeit der staatsrechtlichen Kämpfe in Ungarn noch keineswegs abgeschlossen ist. Aber es wäre gut, wenn man in Ungarn darüber ins klare käme, daß auf unserer Seite nicht die mindeste Neigung besteht, Streitfragen, die zu solchen Kämpfen führen, aufzuwerfen.

Der Abend
28/XI. 1916

82

Die Sonderstellung Galiziens.

In einer, auch von Vertretern des ruthenischen Nationalkomitees besuchten Versammlung des Deutschdemokratischen Vereines sprach Reichsratsabgeordneter Freiherr von Hock über die Sonderstellung Galiziens und ihren engen Zusammenhang mit der Umgestaltung Russisch-Polens zum selbständigen Königreiche.

Die Sonderstellung des Landes Galizien, die alten Wünschen deutschnationaler Gruppen begegnet, sei mit der Völkerautonomie nicht zu verwechseln, und auch als „historische politische Individualität" keine Selbstverständlichkeit. In diesem Lande wohnen außer den Polen insbesondere auch noch nahezu ebensoviele Ukrainer, die sich in scharfem Gegensatze zu den herrschenden Polenstamme befinden. Es müsse also im Interesse gerade des österreichischen Staates eine Sonderstellung der Nationen eingerichtet werden. Könne auf diese Weise vorerst Ruhe zwischen den beiden Nationen geschaffen werden, dann sei gegen die Sonderstellung des Landes kein Einwand zu erheben. Redner erörterte sodann das Wesen der ukrainischen Frage, verlangte des weiteren den nationalen Rechtsschutz für die in Minderheit befindlichen Deutschen und Juden. Aus der lebhaften Wechselrede seien besonders die Reden des Professors Kalynowitsch und des Abg. Trylowskyj hervorgehoben. Ersterer befürchtet, daß bei einer Sonderstellung des Landes die Ruthenen den Polen ausgeliefert werden, auch werde dadurch eine Lockerung des Staatsgefüges hervorgerufen. Um beides zu vermeiden, verlangen die Ukrainer die administrative Zweiteilung Galiziens, die auch historisch-politisch gerechtfertigt sei. Die ukrainische Bewegung stehe durchaus nicht in geistiger Abhängigkeit vom Osten, sie suche vielmehr den Anschluß nach Westen, sie sei die entschiedenste Gegnerin des Moskowitertums. Abg. Dr. Trylowskyj bezeichnete die Schaffung des Königreiches Polen als eine geschickte Tat der Mittelmächte, verwahrt sich jedoch dagegen, daß Galizien in wie immer welcher Weise mit dem Königreiche in Verbindung gebracht werde. An zahlreichen Beispielen zeigt Redner die Benachteiligung der Ukrainer durch die Polen; darum verlangen die Ukrainer die Schaffung eines selbständigen reichsunmittelbaren ukrainischen Landes unter Aufrechterhaltung seiner Vertretung im Zentralparlamente in Wien. Die Ukrainer machen nach wie vor Anspruch darauf, als die „Tiroler des Ostens" zu gelten. Ihr Ziel, das vom Moskowiterjoche befreite ukrainische Reich vertrage sich mit dem dauernden Bestande eines im Verbande des österreichischen Kaiserstaates verbleibenden ukrainischen Landes.

Neues Wiener Tagblatt

1./XII. 1916

84

Der Vorstand des tschechischen Verbandes bei Dr. v. Koerber.

Der Vorstand des neugebildeten einheitlichen Tschechischen Verbandes erschien heute vormittag beim Ministerpräsidenten Doktor v. Koerber. Es fand eine längere Aussprache statt, in deren Verlauf der Kabinettschef mit besonderem Nachdrucke betonte, er lege den größten Wert auf die verfassungsmäßige Erledigung aller politischen Angelegenheiten.

Reichspost

2/III 1916

RAbg. Wollek über das Zusammengehen der deutschen Parteien.

In einer vom Christlichsozialen Wählerverein für Krems, Stein und Umgebung am 30. v. M. in Krems abgehaltenen Ver ammlung sprach der Parteisekretär RAbg. Wollek über eine Reihe aktueller Fragen, darunter auch über die Vorgänge der vor kurzem im Wiener Rathause veranstalteten gemeinsamen Beratung der Christlichsozialen mit dem Deutschen Nationalverbande. Ein Zusammengehen der deutschen Parteien des Abgeordnetenhauses habe sich, meinte Redner, aus verschiedenen triftigen Gründen sozusagen von selbst ergeben. Hiebei war der Zusammenschluß aller politischen Parteien zu einem gemeinsamen Verbande nicht ohne Einfluß. Dieselben Bestrebungen konnte man auch bei anderen parlamentarischen Parteien, insbesondere bei den tschechischen, wahrnehmen. Dies veranlaßte den christlich ozialen Reichsratsklub und den Deutschen Nationalverband, zur Wahrung der Interessen der Deutschen Oesterreichs, gleichfalls zusammenzugehen. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß, während sich die Sozialdemokraten der anderen Nationen beeilten, mit ihren Volksgenossen sich zusammenzuschließen, ein solcher Schritt von der deutschen Sozialdemokratie bisher noch nicht erfolgte und nach den neuesten Nachrichten auch nicht erfolgen wird. Das gemeinsame Vorgehen der beiden deutschen Verbände, Christlichsoziale Vereinigung und Deutscher Nationalverband, in gewissen Fragen hat in so manchen Kreisen die Hoffnung auf eine Verschmelzung der beiden Verbände erweckt. Ja in gegnerischen Versammlungen auf dem flachen Lande Niederösterreichs hat man der Wählerschaft sogar vormachen wollen, daß es nunmehr ganz gleichgültig sei, welcher Partei sich die Wählerschaft anschließe. Dieser Meinung muß ganz entschieden entgegengetreten werden. Von einer Verschmelzung der Christlichsozialen mit den Nationalverbändlern kann keine Rede sein, schon deshalb nicht, weil beide Parteien, zumal in Weltanschauungsfragen, entgegengesetzte Anschauungen vertreten. Sogar in wirtschaftlichen Fragen ist ein volles Einvernehmen mit dem Deutschen Nationalverbande in seiner heutigen Zusammensetzung nicht in allen Belangen zu erzielen. Christlichsoziale, Deutschradikale und die Deutschen Agrarparteiler, welche drei Parteien eine ausschließlich arische Wählerschaft vertreten, werden in vielen Fragen, zumal „antisemitischen" künftig sich gemeinsam betätigen können. Anders verhält es sich dagegen mit der neugegründeten „Deutschen Arbeitsgemeinschaft", die unter dem Beifalle der Morgenländerpresse zustandegekommen ist und der eine stattliche Anzahl judenliberaler Elemente angehören, mit denen in wirtschaftlichen Fragen natürlich schwer eine Verständigung möglich ist. Daß in dieser Parteigruppe auch Renegaten, ehemalige Christlichsoziale, Unterschlupf fanden, erleichtert natürlich erst recht nicht ein Zusammengehen. Nicht nur während des Krieges, sondern auch nachher wird es Aufgabe der christlichsozialen Partei sein, gegen Wucher und Ausbeutung und den solche Bestrebungen fördernden Kapitalismus auf das schärfste zu kämpfen. Ebenso müssen die religiösen Grundsätze, deren Wahrheit sich wieder gezeigt hat, mit allem Nachdruck vertreten werden. Unter solchen Umständen wird uns wohl ein scharfer Kampf beschieden sein, den wir aber im Vertrauen auf unsere Kraft und die heilige Sache, die wir vertreten, nicht zu scheuen brauchen und den wir gegen alle unsere Widersacher zu führen wissen werden.

Reicher Beifall lohnte den Redner und die Dankesworte des Vorsitzenden Direktor Weigl am Schlusse der Versammlung fanden allgemeine Zustimmung.

2./XII. 1916

86

Die deutschen Kriegsziele.

Köln, 2. Dezember. (Privattelegramm.) Die „Köln. Ztg." befaßt sich mit der Frage der Kriegsziele und erklärt: „Wir werden auf den Ausbau und die Abrundung unsres Kolonialbesitzes Bedacht zu nehmen haben. Politische Ziele durch Angliederung von Land und Menschen in Europa werden wir nicht verfolgen. Große, in sich zusammenhängende Kolonialgebiete lassen sich verhältnismäßig leicht halten, so daß wir als politischen Machtzuwachs einen solchen kompakten Kolonialbesitz zu erstreben und für seine militärische Festigung und Erstarkung zu sorgen haben. Im übrigen decken sich unsre weltpolitischen Kriegsziele mit den politischen Zielen unsrer Bundesgenossen, denn sie müssen auf die Erhaltung und Sicherung des deutsch-österreichisch-ungarisch-bulgarisch-türkischen Vierbundes gerichtet sein.

Die kürzlich ausgesprochene Verheißung des Reichskanzlers, es sollten Zustände geschaffen werden, die der freien Entwicklung aller Nationen, auch der kleinen, gerecht werden, kann und darf selbstverständlich nicht bedeuten, daß wir die Wiederherstellung der Staaten, die sich uns feindlich entgegengestellt haben, wie Belgien, Serbien, Montenegro und Rumänien, erstreben, sondern es kann nur heißen, daß die Nationalitäten, die uns freundlich gesinnt sind und auch in Zukunft sich an uns anlehnen wollen, unsrer Förderung versichert sind. Weiterhin fordert die „Köln. Ztg.", daß die Engländer Calais und den gesamten französischen Rand des Kanals räumen. Solange das nicht geschieht, halten wir es für selbstverständlich, daß deutsche Truppen das französische Gebiet, falls es in unsrer Macht liegt, besetzt halten.

Die „Köln. Ztg." erklärt schließlich, dies seien in großen Umrissen die Kriegsziele, wie man sie sich vielfach im deutschen Volk denkt. Ob die Regierung und die maßgebenden militärischen Stellen sie im ganzen oder im einzelnen billigen oder verwerfen, sei ihr nicht bekannt.

Köln, 2. Dezember. (Privattelegramm.) Die „Köln. Volks-Ztg." verbreitet sich in einem längeren Artikel über die deutschen Kriegsziele und erklärt: Als die schwierigste Aufgabe, die der Friedensschluß lösen muß, galt stets die belgische Frage. In politischer Beziehung hat sich wohl eine Uebereinstimmung dahin ergeben, daß wir an eine einfache Annexion Belgiens im staatsrechtlichen Sinne nicht denken. Wenn die belgische Regierung will, so kann sie von uns zweifellos einen Frieden haben, der einen belgischen Staat und eine belgische Monarchie wieder entstehen läßt, der uns aber nach außen reale, nicht nur papierene Garantien dahin geben müßte, daß Belgien nicht mehr ein Werkzeug der Politik und der Kriegsführung unsrer Feinde werden könnte. Dabei muß die Sicherung unsrer Volkswirtschaft und die Garantie, daß Belgiens Wirtschaftsleben nicht mehr zur Waffe gegen uns gestaltet werden kann, von uns durchgesetzt und dauernd in der Hand behalten werden.

Wichtig wird vor allem die Stellung Antwerpens sein. Unsre künftige militärische wie wirtschaftliche Sicherheit erfordert es, daß wir die Hand auf Antwerpen halten, das uns künftig so lebenswichtig sein wird wie Hamburg und Bremen. Dasselbe gilt von der Maaslinie überhaupt und ihren Festungen. Die Sperrkette durch Belgien, welche die Deckung für den feindlichen Aufmarsch bietet, darf uns nicht abermals bedrohen.

Bezüglich der Sicherstellung Frankreich gegenüber erklärt die „Volks-Ztg.", die besetzten französischen Gebiete, darunter das große nordfranzösische Kohlenbecken, seien wichtige Faustpfänder, die man nicht herauszugeben brauche, wenn unsre militärische und wirtschaftliche Sicherheit nicht anderweitig voll gewährleistet und das deutsche Eigentum voll zurückgegeben wird. Hier liegt die Lösung der Kolonialfrage, wenn wir uns neben der Forderung einer Kriegsentschädigung auf solche Forderungen beschränkten, die lediglich eine bessere Gestaltung unsrer Grenzen bezwecken, so wird uns niemand Ländergier und Maßlosigkeit vorwerfen können.

Die Zeit Abendbl. 2./XII. 1916

Dr. v. Koerber und die Deutschradikalen.

Anzeichen einer Verstimmung?

* Wien, 2. Dezember.

Gestern abends fand in den Räumen des Deutschnationalen Vereins für Oesterreich eine stark besuchte Versammlung der deutschradikalen Reichsratsabgeordneten statt, über die folgender Bericht versendet wird:

Nach einem einleitenden Bericht des Abg. Wolf, der den Vorsitz führte, machte Abg. Heine eine Reihe von Mitteilungen, die sich auf die Haltung des Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber bezogen und in der Versammlung das größte Aufsehen erregten, weil sie offenbar jene Beobachtungen bestätigten, die auch andere Mitglieder der Vereinigung im Verkehr mit dem Ministerpräsidenten zu machen Gelegenheit hatten. Im Anschluß hieran entspann sich eine längere Debatte, an der sich die Abgeordneten Wolf, Hummer, Teufel, Roller, Bodirsky, Pacher, Heine und Wichtl beteiligten. Es wurde beschlossen, daß Abg. Wolf sich an einer Vorsprache des Deutschen Nationalverbandes beim Ministerpräsidenten in dieser Angelegenheit zu beteiligen habe. Sodann wurde die Lage im Deutschen Nationalverband erörtert und beschlossen, an den Verband ein Schreiben zu richten, in dem die endliche Bildung des Vorstandes in Gemäßheit der durch das Auftreten der Arbeitsgemeinschaft geschaffenen Lage verlangt wird. Die Abgeordneten Hummer und Teufel erhielten den Auftrag, das Ergebnis der Debatte zu formulieren und der nächsten Sitzung Entwürfe vorzulegen. Ein Bericht des Abg. Pacher über die am Vormittag abgehaltene Sitzung der Deutschböhmischen Vereinigung wurde mit Dank und Befriedigung zur Kenntnis genommen. Die Sitzung wurde zu vorgerückter Stunde abgebrochen und wird Dienstag den 5. d., abends, fortgesetzt werden.

Der Bericht fügt dann noch hinzu: Von anderer Seite wird uns mitgeteilt, daß sich der Abgeordneten nach Entgegennahme des Berichtes des Abg. Heine eine große Erregung bemächtigte, die in der Debatte sehr lebhaften Ausdruck fand. Alle Redner erklärten, daß eine völlige Aenderung in der Stellung zum Ministerium Koerber eintreten müsse, wenn Dr. v. Koerber in der Tat bei jenen Auffassungen beharren würde, die er bis jetzt für sich als richtunggebend betrachtet.

Reichspost Abendbl 2./XII. 1916

„Kaiserkrönung" und Sozialdemokratie.

Das Wiener sozialdemokratische Hauptorgan ist durch unsere Ausführungen über die Krönungsfrage in solche Aufregung geraten, daß es mit den bekannten duftenden Blüten seines Jargons nur so herumwirft. Dabei stößt ihm das Mißgeschick zu, daß es uns der „Verhimmelung des ungarischen Oligarchenparlaments" zeiht, weil wir der Tatsache gedachten, daß in Oesterreich gelegentlich von ungarischen Parlamentsdebatten häufig in der Oeffentlichkeit gefragt werde, warum dergleichen bei uns nicht auch möglich sei. Nun sind es nicht wir, die solche Fragen stellen, sondern andere, die sich über das Warum nicht klar zu werden vermögen, und darunter gerade die Wiener „A.-Z." selber, wie an dieser Stelle schon wiederholt mit Zitaten belegt und in kurzen Belehrungsversuchen beleuchtet wurde. Gerade die „A.-Z." hat den Oesterreichern wiederholt das ungarische Parlament als leuchtendes Muster und Vorbild hingestellt und tat erst vor kurzem (gelegentlich der „Rumänendebatte"!) furchtbar böse, als wir ihr gegenüber die Frage aufwarfen, ob denn Oesterreich den Ungarn um eine solche Debatte wirklich neidig zu sein brauche. So wird die „A.-Z." in ihrer Aufregung über den Krönungsgedanken das Opfer ihrer eigenen Konfusion und kritisiert sich selber zu Tode!

Wir hatten es als bedauerlich erklärt, daß die Verfassung für Gesamtösterreich konstruiert wurde, statt an den ehrwürdigen Bestand an verfassungsrechtlichen Einrichtungen anzuknüpfen. Selbstverständlich mißfällt dies dem Organ der Sozialdemokratie, die als Freisch vom Fleische und Geist vom Geiste des Liberalismus aller Tradition und natürlichen Entwicklung genau so feind ist, wie ihr Herr Papa, ganz besonders und es rückt mit den bekannten absprechenden Quintanerweisheiten über die „Ständischen" heraus. Als ob nicht jedes Zeitalter die seiner Entwicklungsstufe zukommenden Einrichtungen hätte. Nur ein Stümper und, wie Goethe sagt, der „Narr auf eigene Faust" glaubt straflos mit der Vergangenheit brechen zu können; politische Einsicht entwickelt das Vorhandene. Daß übrigens ein Organ, das unermüdlich den Klassenkampf predigt, also von der Ansicht ausgeht, daß die menschliche Gesellschaft in Klassen, Ständen, Berufen gegliedert sei, über die Ständevertretung gar so absprechend urteilt, erscheint nicht allzu logisch. Aber was wäre in der ganzen „A.-Z." logisch! Sonst müßte sie ja zu dem Ergebnis kommen, daß bei einer zeitgemäßen Fortentwicklung der ständischen Verfassungen die Stände, die in der Vergangenheit nicht vertretungsberechtigt waren, Schritt für Schritt zu den ihrer Bedeutung entsprechenden Rechten gekommen wären. Vermutlich wären uns dann die nicht eben tröstlichen Erfahrungen mit jenem „Parlamentarismus", der importiert wurde und für den die ebenfalls importierten Moderichtungen Liberalismus und Sozialdemokratie schwärmen, erspart geblieben.

Schließlich klammert sich das Blatt an den Gedanken, daß eine Krönung nur „die letzte Vorstellung der Wahlmonarchie" sei und eigentlich ausdrücke, daß „alle Gewalt vom Volke ausgehe". Glaubte die „A.-Z." selber an diese mindestens sehr schiefe Vorstellung — nach christlicher Auffassung stammt alle Gewalt von Gott — dann müßte sie ja von ihrem Standpunkt aus für Krönungen geradezu schwärmen. Aber sie glaubt nicht daran und hofft nur, mit ihrem Einwand die Anhänger des Krönungsgedankens mit den Konsequenzen zu schrecken. Zweckloses Bemühen! Wir haben über Bedeutung und Wirkung von Krönungen unsere eigenen Ansichten.

Pester Lloyd
3./XII. 1916

Die Wiederbelebung des österreichischen Parlamentarismus.

Aus Wien wird uns telegraphiert: Wie aus den Aeußerungen des Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber gelegentlich von Konferenzen mit Abgeordneten und Vertretern politischer Parteien hervorgeht, plant die Regierung alle vorliegenden politischen und Wirtschaftsfragen einer Lösung auf parlamentarischem Wege zuzuführen, das heißt, daß der Weg der Oktroyierung, beziehungsweise § 14-Verordnungen in allen Fällen streng vermieden werde. Die Regierung steht strenge auf dem Boden der Verfassung und hat dementsprechend der Krone streng auf den Grundsätzen der Verfassung fußende Vorschläge erstattet. In dieser neuen Zeit der Wiederbelebung des parlamentarischen Lebens in Oesterreich hat nunmehr auch der Reichsrat die ihm im konstitutionellen Staate zugewiesenen Aufgaben voll zu erfüllen.

Bezüglich des Zusammenschlusses der deutschen parlamentarischen Parteien äußern sich des weiteren die deutschbürgerlichen Abgeordneten, daß sich die Notwendigkeit des Zusammenschlusses, beziehungsweise die Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens aller deutschen Parteien, auch des Zusammengehens von Fall zu Fall mit den deutschen Sozialdemokraten in bestimmten nationalen und wirtschaftlichen Fragen von selbst ergeben werde. Es wird nun von der Haltung der Sozialdemokraten abhängen, wie weit und in welcher Form dieses angesichts der bereits vollzogenen Ralliierung der Polen und Tschechen insbesondere notwendig gewordene Zusammengehen der deutschen Parteien vor sich gehen könne. Für den 9. d. M. ist eine Sitzung des gemeinsamen Ausschusses der Deutschnationalen und Christlichsozialen geplant, in der neben der Konstituierung des Ausschusses die erwähnten Fragen einer eingehenden Beratung unterzogen werden dürften.

Die Aeußerungen Dr. v. Koerbers, die Mißstimmung gegen ihn in deutschradikalen Kreisen hervorgerufen haben, beziehen sich auf Forderungen, die die Deutschradikalen beim Ministerpräsidenten in bezug auf die deutsche Staatssprache und ähnliche nationale Fragen vorgebracht haben. Die Antwort Koerbers war sehr reserviert. Wie bei früheren Empfängen von Politikern, erklärte der Ministerpräsident, daß er zu den vorgebrachten Forderungen vorläufig keine Stellung nehmen könne. Es wird Sache des Parlaments sein, auf diesem Gebiete das mögliche zu erreichen. Zunächst müsse es sich zeigen, ob es dem Parlament mit dem Arbeiten ernst sei, wie es die Abgeordneten in wiederholten Kundgebungen der parlamentlosen Zeit betont haben.

Am 30. v. M. fand eine Vorstandssitzung des deutschen Nationalverbandes statt und gestern eine Zusammenkunft der Mitglieder der deutschen Arbeitsgemeinschaft, bei welchen Besprechungen die innerpolitische Lage und die Parteiverhältnisse im deutschen Lager einer eingehenden Erörterung unterzogen wurden. Am 12. d. M. findet in Fortsetzung dieser Besprechung eine Vollversammlung der deutschen Arbeitsgemeinschaft statt.

Österr. Volkszeitung

3./XII. 1916

90

Der Zusammenschluß der deutschen Parteien.

Deutsche Abgeordnete, insbesondere der Arbeitsgemeinschaft, äußerten sich bezüglich der Frage des Zusammenschlusses der deutschen parlamentarischen Parteien dahin, daß sich die Notwendigkeit des Zusammenschlusses, beziehungsweise des gemeinsamen Vorgehens aller deutschen Parteien — auch des Zusammengehens von Fall zu Fall mit den deutschen Sozialdemokraten in bestimmten nationalen und wirtschaftlichen Fragen — von selbst ergeben werde und es werde sich auch bald Gelegenheit geben, in diesem Sinne an die deutschen Sozialdemokraten offiziell heranzutreten und es werden die betreffenden Besprechungen und Verhandlungen der deutschen parlamentarischen Parteien untereinander immer von dem Ausblick auf die Bildung des von vielen Kreisen der Wählerschaft gewünschten großen deutschen Blocks geleitet sein. Es werde nur von der Haltung der Sozialdemokraten abhängen, wie weit und in welcher Form dieses angesichts der bereits vollzogenen Ralliierung der Polen und Tschechen insbesondere notwendig gewordene Zusammengehen der deutschen Parteien ermöglicht wird. Zweifellos — so äußern sich die Abgeordneten — wird das bereits gut in die Wege geleitete Zusammenwirken der großen deutschbürgerlichen Parteien, des deutschen Nationalverbandes und der christlichsozialen Vereinigung des Reichsrates durch festere Fügung der Verbindung und zunächst durch den Ausbau des bereits gebildeten gemeinsamen Ausschusses eine bedeutende Stärkung erfahren. Man denkt in dieser Richtung unter anderem auch an die Heranziehung von den beiden Verbänden des Abgeordnetenhauses nahestehenden Mitgliedern des Herrenhauses, die an den gemeinsamen Beratungen und Aktionen der beiden Verbände teilnehmen würden, und auch zu diesem Zwecke in dem gemeinsamen Ausschusse, der erweitert werden dürfte, entsprechend vertreten sein soll. Für den 9. d. ist eine Sitzung des zurzeit 18 Mitglieder zählenden gemeinsamen Ausschusses der Deutschnationalen und Christlichsozialen geplant, in der neben der Vornahme der Konstituierung des Ausschusses die erwähnten Fragen der eingehenden Beratung unterzogen werden dürften.

Pester Lloyd
5/III. 1916

Neuösterreich oder Kleinösterreich.

Aus Wien wird uns telegraphiert: Unter dem Titel „Neuösterreich oder Kleinösterreich" schreibt die dem konservativen tschechischen Feudaladel vertretende Korrespondenz Zentrum:

Die verheißene Ausweitung der galizischen Autonomie wird in einem Teil der deutsch-österreichischen Oeffentlichkeit als Erfüllung der eigenen kühnsten Absonderungspläne gedeutet. Wer sich jedoch der Tragweite dieser schwierigen Fragen bewußt ist, wird sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß damit alle innerösterreichischen Probleme aufgerollt werden. Es beweist darum bloß dilettantenhafte Auffassung, wenn man nunmehr mit einem Axthieb Galizien vom österreichischen Staatsorganismus abspalten wird. Welche Folgen hätte ein solcher Streich? Oesterreich zählt nach der Volkszählung von 1910 28,572.000 Einwohner, die sich auf 300.004 Quadratkilometer teilen. Nach der Separation Galiziens würde es nur noch 20,546.000 Einwohner auf 222.507 Quadratkilometer umfassen. Ungarn wäre mit seinen 20,884.000 Seelen auf 325.411 Quadratkilometer volkreicher und größer als Oesterreich. Braucht man erst detailliert zu schildern, welche Folgewirkungen diese Kräfteverschiebung auf das dualistische Verhältnis ausübte? Und doch gibt es Politiker, denen die Absonderung Galiziens nicht genügt, die vielmehr auch noch Dalmatien „sonderstellen" wollen. Das Vaterland muß kleiner sein! — das ist die Devise dieser Kleinösterreicher, die immer nur ihr engstes Spezialinteresse verfolgen. Sie vermeinen nämlich, daß auch die 106 Vertreter Galiziens aus dem Abgeordnetenhause scheiden würden und daß dann das verbleibende Rumpfparlament ein Rührmichnichtan wäre. Und warum das alles? Weil dann von den 410 Abgeordneten 230 Deutsche und bloß 180 Nichtdeutsche wären. Die Deutschen hätten die bisher vergebens erstrebte Majorität und könnten nach Belieben schalten und walten. So einfach dürfte sich die Sache aber doch nicht gestalten. Erstens hätten selbst in diesem verkleinerten Reiche die Deutschen nicht die Bevölkerungsmajorität, denn es stünden noch immer 10,596.000 Nichtdeutsche gegen 9,950.000 Deutsche. Glaubt nun wirklich jemand, daß die Bevölkerungsmehrheit sich widerspruchslos mit der Stellung einer Parlamentsminorität bescheiden wollte? Es gibt nur eine Art der wechselseitigen Sicherung der jedem Volksstamme gebührenden Stellung: die des ehrlichen Vergleiches. Damit werden sich auch jene deutsch-österreichischen Politiker abfinden müssen, die in der Loslösung Galiziens ein geeignetes Mittel zur Verwirklichung ihrer hegemonistischen Pläne erblicken.

Neues Wiener Tagblatt

5./XII. 1916

Eine Beratung der deutschradikalen Abgeordneten.

Die für heute in Aussicht genommene Vollversammlung der Deutschradikalen Vereinigung des Abgeordnetenhauses findet erst morgen statt, da mehrere außerhalb Wiens wohnende Abgeordnete an der Versammlung teilnehmen wollen, deren rechtzeitige Verständigung nicht hatte erfolgen können. Die Vereinigung wird sich mit jenen Gegenständen befassen, die gelegentlich der letzten Tagung nicht mehr erledigt werden konnten. Es wird auch die politische Lage eingehend erörtert werden. Die Abgeordneten Hummer und Teufel, welche in der letzten Sitzung den Auftrag erhalten haben, das Ergebnis der Debatte zu formulieren, werden den diesbezüglichen, inzwischen fertiggestellten Bericht der Versammlung vorlegen. Wie die „Pol. Tagebücher" mitteilen, wird dieser Bericht unter Berücksichtigung der gegenwärtigen politischen Lage Vorschläge hinsichtlich eines alle Teile befriedigenden einheitlichen Auftretens der im Deutschen Nationalverband vereinigten Parteien enthalten. Der Bericht wird sich nicht allein mit den Wünschen der Deutschradikalen beschäftigen, sondern auch allen jenen Anregungen Rechnung tragen, die von andern Mitgliedern des Deutschen Nationalverbandes hinsichtlich der Schaffung eines festeren Gefüges im Verbande geäußert wurden. Nach entsprechender Beratung des Berichtes im Schoße der Deutschradikalen Vereinigung werden die Beschlüsse den andern Parteien des Deutschen Nationalverbandes vorgelegt werden, um gegebenenfalls als Beratungsgrundlage im Verband dienen zu können. Da die Bestrebungen der Deutschradikalen darauf abzielen, das Auftreten der deutschfreiheitlichen Abgeordneten als geschlossenes Ganzes zu ermöglichen, also zu einer Kräftigung und Stärkung des Deutschen Nationalverbandes führen sollen, ist anzunehmen, daß die zu erstattenden Vorschläge bei den gleichgesinnten andern Parteien des Verbandes entsprechende Würdigung finden werden.

Fremdenblatt

6./XII. 1916

Parlamentarisches.

Präsident Dr. Sylvester ist gestern früh nach Salzburg abgereist.

Ein Schreiben Dr. Beurles an den Deutschen Nationalverband.

Landtags-Abgeordneter Dr. Karl Beurle, der bekanntlich mit einer Reihe deutscher Politiker die Aktion zur Bildung einer Deutschen Einheitspartei einleitete, hat, veranlaßt durch ein Rundschreiben, das eine Gruppe von Abgeordneten versendete und das sich mit den Parteibildungen im Deutschen Nationalverband befaßte, an den Deutschen Nationalverband das folgende Schreiben gerichtet:

„1. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Bildung einer Einheitspartei die einzige Möglichkeit ist, den heute im „Nationalverband" vertretenen Schichten des deutschen Volkes den ihnen gebührenden politischen Einfluß zu sichern. Die Bildung dieser „Einheitspartei" soll die Schaffung einer einheitlichen politischen Organisation behufs Vertretung der wichtigsten Organisierungen des deutschen Volkes bezwecken und einen dauernden Zusammenhang zwischen Volk und Abgeordneten darstellen, der heute fehlt. Dieser Gedanke hätte Werbekraft in der Bevölkerung. Die Bildung der Einheitspartei wird auch von den Deutschen Oesterreichs in allen Kreisen verlangt. Daher wäre es möglich, mit diesem Gedanken einen politischen Machtfaktor zu schaffen.

2. Dieser Gedanke hat zwar lebhafte Zustimmung in der Bevölkerung gefunden, bei vielen Abgeordneten überwog jedoch das Bestreben, den gegenwärtigen Zustand aufrecht zu erhalten und persönlichen Abneigungen Ausdruck zu geben. Aus dieser Stimmung heraus scheiterte dermalen ebenso die Bildung der Einheitspartei als die Bildung einer deutschen Arbeitspartei, welche zur Zusammenfassung jener Elemente bestimmt war, die eine Einheitspartei anstrebten. Es widerstrebt mir, alle Einzelheiten der hiebei gemachten Erfahrungen zu schildern — ich will lieber jener Abgeordneten gedenken, die vom ganzen Herzen für den Gedanken eintraten, sich aber jenem hartnäckigen Widerstande anderer gegenüber sahen, dessen Ueberwindung nur die Vergrößerung der bestehenden Zersplitterung bedeutet hätte.

3. Diese letzterwähnte Gefahr ist im gegenwärtigen Zeitpunkte zu vermeiden, daher müssen unter diesen Umständen jene, welche die Verbesserung der Parteiverhältnisse in der deutschfreiheitlichen Bevölkerung Oesterreichs gewollt haben, auf diesen Wunsch dermalen verzichten und jenen anderen die große und schwere Verantwortung dafür überlassen, daß die große Zeit ein kleines Geschlecht von Politikern gefunden hat. Ich tröste mich mit dem Satze: In magnis voluisse satis est und hoffe, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit der Zusammenfassung aller freiheitlich gesinnten Deutschen Oesterreichs noch wachbleiben wird."

Reichspost
6./XII. 1916

Die deutschfreisinnigen Einheitsparteibestrebungen vertagt.

LAbg. Dr. Beurle über das „kleine Geschlecht" des Freisinns.

Bekanntlich stand der oberösterreichische LAbg. Dr. Karl Beurle an der Spitze jener Nationalverbandspolitiker, die glaubten, den ganzen deutschösterreichischen Freisinn zu einer einheitlichen Partei verschmelzen zu können. Das Unternehmen ist gescheitert, das einzige Ergebnis ist, daß — bis auf weiteres! — innerhalb des Nationalverbandes eine neue ziemlich buntscheckige Gruppe, die sogenannte „Deutsche Arbeitsgemeinschaft" entstand, deren Zusammensetzung jedoch auch schon ihre Kurzlebigkeit verbürgt; denn daß die ernsten Politiker Steinwender, Dobernig und ihr Kreis auf die Dauer die Bettgenossenschaft der Friedmann, R. v. Pantz usw. vertragen, ist sehr unwahrscheinlich. Nun hat der „Parl." zufolge LAbg. Dr. Beurle, veranlaßt durch ein Rundschreiben, das eine Gruppe von Abgeordneten versendete und das sich mit den Parteibildungen im Deutschen Nationalverband befaßte, an den Nationalverband, beziehungsweise an dessen Mitglieder folgendes Schreiben gerichtet, das die Einheitsparteibestrebungen bis auf weiteres begräbt:

„1. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Bildung einer Einheitspartei die einzige Möglichkei ist, den heute im Nationalverband vertretenen Schichten des deutschen Volkes den ihnen gebührenden politische Einfluß zu sichern. Die Bildung dieser Einheitspartei soll die Schaffung einer einheitlichen politischen Organisation behufs Vertretung der wichtigsten Organisierungen des deutschen Volkes bezwecken und einen dauernden Zusammenhang zwischen Volk und Abgeordneten darstellen, der heute fehlt. Dieser Gedanke hätte Werbekraft in der Bevölkerung. Die Bildung der Einheitspartei wird auch von den Deutschen Oesterreichs in allen Kreisen verlangt (?) Daher wäre es möglich, mit diesem Gedanken einen politischen Machtfaktor zu schaffen.

2. Dieser Gedanke hat zwar lebhafte Zustimmung in der Bevölkerung gefunden, bei vielen Abgeordneten überwog jedoch das Bestreben, den gegenwärtigen Zustand aufrechtzuerhalten und persönlichen Abneigungen Ausdruck zu geben. Aus dieser Stimmung heraus scheiterte dermalen ebenso die Bildung der Einheitspartei als die Bildung einer deutschen Arbeitspartei, welche zur Zusammenfassung jener Elemente bestimmt war, die eine Einheitspartei anstrebten. Es widerstrebt mir, alle Einzelheiten der hiebei gemachten Erfahrungen zu schildern — ich will lieber jener Abgeordneten gedenken, die vom ganzen Herzen für den Gedanken eintraten, sich aber jenem hartnäckigen Widerstande anderer gegenüber sahen, dessen Ueberwindung nur die Vergröberung der bestehenden Zersplitterung bedeutet hätte.

3. Diese letzterwähnte Gefahr ist im gegenwärtigen Zeitpunkte zu vermeiden, daher müssen unter diesen Umständen jene, welche die Verbesserung der Parteiverhältnisse in der deutschfreiheitlichen Bevölkerung Oesterreichs gewollt haben, auf diesen Wunsch dermalen verzichten und jenen anderen die große und schwere Verantwortung dafür überlassen, daß die große Zeit ein kleines Geschlecht von Politikern gefunden hat. „Ich tröste mich mit dem Satze: In magnis voluise satis est und hoffe, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit der Zusammenfassung aller freiheitlich gesinnten Deutschen Oesterreichs noch wachbleiben wird."

So endet das mühevolle Unternehmen, sich einen „politischen Machtfaktor" zu schaffen, einstweilen mit verdrießlichem Verzicht, mit Melancholie und Anklagen. Die Trauben hängen nicht nur zu hoch, sie sind auch sauer und sind möglicherweise überhaupt keine Trauben. Wir haben schon wiederholt in aller Objektivität die Gründe dargelegt, warum das Unternehmen scheitern mußte. Der „Gesamtfreisinn" ist eine Fiktion, und nur vorübergehend, nur mit Hilfe kulturkämpferischer Giftmischereien konnte es gelingen, Börsenliberale und Deutschnationale, Judenfreisinnige und antisemitische Völkische, Manchesterliche und Mittelstandsparteiler, wie sie auch der heutige Nationalverband umfaßt, immer wieder vor den gleichen Karren zu spannen. Die parteipolitische Entwicklung Deutschösterreichs vor der Badenizeit hatte einen ganz andern Weg gewiesen, aber in jenen stürmisch-trüben Tagen gelang es dem erschrockenen Börsenliberalismus, die Entwicklung unter Ausnützung der nationalen Erregung zu verfälschen, seine Gegner durch Kulturkampfschlagworte zu spalten und sich jenes künstliche Gebilde eines Gesamtfreisinns zu schaffen, an welcher Fiktion heute der Nationalverband krankt. Solange man sich mit der Zusammenfassung der Gruppen in einen lockeren Verband zufrieden gab, ging es halbwegs. Als aber einzelne den Verband in eine Einheitspartei verwandeln zu können hofften, kam der Geburtsfehler auf. Man kann nur aus Menschen mit gleichen Anschauungen in den Grundfragen eine „Einheitspartei" schaffen. Aber den Salzgriesfreisinn und den deutschnationalen Antisemitismus, die Friedmann und Pacher, die Zuleger und Pantz, die Steinwender und Kuranda, die Dobernig und Zenker kann nur einer, der eine Faschingsunterhaltung veranstalten möchte, zu einer Partei zusammenschweißen wollen. Und dafür ist die Zeit zu ernst. Wir sind aufrichtig genug, zu bekennen, daß das Mißlingen der geplanten Wurstkesselei dem politischen Charakter jener, die sich sträubten, ein gutes Zeugnis ausstellt. Der politischen Verlotterung und Versumpfung ist nicht beizukommen, indem man die Gesinnungslumperei zur Gemeinpflicht erhebt. Vielmehr ist der einzig mögliche Weg zur Gesundung — wir haben es hier bei Besprechung der Vorgänge im Nationalverband wiederholt gesagt und tun es neuerlich — die reinliche Scheidung des Nichtzusammengehörigen. Nicht Kleister, wie ihn aus guten Gründen die jüdischfreisinnige Presse empfiehlt, tut dem Nationalverband not, — das Fabrikat ist bedenklicher Herkunft — sondern der herzhafte Gebrauch von Schwert und Hammer.

Vorstehende Meldung

7./12. 1916.

7/12
—
98

Prinz Friedrich Leopold für die Neuordnung.

Prinz Friedrich Leopold sendet uns folgende Erklärung:

Nachdem Prinz Heinrich von Preußen Veranlassung genommen hat, sich mit einer Kundgebung an die Familienmitglieder des Königlich Preußischen Hauses zu wenden, möchte auch ich nicht verfehlen, als Oberhaupt meiner Linie folgendes zu erklären:

Die Mitglieder meiner engeren Familie haben sich nach althergebrachtem Brauch, bei aller Achtung vor der Krone, stets als Träger des bürgerlichen Gedankens innerhalb des preußischen Königshauses bekannt. Sie haben im Frieden wie im Kriege keine höhere Pflicht gekannt, als in einer Front mit jedem anderen Bürger sich einzusetzen für Ehre und Wohl des Vaterlandes. Mein Sohn Friedrich Karl, der in diesem Kriege den Heldentod gefunden hat, hat ein leuchtendes Beispiel vaterländischer Pflichterfüllung gegeben.

Ich persönlich habe, gleich meinen Vorfahren, meine vornehmste Aufgabe stets darin gesehen, jede Ausnahmestellung der königlichen Prinzen zu beseitigen, ihnen die Freiheit und damit auch den Stolz deutschen Bürgertums zu erringen und sie in Rechten und Pflichten den allgemeinen bürgerlichen Verhältnissen einzuordnen.

Die Neuordnung der politischen Verhältnisse hat also für mich keine Aenderung meiner Anschauungen und Bestrebungen gebracht. In verstärktem Maße halte ich es jetzt für die Pflicht eines jeden Mitglieds des bisherigen königlichen Hauses, aus freiem Willen, ohne Zwang und ohne Groll, nach seinen Kräften mitzuarbeiten an Aufbau, Ordnung und Einigkeit innerhalb des Deutschen Reiches, gleichgiltig in welcher Staatsform die Regierung unseres Vaterlandes in Zukunft erstehen wird. Nicht bitterer Rückblick auf Vergangenes, sondern zuversichtliches Aufschauen zur Zukunft soll auch die Mitglieder des königlichen Hauses lenken.

Dies auszusprechen halte ich mich um so mehr verpflichtet, als meine gegenwärtige politische Anteilnahme mir neben vielen Kundgebungen der Zustimmung auch Anfeindungen gebracht hat, die nur auf einer völligen Unkenntnis der in meinem Hause von jeher gepflegten freien vaterländischen Gesinnung und Geistesrichtung beruhen kann.

gez.: Friedrich Leopold, Prinz von Preußen (Vater).

Jagdschloß Klein-Glienicke, den 6. Dezember 1918.

7./XII. 1916

101

Der provisorische Staatsrat im Königreiche Polen.

Ein Kronmarschall an der Spitze.

(Telegramm des k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.)

Lublin, 6. Dezember. Das Verordnungsblatt des Generalgouvernements veröffentlicht eine Verordnung betreffend den provisorischen Staatsrat im Königreich Polen, in der es heißt: Auf Befehl des Kaisers von Oesterreich und des deutschen Kaisers wird folgendes verordnet:

Bis auf Grund eines zu vereinbarenden Wahlverfahrens ein Staatsrat im Königrich Polen gebildet sein wird, wird ein provisorischer Staatsrat mit dem Sitze in Warschau errichtet. Dieser Staatsrat besteht aus 25 Mitgliedern, die mit den Wünschen und Interessen des Volkes vertraut und vermöge ihrer Lebensstellung zur Vertretung aller Gebiete und Berufskreise innerhalb der beiden Generalgouvernements befähigt sind. 15 Mitglieder werden aus dem deutschen Verwaltungsgebiet und 10 Mitglieder aus dem österreichisch-ungarischen Verwaltungsgebiet entnommen. Die beiden Generalgouverneure entsenden in den Staatsrat je einen Regierungskommissär und je zwei Stellvertreter zur Einholung von Aeußerungen oder zur Erteilung von Aufklärungen, können von jedem der Generalgouverneure nach Bedarf auch sonstige Vertreter zu den Sitzungen des Staatsrates entsendet werden.

Der Staatsrat versammelt sich das erstemal auf Einladung der beiderseitigen Regierungskommissäre und wählt aus seiner Mitte mit absoluter Stimmenmehrheit den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter. Der Vorsitzende führt den Titel Kronmarschall. Die weiteren Sitzungen des Staatsrates werden vom Kronmarschall einberufen.

Die Geschäftssprache des Staatsrates ist die polnische. Die behördlichen Organe sind berechtigt, sich der deutschen Sprache zu bedienen. Die Sitzungen des Staatsrates sind nicht öffentlich.

Der Staatsrat ist berufen, an der Schaffung weiterer staatlicher Einrichtungen im Königreich Polen mitzuwirken. Zu diesem Zweck hat der Staatsrat die Entwürfe der Verordnungen auszuarbeiten, durch welche die gemeinsame Vertretung der von der österreichisch-ungarischen Monarchie und vom Deutschen Reich verwalteten Teile des Königreiches Polen geregelt wird; die Einrichtung einer polnischen Staatsverwaltung vorzubereiten. Außerdem hat der Staatsrat Initiativanträge und Anregungen in Landesangelegenheiten vorzubringen; an der Bildung der polnischen Armee mit dem hiemit betrauten höchsten militärischen Befehlshaber der verbündeten Mächte mitzuwirken; Beschlüsse über die Behebung der Kriegsschäden und über die wirtschaftliche Belebung des Landes zu fassen und die hiezu erforderlichen Mittel aus den von den beiderseitigen Verwaltungen zur Verfügung gestellten Krediten oder durch Zuschlag zu direkten Steuern oder durch Aufnahme von Anleihen aufzubringen.

Fremdenblatt
7./XII. 1916
102

Dr. Geßmann über das Parlament.

Gestern abends sprach in der Josefstadt Minister a. D. Dr. Geßmann über das Thema „Was verlangen wir vom Parlament?" Allzu viel, führte Redner aus, dürfen wir wohl nicht verlangen, beziehungsweise dem Parlament zumuten, da es sich anschickt, neue Gehversuche zu machen. Sollen diese nicht bald fehlschlagen, sondern voll gelingen, so ist die Reform der Geschäftsordnung das dringendste Erfordernis, die wichtigste Notwendigkeit. Denn sollen wir wieder stundenlang die Verlesung von Interpellationen anhören, den Unfug mit den Dringlichkeitsanträgen und ähnliche Mißbräuche erdulden? Heute genügen zur Einbringung von Interpellationen 15, von Anträgen 20, von Dringlichkeitsanträgen 50 Unterschriften. Die ersten Lesungen sind in den meisten Fällen überflüssig, es genügt die sofortige Zuweisung der eingebrachten Vorlagen an die entsprechenden Ausschüsse. Reden in Sprachen, die von neun Zehntel der Abgeordneten nicht verstanden werden, vom Vorsitzenden nicht zensuriert werden können, diese große Behelfe der vergangenen Obstruktionen müssen vermieden werden. Es sind kleine Fachausschüsse zu bilden, in welche die Hauptarbeit verlegt wird. Für die Staatsnotwendigkeiten müssen befristete Verhandlungstermine eingeführt werden, im Falle der Nichteinhaltung sie automatisch in Kraft treten. Kurz eine neue straffere Geschäftsordnung muß eine expeditive Arbeit des Hauses ermöglichen und sie vor Störungen schützen.

Aber auch bei der Aufstellung des Arbeitsprogramms muß auf die realen Möglichkeiten Rücksicht genommen werden. Große Probleme sind zu lösen, gewaltige Aufgaben harren der Bearbeitung. Zunächst wird man sich aber doch den Ernährungsfragen und dem Uebergang von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft zuwenden müssen, man wird die Bedeckung für die ungeheuren Kriegsauslagen suchen, die damit zusammenhängenden Steuerfragen behandeln müssen. Auch der Ausgleich mit Ungarn soll erledigt werden, weil der Abschluß die Grundlage für unsere weiteren handelspolitischen Beziehungen abgibt und wir bei Friedensschluß das Verhältnis der beiden Reichshälften in jeder Beziehung geordnet vorfinden müssen. Alle Kulturfragen mit politischem Hintergrund müssen ausgeschaltet bleiben, überhaupt alles Einigende hervorgehoben, alles Trennende zurückgestellt werden, damit sich alle Kräfte des Reiches zusammenschließen, um das Durchhalten bis zum ehrenvollen Frieden zu erreichen. Freilich soll diese Wahrung des Burgfriedens nicht die Duldung von Wucher und Ausbeutung bedeuten. Staat und Volk sollen nicht unter den Mißbräuchen der Preistreiberei, der unreellen Kriegsverdiener und Nutznießer des Krieges leiden. Gegen diese muß das Haus auf das energischeste Front machen und trachten, halbwegs normale Zustände wieder herbeizuführen.

Darüber hinaus heute schon Programme anzukündigen, erscheint wohl verfrüht, und es wird ja auch die Entwicklung auf den verschiedenen Fronten, der Fortgang der Kriegsoperationen einigermaßen auf die parlamentarische Situation zurückwirken und solche Einflüsse sich beim Gang der parlamentarischen Arbeit geltend machen. Soll das Parlament bei der Bevölkerung wieder Ansehen gewinnen, so muß es jetzt alle Kräfte zusammenfassen und darf sich nicht in Zwisten zersplittern. Die Bevölkerung verlangt positives Schaffen, aufbauende und heilende Tätigkeit. Die Ausführungen des Redners fanden die volle Zustimmung und den einmütigen Beifall der Versammlung.

Vossische Zeitung
7. XII. 1916
103

Der polnische Staatsrat.

Eine deutsch-österreichisch-ungarische Verordnung.

In der Proklamation vom 5. November 1916 war die Errichtung eines Staatsrates vorgesehen, die heute auf Grund einer Vereinbarung der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung in Angriff genommen wird. Die Verordnung hat folgenden Wortlaut:

Auf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Deutschen Kaisers und Seiner Majestät des Kaisers von Oesterreich und Apostolischen Königs von Ungarn wird folgendes verordnet:

Verordnung betreffend den provisorischen Staatsrat im Königreich Polen.

§ 1.

Bis auf Grund eines zu vereinbarenden Wahlverfahrens ein Staatsrat im Königreich Polen gebildet sein wird, wird ein provisorischer Staatsrat mit dem Sitz in Warschau errichtet.

Dieser Staatsrat besteht aus 25 Mitgliedern, die mit den Wünschen und Interessen des Volkes vertraut und vermöge ihrer Lebensstellung zur Vertretung aller Gebiete und Berufskreise innerhalb der beiden Generalgouvernements befähigt sind. Fünfzehn Mitglieder werden aus dem deutschen Verwaltungsgebiete, zehn Mitglieder aus dem österreichisch-ungarischen Verwaltungsgebiete entnommen.

§ 2.

Die Mitglieder dieses Staatsrats werden auf Grund Allerhöchsten Befehls Seiner Majestät des Deutschen Kaisers und Seiner Majestät des Kaisers von Oesterreich und Apostolischen Königs von Ungarn durch gemeinsamen Erlaß der beiden Generalgouverneure berufen.

Wenn ein Mitglied wegfällt, wird nach den vorangehenden Vorschriften ein anderes Mitglied berufen.

§ 3

Die beiden Generalgouverneure entsenden in den Staatsrat je einen Regierungskommissar und je zwei Stellvertreter. Zur Einholung von Aeußerungen oder zur Erteilung von Aufklärungen können von jedem Generalgouverneur nach Bedarf auch sonstige Vertreter zu den Sitzungen des Staatsrates entsendet werden.

Die Regierungskommissare und die sonstigen Vertreter müssen jederzeit gehört werden.

§ 4.

Der Staatsrat versammelt sich das erste Mal auf Einladung der beiderseitigen Regierungskommissare und wählt aus seiner Mitte mit absoluter Stimmenmehrheit den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter.

§ 5.

Die weiteren Sitzungen des Staatsrats werden vom Kronmarschall einberufen.

Eine Sitzung muß stattfinden, wenn einer der Regierungskommissare oder die Mehrheit der Mitglieder es verlangen.

§ 6.

Der Staatsrat beschließt seine Geschäftsordnung und wählt insbesondere einen geschäftsführenden Ausschuß.

Die Geschäftssprache des Staatsrats ist die polnische. Die behördlichen Organe sind berechtigt, sich der deutschen Sprache zu bedienen.

Die Sitzungen des Staatsrates sind nicht öffentlich.

§ 7.

Der Staatsrat hat in allen Fragen der Gesetzgebung, in denen die beiden Verwaltungen gemeinsam oder einzeln an ihn herantreten, sein Gutachten abzugeben.

Er ist berufen, an der Schaffung weiterer staatlicher Einrichtungen im Königreiche Polen mitzuwirken.

Zu diesem Zweck hat der Staatsrat

a) die Entwürfe der Verordnungen auszuarbeiten, durch welche die gemeinsame Vertretung der von dem Deutschen Reiche und von der österreichisch-ungarischen Monarchie verwalteten Teile des Königreichs Polen geregelt wird;

b) die Einrichtung einer polnischen Staatsverwaltung vorzubereiten.

Außerdem hat der Staatsrat

1. Initiativanträge und Anregungen in Landesangelegenheiten vorzubringen,

2. an der Bildung der polnischen Armee mit dem hiermit betrauten höchsten militärischen Befehlshaber der verbündeten Mächte mitzuwirken;

3. Beschlüsse über die Behebung der Kriegsschäden und über die wirtschaftliche Belebung des Landes zu fassen und die hierzu erforderlichen Mittel aus den von den beiderseitigen Verwaltungen zur Verfügung gestellten Krediten anzuweisen oder durch Zuschlag zu den direkten Steuern oder durch Aufnahme von Anleihen aufzubringen.

Die im Sinne des Paragraphen 3 gefaßten Beschlüsse werden, wenn sie die Zustimmung derjenigen Verwaltung finden, auf deren Gebiet sie sich erstrecken, von dieser Verwaltung durch Verordnung in Vollzug gesetzt.

§ 8.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft.

Warschau, den 26. November 1916.

Der Generalgouverneur
von Beseler.

Der Generalgouverneur
Kuk, Fzm.

Österr. Volkszeitung 7. I. XII. 1906

104

Die deutschen Parteien und Dr. v. Koerber.

In den letzten Tagen ist wiederholt gemeldet worden, daß innerhalb der deutschnationalen Abgeordneten eine große Verstimmung gegen das Kabinett Koerber Platz gegriffen habe, die möglicherweise zu einer Frontänderung der dem deutschen Nationalverbande angehörenden Parteien führen könne. Der wahre Sachverhalt ist folgender: Von Seite der deutschnationalen Abgeordneten wurde immer die Ansicht vertreten, daß einer Tagung des Abgeordnetenhauses die Herstellung der Neuordnung der Dinge in Böhmen auf außerparlamentarischem Wege vorangehen müsse. Diese Auffassung hat auch der frühere Ministerpräsident geteilt und Graf Stürgkh hatte führenden deutschböhmischen Abgeordneten, die kurz vor seinem tragischen Ende bei ihm vorsprachen, in ganz bestimmter Form mitgeteilt, daß er die Neuordnung der Dinge in Böhmen (Festlegung der deutschen Staatssprache, Kreiseinteilung usw.) auf außerparlamentarischem Wege, und zwar auf alle Fälle noch — wie er sich ausdrückte — „vor der Rückkehr in die Friedensarbeit" durchführen werde. Als Dr. v. Koerber die Leitung der Regierung übernahm, gingen den deutschen Abgeordneten Informationen nach der Richtung zu, daß Doktor v. Koerber wohl die Festlegung der deutschen Staatssprache auf außerparlamentarischem Wege durchzuführen gedenke, daß er aber in den anderen Belangen ein Einvernehmen von Volk zu Volk suchen und dabei auf die Mitarbeit der gewählten Abgeordneten reflektieren werde. Schon damals wurden von Seite der deutschböhmischen Abgeordneten Bedenken erhoben, immerhin glaubte man mit der Festlegung der deutschen Staatssprache noch vor dem Zusammentritt des Parlaments sicher rechnen zu können. In der letzten Klubsitzung der deutschradikalen Partei erstattete nun Abg. Heine einen Bericht über die Mitteilungen, die ihm von Leitungsmitgliedern der deutschen Arbeiterpartei, welche vor kurzer Zeit eine längere Besprechung mit Dr. v. Koerber hatten, zugegangen waren. In dieser Konferenz betonte Dr. von Koerber, daß er ganz auf dem Boden der Verfassung stehe und daß es daher für ihn keine Frage gebe, bei deren Lösung das Parlament von vornherein ausgeschaltet werden dürfe. Dies gelte ebenso für die Durchführung der Sonderstellung Galiziens, wie auch für die großen national-politischen Fragen, welche die Neuordnung der Dinge im Staate betreffen. Aus diesem Grunde beabsichtige er, weder in dieser noch in jener Frage auf die Mitwirkung des Parlaments zu verzichten, sondern werde er vielmehr dem Parlament die Aufgabe zuweisen, die großen politischen Probleme der Zeit aus eigenem zu lösen. Dr. v. Koerber deutete an, daß er erst, wenn die Unfähigkeit des Parlaments sich erwiesen hätte, zu anderen Maßnahmen greifen würde. In der Klubsitzung der deutschradikalen Partei, wie überhaupt in deutschnationalen Abgeordnetenkreisen wird nun darauf verwiesen, daß die Lösung dieser Fragen auf parlamentarischem Wege so gut wie unmöglich sei und daher zum letzten Ende die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Deutschen in Oesterreich wiederum auf die lange Bank geschoben werden, wenn nicht gar unerfüllt bleiben sollen. In der gestrigen Klubsitzung der deutschradikalen Partei wurde die Frage aufgeworfen, welche Anträge im Hinblick auf die geschilderte Sachlage in der nächsten Vollversammlung des deutschen Nationalverbandes zu stellen und was zu geschehen habe, um ein einmütiges Vorgehen der Gesamtheit der deutschnationalen Abgeordneten sicherzustellen.

Reichspost

8./XII. 1916

Die galizischen Deutschen und die Regierung.

Unter Führung der Abgeordneten Dr. Groß und Keschmann ist heute eine Abordnung der galizischen Deutschen, bestehend aus den Herren Karl Zeckler aus Stanislau, Ingenieur Strohal aus Krakau und Vizebürgermeister Ochsner aus Biala, beim Ministerpräsidenten Doktor v. Koerber erschienen, um ihm die wirtschaftlichen und nationalen Wünsche der galizischen Deutschen zu unterbreiten. Der Ministerpräsident nahm die ihm überreichte Denkschrift entgegen und versprach eine eine eingehende Prüfung und Erwägung der Angelegenheit.

•

Nach der Verlautbarung des kaiserlichen Handschreibens über die Sonderstellung Galiziens hat die „Reichspost" — zuerst von allen Blättern Wiens — der auch im Regierungskommentar verfochtenen Auffassung, daß es in Galizien nur zwischen zwei Volksstämmen (Polen und Ukrainern) ein Einvernehmen herzustellen gebe, widersprochen und die Notwendigkeit betont und begründet, bei der Regelung der Sonderstellungsfragen auch den nationalen Besitzstand der Deutschen in Galizien sicherzustellen. Es wurde in jenem Aufsatze mit allem Nachdruck hervorgehoben, daß in Galizien vier Völker: Polen, Ukrainer, Deutsche und Juden wohnen, die alle Anspruch auf den Schutz ihrer Nationalität geltend machen können.

Reichspost

8/XII. 1916

Neuorganisation des deutschen Nationalverbandes.

Dem „Pol. Tagebl." des Abg. Hummer zufolge steht ein engerer Zusammenschluß der vier Gruppen des Nationalverbandes sowie der einzelnen kleiner Gruppen angehörenden Verbandsmitglieder bevor. An die Spitze des Verbandes soll ein Obmann treten, dem zwei Stellvertreter zur Seite stehen werden; bisher wurden die Geschäfte nur von einem geschäftsführenden Vorstandsmitglied geleitet. Die Stellung des Obmannes wird insoferne gefestigter sein, als das Einspruchsrecht der Parteien abgeschafft werden soll, so daß die Beschlüsse in der Vollversammlung in der Regel mit einfacher Mehrheit der Stimmen zu fassen sein werden. In wichtigeren Belangen wird es sogar möglich sein, einen Gegenstand zur Verbandsfrage zu erklären. Hiezu wird eine Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit der Hälfte aller Mitglieder erforderlich sein. Es wird jedoch ein derartiger Beschluß die Folge haben, daß alle Mitglieder des Verbandes zur Teilnahme an den Abstimmungen des Hauses und seiner Ausschüsse im Sinne des gefaßten Beschlusses verpflichtet sein werden. Nur in Ausnahmsfällen wird über ausdrückliches Verlangen einem Mitgliede durch einen besonderen Beschluß die Erlaubnis erteilt werden können, sich von einer unter Verbandsfrage gestellten Abstimmung enthalten zu dürfen. Die Nichteinhaltung dieser Bestimmung und eine etwaige Stellungnahme gegen einen zur Verbandsfrage erhobenen Beschluß zieht die Streichung des schuldigen Mitgliedes nicht nur aus dem Verbande, sondern auch aus der Partei, der er angehört, nach sich. Zum Zwecke der Vorbereitung wird ein elfgliedriger Vorstand aus allen Gruppen gebildet. Die Neuorganisation geht von den Deutschradikalen aus und soll noch vor Weihnachten und vor der allfälligen Einberufung des Reichsrates in Erscheinung treten. Berichterstatter über diesen Gegenstand sind die Abgeordneten Hummer und Teufel.

Pester Lloyd

9./XII. 1916

107

— Die Kriegsschrift des Reichstagsabgeordneten Professor Dr. Roland Hegedüs „A magyarság jövője a háború után“ ist als 18. und 19. Heft der „Flugschriften für Oesterreich-Ungarns Erwachen“ (Herausgegeben von Robert Strache, Warnsdorf) unter dem Titel „Ungarn nach dem Kriege“ in deutscher Uebersetzung erschienen. In kürzester Zeit waren drei Auflagen der ungarischen Ausgabe vergriffen, und der um das Büchlein entbrannte literarische Streit mag als ein Beweis für den hohen Wert der politischen Studie Hegedüs' gelten. Es ist nur freudig zu begrüßen, daß diese Kriegsschrift nun auch in deutscher Uebersetzung erschienen ist, wodurch der ungarische Standpunkt in den Fragen des Weltkrieges und die Stellung Ungarns zu den großen Problemen der Nachkriegszeit, die Hegedüs so überzeugend und tiefdringend darlegt, auch in Oesterreich und in Deutschland bekannt werden. In der so überaus reichen Kriegsliteratur nimmt diese Schrift einen hervorragenden Platz ein und wird gewiß Verständnis für die Forderungen wecken, die Hegedüs als die Grundlagen der künftigen Entwicklung Ungarns im Rahmen der Donaumonarchie und der Außenpolitik unserer Verbündeten bezeichnet.

Neue Freie Presse
9./XII. 1916

Der gemeinsame Ausschuß der Christlichsozialen Vereinigung und des Deutschen Nationalverbandes.

Wien, 8. Dezember.

In der gemeinsamen Beratung der Christlichsozialen Vereinigung und des Deutschen Nationalverbandes vom 9. November d. J. ist einstimmig ein Ausschuß gewählt worden, der aus neun Mitgliedern des Deutschen Nationalverbandes, nämlich den Abgeordneten Dr. Groß, Dr. Damm, Dr. Freißler, Herzmansky, Pacher, Dr. Steinwender, Doktor Stölzel, Dr. Urban und Wolf, ferner aus sechs Mitgliedern der Christlichsozialen Vereinigung, nämlich den Abgeordneten Dr. Freiherrn v. Fuchs, Prälat Hauser, Schraffl, Stöckler, Herrenhausmitglied Prinz Liechtenstein und Minister a. D. Dr. Geßmann sowie aus drei Vertretern der Wiener christlichsozialen Parteileitung, nämlich Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Oberkurator Steiner und Stadtrat Regierungsrat Schmid, besteht.

Morgen Samstag den 9. d., vormittags, findet eine Sitzung des 18gliedrigen Ausschusses statt, in der zunächst die Konstituierung dieses Ausschusses erfolgt und über die Durchführung der gemeinsamen Aktionen beraten werden wird. Wie bereits gemeldet, besteht auch der Plan, die den beiden Parteien nahestehenden Mitglieder des Herrenhauses für die Mitwirkung bei diesen gemeinsamen Aktionen zu gewinnen, doch sind in dieser Richtung noch einige Schwierigkeiten zu beheben, die in dem Verhältnis der in Betracht kommenden Mitglieder des Herrenhauses zueinander liegen.

10/XII. 1916. Mo

Dienstpflicht und Entschlußkraft.

Vom Abgeordneten **J. W. Dobernig.**

Der verstorbene Kaiser arbeitete stets auf das Gewissenhafteste, Pünktlichste und Ausdauerndste. Wenn in der Zukunft bei der Behandlung von Fragen, die mit der staatsbürgerlichen Erziehung zusammenhängen, von der genauen Erfassung der Pflichten gegen den Staat gesprochen werden wird, so muß immer wieder Franz Josef als leuchtendes Beispiel hervorgehoben werden. Allen voran der Erste! So hat sich der Träger der Krone als der erste Beamte des Staates gefühlt, der in allen wichtigen Angelegenheiten aus der Durchsicht der Belege sein Urteil schöpfte. Wie oft ist seine erstaunliche Sach- und Personenkenntnis gerühmt worden. Nicht aus feilem Knechtsinn, sondern weil es die volle Wahrheit war. Der Monarch verdankte diese Kenntnis neben seinem bewundernswerten Gedächtnis auch dem beharrlichen Fleiß, mit dem er seinen Aufgaben oblag. In den letzten schweren Jahren haben wir, hat die Welt erfahren, wie unerschöpflich Oesterreich an Kraft ist. Seine Völker besitzen eine unermeßliche Fülle von Gaben und Talenten. Aber sie wurden nicht geschürft, nicht gepflegt, nicht anerkannt. Es hat uns an Fleiß, Ausdauer, Selbstzucht, Disziplin gefehlt. Auf diesem Gebiete werden große Versäumnisse nachgeholt werden müssen. Auch der Friede braucht Organisation, Disziplin und Verwaltung, ruft Richard Charmatz in seiner lesenswerten jüngsten Schrift „Das politische Denken in Oesterreich" aus. In diesen Dingen sind uns die Reichsdeutschen über, nicht in der Begabung und Eignung. Sie wissen aus dem, was vorhanden ist, unter allen Umständen etwas zu machen. Ihre Organisationskunst wird auch von den Gegnern anerkannt, die Disziplin, die Achtung vor Gesetz und Behörde liegt ihnen im Blut, und die Durchbildung ihrer Verwaltungstechnik hat sich in den eroberten Ländern glänzend gezeigt.

Dank den Lehren des Krieges wird auch im Frieden in Oesterreich der Organisation mehr Sorgfalt und Pflege zugewendet, zur Stärkung des Sinnes für Gesetz und Recht eine neue Erziehungsmethode eingeführt und die Verwaltung auf andere Grundlagen gestellt werden müssen. Eine gesunde, den Bedürfnissen der Bevölkerung wirklich entsprechende Verwaltung kann jedoch nur ausgeübt werden von einem Körper, dessen einzelne Glieder ineinander greifen und miteinander arbeiten. Hierin mangelt es in Oesterreich so vielfach. Man spricht unablässig von Reformen. Die beste Verwaltungsreform wäre die Erzielung von Ersparnissen an Zeit und Arbeitskraft an den oberen Stellen. In mancher Abteilung der Ministerien ist der gewisse Schimmel nach wie vor in Ehren. Dort sind die Ereignisse spurlos vorübergegangen. Es herrscht ein Ueberfluß an Zeit wie im tiefsten Frieden, und vor allem besteht kein Ausgleich zwischen der Ueberlastung einzelner Aemter und der Beschäftigungslosigkeit anderer. Diese Wahrnehmung kann jeder machen, der berufsmäßig genötigt ist, in den heiligen Hallen zu wandeln. Nur so ist auch der Unmut eines hohen österreichischen Militärs mit bekanntem Namen zu erklären, der aus dem Feld in dringender Sache nach Wien gekommen, sich äußerte: Die Herren in Wien glauben, daß der Krieg eine Privatangelegenheit der Armee sei! Der Ausspruch ist verbürgt. In des Generalfeldmarschalls Hindenburg bekanntem Brief an den Reichskanzler findet sich eine ähnliche Stelle: In den Landeszentral-, in den Verwaltungs- und Kommunalbehörden scheine noch nicht überall erkannt zu sein, daß es um Sein oder Nichtsein unseres Volkes und Reiches geht.

Herr v. Koerber wird die Schäden, an denen unsere Verwaltung heute noch krankt, sicher gewahr werden; er ist auch der Mann, sie abzustellen. Aber mit äußeren Maßregeln, Aufträgen und Verordnungen allein sind sie nicht zu bekämpfen. Das kann nur von innen heraus, von den Personen selbst geschehen. Der Staat braucht in den Zentralstellen nicht ein Heer von Beamten, weniger würden genug sein, vollauf dann, wenn die wenigeren ganz durchdrungen wären von dem Bewußtsein ihrer Dienstpflicht.

Das Volk will starke, entschlußkräftige Beamte sehen: dann wird es auch selbst stark sein! Auch dieser Satz Hindenburgs hat vielfältigen Widerhall gefunden. Gerade das Fehlen von Entschlußkraft, der Mangel an Verantwortung wirkt so schädlich. Verwaltungsbeamte, die selbständig und auf eigene Gefahr entscheiden, sind bei uns fast die Ausnahme, die Unentschlossenen und Zauderer die Regel. Es wäre ungerecht, jeden einzelnen dafür verantwortlich zu machen. Nur zu häufig wirken die verschiedenartigsten Einflüsse und Hindernisse mit, auch parlamentarische Einmischungen und zumeist das Ausbleiben des nötigen Schutzes von oben, wenn eine Entscheidung gefällt wurde, die gewichtigen Persönlichkeiten unangenehm ist. Auf die Förderung der Entschlußkraft wird bei der Heranbildung der Verwaltungsbeamten zu wenig Wert gelegt, obwohl sie zum Rüstzeug gehört, das den Beamten mehr als starrer Formalismus befähigt, dem Ansehen der Behörde Geltung zu verschaffen und gleichzeitig für die Bevölkerung segensreich zu wirken. Mit den alten Zuständen muß gründlich aufgeräumt werden. Das verlangt das Staatswohl, das ist die unbedingte Voraussetzung der gedeihlichen Fortentwicklung Oesterreichs!

Der Reichsrat.

Vom Abg. Dr. **Otto Steinwender.**

Wenn der Kaiser zum erstenmal vor den Volksvertretungen seiner Staaten erscheint, wird der ungarische Reichstag den Vortritt haben. Und es ist recht so. In Bevölkerung, Kultur und Reichtum steht Oesterreich voran, aber in Ungarn ist die Verfassung ein glänzendes Erbstück von Jahrhunderten, fest begründet auf der Kraft einer führenden Nation von den höchsten politischen Talenten. Was aber ist bei uns die Verfassung? Eine zarte und nicht einmal bodenständige Pflanze, schon früh geknickt in ihrer Maienblüte, und seit zwanzig Jahren durch den Unverstand der Parteien in den Boden zertreten. Mit Recht werden wir daher erst an zweiter Stelle Eid nehmen und Eid geben. Trotzdem wird es eine Stunde der höchsten Weihe sein, in der alle Sonderwünsche schweigen und alle Herzen nur schlagen für Kaiser und Vaterland.

Aber was dann? Werden wir beisammen bleiben und pflichtgemäß arbeiten, oder werden wir auseinander gehen und auf ein Wunder warten, das uns wieder zusammenführen soll? Was wir brauchen, ist fürwahr kein Wunder, ist vielmehr das Natürlichste von der Welt, nämlich, daß endlich einmal die Vernunft über das Vorurteil, der gemeinsame Nutzen über die Sucht, sich gegenseitig zu schaden, siege. Wir gehen sogar so weit, zu sagen, daß durch den Zusammenschluß aller tschechischen Parteien auf der einen Seite und auf deutscher Seite wenigstens durch den Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien sich die Lage wesentlich vereinfacht und verbessert habe. Gelingt es, den Gegensatz zwischen den Polen und Ruthenen entweder zu mildern oder zu lokalisieren, dann stünden wir nicht mehr vor der Unmöglichkeit gemeinsamer Arbeit. Aber man darf den Parteien nicht allzuviel zumuten. Es liegt in ihrer Natur, wenn sie aus dem Krieg weniger gelernt haben als der einfachste Mann, als Herrscher und Völker, denn ihr Bestand wäre dahin, würden sie nicht an den alten Irrtümern zehren. Von selbst werden die großen nationalen Parteigruppen den Weg zueinander nicht finden, die Regierung wird sie so weit zusammenführen müssen, daß sie sich vereinbaren auf das, was Kaiser und Volk wollen, auf ein Parlament der positiven Arbeit.

Noch etwas andres wird die Regierung zu besorgen haben, was grundsätzlich ganz und gar nicht ihre Sache, sondern die eigenste Aufgabe des Abgeordnetenhauses selbst wäre. Findet dieses bei seinem Zusammentritt nicht eine vollkommen umgeformte Geschäftsordnung vor, so ist die Partie für das Parlament verloren. Mit der alten Geschäftsordnung ohne Präsidialgewalt, ohne ausreichende Ordnungsbestimmungen, ohne Gewähr für rasche und sachliche Erledigung geht es nicht, das haben die verlorenen Jahre bis zum Ueberdruß bewiesen. Selbst Ordnung machen kann aber das Abgeordnetenhaus nicht, denn die radikalen Parteien können sich etwas, womit sie innerlich einverstanden sind, von außen und von oben auferlegen lassen, aber mittun können sie nicht in der Beschränkung dessen, was sie Freiheit nennen. Nur über den Zwang der Oktroyierung führt der Weg zu einem freien Parlament, nur die Verordnung zu gesetzlichen Zuständen, nur die Ausnahme von der Verfassung zum Wiederaufersteben verfassungsmäßigen Lebens.

Neues Wiener Tagblatt
M. III. 1916

Neue Freie Presse
10./XII. 1916

Der Empfang des niederösterreichischen Landesausschusses durch den Kaiser und die Kaiserin.

Wien, 9. Dezember.

Heute wurden, wie bereits gemeldet, die Mitglieder des niederösterreichischen Landesausschusses in der Hofburg durch Kaiser Karl I. und Kaiserin Zita in feierlicher Weise empfangen.

Landmarschall Prinz Alois von und zu Liechtenstein hielt folgende Ansprache:

„Eure kaiserliche und königliche Apostolische Majestäten! Allergnädigster Kaiser und Herr! In tief im Herzen des Volkes wurzelnder Liebe und unerschütterlicher Treue naht die freigewählte Vertretung des Stammlandes den Stufen des Allerhöchsten Thrones, um Eurer kaiserlichen Majestät als dem nunmehrigen erlauchten Träger der Krone Habsburgs zu huldigen. Die stets loyal gesinnte Bevölkerung Niederösterreichs teilt mit ihrem Allerhöchsten Kaiser und Herrn das unerschütterliche Vertrauen in den macht- und glanzvollen Fortbestand dieses niemals noch bezwungenen Reiches und fleht zu Gott dem Allmächtigen, daß es Eurer kaiserlichen Majestät vergönnt sein möge, des Vaterlandes Feinde nicht nur weiterhin siegreich abzuwehren, sondern sie mit Allerhöchstihrer heldenmütigen Wehrmacht bald endgültig niederzuringen und Eurer Majestät allzeit getreuen Völkern die Segnungen eines für immer unantastbaren Friedens zurückzugewinnen.

Aus der treuen Liebe und unwandelbaren Ergebenheit, aus dem nimmer wankenden Vertrauen aller Völker werden Eure kaiserliche und königliche Apostolische Majestät die Kraft schöpfen, die schwere Bürde des Herrscheramtes freudig zu ertragen. Gott erhalte, Gott beschütze Eure kaiserliche und königliche Apostolische Majestät!"

Kaiser Karl erwiderte auf die Ansprache des Landmarschalls:

„Auf das wärmste danke Ich dem Landesausschusse Meines Erzherzogtums Oesterreich unter der Enns für die Mir bei Meiner Thronbesteigung dargebrachte Huldigung.

Ich weiß, daß die Mir ausgesprochenen Gefühle aus dem Herzen des Volkes kommen, das in unerschütterlicher Liebe und Anhänglichkeit zu Kaiser und Vaterland steht.

Die patriotische Hingebung der Bevölkerung des Stammlandes und seiner Vertretung hat sich auch in dieser großen Zeit treu bewährt. Heldenmütig kämpfen die Söhne Niederösterreichs in den Reihen Meiner braven Truppen, und daheim vereinigen sich alle Kräfte, um den Unbilden des Krieges standzuhalten und seine Wunden zu heilen.

Möge der Allmächtige die gebrachten Opfer durch die Segnungen eines ehrenvollen Friedens lohnen!

Mit diesem innigen Wunsche versichere Ich Mein geliebtes Erzherzogtum Oesterreich unter der Enns gerne Meiner steten landesväterlichen Fürsorge."

Der Wortlaut der Ansprache des Landmarschalls wurde dem Kaiser in einer prachtvoll ausgestatteten Mappe aus rotem Samt überreicht.

Der Kaiser und die Kaiserin zogen alle Mitglieder der Abordnung ins Gespräch, wobei Kaiser Karl jedem der vorgestellten Herren die Hand reichte und sich mit den einzelnen Landesausschußmitgliedern über die Ressortangelegenheiten unterhielt.

Den Landesausschuß Mayer befragte der Kaiser über die Approvisionierungsverhältnisse auf dem flachen Lande in Niederösterreich, den Landesausschuß Bielohlawek über die Verpflegungsverhältnisse der Landeswohlfahrtsanstalten und die überaus erfreuliche Anteilnahme des Gewerbestandes an den Heereslieferungen. Landesausschuß Stöckler berichtete über Angelegenheiten der Landwirtschaft, Landesausschuß Kunschak über das niederösterreische Schulwesen, der Landesausschuß Graf Colloredo-Mannsfeld über die Verwendung von Kriegsgefangenen in landwirtschaftlichen Betrieben. Mit Landesausschuß Professor Sturm sprachen der Kaiser und die Kaiserin über das niederösterreichische Landeseisenbahnwesen, wobei Kaiserin Zita wiederholt die besondere Schönheit der vom Lande geschaffenen Mariazellerbahn hervorhob.

Auf die Mitteilung des Landesausschusses Bielohlawek, daß er seit 1905 Mitglied des niederösterreichischen Landesausschusses sei, bemerkte der Kaiser: „In den jetzigen Zeiten werden Sie wohl sehr beschäftigt sein?" Landesausschuß Bielohlawek bemerkte, daß die Hauptschwierigkeiten seines Ressorts derzeit in der Beschaffung der Lebensmittel für 17.000 Menschen liegen, wovon allein auf die Heil- und Pflegeanstalten, den „Steinhof", 5200 Köpfe entfallen. Es sei ihm soeben noch gelungen, knapp vor der Sperre 2500 Fettschweine aus Ungarn zu bekommen.

Der Kaiser bemerkte lächelnd: „Das ist sehr gut! Sie haben aber auch noch ein anderes Referat?"

Landesausschuß Bielohlawek: „Jawohl, Majestät die niederösterreichische Landesgewerbeförderung!"

Der Kaiser bemerkte: „Die Gewerbetreibenden haben sich bei den Heereslieferungen wirklich ausgezeichnet!"

Landesausschuß Bielohlawek: „Das Land Niederösterreich war in der glücklichen Lage, den Gewerbetreibenden jene Vorschüsse zu gewähren, welche dieselben in die Lage versetzten, Heereslieferungen um den Betrag von über 70 Millionen Kronen zur vollständigen Zufriedenheit der Armeeverwaltung durchzuführen."

Der Kaiser: „Das ist wirklich sehr erfreulich und ein großes Verdienst des Landesausschusses; die Gewerbetreibenden aber haben bewiesen, daß sie wirklich leistungsfähig sind!"

Kaiserin Zita machte während dieses Gespräches wiederholt zustimmende Bemerkungen.

Neue Freie Presse

10./XII.1916

113

Die deutschbürgerlichen Parteien und das Ministerium Koerber.

Wien, 9. Dezember.

In den Kreisen der deutschbürgerlichen Parteien ist, wie verlautet, die Haltung, welche die deutschradikalen Abgeordneten dem Ministerium Koerber gegenüber einnehmen, Gegenstand eingehender politischer Erörterung. Die beiden Verbände, der Deutsche Nationalverband und die Christlichsoziale Vereinigung, werden im Laufe der nächsten Woche Versammlungen abhalten. Im Deutschen Nationalverband werden die Deutschradikalen, wie aus den Berichten über ihre engeren Parteiversammlungen hervorgeht, die Stellungnahme des Verbandes gegenüber dem Ministerium Koerber selbst zur Sprache bringen. Man glaubt, daß auch in der Christlichsozialen Vereinigung, die mit dem Nationalverband in innerpolitischen, insbesondere nationalen Angelegenheiten zusammengeht, die Frage, wie die deutschbürgerlichen Parteien sich dem Ministerium Koerber gegenüber verhalten werden, erörtert werden wird. Es ist anzunehmen, daß auch in der heutigen Beratung des gemeinsamen Achtzehner-Ausschusses der beiden Verbände diese Frage besprochen worden ist.

Auf die Beschlüsse der deutschbürgerlichen Verbände werden in erster Linie die Ergebnisse jener Konferenzen von bestimmendem Einflusse sein, die Ministerpräsident Dr. v. Koerber mit den Führern der deutschen Parteien haben wird. In diesen Besprechungen dürften, wie in den deutschen Parteikreisen verlautet, die Mitteilungen zur Sprache kommen, welche von deutschradikaler Seite über die Zusagen, die der verstorbene Ministerpräsident Graf Stürgkh den Deutschen gemacht habe, veröffentlicht worden sind.

Nach den Stimmungen, die gegenwärtig in den Kreisen der deutschbürgerlichen Abgeordneten vorwiegend bestehen, werden für die Beschlüsse über das politische Verhalten der Verbände gegenüber dem Ministerium Koerber auch die Erwägungen maßgebend sein, daß vor allem nichts geschehen dürfe, was die bestehenden Absichten einer Wiederherstellung des parlamentarischen Lebens und einer Einsetzung des Reichsrates in die Ausübung seiner Rechte stören könnte. Ein erheblicher Teil der deutschen Abgeordneten vertritt die Auffassung, daß die Möglichkeit, über die so wichtige Frage der Volksernährung in der Volksvertretung sachlich zu verhandeln, geschaffen werden müsse.

Die gemeinsame Beratung des Nationalverbandes und der Christlichsozialen.

Ueber die heutige gemeinsame Beratung des Nationalverbandes und der Christlichsozialen wird folgende Mitteilung ausgegeben:

„Heute vormittags 10 Uhr fand im Rauchsalon des Bürgermeisters die konstituierende Sitzung des gemeinsamen Ausschusses statt, welcher bei der letzten Beratung des Deutschen Nationalverbandes, der Christlichsozialen Vereinigung und der Wiener christlichsozialen Parteileitung am 9. v. M. eingesetzt worden war.

Anwesend waren: Abgeordneter Dr. Damm, Abgeordneter Dr. Freiherr v. Fuchs, Geheimer Rat Doktor Geßmann, Abgeordneter Dr. Gustav Groß, Landeshauptmann Prälat Hauser, die Abgeordneten Herzmansky, Pacher, Schraffl, Oberkurator Steiner, Abgeordneter Dr. Steinwender, Stöckler, Doktor Stölzel, Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Abgeordneter Wolf.

Ihr Fernbleiben hatten entschuldigt: Landmarschall-Prinz Liechtenstein wegen der Audienz des niederösterreichischen Landesausschusses beim Kaiser (aus dem gleichen Grunde mußte Landesausschuß Stöckler sich früher entfernen), ferner die Abgeordneten Dr. Freißler, Dr. Urban und Regierungsrat Schmid.

Den Vorsitz führten Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Abgeordneter Dr. Groß. Es wurde zunächst die Konstituierung vorgenommen und zu Vorsitzenden gewählt: Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Abgeordneter Doktor Groß und Landmarschall Prinz Liechtenstein.

Es wurde vereinbart, daß die drei gewählten Herren den Vorsitz abwechselnd führen werden.

Auf Vorschlag des Abgeordneten Dr. Groß wurden die Mitglieder des Herrenhauses Dr. Baernreither, Braß, Fürst Fürstenberg, Abt Helmer und Graf Erwein Nostitz in den Ausschuß kooptiert. Seitens der christlichsozialen Partei werden gleichfalls fünf Mitglieder zur Kooptierung vorgeschlagen werden.

Auf Anregung von reichsdeutscher Seite soll am 16. Januar in Berlin eine gemeinsame Beratung reichsdeutscher, deutschösterreichischer und ungarischer Politiker stattfinden. Die Versammlung beschloß, zu dieser Beratung je drei Vertreter des Deutschen Nationalverbandes und der christlichsozialen Partei zu entsenden.

Um das weitere gemeinsame Vorgehen zu regeln, wurde ein Unterausschuß eingesetzt, bestehend aus den Herren Dr. Damm, Freiherrn v. Fuchs, Dr. Geßmann, Dr. Groß, Steiner, Stöckler, Stölzel, Dr. Weiskirchner und Wolf. Die Beiziehung von Mitgliedern des Herrenhauses in diesen Unterausschuß wurde vorbehalten.

Es gelangte dann eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Angelegenheiten zur Beratung. Von verschiedenen Rednern wurde auf die Wichtigkeit des gemeinsamen Vorgehens im Interesse des deutschen Volkes hingewiesen.

Einen breiten Raum in der Erörterung nahmen die Ernährungsfragen ein, bezüglich welcher Vertreter der verschiedenen Kronländer ausführliche Berichte erstatteten und Wünsche und Beschwerden vorbrachten. Allgemein kam die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß bei richtiger Verteilung und sparsamer Wirtschaft das Durchhalten unbedingt gesichert sei.

In seinem Schlußwort konnte Dr. Groß auf die erfreuliche Uebereinstimmung der vorgebrachten Anschauungen hinweisen."

Die Vorstandssitzung des Deutschen Nationalverbandes.

Ueber die heutige Vorstandssitzung des Deutschen Nationalverbandes wird das folgende Communiqué veröffentlicht:

„Heute nachmittag um 4 Uhr fand eine zahlreich besuchte und längere Sitzung des Vorstandes des Deutschen Nationalverbandes statt, in welcher zunächst Dr. Groß Bericht erstattete über eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber sowie über die am Vormittag stattgefundene Sitzung des gemeinsam mit den Christlichsozialen eingesetzten Ausschusses. Hieran knüpfte sich eine längere Wechselrede, in welcher einmütig der Anschauung Ausdruck gegeben wurde, daß die Einberufung des Reichsrates notwendig erscheine, daß jedoch vorher die erforderlichen Voraussetzungen und Grundlagen geschaffen werden müssen, um eine ersprießliche Tätigkeit des Reichsrates zu ermöglichen. Es wurde hiebei betont, daß die Einberufung des Reichsrates ohne die Erfüllung dieser Voraussetzungen den Parlamentarismus in Oesterreich überhaupt dauernd gefährden könnte. Die Stellung des Deutschen Nationalverbandes zur Regierung muß von der Haltung derselben sowohl in dieser Frage als auch hinsichtlich der übrigen nationalen Forderungen der Deutschen abhängig gemacht werden.

Ferner befaßte sich der Vorstand mit einem Satzungsentwurf, welcher mit Rücksicht auf die in der letzten Zeit stattgefundenen Umbildungen innerhalb des Verbandes eine straffe Zusammenfassung des Verbandes bezweckt, wodurch gewiß wiederholt ausgesprochenen Wünschen der Wählerschaft Rechnung getragen würde. Der Entwurf fand die Zustimmung des Vorstandes und wird nach Erledigung im Schoße der Parteien in der allernächsten Zeit dem Verbande vorgelegt werden. Die Mitteilungen über die in Aussicht stehenden Teuerungszulagen für die Staatsangestellten wurden zur Kenntnis genommen. Bei dieser Gelegenheit wurde eingehend die Frage der Teuerungszulagen für die Lehrerschaft erörtert und der Obmann beauftragt, diesbezüglich bei der Regierung Vorstellungen zu erheben. Hierauf schloß der Vorsitzende Dr. Gustav Groß nach einer mehrstündigen Dauer die Vorstandssitzung."

Neue Freie Presse
10./XII. 1916

Die Reichsratstagung.

Wien, 9. Dezember.

Wie unterrichtete parlamentarische Kreise, die in den letzten Tagen auch mit dem Ministerpräsidenten Doktor v. Koerber in Fühlung standen, annehmen, wird der Reichsrat im Laufe des Monats Januar zusammentreten. Der genaue Termin läßt sich heute noch nicht feststellen, da er von dem noch nicht endgültig bestimmten Zeitpunkt abhängig ist, zu dem in Budapest die Krönungsfeierlichkeiten stattfinden. Man glaubt jedoch, daß der Reichsrat unmittelbar nach dem Abschlusse der Budapester Feierlichkeiten und der damit zusammenhängenden Arbeiten des ungarischen Parlaments sich versammeln wird; die Ablegung des eidlichen Verfassungsgelöbnisses in Oesterreich soll nämlich zeitlich möglichst unmittelbar nach der Krönung in Ungarn folgen, um dadurch eine Parität in bezug auf diese mit dem Thronwechsel verbundenen staatsrechtlichen Akte herzustellen.

Ueber die Dauer der Session und das Programm, welches der Reichsrat zunächst zu erledigen haben wird, sind Entschließungen noch nicht gefaßt. Es kann daher heute noch nicht gesagt werden, ob die Tätigkeit des Reichsrates im Januar mit der Konstituierung der beiden Häuser und der gemeinsamen Versammlung in der Hofburg, wo der Kaiser das Verfassungsgelöbnis ablegen wird, erschöpft sein wird. Desgleichen ist noch ungewiß, ob und wann eine Delegationssession stattfinden wird.

In parlamentarischen Kreisen war in den letzten Tagen auch die Nachricht verbreitet, die Regierung beabsichtige, dem Reichsrate Vorlagen über eine Erhöhung der Diäten und über eine Verlängerung der Legislaturperiode, die Mitte Juli des kommenden Jahres abläuft, zu unterbreiten. Was die Diätenerhöhung anbelangt, ist von einer solchen Absicht der Regierung nichts bekannt. Die Frage der Verlängerung der Legislaturperiode ist, wie unterrichtete führende Parlamentarier annehmen, über das Stadium der vorläufigen Erwägung noch nicht hinausgediehen. Man glaubt, daß diese Frage erst dann geklärt werden wird, wenn es sich zeigt, daß die Sicherungen für eine glatte Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses geschaffen werden können.

Ministerpräsident Dr. v. Koerber wird mit den Parteien des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses über die mit der Einberufung des Reichsrates in Zusammenhang stehenden politischen Fragen Besprechungen abhalten. Von dem Ergebnisse dieser Konferenzen werden alle den Reichsrat betreffenden Entscheidungen abhängen.

Fremdenblatt
10./XII. 1916

Die czechischen Sozialdemokraten.

L. Prag, 9. Dezember. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Gestern und heute hielten hier die Vertreter der czechischen sozialdemokratischen Partei aus Böhmen, Mähren und Schlesien Beratungen ab. Auf Grund des Referates des Reichsrats-Abgeordneten Dr. Smeral wurde folgende Resolution beschlossen: Die Vertretung der Partei nimmt den Bericht über die Bildung des czechischen Verbandes und des nationalen Ausschusses entgegen und genehmigt diesbezüglich alle vom Aktionsausschuß unternommenen Schritte. Die Partei sieht es als selbstverständlich an, daß die Selbständigkeit und Freiheit ihrer Handlungen in sozialen und Arbeiterfragen nicht an die gemeinsame Taktik gebunden ist. Sie beharrt auf ihrem Klassen- und sozialen Programm, das die Bestimmung hat, die Interessen des Proletariats und die kulturellen Probleme, natürlich auch die Rechte der Nation zu vertreten. Dem Aktionsausschuß wird volles Vertrauen ausgesprochen. In Zukunft wird die bisherige Taktik beobachtet werden, damit die sozialdemokratische Partei, deren Programm durch den Krieg nicht erschüttert sei, nach Wiederkehr normaler Verhältnisse ihre Tätigkeit im vollen Umfange für den Schutz der Klasseninteressen des czechischen Proletariates aufnehmen könne.

Reichspost

12./XII. 1916

117

Die Kaiserkrönung unterwegs?

Der in mehreren Aufsätzen der „Reichspost" verfochtene Gedanke, unser Verfassungsleben durch Einführung der Kaiserkrönung, wie sie in der Geburtsurkunde des österreichischen Kaisertums von 1804 sowohl wie in der Schwarzenbergschen Märzverfassung von 1849 vorgesehen war, wirksam zu ergänzen, hat weit über unsere Parteikreise hinaus lebhafte Zustimmung gefunden. Die vom Abg. Hummer herausgegebenen „Polit. Tageb." berichten:

„In Wien und den Alpenländern tritt unter der Bevölkerung immer deutlicher der Wunsch hervor, daß außer der Königskrönung in Ungarn auch eine Kaiserkrönung in Oesterreich vorgenommen werde. Auch die deutschbürgerlichen Abgeordneten beginnen sich mit dieser Frage zu befassen. Wie wir erfahren, dürfte in nächster Zeit die Angelegenheit im Kreise der Abgeordneten zur Sprache gebracht und erwogen werden, in welcher Weise dieser Wunsch der Bevölkerung dem Kaiser unterbreitet werden könnte. Von einzelnen Abgeordneten wird ganz besonders darauf verwiesen, daß bei der Lösung der Titel- und Wappenfrage die alte Bezeichnung Zisleithaniens als Kaisertum Oesterreich wiedererstanden ist. Auch wird betont, daß Kaiser Franz, als er den Titel eines österreichischen Kaisers annahm, bereits die Absicht kundtat, für sich und seine Nachkommen die Kaiserkrönung einzuführen, indem er sich vorbehielt, ein Zeremoniell für die Krönung zu erlassen. Weiters wird angeführt, daß die habsburgische Hauskrone, wie sie auf allen öffentlichen Gebäuden und im Wappen zu sehen ist, das Symbol Oestrreichs als staatlicher Einheit darstelle und somit auch ihrem Zwecke zugeführt werden solle. Nicht zuletz twird von vielen Seiten erwähnt, daß gerade die Krönung die Gelegenheit für die Bevölkerung bieten würde, ihren patriotischen Gefühlen und ihrer dynastischen Treue auch nach außen hin sichtbaren Ausdruck zu verleihen."

So weit die genannte nationalverbändlerische Korrespondenz. Wir möchten hier besonders auf die Möglichkeit verweisen, durch Anknüpfung an die ehrwürdigen, schönen, sinnvollen Gebräuche bei den Erbhuldigungen der einzelnen Kronländer, an das Zeremoniell bei den Kaiserkrönungen in Aachen und Frankfurt, an die Krönungen in Prag usw. Bestrebungen, Wünsche und politische Imponderabilien, die nach Ausdruck verlangten und, weil sie ihn bisher nicht finden konnten, oft in Widerspruch gegeneinander und auf Abwege gerieten, zu einem alle Teile befriedigenden Gesamtausdruck zu vereinigen. Oesterreich würde durch eine Kaiserkrönung, eine umsichtige, an dem ungeheuren Schatz von Ueberlieferungen anknüpfende Vorbereitung vorausgesetzt, gewaltig an innerer Kraft und an Zusammengehörigkeitsgefühl der Völker und Länder gewinnen.

Neues Wiener Tagblatt
12./XII. 1916

Zur Einberufung des Reichsrates.

Vom Reichsratsabgeordneten **Friedmann.**

In einem Allerhöchsten Handschreiben hat der Kaiser in Uebereinstimmung mit den im Manifest niedergelegten Grundsätzen den Willen bekundet, den Eid auf die Verfassung zu leisten. Dem seit fast drei Jahren bestehenden Zustand unverhüllter Verfassungslosigkeit, die während des Krieges so sehr beklagt wurde und Oesterreich den bedauerlichen Vorrang gab, in diesen schweren Zeiten unvergleichlicher Opfer und folgenschwerer Entschlüsse die Volksvertretung zu entbehren, soll ein Ende gemacht werden. Ein in wiederholten Beratungen ihrer Pflicht bewußter Politiker und von weiten Kreisen der Bevölkerung nachdrücklichst geäußerter Wunsch soll nunmehr in Erfüllung gehen. Die im Laufe des Krieges wiederholt ins Wanken geratene Parität mit Ungarn soll auf dem wichtigsten Gebiete, dem des verfassungsmäßigen Lebens, wiederhergestellt werden, und es soll dem Volke das durch blutige Opfer und willig übernommene Entbehrungen doppelt und zehnfach gebührende Mitbestimmungsrecht wiedergegeben werden. Grundsätze sollen wieder aufleben, die im Interesse des Staates, des Bekenntnisses zum Staat und der Pflege des Staatsgefühles nie hätten verlassen werden sollen und an deren Einhaltung die Deutschen in Oesterreich das größte Interesse haben, weil sie sich auch im Kriege als die verläßlichsten Träger des Staatsgedankens erwiesen und unvergängliche Ansprüche erworben haben. Aber die Deutschen in Oesterreich haben auch vor allem das lebhafteste Interesse, daß die zahlreichen schwerwiegenden staatsfinanziellen, volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Probleme, vor deren Lösung uns dieser Krieg gestellt hat, parlamentarisch erledigt werden.

Nicht zuletzt muß es ein Bedürfnis der Deutschen sein, freiheitliche Errungenschaften zu wahren und auszubauen. Nur auf diesem Wege werden sie ihre führende Stellung, auf die sie nach den Erfahrungen dieses Krieges besonderen Anspruch haben, sichern. Und noch eines: Wer darf — unbeirrt durch Erfahrungen aus früheren Zeiten, wenn auch auf einem andern Gebiete — die Verantwortung für eine gegensätzliche Auffassung zu dem eingangs hervorgehobenen, klar einbekannten Grundsatz und zu gewissen Bedingungen übernehmen, soweit sie diesen Grundsätzen zuwiderlaufen? Vorschnelle Absagen oder Vorschläge hätten vermieden werden sollen. Diese Erkenntnis ändert nichts an der Tatsache, daß deutscherseits mit Fug und Recht die Gewähr für das anstandslose Funktionieren des Abgeordnetenhauses im Wege einer neuen Geschäftsordnung verlangt werden muß, ferner eine Kreiseinteilung, die Festsetzung der deutschen Staatssprache und die Durchführung der Sonderstellung Galiziens im Sinne des Handschreibens des verewigten Kaisers vom 5. November d. J. Die Sonderstellung ist durch dieses Handschreiben verfügt, und es werden nur die näheren Bedingungen auf die Zeit nach Kriegsschluß verschoben. Aus dieser Tatsache können jetzt schon feststehende Folgerungen abgeleitet werden.

Daß im besonderen die Erledigung des Ausgleiches mit Ungarn auf Grund des § 14 gefordert werden konnte, erscheint mehr als unverständlich. Nicht nur wegen der Aufforderung zur Verletzung der Verfassung, sondern auch mit Rücksicht auf die Wahrung der Interessen und Geltung Oesterreichs. Es ist kein Wort darüber zu verlieren, daß eine parlamentlose österreichische Regierung in den Verhandlungen mit Ungarn den kürzeren ziehen muß, und wer nach den bisher bekanntgewordenen, mehr oder weniger vertraulichen Nachrichten den Inhalt der mit der früheren österreichischen Regierung in Aussicht genommenen Vereinbarungen kennt, muß dies unbedingt zugeben. Aber der Abschluß eines Ausgleiches mit Ungarn ist auch vor der Kenntnis aller notwendigen Voraussetzungen, die sich erst nach dem Ende des Krieges werden überblicken lassen, unmöglich, wenn nicht für Oesterreich bedenkliche Bindungen geschaffen werden sollen. Endlich würde den mit dem Deutschen Reiche zu treffenden handelspolitischen Vereinbarungen vorgegriffen, und es erscheint daher doppelt erstaunlich, daß von deutscher Seite in Oesterreich in offenbarer Verkennung der nationalen Forderung die weiter oben angeführte Zumutung gestellt werden konnte.

Nationale Erfordernisse der Deutschen in Oesterreich von größter Tragweite stehen auf der Tagesordnung. In solchen Zeiten wäre es dringend geboten, daß sich die deutschen Abgeordneten ohne Ansehung der Parteien lediglich zur Erörterung und Durchsetzung der nationalen Bedürfnisse zusammenfänden. Hiedurch würde einem in weiten Kreisen der Bevölkerung empfundenen Bedürfnis entsprochen. Auch hier könnte ein Gegensatz zu folgenschweren Erscheinungen führen. Was die Polen, Tschechen und Slowenen zusammengebracht haben, sollte den Deutschen nicht unmöglich sein. Für die Verfolgung kleinlicher Interessen ist diese Zeit zu ernst.

Die Zeit
12./XII. 1916

Abendbl. 120

Die Rede des Reichskanzlers.

Das Friedensanbot des Vierbundes.

KB Berlin, 12. Dezember.

Die ungeheure Spannung, die die plötzliche Einberufung des Reichstages nicht nur in politischen Kreisen, sondern auch in allen Schichten des Volkes hervorgerufen hat, äußerte sich schon im äußeren Bilde, das der heutigen Sitzung ein Gepräge gab, wie es der Reichstag noch nie gesehen hat.

Seit den frühesten Morgenstunden drängte sich vor den Eingängen zum Reichstagsgebäude eine dichte Menge von Menschen, die vergeblich Einlaß suchte. Haus, Saal und Tribünen waren buchstäblich zum Brechen voll. In der Diplomatenloge wohnten die Vertreter der verbündeten und neutralen Staaten, darunter der österreichisch-ungarische Botschafter Prinz zu Hohenlohe und Legationsrat Graf Larisch der Sitzung bei.

Punkt 2 Uhr betrat Reichskanzler v. Bethmann Hollweg den Saal. Unmittelbar darauf eröffnete Präsident Kaempf die Sitzung und erteilte dem Kanzler das Wort.

Die Rede.

Die Rede des Kanzlers hatte folgenden Wortlaut:

Meine Herren! In der Hoffnung auf baldige neue günstige Ereignisse im Felde lag der Grund, warum der Reichstag nicht auf längere Zeit vertagt, sondern Ihrem Herrn Präsidenten anheimgegeben wurde, den Tag der nächsten Vollsitzung zu bestimmen. Die Hoffnung hat sich fast über Erwarten schnell erfüllt.

Ich will kurz sein. Die Taten sprechen. Rumäniens Eintritt in den Krieg sollte unsere und unserer Verbündeten Stellung im Osten aufrollen. Gleichzeitig sollte die große Offensive an der Somme unsere westliche Front durchbrechen, sollten erneute italienische Anstürme Oesterreich-Ungarn lahmlegen. Die Lage war ernst. Mit Gottes Hilfe haben unsere herrlichen Truppen einen Zustand geschaffen, der uns volle und größere Sicherheit bietet als je zuvor. (Lebhafte Bravorufe.) Die Westfront steht. Sie steht nicht nur, sie ist trotz des rumänischen Feldzuges mit größeren Reserven an Menschen und Material ausgestattet, als sie es früher war. (Bravo.)

Die geniale Führung Hindenburgs.

Gegen alle italienischen Diversionen ist sehr nachdrücklich vorgesorgt, und während an der Somme und auf dem Karst Trommelfeuer ertönte, während die Russen gegen die Ostgrenze Siebenbürgens anstürmten, hat Feldmarschall Hindenburg in genialer Führung ohnegleichen mit Truppen, die im Wetteifer aller Verbündeten, in Kampf- und Marschleistung das Unmögliche möglich gemacht haben (Lebhafte Bravo-Rufe), die ganze Westwalachei und die feindliche Hauptstadt genommen. (Lebhafte Bravo-Rufe.)

Die Beute in Rumänien.

Hindenburg rastet nicht. Die militärischen Operationen gehen weiter. (Bravo.) Zugleich ist durch die Schläge des Schwertes unsere wirtschaftliche Versorgung fester fundiert worden. Große Vorräte an Getreide, Lebensmitteln, Oel und sonstige Güter sind in Rumänien in unsere Hände gefallen. Ihre Abführung ist im Gange. Trotz aller Knappheit wären wir auch mit dem Eigenen ausgekommen. Jetzt steht auch unsere wirtschaftliche Sicherheit außer aller Frage. Den großen Geschehnissen zu Lande reihen sich die Heldentaten unserer Unterseeboote vollwürdig an. (Bravo.) Das Hungergespenst, das unsere Feinde gegen uns aufrufen wollten, werden sie nun selbst nicht wieder los. (Bravo.)

Der vaterländische Hilfsdienst.

Als nach Verlauf des ersten Kriegsjahres Seine Majestät der Kaiser sich in öffentlicher Kundgebung an das Volk wendete, sprach er die Worte: „Großes Erleben macht ehrfürchtig und im Herzen fest." Niemals ist unser Kaiser, ist unser Volk anderen Sinnes gewesen. Auch jetzt nicht. Geniale Führung und unerhört heldenhafte Leistungen haben eherne Tatsachen geschaffen. Auch die innere Ermüdung, mit der der Feind rechnete, war ein Trugschluß. Mitten im Drange des Kampfes draußen hat der deutsche Reichstag in dem Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst eine neue Schutz- und Trutzwehr schaffen helfen.

Hinter dem kämpfenden Heer steht das arbeitende Volk. Die Riesenkraft der Nation ist wirksam für das eine gemeinsame Ziel. Nicht eine belagerte Festung, wie unsere Gegner dachten, aber ein einziges, gewaltiges, festgeordnetes Heerlager mit unerschöpflichen Hilfsmitteln, das ist das Deutsche Reich, fest und treu im Bunde mit den kampferprobten Waffenbrüdern unter den österreichisch-ungarischen, türkischen und bulgarischen Fahnen.

Immer zum Frieden bereit.

Unbeirrt durch die Reden unserer Feinde, die uns bald Welteroberungspläne, bald verzweifelte Angstrufe nach Frieden andichteten, sind wir entschlossen dahingeschritten und schreiten so weiter, immer bereit, uns zu wehren und zu schlagen für unseres Volkes Dasein, seine freie und gesicherte Zukunft, immer bereit, um diesen Preis die Hand zum Frieden zu bieten, denn unsere Stärke macht uns nicht taub gegen unsere Verantwortung vor Gott, vor dem eigenen Volk, vor der Menschheit. (Bravo!)

Unseren bisherigen Erklärungen der Friedensbereitschaft sind unsere Gegner ausgewichen. Jetzt sind wir einen Schritt weitergegangen. Nach der Verfassung lag am 1. August 1914 auf Seiner Majestät dem Kaiser persönlich der schwerste Entschluß, den je ein Deutscher zu fassen gehabt hat, der Befehl der Mobilmachung, der ihm durch die russische Mobilmachung abgerungen wurde. Während dieser langen und schweren Kriegsjahre bewegte den Kaiser der einzige Gedanke, wie einem gesicherten Deutschland nach siegreich erfochtenem Kampf wieder der Friede bereitet werde.

Der Zeitpunkt für eine offizielle Friedensaktion gekommen.

Niemand kann das besser bezeugen als ich, der ich die Verantwortung für alle Regierungshandlungen trage. In tiefstem, sittlichem und religiösem Pflichtgefühl gegen sein Volk und darüber hinaus gegen die Menschheit hält der Kaiser jetzt den Zeitpunkt für eine offizielle Friedensaktion für gekommen. Seine Majestät hat deshalb in vollem Einvernehmen und in Gemeinschaft mit seinen hohen Verbündeten den Entschluß gefaßt, den feindlichen Mächten den Eintritt in Friedensverhandlungen vorzuschlagen. (Lebhafte Bewegung im ganzen Hause. Lebhafte Bravorufe.)

Heute morgens haben wir den Vertretern jener Mächte, die unsere Rechte in den feindlichen Staaten wahrnehmen, also den Vertretern von Spanien, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Schweiz eine entsprechende an alle feindlichen Mächte gerichtete Note mit der Bitte um Uebermittlung übergeben. Das Gleiche geschieht heute in Wien, in Sofia und in Konstantinopel. Auch die übrigen neutralen Staaten und Seine Heiligkeit der Papst werden von unserem Schritt benachrichtigt.

Verlesung der Note.

Der Kanzler verliest sodann die Note, die mit Bravo und Händeklatschen aufgenommen wird, und fährt sodann fort:

Meine Herren! Im August 1914 rollten unsere Feinde die Machtfrage des Weltkrieges auf. Heute stellen wir die Menschheitsfrage des Friedens. Wie die Antwort unserer Feinde lauten wird, warten wir mit der Ruhe ab, die uns unsere äußere und innere Kraft und unser reines Gewissen gibt. (Bravo.)

Nachdem der Kanzler geendet, beantragte Spahn (Zentrum) Vertagung des Hauses, während Abg. Bassermann Eröffnung der Debatte beantragte. Diesem Antrag schlossen sich Graf Westarp (konservativ) und Ledebour (Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft) an.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag abgelehnt und die Sitzung geschlossen.

Neue Freie Presse
12./XII. 1916
121

Der Deutsche Nationalverband und das Kabinett Koerber.

Eine Erklärung des Abgeordneten Einspinner.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Graz, 11. Dezember.

Samstag fand hier eine Zusammenkunft von deutschnationalen Gesinnungsfreunden, die für die deutsche Arbeitspartei tätig sind, statt. Die Aussprache galt den politischen Vorgängen der letzten Tage. Im Brennpunkt standen die Meldungen über die Haltung des Nationalverbandes zum Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber. Hiebei machte Abgeordneter Einspinner folgende Feststellungen: Es ist bekannt, daß die Deutsche Arbeitsgemeinschaft beschlossen hat, dem Ministerium Koerber gegenüber eine freundlich zuwartende Haltung einzunehmen. Weder aufgehoben noch geändert ist seither dieser Beschluß worden. Wenn demgegenüber behauptet wird, daß führende Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes die eigenartige Politik der Deutschradikalen gegen das Kabinett v. Koerber gutheißen und sohin deren Auftreten als im Namen des Nationalverbandes zu gelten habe, so ist das gegen die Wahrheit. Um was sich das Ganze in Wirklichkeit dreht, das ist doch kein Geheimnis. Es ist der Kampf der Deutschradikalen gegen die Einberufung des Parlaments. Nicht übersehen werden soll, daß in der letzten Zeit mit der Berufung auf „führende" Mitglieder des Nationalverbandes überhaupt Mißbrauch getrieben wird. Hat einer der Herren etwas zu sagen, dann herunter mit dem Visier! Will er seine politische Ueberzeugung mit seinem Namen nicht decken, dann ist es ehrlicher zu schweigen, als unter Berufung auf den Nationalverband politische Behauptungen aufzustellen, denen die Gefolgschaft fehlt.

Diese Ausführungen des Reichsratsabgeordneten Einspinner fanden geschlossene Zustimmung.

Reichspost

12. XI. 1916

Der Weg zur Verfassungsmäßigkeit.

Ueber die Frage, ob die Rückkehr zum parlamentarischen Leben erst nach entsprechenden Vorsorgen, die einen geordneten Gang der Maschine ermöglichen und verbürgen, oder ohne alle Vorbereitungen geschehen solle, ist in der Presse ein lebhafter Meinungsstreit entstanden, nachdem sich die bürgerlichen deutschen Parteien wiederholt und damit übereinstimmend auch die Herrenhausgruppen in ihrer feierlichen gemeinsamen Kundgebung für solche Vorkehrungen ausgesprochen haben. Wenn nichtdeutsche Stimmen, in der Annahme, daß die Kriegserfahrungen folgerichtig zu solchen Einrichtungen führen müßten, welche die Stellung der Deutschen in Oesterreich zu stärken geeignet wären, Bedenken gegen solche vorparlamentarische Maßnahmen erheben, so kann dies noch verständlich erscheinen, obwohl die Schaffung von Bürgschaften des verfassungsmäßigen Lebens in Oesterreich zum Heile des Staates und damit zugleich zum Vorteil aller seiner Völker ausschlagen müßte. Aber nun sind die lautesten Rufer im Kampfe gegen diese vorherige Schaffung von Bürgschaften deutschgeschriebene Organe, die liberale Morgenländerpresse und ihre sozialdemokratische Assistenz, welch letztere sich neuestens sogar einen offiziös klingenden Ton zurechtlegt! Da nun gestern das sozialdemokratische Hauptorgan sich sogar dazu verstieg, das Verlangen der erwähnten Bürgschaften nicht nur als verfassungswidrig, sondern als eine den Eiden der Minister und der Krone auf die Verfassung zuwiderlaufende Zumutung hinzustellen, ist es doch am Platze, kurz und bündig den Sachverhalt festzustellen und der Rabulistik in das Gesicht zu leuchten. Vorher sei noch zur Charakterisierung der neuen Verfassungsschützer erwähnt, daß vor nicht allzulanger Zeit gerade das Wiener sozialdemokratische Organ mehrmals an leitender Stelle gefordert hat, man möge den nationalen Streit in Böhmen kurz entschlossen im Verordnungsweg ein für allemal beseitigen!

Die Sache liegt einfach so: Oesterreich wird in Kürze wieder sein Parlament haben. Dieses Parlament aber wird entweder lebensfähig sein oder es wird es nicht sein. Glaubt nun jemand im Ernste, daß das Parlament, wenn es wieder dort anfängt, wo es im Frühjahr 1914 aufgehört hat, von nun an ein wahres Muster an Arbeitskraft, Schaffensfreude, gesetzgeberischer Produktivität, nationalpolitischer Weisheit und Verträglichkeit, patriotischer Einsicht, an Disziplin und Ordnungsliebe sein werde, wie es bisher durch zwei Jahrzehnte das Gegenteil von alldem gewesen ist? Wer dies glaubt, dem bleibe es unbenommen, alle Vorkehrungen zur Verbürgung eines echten Verfassungslebens für überflüssig zu halten. Aber er hat kein Recht, die andern, die sich zu einem solchen allen Erfahrungen und allen nüchternen Erwägungen widersprechenden Kinderglauben nicht zu bekennen vermögen, als Gegner der Verfassungsmäßigkeit hinzustellen, denn das Verfassungsleben ermöglichen wollen, zeugt gewiß nicht von Gegnerschaft gegen die Verfassung. Der Wunsch, das Parlament lebens- und leistungsfähig zu sehen in einer Zeit, in der ungeheuer große Arbeit zur Heilung der Kriegswunden zu verrichten sein wird, dünkt sogar verfassungsfreundlicher als das Bestreben der Kreise, die dem Parlament die Mittel zur eigenen Genesung versagen wollen.

Die Verantwortung jener, bei denen die Entscheidung liegt, ist ungeheuer schwer, umso schwerer, als gewisser Umstände halber die Zeit drängt. Die Frist, zu wählen, ist nur mehr kurz und zu wählen ist zwischen dem Entschluß, durch vorherige zweckentsprechende Maßnahmen, wie sie die Kriegserfahrungen empfehlen, die künftige Verfassungsmäßigkeit, ihre Möglichkeit und ihren geordneten Gang zu sichern, und dem ungeheuren Risiko, dem Parlament selber die Schaffung dieser Bürgschaften zu überlassen. Gewiß wäre es ein politischer Maria-Theresienordens-Großerfolg, wenn das Wagnis glückte. Aber wenn es nicht glückt? Wenn das Parlament gerade in diesen Fragen wieder versagt und an ihnen abermals scheitert, wie seit dem Bestande der Verfassung immer wieder und mit steigernder Häufigkeit? Zu meinen, daß nach einem mißglückten Versuche ja ohnehin wieder der Verordnungsweg beschritten werden könnte, um nachzuhelfen, ist verhängnisvoller Selbstbetrug. Ist einmal die gewisse Frist verstrichen, dann ist ein weltgeschichtlicher günstiger Augenblick, Oesterreich im Innern zu gesunden und zu festigen, abermals versäumt, wie ihn schon einmal die Liberalen versäumt haben, als sie das Parlament beherrschten, und die Völker Oesterreichs wären um den wichtigsten Teil der Früchte ihrer ungeheuren Kriegsopfer betrogen. Ein drittes Mal kommt die Gelegenheit nicht wieder.

Wir stellen noch einmal die schwere Verantwortung jener fest, die zur Zeit das Steuer führen. Mögen sie nach ihrer besten Einsicht und nach ihrem Gewissen entscheiden. Aber wehe jenen, durch deren Schuld das Parlament dazu gebracht würde, daß es wieder seine Zeit mit unfruchtbarem Gezänk vertrödelt, infolge der ungeklärten nationalpolitischen Verhältnisse an Händen und Füßen vom nationalen Hader gefesselt, dauerndem Siechtum verfällt und, selber ein Prothesenmann, unfähig bleibt, für die Armee der Prothesenmänner, für die heimkehrenden Krieger zu sorgen und die Wunden zu heilen, die der Krieg unserer Volkswirtschaft geschlagen! Die Schuldigen würden — vom Urteil der Zeitgenossen wollen wir hier absehen — in der Geschichte eine klägliche Figur machen.

Neues Wiener Tagblatt

13./XII. 1916

123

Die Vertreter der Christlichsozialen Vereinigung beim Ministerpräsidenten.

Gestern erschienen namens der Christlichsozialen Vereinigung deren geschäftsführender Obmann Landesausschuß Stöckler und Minister a. D. Dr. Geßmann beim Ministerpräsidenten Doktor v. Koerber, mit dem sie in längerer Beratung die politische Lage, insbesondere die Einberufung des Reichsrates, die Notwendigkeit der Schaffung einer tauglichen Geschäftsordnung und die Teuerungszulagen für den Klerus sowie die endgültige Regelung der Kongrua besprachen.

Neue Freie Presse

13./XII. 1916

Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft und das Kabinett Koerber.

Wien, 12. Dezember.

Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft hielt heute nachmittag im Sitzungssaale des Niederösterreichischen Gewerbevereines unter dem Vorsitze des Obmannes Abgeordneten Denk eine mehrstündige Sitzung ab, deren Beratungsgegenstand die Frage der Stellungnahme der Deutschen Arbeitsgemeinschaft zum Kabinett Koerber bildete.

Abgeordneter Professor Dr. Redlich begrüßte es, daß nach wiederholten Erklärungen das Ministerium Koerber alle schwebenden großen Fragen auf streng verfassungsmäßigem Wege der Lösung zuführen wolle und der Krone entsprechende, auf dem Boden der Verfassung fußende Vorschläge erstattet habe. Dadurch sei auch der Volksvertretung der Weg vorgezeichnet, den sie zu gehen habe. Diese Anschauung fand bei der Mehrzahl der Redner Zustimmung. Auf der anderen Seite bezeichnete es Abgeordneter Dr. Stölzel als notwendig, daß der Einberufung des Reichsrates die Erfüllung gewisser Vorbedingungen vorangehe, um der Tagung einen ersprießlichen Verlauf zu sichern.

Obwohl die mehrstündige Debatte keine völlige Uebereinstimmung der Meinungen zutage förderte, ergab sich doch Einmütigkeit in der Verurteilung der von den Deutschradikalen gewählten Taktik. Von einer Beschlußfassung wurde abgesehen, da man die endgültige Entscheidung über die Stellung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft zum Kabinett Koerber von dem Ergebnisse der Besprechung abhängig zu machen wünschte, welche die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft mit dem Ministerpräsidenten Doktor v. Koerber morgen haben werden.

Von einem der führenden Mitglieder der Deutschen Arbeitsgemeinschaft erhalten wir über die Grundstimmung, von der sich die Partei leiten lasse, folgende Mitteilung: Die Partei steht nach wie vor dem Kabinett Koerber freundlich zuwartend gegenüber. Zu einer Aenderung dieser bereits früher kundgegebenen Stellungnahme sei bisher kein Anlaß geboten. Allerdings müsse man nunmehr darauf dringen, daß das Kabinett sein Programm bekanntgebe. Erst dann werde man zu endgültigen Entschließungen gelangen können. Um darüber Klarheit zu schaffen, wird der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft morgen mit dem Ministerpräsidenten in Fühlung treten.

Reichspost Abend
13./VII. 1916

127

Das alte Spiel.

In einer Versammlung der Deutschradikalen von Wien—Neubau am 11. d. berichtete das Mitglied der deutschradikalen Reichsparteileitung Postkontrollor Paul Pogatschnigg über die letzten Vorgänge auf dem Gebiete der inneren Politik. Dabei erklärte der Redner der „Deutschrad. Korrespondenz" zufolge

„den Versuch einzelner Persönlichkeiten, das erfreuliche Zusammengehen des Deutschen Nationalverbandes mit der Christlichsozialen Vereinigung zu trüben mit dem Hinweis auf eine kulturkämpferische Mehrheit bei parlamentarischer Ausscheidung der Polen als eine Hinterhältigkeit, als ein Beginnen, das freilich zu deutlich zu durchschauen ist und angesichts der wichtigen gemeinsamen, nationalen und wirtschaftlichen Fragen an dem gefunden und festen Einigkeitswillen unseres Volkes abprallen müsse."

Die Feststellung des deutschradikalen Parteileitungsmitgliedes ist von urkundlichem Wert. Es werden also, was uns übrigens schon seit längerem bekannt ist, von gewisser Seite eifrige Versuche gemacht, die deutschen bürgerlichen Parteien auseinanderzusprengen und zwar deshalb, weil es infolge der Sonderstellung Galiziens möglich würde, eine „kulturkämpferische Mehrheit" im Parlamente zusammenzubringen! Es gibt für gewisse Kreise nichts Wichtigeres und Dringenderes als Kulturkämpferei, Ehereformerei, Schulstürmerei, Kirchenhetze und dergleichen Dinge. Die Logeist rüstig am Werke, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von dem blutigen Erwerb der Kriegsverdiener auf andere Dinge abzulenken. Nur keine Einigkeit der Deutschen, denn dann könnte Oesterreich am Ende gar genesen und eine gesunde Wirtschaftspolitik dem Schmarotzertum gefährlich werden! Diese Gefahr muß um jeden Preis verhindert werden und darum sollen die Köpfe wieder mit Kulturkampfschlagern benebelt und die Geister gegeneinander gehetzt werden. Wie richtig haben wir doch in unsern Aufsätzen über den Werdegang des Freisinns — wir kennen diesen Pappenheimer — von der Badeniära an geschildert! Wieder will man das alte Spiel, das so oft Erfolg gehabt und so oft die deutsche Gemeinbürgschaft zerschlagen hat, zum Vorteile des Ausbeutertums und der Plutokratie, versuchen; aber es ist denn doch zweifelhaft geworden, ob die Maulwürfe auch diesmal ihr Ziel erreichen. Der Krieg hat, so ist zu hoffen, der Masse des deutschösterreichischen Volkes die Augen geöffnet; jeder einzelne fühlt, was das Notwendige und Dringendste ist. Das zwietrachtstiftende, wählerische und kulturkämpferische Logentum wird dem verdienten Volksgericht nicht entgehen. Die Zeichen der Erkenntnis und des Erwachens im deutschnationalen Lager — auch die deutschradikale Stellungnahme in der Versammlung in Wien-Neubau ist ein solches — mehren sich und bürgen dafür, daß die Spekulation der Unkrautsäer diesmal zuschanden wird und die Kulturkampfmehrheitsberechnung, die z. B. Abgeordneter Pernerstorfer vor einiger Zeit in einem in Berlin veröffentlichten Aufsatze anstellte, ins Wasser fällt.

Vossische Zeitung

14./XII. 1916

Gefährliche Machenschaften.

Von

Emil Ludwig.

Unser Wiener Berichterstatter deutete in diesem vor wenigen Tagen geschriebenen Artikel bereits auf einige der Widerstände hin, gegen die der österreichische Ministerpräsident zu kämpfen hatte. Die nachfolgenden Ausführungen bilden den Schlüssel zum Verständnis der politischen Krise.

Wien, 11. Dezember.

Hier ist ein Spiel im Werk, das sich, im Mantel des Völkerproblems und des Deutschtums, als eine sehr üble Intrige gegen den Ministerpräsidenten enthüllte, und es ist Zeit, dies Spiel auch in Deutschland offen darzustellen, denn soeben fangen weitere Kreise an, sich an die Regisseure anzuschließen und an der Stellung ihres heimlichen Gegners zu rütteln. Da es sich um einen der hervorragendsten Köpfe der Monarchie, um den Doktor von Körber handelte und die Intrige maßlos ungeschickt angestellt wurde, hindert keine Rücksicht mehr, sie klarzulegen.

Graf Stürgkhs Erbe anzutreten, war für jeden Staatsmann unmöglich, und Doktor von Körber brachte allein eine Woche, um an verschiedenen Stellen, vor allem in Budapest, sich von der Nötigung ausdrücklich befreien zu lassen, jenes politische Erbe zu übernehmen: Sonst könnte er die Regierung nicht übernehmen. Zu welchen Schwierigkeiten dies führte, sieht man am Kampf um den Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn, bei dessen Normierung gewisse mündliche Zusagen des Grafen Stürgkh an den Grafen Tisza noch heute immer wieder zitiert werden. Solche mündlichen Zusagen eines Toten nehmen nun die Deutschradikalen zum Ausgang ihres Vorgehens.

Graf Stürgkh hatte Deutsche und Tschechen jahrelang in der Irre geführt, nach beiden Seiten Versprechungen gegeben, und hatte sogar vielleicht die Absicht, einen Teil davon später einzulösen. Ihm kam alles darauf an, einige Parteien gegen die Einberufung des Reichsrats zu stimmen, der ihn beim Zusammentritt zweifellos gestürzt hätte, und dies gelang ihm, indem er die Deutschradikalen auf die außergesetzliche Regelung der deutschen Sprach- und Schul-Verordnungen in Böhmen hoffen ließ, die Tschechen dagegen seiner Geneigtheit oft genug versichert hatte. Am Ende des Krieges wollte er dann, durch § 14, d. h. auf dem Wege der Oktroyierung, jene jahrelang geforderten Sprachordnungen erlassen, gab er wenigstens als seine Absicht aus, wie er es, unmittelbar vor dem Tode, auch mir persönlich erklärt hat. Manche zweifeln, ob er danach gehandelt hätte. Gewiß ist, daß vor dem Ende des Krieges niemand Versprechungen im gedachten Sinne gegeben oder entgegengenommen hat.

Kaum aber hat ein Thronwechsel die Fragen der Verfassung und des Parlaments aufs neue belebt, so tritt jene Gruppe der Deutschradikalen mit der Forderung auf jene Oktroyierung, die selbst der verfassungslose Graf Stürgkh erst nach dem Kriege verheißen hat, sofort zu erlassen, ja selbst die Eidesleistung des Kaisers zu verzögern und auf die Verfassung, in der Urform, wie sie ist, ihn womöglich gar nicht schwören zu lassen. Doch nicht allein die vielumstrittene Sprachenordnung, auch eine umwälzende Veränderung des inneren Oesterreich, die Autonomie Galiziens, wie sie im Handschreiben vom 5. November in Aussicht gestellt ist, will diese Partei sofort, ohne Parlament, im Wege der Oktroyierung, vorgenommen sehen, weil sie befürchtet, sie im Parlanicht durchzusetzen. An dieser Loslösung Galiziens, ihrem alten Traum und Wunsche, hängt aber ihre ganze Politik, denn erst nach Ausscheidung der polnischen und ruthenischen Abgeordneten würden die Deutschen endlich die Majorität im Reichsrat haben.

Ist dies schon an und für sich ein Problem, das mit Hurra keineswegs gelöst scheint, so ist der hier geforderte Weg dahin absurd, und dies aus zwei Gründen. Erstens ist dies Gesetz, eine Aenderung des Staatsgrundgesetzes, der Majorität im Reichsrat schon heute fast gewiß, denn die Polen wollen herausgehen und die Deutschen wollen sie heraus haben. Gesetzt jedoch, es wäre ungewiß: Wie kann man einen Monarchen dahin beraten, zwischen Thronbesteigung und Eidesleistung nach § 14 zu regieren, sozusagen als Bräutigam die folgenreichsten Abenteuer zu beginnen? Der alte Kaiser konnte die Verfassung eher einmal sistieren, er hatte sie ja gegeben; einen neuen Monarchen, der sie erbte, konnte der Ministerpräsident nicht besser beraten, als zum sofortigen Entschlusse, sie in toto zu beschwören. Gerade jetzt, wo die Ungarn mit größter Hast die Königskrönung rüsten, um nur das Interregnum möglichst abzukürzen, wagt es in Oesterreich eine Partei öffentlich, die Hinausschiebung jeder staatsrechtlichen Bindung zu fordern, wagt es, den Minister zu tadeln, weil er — ritterlich, demokratisch und treu — seinen Herrn sofort auf die Erhaltung der Verfassung hinwies. Und doch war gerade dies der kühnste, schnellste und, man darf sagen, in diesem Augenblick durchaus kein selbstverständlicher, vielmehr ein genialer Zug: nur so konnte er dem Drängen der Ungarn gegenüber die österreichische Parität aufs neue sichern.

Die heute das Gegenteil fordern, sind nicht etwa kleine, hartnäckige Völker, die, wie in Serbien, an die Sistierung der Verfassung von früh bis 3 Uhr nachmittags gewöhnt wären — es sind Deutsche, und zwar ihre radikalste Gruppe. Jetzt, wo sich alle Nationalitäten hier zusammenschließen, wo eben der große tschechische Nationalverband entstand, wo Polen, Ruthenen, Südslawen Blöcke zu bilden gelernt haben, jetzt, wo der Thronwechsel die schwersten Entscheidungen dringend machte, wo alle Völker sich an Kundgebungen ihre Loyalität nicht genug tun können, — jetzt blamiert eine Gruppe den deutschen Namen, und leider scheint auch eine zweite Gruppe ungewiß, wohin sie sich zu wenden habe. Während maßvolle Elemente den Deutschen Nationalverband zu erneuern suchen, vielleicht zu erweitern, während alle Welt dem endlichen Zusammentritt des Reichsrates wie einer Erlösung aus bald dreijähriger Erstarrung entgegenwartet, agitiert jene Gruppe gegen die Einberufung, und es entsteht das Paradoxon, daß Abgeordnete bemüht sind, sich selbst auszuschalten! Derselbe Abg. Wichtl, der vor drei Monaten einen offenen Brief an den Grafen Stürgkh mit Schmähungen erfüllte, stützt sich auf dessen unkontrollierbare „Versprechungen", will jetzt den Reichsrat nicht mehr haben und verwirrte mit diesen Ideen vor kurzem als Gast die Sphäre eines großen politischen Vereins, bis ihn die glänzende Antwort des Professors Redlich in den Abgrund stürzte.

Fragt man, warum, so muß man erwidern: Neben der Furcht vor dem gesamten Reichsrat, wegen ihrer bei ihren Parteien unerhörten Zusammenarbeit mit demselben Grafen Stürgkh, der ihre Todfeinde, die Tschechen, hegte und pflegte, fühlen sie sich überdies persönlich beleidigt. Schon vor 15 Jahren, unter seiner ersten Präsidentschaft, hat Dr. v. Körber den Abg. Wolf, ihren Führer, in den persönlich deutlichsten Formen abgeschüttelt, und jetzt hat ein anderer Führer vergebens versucht, als Sprecher seiner Kollegen vom Eisenbahnministerium bei ihrem Minister etwas für sie durchzusetzen, was nur auf dienstlichem Wege nachgesucht werden koennte. Daß Körber in dieser Frage seinen Minister schützte, machte sie aufs neue wild. Bei diesen gespannten Beziehungen sind auch alle offenbar von den Radikalen lanzierten Nachrichten über die Verhandlungen ihrer Führer mit Körber falsch. Der Minister hat mit keinem Mitglied der Gruppe gesprochen. Solche und andere Belletäten ballten sich nun zu dem Plan, Körber zu stürzen.

Diese Dinge haben Wirkungen auch nach Deutschland. Hier fürchten gewisse Kreise, die von Deutschland entworfene Lösung der polnischen Frage könnte eine Lockerung auch der galizischen Polen aus dem Reichsgefüge zur Folge haben, und jenes Versprechen der Autonomie sei ein bedenkliches Zugeständnis an die deutsch-polnische Politik. Sie sollten wissen, daß uns mit der sofortigen Loslösung Galiziens gar nicht gedient ist, daß gewisse Motive, die in Wien zu dem Handschreiben geführt haben, noch dunkel erscheinen, daß wir es also Körber danken, wenn er, wie feststehen dürfte, das Wort „gesetzmäßig" in jenes, bei seinem Antritt mit übernommene Handschreiben eingefügt hat und wenn er, wie ich an leitender Stelle erfahre, entschlossen ist, Galizien keinesfalls jetzt, keinesfalls durch Oktroyierung und keinesfalls vor dem Frieden freizugeben.

Leider erschwert man den klugen und weisen Intentionen dieses Staatsmannes die Wirkung, leider scheinen sich auch weit ernstere und einflußreichere Männer an jenen Intrigen zu beteiligen. In diesen Tagen war er lange beim Deutschen Kaiser, beinahe täglich ist er bei Kaiser Karl. Auch der Hof der frommen Kaiserin Zita ist für ihn, obwohl er damals in der Los-von-Rom-Bewegung den alten Kaiser vor anti-protestantischem Eingriff klug gewarnt hat. In Deutschland hoffen alle, daß er bleibt.

14./XII. 1916

130

Koerbers Demission.

Kein Grund wird angegeben, warum die Regierung Koerber ihre Demission angeboten hat und warum sie angenommen wurde. Nicht ein einziges begründendes Wort vernimmt man, nicht die bescheidenste Andeutung einer Ursache, nicht einmal ein Vorwand kann vorgebracht werden, nichts als die einfache Tatsache des Regierungswechsels wird gemeldet, obwohl er in seiner Jäheit geradezu aufregend wirkt! Es muß schon ein seltsamer Grund sein, wenn man ihn zur Erklärung gar nicht vorzuführen wagt, obwohl die Sache der Erklärung wirklich bedürftig ist! Das Ministerium Koerber ist vor knapp sechs Wochen ernannt worden; nach dem Thronwechsel wurde es überdies ausdrücklich bestätigt. Im ganzen Bereich der inneren Politik ist nichts sichtbar geworden, was als irgend ein Anlaß zur Demission gewertet werden könnte. Das Ministerium Koerber ist mit vielem Vertrauen begrüßt worden, es hat große Hoffnungen geweckt und vielen seiner Mitglieder traute man zu, daß ihre Kraft zur Bewältigung der großen Aufgaben während des Krieges und nach dem Kriege ausreichen werde. Und es muß plötzlich seine Demission anbieten und die Demission wird angenommen! Was ist da vorgegangen und warum muß Koerber gehen?

Reichspost
14./XII. 1916

„Eine Karikatur auf jeden Sozialismus."

Ein sozialdemokratischer Nationalökonom über die sozialdemokratische Konsumentendemagogie.

In den „Sozial. Monatsh.", der angesehensten und auch ernstesten unter den Zeitschriften der reichsdeutschen Sozialdemokratie, wird der Kampf gegen die Politik der törichten Schlagworte in der Partei tapfer fortgesetzt. Diesmal (Heft 22) ist es wieder der bekannte sozialdemokratische Publizist Julius Kaliski, der unter der Ueberschrift „Produktionszwang oder Produktionsförderung?" die Haltung der Partei in den aktuellen Fragen der Volkswirtschaft einer Beleuchtung unterzieht und zu vernichtenden Urteilen über die Parteipraxis kommt. Die sozialdemokratische Feindschaft gegen die landwirtschaftliche Produktion wird von Kaliski — dies muß für die leidenschaftlichen Bauernhasser, welche die sozialdemokratische Parteipresse in Oesterreich schreiben, besonders genußreich sein — geradezu als unsozialistisch, als das Gegenteil vom Geiste des wahren Sozialismus hingestellt. In dem Aufsatze Kaliskis heißt es u. a.:

„Eigentlich ist es merkwürdig, daß die Erfordernisse der Produktion nicht mit Selbstverständlichkeit in den Vordergrund aller Untersuchungen traten, sondern oft genug nur als störende Anhängsel in Diskussionen über Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln empfunden wurden..... In der Festigung und Kräftigung der Produktionsgrundlagen müssen alle Bestrebungen einer ernsten Nahrungsmittelversorgung gipfeln. Der Sozialismus (des Kaliski und seiner Gesinnungsfreunde! Der Sozialismus der anderen Genossen kennt bekanntlich nur andere Betrachtungen! D. Red.) kennt keine andere Betrachtung. Für ihn ist die Entfesselung der Produktivkräfte die Lebensfrage, Entfaltung und Ordnung der Produktion müssen Ziel und Inhalt jeder sozialistischen Politik bilden. Was zur Steigerung der Produktivität und zur Förderung der Qualitätsarbeit führt, trägt Sozialismus in sich. **Eine Gesellschaft, für deren Organisation allein die Interessen des Konsums entscheidend wären, müßte eine Karikatur auf jeden Sozialismus sein; sie hätte zudem kein Lebensrecht und keine Lebensmöglichkeit, sie hätte aus wirtschaftlichen und ethischen Gründen den Existenzanspruch verwirkt...** (Das ist das Todesurteil der Wiener sozialdemokratischen Parteiführung! D. R.) Die Produktion ist mehr als Konsumbefriedigung, sie ist schlechthin die Volkskraft; ohne Produktion hört alles Leben der Gesellschaft auf. Die Produktion stören bedeutet daher die Nation selbst gefährden. Die Förderung und Sicherung des Schaffens muß die erste und letzte Sorge der Gesellschaft sein...

Wir dürfen nicht in populärer Verärgerung über den ‚Produzentenegoismus' übersehen, daß das Produzenteninteresse meist mit dem Produktionsinteresse zusammenfällt, und daß wir das erste nur dann bekämpfen, wenn es das zweite hindert. Das scheinbar egoistische Interesse der einzelnen Teile, soweit Arbeit verrichtet und nicht Ausbeutung getrieben wird, dient in Wahrheit dem übergeordneten Ganzen."

Kaliski verweist diesbezüglich auf die Arbeiterklasseninteressen, die sich nach der Lehre ihrer Vorkämpfer ja auch mit den Interessen der Gesellschaft decken, und bekämpft dann die Ansicht, daß in der Landwirtschaft durch Produktionszwang, wie er jetzt vielfach gefordert werde, eine Produktionsvermehrung erzielt werden könne; eher würde ein solcher Zwang zu einer Minderung der Produktion führen, weil gegenüber der Qualitätsarbeit — und landwirtschaftliche Produktion ist Qualitätsarbeit und „erfordert den ganzen Menschen mit allen seinen Neigungen" — der Zwang versagen muß und „ersticken und erwürgen würde, wo der Betätigung die stärkste Anregung vonnöten ist." „Gerade in unserer Partei", fährt Kaliski fort, „sollten wir die Schwärmerei für den Produktionszwang mäßigen, schon weil sie sozialistischer Einsicht gar nicht entspricht . . . Wer schon das durchaus berechtigte Verbot des Spirituosenausschanks nach 9 Uhr abends oder die Verfügung des Sparzwangs für Jugendliche als eine schwere Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit empfindet, sollte besonders vorsichtig in dem Eintreten für den Produktionszwang sein."

Kaliski empfiehlt dann „entschiedene Förderung" der landwirtschaftlichen Produktion, wobei aber eines feststehen müsse: daß nämlich „alles, was zur Förderung der Produktion geschehen kann, nicht ohne oder gar gegen die Produktion geschehen darf." Obwohl dies selbstverständlich sei, müsse es doch gesagt werden, angesichts des Widerspruchs gegen die ohnehin zu geringe Berufung von Landwirten in die Kriegsernährungsämter. — Kaliski erzählt schließlich, wie er schon vor sechzehn Jahren gelegentlich des Berliner Milchkrieges in der Preßkommission des „Vorwärts" für ein Zusammengehen der Arbeiterorganisationen mit den vom „Vorwärts" als „Milchagrarier" verschimpfierten ländlichen Milchproduzenten sich ausgesprochen habe, aber von Bebel als unreifer, unwissender Junge abgekanzelt worden sei. Parteivorstand und Parteipresse entschieden sich für ein Zusammengehen mit den Händlern, der einzige Auer habe ihm (Kaliski) beigepflichtet. Kaliski erinnert dann noch an Scheidemanns Ausspruch vom 11. Oktober d. J. im Reichstage: „Die erste Forderung des Sozialismus ist die, daß nicht gefeiert, sondern planmäßig produziert wird, dann erst kann planmäßig verteilt werden." — „Diese Worte", schließt Kaliski mit merklicher Ironie, „sind hoffentlich mit Vorbedacht gesprochen und programmatisch gemeint; ihren Inhalt werden sie erst dann bekommen, wenn die Partei eine Wirtschaftspolitik betreibt, die vom Produzentenstandpunkt ausgeht und sich die Förderung der Produktion mit allen ihren Konsequenzen zur vornehmsten Aufgabe stellt."

*

Ob Kaliski einen solchen Wandel in der Parteipraxis erleben wird? Wenigstens die österreichische Sozialdemokratie müßte dann aus ihrer eigenen Haut schlüpfen und bekennen: „Wir haben die Oeffentlichkeit alle die Jahre weiter. Die Kriegsschäden an Vermögen und Gesundheit werden durch Jahrzehnte fühlbar sein und werden ausgetilgt sein, bevor sie bedurften, besonders aber bevor die Gefahr, daß Neugeborene, rekrutive Männer in Erwartung von Arbeitern werden, überall finden, auch dort, wo unsere Jugend den medizinischen Stutzen obliegt. Unsere krankliche Unbeständigkeit ist ein Kulturhemmnis nicht nur für unsere Länder, sondern auch für den ganzen Kontinent, wo Staaten und Völker leben, und wäre insbesondere die wirtschaftliche Kraft, zwar im Wege ihrer Delegierten, nämlich der Aerzte, mit Energie auch die humanitäre Tätigkeit zu verbreiten, und in unserem Volke außer der

Neue Freie Presse

Abendblatt
14./XII. 1916

Der Rücktritt des Kabinetts Koerber.

Die Auffassung in parlamentarischen Kreisen über die Gründe und Folgen des Kabinettswechsels.

Wien, 14. Dezember.

In parlamentarischen Kreisen, insbesondere auch unter den Mitgliedern des Deutschen Nationalverbandes und der christlichsozialen Partei, hat die rasche Demission des Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber allgemeine Ueberraschung hervorgerufen. Man wußte dort wohl, daß Herr v. Koerber vor großen Schwierigkeiten stehe, allein auf einen so nahe bevorstehenden Kabinettswechsel war man in parlamentarischen Kreisen nicht gefaßt.

Die Mitglieder des Vorstandes der Deutschen Arbeitsgemeinschaft waren gestern für 11 Uhr vormittags zu Dr. v. Koerber gebeten, um ihm die tags vorher gefaßten Beschlüsse zur Kenntnis zu bringen. Als sie um die angegebene Stunde im Ministerratspräsidium erschienen, wurde ihnen mitgeteilt, daß der Ministerpräsident um 10 Uhr zum Kaiser in Audienz befohlen wurde, voraussichtlich aber nach kurzer Zeit wieder zurückkehren dürfte. Die Audienz dauerte aber tatsächlich bis ½1 Uhr mittags. Erst um ¾1 Uhr konnte die Besprechung mit Dr. Koerber ihren Anfang nehmen. Sie war von kurzer Dauer.

Herr v. Koerber erklärte den Herren sofort, daß es eigentlich besser wäre, die Konferenz auf einen späteren Zeitpunkte zu verschieben, da eine Klärung der innerpolitischen Situation unmittelbar bevorstehend sei. Er schlug vor, daß die Herren in zwei oder drei Tagen wieder kommen mögen. Die Abordnung sprach den Wunsch aus, den Ministerpräsidenten von ihren Beschlüssen in Kenntnis zu setzen. Dr. v. Koerber erwiderte, daß dies gewiß keinem Anstand unterliege, daß er aber heute nicht in der Lage wäre, den Herren irgendeine Antwort zu geben, da man, wie er wiederholte, vor Entscheidungen stehe, die für die Klärung der innerpolitischen Lage von ausschlaggebender Bedeutung seien. Die Herren schieden von Herrn v. Koerber mit dem Eindrucke, daß der Kabinettschef mit seiner Bemerkung andeuten wollte, daß in sachlicher Beziehung schwerwiegende Entscheidungen bevorstehen. Daß um die Zeit ihrer Konferenz mit Herrn v. Koerber dieser seine Demission bereits angeboten habe, hatten sie aus dem Vorgange noch nicht vermuten können.

In den Kreisen der Abgeordneten wird die Frage lebhaft erörtert, welches die Ursachen des so unvermutet vollzogenen Kabinettswechsels seien. Die Anschauung der meisten Herren geht dahin, daß das Drängen der ungarischen Regierung nach einem raschen Abschlusse der Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn die vornehmlichste Ursache der Demission des Herrn v. Koerber sei. Diese Anschauung stützen die Abgeordneten vor allem auf die Betrauung des früheren Handelsministers Dr. v. Spitzmüller mit der Bildung des neuen Kabinetts, da dieser den größten Anteil an den Ausgleichsverhandlungen hatte, die das Kabinett Stürgkh mit der ungarischen Regierung geführt hat und die auch zu einer fast vollständigen Lösung der materiellen Fragen des Ausgleiches gediehen seien.

Als eine zweite sehr wesentliche Ursache bezeichnet man die Haltung des Herrn v. Koerber in bezug auf die Anwendung des § 14 des Staatsgrundgesetzes. Man weist darauf hin, daß Herr v. Koerber vor dem 31. Dezember d. J. in die Notwendigkeit versetzt gewesen wäre, vor allem ein Budgetprovisorium mit § 14 zu erlassen, daß aber auch gewisse andere Fragen wirtschaftlicher Natur binnen kurzem mit dem § 14 ihre Lösung hätten finden müssen. Anderseits verhielt sich Herr v. Koerber ablehnend gegenüber der von den Christlichsozialen und dem Deutschen Nationalverband wiederholt gestellten Forderung, die Tätigkeit des Abgeordnetenhauses durch Erlassung eines neuen Geschäftsordnungsgesetzes gleichfalls auf Grund des § 14 zu ordnen und sicherzustellen.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß während des jüngsten Aufenthaltes des Kaisers in Budapest der Entschluß gereift sei, die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Ungarn raschestens zu einem formellen Abschluß zu bringen, um dadurch die Möglichkeit zu schaffen, in die Handelsvertragsverhandlungen mit dem Deutschen Reich einzugehen.

Für den Entschluß des Herrn v. Koerber dürften aber auch — so schließt man in parlamentarischen Kreisen — die weitgehenden Differenzen maßgebend gewesen sein, die zwischen ihm und den deutschbürgerlichen Parteien in den großen politischen Fragen bestand. Es wird namentlich auch auf eine Besprechung hingewiesen, die Herr v. Koerber vorgestern mit den Vertretern der christlichsozialen Partei hatte. Die Christlichsozialen haben in dieser Konferenz dem Herrn v. Koerber auf das bestimmteste erklärt, daß sie sich für eine parlamentarische Verabschiedung eines Ausgleiches mit Ungarn, der schlechter wäre als der bisherige, unter keinen Umständen einsetzen könnten.

Ueber die Wirkungen, welche der Wechsel im österreichischen Ministerium und namentlich die Betrauung des Dr. v. Spitzmüller mit der Kabinettsbildung auf die Entwicklung der schwebenden politischen Fragen haben werde, gehen die Meinungen noch ziemlich auseinander. Man ist in parlamentarischen Kreisen über die politische Richtung, die Dr. v. Spitzmüller einschlagen wird, nicht informiert und meint, daß vor allem die Zusammensetzung des neuen Kabinetts abgewartet werden müsse. Als sicher nimmt man jedoch an, daß das neue Kabinett binnen kurzem den Ausgleich mit Ungarn zu Ende führen werde. Ob das Kabinett Spitzmüller sich auch entschließen werde, die vom Deutschen Nationalverbande und den Christlichsozialen aufgestellten Forderungen in den nationalen Fragen und in bezug auf die Geschäftsordnungsreform auf außerparlamentarischem Wege zu erfüllen, dafür fehlt in den parlamentarischen Kreisen ein bestimmter Anhaltspunkt.

Man glaubt nicht, daß die für Mitte Januar in Aussicht genommene Einberufung des Reichsrates durch den Kabinettswechsel eine wesentliche Verzögerung erfahren werde. Auch jetzt rechnet man noch mit der Einberufung des Parlaments im Laufe des Monats Januar des nächsten Jahres.

Kabinettswechsel.

Demission Dr. v. Koerbers. — Dr. v. Spitzmüller mit der Kabinettsbildung betraut.

Der Kaiser hat die Demission der österreichischen Gesamtregierung angenommen und den gewesenen Handelsminister Dr. v. Spitzmüller mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut. Wir haben also einen Kabinettswechsel in Oesterreich zu verzeichnen, der sich rasch und ohne Ankündigung vollzogen hat. Das politische Urteil kann sich in diesem Falle nicht des Behelfes bedienen, die Ministerkrisen früherer Zeiten zu Vergleichen heranzuziehen. Auch in diesem Falle gilt als Vademekum für die Aufnahme dieser Nachricht die Lehre, die uns der Weltkrieg für alle politischen Belange wiederholt vor Augen geführt hat, die Lehre nämlich, immer damit zu rechnen, daß der Grenzraum zwischen Außerordentlichem und Natürlichem sehr schmal geworden ist. Man hat heute nur mit den Tatsachen zu rechnen. Und ganz gefehlt wäre nach Ansicht aller politischen Kreise, bei diesem Kabinettswechsel nach irgendwelchen Geheimnissen zu forschen.

Der Rücktritt Dr. v. Koerbers und die Amtsnachfolge durch Dr. v. Spitzmüller ist gewiß keine politische Niederlage des einen und kein politischer Sieg des andern; nach der Sachlage des ganzen Komplexes der innerpolitischen Fragen kann von einer Gegensätzlichkeit nicht gesprochen werden.

Wenn Dr. v. Koerber nach kurzer Zeit sein Portefeuille zurücklegt, so wird diesem erprobten Staatsmann das Zeugnis nicht vorenthalten werden, daß er gewiß sein Bestes in den Dienst des Staates gestellt hat. Die Kürze der Zeit enthält auch kein Kriterium; in den letzten Monaten haben sich bekanntlich so große, so zahlreiche Ereignisse zusammengedrängt, die in andern Epochen für eine Reihe von Jahren als reiche Fülle an Erlebnissen ausgereicht hätten.

Der neue Mann, der das Erbe antritt, ist eine wohlbekannte politische Erscheinung. Als er vor einigen Wochen aus dem Handelsamte schied, behielt sich Kaiser Franz Josef in einem huldvollen Schreiben die Wiederverwendung des bewährten Staatsmannes vor. Kaiser Karl beruft nun den von Kaiser Franz Josef Anerkannten und Gewürdigten an die Spitze der Regierung. Diese Berufung wird als Erfüllung der Hoffnung angesehen werden, die allgemein beim Abgange Dr. von Spitzmüllers aus dem Barbarastift laut wurde, die Hoffnung, daß Oesterreich Kräfte wie diesen eminenten Fachmann nicht lange feiern lassen könne und solle. In diesen ernsten und hochbedeutsamen Zeiten zählt jeder Kopf, der etwas leisten kann, doppelt, und die Tatsache allein, daß Dr. v. Spitzmüller wieder zu Amt und Würden gelangt, ist an sich erfreulich und herzlicher Begrüßung gewiß. Für die Eignung, an die Spitze der Regierung zu treten, hat Dr. v. Spitzmüller in seinem bisherigen Wirken die wertvollsten praktischen Studien gemacht und sich stets als eine Persönlichkeit erwiesen, der die Natur die große Gabe verliehen hat, mit der Kraft der Ideen und der Entschlossenheit zur Tat ein Führender zu sein. Dazu gehört, nach den Erfahrungen der Psychologie, daß der Führende ein warmfühlender Mensch sei. Von allen, die Gelegenheit hatten, dem neuen Premier näherzutreten, wird stets seine Herzensgüte gerühmt, immer hervorgehoben, daß er Rechtschaffenheit als Prinzip seiner Handlungen erwählt habe und betätige. Dr. v. Spitzmüller zählt zu jenen, die auf erfolgreiche Leistungen mit berechtigtem Stolz zurückblicken können, auf Leistungen, die Erwartungen auf weitere große und ersprießliche Schöpfungen wecken.

Der neue Kabinettschef, der in seiner entschlossenen, arbeitsfrohen Art die modernen Grundsätze in der Benützung von Kräften stets befolgt und wiederholt erklärt hat, daß Wertvolles und Tüchtiges niemals leichten Sinnes ausgeschaltet werden soll, wird, wie in politischen Kreisen verlautet, bei der Bildung des neuen Kabinetts gewissermaßen die Kontinuität festhalten, und man erwartet daher, daß das neue Kabinett Spitzmüller eine Art Rekonstruktion des früheren Ministeriums sein werde. Gute Wünsche begrüßen den neuen Ministerpräsidenten; sie entspringen nicht nur der allgemeinen hohen Wertschätzung, deren sich Dr. v. Spitzmüller erfreut, sie fußen auf sachlichen Erwägungen. Wer in Oesterreich hat nicht das heiße Begehren, daß die großen Aufgaben der nächsten Zeit gut erfüllt werden. Es gibt dieser Aufgaben so viele, glänzende und mühselige, die aber ein Gebot der Notwendigkeit sind, daß der Staatsmann, der mit ehrlichem Wollen und starkem Können an deren Bewältigung herantritt, von vornherein der tatkräftigen Unterstützung und der herzlichen Sympathie aller gewiß sein kann, die das Staatsbewußtsein richtig erkennen und empfinden, die guten Willens sind.

Jeder Oesterreicher hat heute den Blick in die Zukunft zu richten und für die Zukunft tätig zu sein. Kaiser Karl hat bei seinem Regierungsantritt in dem Manifest an seine Völker von der Verjüngung Oesterreichs gesprochen; diesen Kaiserworten gemäß werden sich alle Kräfte in eifriger Mitarbeit für die sachlichen Ziele einer sicheren Führung gern freuen.

* * *

Neues Wiener Tagblatt
11. III. 1916
135

Neue Freie Presse
14./XII. 1916

Die Konferenz des Vorstandes mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber.

Die Vorstandsmitglieder der Deutschen Arbeitsgemeinschaft, die Abgeordneten Denk, Hartl, Kraft, Ritter v. Pantz und Dr. Waber, sprachen in Ausführung der gestern gefaßten Beschlüsse heute vormittag beim Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber vor, um ihn namens der Deutschen Arbeitsgemeinschaft über die Stellung dieser parlamentarischen Gruppe zu den staatspolitischen Fragen zu verständigen.

Der geschäftsführende Obmann Abgeordneter Denk ersuchte den Ministerpräsidenten zunächst, dem Kaiser den ehrfurchtsvollsten Dank für die von dem stolzen Bewußtsein der Stärke und Unüberwindlichkeit der Zentralmächte getragene Bekundung des kaiserlichen Willens zum Frieden zum Ausdrucke zu bringen.

In Erörterung der politischen Fragen wurde der Ministerpräsident zunächst dahin unterrichtet, daß die in der Presse immer wieder auftauchenden Mitteilungen über gegensätzliche Auffassungen der politischen Gruppen des Nationalverbandes den Tatsachen in keiner Weise entsprechen, daß vielmehr hinsichtlich der staatspolitischen Fragen über die innere Neuordnung Oesterreichs und die zu deren Lösung einzuschlagenden Wege volle Uebereinstimmung herrsche.

Abgeordneter Ritter v. Pantz brachte hierauf dem Ministerpräsidenten den Inhalt des von ihm gestellten und in der Arbeitsgemeinschaft zum Beschluß erhobenen Antrages, betreffend die Durchführung der durch das kaiserliche Handschreiben vom 4. November 1916 in Aussicht gestellten Sonderstellung Galiziens, die Festlegung der deutschen Staatssprache als einer Staats- und Verwaltungsnotwendigkeit, die Ordnung der nationalen Verhältnisse in Böhmen, sowie die Schaffung von eine klaglose parlamentarische Tätigkeit sichernden Einrichtungen zur Kenntnis.

Beschlüsse der Deutschen Arbeitsgemeinschaft.

Wien, 13. Dezember.

Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft gibt über die gestrige Vollversammlung nachstehendes Communiqué aus:

Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft besteht nach wie vor auf der Durchsetzung der von den Deutschen Oesterreichs vertretenen Forderungen nach Schaffung jener Sicherungen, welche nach den Erfahrungen dieses Krieges für die Festigung des Staates unerläßlich sind, sowie auf der Wiederherstellung und dauernden Erhaltung des verfassungsmäßigen Lebens.

In der mehr als vier Stunden währenden Beratung wurden die nächsten Ziele der österreichischen Staatspolitik, insbesondere die Festlegung der deutschen Staatssprache, die Ordnung der nationalen Verhältnisse in Böhmen, die Durchführung der durch das kaiserliche Handschreiben vom 4. November 1916 in Aussicht gestellten Sonderstellung Galiziens sowie die eine klaglose parlamentarische Tätigkeit sichernden Einrichtungen eingehend erörtert.

Die über alle diese Fragen gefaßte interne Entschließung wird dem Vorstande des Nationalverbandes vorgelegt, um in der Vollversammlung dieses Verbandes eine einmütige Kundgebung zu erzielen.

Es wurden weiter eine Reihe wirtschaftlicher und Ernährungsfragen besprochen und der Vorstand besonders beauftragt, wegen zweckmäßiger Verteilung der Kohlen- und Petroleumvorräte bei der Regierung Schritte zu unternehmen.

* * *

Wie man uns mitteilt, geht die Auffassung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft dahin, daß zur Durchführung der gestellten Forderungen der Weg des Oktrois nicht betreten werden soll.

Neues Wiener Tagblatt
14./XII. 1916

Die Reorganisation im Deutschen Nationalverbande.

Nachdem die Deutsche Arbeitsgemeinschaft und die Deutschradikale Vereinigung den Entwurf der neuen Satzungen für den Deutschen Nationalverband durchberaten haben, steht nur mehr die Entscheidung der deutschen Agrarpartei aus, welche jedoch nächsten Montag eine Sitzung abhalten wird, um auch ihrerseits den Entwurf durchzuberaten. Auch die deutsche Arbeiterpartei hat sich bereits durch den Abgeordneten Knirsch, welcher als ihr Vertreter dem Verbandsvorstand angehört, zustimmend geäußert. Dienstag, den 19. d., wird der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes in seiner bisherigen Zusammensetzung noch einmal zusammentreten, um die etwa geäußerten Wünsche hinsichtlich des Entwurfes für die neuen Satzungen zu beraten, worauf Mittwoch, den 20. d., die Vollversammlung des Verbandes stattfinden wird. In dieser wird der Entwurf beschlossen werden, da ja die Parteien bereits in diesem Sinne Stellung genommen haben. Gleich nach der Beschlußfassung über die Satzungen wird entsprechend den neuen Bestimmungen die Wahl des Obmannes vorgenommen werden und die Konstituierung des Vorstandes erfolgen. Zum Zwecke der Namhaftmachung ihrer Vertreter im Vorstand dürfte die Deutschradikale Vereinigung Samstag eine Sitzung abhalten.

Arbeiterzeitung 14./XII. 1916

Niederösterreichische Landeskonferenz.

Samstag und Sonntag tagte im Eisenbahnerheim die niederösterreichische Landeskonferenz, die erste seit Kriegsausbruch. Sie war sehr gut besucht. Vertreten waren 34 Bezirksorganisationen, 46 Lokalorganisationen der Provinz, 36 Frauenorganisationen von Wien und der Provinz, 31 Zentralverbände, 30 Partei- und Fachblätter, dann der Unterrichtsausschuß und die Volksbuchhandlung, ferner der Reichsparteivorstand, der Landesparteivorstand, das Frauenreichscomité und das Frauenlandescomité; die tschechische Parteivertretung hatte zwei Delegierte entsendet. Anwesend waren auch die niederösterreichischen Reichsratsabgeordneten und ein Mitglied der Gewerkschaftskommission.

Die Konferenz wurde vom Abgeordneten Polke begrüßt, der die Vertreter der Körperschaften und die Delegierten begrüßte und sodann der verstorbenen Genossen Leopold Winarsky, Anton Efferl, Josef Benesch, Dr. Benna Bach, Anton Dangl, Franz Wahl (Wiener-Neustadt), Peter Lederer (Wilhelmsburg), Hans Ferstner (Hohenberg) und Andreas Redl (Perchtoldsdorf) gedachte.

Hierauf wurden die Berichte über die Tätigkeit der Parteiorganisationen und die Presse erstattet. Den Parteibericht erstattete Abgeordneter Bretschneider, der eingehend den Stand der einzelnen Parteiorganisationen darlegte und die Ursachen des Rückganges der Mitgliederzahl an der Hand der Berichte aus den einzelnen Bezirken erörterte. Daran schloß er in Vertretung des eingerückten Genossen Chaloupka einen Bericht über die finanzielle Lage. Er schloß mit einem Appell, alles zu tun, um die Organisationen zusammenzuhalten, um für die Aufgaben der Zukunft gerüstet zu sein.

Namens der Kontrolle beantragte Hummel, dem Kassier die Entlastung zu erteilen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Den Bericht über das Landesorgan „Volkstribüne" erstattete Abgeordneter David, der darlegte, was die „Volkstribüne" für den Zusammenhalt der Organisationen bedeute und was sie namentlich finanziell für die Partei geleistet habe. Danneberg beantragte namens der Preßkontrolle, das Absolutorium zu erteilen. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Den Bericht über die Frauenorganisation erstattete die Genossin Eisler, die die tatkräftige Arbeit der Frauen besprach und zeigte, wie es durch unermüdliche Werbetätigkeit gelungen ist, den Mitgliederstand immer wieder zu erneuern, so daß gegenüber dem Jahre 1914 ein Verlust von bloß drei Prozent zu verzeichnen ist.

Ueber die Jugendorganisation berichtete Honay, der zeigte, daß, obwohl alle Kreisvertrauensmänner eingerückt sind, die Organisation doch weiter wirkt. Die Kampftätigkeit ruht natürlich, dafür wird systematisch auch im Kriege Bildungsarbeit geleistet.

Abgeordneter Winter berichtete über die Tätigkeit des Vereines „Die Kinderfreunde". Er gab ein umfassendes Bild der auch im Kriege fortschreitenden Tätigkeit des Vereines im Interesse der proletarischen Kinder.

Danneberg berichtete über die Bildungsarbeit. Er führte die Zahlen an, aus denen die naturgemäße Tatsache hervorgeht, daß das Bildungswesen in der Zeit des Krieges sehr gelitten habe, und legte in großen Umrissen dar, wie die Bildungsarbeit nach dem Kriege gestaltet werden müßte.

Es wurde nun dem Landesparteikassier und der Verwaltung der „Volkstribüne" die Entlastung erteilt.

Vizebürgermeister Ofenböck (Wiener-Neustadt) referierte nun über die Ernährungsfrage, wobei er insbesondere darlegte, daß sehr viele Gemeinden ihre Pflichten vernachlässigten, weil sie von den Nutznießern des Wuchers, zu dem der Handel im Kriege so oft ausgeartet hat, verwaltet werden. Wer es noch nicht wußte, den habe der Krieg belehren müssen, daß die wichtigen Aufgaben der Gemeindeverwaltung nicht erfüllt werden können, wenn nicht die Arbeiter als Gleichberechtigte wählen dürfen. Er beantragte eine Resolution, in der die Aufgaben von Staat und Gemeinde im einzelnen dargelegt werden und betont wird, was notwendig ist, damit die Volksernährung auf den heute erreichbaren Stand gebracht werde. Als Wichtigstes erklärt die Resolution:

1. Gleichmäßig gemischtes Brotgetreide ist allen Industriegemeinden mindestens in solchen Quantitäten zuzuweisen, daß die Brot- und Mehlkarten wöchentlich voll honoriert erscheinen, und soll in solcher Qualität geliefert werden, daß dieses allerwichtigste Nahrungsmittel ohne Gefahr für die Gesundheit konsumiert werden kann.

2. Die Kartoffelzufuhr hat mit größter Beschleunigung zu erfolgen und die betreffenden Gemeinden sind anzuweisen, entsprechende Aufbewahrungsräume bereitzustellen und Kartoffeln auch in kleinen Quantitäten abzugeben.

3. Die Fettversorgung ist schleunigst in der Weise zu regeln, daß sowohl der in vielen bäuerlichen Besitzen befindliche Ueberfluß zur gerechten Aufteilung gebracht wird, als auch Ungarn, das sich ja mit Oesterreich nicht im Kriegszustand befindet, sondern mit Oesterreich ein einheitliches Wirtschaftsgebiet darstellt, die nur preistreiberischen Interessen dienende Grenzsperre endlich endgültig aufhebt.

4. Dasselbe gilt für die Beschaffung von Hülsenfrüchten, die von Ungarn durch Jahrzehnte auf die Märkte des Landes Niederösterreich geliefert wurden, jetzt aber durch die Grenzsperre einfach verschwunden sind.

5. In Bezug auf Milch-, Eier- und Butterbeschaffung muß der milchproduzierenden Bevölkerung dort, wo sie sich nicht durch eigene Einsicht verpflichtet fühlt, der industriellen Bevölkerung die notwendigsten Nahrungs-

Arbeiterzeitung 14./XII. 1916 II
Niederösterreichische Landeskonferenz. 139

mittel zu liefern, durch Beschlagnahme und Enteignung der Ernst des Krieges fühlbar gemacht werden. In dieser Beziehung sind aber auch, um wenigstens den Kindern, Kranken und schwächlichen Personen diese wichtigen Nahrungsmittel zu sichern, die Gemeinden zu verhalten, durch Einstellen von Milchkühen die entsprechenden Reserven zu sichern.

6. Zucker und Kaffee sind in ausreichenden, in den durch die Karten bedingten Mengen rechtzeitig an die einzelnen Orte zuzuweisen und für Petroleum die Abgabe eines Mindestquantums gegen Bezugsschein einzuführen.

7. Endlich fordert die Landeskonferenz den Abbau der unerschwinglich hohen Preise aller Lebensmittel und energisches Einschreiten gegen Wucher und Volksausbeutung in jeder Form, ohne Rücksicht auf Zunft- oder Standesinteressen.

Um für die Zeit nach dem Kriege der Arbeiterschaft Gelegenheit zu bieten, die Folgen der Unterernährung und Aushungerung möglichst rasch zu beseitigen, und um zu verhindern, daß die industrielle Arbeiterschaft für alle Zeiten ein wehrloses Objekt der Ausbeutung darstelle, fordert die Landeskonferenz — da das Versagen der meisten Gemeindeverwaltungen des Landes in Bezug auf Sicherung der Lebensmöglichkeiten der Arbeiter auf die ausschließliche Macht der bürgerlich-zünftlerischen, nur auf Bereicherung gerichteten Gemeindemachthaber zurückzuführen ist —, daß in Hinkunft die Zusammensetzung der Gemeindevertretungen ausschließlich auf Grund des Proporzes unter Verwerfung des Wahlkörpersystems zu erfolgen hat, weil nur auf diese Weise die Möglichkeit gegeben ist, daß neben den Produzenten, Verschleißern, Vermittlern und Verteuerern der alles zahlende Konsument seine Interessen und die Sicherung seiner Existenz zu wahren vermag.

Es sprachen die Genossin Freundlich, Rösch (Stockerau), Schreiber (Liesing), Schlemmer (Neunkirchen), Wiedenhofer (Wien), Ackerl (Amstetten), Köllner (Mödling), Lenz (Gmünd), Jelinek (Klosterneuburg), Spalt (Purkersdorf), Hölzl (Wien), Ziehmeyer (Marchegg), Hakl (Lilienfeld), Kieslinger (Pottenstein), Palka (Wiener-Neustadt), Wanitschek (Ebreichsdorf), Abgeordneter Neumann, Weinhofer (Schwechat), Gerdinitsch (St. Pölten), Freyler, Kaltenbrunner (Waidhofen an der Ybbs), Ziedler (Liesing).

Nach dem Schlußwort des Referenten wird die beantragte Resolution mit einer von Hölzl beantragten Einschaltung, worin gegen die Auslieferung von Gerste an die Brauindustrie Einspruch erhoben wird, angenommen. Ebenso wird ein Antrag der Frauenorganisation, daß auch die Frauen zu allen Kommissionen und Ausschüssen zur Erledigung von Aufgaben der sozialen Fürsorge und der Approvisionierung herangezogen werden und daß die sozialdemokratischen Gemeinderäte diese Forderung stellen sollen, angenommen. Ein Antrag Freyler, der die Landesparteivertretung auffordert, alle Mittel in Anwendung zu bringen, die den Zusammenschluß der Arbeiterkonsumorganisationen herbeiführen, und darüber der nächsten Landeskonferenz Bericht zu erstatten, wird dem Landesvorstand zugewiesen, ebenso ein Antrag Spalt (Purkersdorf), daß von Zeit zu Zeit Konferenzen der sozialdemokratischen Mitglieder der Gemeindevertretungen und Approvisionierungsausschüsse stattfinden sollen.

Ueber die Friedensbestrebungen der Arbeiterschaft referierte Paul Richter. Er gab ein umfassendes Bild der politischen Lage, die für vernünftige Menschen nur von dem Standpunkt betrachtet werden könne, wie man so bald als möglich zum Frieden kommt. Seine Ausführungen gipfelten in folgender Resolution:

Die Schrecknisse des neunundzwanzigmonatigen Völkerringens, die unersetzlichen Verluste an Gut und Blut haben in allen kriegführenden Ländern die Erkenntnis gebracht, daß der Krieg ein untaugliches Instrument zur Vereinigung der unter den Staaten auftauchenden Gegensätze ist und daß die Fortsetzung dieses Krieges nur weitere zwecklose Menschenopfer bedeutet.

In dem Maße als diese Erkenntnis zunimmt, was auch viele offizielle Aeußerungen beweisen, wächst auch die Verpflichtung der proletarischen Internationale, getreu ihrer Ueberlieferung und ihrer historischen Aufgabe die gesamte Kraft der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung auf eine Politik zu vereinigen, die der Herbeiführung des Friedens dient.

Die Landeskonferenz der deutschen Sozialdemokratie in Niederösterreich begrüßt daher auf das lebhafteste die von der Reichskonferenz beschlossene Resolution zur Friedensfrage als eine Manifestation des Friedenswillens und der Internationalität der Arbeiterklasse und beauftragt die in Niederösterreich gewählten Abgeordneten, mit allem Nachdruck auf die Erfüllung der darin enthaltenen Forderungen nach einem annexionslosen Frieden und der Aufrichtung eines neuen europäischen Völkerrechtes unabläßig zu drängen und von der Regierung die vollständige sofortige Freigabe der Erörterung der Kriegsziele in der Presse und in Versammlungen zu verlangen.

Die Landeskonferenz richtet sowohl an die Parteikorporationen als auch an die Genossen und Genossinnen des ganzen Landes die Aufforderung, die Friedensbestrebungen dadurch zu fördern, daß in allen Besprechungen, Konferenzen und Versammlungen dem heißen, leidenschaftlichen Sehnen des unsagbar leidenden Volkes nach Frieden Ausdruck gegeben und das Verlangen nach Einberufung einer europäischen Friedenskonferenz erhoben werde.

Es sprachen noch Adelheid Popp, Gabriele Proft, Danneberg, Abgeordneter Rieger, Bermann und Abgeordneter Seitz. Die Resolution wurde dann einstimmig angenommen.

Ein Antrag des Abgeordneten Müller auf Vorberatungen zur Herausgabe eines billigen Morgenblattes und ein Antrag Maurer, Erwägungen anzustellen, wie die Familien der Eingerückten vor Zinssteigerung und Wohnungskündigung am besten zu schützen seien, wurden dem Landesparteivorstand zugewiesen.

Mit einer Schlußrede des Vorsitzenden Pölzer wurden die Beratungen geschlossen.

Neue Freie Presse
14./XII. 1916

Die deutschen Parteien und Dr. v. Koerber.

Wien, 13. Dezember.

Zwischen dem Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber und den deutschen Parteien bestanden in bezug auf die deutschen Forderungen nach einer Neuordnung nach dem Kriege Meinungsverschiedenheiten.

Die deutschen Forderungen waren zunächst von einer Reihe von deutschösterreichischen politischen Organisationen aufgestellt worden, die ihre Beratungen bereits Ende 1914 begannen und die schließlich Anfang 1915 zur Ausarbeitung eines weitausgreifenden Programms führten, an dessen Spitze der Satz stand, daß Oesterreich in Zukunft zielbewußt deutsch regiert und daß dem deutschen Volke die ihm zukommende führende Stellung im neuen Oesterreich eingeräumt werden müsse. Im einzelnen wurde die Schaffung einer festgefügten deutschen Mehrheit in der Volksvertretung, die Sonderstellung von Galizien durch Ausscheidung der Vertreter des Landes aus dem österreichischen Reichsrat und der enge Zusammenschluß der Sudetenländer, Alpenländer und des Küstenlandes zu einem einheitlichen Verwaltungsgebiet gefordert. Im Interesse des Staates wurde die Festlegung der deutschen Sprache als Staatssprache und eine zielbewußte staatliche Förderung des deutschen Schulwesens sowie die Schaffung einer ausreichenden Gelegenheit zur Erlernung der deutschen Sprache in nichtdeutschen oder gemischtsprachigen Gebieten verlangt. In dem Programm war ferner die Forderung enthalten, daß die Verhandlungsfähigkeit des Abgeordnetenhauses durch eine entsprechende Abänderung der Geschäftsordnung gesichert und die deutsche Sprache als ausschließliche Verhandlungssprache festgelegt werde.

Der Deutsche Nationalverband stellte im Frühjahr 1915 in einer Vollversammlung gleichfalls eine Reihe von Grundsätzen auf, die zu der durch den Weltkrieg bedingten Neuregelung der Verhältnisse im Interesse des deutschen Volkes die Grundlagen bilden sollen. Diese Grundsätze behandeln zunächst das Bündnis zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche, das mitteleuropäische Wirtschaftsbündnis und den Ausgleich mit Ungarn. Auch in diesem Programm wird verlangt, daß Galizien aus dem engen staatlichen Zusammenhange mit den übrigen österreichischen Kronländern ausgeschieden werde. Sofort nach Durchführung der notwendigen Verfassungsänderungen soll der Reichsrat seine Tätigkeit aufnehmen. Für die Sicherung seiner Arbeitsfähigkeit wäre durch eine neue Geschäftsordnung vorzusorgen. In Oesterreich müsse die Geltung der deutschen Sprache in einem den Bedürfnissen des Staates und einer geordneten Verwaltung vollauf entsprechenden Maße gesichert werden. Der einheitliche deutsche Charakter der deutschen Provinzen müsse erhalten werden. Die innere Amts- und Verkehrssprache aller staatlichen Zivil- und Militärbehörden sowie die Verhandlungssprache der Obersten Gerichtshöfe ist die deutsche. Ebenso sind bei allen staatlichen Behörden ohne Ausnahme Eingaben in deutscher Sprache anzunehmen und in dieser Sprache zu verhandeln und zu erledigen. In bezug auf die Schulverhältnisse wird verlangt, daß in den rein deutschen Gebieten die Unterrichtssprache in den Volksschulen allein die deutsche sein dürfe. Bei der unumgänglich notwendigen Reform der ganzen Verwaltung ist, insbesondere in Böhmen, auf die Errichtung sprachheitlicher Verwaltungsgebiete Bedacht zu nehmen.

Auf Grund dieser Forderungen des Deutschen Nationalverbandes wurden dann im Frühjahr 1915 Verhandlungen mit der christlichsozialen Partei eingeleitet. Nach langwierigen Verhandlungen kam im September 1915 eine Vereinbarung zustande, welche unter anderen folgende Forderungen umfaßt: An dem Bündnisse mit dem Deutschen Reiche ist festzuhalten und demgemäß ein innigerer wirtschaftlicher Zusammenschluß zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland, gegebenenfalls nach Maßgabe der wirtschaftlichen Entwicklung die schrittweise Ausgestaltung zu einem Zoll- und Handelsbündnisse anzustreben; Aenderungen der Verfassung, insoweit sie sich als notwendig erwiesen haben, sowie auch die Aenderung der Geschäftsordnung des Reichsrates zu erwirken; den Deutschen in Oesterreich jene Stellung zu sichern, die das Staatsinteresse erfordert; die Reformierung der staatlichen Verwaltung und die Ausgestaltung der Autonomie der Länder durchzuführen; dem Königreich Galizien eine Sonderstellung zuzuerkennen, wobei die volle Wahrung der Interessen des Reiches, namentlich der militärischen, gesichert erscheinen müsse; die Einführung der deutschen Verkehrssprache in einem dem Bedürfnisse des Staates und einer geordneten Verwaltung vollauf entsprechenden Maße festzulegen, wobei in den gemischtsprachigen Ländern den sprachlichen Erfordernissen der anderssprachigen Bevölkerung in Amt und Schule Rechnung zu tragen sein werde; den deutschen Charakter der deutschen Länder und Landesteile, insbesondere Wiens, zu wahren; endlich die Verlängerung der Perioden für die Neuregelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn zu vereinbaren.

Im Dezember 1915 überreichte eine Abordnung der deutschen Arbeiterpartei dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh gleichfalls die Forderung nach gesetzlicher Festlegung der deutschen Staatssprache.

In einer am 9. November dieses Jahres abgehaltenen gemeinsamen Beratung der Christlichsozialen Vereinigung und des Deutschen Nationalverbandes wurde eine Resolution beschlossen, in der erklärt wurde, daß an den Forderungen hinsichtlich der Neuordnung der Dinge in Oesterreich, insbesondere an den Forderungen des engen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Zusammenschlusses mit dem Deutschen Reiche, der Regelung der Sprachenfrage unter Einführung der deutschen Staatssprache und der Sonderstellung Galiziens mit Ausscheidung der Vertreter des Landes aus dem Reichsrate festgehalten werde. „Da diese Forderungen," heißt es in der Resolution, „ebensosehr im Interesse des Staates als des deutschen Volkes gelegen sind, erwarten die heute versammelten Abgeordneten, daß die kürzlich ins Amt getretene Regierung ungesäumt die nötigen Maßregeln zur Verwirklichung dieser Forderungen ergreifen werde."

Am 17. November überreichte eine Vertretung der deutschböhmischen Abgeordneten dem Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber eine am 5. November in Prag beschlossene Resolution, in der erklärt wird, daß der Reichsrat zu einer Tagung, die vollen Erfolg verspricht, nur versammelt werden könne, wenn gewisse Einrichtungen getroffen und die notwendigen Vorbedingungen geschaffen werden. Es sei daher unerläßlich, an die Herstellung dieser notwendigen Voraussetzungen zu gehen, die sowohl eine Ordnung in den inneren Verhältnissen gewährleisten, als auch die Tagung des Parlaments ermöglichen sollen.

Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes hat sich kürzlich auf den gleichen Standpunkt gestellt und die Forderung nach dem Ausbau der Verfassung noch vor dem Zusammentreten des Reichsrates neuerlich bekräftigt.

Die Zeit 14./XII. 1916

Ministerwechsel.

Das Ministerium Koerber, das nun etwa sieben Wochen im Amte war, ist von der Führung der Geschäfte zurückgetreten, und der Kaiser hat den Handelsminister des Ministeriums Stürgkh, Herrn Dr. v. Spitzmüller, mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut.

Das Ministerium Koerber hatte aus dem Nachlaß des Grafen Stürgkh eine Reihe äußerst schwieriger politischer Fragen übernehmen müssen, die reichlich Konfliktstoff in sich trugen und zum Teil auch schon die Uebernahme der Kabinettsbildung durch Herrn Dr. v. Koerber verzögert haben. In der ersten Reihe dieser Fragen stand der Ausgleich mit Ungarn, bei dem sich sogleich Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Nachfolger des Grafen Stürgkh und dem Grafen Tisza ergeben hatten. Graf Tisza stand auf dem Standpunkt, daß die Vereinbarungen zwischen ihm und dem Grafen Stürgkh bis zu vollständiger Ausreifung gediehen, unterschriftreif geworden seien, daß das Ministerium Koerber also an dem bereits zustande gekommenen Ausgleich nichts mehr ändern könne. Dr. v. Koerber aber vertrat die Ansicht, daß sich Oesterreich mit Ungarn noch im Zustand der Verhandlungen, also auch noch der Verhandlungsfreiheit befinde. Es ist zweifellos, daß der nunmehr zurücktretende österreichische Ministerpräsident diese Formfrage nur deshalb aufgeworfen hat, weil er sachlich den Ausgleich des Ministeriums Stürgkh nicht unverändert übernehmen wollte, weswegen er auch die an den Ausgleichsverhandlungen beteiligten Mitglieder des Stürgkhschen Kabinetts bei der Zusammenstellung seines Kabinetts von vornherein ausschloß. Der Rücktritt des Ministeriums Koerber im Zusammenhang mit der Ernennung des führenden Ausgleichsministers im Ministerium Stürgkh, des Dr. v. Spitzmüller, zur Ministerpräsidentschaft, macht es augenscheinlich, daß die Auffassung des Grafen Tisza die Oberhand behalten hat. Das Ministerium Spitzmüller wird und muß den Ausgleich im Sinne des Ministeriums Stürgkh erledigen, so daß man wohl auch mit dessen formaler Fertigstellung in der allernächsten Zeit zu rechnen hat.

In den anderen Fragen der Erbschaft Stürgkh jedoch gibt die Persönlichkeit des neuen Leiters des Ministeriums keinen Fingerzeig für die Stellungnahme seiner Regierung. Diese Fragen sind die Sonderstellung Galiziens, die im Zusammenhang mit der Errichtung des selbständigen Königreiches Polen durch das kaiserliche Handschreiben vom 4. November angekündigt wurde, ferner die eigentlichen parlamentarischen Fragen der Schaffung einer neuen Geschäftsordnung sowie der Komplex des böhmischen Ausgleiches, das heißt der deutschen Staats- oder Vermittlungssprache und der Kreiseinteilung in Böhmen. Die radikalen Wortführer der Deutschen traten für die Durchführung all dieser Forderungen im Wege des Oktrois ein, weil sie die Regelung dieser Fragen nicht nur für die Stärkung der Stellung der Deutschen im Parlament und im Staate für notwendig halten, sondern auch darin eine unentbehrliche Vorbereitung für eine gedeihliche Tätigkeit des Parlaments sahen, das man nach 2¾jähriger Ausschaltung nicht ohne entsprechende Vorbereitung einberufen könne. Dr. v. Koerber scheint nun auf dem Standpunkt beharrt zu haben, daß er die Oktrois ablehne, und insbesondere die Stelle des kaiserlichen Handschreibens über Galizien, in der von der „gesetzmäßigen Durchführung" die Rede war, so auffasse, daß eine parlamentarische Erledigung gemeint und daher erforderlich wäre. Deshalb sträubte er sich gegen den Wunsch, die Frage der galizischen Sonderstellung so zu erledigen, daß das Parlament bereits ohne die Polen hätte einberufen werden können. Herr Dr. v. Koerber scheint also diesmal zurückgetreten zu sein, weil er den § 14 nicht anwenden wollte.

Die Regierung des Herrn Dr. v. Spitzmüller steht jetzt vor denselben Fragen. Der Ausgleich mit Ungarn gilt ihr als erledigt; es wird ihr kaum viel Ueberlegungsfrist bleiben, um sich auch über die Lösung der anderen Probleme zu entscheiden.

Reichspost 14./XII. 1916 142

Die Verabschiedung des Ministeriums Koerber.

Handelsminister a. D. Dr. v. Spitzmüller mit der Kabinettsbildung betraut.

Die morgige „Wiener Zeitung" wird die nachstehenden Allerhöchsten Handschreiben veröffentlichen:

Lieber Dr. v. Koerber!

Ich nehme die Mir angebotene Demission der österreichischen Gesamtregierung an und beauftrage Sie und Meine übrigen Minister, die Geschäfte bis zur Bildung des neuen Kabinetts weitzuführen.

Zugleich teile Ich Ihnen mit, daß Ich Meinen Geheimen Rat Dr. Alexander v. Spitzmüller mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut habe.

Wien, am 13. Dezember 1916.

Karl m. p.

Koerber m. p.

Lieber Dr. v. Spitzmüller!

Ich teile Ihnen mit, daß Ich die Demission Meiner österreichischen Regierung angenommen und dieselbe beauftragt habe, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterzuführen.

Ich beauftrage Sie, zur Bildung des neuen Kabinetts zu schreiten und Mir Ihre darauf bezüglichen Anträge zu unterbreiten.

Wien, am 13. Dezember 1916.

Karl m. p.

Spitzmüller m. p.

*

Das Ministerium Koerber.

Der nunmehr zurücktretende Ministerpräsident Doktor v. Koerber war am 27. Oktober d. J. mit der Kabinettsbildung betraut worden, nachdem am 22. Oktober Ministerpräsident Graf Stürgkh das Opfer eines Meuchlers geworden war. Erst eine Woche nach der Berufung Dr. v. Koerbers wurde die vollständige Kabinettsbildung vollzogen. Zuerst wandte sich die neue Regierung den sehr dringlichen Volksernährungsfragen zu, nachdem sie zuvor mit Ungarn Vereinbarungen bezüglich Stundung der weiteren Ausgleichsverhandlungen getroffen hatte. Es kam am 10. November zur Aufstellung des neuen Volksernährungsamtes, das bald als eine dem Ministerialpräsidium unmittelbar unterstellte, im übrigen unabhängige Zentralstelle eingerichtet wurde. Es blieb dies die einzige Handlung des Ministeriums Koerber. In den letzten Wochen hatten sich verschiedene Unstimmigkeiten in dem Verhältnis zu großen Parteien des Abgeordnetenhauses ergeben, welche die Meinung vertraten, daß die Einberufung des Parlaments wichtige Voraussetzungen habe, die erst durch die Regierung geschaffen werden müßten. Man verlangte von der Regierung die Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments, sowie die Sicherung einzelner Belange, die der Staat selbst zu seiner Ordnung braucht. Die Regierung wollte sich jedoch hiezu nicht verstehen und dachte vielmehr daran, die Mandatsdauer des Abgeordnetenhauses zu verlängern und die Diäten der Abgeordneten zu erhöhen, anstatt, wie man auf anderer Seite der Meinung war, die nochmalige Einberufung des Parlaments von der Annahme eines bestimmten Arbeitsprogramms abhängig zu machen.

Auch die Lage gegenüber dem Ausgleich war schwierig. Das Ministerium Stürgkh hatte einen langfristigen Ausgleich so viel wie fertiggestellt. Dr. v. Koerber wollte jedoch ein Provisorium vorziehen. Es wurde dagegen geltend gemacht, daß die Monarchie in den großen Arbeiten, die sie sofort nach Friedensschluß erwarten, nicht dadurch gestört sein dürfe, daß ihre eigene Wirtschaftsordnung in der Luft hänge und das Verhältnis zwischen den beiden Reichshälften von den drängenden gemeinsamen Pflichten ablenke. So mehrten sich in den letzten Wochen die Schwierigkeiten.

Der designierte neue Ministerpräsident war so eng mit bedeuten den Arbeiten des Ministeriums Stürgkh, namentlich mit dem Ausgleich, verknüpft, daß man annahm, Doktor v. Koerber werde Herrn Dr. v. Spitzmüller als Finanzminister in sein Kabinett berufen. Nun tritt Doktor v. Spitzmüller an die Spitze der neuen österreichischen Regierung und man darf annehmen, daß wichtige Traditionen und Arbeiten des Ministeriums Stürgkh damit wieder aufgenommen werden. Es darf daran erinnert werden, daß der neudesignierte Ministerpräsident auch zu den warmen persönlichen Freunden des verstorbenen Kabinettschefs gehörte.

Kürzer als das zweite Ministerium Koerber waren nur drei österreichische Ministerien, nämlich das Ministerium Holzgethan, das vom 30. Oktober 1871 bis 25. November 1871 währte, das Ministerium Wittek, das nur zur Beseitigung der Sprachenverordnungen bestimmt, vom 23. Dezember 1899 bis 19. Jänner 1900 dauerte, sowie das Ministerium Hohenlohe, das am 2. Mai 1906 ernannt, am 2. Juni 1906 vom Amte schied.

Reichspost 14./XII. 1916

Systemwechsel in Oesterreich.

Wien, am 13. Dezember.

Das Ministerium Koerber ist zurückgetreten, der Handelsminister im Kabinett Stürgkh, Dr. v. Spitzmüller, ist mit der Kabinettsbildung betraut worden.

Während sich auf dem Gebiete der äußeren Politik Dinge von weltgeschichtlicher Größe begeben, denen die gemarterte Menschheit in atemloser Spannung lauscht, haben sich die innerpolitischen Verhältnisse Oesterreichs bis zu einem Punkte entwickelt, wo Entscheidungen von großer Tragweite unausweichlich geworden sind. Schon gewisse äußere Vorgänge, wie gehäufte Parteiberatungen, Vorsprechen von Parteivertretern bei der Regierung, erregte Auseinandersetzungen in der Presse für und wider die Auffassungen des Regierungschefs, verrieten die Gärung und Unruhe kritischer Stunden. Die Entscheidung ist gefallen und mit ihr das politische System, dem grundsätzliche Bedenken den Weg zu dem großen Entschlusse verlegten, den die große Stunde gebieterisch fordert.

Durch die Bevölkerung geht ein tiefes Sehnen nach einem Oesterreich, das besser, kräftiger, lebensfroher, selbstbewußter ist, als es die Gesamtheit der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder vor dem Kriege gewesen. Nur nicht wieder zurück in das alte Elend der früheren politischen Verhältnisse, nur nicht mehr zurück in den Ekel unseres Parlamentsjammers, in die Ohnmacht der früheren Zustände! Das ungeheure Erlebnis des Weltkrieges kann unmöglich spurlos an unseren innerpolitischen Verhältnissen vorübergehen, es kann und darf nicht alles beim Alten bleiben, die großen Offenbarungen und vielen Erfahrungen der eisernen Zeit müssen ihren Ausdruck, ihre Nutzanwendung finden, die harte Zucht der Kriegsjahre muß ein greifbares Ergebnis auch im Innern Oesterreichs zeitigen, die Bevölkerung will nach der furchtbaren Prüfungszeit als Aequivalent der unerhörten Leistungen wenigstens die tröstende Gewißheit haben, daß durch ihre patriotische Hingebung, ihre Opfer und ihre Leiden, durch das in Strömen vergossene Blut eine bessere Zukunft in einem verjüngten Vaterlande erworben wurde.

An den Bürgschaften einer solchen Erneuerung Oesterreichs war unter dem Ministerium Stürgkh unverdrossen, wenn auch für die begreifliche Ungeduld der Harrenden, welche das Widerstreben der Materie wie die Hemmungen der wechselnden äußeren Umstände weniger zu übersehen vermochten, nicht genügend rasch gearbeitet worden. Die tückische Tat eines Meuchelmörders unterbrach jäh diese Vorbereitungen, ehe der Rat zur Tat zu reifen vermochte. Eine neue Regierung kam und mit ihr kamen neue Anschauungen und neue Methoden. Es brauchen hier keine Vergleiche angestellt, keine Wertungen vorgenommen zu werden. Manche Aenderungen, welche das neue System brachte, wurden von vielen als Fortschritt begrüßt und durften es. In der Frage der Kriegsernährung geschah ein wichtiger organisatorischer Schritt, von der Zensur behaupten viele, sie wäre seither weitherziger geworden, was mit gewissen Vorbehalten bestätigt werden darf. Als ein, wir möchten sagen, moralischer Fortschritt konnte es gelten, daß die neuen Männer zur Oeffentlichkeit redeten, sich ihr verständlich zu machen strebten. Die Bevölkerung hat in dieser Zeit der Heimsuchung mehr denn je das Bedürfnis, jene zu hören, von denen sie regiert wird. Kundmachungen allein, und wären sie des packendsten Inhalts, tuns nicht; Buchstaben auf Amtspapier sind tot, lebendig ist das Wort. Ueberall um uns herum wird von den führenden verantwortlichen Männern zur Bevölkerung geredet, nur in Oesterreich blieb es lange, allzu lange still. Die Bevölkerung beneidet durchaus nicht etwa Italien um das hohle ministerielle Pathos Barzilais oder Bissolatis, aber ganz entbehren mag sie des ministeriellen Zuspruches doch auch nicht. Man will fallweise die Männer, denen die Verantwortung aufgebürdet ist, hören und wenn schon von ihnen nichts erfahren, so doch an ihrer seelischen Festigkeit, an ihren Gedanken und Argumenten sich aufrichten, das eigene Herz stärken. Es tat wohl, als wenigstens ein Teil der neuen Mämner über ihre Anschauungen und Absichten die Oeffentlichkeit unterrichtete.

Aber gerade in der Frage, welche die gegenwärtig entscheidende ist, auf die es ankommt, von deren rechtzeitiger Ordnung, ehe die kurze Frist abläuft, die innere Gesundung Oesterreichs und sein künftiges Gedeihen abhängen, vermochte die gegenwärtige Regierung nicht zu dem unumgänglichen Entschlusse zu kommen, der von ihr erwartet und von allen Einsichtigen gewünscht wurde. Es galt ein bereits festgesetztes Programm zu verwirklichen, feierlich verkündete Grundsätze Tat werden zu lassen. Es galt die Gesetzgebung lebens- und leistungsfähig zu machen für die ungeheuer großen Aufgaben, die ihrer nach dem Kriege harren. Die Oeffentlichkeit wartete und wartete, sie hörte Worte und Grundsätze, aber sie erlebte nichts, bis ihr schließlich die wenig tröstliche Botschaft ward, daß der Arzt den Patienten, der demnächst schon zu großen Werken berufen werden soll, sich selber zur eigenen Genesung überlassen will. Der Blinde soll sich selber den Star stechen, der hilflos Gelähmte sich selber irgendwo die Krücken holen! Die Zeit drängt, die Frist ist kurz — und das zögernde Ministerium Koerber scheidet aus dem Amte.

Der kommende Mann war Handelsminister im Kabinett Stürgkh und seine Berufung bedeutet wohl die Wiederanknüpfung an das abgebrochene Vorbereitungswerk jener Aera, das Bekenntnis zu ihm und seine entsprechende Verwirklichung. Die Uebernahme der Kabinettsbildung bedeutet die Uebernahme bestimmter Aufgaben. Das Wie der Erfüllung bleibt abzuwarten. Das Wohl Oesterreichs wird uns den einzigen Maßstab abgeben bei der Prüfung und Beurteilung des Tuns und Lassens der neuen Männer, auf deren Schultern in verantwortungsschwerster Stunde die Bürde der Regierung gelegt wird. — Wir alle spüren den Odem einer neuen Zeit. Morgenfrisch weht es uns an. Ein starker, klarer, wählerischer Wille gibt sich kund. Jungösterreich schreitet vertrauensvoll dem Morgenstrahl entgegen.

Reichspost
14./XII. 1916

Der Regierungswechsel und die Parteien.

Ministerpräsident Dr. v. Koerber hatte heute nach Besprechungen mit Führern des Nationalverbandes, insbesondere mit einer Abordnung der „Arbeitsgemeinschaft", die ihm ihre Wünsche über die innere Neuordnung Oesterreichs unterbreitete und nach Mitteilungen der liberalen Abendblätter diese Neuordnung „nicht im Wege des Oktrois" durchgeführt wissen will. Daß diesbezüglich zwischen den Gruppen des Nationalverbands Meinungsverschiedenheiten bestehen, wird in einer Aussendung der Arbeitsgemeinschaft in Abrede gestellt, aber andere Veröffentlichungen aus dem Nationalverband machen nicht gerade den Eindruck, als ob von Pacher bis Einspinner von Dr. Stölzel bis R. v. Pantz alles ein Herz und eine Seele wäre. Liegt die Schuld nicht am Verband, so liegt sie mindestens in den Aussendungen der verschiedenen, im eigentlichsten Sinne des Wortes „verschiedenen" Korrespondenzen.

Die „Deutschen Nachr.", die als gesamtverbandsoffiziös gelten, stellen in einer Betrachtung zur bevorstehenden „Einberufung des Reichsrates" u. a. „besonders auch die erfreulichen Fortschritte" fest, die „das Zusammenarbeiten des Nationalverbandes mit den Christlichsozialen machte". Der Artikel rechnet mit einem polnischen und einem tschechischen Block und fällt dann über Dr. von Koerber folgendes Urteil:

Ministerpräsident Dr. v. Koerber hat über die Vorbereitung und Sicherung der Reichsratstätigkeit ganz andere Anschauungen als die Vertreter des deutschen Volkes. Dr. v. Koerber scheint sich nach allen seinen bisher bekannt gewordenen Aeußerungen zu schließen, mit der Rolle eines abwartenden Zuschauers begnügen zu wollen. Es wäre aber doch wohl Aufgabe der Regierung, Vorbedingungen dafür zu treffen, daß der Reichsrat positive Arbeit im Interesse des Staates vollbringen kann. Es gilt zu zeigen, daß wir nach den weltererregenden Ereignissen des Krieges nicht wie der in den alten österreichischen Parlamentskammer zurückfallen, daß ein neues Oesterreich sich auch verfassungsmäßig aufrichtet, daß der Reichsrat der ihm obliegeneden Aufgaben gerecht zu werden vermag. Die Regierung scheint aber das Parlament sich selbst überlassen zu wollen. Geht's nicht — auch gut. Dann wird man sich schon zu helfen wissen. Dieses „Auch gut" — das ist aber eben dieser alte Jammer, das ist das „Fortwursteln", welches uns bis an den Rand des Abgrundes gebracht hat, von dem nur ein so gewaltiges Ereignis wie der Weltkrieg uns zurückzureißen vermochte. Die Gefahr liegt nahe, daß die eindringlichen Lehren des Krieges ungenützt bleiben, daß jene Folgerungen, welche eine innere Erneuerung Oesterreichs ermöglichen, nicht oder nicht rechtzeitig gezogen werden. Dieser Gefahr entgegenzuarbeiten, ist die wichtigste Aufgabe der deutschösterreichischen Politik.

•

Dem heutigen Abendblatte der „N. F. Pr." zufolge wollte Ministerpräsident Dr. v. Koerber in der allernächsten Zeit Gelegenheit nehmen, den Standpunkt seiner Regierung zu jenen schwebenden innerpolitischen Fragen, die im Kreise der Parteien besprochen werden, der Oeffentlichkeit bekanntzugeben.

Die Zeit
15./XII.1916

Sechs Wochen Koerber.

Das Kabinett Koerber ist nur sechs Wochen im Amte gewesen. Das ist freilich eine kurze Zeit, und damit mag es sich erklären, daß die Absicht, der Tätigkeit dieses Ministeriums den üblichen Nachruf zu widmen, mit einem gewissen Stoffmangel zu kämpfen hat. Aber der Erklärungs- oder Entschuldigungsgrund der kurzen Amtsdauer ist doch kein ganz zureichender, besonders nicht unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen, wo die Ereignisse einander drängen, wo der schnelle Wechsel der Situationen schnelles Zugreifen erfordert und wo die Regierungsmänner sich in Entschluß und Tat beeilen müssen, wenn sie mit dem Lebenstempo der Zeit Schritt halten wollen. Was ist in diesen sechs Wochen Koerber nicht alles in der Welt geschehen! Diese kurze Frist hat für die tapferen Heere der Verbündeten genügt, um ein weites, fruchtbares Land, die Walachei, zu erobern. Dieselbe Frist wurde in Deutschland dazu benützt, eine gesetzgeberisch und verwaltungstechnisch hochbedeutende Sache, den vaterländischen Hilfsdienst, durch alle Verhandlungsstadien fertigzubringen und auch schon auf organisatorische Grundlagen zu stellen. In derselben Frist wurden auch in England und Frankreich wichtige politische Umgestaltungen vorgenommen, begleitet von Neuorganisationen der Kriegführung und Kriegswirtschaft. Bei der Art also, wie das zeitgenössische Geschlecht des Weltkrieges seine Tage nützt, sind sechs Wochen nicht ein Zeitraum, über den man hinwegblättern könnte wie über eine leere Buchseite.

Die Geschichte des letzten Kabinetts Koerber aber ist — wenigstens nach dem, was für die Oeffentlichkeit sichtbar wurde — nicht sehr inhaltsreich gewesen. Als das Kabinett ins Amt trat, wurde es von vielen Seiten mit großen Hoffnungen begrüßt. Eines der ersten Worte des neuen Ministerpräsidenten, das programmatischen Klang hatte, galt der Lebensmittelversorgung, und es verhieß dem aufhorchenden Publikum, daß nun Ordnung geschaffen und daß alle „Widerstände gebrochen" werden sollen. In der Tat folgte alsbald die Errichtung des Amtes für Volksernährung mit einem guten Statut und mit ausreichenden Vollmachten. Das neue Amt wird ja gewiß noch von sich hören lassen und Bedeutendes leisten, aber die sechs Wochen Koerber sind, wie es scheint, mit weitwendigen Vorarbeiten ausgefüllt worden, und die aufmerksamste Berichterstattung hat nichts davon bemerken können, daß in dieser Zeit irgendwelche Widerstände gebrochen oder Mißstände des Ernährungswesens behoben worden seien. Auch von der verbesserten Justiztechnik im Kampfe gegen die „entfesselte Gewinngier" — Ankündigung des Justizministers Dr. Klein — ist bisher nichts in Erscheinung getreten.

Man könnte einwenden, daß vielleicht große Maßregeln in Vorbereitung waren, die nur durch den unerwartet frühen Abgang des Ministeriums nicht zur Ausführung gediehen seien. Aber es gibt ein anderes reformbedürftiges Verwaltungs- und Rechtsgebiet, auf dem das Kabinett Koerber sofort hätte Abhilfe schaffen können, und auf dem dies auf Grund seiner eigenen Verheißungen auch sofort erwartet und verlangt werden konnte. Dr. v. Koerber ist seit jeher im Rufe gestanden, ein Schätzer der Presse und ihrer Freiheit zu sein, und als der Wiener Journalistenverein „Concordia" ihn zu seinem Amtsantritt beglückwünschte, erwiderte er, es werde seinerseits „alles geschehen, um der Presse die Betätigung ihres wichtigen Berufes zu erleichtern". Gleichzeitig verkündete Justizminister Dr. Klein, man dürfe „überflüssige Unzufriedenheiten sich nicht ansammeln lassen", und das gelte „zumal für die Klagen über Behandlung der Presse". An den Verhältnissen der Preßzensur in Oesterreich — die im Vergleich mit der weit größeren Bewegungsfreiheit, die jetzt der reichsdeutschen Presse eingeräumt ist, doppelt beklagenswert erscheinen — hat sich aber in den sechs Wochen Koerber nicht das mindeste geändert. Ja, es ist, wo möglich, damit noch schlimmer geworden. Das muß der Wahrheit gemäß pro praeterito festgestellt werden, und pro futuro sei daran die Erwartung geknüpft, daß die kommende Regierung nach beiden Richtungen, sowohl für die leibliche wie für die geistige Ernährung der Bevölkerung, rascher und erfolgreicher vorsorgen möge als ihre Amtsvorgängerin.

Vossische Zeitung

15./XII. 1916

149

Warum Körber fiel.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Wien**, 14. Dezember.

Während in Oesterreich das Staunen über die plötzliche Krisis zunächst, d. h. in der heutigen Presse, Gedanken und Federn schonte, war man in Ungarn sofort bereit, dem Stürzenden mit unverhohlener Freude ein Lebewohl nachzurufen. Man hatte sogar in Budapest die Demission des Wiener Ministerpräsidenten früher als in Wien erfahren. Während in Wien die Nachricht erst in den Abendstunden einlief, sagte in Budapest Graf Karolyi am Nachmittag, daß der Rücktritt weitere Veränderungen zur Folge haben würde. Graf Tisza beeilte sich, zu versichern, daß er in der Ausgleichssache an Körber und Körber an ihn noch keine bindenden Erklärungen abgegeben habe, daß also der alte Stürghksche Entwurf bestehen bleibe, dessen Durchführung durch Spitzmüller, den Hauptmitarbeiter Stürghks, außer Zweifel stehe.

Um diesen Ausgleich sofort ohne Parlament durchzuführen, ist Spitzmüller sehr unverhofft zu der Würde eines Ministerpräsidenten gelangt. Nicht nur er, auch Leth, der Stürghksche Finanzminister, soll zurückkehren, vielleicht auch andere, während man von den spezifischen Exponenten des Körberschen Kabinetts, von Stibral, Franz Klein und Bobrienski leider befürchten muß, daß sie mit ihrem Erwecker oder Entdecker wieder verschwinden werden. Alles scheint in alte Bahnen zu münden; oder vielleicht erneuert sich in Kürze das Triumvirat der Jahre 1915 bis 1916, wobei wieder Graf Tisza die stärkste Person sein würde. Wir wiederholen, daß man diesem bedeutenden Staatsmanne besonders als Ausländer nicht verdenken soll, daß er alles tut, um für Ungarn einen möglichst günstigen Ausgleich zu erreichen und daß er alles tut, um sich des gleichgewachsenen Kollegen zu entledigen. Deshalb stimmte auch die ganze Opposition zu. Auch kann es ihm als Ungarn nur lieb sein, wenn der Wiener Reichsrat möglichst spät oder gar nicht zusammentritt. Aber die Gerechtigkeit fordert, festzustellen, daß nicht nur Körber als ein aufrichtiger Mann die Uebernahme des Stürghschen Entwurfes gestern abgelehnt hat und darüber gegangen ist, sondern daß auch Hohenlohe den Antrag auf die Ministerpräsidentschaft abgelehnt haben soll.

Im übrigen bestätigt sich allgemein unsere heutige Darstellung, daß nämlich nur die unerhörten Intrigen der Deutsch-Radikalen Ungarn die Kraft verleihen konnten, derart plötzlich und rasch Körber zu stürzen. Dieser ganz deutsche Minister kämpfte für Parlament und Verfassung und wurde dabei tatsächlich den anderen Völkerschaften zugetrieben, weil gerade die deutschen Gruppen, statt ihn zu stürzen, ihn in ihrer bekannten schwärmenden, kleinlichen und unpolitischen Haltung bekämpften, indem sie den verfassungswidrigen Weg des § 14 für die vier großen schwebenden Fragen forderte. Die deutsche Arbeitsgemeinschaft, die sich aus mancherlei Erwägungen und unter dem Druck verschiedener nationaler Einflüsse den Radikalen anschloß, und die Christlich-Sozialen, die in Körber stets den freisinnigen, freiheitlichen Geist bekämpften, forderten mehr oder weniger entschieden in diesen Tagen und noch gestern vormittag von Körber die Oktroyierung der neuen Geschäftsordnung, des neuen Galiziens, der böhmischen Sprachenverordnung und des ungarischen Ausgleichs.

Für Deutschland ist unter allen diesen Vorgängen der wichtigste die Frage des Ausgleichs. Warum diese Frage von eminenter Bedeutung für uns ist, sowie der Zusammenhang der österreichisch-ungarischen und der deutschen Verhandlungen mit der Monarchie, wurde hier wiederholt dargelegt. In diesen Dingen hat Graf Apponyi heute in Budapest gegen Tisza polemisiert, weil er unklar gelassen hätte, ob die ungarische Regierung für einen langen, für einen 20 bis 25 Jahre langen Ausgleich mit Oesterreich sei, aus welchem Grund allein wir in Deutschland mit der Monarchie lange Handelsverträge schließen könnten. Je nach ihrem Standpunkt wünschen die Ungarn einen langen oder kurzen Ausgleich, berechnen also ihre Chancen verschieden von einer parlamentarischen Lösung der Frage oder einer durch Oktroyierung.

Apponyi erinnerte Tisza daran, daß er im August den Wunsch der Opposition, den Ausgleich mit dem Reichsrat verfassungsmäßig zu beraten, eine „staatsrechtliche Wahnidee" genannt hätte. Und doch würde nur die Einhaltung dieser regulären Form gegen Ungarn bestimmte Garantien sichern. Andererseits wäre auffallend, daß Körber gerade die Urheber und Vertreter des langfristigen Stürghschen Ausgleiches sogleich entlassen hätte. Der Trugschluß, welcher hierin liegt, ist vielleicht ein politischer Kunstgriff. Denn Körber hatte jene Minister zwar nicht wegen der Langfristigkeit, sondern wegen der Ungarnfreundlichkeit dieses Ausgleiches aus seinen Listen gestrichen.

Immerhin ist zu hoffen, daß wir in Deutschland uns eines langen Ausgleichs erfreuen trotz Körbers Rücktritt. Diesen selbst hat niemand schlagender geschildert, als das „Prager Tagblatt", wo es heißt: „Körber, ein Mann, auf den stolz zu sein jeder Oesterreicher ein gutes Recht hatte, ist durch geschleuderte Biergläser von seinem Platz gescheucht worden. Vielleicht wird angesichts dieser Tatsache die erstaunte Mitwelt fragen, wie es möglich sei, daß ein Mann, der mit den besten Absichten und einem großen Programm sein Amt antrat, vor Biergläsern weichen konnte. Aber diese Frage hängt allzusehr mit alten Erinnerungen zusammen, mit Erinnerungen an Leute, denen das Amt wichtiger war als die Ueberzeugung. Der Glaube an den Geist, das Bild eines politisch wirksamen Geistes sind so selten geworden, daß dieser absolute Mangel an Streberei und die Selbstlosigkeit, mit der Dr. von Körber an den anständigen Sitten parlamentarisch regierter Länder festhielt, allerdings überraschen mußte. Die Deutsch-Radikalen sind den Ungarn zu Hilfe gekommen. Die Politik der antiparlamentarischen Tafelrunde wird das deutsche Volk bezahlen."

Emil Ludwig

Neues Wiener Tagblatt

15./XII. 1916

Einberufung des niederösterreichischen Landtages?

Die „Landtagskorrespondenz" berichtet:

Gestern fand unter dem Vorsitz ihres Obmannes Anton Baumann eine zahlreich besuchte Sitzung der Christlichsozialen Vereinigung des niederösterreichischen Landtages statt. Bei derselben kam in einmütiger Weise der Wunsch nach baldiger Einberufung des Landtages zum Ausdruck. Es wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, den Landmarschall und den Obmann der Vereinigung zu beauftragen, bezüglich dieser Frage mit den übrigen Landtagsparteien sofort in Verhandlung zu treten und von der Regierung die Ausführung der dafür erforderlichen Maßnahmen zu verlangen. Für die Abordnung in dieser Angelegenheit wurden bestimmt: der Landmarschall Prinz Alois von und zu Liechtenstein, Landesausschuß Mayer sowie die Abgeordneten Baumann, Dr. Geßmann, Müller, Spalowsky und Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Zur eingehenden Beratung gelangten die Approvisionierungsfragen, sowohl auf dem Gebiete der Produktion, als auch auf jenem der Versorgung der konsumierenden Bevölkerung. Es kamen dabei ausführlich verschiedene behördliche Maßnahmen zur Sprache. An den Landesausschuß wurde das Ersuchen gerichtet, für die Landesbeamten und Angestellten eine entsprechende Teuerungszulage zu gewähren. Ebenso wurde der Beschluß gefaßt, in nächster Zeit abermals eine Sitzung der Vereinigung einzuberufen.

Neues Wiener Tagblatt
15./XII. 1916

Schaffung einer deutschfortschrittlichen Reichspartei.

Prag, 14. Dezember. (Privattelegramm.) Die Landesparteileitung der deutschen Fortschrittspartei in Böhmen und die Leitung der deutschen Fortschrittspartei in Mähren haben die Vereinigung der beiden Parteien unter Aufrechterhaltung der selbständigen Landesorganisationen beschlossen. Dieser Zusammenschluß soll ähnlich wie dies bereits seitens andrer deutscher Parteien geschehen ist, die Schaffung einer deutschfortschrittlichen Reichspartei anbahnen. Bis zur Gründung der Reichspartei wird die Leitung der gemeinsamen Parteiangelegenheiten in der Hand eines vorläufigen Vollzugsausschusses liegen, der zugleich auch die Aufgabe haben wird, mit den nahestehenden Gruppen in den andern Kronländern zum Zweck der Vorbereitung der Reichspartei Fühlung zu nehmen und die Vorarbeiten durchzuführen. Der Zusammenschluß der beiden Parteien soll auch die Bewegung für eine wirksame nationale Einheit Deutschösterreichs fördern. Dem vorläufigen Vollzugsausschuß gehören neben den Vorsitzenden der beiden Landesparteileitungen Landeshauptmannstellvertreter kaiserlicher Rat Josef Jellinek in Brünn und Professor Dr. Kaffka in Prag, die im Vorsitz abwechseln werden, je fünf Vertreter aus Mähren und aus Böhmen an.

Abendbl.
15./XII. 1916

154

Der Regierungswechsel.

Ueber den Stand der Kabinettsbildung, mit welcher Herr Dr. v. Spitzmüller betraut wurde, liegen zur Stunde noch keine zuverlässigen Nachrichten vor; mit den von gewissen Blättern vorgetragenen angeblichen Gerüchten, Meinungen und Mutmaßungen, die zumeist Privateigentum der betreffenden Federn selber sind, sich zu befassen, lohnt sich nicht.

Zum Verständnisse der Lage und der Personenauswahl, die Dr. v. Spitzmüller treffen wird, empfiehlt es sich, die wesentliche Bestimmung des neuen Kabinetts sich vor Augen zu halten. Das Arbeitspensum des Kabinetts Spitzmüller ist scharf umrissen, groß und inhaltsschwer, aber begrenzt. Wie jetzt vor Weihnachten in den Wohnungen „gründlich gemacht" wird, so wird dem neuen Kabinett die große Aufräumungsarbeit obliegen, die Aufräumungsarbeit und das Ebnen des Weges. Die Monarchie hat einen neuen Träger der Krone erhalten und da ist das Bestreben, der Zukunft Oesterreichs durch die Mauer der Hindernisse ein weites Tor zu brechen, bevor noch der Ablauf der Frist bis zur Gelöbnisablegung auch diese letzte Möglichkeit verrammelt, doch gewiß begreiflich und erfreulich. Wir müssen endlich ins Freie, wir brauchen Licht und Luft, wir brauchen Bewegungsfreiheit, wir wollen nicht zwischen den Staubfängen einer politischen Rumpelkammer, in die wir in den Jahrzenten des innern Haders geraten sind, ersticken. Wir brauchen freie Bahn für die Zukunft um so dringender, als der Krieg der Gesetzgebung ein ungeheueres Arbeitsgebiet zuweisen wird. Fehlte es der Gesetzgebung an der Möglichkeit, sich ganz den gewaltigen Aufgaben der Nachkriegszeit zu widmen und die Erwartungen der Bevölkerung zu erfüllen, würde sie durch das Gerümpel der Vorkriegszeit gestört und behindert, so wäre dies das größte Unglück, das Oesterreich treffen könnte, das größte Unglück deshalb, weil nach so ungeheuren Opfern der Bevölkerung große Hoffnungen den einzigen Trost bilden und eine herbe Enttäuschung einfach katastrophal für unser ganzes öffentliches Leben werden und den öffentlichen Geist völlig vergiften und verderben müßte. Einem solchen Verhängnis vorzubeugen ist Pflicht, ist staatsmännischer Vorausficht eine selbstverständliche Aufgabe. Daraus ergibt sich die Mission des neuen Kabinetts, seine historische Aufgabe, aber auch seine sachliche wie zeitliche Beschränkung von selbst; es stimmt ganz mit unseren wiederholten Darlegungen überein, wenn das „Fremdenblatt" heute verkündet:

> Die neue Regierung wird sich vor Aufgaben gestellt sehen, deren Bewältigung an die Entschlossenheit und an die Arbeitskraft der Minister die größten Anforderungen stellen. Wenn er jetzt an die Spitze der Regierung tritt, so ist ihm keine der Fragen fremd, zu deren Lösung er berufen wurde. Da er noch vor zwei Monaten Mitglied der Regierung gewesen ist und eines der wichtigsten Portefeuilles verwaltet hat, so ist es für ihn nicht mehr notwendig, erst die Materie, mit der er sich beschäftigen muß, kennen zu lernen. Er ist den Fragen, die er bereinigen soll, nicht fremd geworden und er knüpft an eine ganz nahe Vergangenheit an, um sein Werk in der Zukunft zu vollbringen.

Es entspricht weder einer sachlichen Betrachtung der Dinge, noch wird damit dem scheidenden Ministerium ein Dienst erwiesen, wenn die Presse, die von Koerbers Rücktritt überrascht wurde und ihn beklagt, wie das sozialdemokratische Hauptorgan, die Sache so darstellt, als wäre Dr. v. Koerber „kurzerhand entlassen", gleichsam auf Knall und Fall fortgeschickt worden [illegible]

die Klage—blätter ihre Wissenschaft? Es liegt kein Grund vor, sich an etwas anderes als an den Wortlaut der kaiserlichen Handschreiben zu halten und zu folgern, daß das Ministerium Koerber eben deshalb um seine Entlassung ersucht hat, weil es jenes Aufgabenprogramm, zu welchem sich der Handelsminister des Kabinetts Stürgkh bereit erklärte, nicht übernehmen mochte, sei es aus grundsätzlichen Bedenken, sei es, weil ihm die Bürde zu schwer erschien oder sei es, weil es an einer bloßen Aufräumearbeit seine großen Kräfte, seine Staatskunst nicht verbrauchen wollte. Aber auch in der Politik gilt das Wort, das über dem Tor des Olbrichbaues am Getreidemarkt steht: Der Zeit ihre Kunst. Was nützt uns dasschönste, großzügigste Programm, solange die vielleicht lästige und verantwortungsvolle, jedenfalls aber unumgängliche Vorbereitungsarbeit zu tun bleibt? Zuerst das eine, dann das andere, zuerst die Voraussetzung, dann die Schlußfolgerung. Daraus erklärt sich der Regierungswechsel.

Die „A.-Z.", noch immer fassungslos über die von ihr verschlafene Aenderung, bemüht sich, einen Widerspruch zwischen unseren Urteilen über den neuen Mann zu konstruieren. Da wir uns seit seiner Betrauung aus Gründen der Sachlichkeit mit Absicht jedes Urteiles über ihn enthalten haben — wir beurteilen Taten, nicht Personen, und die Taten des neuen Kabinetts bleiben doch erst abzuwarten — so muß sich das Blatt damit behelfen, daß es die Schlußsätze unseres gestrigen Leitaufsatzes auf den Betrauten statt auf den Auftraggeber bezieht und dadurch einen sonnenklaren Inhalt ummünzt. Geschichtsklitterei ist wirklich keine Kunst mehr.

Neue Freie Presse Abend
15./XII. 1916

VI. 15
156

Der Ministerwechsel in Oesterreich.

Eine Zeit der wichtigsten Beschlüsse.

Wien, 15. Dezember.

Wir hoffen, daß ein Rückfall in die Zensurwirtschaft unter dem Grafen Stürgkh gegenwärtig der öffentlichen Meinung nicht gewaltsam aufgezwungen werden wird.

Die österreichische Politik ist in einem Abschnitte, in dem die wichtigsten Beschlüsse zu fassen sind, wichtiger als jemals zuvor. Das ganze öffentliche Leben wird von ihnen berührt werden. Wir sind vor Entscheidungen von gar nicht abzusehender Tragweite. Parlament oder Verordnung, darüber soll entschieden werden; auch darüber, ob die agrarische Politik für lange Zeit die Möglichkeit einer Herabsetzung der Selbstkosten beim Wettbewerbe mit dem Auslande erleichtern, den Abschluß von Handelsverträgen mit dem Balkan und mit dem Osten fördern und die Lösung der Nahrungsfrage im Frieden und nicht bloß im Kriege zulassen solle. Das Verhältnis zu Ungarn ist zu regeln, die wirkliche und nicht die scheinbare Parität zu sichern und die Grundlage nationaler Auskömmlichkeit zu schaffen.

In solchen Zeiten muß der öffentlichen Meinung die nötige Freiheit gegeben werden, damit sie ernste Fragen ernst und mit Nachdruck erörtern und damit die wirkliche Volksgesinnung zum Ausdruck gebracht werden könne. Es muß gestattet sein, das Staatsinteresse nach freier Ueberzeugung zu vertreten und mit bestem Wissen und Gewissen zur inneren Festigung des Reiches beizutragen. Die Erfüllung dieser vaterländischen Pflicht ist notwendig und darf nicht verhindert werden. Für unsere innere Politik hat es keinen Zeitpunkt gegeben, der von so großer Bedeutung gewesen wäre, wie der jetzige, und in dem Irrtümer so weitreichende Folgen haben könnten.

Reichspost

16/XII. 1916

Die Verneuerung des Inauguraldiploms.

Ausweitungen des Dualismus.

In der gestrigen Sitzung des ungarischen Ausschusses zur Redigierung des Inauguraldiploms hat Graf Tisza zwei auch für Oesterreich wichtige Mitteilungen gemacht.

Der ungarische Ministerpräsident erklärte, er sei „von Sr. Majestät ermächtigt worden, auch im Namen Sr. Majestät jene indiskutable Tatsache festzustellen, daß die ungarische Königswürde von der österreichischen kaiserlichen einen gesonderten selbständigen, mit der letzteren in Parität stehenden Charakter besitze," daß dies auch dem Standpunkt Seiner Majestät entspreche, und daß diese Tatsache durch den von Sr. Majestät festgestellten Allerhöchsten Titel weder tangiert nach verdunkelt werden könne. — Durch diese Erklärung des ungarischen Ministerpräsidenten, der sich dabei auf die ausdrückliche Ermächtigung durch den Kaiser-König beruft, erfährt der Dualismus zweifellos eine bedeutsame Ausgestaltung, allerdings eine, der schon bei der Neuregelung der Wappenfrage vorgearbeitet wurde; schon damals ward die Beschränkung der Kaiserwürde auf das Gebiet „der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder", nunmehr „Kaisertum Oesterreich" genannt, vollzogen, die Ueberordnung der Kaiserwürde durch eine Nebeneinanderstellung der beiden Wappen und Kronen aufgehoben und der Hauptgedanke des kaiserlichen Patentes vom 11. August 1804, mit welchem unter Zustimmung Ungarns und ausdrücklich „in Rücksicht auf dessen (des Hauses Oesterreich) unabhängige Staaten" (nämlich auf die nicht zum deutschen Reich gehörenden Staaten) für den „vereinigten österreichischen Staatskörper" die erbliche Kaiserwürde („Kaiser von Oesterreich") geschaffen wurde, preisgegeben, eine Tat, die von Ungarn als logische Folgerung aus dem 67er Ausgleich längst verlangt worden war Die gestrige Mitteilung des ungarischen Ministerpräsidenten zieht die letzte Folgerung aus der Neuordnung gelegentlich der Wappenfrage. Der Dualismus erscheint bis in seine letzten Konsequenzen ausgebaut. An die Vergangenheit erinnert nur mehr der Titel „Haus Oesterreich" der in beiden Staaten regierenden Dynastie, der sich allerdings ebensowenig beseitigen läßt wie jede beliebige andere geschichtliche Tatsache.

Die zweite Mitteilung des Grafen Tisza betrifft den Text des Inauguraldiplomes, der Krönungsurkunde. Es ist bei der Abfassung dieser Urkunde, welche den jeweiligen Stand der staatsrechtlichen Verhältnisse und Auffassungen spiegeln will, aber häufig auch als ein Mittel zur Machterweiterung der ungarischen Stände gegenüber dem König diente, selten ohne Streit abgegangen, öfters scheiterten bekanntlich sogar die Bemühungen, ein Einvernehmen herzustellen, völlig. Auch diesmal sucht Ungarn die Gelegenheitt zu „Verbesserungen" des Textes im Sinne seiner staatsrechtlichen Auffassungen zu benützen. Aus dem Munde des ungarischen Ministerpräsidenten erfährt man, daß es zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung bezüglich des sogenannten Großen Titels, mit welchem das Krönungsdiplom beginnt, zu Meinungsverschiedenheiten gekommen sei, die bisher nicht überbrückt werden konnten. Welcher Art diese Meinungsverschiedenheiten waren, darüber sagte Graf Tisza nichts; vielleicht ist bei der in Ungarn jetzt besonders stark auftretenden Tendenz, völlig reinen Tisch zu machen und die dualistische Zweiteilung bis in die letzten Konsequenzen durchzuführen, die Vermutung zulässig, daß die ungarische Regierung eine dem Dualismus entsprechende Gruppierung der verschiedenen Titel im Großen Titel wünschte, bei dem Charakter des letzteren allerdings keine leichte Aufgabe. Der im Inauguraldiplom von 1867 enthaltene Große Titel lautet nämlich:

„Wir Franz Josef der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, apostolischer König von Ungarn, Böhmen, Dalmatien, Kroatien, Slavonien, Galizien, Lodomerien, Rama, Serbien, Rumänien und Bulgarien; König von Illyrien, Jerusalem usw., Erzherzog von Oesterreich, Großherzog von Toskana und Krakau, Herzog von Lothringen, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain und Bukowina; Großfürst von Siebenbürgen; Markgraf von Mähren, Herzog von Ober- und Niederschlesien, Modena, Parma, Piacenza, Guastala, Auschwitz, Zator, Teschen, Friaul, Ragusa, Zara usw.; Graf von Habsburg, Tirol, Kyburg, Görz und Gradiska; Fürst von Trient und Brixen; Markgraf von Ober- und Niederlausitz und Istrien; Graf von Hohenembs, Feldkirch, Bregenz, Sonnenberg usw.; Herr von Triest, Cattaro, auf der windischen Mark usw."

Die Schwierigkeit einer dualistischen Gruppierung dieser Titel liegt auf der Hand, zumal auf einige dieser Titel beide Staaten Anspruch erheben dürfen. — Nur bezüglich einer Sache konnte Graf Tisza bereits eine — Ungarns Wunsch erfüllende — Entscheidung mitteilen.

Das Epithnton „apostolisch", das bisher auf alle Königstitel bezogen werden konnte, wird künftig dem ungarischen Königstitel vorbehalten bleiben durch die kleine Abänderung: „Wir Karl der I., durch Gottes günstiger Gnade Kaiser von Oesterreich, dieses Namens IV. Apostolischer König von Ungarn, König von Böhmen usw." In der Tat entspricht diese Textierung der Geschichte, da der Titel eines „Apostolischen Königs" dem heil. Stefan von Ungarn vom Papst Sylvester ums Jahr 1000 zugleich mit der Königskrone in einer Bulle, deren Echtheit freilich nicht unbestritten ist, verliehen wurde als päpstliche Auszeichnung für die ungarischen Könige, so wie Frankreichs Könige vom Papst den Ehrentitel „christlichster König" und die Könige von Portugal den Ehrentitel „gläubigster König" erhalten haben. Als eine Pikanterie darf es angemerkt werden, daß die jüngste Errungenschaft, die wirksamere Sicherung der päpstlichen Auszeichnung Ungarns

Ungarbüdget für die Weihnachtszeit.

In prächtiger Ausstattung bietet der rührige Verlag [illegible] eine Neuausgabe der „Rinder-

[illegible] von Bornheim, ehe sie nun mitgeteilt werden, [illegible] den Stab brach.

Reichspost
16./XII. 1916

Der Regierungswechsel.

Die Ministerliste Dr. v. Spitzmüllers ist, wie wir erfahren, fertig, doch erleidet die Ernennung und ihre Verlautbarung durch die Abreise des Kaisers zur Front eine kleine Verzögerung bis zur Rückkehr des Monarchen.

Die Umstände gestatten nunmehr die Veröffentlichung der Ministerliste, die voraussichtlich nicht mehr erhebliche Veränderungen zu befürchten hat:

Präsidium: Dr. v. Spitzmüller
Inneres: Freiherr v. Handel
Landesverteidigung: Freiherr v. Georgi
Unterricht: Freiherr v. Hussarek
Justiz: Baron Schenk
Eisenbahnen: Freiherr v. Forster
Finanzminister: Sektionschef Dr. Wimmer
Arbeiten: Baron Trnka
Ackerbau: Dr. Seydler
Ohne Portefeuille (Galizien): Dr. Bobrczynski.

Bezüglich der Besetzung des Handelsministeriums fehlt in der uns zugekommenen Mitteilung die Angabe. Es würden demnach aus der Regierung ausscheiden: Dr. v. Koerber, Freiherr v. Schwartzenau, Dr. Klein, Dr. Marek, General Schaible, Graf Clam-Martinic. Dem Kabinett Stürgkh gehörten bereits an Dr. v. Spitzmüller, Freiherr v. Georgi, Freiherr v. Hussarek, Freiherr v. Forster und Baron Trnka.

Wie in unserer Nachmittagsausgabe festgestellt wurde, ist die Mission des neuen Kabinetts sachlich und zeitlich beschränkt. Unter den neuen Männern ist wohl die markanteste Persönlichkeit Freiherr v. Handel, Statthalter von Oberösterreich, in der Aera Stürgkh nach Kriegsausbruch ins Ministerium des Innern zur Ausarbeitung großer Reformen in der politischen Verwaltung berufen, darunter auch der Kreiseinteilung in Böhmen. Ein großer Teil des Arbeitsprogrammes des neuen Kabinetts wird mit dem Namen des neuen Ministers des Innern verknüpft sein. Freih. v. Handel stand während des Krankenurlaubes des Prinzen v. Hohenlohe bereits dem Ministerium des Innern vor.

Verzeichnet zu werden verdient der seltene Fall, daß einmal die gesamte arische Wiener Presse (einschließlich des alldeutschen Organs!) in der Beurteilung der politischen Auffassungen des scheidenden Ministerpräsidenten im wesentlichen übereinstimmt. Die selbstverständliche Einmütigkeit des Urteils der deutschgeschriebenen nichtarischen Presse Wiens und ihrer Ableger in den Provinzstädten (Prag usw.) fällt nicht weiter auf.

Die Zeit Abendbl
16./XII. 1916

Die Wünsche der Christlichsozialen.

Die christlichsoziale Partei versendet folgendes Communiqué:

Der Vorstand der Christlichsozialen Vereinigung hielt unter Vorsitz des geschäftsführenden Obmannes Landtagsabgeordneten Stöckler eine längere Beratung, in der er die durch den Rücktritt des Kabin Koerber und die Designierung des Geheimen Rates Dr. v. Spitzmüller zum Ministerpräsidenten geschaffene politische Lage erörterte. Er erklärt die Politik des neuen Ministeriums in voller Sachlichkeit lediglich nach dessen Handlungen beurteilen zu wollen. Der Vorstand legt den größten Wert darauf, daß in den Ausgleichsvereinbarungen mit Ungarn die staatsrechtlichen, finanziellen und wirtschaftlichen Interessen Oesterreichs volle Wahrung finden. Die längere Dauer der zu schließenden Ausgleichsverträge ist ein Erfordernis der auswärtigen Politik und der künftigen Bündnisfähigkeit der Monarchie. Doch darf dieselbe nicht durch spezielle Zugeständnisse an die ungarischen Interessen auf Kosten der österreichischen erreicht werden. Desgleichen erklärt sich die christlichsoziale Partei gegen zollpolitische Bestimmungen, die geeignet wären, die schon vor dem Kriege überaus schwierige und kostspielige Lebenshaltung der Bevölkerung Oesterreichs neuerlich zu erschweren.

Die christlichsoziale Partei erwartet von dem neuen Ministerium, daß es den Fragen der Lebensmittelversorgung die größte Aufmerksamkeit zuwende, den Lebensmittelwucher bekämpfe und die Tätigkeit der Kriegszentralen scharf beaufsichtige. Sie verlangt ferner, daß vor dem Zusammentritt des Abgeordnetenhauses zu einer Arbeitssession Bürgschaften für den ungestörten und ergebnisreichen Verlauf der Tagung und für eine allseits als notwendig erkannte gründliche Reform der Geschäftsordnung geschaffen werden.

Die Partei bringt zum Ausdruck, daß die Regierung in Verfolg dieser Bestrebungen auf die Unterstützung der christlichsozialen Partei zählen kann.

Tägliche Rundschau
16/XII. 1916

16
164

Die Ordnung der Sprachenfrage in Oesterreich.

Es ist jetzt viel von der Verjüngung Oesterreichs durch den Krieg die Rede. Das Wort wäre mißverstanden, wenn man es so auffaßte, daß der Krieg als solcher derartiges zustande gebracht hätte; aber er kann sehr wohl seine verjüngende Kraft bewähren, wenn er die Herrschenden lehrt, was dem Staate nottut — und in dieser Richtung hat er gewiß eindringlich genug gepredigt.

Daran, daß Oesterreich sowohl wie Ungarn von zahlreichen Völkern bewohnt ist, daß sie also Völkerstaaten und nicht Nationalstaaten sind, kann gewiß kein Weltkrieg etwas ändern. Er kann aber wohl die Notwendigkeiten aufzeigen, die sich für die Ordnung der sprachlichen Verhältnisse ergeben, die diesseits und jenseits der Leitha nach genau entgegengesetzten Grundsätzen geregelt sind: in Ungarn ausschließliche Geltung der madjarischen Staatssprache, was soweit geht, daß den nichtmadjarischen Bewohnern Schule und Bildungsmittel in der eigenen Muttersprache versagt sind, in Oesterreich — wenigstens in der Theorie — die volle Gleichberechtigung aller Sprachen. Wenn die deutsche Sprache sich doch noch eine gewisse Vorzugsstellung als innere Dienstsprache bei den meisten Behörden wenigstens in West-Oesterreich erhalten hat, so dankt sie dies nur dem Umstand, daß die Durchführung der Gleichberechtigung zu einem Chaos führen müßte, das die ganze Staatsmaschine sofort zum Stillstand brächte. Da es sich aber nicht um klare Abgrenzungen der sprachlichen Rechte handelt, der Sprachgebrauch der Behörden sich vielmehr auf zahllose, zeitlich teilweise weit zurückreichende Verordnungen stützt, die in ihrer Gültigkeit wiederum vielfach bestritten werden, so verbrauchte sich bisher die Energie der politischen Parteien in den Kämpfen um diese sprachlichen Rechte, Kämpfe, die nicht etwa bloß auf parlamentarischem Boden geführt wurden, sondern vor den obersten Gerichtshöfen ebenso wie vor dem kleinsten Bezirksgericht. Um aber diese Energie für fruchtbringendere Tätigkeit freizumachen, ist ein Staatssprachengesetz wohl das dringendste Erfordernis einer neuen Zeit und eines verjüngten Oesterreich.

Dann wird auch endlich mit dem großen Unfug aufgeräumt werden, der seit Jahren bei uns mit dem Worte „Gleichberechtigung" getrieben wurde. In jedem Kulturstaate sind die Bürger „gleichberechtigt". Die „Gleichberechtigung" gilt nirgends als eine Anweisung auf den sozialistischen Zukunftsstaat. Und vernünftigerweise kann das Wort von der „Gleichberechtigung der Volksstämme" in der österreichischen Verfassung die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß es große und kleine Völker gibt, daß die Sprachen der ersteren einen größeren Verkehrs- und Kulturwert haben als die der letzteren, daß der Tscheche es nötiger hat deutsch zu lernen als umgekehrt. Die Gleichberechtigung kann sich vernünftigerweise doch nur darauf beziehen, daß niemand in Ausübung seiner bürgerlichen Rechte oder in seinem Lebenserwerb dadurch zu Schaden kommen soll, daß er irgendeinem bestimmten Volksstamm angehört und nur dessen Sprache spricht. Woraus denn folgt, daß der Tscheche natürlich dort, wo sein Volk seinen angestammten Wohnsitz hat, bei allen Behörden in seiner Sprache sein Recht finden muß und nicht gezwungen werden kann, sich im Verkehr mit diesen Behörden einer anderen Sprache zu bedienen als seiner Muttersprache. Daß dies nur für das Wohngebiet seines Volkes gelten kann, ergibt sich schon aus praktischen Gründen, denn man müßte sonst die Forderung erheben, daß alle Behörden in Oesterreich in acht Sprachen amtieren.

Ebensowenig kann die Gleichberechtigung mit der inneren Amtssprache der Behörden etwas zu tun haben, d. h. man kann aus ihr nicht folgern, daß nun ein Tscheche oder Slowene, ohne sich um irgendwelche andere Sprachkenntnisse zu bemühen, das Recht haben müsse, jede beliebige Staatsstellung einzunehmen (wir hatten immerhin schon tschechische Minister, die das Deutsche nur geradebrecht haben). Es wäre auch grotesk, wenn der Staat von seinen juristisch gebildeten Beamten zwar fordern dürfte, daß sie Latein und Griechisch gelernt haben, nicht aber, daß sie deutsch können; immerhin waren wir beinahe so weit. Daß es aber gerade die deutsche Sprache ist, die sich allein als innere Dienstsprache des ganzen staatlichen Betriebes eignet, ergibt sich ebenso aus der geschichtlichen Entwicklung, wie aus Gründen der Zweckmäßigkeit. Tatsächlich ist ja die deutsche Sprache stets auch die Vermittlungssprache zwischen den slawischen Völkern Oesterreichs, ja den Slawen überhaupt gewesen. Und das, was hier naturgemäß der Staat im Interesse seines Bestandes fordern muß, kann nicht als eine Bevorzugung der Deutschen ausgelegt werden, die ja übrigens auch zu rechtfertigen wäre, wenn man die Rechte nach den Leistungen mißt, die die einzelnen Volksstämme dem Staate darbringen. Aber gerade an dieser Notwendigkeit, die deutsche Sprache lernen zu müssen, ohne daß man den Deutschen einen gleichen Zwang auferlegen kann, reibt sich das überreizte Nationalgefühl der Slawen Oesterreichs immer wieder wund. Es ist dies nicht schlechthin in der Psyche des kleinen Volkes gelegen. Wie oft habe ich Gelegenheit gehabt, z. B. einem Holländer ein Kompliment über seine Vielsprachigkeit zu machen und habe regelmäßig die Antwort erhalten: Wir müssen doch, der Eilzug bringt uns ja in einer Stunde außer Landes. Im übrigen war die Abneigung gegen die Erlernung nichtdeutscher Landessprachen unter den Deutschen Oesterreichs in den letzten Jahren beständig im Abnehmen. Eine gesetzliche Reglung der ganzen Sprachenfrage wird diese Geneigtheit nur fördern, besonders wenn unter dem Gesichtspunkte der militärischen Notwendigkeit auch seitens des Heeres ein Druck auf die Erlernung der Landessprachen seitens der deutschen Reserveoffiziere ausgeübt wird, gleichzeitig mit verstärkten Anforderungen bezüglich der Kenntnis der deutschen Armeesprache bei den nichtdeutschen.

Ueber die Grundzüge eines Sprachengesetzes erübrigen nach dem bisher Gesagten wenige Worte: innere deutsche Amtssprache im ganzen Staatsgebiete West-Oesterreichs (an die innere polnische Amtssprache, die in Galizien seit nahezu 50 Jahren zu Recht besteht, wird man naturgemäß heute weniger denn je rühren wollen); Gleichberechtigung der nichtdeutschen Landessprachen mit der Staatssprache im äußeren Dienst dort, wo der Volksstamm, der die betreffende Sprache spricht, seinen angestammten Wohnsitz hat. Die Abgrenzung dieser Wohnsitze bietet in manchen Gebieten gewisse Schwierigkeiten; ist aber die innere deutsche Amtssprache und natürlich auch die Zulässigkeit der deutschen Sprache im äußeren Verkehr für das ganze Staatsgebiet festgesetzt, dann braucht man auch vom deutschen Standpunkt in bezug auf die Abgrenzung der Sprachgebiete nicht allzu ängstlich zu sein.

Prof. Dr. Paul Samassa.

Neues Wiener Tagblatt

17./XII.1916

167

Der Zusammenschluß der deutschen Parteien.

Prag, 16. Dezember. (Privattelegramm.) Der Deutsche Volksrat für Böhmen hielt heute unter dem Vorsitz des Obmannes Dr. Titta in Prag eine sehr gut besuchte Sitzung ab, an welcher auch die Abgeordneten Pacher, Knirsch und Hummer teilnahmen.

Hauptgegenstand der Beratung war die Erörterung der nationalpolitischen Lage. Abgeordneter Pacher erstattete einen sehr eingehenden Bericht über die Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse in Oesterreich, woran sich eine längere Aussprache schloß, an der sich fast alle Anwesenden beteiligten. Dem Abgeordneten Pacher wurde für seine die Sachlage außerordentlich klarlegenden Ausführungen der Dank der Versammlung ausgesprochen. Es wurde mit besonderer Freude der im Deutschen Nationalverband angebahnte Zusammenschluß der deutschen Parteien begrüßt, der endlich die langersehnte Einheitlichkeit in der Führung der deutschen Politik verwirklichen soll.

In der Sitzung wurde ferner beschlossen, die Vorarbeiten für die Schaffung eines deutschböhmischen nationalpolitischen Archivs in Angriff zu nehmen.

Aus dem Polenklub.

Unter Vorsitz des Obmannes R. v. Bilinski beriet Donnerstag die parlamentarische Kommission des Polenklubs. Infolge des Rücktrittes Doktor v. Koerbers wurden hauptsächlich die politische Lage sowie die Forderungen des Wiederaufbaues und die Frage der Sonderstellung Galiziens erörtert. In letzterer Beziehung wurde, wie die „Poln. Nachrichten" melden, die allseitige Ueberzeugung festgestellt, daß die Sonderstellung Galiziens konform mit der Absicht des kaiserlichen Handschreibens an Dr. v. Koerber vom 4. November d. J. in einer solchen Weise durchgeführt werde, daß die anscheinende staatsrechtliche Loslösung des Landes in Wirklichkeit zu einer um so engeren politischen Verknüpfung mit dem Staat führen müsse.

Von dieser Ansicht geleitet, hat die Kommission beschlossen, vier Subkomitees einzusetzen, welche die mit der Sonderstellung Galiziens zusammenhängenden Fragen wahrzunehmen haben. Die Subkomitees sind nach den betreffenden Materien eingeteilt, für die Verfassungs- und Verwaltungsfrage, Vorsitzender R. v. Bilinski, für die finanzielle Regelung Vorsitzender Dr. Leo, für die wirtschaftlichen Angelegenheiten Vorsitzender Graf Zdzislaw Tarnowski, für die Kriegsentschädigungsfrage v. Dlugosz.

Hinsichtlich der Frage, ob der Polenklub dem parlamentarischen oder außerparlamentarischen Vorgang bei der Sonderstellung den Vorzug gebe, wird in führenden Kreisen erklärt, daß die politische und wirtschaftliche Zufriedenstellung des Landes und die dadurch zu bewirkende Kräftigung des Staatsgedankens für die Beurteilung der Lage entscheidend ist.

Reichspost

18./XII. 1916

Das neue Kabinett.

Kaiser Karl weilt seit heute früh wieder in der Reichshauptstadt. Die bis zur Rückkehr des Monarchen verschobene Ernennung der Mitglieder des neuen Kabinetts dürfte somit ohne Verzug erfolgen und voraussichtlich noch heute bekanntgegeben werden können.

Damit wird ein Systemwechsel, dessen Bedeutung die leidenschaftlichen Schreie eines großen Teiles der Presse bezeugen, zur Tatsache. Es bleibt abzuwarten, ob und wie das neue Kabinett dem ihm gewordenen Auftrag entsprechen wird, ob es dem Ruf der Geschichte Folge leisten und das große Werk vollbringen wird, durch welches Oesterreich, nach so unerhörten Beweisen seiner Lebenskraft, nach so herrlichem allseitigen Aufflammen vaterländischer Begeisterung, vor dem katastrophalen Unglück eines Rückfalls in den alten Jammer bewahrt werden soll. Wir glauben wohl das scharf umrissene Arbeitsprogramm des neuen Kabinetts, den Kreis der Aufgaben zu kennen, zu deren Bewältigung es berufen ward, aber ob es sich des Vertrauens auch würdig erweisen und ob die kommende Wirklichkeit den Erwartungen Erfüllung bringen wird, das muß abgewartet werden. An Schwierigkeiten und Hemmungen wird es der neuen Regierung nicht fehlen; sie wird es leichter haben, wenn sie in der entscheidenden Stunde sich anders entschließt als Herkules am Scheidewege oder vom bereits beschrittenen rechten Wege sich wieder ablenken läßt. Den Lorbeer der vaterländischen Geschichte wird sie aber nur auf dem rauhen Wege der harten Pflicht und mannhaften Tat pflücken können, den der Sohn der Hera gegangen ist; auf dem Wege, wo allein Entschlossenheit, Selbstvertrauen und Vertrauen in die sieghafte Kraft der Sache, durch nichts zu beirrende Treue zur übernommenen Aufgabe, tapferes rechtzeitiges Zugreifen durchhelfen bis zum Ziele. Die Selbstaufopferung des Curtius rettete Rom und sicherte dem kühnen Springer, dessen Namen sonst kein Lied, kein Heldenbuch melden würde, den Dank des Volkes und ewigen Nachruhm. Wer sein ganzes Ich daran setzt, Oesterreich dem Jammer der innerpolitischen Verhältnisse zu entreißen, wer wie ein Arnold Winkelried den starrenden Speeren die eigene Brust zu bieten wagt, um einer besseren Zukunft Oesterreichs eine Gasse zu brechen, dessen Lob in der Geschichte wird nicht gering sein. Aber wehe dem Parcival, der aus lauter Bedenken und Scheu die große Stunde vorübergehen ließe und das Leid in der österreichischen Gralsburg verlängerte, ja unheilbar machte!

Der neue Kabinettschef hat gerade in jener Presse, die der scheidenden Regierung laut nachtrauert, wenigstens persönlich einen überaus freundlichen Willkomm gefunden. Ob die Liebe echt oder ob sie Berechnung ist und etwas erschmeicheln will, bleibe dahingestellt. Vielleicht auch entspringt die Begrüßung bloß gewissen Schlußfolgerungen aus der Vergangenheit des neuen Regierungschefs. Wir, denen der Name des erwählten Werkzeuges einer Verjüngung Oesterreichs Nebensache ist und allein das Werk gilt, warten mit dem Urteil über den neuen Spitzmüller, bis sein Tun eine Wertung gestattet. Als vor Jahresfrist zum Handelsminister im Kabinett Stürgkh ein Mann berufen wurde, der bis dahin einem großen Bankinstitut vorstand, haben wir mit Bedenken nicht zurückgehalten. Daß eben dieser Mann, als das

Die Zeit 19./XII. 1916

170

Landesparteitag der vereinigten Deutschnationalen Niederösterreichs.

* **Wien**, 18. Dezember. Gestern fand im Gebäude des Deutschen Schulvereins zu Wien der diesjährige Landesparteitag der vereinigten Deutschnationalen Niederösterreichs statt. Abg. Wedra, der als Vorstand des Niederösterreichischen Volksbundes gemeinsam mit Dr. Hampel und Ingenieur Luft den Vorsitz führte, erklärte im Namen der Versammlung dem Träger der Krone den Dank der Bevölkerung des deutschen Stammlandes Niederösterreich zu sagen, der durch das eindrucksvolle Friedensangebot bekundet hat, daß er bereit sei, den Frieden anzubahnen und herbeizuführen, daß er aber auch den Sieg unserer Waffen zu erzwingen gesonnen sei. Es wurde hierauf einstimmig die Absendung eines Huldigungstelegramms an den Kaiser beschlossen. Hierauf erstattete Dr. Waber den Hauptbericht über die nationalen Forderungen des deutschen Volkes in Oesterreich. Er gab eine Uebersicht über die Tätigkeit des Nationalverbandes. und führte sodann aus: Die Stellungnahme des Deutschen Nationalverbandes zu den Regierungen hängt in keiner Weise von der Persönlichkeit des Ministerpräsidenten, von persönlichem Vertrauen oder Mißtrauen ab, sondern von dem Verhalten der Regierung zur Schaffung der Voraussetzungen für eine gedeihliche Neuordnung der verfassungsrechtlichen Verhältnisse in Oesterreich, die eine Bürgschaft für eine verfassungsmäßige Tätigkeit im Dienste des Staats- und Volkswohles bieten muß. Auf Experimente und Versuche können sich die deutschen Abgeordneten nicht einlassen, um dann etwa für einen Schiffbruch der verfassungsmäßigen Einrichtungen mitverantwortlich zu werden. Die Regierung muß wissen und offen bekennen, was sie will. Jedes Schwanken und Wanken wäre verderblich, eine Rückkehr zu den Zuständen vor dem Kriege, die diesen Krieg gewiß mitverschuldet haben, ist unmöglich. Sie müßte verhängnisvolle Wirkungen auslösen und die ganze zukünftige Entwicklung in der nachteiligsten Weise beeinflussen. Die in Aussicht genommene Erweiterung der Autonomie Galiziens bringt notwendig das Ausscheiden der galizischen Abgeordneten aus dem Reichsrat mit sich. Den Abgeordneten Galiziens kann nicht das Recht zuerkannt werden, über ihre eigenen Angelegenheiten selbständig zu entscheiden und überdies noch an der Bestimmung der Angelegenheiten Westösterreichs mitzuwirken. Ueber die großen gemeinsamen Fragen wird in den beiden Vertretungskörpern getrennt entschieden werden müssen, die im Interesse des ganzen Staates in gleichem Interesse Galiziens und Westösterreichs gelegene Einheitlichkeit in den wichtigen Fragen aufrechtzuerhalten, wird die Aufgabe der österreichischen Regierung sein. Redner verweist darauf, daß es ein Irrtum wäre, zu glauben, daß dadurch die Einflußnahme der Slawen Westösterreichs auf den Gang der Entwicklung vermindert würde; nur die slawische Union oder slawische Majorität, der das deutsche Volk in Oesterreich als willkommene Beute zufallen sollte, würde dadurch im Interesse des Gesamtstaates ausgeschlossen. Die Deutschen Oesterreichs verlangen nichts als ihr gutes angestammtes Recht, eine entsprechende Berücksichtigung ihrer Steuerleistung und der im Kriege bewiesenen Staatstreue und ihrer Opfer an Gut und Blut. Aus diesem Grundsatz ergebe sich die Forderung nach der Kreiseinteilung in Böhmen, die ebenso im deutschen wie im tschechischen Interesse gelegen sei. Dies gelte auch von der deutschen Staatssprache, deren Einführung durchaus nicht als nationaler Gewinn, sondern als Staats- und Verwaltungsnotwendigkeit erscheine. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Haltung der deutschnationalen Abgeordneten Niederösterreichs gebilligt und die Notwendigkeit der Schaffung eines deutschen Blocks betont wird. Von der Regierung wird als Voraussetzung für eine gedeihliche parlamentarische Tätigkeit die Sonderstellung Galiziens, die Kreiseinteilung in Böhmen, die deutsche Staatssprache als eine Staats- und Verwaltungsnotwendigkeit und eine die Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses sichernde Geschäftsordnung gefordert.

Neue Freie Presse
19./XII. 1916

Verhandlungen über die Sonderstellung Galiziens.

Wien, 19. Dezember.

Heute ist der von der parlamentarischen Kommission des Polenklubs eingesetzte Unterausschuß, welcher die mit der Sonderstellung Galiziens im Zusammenhange stehenden Verfassungs- und Verwaltungsfragen durchzuberaten hat, unter dem Vorsitze des Obmannes Ritter v. Bilinski zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Dem Ausschusse gehören die Abgeordneten Dr. Leo, Daszynski, German, Kendzior, Graf Lasocki sowie die Herrenhausmitglieder Dr. v. Bilinski und Graf Agenor Goluchowski als Mitglieder an. Der Sitzung wohnten ferner bei der gestern hier eingetroffene Landmarschall Ritter v. Niezabitowski, die Reichsratsabgeordneten Dr. v. Jaworski und Dr. Buzek, der Landtagsabgeordnete Dr. Ritter v. Starzynski und andere speziell eingeladene Persönlichkeiten.

Zugleich mit der allgemeinen Debatte über die Fragen des Verhältnisses des Landes Galizien zum Staate fand eine Sichtung des in Betracht kommenden Verhandlungsmaterials statt. Der Ausschuß wird seine Beratungen morgen und übermorgen fortsetzen; nach den Weihnachtsfeiertagen wird ein zweiter Ausschuß, an dessen Spitze Abgeordneter Dr. Leo steht, sich mit den auf die Neugestaltung der Verhältnisse Galiziens bezüglichen Finanzfragen befassen.

Arbeiterzeitung

19./XII. 1916

Parlamentsfeindschaft.

Wenn sie das Wort Parlament aussprechen, spucken sie aus; das, meinen sie, bezeuge politische Einsicht, politische Bildung. Man muß schon sagen: ausspucken, denn das Schmähen des Parlaments, das Schimpfen auf das Parlament wird tatsächlich so zügellos betrieben, daß es mit politischer Kritik gar nichts zu tun hat. Wir wollten niemandem raten, einen Bruchteil des Tadels, der gegen das Abgeordnetenhaus laut wird, etwa gegen das Herrenhaus zu sagen — obwohl wir für unseren Teil das Herrenhaus als eine ungleich fragwürdigere Errungenschaft betrachten als selbst dieses Abgeordnetenhaus —; er würde dann bald erfahren, daß von allen Institutionen dieses Staates nur die Volksvertretung angegriffen werden kann. Man achte wohl darauf, daß dem Tadel über das Abgeordnetenhaus jeder Ton des Bedauerns fehlt; man schilt es nicht, wie man etwa ein ungeratenes Kind schilt, das trotzdem Fleisch von eigenem Fleisch bleibt; diese Schimpfereien werden an jedem Orte mit so viel Ergötzen, einem wahren Behagen vorgebracht, daß man deutlich erkennt, welche Genugtuung es den feilen Skribenten bereitet, sich gerade über die Volksvertretung ausleeren zu können. Als ob andere Einrichtungen im Staate nicht auch Mängel zeigten und als ob man nicht dennoch gehalten wäre, ob ihrer Notwendigkeit mit ihren Fehlern Geduld zu haben und Schonung zu üben! Genau betrachtet, ist dieses Schimpfen über das Parlament, diese Freude an dem Schimpfen und diese Verehrung des Verfassungsbruches, den man nur nach dem Grundsatz betrachtet: alles verstehen, heißt alles verzeihen, das alles ist nur Ausfluß jenes Servilismus, der noch immer das eigentliche Wesen der österreichischen Untertanen ist. Verfassungsmäßiges Empfinden, demokratisches Gefühl, staatsbürgerliches Bewußtsein, das alles sitzt ihnen ja kaum hauttief.

Nun hat ja das Abgeordnetenhaus schwere Gebrechen und wir haben nie geschwankt, sie festzustellen; allerdings uns auch allezeit bemüht, über die Abhilfe nachzudenken. Aber dennoch kann es von sich sagen, daß es besser sei als der Ruf, den ihm die Parlamentsfeinde machen. Die zwei Häuser aus dem allgemeinen Wahlrecht haben folgende schwere, dornige Staatsgesetze beschlossen: den österreichisch-ungarischen Ausgleich, die Wehrreform, das Kriegsleistungsgesetz, die Steuerreform, die Dienstpragmatik — lauter Gesetze, an denen viele Parlamente vor ihnen gescheitert sind, zu denen sich alle Kurienparlamente als nicht tragfähig erwiesen haben. In unseren Augen sind natürlich die wenigsten dieser Dinge der Ruhmestitel einer Volksvertretung; aber vom Standpunkt des Staates kann diese große Leistung doch Anerkennung heischen. „Zugrunde gegangen" ist aber das letzte Parlament an einer ganz zufälligen Obstruktion, die, wenn die Regierung Stürgkh sie nicht angestiftet und gefördert hätte, unschwer zu überwinden gewesen wäre, die in keinem Falle mehr war als ein Feuer, das bald verlischt. Bis zu dem Augenblick, da die Tschechen die Reden zum „Zwecke" der Abänderung des amtlichen Protokolls zu halten begannen, war das Haus, wenngleich natürlich noch lange nicht in Ordnung, doch durchaus arbeitsfähig und arbeitswillig; wer wird sich einreden lassen, daß gerade diese Stimmungs-Verstimmungsobstruktion ein unabwendbares Schicksal war? Wer wird sich's einreden lassen? Alle lassen sich's einreden! Es ist eben österreichische Gewohnheit, nie die Dinge zu erfassen, sondern sich mit ihrer Vorstellung zu begnügen: drum sind Parlament, Obstruktion, Geschäftsordnung nun einfach die Vorstellungen von etwas Gräßlichem und jeder ist der Prüfung dessen entbunden, wie sich die Dinge eigentlich verhalten. Objektiv betrachtet, ist die Tatsache, daß man drei Jahre den Reichsrat nicht einberufen hat, eine große Schuld. Aber dieser Tatbestand muß eben verdunkelt werden, also muß das Abgeordnetenhaus so heruntergerissen werden, daß die Nichteinberufung als eine unvermeidliche Notwendigkeit dasteht! So wird die dreijährige Parlamentspause, das am Reichsrat drei Jahre hindurch verübte Unrecht zur großen Sünde des Parlaments! Nur gegenüber einer Bevölkerung, die schnell fertig ist mit ihrem Urteil und ihre Urteile überdies fertig bezieht, konnte eine derartige Umwendung der Tatsachen unternommen werden, und nur ihr gegenüber konnte sie glücken.

Wir möchten aber einladen, darüber nachzudenken, was geschähe, wenn im österreichischen Abgeordnetenhause einmal solche Reden gehalten würden, wie sie im ungarischen fast täglich gehalten werden, zum Beispiel heute — wobei wir natürlich gerade über diese ungarischen Reden nicht ungehalten sind und sie durchaus angemessen befinden. Was würde da an „flammenden Protesten" wohl verzapft werden und wie leidenschaftlich würden die österreichischen Parlamentsfeinde — so viele deutsche bürgerliche Parteien, so viele gibt es ihrer — über die „Schändung des Parlaments" deklamieren! Es ist im österreichischen Abgeordnetenhause sicherlich oft nicht erbaulich zugegangen, aber erbaulich geht es in unserer Zeit in Parlamenten überhaupt nicht mehr zu; heftige Ausbrüche sind überall wahrzunehmen. Aerger als in Ungarn ist es übrigens nirgends zugegangen: die Geschichtsperiode Pavlik steht unübertroffen da. Während man aber überall die Dinge auslaufen und ausheilen läßt, hat man sich dem österreichischen Parlament gegenüber der Theorie erfunden, man müsse (so blödelt man immer) „den Vorhang fallen lassen, um das traurige Schauspiel den Blicken des Volkes zu entziehen":

[illegible]

Es ist doch nichts anderes als die angeborne Untertanengesinnung, die unerschütterbare Autoritätsverehrung, die Einbildung von der Obrigkeitsregierung als einer von einer überirdischen Vorsehung gesetzten Ordnung, die dem Lästern auf das Parlament zugrunde liegt. Parlamentsfeindschaft und nichts anderes.

Deutsche Volkszeitung

19/XII. 1916

Wählerversammlung des Abg. Dr. Groß.

Freitag den 15. d. fand in Iglau eine sehr zahlreich besuchte Wählerversammlung statt, in welcher Abg. Dr. Groß über die gegenwärtige Lage, insbesondere über den Rücktritt des Ministeriums Koerber, ferner über die Einsetzung eines von den Fachministerien unabhängigen Ernährungsamtes und über den Ausgleich mit Ungarn berichtete. Der Redner kam auch auf die Friedenskundgebung der Mittelmächte zu sprechen, welche ein geschickter und kluger Schritt genannt werden müsse. Seine Ausführungen gipfelten in der Aufforderung, durchzuhalten bis zum siegreichen Ende im Interesse des Volkes sowie des Reiches, dessen staatserhaltendes Element das Deutschtum ist. Die Ausführungen des Abg. Dr. Groß wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nachfolgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: Die heute versammelten Reichsratswähler nehmen die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Gustav Groß zustimmend zur Kenntnis, begrüßen die im Zuge befindliche straffere Zusammenfassung des deutschen Nationalverbandes, geben der Hoffnung Raum, daß die parlamentarische Tätigkeit bald wieder aufgenommen werde und erwarten, daß die Neuordnung der politischen Verhältnisse in Oesterreich in einer Weise erfolgen wird, die den berechtigten Hoffnungen der Deutschen mit Rücksicht auf die von ihnen gebrachten großen Opfer voll und ganz entsprechen werde. Sie sprechen dem Abgeordneten Dr. Groß für sein auf diese Ziele gerichtetes Wirken den herzlichsten Dank aus und versichern ihn des vollsten Vertrauens.

Reichspost Abendblatt 19./XII. 1916 177

Zum Regierungswechsel.

Schwierigkeiten der Kabinettsbildung?

Durch das KB. wird folgende amtliche Mitteilung über den Stand der Kabinettsbildung ausgegeben:

Wien, 19. Dezember.

Die Verhandlungen über die Bildung des neuen Kabinetts werden unter Berücksichtigung der gesamten politischen Lage weiter fortgesetzt.

•

„Die Verhandlungen über die Bildung des neuen Kabinetts werden weiter fortgesetzt" — das bedeutet, daß es Herrn Dr. v. Spitzmüller, der vom Kaiser mit der Kabinettsbildung beauftragt wurde, bisher nicht gelungen ist, für sein Aufgabenprogramm eine in jeder Richtung befriedigende Ministerliste fertigzustellen. Dies überrascht einigermaßen nach den früheren Mitteilungen, denen zufolge bis auf die Besetzung des allerdings äußerst wichtigen Handelsministeriums die Ministerliste bereits abgeschlossen war. Aber immerhin, solche Schwierigkeiten können sich von Stunde zu Stunde ergeben. Die Mitteilung ist wenigstens klar und eindeutig.

Aber was will die Einschaltung „unter Berücksichtigung der gesamten politischen Lage" besagen? Warum wird das Selbsterständliche so betont? Denn daß ein Kabinett ohne Rücksicht auf „die gesamte politische Lage" zustande kommen könnte, hat wohl niemand angenommen. Welche Schwierigkeit mag sich hinter diesem Wort wohl verbergen?

Ueber das, was jetzt das Notwendige für Oesterreich ist, über das Aufgabenprogramm der kommenden Regierung kann es füglich keinen Zweifel mehr geben. Das Werk, das zu verrichten ist, steht sichtbar vor uns. Die Schwierigkeiten können daher nur darin liegen, wie sich die Personen zu dem Werke oder zueinander stellen. Es wird wohl nicht mehr lange dauern, bis auch darüber Klarheit geschaffen ist. Schließlich kommt es, wir wiederholen es, nicht auf das „wer", sondern auf das „was", nicht auf die Personen, sondern auf die Sache, nicht auf den Namen des Werkzeuges, sondern auf das Werk an.

Reichspost

Abendblatt
19./XII. 1916

K. k. Bezirksschulrat Wien.

Versammlung auf der Wieden.

Abg. GR. Breuer über das vergangene Ministerium Koerber.

Im Wiedner katholisch-politischen Verein sprach dieser Tage GR. LAbg. Breuer über innerpolitische Verhältnisse und bemerkte auch trefflich, daß letzthin eifrigst Versuche gemacht wurden, das längst verstorbene Parlament wieder „in galvanische Zuckungen" zu versetzen. Gleichwohl ist nun einer solchen „galvanischen Zuckung" auch das Ministerium Koerber zum Opfer gefallen. Selten ist ein Kabinett mit solcher Sympathie in der politischen Oeffentlichkeit begrüßt worden als das Kabinett Koerber. Man setzte große Erwartungen an die Zusammensetzung des neuen Ministeriums, noch größere aber auf die Person des Chefs und seine Eigenschaften, dem der Ruf staatsmännischer Begabung und durchgreifender Energie voraus ging. Auch in den deutschen Parteikreisen fand die neue Regierung zunächst großes Entgegenkommen und ernstliche Meinungsverschiedenheiten tauchten erst auf, als das Ministerium Koerber sein Programm in die Tat umzusetzen begann. Nicht um diese selbst, sondern um dessen Ausführung, um die Art und Weise der Durchführung handelte es sich, als die ersten Schwierigkeiten auftauchten, die sich schließlich zu unüberwindlichen Hindernissen auftürmten. Redner will nicht in die Einzelheiten, die dem so plötzlich gekommenen Regierungswechsel vorausgingen, eingehen, sondern sich nur mit gewissen Begleiterscheinungen befassen, die für unsere innerpolitischen Zustände so charakteristisch sind.

Der Sturz des Ministeriums Koerber wird nirgends so laut beklagt als in unserer liberalen Presse, die es an Liebedienerei für dasselbe seit Anbeginn nicht fehlen ließ und nunmehr im Interesse des Fortschritts (versteht sich des Kaiviertler Fortschritts) tief beklagt, daß dieses Kabinett nach so kurzer Zeit schon wieder von der Bildfläche verschwindet. Es hieße dem gewesenen Ministerpräsidenten eine unverdiente Kränkung zufügen, wenn man behaupten wollte, daß er das penetrante Lob der Wiener liberalen Presse wirklich verdiene. Von dieser Seite gelobt zu werden, ist wirklich beschämend und Herrn v. Koerber, dem auch seine Gegner ehrliches Wollen nicht absprechen und höchstens verfehlte Mittel vorwerfen durften, kann nichts für die Liebedienerei einer Presse, die in seinem Sturz ein Werk der „Finsterlinge" und der „Rückschrittler" erblicken will. Immerhin ist es keine Empfehlung, von dieser Seite zum Herold des Fortschrittes emporgehoben zu werden. Wir wollen die „Freiheitlichen" und „Fortschrittlichen" klagen lassen. Die Hoffnungen, die mit dem Sturze des Ministeriums Koerber zerstört wurden, verraten sich selbst. Die Einigung der deutschen Parteien ist es, welche der liberalen Presse und den Wiener „Freiheitlichen" nicht in den Kram paßt. Die Uebereinstimmung aller deutschen Volksvertreter in gewissen wichtigen Staatsfragen ergab die Notwendigkeit des Rücktrittes für das Ministerium Koerber, sie ist es auch, mit der sich eine gewisse Presse nicht befreunden kann und die sie doch als unabänderliche Tatsache hinnehmen muß. Daß diese Einigung mit den jüngsten Ereignissen im gewissen Sinne auch eine Belastungsprobe bestanden hat, ist das Erfreuliche an der Sache.

Die wichtigste Frage ist nunmehr in der Art und Weise gelegen, wie der parlamentarische Weg, den zu beschreiten wohl auch die neue Regierung gewillt ist, eröffnet werden soll? Wird man das Parlament wieder in „galvanische Zuckungen" versetzen, oder soll es zu wirklichem, neuem Leben erwachen? Jedenfalls bietet uns der Regierungswechsel die Gewähr, daß folgenschwere Fehler hierin künftig nicht mehr begangen werden. Die deutschen Parteien, zu welchen unsere Wiener Liberalen doch auch die Christlichsozialen zählen müssen, deren Deutschtum man gerne zugunsten der Ofner-Kuranda-Partei abgesprochen hätte, werden gewiß mit gleicher Wachsamkeit auch den kommenden Männern gegenübertreten.

Pester Lloyd
20/XII. 1916

Das Programm des Deutschen Nationalverbandes.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Wien, 19. Dezember.

Die Parlamentskorrespondenz teilt das vom Deutschen Nationalverband bereits im Frühjahr 1915 beschlossene Programm mit, das als Grundlage für die morgige Vorversammlung des Verbandes dienen werde. In diesem Programm, das seinerzeit nur unvollständig veröffentlicht werden konnte, heißt es:

Im staatsrechtlichen Verhältnis Oesterreichs und Ungarns ist der gegenwärtige Zustand aufrechtzuerhalten. Dabei ist jedoch die Gemeinsamkeit der auswärtigen Angelegenheiten und der Heeresverwaltung gesetzlich festzusetzen. Die Kronrechte sind in beiden Staatsgebieten gleichartig gesetzlich zu regeln. Das Zoll- und Handelsbündnis ist auf mindestens 25 Jahre zu vereinbaren. Für die gleiche Dauer sind die Grundsätze für die Bestimmung der Quote festzulegen. Es ist die Einsetzung eines gemeinsamen zoll- und handelspolitischen Organs in Aussicht zu nehmen, das aus Beamten beider Staaten zusammenzusetzen wäre, denen im Sinne des Artikels XXII des gegenwärtigen Handelsvertrages Beiräte anzugliedern sind. Das gemeinsame Ministerium ist verpflichtet, in allen für unsere Angelegenheiten notwendigen Verfügungen die Zustimmung der Regierungen der beiden Staatsgebiete einzuziehen. Ein weiterer Punkt des Programms betrifft die Ausscheidung Galiziens. Hier wird verlangt, daß der Staat von dem unerträglichen südslawischen Uebergewicht befreit werden müsse, weil nur auf diesem Wege ein starkes Oesterreich entstehen könne. Deshalb müsse Galizien aus dem engeren staatlichen Zusammenhang mit den anderen Kronländern ausgeschieden werden. In allen Angelegenheiten, die nicht die mit Ungarn getroffenen Vereinbarungen behandeln, sei Galizien von der Teilnahme am Reichsrat auszuschließen. Für das diesseitige Staatsgebiet ist der Titel Kaisertum Oesterreich anzuwenden. Nach Durchführung der notwendigen Verfassungsänderungen und Schaffung einer neuen Geschäftsordnung hat der Reichsrat seine Tätigkeit aufzunehmen.

Pester Lloyd
20/XII. 1916

Kriegstagung des Reichstages.

Die Agenden bei der Krönung.

Budapest, 19. Dezember.

Das Abgeordnetenhaus hat heute nachmittag in beschleunigter Arbeit den Antrag des Ministerpräsidenten betreffend die Agenden bei der Krönung, also auch den Antrag betreffend die Wahl des stellvertretenden Palatins angenommen. Der Nachmittag brachte nur noch eine Rede des Abgeordneten Georg Szmrecsányi, die jedoch weniger der Frage der Wahl des stellvertretenden Palatins, als vielmehr den Funktionen zugewendet war, die der Krönungskommission zugewiesen sind. Justizminister Eugen v. Balogh sah sich bewogen, die Rechtmäßigkeit und die Notwendigkeit der Leistungen und der Zusammensetzung der Krönungskommission nachzuweisen. Die Verhandlungen waren sichtlich abgeflaut. Um halb 6 Uhr abends war die Abstimmung vollzogen und die Sitzung wurde geschlossen.

Morgen wird das Haus die Wahlen vornehmen. Voraussichtlich wird das Magnatenhaus, das nachmittags zusammentritt, schon in der Lage sein, das Ergebnis dieser Wahlen zur Kenntnis zu nehmen.

Die Nachmittagssitzung.

Vizepräsident Elemér v. Simontsits eröffnet um 4 Uhr nachmittags die Sitzung.

Abgeordneter Georg Szmrecsányi

beleuchtet von seinem Standpunkte die Haltung, die Graf Stefan Tißa nach dem Sturze Lukács' bekundete. Diese Haltung lasse die Anhänglichkeit der Majoritätspartei begreiflich erscheinen. Redner schreitet dann zur Kritik der heutigen Rede des Abgeordneten Karl Németh. Er verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß das Verhalten der Opposition gegenüber der Wahlreform geeignet gewesen wäre, unsere Armee zu schädigen. Die Frage der Versehung der Armee mit Munition fällt in den Wirkungskreis der Delegation, die bezüglichen Forderungen der Heeresverwaltung wurden, wenn auch mit Kritik, stets bis zum letzten Heller votiert. In den Delegationen hat die Opposition stets nur die Errichtung der nationalen Armee, die Erziehung eines fähigen Generalstabes, die anständige Behandlung der ungarischen Soldaten, die Befestigung Siebenbürgens urgiert. Er muß es daher entschieden zurückweisen, daß der Opposition insinuiert wird, sie trage die Schuld an etwaigen Mängeln der Armee. Nach einer Polemik mit dem Grafen Karl Khuen-Héderváry, in deren Rahmen Redner auf die Schuld Tißas betreffend die Verteidigung Siebenbürgens verweist, kritisiert Redner die Approvisionierung des Landes, die fast alles zu wünschen übrig läßt. Anstatt den Ausgleich der Dissonanzen anzubahnen, hat der Ministerpräsident die starrste Parteiherrschaft inauguriert. Wie draußen im Lande, so hat Tißa auch hier im Hause nicht das geringste getan, die Dissonanzen beizulegen. Redner kann daher die Anschauung der Majoritätspartei über die Verdienste Tißas nicht teilen. Er erklärt, seine Stimme bei der Wahl des stellvertretenden Palatins auf den Erzherzog Josef abgeben zu wollen. Redner bespricht nun die übrigen Agenden der Krönung. Nach seiner Ansicht müßte der Justizminister aufgefordert werden, dem Hause den Bericht über die Krönung zu unterbreiten. Das Komitee zur Vorbereitung der Krönung hat eine übermenschliche Arbeit geleistet, so daß er das größte Vertrauen zu dieser Korporation hätte, wenn nicht das Präsidium des Magnatenhauses sich Rechte prärogieren würde, die ihm nicht gebühren. So z. B. nimmt sich der Präsident und der Quästor des Hauses das Recht heraus, nach eigenem Gutdünken jene Männer zu designieren, die die elf Banner der Länder zu tragen haben. Redner verlangt deshalb, daß der Arrangierungsausschuß seinen Bericht dem Hause unterbreite, damit das Haus jede inkompetente Einmengung, von welcher Seite sie auch komme, in geeigneter Weise zurückweisen könne.

Justizminister Eugen v. Balogh:

Geehrtes Haus! In Beantwortung der Anfragen, die gestern und heute an die Regierung gerichtet wurden, möchte ich zunächst darauf verweisen, daß die Vorbereitungen zur Königskrönung durch eine besondere Komission getroffen werden und daß diese schwer in den Wirkungskreis der Gesetzgebung gestellt werden können, weil sie so vielfältige Besprechungen mit den kompetenten Faktoren erfordern. Eine ständige Fühlungnahme mit den an dem Krönungsakte teilnehmenden Funktionären jedoch ist für eine so große Körperschaft ganz undurchführbar. Leider ist ein Teil unserer Bannerherren durch schwere Krankheit verhindert, das Amt auszuüben. Wir müssen für geeignete Vertreter sorgen und alles bis in die Details festlegen, was das ständige Zusammenarbeiten mit den berufenen Faktoren, mit den Präsidien des Magnatenhauses und des Abgeordnetenhauses und anderen erfordert. Ueber diese Details kann ich dem Hause jetzt keinen Bericht vorlegen, jedes Mitglied des Abgeordnetenhauses kann jedoch seine speziellen Wünsche der Kommission mitteilen und sie werden nach Tunlichkeit berücksichtigt werden.

Auf die Frage, weshalb die Regierung dem Präsidium des anderen Hauses des Reichstages einen ihm nicht zukommenden Einfluß auf die Leitung der Dinge gewähre, kann ich meinen Standpunkt so kennzeichnen, daß es nicht am Platze sei, die Haltung des Präsidenten des anderen Hauses des Reichstages hier zum Gegenstande der Debatte zu machen. Die Regierung steht, wie erwähnt, mit den geehrten Präsidenten beider Häuser in ständiger Fühlung, alle Fragen, auf die die Regierung und die Präsidien des Abgeordnetenhauses und des Magnatenhauses Einfluß haben, werden Tag um Tag verhandelt und die Regierung bringt samit ihren Einfluß voll zur Geltung. Ich bitte, diese Aufklärung zur Kenntnis zu nehmen. (Lebhafte Zustimmung.)

Präsident Karl v. Szász

erklärt die Debatte für geschlossen und meldet vor der Abstimmung, daß in dem zur Abstimmung gelangenden Antrag des Ministerpräsidenten die Zahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses, beziehungsweise Magnatenhauses an zwei Stellen zu berichtigen ist. Es sollen je sechs Mitglieder bei der Ueberführung der Krone mitwirken; zur Beschreibung der Königskrönung soll eine aus zehn Mitgliedern bestehende Abordnung beider Häuser des Reichstages gewählt werden.

Das Haus nimmt sodann den Antrag des Ministerpräsidenten über die mit der Krönung verbundenen Agenden an; namentlich wurde die Wahl eines stellvertretenden Palatins, sowie der Deputationen und Abordnungen, die der Antrag Tißa vorsieht, beschlossen. Seiner Majestät dem König und Ihrer Majestät der Königin werden je 50.000 Goldstücke nach herkömmlichem Brauch als Krönungsgabe angeboten.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Das Interpellationsbuch wird verlesen. Außer den Interpellationen der Abgeordneten Andreas Ráth über die Sicherheit des Eisenbahnverkehrs und Desider Abrahám über die Maximierung der Preise der Industrieartikel sind weitere drei Interpellationen eingezeichnet:

Stefan Zlinszky über die Umgehung des Reichstages bei der Krönung?

Stefan Csemez und Graf Theodor Batthyány über die Requirierungen.

Der Tagesordnungsantrag wird einstimmig angenommen.

Nach Authentizierung des Protokolls wird die Sitzung nach 5 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung morgen, Mittwoch, vormittags 10 Uhr.

Tagesordnung: Wahlen; Interpellationen.

Arbeiterzeitung
20/XII. 1916

Tschechische Kundgebung. Es wird berichtet: Heute fand in Wien eine Sitzung des Vorstandes des Tschechischen Verbandes statt. Es wurde die gegenwärtige politische Lage einer eingehenden Erörterung unterzogen, wobei das von einigen politischen Kreisen geforderte Betreten des außerparlamentarischen Weges einen breiten Raum einnahm. Der Tschechische Verband hält die augenblickliche Lage, in der das Ministerium noch nicht konstituiert ist und in der über die künftige Regierungsmethode bloß unverbürgte, vom Standpunkt der Verfassung allerdings bedenkliche Gerüchte zirkulieren, noch nicht für reif, um gegenüber der neuen Regierung einen definitiven Standpunkt einzunehmen. Das Verbandspräsidium beschloß daher, sich sofort nach der Konstituierung des neuen Ministeriums mit dem Kabinettschef in Verbindung zu setzen und von ihm Informationen über dessen Absichten zu verschaffen. In diesen Zusammenhang wurde auch die Frage der Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses besprochen. Der Verband ist der Ansicht, daß in dieser Angelegenheitt durch eine gemeinsame Aussprache der Parteien eine Einigung zu erzielen wäre. Dies umsomehr, als der in der letzten Session von einem Sonderausschuß fertiggestellte Entwurf der neuen Geschäftsordnung als geeignete Grundlage hiefür dienen könnte.

Pester Lloyd Abendbl
20./XII. 1916

Die Bildung des Ministeriums Spitzmüller gescheitert.

Aus Wien wird uns telegraphiert:

Nach einer Konferenz mit dem Fürsten Fürstenberg, dem Grafen Clam-Martinic und dem Grafen Ottokar Czernin erschien Dr. v. Spitzmüller heute vormittag beim Monarchen in Audienz und legte nach Berichterstattung über seine bisherigen Bemühungen seine Mission zur Kabinettsbildung in die Hände des Monarchen zurück.

Als der Deutsche Nationalverband heute vormittag zu seiner Vollversammlung zusammentrat, erschien kurz darauf Abgeordneter Dr. Urban und teilte mit, daß Dr. v. Spitzmüller von der Kabinettsbildung zurückgetreten sei und daß an seiner Stelle Graf Clam-Martinic mit der Kabinettsbildung betraut wurde. Die Abgeordneten Dr. Groß und Dr. Urban begaben sich hierauf zu einer Konferenz zum Grafen Clam-Martinic. Sie kehrten um halb 12 Uhr in das Abgeordnetenhaus zurück, erstatteten aber noch keinen Bericht über ihre Unterredung mit dem Grafen Clam-Martinic, sondern behielten sich die Berichterstattung für die am Abend wieder aufzunehmende Sitzung des Verbandes vor.

Der Entschluß Dr. v. Spitzmüllers ist darauf zurückzuführen, daß er den Auftrag erhielt, nicht bloß den ungarischen Ausgleich durchzubringen, sondern auch andere politische Fragen, wie die Sprachenfrage, die Kreiseinteilung in Böhmen usw., zu lösen. In diesen letzten Beziehungen stellten sich ihm Schwierigkeiten entgegen, die ihn bewogen, zurückzutreten.

Neue Freie Presse 20./XII. 1916 Urban 185

Sitzung des Deutschen Nationalverbandes.

Wien, 20. Dezember.

Für heute um 10 Uhr vormittag war eine Vollsitzung des deutschen Nationalverbandes anberaumt. Kurz vor 10 Uhr erschien Dr. Urban im Parlamentsgebäude, wo er eine kurze Besprechung mit dem Obmann des Verbandes Dr. Groß hatte. Nach derselben verließen die beiden Herren das Beratungszimmer.

Gegen halb 12 Uhr kehrten die beiden Herren zurück und teilten der Versammlung mit, daß die geänderte Situation es notwendig mache, im gegenwärtigen Augenblicke von einer politischen Debatte abzusehen und sich auf die Erledigung der Formalitäten zu beschränken.

Vor der Vollsitzung des Verbandes hielt der Vorstand eine Beratung ab, in der die politische Situation erörtert wurde. Zur Plenarsitzung waren 52 Abgeordnete erschienen. Es wurde zur Kenntnis gebracht, daß die einzelnen Verbandsgruppen dem von den Deutschradikalen beantragten Satzungsentwurf zugestimmt haben, der hierauf von der Vollversammlung einstimmig angenommen wurde.

Zum Obmann des Nationalverbandes wurde Abgeordneter Dr. Groß mit 51 von 52 abgegebenen Stimmen und die Abgeordneten Dr. Damm und Wolf zu seinen Stellvertretern gewählt.

Dem Vorstand des Nationalverbandes gehören nunmehr an: Dr. Groß, Nacher, Dr. Roller, Teufel, Hummer, Hine, Dr. Bodirski, Dr. Waldner, Dr. Schreiner, Herzmansky, Lutsch, Reschmann, Nagele, Steinwender, Dr. Stölzel, Dr. Urban, Denk, Dr. Dinghofer, Ritter v. Pantz, Hartl, Dr. Waber, Knirsch und Fahrner.

Um 5 Uhr nachmittags findet eine Vorstandssitzung des Deutschen Nationalverbandes statt.

L 70000 Innere Politik 52

4./XI. 1916. 1

52

1916
4./XI. – 20./XII.

Das Ministerium Koerber.

Wien, 3. November.

Sämtliche Mitglieder des Kabinetts Koerber haben die Leitung ihrer Ressorts bereits übernommen.

Es verlautet, daß einige der neuen Minister noch Gelegenheit nehmen werden, die ihnen unterstellte Beamtenschaft ihres Ministeriums in einem offiziellen Empfange zu begrüßen.

Der Ackerbauminister Graf Clam-Martinic, der seit Kriegsbeginn als Rittmeister im Felde gestanden ist, ist seiner militärischen Dienstleistung noch nicht enthoben und amtiert in der Uniform.

Die erste Frage, die das Kabinett zu erledigen hat, dürfte die Ernährungsfrage sein. Es verlautet, daß das neue Kabinett durchgreifende Aenderungen auf dem Ernährungsgebiete zu treffen beabsichtigt. Insbesondere dürfte eine Reorganisation des Ernährungsamtes durchgeführt werden. Das Amt dürfte vom Ministerium des Innern losgelöst und als eine eigene unabhängige Zentralstelle konstituiert und mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet werden.

Besprechungen des Ministerpräsidenten mit den Parteien.

Ministerpräsident Dr. v. Koerber hat die Besprechungen mit den Vertretern der parlamentarischen Parteien bereits aufgenommen. Gestern nachmittag erschienen als Vertreter des Deutschen Nationalverbandes

samten Presse zu gedenken. (Zu den Sektionschefs v. Beck und v. Bareck:) Ihnen, verehrte Herren, und Ihren Mitarbeitern gebührt aufrichtiger Dank für die Arbeiten zur Bedeckung der Zinsen für die vierte Kriegsanleihe. Wenn es gelungen ist, hiedurch bei der Bevölkerung das unerschütterliche Vertrauen in den Zinsendienst und in die finanzielle Kraft des Staates und allgemeine Beruhigung hervorzubringen, so war dies nur dadurch möglich, daß Ihre durch Erfahrung und vollendete Beherrschung der Materie getragene genaue Kenntnis der Verhältnisse die Tragfähigkeit der österreichischen Volkswirtschaft genau und richtig bewertete. (Zu den Sektionschefs Joas und Mühlwenzl:) Die großen und schwierigen Fragen des Ausgleichs mit Ungarn boten Ihnen, gleich den übrigen Herren Sektionschefs, reichlich Gelegenheit, Ihre bewunderungswürdigen Sachkenntnisse im Dienst des Staates zu verwerten. Die ganze weitverzweigte Materie wurde geklärt, manche Schwierigkeiten wurden beseitigt, die noch schwebenden Fragen sachlich vorbereitet. Und wenn auch einzelne Fragen noch zu lösen sind, so habe ich doch die feste Zuversicht, daß es auch auf diesem Gebiete gelingen wird, die Basis für die Großmachtstellung der Monarchie und für die wirtschaftliche Stärke beider Staaten fest und dauernd zu gestalten. Ihnen, meine Herren, danke ich auch für Ihre Mitwirkung bei den Vorarbeiten für sonstige noch schwebende Fragen wegen Erschließung neuer Einnahmsquellen. (Zu Sektionschef v. Galecki:) War es notwendig, im Interesse der finanziellen Lage die möglichste Zurückhaltung in den Ausgaben zu bewahren, so ergab sich doch die unbedingte Notwendigkeit, den Beamten, deren Witwen und Waisen helfend beizuspringen und die schwierigen Lebensverhältnisse, unter welchen dieselben derzeit leiden, zu bessern und zu mildern. Bei den Arbeiten, die Ihnen, Herr Sektionschef, bei Durchführung dieser Aktion zufielen, hatte ich Gelegenheit, Ihre hervorragenden Eigenschaften, Ihre vornehme hohe Denkungsart und Ihr warm menschliches Fühlen achten und schätzen zu lernen. Bei meiner Verabschiedung möchte ich aber auch aller Mitarbeiter gedenken, welche in diesem Saale nicht anwesend sind. In erster Linie der überaus wirksamen, für mich unschätzbaren Unterstützung, welche ich in meinem Amte und insbesondere in der Führung der budgetären Agenden bei dem derzeitigen obersten Chef der Finanzverwaltung gefunden habe. Ich werde mich der gemeinsamen Arbeit auf diesem Gebiete stets mit aufrichtigem Danke erinnern. Weiter bin ich auch den Vorständen und Beamten der Unterbehörden für ihre die österreichische Staatsbeamtenschaft auszeichnende treue Pflichterfüllung und Hingebung an den allerhöchsten Dienst in hohem

Obmann Dr. Groß und die Abgeordneten Pacher und Wolf im Ministerratspräsidium, woselbst sie mit Dr. v. Koerber eine mehrstündige Besprechung hatten.

In den nächsten Tagen wird Ministerpräsident Dr. v. Koerber auch mit den Vertretern anderer Parteien des Abgeordnetenhauses in Fühlung treten.

Der Wechsel im Finanzministerium.

Der scheidende Finanzminister Dr. Ritter v. Leth hat gestern die Beamtenschaft des Finanzministeriums zur Abschiedsaufwartung empfangen. Sektionschef Dr. Ritter v. Beck richtete an den scheidenden Minister herzliche Worte, in welchen er der von ihm mit Erfolg durchgeführten kredit- und steuerpolitischen Maßnahmen sowie auch der wohlwollenden Fürsorge gedachte, die der Minister seinen Untergebenen entgegengebracht hat.

Geheimer Rat Ritter v. Leth erwiderte hierauf mit nachstehender Rede: „Hochverehrter Herr Sektionschef! Meine Herren! Die freundlichen Worte, welche Sie an mich zu richten Anlaß nahmen, haben mich tief bewegt und mit Genugtuung erfüllt. Zeigen sie mir doch, daß mein ehrliches Streben, dem Staate und, so weit es die finanzielle Lage zuläßt, auch der Beamtenschaft zu dienen, erkannt und gewürdigt wurde. Nehmen Sie hiefür meinen von Herzen kommenden wärmsten Dank. Empfangen Sie aber auch meinen aufrichtigen Dank für die überaus wertvolle Unterstützung, welche ich bei den Herren Sektionschefs und Beamten gefunden habe.

In schwerer Zeit durch die Gnade Sr. Majestät des Allerhöchsten Herrn an die Spitze der Finanzverwaltung berufen, trat ich mein Amt im Bewußtsein an, daß ein Beamtenkörper von hervorragenden Eigenschaften und glänzendem Rufe mir bei Durchführung meiner Aufgaben zur Seite stehen wird. Meine Erwartungen wurden übertroffen. Ich konnte mich überzeugen, daß hingebungsvolles, aufopferndes Wirken, gepaart mit überragendem Fachwissen, die Beamtenschaft der Finanzverwaltung zu einem musterhaften Gliede des österreichischen Verwaltungsapparates macht, und spreche Ihnen, meine Herren, rückhaltlos meine volle Anerkennung für Ihr Wirken aus. Bei meinem Abschied kann ich nicht umhin, auch jedem der Herren Sektionschefs für die mir überaus wertvolle Unterstützung speziell zu danken. (Zu Sektionschef v. Wimmer und den Herren der Kreditsektion sich wendend:) Ihnen, meine Herren, danke ich insbesondere für die mir unersetzliche Mitwirkung bei den Vorarbeiten zur Wiedereröffnung des beschränkten Börsenverkehres, welche sich ohne störende Zwischenfälle und ohne die von manchen Seiten befürchteten Hemmungen des Effektenhandels vollzog, bei der Durchführung der Anleihetransaktionen, insbesondere der vierten Kriegsanleihe, welche unter Schaffung eines neuen vierzigjährigen Typus einen den Resultaten in Deutschland ebenbürtigen Erfolg brachte, dann bei den großen Auslandstransaktionen sowie bei dem Inslebentreten der Devisenzentrale, durch welche es gelang, den Devisenkurs auf einer der wirtschaftlichen Machtstellung der Monarchie entsprechenden stabilen Höhe zu erhalten.

Ich kann es nicht unterlassen, hiebei mit dem Gefühle warmer Erkenntlichkeit auch der Tätigkeit der Oesterreichisch-ungarischen Bank, der Postsparkasse, der Banken sowie der Börseleitung und der wirksamen Unterstützung der ge-

Grade verbunden. Durch diesen Beamtenkörper waren die Grundpfeiler für die Durchführung der der Finanzverwaltung obliegenden Aufgaben gegeben. Nehmen Sie, meine Herren, nochmals meinen herzlichsten Dank und bewahren Sie mir eine freundliche Erinnerung!"

Der neue Finanzminister Karl Marek hat von einem Empfange abgesehen und folgendes Zirkular erlassen: „Die Gnade Sr. Majestät des Kaisers hat mich zum Finanzminister berufen. Ich trete mein Amt mit dem sittlichen Ernste eines Mannes an, der weiß, daß schwere Aufgaben seiner harren. Meine und aller meiner Mitarbeiter Pflicht ist es, die Staatswirtschaft in arger Kriegszeit zu führen, bei jeder einzelnen Handlung aber auch auf die künftige Friedenswirtschaft Bedacht zu nehmen. Ich habe im Norden und Süden Oesterreichs dem Staat gedient, so daß ich die Mannigfaltigkeit des wirtschaftlichen Lebens unseres Vaterlandes und die Bedürfnisse fast aller Schichten des Volkes kennen lernen konnte. Die Kenntnisse und Erfahrungen will ich nützen. Erfaßt die Verwaltung den Geist ihrer Zeit, übt sie strenge Gesetzmäßigkeit und gilt ihr kein Ansehen der Person, dann schöpft sie ihre beste Kraft aus dem Vertrauen der Bevölkerung. Den Kern der Dinge zu treffen, rasch und verständig zu entscheiden, niemals die Sache der Form zu opfern, muß unser aller Gebot sein. Staatstreue, Männlichkeit und Anspornung aller Kräfte erwarte ich von jedem meiner Untergebenen. Ich begrüße meine Mitarbeiter herzlichst."

Beratungen der deutschböhmischen Parteien.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Prag, 3. November.

Samstag und Sonntag werden in Prag Beratungen der deutschen Abgeordneten stattfinden. Samstag wird die Vorstandssitzung des Deutschen Landtagsverbandes, der jetzt auch die verfassungstreuen Großgrundbesitzer des böhmischen Landtages umfaßt, Sonntag eine gemeinsame Versammlung der deutschböhmischen Reichsratsabgeordneten und der Mitglieder des Deutschen Landtagsverbandes abgehalten werden. Die Beratungen hätten bereits vor zwei Wochen stattfinden sollen. Das Attentat auf den Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh veranlaßte jedoch damals die Versammlung, sich auf eine Trauerkundgebung zu beschränken. In diesen zwei Wochen hat sich nun die innerpolitische Lage wesentlich verschoben und die Abgeordneten werden sich vor die Aufgabe gestellt sehen, ihre Beratungen den geänderten Verhältnissen anzupassen. In politischen Kreisen wird angenommen, daß die Abgeordneten Pacher und Wolf, die Donnerstag gemeinsam mit Dr. Groß beim Ministerpräsidenten waren, in der Prager Versammlung bereits Genaueres über die Pläne und Absichten des Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber werden berichten können.

Die deutschböhmischen Abgeordneten werden sich Samstag noch mit einer Fülle anderer dringender Aufgaben zu beschäftigen haben. Einen wichtigen Teil der Besprechungen dürfte das Osterprogramm der Deutschen bilden, für welches nicht nur die Großgrundbesitzer, sondern auch andere Parteien einzelne Aenderungen vorschlagen. Man darf vermuten, daß die Abgeordneten anschließend an die Beratungen des Osterprogramms über die deutschböhmischen Forderungen Beschlüsse fassen und diese in einer Denkschrift dem Ministerpräsidenten vorlegen werden.

Reichspost 4./XI. 1916. 2

loren. Feindliche Vorstöße östlich von Gueudecourt und gegen den nördlichen Teil des Saint-Pierre-Vaastwaldes sind gescheitert. Das französische Feuer auf die Feste Vaux flaute gegen Abend ab.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern: Außergewöhnlich hohe Verluste erlitten die Russen bei ihren bis zu sieben Malen wiederholten vergeblichen Versuchen, uns die am 30. Oktober gestürmten Stellungen westlich von Folw. Krasnolesie (links der Narajowka) wieder zu entreißen.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl: An der siebenbürgischen Südfront wurden rumänische Angriffe durch Feuer oder im Bajonettkampf abgeschlagen. Südwestlich Predeal und südöstlich des Roten-Turm-Passes stießen wir nach und nahmen über 350 Rumänen gefangen.

Balkankriegsschauplatz:

Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

Der erste Generalquartiermeister:
Ludendorff."

[illegible] der Tadel und der Belehrung, die nicht unbedingt in seinem Rufe gehören. So erklärt sich die bekannte Bestrittenheit des alten Bureaukraten, seine Unbeliebtheit [illegible]

Dr. v. Koerber und die Verwaltungsreform.

Von einem Verwaltungspolitiker.

Unter tragischen Umständen ist Dr. v. Koerber auf den Posten des ersten Beamten Oesterreichs berufen worden. Das Erbe, das er antritt, ist eine schwere Bürde, schwer nicht nur wegen der Unzahl von Problemen, deren Lösung die ernste Zeit gebieterisch fordert, sondern doppelt schwer für ihn, an dessen Namen sich die Erwartungen weitester Kreise knüpfen. Noch liegt ein Programm der neuen Regierung nicht vor, aber die Namen ihrer Mitglieder deuten an, daß es ein Programm der Arbeit sein soll.

Zu den wichtigsten Problemen, deren Lösung Dr. v. Koerber ehestens wird in Angriff nehmen müssen, gehört die Reform der Verwaltung. Auf diesem Gebiete ist nun der neue Ministerpräsident kein Neuling, sondern im Gegenteil einer der ersten Vorkämpfer. Bekannt sind ja die sogenannten Koerberschen Studien, als deren Frucht im Jahre 1904 dem Abgeordnetenhause ein großangelegtes Reformprojekt zuging. Die Freunde der Reform, die seit dem stillen Heimgange der Verwaltungsreformkommission im Jänner vorigen Jahres völlig vergessen zu sein schien, können also neue Hoffnung schöpfen und, wenn nicht alles trügt, steht die Reform bereits auf Koerbers noch unausgesprochenem Programm. Hat er sich doch gerade für jene Verwaltungszweige, deren Reformbedürftigkeit vor allem zutage liegt, nämlich die der inneren und der Finanzverwaltung, in Schwartzenau und Marek Mitarbeiter erwählt, die als Träger der Reformidee gelten. Insbesondere Freiherr v. Schwartzenau, der gewesene Vorsitzende der Verwaltungsreformkommission, hat schon bei deren Konstituierung in einer geradezu programmatischen Rede die Wege gezeigt, die zur Durchführung der Reform gegangen werden müssen, und seine der Kommission vorgelegten Anträge, betreffend die Vereinfachung und Beschleunigung des administrativen Geschäftsganges und die Regelung des Verfahrens vor den politischen Behörden, überragen weit alle übrigen Arbeiten der Kommission. Seine Berufung zum Chef der politischen Verwaltung gibt ihm nunmehr die Gelegenheit, seine Gedanken in die Tat umzusetzen.

Es ist aber auch tatsächlich schon hohe Zeit, daß die Erneuerung unserer Verwaltung in Angriff genommen werde. War diese schon in Friedenszeiten unzulänglich, schwerfällig, ein Gegenstand des Aergers und des Spottes, so mußten infolge des Kriegszustandes alle ihre großen und kleinen Mängel in voller Schärfe hervortreten. Denn nunmehr hieß es rasch arbeiten mit Sicherheit und Zielbewußtsein, immer den Zweck vor Augen, den Staat in seiner Wehrkraft zu stärken, indem die Bedürfnisse des einzelnen wie der Gesamtheit ohne jede unnütze Verzögerung befriedigt werden. Doch dies fiel bei dem veralteten Apparate der Verwaltung um so schwerer, als durch die zahlreichen Einberufungen von Staatsbediensteten zur militärischen Dienstleistung die Personalstände der Behörden und Aemter auf ein Mindestmaß herabgesunken waren und anderseits das Uebermaß neuer, völlig ungewohnter Arbeiten, das über die Verwaltung geradezu sprunghaft hereinbrach, die größten Anforderungen an die im Dienste Zurückgebliebenen stellte. Es muß anerkannt werden, daß die Beamtenschaft im vollen Bewußtsein ihrer Kriegspflicht oft mit Hintansetzung ihrer persönlichen Interessen den neuen Verhältnissen gerecht zu werden trachtete, gewiß aber wäre manches schneller und reibungsloser vonstatten gegangen, wäre die Reform der Verwaltung bereits vor dem Kriege durchgeführt worden.

Heute jedoch sind die Aufgaben der Verwaltung der Menge und Bedeutung nach bereits so sehr angewachsen, daß man sagen kann, es geht nach den alten Methoden nicht mehr weiter. Nach dem Kriege wird dies überhaupt völlig ausgeschlossen sein. Die Heilung der Wunden, die uns der Krieg geschlagen hat, die Sorge für die Invaliden, die Witwen und Waisen der Gefallenen, der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete werden zusammen mit der Sozialversicherung, der Arbeitslosenfürsorge und anderen sozialpolitischen Maßregeln, wie Bekämpfung des Geburtenrückganges, der Säuglingssterblichkeit, der Verwahrlosung der Jugend, der Lues und Tuberkulose oder einer Reform des Siedelungswesens u. a. m. ebensoviel Kraft und Geschicklichkeit der Verwaltung erfordern, als die Umwandlung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft, die auf eine möglichst baldige Wiedererstarkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Einzelnen und der Gesamtheit gerichtet sein muß. Auch die Frage der Lebensmittelversorgung wird nach dem Kriege noch lange eine wichtige Rolle spielen. Der Krieg hat es eben mit sich gebracht, daß der Staat in die verschiedensten Lebensverhältnisse eingreifen mußte, und diese Notwendigkeit wird solange

Pester Lloyd 7/XI. 1916.

Pränum. für 1 M. monatl. 2.50 K, viertelj. 11 K, monatlich 4 K. Für das Inland: Bloss Morgenblatt: Ganzj. 36 K, halbj. 18 K, viertelj. 9, monatlich 3.40 K. Bloss Abendblatt: Ganzj. 28 K, halbj. 14 K, viertelj. 7 K, monatl. 2.50 K. Morgen- u. Abendblatt: Ganzj. 48 K, halbj. 24 K, viertelj. 12 K, monatlich 4.40 K. Mit separater Postversendung des Abendblattes viertelj. 2 K mehr. Für Wien auch durch Herm. Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährig: Für Deutschland 18 K, für alle übrigen Staaten 21 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

PESTER LLOYD

MORGENBLATT

Haasenstein & Vogler, A. Oppelik Nachf., Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler, Invalidenstrasse 39, Berlin. Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse, Wallnerstrasse 3, Wien. Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse, Bauerngasse 1, Prag. Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse, Kohlmarkt 16, Wien. Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse, Seilerstätte 15, Wien. Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse, Schottengasse 3, Wien. Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse, Graben 31, Wien. Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse, Stadiongasse 6, Wien. Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse, Operngasse 1, Wien. Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse, Schwarzenbergplatz 16, Wien. Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse, Kärntnerstrasse 10, Wien. Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse, Kärntnerstrasse 12, Wien. Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse, Kärntnerstrasse 14, Wien. Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse, Kärntnerstrasse 16, Wien. Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse, Kärntnerstrasse 18, Wien. Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse, Kärntnerstrasse

7/XI. 1916. 11

Feind bis in unsere Linien vordringen konnte, wurde er sofort wieder hinausgeworfen und ließ 10 Offiziere, 310 Mann und Beute in unserer Hand. Nordöstlich von Le Sars wurden allein über 70 Gefangene und 11 Maschinengewehre eingebracht. Bei Soissons wurde der Angriff einer schwachen französischen Abteilung abgeschlagen.

Heeresgruppe Kronprinz: Rechts der Maas im Abschnitt von Hardaumont heftige Artillerie- und Handgranatenkämpfe.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern: Keine wesentlichen Ereignisse.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl: Die Kämpfe im Tölgyesabschnitt sowie zwischen der Altschanz- und Bodza-Paßstraße dauerten ohne wesentliche Aenderung der Lage an. Südwestlich von Predeal gewannen wir die Höhe von La Omu und machten südöstlich des Roten-Turm-Passes weitere Fortschritte. Beiderseits der Szurdul-Paßstraße wurden rumänische Angriffe abgeschlagen. Wir nahmen an der Südfront über 450 Mann gefangen.

Balkankriegsschauplatz:

Nichts Neues.

Der erste Generalquartiermeister:
Ludendorff."

Die Sonderstellung Galiziens.

Wien, am 6. November.

Die Aufgabe, die aus dem Auftrage des kaiserlichen Handschreibens vom 4. November, „geeignete Vorschläge zur gesetzmäßigen Verwirklichung" der Sonderstellung Galiziens „auszuarbeiten und vorzulegen", dem österreichischen Ministerpräsidenten erwächst, ist eine doppelte. Zunächst gilt es, die Grenze abzustecken zwischen den reinen Landesangelegenheiten Galiziens, die nach der kaiserlichen Willenskundgebung in Zukunft vom Lande „selbständig zu ordnen" sind, und den Angelegenheiten der staatlichen Gesamtheit, für welche nach wie vor die Faktoren der österreichischen Staatsverfassung zuständig bleiben; zweitens ist die ausgedehnte künftige Selbstverwaltung Galiziens auf eine solche feste Grundlage zu stellen, daß darin die Bevölkerung des Landes, ebenfalls nach dem ausgesprochenen Willen der Krone, „die Gewähr ihrer nationalen und wirtschaftlichen Entfaltung" besitzt. Es wäre weder zweckmäßig noch auch zeitgemäß, sich heute in Vermutungen darüber zu ergehen, wie die Regierung dem kaiserlichen Doppelauftrage gerecht werden will; aber es ist, da von der Lösung des Problems nicht nur für Galizien selbst, sondern für den Gesamtstaat und damit auch für die Gesamtmonarchie außerordentlich viel abhängt, wohl nicht unangebracht, sich über den Umfang, die Bedeutung und die Schwierigkeiten des Werkes, das nun in Angriff genommen werden muß, Klarheit zu schaffen.

Die Sonderstellung Galiziens ist die politische Folgerung Oesterreichs aus der Vereinbarung der verbündeten Kaiserreiche, das Königreich Polen wieder aufzurichten. Das kaiserliche Handschreiben stellt den Zusammenhang ausdrücklich fest, indem es zunächst auf jene Vereinbarung Bezug nimmt und dann es als Willen der Krone erklärt, Galizien das neue Recht „in dem Augenblicke zu verleihen, in welchem der neue Staat zur Entstehung gelangt, und Hand in Hand mit dieser Entwicklung". Notwendigkeiten der äußern Politik, wie sie sich im und durch den Verlauf des Krieges ergaben, und nicht etwa irgend welchen innerpolitischen Erwägungen verdankt somit Galizien seine künftige Sonderstellung. Dieser Umstand ist wohl im Auge zu behalten, da der Ursprung auch schon den Zweck angibt und Maß und Richtung bestimmt. Mit jenen politischen Programmen, die schon vor dem Beschlusse auf Wiederaufrichtung des Königreiches Polen oder gar schon Jahrzehnte vor dem Weltkrieg, also lange vor den großen Ereignissen, die der Sonderstellung Galiziens vorausgingen und sie bedingten und herbeiführten, diese Sonderstellung forderten, hat die beschlossene Tat keinerlei Zusammenhang. Dies hindert nicht, daß nunmehr jener vor dem Weltkrieg bloß Utopie gewesene Wunsch auf seine politische Rechnung kommt und so der Sehnsucht der Deutschen nach einer zahlenmäßigen Stärkung ihres Einflusses im Parlamente die teilweise Erfüllung als Frucht des kaiserlichen Handschreibens in den Schoß fällt. Aus der gestrigen Prager Kundgebung der Vertreter Deutschböhmens schlägt uns die frohe Genugtuung über diese bedeutsame geschichtliche Wende entgegen.

Die Scheidung zwischen reinen Landesangelegenheiten Galiziens und Angelegenheiten des Gesamtstaates wird nicht leicht sein. In der langen Zeit seit der Einverleibung Galiziens in die Monarchie ist das Königreich nördlich der Karpathen so sehr mit Oesterreich verwachsen, es haben sich solche Gegenseitigkeiten, so zahlreiche gemeinsame Interessen herausentwickelt, daß die Aerzte, die sich nun mit dem Seziermesser an diesen Körper heranmachen sollen, mit der größten Vorsicht werden zu Werke gehen müssen, um der Lebensfähigkeit, die sie durch ihr Werk zu steigern berufen wurden, nicht etwa Abbruch zu tun. Jede Handbewegung des Operateurs kann von großer politischer Tragweite für Oesterreichs Zukunft werden und Folgewirkungen zeitigen, die heute nur dem schärfsten staatsmännischen Blick erkennbar sind. An der „Zugehörigkeit Galiziens zur staatlichen Gesamtheit" und am „Einklang mit deren Gedeihen" hat nach dem klar ausgesprochenen Willen der Krone die Sonderstellung Galiziens und ihre Betätigung ihre Schranke. Nicht diese Zugehörigkeit zu lockern, sondern sie angesichts der Umwandlung des aus mehr als hundertjähriger Knechtschaft durch die Armeen der verbündeten Mittelmächte befreiten Russisch-Polens in ein selbständiges Königreich zu kräftigen, zu vertiefen und zu verewigen ist der offenkundige Zweck des hochherzigen kaiserlichen Entschlusses. Die vermehrte Bewegungsfreiheit soll auch das politische „Gravitieren nach Wien" in Galizien zu mehren geeignet sein. Dieser Grundgedanke wird von Punkt zu Punkt entscheidend sein bei der Beantwortung der Frage, ob etwas auch künftig als gesamtstaatliche Angelegenheit zu behandeln oder unter jene Dinge einzureihen ist, die das Land Galizien selbständig zu ordnen haben wird. Sowohl das durch den Krieg noch gesteigerte Anlehnungsbedürfnis Galiziens an die Kraft des Gesamtstaates als auch umgekehrt dessen Interesse an dem Ausbau seiner politischen Machtstellung im Nordosten des Reiches werden dafür sorgen, daß auch nach der vollzogenen Sonderstellung der gemeinsamen Angelegenheiten genug bleiben. Die Form für das künftige verfassungsrechtliche Zusammenleben zu bestimmen, gehört mit zu der Arbeit, mit welcher die Regierung beauftragt wurde. Die von bekannten Programmen empfohlene Verweisung der

Österr. Volkszeitung 9./XI. 1916

Einigkeit der Parteien oder Einheit des Volkes.

Vom Reichsratsabgeordneten **Franz Jesser.**

Heute findet in Wien eine gemeinsame Beratung der christlichsozialen und deutschfreiheitlichen Parteien über die Ernährungsfrage statt. Es ist unvermeidlich, daß dabei auch die innerpolitischen Verhältnisse zur Sprache kommen werden, um so mehr, als durch die Ernennung Koerbers zum Ministerpräsidenten anscheinend ein neues System eingerichtet werden soll. Noch hat Herr v. Koerber sein politisches Programm nicht bekanntgegeben, so daß es verfrüht wäre, sich jetzt schon für oder wider ihn zu stellen. Auch haben wir oft genug die traurige Lehre erhalten, daß die Ministertaten in schreiendem Widerspruche standen zu den Ministerprogrammen. Es ist also kaum anzunehmen, daß diese gemeinsame Abgeordnetenversammlung bindende politische Beschlüsse fassen wird, so erwünscht eine solche eindrucksvolle Kundgebung wäre. Die Parteien werden sich nach wie vor freie Hand behalten, in staatspolitischen Dingen so gut wie in kulturpolitischen. Sie werden aber gemeinschaftliche wirtschaftliche Forderungen stellen und sie gemeinsam überreichen. Sie geben damit der Regierung kund, daß die Wählerschaft von 170 deutschen Reichsratsabgeordneten, darunter denen der Reichshauptstadt, hinter diesen Forderungen steht und daß jede Geringschätzung dieser Willensmeinung zugleich eine Geringschätzung der großen Mehrheit des deutschen Volkes wäre.

Die gemeinsamen Beschlüsse werden diesmal unmittelbar von der Gesamtheit der Abgeordneten in gemeinsamer Beratung gefaßt werden. Dieser ungewöhnliche Vorgang verleiht ihnen eine über frühere gemeinsame Kundgebungen hinausreichende Bedeutung. Fragen wir aber nach der mächtigen Ursache, die zur Wahl dieser Form führte, so finden wir sie in der gemeinsamen Sorge um Vaterland und Volk. Alle Parteiunterschiede, alle persönlichen Eifersüchteleien und alle formalen Bedenken erscheinen plötzlich als kleinlich gegenüber der Pflicht, die Ernährung des Volkes zu sichern, den schamlosen Wucher zu bekämpfen.

Wir kämpfen auch für unser Volkstum, wenn wir für das Vaterland kämpfen. Erst dieses furchtbaren Krieges, erst des Todes vieler Tausende Volksgenossen hat es bedurft, um die Deutschen Oesterreichs zu lehren, daß sie alle ein Schicksal haben, daß sie ein Einheitsvolk sein müssen, wenn die einzelnen Teile ihr nationales Leben erhalten wollen. Wird diese Erkenntnis aber auch den Krieg überdauern? Werden nicht nach dem Kriege abermals die verschiedenen Interessen der Kronländer und der Parteien sich stärker erweisen? Werden wir wiederum der Regierung nur als Deutschböhmen, Oberösterreicher, Tiroler, Kärntner und so weiter, als Radikale, Liberale, Christlichsoziale und Sozialdemokraten gegenübertreten statt als deutsche politische Nation?

Sollen wir ihr wieder selbst die Handhabe bieten, durch allerlei Gefälligkeiten die Kronländer oder Parteien gegeneinander auszuspielen und so bald diesen, bald jenen Teil von der Gesamtheit abzuspalten?

Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß nach dem Kriege die Gefahr, wieder in den alten politischen Sumpf zurückzugleiten, sehr groß ist. Darauf deutet schon der Umstand, daß es noch immer nicht gelungen ist, die deutschbürgerlichen Parteien und die deutsche sozialdemokratische Partei zu einer Aussprache über die wichtigsten völkischen und staatlichen Zukunftsfragen zusammenzubringen. Noch immer steckt im Volke selbst — nicht so sehr in den Volksvertretern — eine bedauerliche Neigung zum Partikularismus. Zuerst kommt mein Bezirk, dann mein Kronland, und wenn ich auf Kosten der Gesamtheit möglichst viel an mich gerissen habe, dann bin ich freudig bereit, die hehre deutsche Gemeinbürgschaft bis zum letzten Blutstropfen zu wahren — freilich nur mit dem großen M . . .!

Welcher Abgeordnete wird es wagen, seinen Wählern zu sagen: Ich konnte Eure Forderungen nicht vertreten, weil sie dem höheren gemeinsamen deutschösterreichischem Interesse widersprechen? Und weil jeder Volksvertreter weiß, daß die heiligsten völkischen und staatlichen Interessen seiner Wähler immer nur die des Bezirkes und des Kronlandes sind, so werden die verschiedensten, einander oft widersprechenden Wünsche und Forderungen oder Beschwerden zu Angelegenheiten der gesamten Partei gemacht. Eine Hand wäscht eben die andere! So entsteht dann eine Unsicherheit in der politischen Haltung der Partei, ein ewiges Packeln mit der Regierung und den anderen Parteien und eine Zerrüttung der politischen Moral, von der die sogenannten „volkstümlichen Männer" den größten Nutzen ziehen. Solcher „Politiker" mit engstem Gesichtskreis und kleinlichsten Interessen hat jede Partei.

Eine Besserung ist nur zu erwarten, wenn der politische Gesichtskreis des Volkes selbst ein weiterer wird, wenn es die Welt nicht vom Standpunkt des Kirchturms betrachtet und nur das für wichtig hält, was innerhalb der Rundsicht vom Turme vorgeht. Es ist erstaunlich, wie wenig die einzelnen Teile unseres Volkes einander kennen. Die Innerösterreicher haben keine richtige Vorstellung von der Größe und Volkszahl Deutschböhmens, geschweige denn von seinen kulturellen Verhältnissen, der Sudetenländler wieder wirft Wiener, Kärntner und Tiroler in einen Topf und steht meist verständnislos den Forderungen einer deutschösterreichischen Adriapolitik gegenüber. Der Nordösterreicher steht dem Einheitsstaate Oesterreich ganz anders gegenüber wie der Südösterreicher. Sein Reichspatriotismus ist ein unmittelbar „österreichischer", der des Südösterreichers macht den Umweg über das Kronland; der erste ist moderner, der preußischen Staatsauffassung verwandter, der zweite altertümlicher, der bayrischen ähnlicher. Daß diese politischen Verschiedenheiten in den geographischen, wirtschaftlichen und sozialen Verschiedenheiten begründet sind, kann nicht bestritten werden. Es gilt aber diese natürlichen Hemmungen so weit zu überwinden, daß das deutsche Volk endlich als eine politische Gesamtheit auftreten kann. Gelingt diese Ueberwindung des Partikularismus nicht, dann bleiben wir auch nach dem Kriege ein loses Bündel von einzelnen deutschen Stämmen und verzichten endgültig darauf, das Staatsvolk zu sein. Nur als politisches Einheitsvolk im Einheitsstaate können wir das Staatsvolk sein! Dann werden wir uns auch nicht die Köpfe zu zerbrechen brauchen, wie man denn endlich eine Einigkeit der Parteien erreiche; denn nicht die Form ist das Wesentliche, sondern der Geist, der Einheitswille des Volkes.

Die gemeinsame Beratung am heutigen Tage ist ein kleiner Schritt auf dem Wege zur politischen Nation. Er darf nicht der einzige bleiben, damit wir nicht nach einigen Jahren schaudernd erkennen, daß all das Blut und all die Tränen vergebens geflossen sind, daß die Stellung des deutschen Volkes im Staate sich nicht verbessert hat und daß es nach wie vor um seine völkische Existenz bangen muß.

Die Führer des Volkes müssen mit dem guten Beispiele vorangehen — aber auch die Volksmassen müssen aus dem Kriege die Lehre ziehen, daß auch in aller Zukunft das Heil nur von einer Politik erwartet werden kann, welche das deutsche Volk als eine nationale und politische Einheit auffaßt. Parteien werden dann nicht minder zahlreich sein; sie werden aber über den Parteiunterschieden das Volksgemeinsame nicht vergessen.

Nach 1870 ist in Deutschland der staatliche Partikularismus durch den Reichsgedanken überwunden worden — möge nach 1916 der deutschösterreichische Stammes- und Landespartikularismus durch den völkischen Einheitsgedanken zurückgedrängt werden!

Arbeiterzeitung
10./XI. 1916

Und noch immer keine Lösung!

Noch ein Tag und abermals ein Tag! Der Kalender läuft der Regierung Koerber voran und es wird schwer halten, ihn einzuholen. Es ist nicht die Frostgefahr allein, die drängt. Jeden Tag wird Edelkorn in viel Tausenden Scheffeln verfüttert, jeden Tag genießt die Hälfte der Bevölkerung, die wohl zu den Selbstverbrauchern gerechnet werden muß, eine erhöhte Brotfruchtration, die unsere Bestände zu stark verringert. Jeder Tag gestaltet die Aufgabe, die ungeregelte Fettversorgung fest und sicher zu ordnen, unlöslicher. Jeden Tag häufen sich die Schwierigkeiten der Aufbringung und mehrt sich die Regellosigkeit der Verteilung. Niemand vermag zu begreifen, warum sich Männer, die als Verwalter bewährt und bekannt sind, der drängendsten Aufgabe des Staates entziehen sollten, wenn ihnen nur die unerläßlichen Machtmittel an die Hand gegeben werden.

Ministerpräsident Dr. v. Koerber hat gegenüber einer Gruppe bürgerlicher Abgeordneter, die bei ihm vorsprach, neuerdings den Vorrang der Ernährungsfragen betont. Jetzt sind diese die wichtigsten und obschon die Einberufung des Reichsrates drängt, würdigen wir Koerbers Versicherung gern, daß die Regierung „damit vollauf in Anspruch genommen sei". Aber der Vorrang der Zeit ist der einzige nicht: der Ernährungsdienst hat jetzt auch den sachlichen Vorrang vor allen anderen Dienstzweigen des Staates. Ressortrücksichten darf es dabei gar nicht geben, jetzt schon gar nicht mehr. Oesterreichs Oeffentlichkeit hört dieses Lied von den Ressortschwierigkeiten schon volle zwei Jahre, es ist in allen Tonarten vorgetragen und jedermann zum Ueberdruß geworden. Wir haben mit derlei Streitigkeiten viele kostbare Friedensjahre vertan und während wir uns die Köpfe zerbrachen, ob Haarnetzen eine Gerechtsame des Pfaidlers oder des Rasierers sei, ist draußen die Welt verteilt worden. Das Abgrenzen von Gerechtsamen ist seit jeher ein bei uns sehr beliebtes Gesellschaftsspiel gewesen, wir haben es inzwischen verlernt, sonst müßten längst beim Verwaltungsgerichtshof Prozesse anhängig sein, ob ein Magistratsrat in das Gewerbe eines Mehlmessers pfuschen dürfe; einen Befähigungsnachweis nach den Vorschriften unseres Gesetzes vermöchte er niemals zu erbringen. Gibt es heute noch einen Ressortminister, der um die Gerechtsamen seines Ressorts streitet? Wir hoffen doch nicht!

Der Kalender jagt weiter. Man beachte doch den Zustand des neutralen Handels! Er wird tagtäglich durch die wetteifernde Expressung der Kriegführenden mehr eingeengt, und was heute noch zu kaufen ist, wird morgen nicht mehr da oder nicht mehr feil sein. In keinem der achtundzwanzig Kriegsmonate haben wir die Auslandszufuhr so wirksam betrieben, wie wir es hätten können, und immer standen wir im Hintertreffen. Der beliebte schmälende Selbsttrost der Oesterreicher, der alles persönlich und nichts sachlich sieht, redet sich darauf aus: Wir haben keine so tüchtigen Leute! Mag sein, aber selbst wenn sie die tüchtigsten gewesen wären, hätten sie weniger erzielt als andere, weil ihnen die Mittel wie der Rückhalt gefehlt haben. Man hat ihnen lange nicht mit dem nötigen Eifer Kompensationswerte zur Verfügung gestellt, hat sie vielfach der privaten Spekulation überlassen, die damit französische Putz- und russische Pelzwaren für die Kriegsgewinner beglichen hat. Als Rumänien noch offen war, sind Gesuche um Kompensationen für große Nährwertmengen oft monatelang unerledigt auf den Schreibtischen liegen geblieben. Und selbst jetzt noch, nach so langen und bitteren Erfahrungen, hat es sich ereignet, daß die Oesterreichische Zentraleinkaufsgesellschaft in Holland Zahlungen nicht prompt bereinigen konnte, weil die Devisenzentrale zur selben Zeit, wo sie Devisen für die private Spekulation hinausgab, für das staatlich legitimierte Einfuhrinstitut keine Devisen übrig hatte. Nicht etwa aus üblem Willen, auch nicht aus Unvermögen, sondern bloß weil der betreffende Ressortvertreter in der Zentrale — der Vertreter eines anderen Ressorts natürlich — keine ausreichenden Instruktionen besaß. Tüchtige, sachkundige eifrige Beamte werden sich umsonst bemühen, wenn es am zusammenfassenden Ueberblick und an der Einheitlichkeit der Verfügung gebricht. Darauf kommt es an und das Gebrechen ist kein Fehler von Personen, sondern ein Mangel in den Einrichtungen. Wen würde es denn wundernehmen, daß sich der gesamte Umsatz unserer Auslandseinkaufsstelle unter solchen Umständen in bescheidenen Grenzen hält?

Ein gestriges Morgenblatt wußte zu melden: „Im Verlauf der Verhandlungen stellte es sich heraus, daß die in dem Memorandum des Freiherrn v. Beck aufgeworfene Frage, wie die Abgrenzung der Kompetenz aller für die Lösung des Ernährungsdienstes in Betracht kommenden Stellen vorzunehmen sei, auf Schwierigkeiten stieß, die nicht beseitigt werden konnten." Da wird der Finger auf die wunde Stelle gelegt. Das Papier der Devisen ist kein Nährstoff, gewiß nicht, also geht es ein anderes Ressort an, und zwar das Finanzministerium. Auch dieses Ministerium hat zurzeit seine großen, ernsten Sorgen und selbst der Laie begreift und weiß es zu würdigen, daß die Sorgen um Valuta und Staatsschuldendienst und vieles andere mehr dem Finanzbeamten höher stehen als alles

Berner Bund
14./XI. 1916

43

Das Ministerium Körber

(Von unserm Korrespondenten)

nk, Wien, Anfang November 1916.

Die Ernennung des bisherigen gemeinsamen Finanzministers Dr. Ernst von Körber zum österreichischen Ministerpräsidenten, zum Nachfolger des auf so tragische Weise aus dem Leben geschiedenen Grafen Stürgkh hat allenthalben große Befriedigung hervorgerufen und auch seine erste Tat, die Zusammensetzung der neuen Regierung, hat allgemeinen Beifall gefunden.

Dr. von Körber ist kein neuer Mann; fast fünf volle Jahre, 1901 bis Ende 1904, stand er an der Spitze des österreichischen Ministerrates und in dieser vielbewegten Zeit hat er den Ruf, den er sich in seiner Beamtenlaufbahn und dann als Handelsminister und später als Minister des Innern erworben, gerechtfertigt und noch vermehrt: ein energischer Staatsmann zu sein, der erfüllt von modernen Ideen ein starkes Oesterreich will und die Kraft und Ausdauer besitzt, seinen Willen durchzusetzen, unbekümmert von allen Schwierigkeiten — womöglich mit — wenn notwendig aber auch ohne — selbst gegen das Parlament! Er hat demnach alle jene Eigenschaften, die gerade in der jetzigen Zeit unter den schwierigen Verhältnissen der Gegenwart von dem verlangt werden, der die innere Politik Oesterreichs zu leiten berufen ist. Energisch wird er an die Lösung der schweren Aufgaben herantreten, die heute schon und in der nächsten Zukunft auf der Tagesordnung stehen werden. Zweifellos hat er auch vom Kaiser weitgehende Vollmachten erhalten und sich überzeugt, daß seine Pläne die Zustimmung des Monarchen finden werden, denn es ist gewiß, daß Dr. v. Körber heute weniger denn je angestrebt hat, nur Ministerpräsident zu werden, sondern er hat diese Stelle nur angenommen, um Großes zu leisten. Seine Hauptaufgabe ist eine doppelte: Oesterreich in der Lage zu erhalten, die Kriegslasten bis zum glücklichen Ende kraftvoll zu ertragen und Oesterreich immerhin so zu konsolidieren, daß es einig und stark nicht nur die Wunden, die der Krieg schlägt, heilen, sondern aus der großen Zeit, die wir durchleben, verjüngt, gestärkt, zukunftsreich hervorgehen kann. Eine lange Reihe wirtschaftlicher und politischer Probleme gilt es zu lösen: vor allem heißt es, die materiellen Existenzbedingungen der Bevölkerung sicherzustellen, die notwendigen Ernährungsmittel beschaffen und gerecht verteilen, den Staatshaushalt aufrecht zu erhalten, für die enormen Ausgaben die nötige Deckung zu finden. In politischer Hinsicht wird Dr. v. Körber bemüht sein müssen, den gegenwärtigen Burgfrieden zwischen den Nationen und Parteien in einen dauernden zu verwandeln, die Grundlagen für eine ruhige, geordnete, fruchtbare Tätigkeit des Parlaments zu schaffen und ein — wenigstens provisorisches, aber festes — Verhältnis zu Ungarn zu sichern, da ja der gegenwärtig geltende Ausgleich Ende 1917 abläuft.

Dr. v. Körber hat sich zur Lösung dieser Aufgaben mit Männern umgeben, die durch ihre sachlichen Kenntnisse und Erfahrungen, durch ihre politische Stellung, durch die Autorität ihrer Person die Gewähr bieten, daß sie ihm als tüchtige, zielbewußte Mitarbeiter zur Seite stehen werden. Aus dem früheren Kabinett hat er drei Mitglieder übernommen: den Landesverteidigungsminister General der Infanterie von Georgi, damit in den militärischen Angelegenheiten keinerlei Störung eintritt und zwei bewährte Ressortminister, Freiherrn von Hussarek für Kultus und Unterricht und Freiherrn von Trnka für öffentliche Arbeiten, die beide — so wichtig auch sonst ihr Wirkungskreis ist — im Augenblick in zweiter Linie stehen.

Den gegenwärtigen Verhältnissen besondere Rechnung tragend, wurde an die Spitze des Eisenbahnministeriums ein Offizier berufen. Das Eisenbahnwesen, auch im Hinterland, muß heute in erster Linie den Anforderungen des Krieges, der Heeresverwaltung entsprechen. Generalmajor Ernst Schaible ist ein hervorragender Fachmann, der bisher im militärischen Verkehrswesen tätig war und sich hierbei besonders auszeichnete. Der neue Finanzminister Karl Marek war bisher Leiter der Budgetsektion dieses Ministeriums. Er gilt als ein sehr tüchtiger Beamter, der mit den Aufgaben seines Ressorts genau vertraut ist. Für die wichtigen Approvisionierungsfragen kommen das Ministerium des Innern und das des Ackerbaus in erster Linie in Betracht. Der Minister des Innern, Erwin Freiherr v. Schwarzenau, ist ein erfahrener Verwaltungsmann. Er war lange Zeit Statthalter in Tirol und dann einer der Senatspräsidenten des Verwaltungsgerichtshofes. Zum Ackerbauminister wurde Heinrich Graf Clam-Martinitz ernannt. Als Latifundienbesitzer kennt er wohl alle einschlägigen Fragen genau, doch wichtiger dürfte bei dieser Berufung die parlamentarische und politische Stellung des Grafen in die Wagschale gefallen sein. Er ist ein Vertrauensmann der Tschechen, und sein Eintritt in das Kabinett, in dem sie ja durch Freiherrn von Trnka schon vertreten sind, soll diesen beweisen, daß das Ministerium Körber kein tschechenfeindliches sein wird, sondern vielmehr bestrebt ist, den Rechten und Ansprüchen dieses im politischen Leben Oesterreichs unleugbar wichtigen Volksstammes nach Möglichkeit gerecht zu werden.

Dr. Franz Stibral, der neue Handelsminister, gilt als eine erstklassige Autorität in Fragen der Handelspolitik. Er war früher — in den letzten Jahren lebte er im Ruhestand in Salzburg — Sektionschef im Handelsministerium und hat sich in den frühern Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn große Verdienste erworben. Er wird auch berufen und fähig sein, in der Frage des engern wirtschaftlichen Anschlusses Oesterreich-Ungarns an Deutschland ein gewichtiges Wort zu sprechen. Dr. Stibral steht persönlich dem neuen Ministerpräsidenten besonders nahe.

Sowohl bei den Unterhandlungen mit Ungarn als auch in jenen mit dem Deutschen Reich wird weiter dem neuen Justizminister Dr. Franz Klein eine große Rolle zukommen. Dr. Klein, der schon einmal diesen Posten bekleidete, ist ein, man kann wohl sagen, weltberühmter Jurist und hat sich in letzter Zeit auch viel mit allgemein politischen und mit handels- und kulturpolitischen Fragen beschäftigt. Er hat während des Krieges mehrere Schriften über aktuelle Fragen veröffentlicht, die nicht nur seinen scharfen Gelehrtenverstand, sondern auch seine Lebenskenntnis und die Höhe seiner ethischen Prinzipien in helles Licht stellen.

Dr. Michael Bobrzinski, der frühere Statthalter von Galizien, ist zum Minister für Galizien ernannt worden. Das Amt eines Ministers für Galizien ist im Augenblick von ganz besonderer Wichtigkeit. Dr. Bobrzinski ist ein genauer Kenner der Verhältnisse, ein guter Pole, aber dabei durch und durch österreichisch gesinnt. Er hat sich als Statthalter bewährt und wird auch jetzt in jeder Hinsicht seinen Mann stellen. Das neue österreichische Ministerium, das man bereits ein Ministerium der Individualitäten genannt hat, zählt demnach durchwegs bewährte, in ihrer Art führende Männer zu seinen Mitgliedern und gestattet, an seine Tätigkeit die schönsten Hoffnungen zu knüpfen.

Hamburger Fremdenblatt
15./XI.1916

Die galizische Selbstverwaltung.

Von unserem Wiener Vertreter.

Umgekehrt wie im Deutschen Reich, interessiert die österreichische Oeffentlichkeit weit mehr die Sonderstellung Galiziens als die Schaffung des Königreichs Polen. Seit der Veröffentlichung des kaiserlichen Handschreibens sind nun acht Tage verflossen, und es läßt sich übersehen, wie sich die verschiedenen Parteien dazu stellen. Auf den ruhigen Beobachter machen alle diese Kundgebungen den Eindruck der Ueberstürztheit, das Viktoriaschießen sowohl wie die Ausbrüche der Verzweiflung, wie sie insbesondere bei den Ruthenen (Ukrainern) zu verzeichnen sind.

Für die Deutschen böte eine ehrlich durchgeführte Selbstverwaltung Galiziens den Vorteil, daß die 106 Abgeordneten dieses Kronlandes aus dem Abgeordnetenhaus ausscheiden, die Vertreter des deutschen Volkes also die Mehrheit erhalten würden. 233 deutschen Abgeordneten ständen dann — vorausgesetzt, daß die Monarchie in ihren heutigen Grenzen bestehen bleibt — 177 Vertreter der übrigen Nationalitäten gegenüber. Die Sonderstellung Galiziens ist eine alte Forderung der Deutschen, die in allen ihren politischen Entschlüssen, vom Linzer Programm des Jahres 1882 bis zur Oster-Denkschrift von 1915, immer wiederkehrt. Deswegen sind die Deutschen auch jetzt, wo das Ausscheiden Galiziens in greifbare Nähe rückt, heftigen Vorwürfen ausgesetzt, aus dem Lager der alten, zentralistischen Großösterreicher sowohl wie aus dem der Tschechen.

Die Großösterreicher befürchten die Preisgabe der wichtigsten Reichsinteressen, so daß das Gefüge der Monarchie, die schon in der jetzigen Form des Dualismus unendlich schwer zu regieren ist, noch komplizierter und unfähiger zu einer starken auswärtigen Politik werden könnte. Den Tschechen bangt angeblich vor einer rücksichtslosen Unterdrückung durch die neuzuschaffende deutsche Mehrheit.

Diesen Vorwürfen ist entgegenzuhalten, daß die Forderungen der Deutschen ganz gewiß nicht auf Schaffung einer selbständigen galizischen Staatlichkeit nach ungarischem Muster gerichtet sind. Besonders in dem Osterprogramm von 1915, an dem die seit 1882 gemachten Erfahrungen nicht spurlos vorübergegangen sind, ist auf den Zusammenhalt der Monarchie sorgsam Bedacht genommen. Ist die Regierung so gut beraten, daß sie bei der Neuregelung der Verhältnisse in Galizien auf die Wünsche der Deutschen hört, so wird daraus nicht ein Reichsverband auf Kündigung hervorgehen, wie er in dem Verhältnis zu Ungarn schon so oft zu krisenhaften Zwischenspielen geführt hat. Und was die Tschechen betrifft, so denkt wohl kein vernünftiger Politiker, der die Lebenskraft dieses Volksstammes kennt, an die Möglichkeit, sie gewaltsam germanisieren zu können. Gewinnen aber die Deutschen durch die Sonderstellung Galiziens in dem eigentlichen Westösterreich die ihnen auf Grund der geschichtlichen Entwicklung gebührende Stellung zurück, dann werden, wie zu hoffen ist, auch die Tschechen die Grenzen der Wirklichkeit erkennen und auf die Schaffung eines Wenzelsreiches, das von Preußisch-Schlesien bis Wien reichen soll verzichten lernen. Sie dürften unter diesen Umständen wohl eher für einen nationalen Ausgleich zu haben sein, der ihnen ihren Besitzstand und die Entwicklungsmöglichkeit auf dem angestammten Boden sichert, als in den letzten fünfzig Jahren, wo sie von einer kühnausgreifenden Offensive mehr erhofften als von ruhigem Sichbescheiden.

Die Ruthenen, der zweite Volksstamm Galiziens, befürchten, daß sie durch die Sonderstellung Galiziens noch mehr als bisher der rücksichtslosen Mehrheitsherrschaft der Polen ausgesetzt sein werden. Sie sind davon um so schmerzlicher berührt, als sie mit weitgehenden Hoffnungen in den Krieg zogen, der ihnen nicht nur die nationale Selbstverwaltung in Galizien, sondern auch womöglich noch die Befreiung ihrer Volksgenossen in Rußland, die Schaffung eines selbständigen ukrainischen Staates bringen sollte. Zur Verwirklichung dieser Bestrebungen hatte sich ein eigener ukrainischer Nationalrat gebildet, der jetzt, unter dem Eindruck der erlittenen Enttäuschungen, auseinanderzugehen droht. Wenigstens hat der Vizepräsident, Reichsrats- und Landtagsabgeordneter v. Wassilko, seine Stelle niedergelegt. Der Verband der ukrainischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten hat sich zunächst mit einer feierlichen Rechtsverwahrung begnügt.

Es ist nun ein vielsagendes Anzeichen, daß die Zensur, die unter Stürgkh überängstlich jede Erörterung innerpolitischer Gegensätze verbot, unter Körber sehr weitherzig allen diesen Protestkundgebungen freien Lauf läßt. Es gibt Leute, die wissen wollen, daß der Ministerpräsident v. Körber von dem kaiserlichen Handschreiben, über das Burian und Tisza sicher sehr eingehend beraten haben, nicht viel früher erfuhr, als bis es ihm zur Gegenzeichnung vorgelegt wurde. Indem er nun die öffentliche Meinung frei darüber reden und alle Wünsche und Bedenken anmelden läßt, verhütet er am besten, daß aus der noch reichlich unbestimmten Ankündigung die übereilte Schaffung von unwiderruflichen Tatsachen werde. Und Bedenken haben eigentlich alle Teile. Die Deutschen müssen sich erst vergewissern, daß die Selbstverwaltung Galiziens auch wirklich ehrlich und folgerichtig durchgeführt werde. Es darf nicht wieder eine Halbheit dabei herauskommen wie bei der 1868/69 gewährten Autonomie, die den Polen in den wesentlichsten Belangen freie Hand läßt, West-Oesterreich aber die Kosten für die passive galizische Wirtschaft aufbürdet, und zudem noch die Polen im Parlament das Zünglein an der Wage spielen läßt. Auch müssen die Deutschen Sicherungen für ihre in Galizien ansässigen Volksgenossen durchsetzen. Die galizischen Polen hatten viel weitergehende Wünsche als die, deren Erfüllung ihnen das kaiserliche Handschreiben in Aussicht stellt. Sie wären wohl sehr gern aus dem Wiener Reichsrat ausgeschieden, wenn sie in Russisch-Polen, das nach dem ursprünglichen Plane an Galizien angegliedert werden sollte, ein fruchtbares Feld für ihre Betätigung gefunden hätten. Nun muß aber selbst der „Czas", das Organ der Krakauer Konservativen, eingestehen, daß einflußreiche Parteien im Königreich eine Verständigung mit dem Polenklub Galiziens, der sich zum obersten Nationalkomitee aufgeworfen hatte, ablehnten und sogar mit einem Protest dagegen auftraten, daß die vom Wiener Polenklub abgegebenen Erklärungen den Ausdruck der Bestrebungen aller Polen bildeten. Die an großzügige Verhältnisse gewöhnten Herren in Warschau erblicken in den Krakauer und Lemberger Politikern, die in Oesterreich eine so ausschlaggebende Rolle spielten, immer etwas wie aufgeblasene Provinzgrößen. Und nun befürchten die galizischen Schlachzizen, sich zwischen zwei Stühle zu setzen: sie sollen die einflußreichen und gutbezahlten Stellen bei den Zentralämtern in Wien — wo sich's so flott leben läßt — aufgeben und keinen Ersatz in Warschau dafür bekommen. Krakau und Lemberg sind auch für ihren Ehrgeiz und Erwerbssinn kein Feld, das weit genug wäre. Deswegen geht man wohl nicht fehl mit der Vermutung, daß den galizischen Polen die ruthenische Protestbewegung gar nicht so unerwünscht ist, ja, daß geheime Fäden aus dem einen Lager ins andere führen. Selbst können die Polen gegen die erweiterte Autonomie nicht gut auftreten, da sie sie immer verlangt haben. Aber sie werden den Ruthenen gewiß nicht böse sein, wenn diese für die Beibehaltung gewisser geldzuführender Kanäle aus Wien zu sorgen wissen.

Herr v. Körber hat sich klugerweise alle Möglichkeiten offengehalten; denn dem kaiserlichen Handschreiben ist ein Satz beigefügt, der ausdrücklich besagt, daß die Neuordnung der Dinge in Galizien auf gesetzmäßigem Wege verwirklicht werden solle, d. h. mit Zuratezieh ung des Parlaments. Hier muß aber jede Abänderung des Staatsgrundgesetzes — und um eine solche handelt es sich — mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Auf diese Weise sind alle Teile gegen Ueberrumplungen geschützt: Deutsche, Polen und Tschechen. Auch die 27 ruthenischen Abgeordneten aus Galizien können nicht einfach überstimmt werden, da sie einen Rückhalt an den Deutschen finden, die sich zum Anwalt von deren Autonomiewünschen machen. Die Deutschen haben kein Interesse an dem Aufkommen einer übermütigen polnischen Irredenta, um so mehr, als sich die ruthenischen Bauern immer als ein kaisertreues Element erwiesen haben, das den Ehrennamen der „Tiroler des Ostens" verdiente.

Was die weiten Kreise der Bevölkerung betrifft, so sind ihnen alle staatsrechtlichen Tifteleien fürs erste herzlich gleichgültig. Die mögen eine Sorge für später bleiben. Die dringendste Hauptaufgabe ist jetzt die Lösung der Ernährungsfrage. Hier wird Körber zunächst seinen Befähigungsnachweis zu erbringen haben.

E. P.

Arbeiterzeitung
16./XI. 1916

Die Reichskonferenz.

Das Proletariat und der Friede.

Den Schluß der Tagesordnung der Reichskonferenz bildete der Punkt: „Das Proletariat und der Friede", der Samstag den 4. November zur Verhandlung kam. Der Konferenz lag zur Kenntnisnahme das Schreiben vor, das der Vorstand der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich im Juli dieses Jahres an das Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Büros gerichtet hatte, als Beantwortung des Zirkulars dieses Büros anläßlich der Neutralenkonferenz.

Als Referent ergriff Viktor Adler das Wort.

Der Redner erörtert ausführlich die Lage des Proletariats im Kriege, seine Pflichten und die darüber entstandenen Meinungsverschiedenheiten. Wie immer wir aber über die Ursachen und die Vorgeschichte des Krieges, über das Verhalten des Proletariats angesichts der Tatsache des Krieges, über das, was man merkwürdigerweise auch bei uns „die Politik des vierten August" nennt, denken mögen, darüber kann kein Zweifel bestehen: unsere höchste Pflicht ist, durchzuhalten trotz alledem das Proletariat selbst, sein physisches und geistiges Leben, seine Kampffähigkeit in Gegenwart und Zukunft. Dieser Aufgabe, die zusammenfällt mit der Pflicht gegen das Volksganze, haben unsere in der Organisation geschulten Genossen mit Erfolg, mit auch von den Gegnern anerkanntem Erfolg, gedient. Unsere weitere Pflicht im Kriege, die uns auch durch die Beschlüsse aller internationalen Kongresse zur Richtschnur gemacht wird, ist, alles zu tun und zu unterstützen, was das Ende des Krieges näher bringen kann. Unsere Partei hat zusammen mit der Sozialdemokratie Deutschlands und Ungarns schon im ersten Kriegsjahr ausgesprochen, was nach unserer Ueberzeugung notwendig ist, um den Frieden herbeizuführen. In unserer letzten Reichskonferenz haben wir von neuem diese Forderungen erhoben und wir wiederholen sie in der dieser Konferenz vorliegenden Resolution.

Genosse Adler gibt dieser Resolution eine Begründung, die wir wegen der wenige Tage später gehaltenen Rede des deutschen Reichskanzlers Bethmann Hollweg ausführlicher wiedergeben wollen. Der Redner sagte da:

Wir wollen also in unserer Resolution die Regierung auffordern, so deutlich als nur möglich das Ihrige zu tun, um dem Krieg ein Ende zu machen. Die Resolution leidet das, was wir verlangen müssen, in wenige Worte. Sie zeigt, was man vernünftigerweise von der Regierung, von jeder Regierung, verlangen kann: die Bereitschaft zum Frieden auszusprechen, das ist die Bereitschaft zu eingehenden Friedensverhandlungen, und sie spricht ferner, was schärfer betont ist als bisher, von dem eigentlich politischen, im Augenblick wichtigsten Punkt. Wir wollen Friedensverhandlungen, wir wollen, daß die Regierungen offen erklären, daß sie, die den Krieg feierlich als Verteidigungskrieg proklamiert haben, ihn auch als Verteidigungskrieg abschließen, weil jede andere Haltung den nächsten Krieg mit Sicherheit provozieren würde.

Was wir wollen, haben wir ausgedrückt auf unserer letzten Konferenz und haben es dem Internationalen Büro berichtet, damit dieses es der Neutralenkonferenz mitteile, die im Sommer stattgefunden hat. Wir haben in diesem Schreiben gesagt, daß nach unserer Ueberzeugung eine Zusammenkunft der Internationale, so wünschenswert sie wäre, kaum zu erzielen sein dürfte, bevor der Krieg zu Ende ist. Was uns anlangt, sind wir für den Frieden ohne Eroberungen, wir wünschen, was Oesterreich betrifft, ein freies Polen, freie Balkanländer und in Zukunft womöglich den freien und freiwilligen Zusammenschluß dieser Länder mit Oesterreich, das ein demokratischer Bundesstaat werden müsse, wenn es leben wolle. Wir haben weiter gesagt, daß die Bedingung für den künftigen Frieden und die Andauer des Friedens die Wiederaufrichtung eines europäischen Völkerrechtes ist, das aber umfassender und vor allem zwingender sein müsse als das frühere. Es heißt in diesem Schreiben:

> Alle von uns verlangten Maßregeln laufen darauf hinaus, den Aufbau eines europäischen Völkerrechtes zu sichern. Ein solches neues Völkerrecht wird nicht und kann nicht durch Gewalt und Oktroyierung geschaffen werden, aber es wird und muß nach unserer Ueberzeugung in dem Sinne das Ergebnis des Krieges sein, daß alle Völker und ihre Regierungen nach dem Kriege das unüberwindliche Bedürfnis nach Sicherung vor einer neuen Katastrophe haben werden, so daß die freiwillige Einordnung und Unterordnung unter eine neue zwischenstaatliche Gemeinsamkeit, ein neues europäisches Völkerrecht möglich sein wird. Was schon unsere internationalen Kongresse gefordert haben, die Abschaffung des Seebeuterechtes und damit im Zusammen-

es vielleicht da und dort Meinungsverschiedenheiten geben würde, so sei es eben Sache beiderseitigen Entgegenkommens, diese zu überbrücken. „Ich beabsichtige" — sagte der Ministerpräsident — „in der allernächsten Zeit nach Budapest zu reisen, um die einverständliche Lösung der unser harrenden großen Aufgaben anzubahnen.

Gründung eines einheitlichen Verbandes der czechischen Parteien.

Wien, 18. November.

In Prag wurde heute ein einheitlicher parlamentarischer Verband aller czechischen Parteien ins Leben gerufen. Bemühungen, die czechischen Parteien, die in den letzten Jahren stark zerklüftet waren, auf eine Linie zu bringen, haben schon vor ungefähr einem Jahre begonnen. Sie sind jedoch in den jüngsten Wochen rascher in Fluß gekommen, hauptsächlich wohl unter dem Eindruck zweier großer innerpolitischer Vorgänge, dem Kabinettswechsel, der eine Einberufung des Reichsrates in greifbare Aussicht rückte, und der Ankündigung der Sonderstellung Galiziens, die das Parlament vor eine der tiefeingreifendsten Verfassungsfragen stellt. Die Schaffung des einheitlichen Czechenklubs ist eine interessante und zweifellos höchst wichtige innerpolitische Tatsache. Interessant darum, weil der Klub zum erstenmal alle czechischen Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken in sich vereinigt, wichtig vor allem darum, weil der neue Czechenklub mit seinen 108 Mitgliedern einer der stärksten Verbände des Abgeordnetenhauses sein wird. Die Czechen sind die zweite Nation in Oesterreich, in der sich unter den Eindrücken des Krieges, die so viel Hergebrachtes in der politischen Ueberlieferung erschüttert haben, die bürgerlichen und sozialistischen Abgeordneten in einem Verbande zusammengeschlossen haben. Die Kluft zwischen den alten Parteien und den Sozialdemokraten war bei den Czechen wohl nicht so tief wie bei den Polen, bei denen die Sozialisten als die heftigsten Gegner des Polenklubs ins Parlament eingezogen waren. Immerhin bildeten auch die Anfänge der czechischen Sozialisten eine Zeit stärkster Kämpfe gegen die bürgerlichen Parteien, deren staatsrechtliches Programm die Sozialdemokraten besonders anfochten. Wie die polnischen hatten auf der anderen Seite allerdings auch die czechischen Sozialdemokraten von allem Anfang an eine ausgesprochen nationale Farbe, die sie von dem in der deutschen Sozialdemokratie vorwaltenden internationalen Zug scharf unterschied. Vor einigen Jahren brach der nationale Charakter in der czechischen Sozialdemokratie so scharf durch, daß es zum Bruch und zu einem dauernden Gegensatz zwischen ihnen und den deutschen Sozialdemokraten kam. Die czechischen Sozialdemokraten näherten sich immer mehr den nationalen czechischen Parteien, in Mähren ist ein gewisses Zusammengehen zwischen den Sozialisten und den bürgerlichen czechischen Parteien schon in den Jahren vor dem Kriege angebahnt worden. Nun vereinigen sich die czechischen Sozialdemokraten mit den übrigen czechischen Parteien zu einem einheitlichen parlamentarischen Verband und nehmen an dessen Leitung hervorragend Anteil. Der zweite Vorsitzende des Czechenklubs wird der sozialdemokratische Führer Dr. Smeral sein. Auch im Präsidium des Polenklubs sitzt der Führer der Sozialdemokraten Daszynski.

Von ebenso großem Interesse als der Beitritt der Sozialdemokraten ist die Umgruppierung der Parteien, die der neue Czechenklub zeigt. Bis zum Ausbruch des Krieges hatten die Jungczechen die Führung in der czechischen Politik. Sie waren wohl zahlenmäßig nicht die größte Partei, allein ihr Führer Dr. Kramarz war tatsächlich die stärkste Figur in der czechischen Politik, und insbesondere Ministerpräsident Graf Stürgkh und der frühere Statthalter von Böhmen Fürst Thun haben ihn und seine Partei stets als die führenden Faktoren im czechischen Volke behandelt. Die letzte Obstruktion im Abgeordnetenhause vor Ausbruch des Krieges hatte ihren letzten Grund darin, daß die czechischen Agrarier und ihr Führer, der ehemalige Minister Praschek, die Vorherrschaft des Abgeordneten Dr. Kramarz und dessen Einfluß auf die Regierung brechen wollten. Im neuen einheitlichen Czechenklub sind die Jungczechen im Hintergrunde. Die Führung des Klubs ist auf die Agrarier und Sozialdemokraten übergegangen, die die erste und zweite Obmannstelle besetzen, die Jungczechen haben die dritte Stelle. Es wird sich zeigen, ob diese innere Verschiebung innerhalb der czechischen Parteien den entscheidenden Einfluß auf die Führung der czechischen Politik, vor allem auf die Haltung zum nationalen Ausgleich in Böhmen, haben wird.

Mit 108 Mitgliedern wird der Czechenklub nahezu die gleiche Stärke wie der Deutsche Nationalverband haben. Dieser zählte vor Bildung der Arbeitsgemeinschaft 98 Mitglieder und umfaßt nun, da mit der Arbeitsgemeinschaft einige außerhalb des Verbandes befindliche Mitglieder diesem beigetreten sind, 110 Abgeordnete.

Der Zusammenschluß der czechischen Parteien.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Prag, 18. November.

Heute wurde die Gründung eines parlamentarischen Verbandes und eines Nationalausschusses aller czechischen Parteien beschlossen. Dem Verbande gehören alle politischen Parteien an. Die Bindung wird eine sehr starke sein, da die Parteien auf ein Vetorecht verzichtet haben und Mehrheitsbeschlüsse des Verbandes für alle bindend sein sollen. Der czechische Verband wird 108 Mitglieder zählen. An die Spitze des Verbandes wurde ein Vorstand gestellt, welchem die Abgeordneten Praschek, Udrzal, Stanek, Mastalka, Dr. Smeral, Tusar, Dr. Hruban, Dr. Stransky und Dr. Hübschmann angehören. Zum ersten Präsidenten wurde der Abgeordnete Stanek

Für Wien zum Abholen:
monatlich . . . . . K 2.30
Mit tägl. Zustellung ins Haus, innerhalb der dem I. Bezirke näher gelegenen Stadtteile:
monatl. K 2.40, viertelj. K 7.—
Oesterr.-Ung.- Bosn.-Herz. Feldpost, täglicher Postversend.
monatl. K 2.90, viertelj. K 8.50, halbj. K 16.80, ganzj. K 33.60
Die wöchentliche Postzusendung des Samstagblattes (mit Beilagen)
viertelj. K 2.—, halbj. K 3.80
ganzjährig . . . . . K 7.50
Die zweimal wöchentl. Postzusend. der Samstag- u. Donnerstagausgaben (mit Beilagen)
viertelj. K 3.10, halbj. K 6.—
ganzjährig . . . . . K 11.60
Nach Deutschland:
Tägl. Zusendung monatl. K 4.20
dto. viertelj. K 12.10
Samstagausg. viertelj. K 3.30
Samstag- u. Donnerstag-Ausgabe viertelj. . K 5.20
Für das übrige Ausland:
Tägliche Ausgabe viertelj. K 16.—
Samstagausg. viertelj. K 4.30
Zweimal wöchentliche Ausgabe viertelj. . . . K 6.60

62. Jahrgang

Tschechische Einigkeit und deutsche Zersplitterung.

Vom Reichsratsabgeordneten **Franz Jesser.**

Bittere Empfindungen sind es, welche in jedem Deutschen durch die Nachricht von dem Zusammenschlusse aller tschechischen Parteien in einem einzigen Verbande hervorgerufen werden. So sehen also die Wirkungen des Weltkrieges auf die zwei größten österreichischen Völker aus!

Das Volk, dem durch seine Verbreitung im ganzen Reiche, durch seine Geschichte, durch seine schrankenlose und bedingungslose Hingabe an den Staat in diesem furchtbaren Jahre die Rolle des Staatsvolkes zugeteilt zu sein schien, hat nicht nur nicht die Kraft aufgebracht, die großen drei Parteigruppen der Freiheitlichen, Christlichsozialen und Sozialdemokraten in eine engere tschechische Verbindung zu bringen, sondern hat auch noch erleben müssen, daß der deutsche Nationalverband seine ohnehin nur notdürftige innere Geschlossenheit verloren hat. Der Krieg hat die deutschen Parteien einander nicht näher gebracht, sondern auseinander gebracht. Daran ändert die Tatsache der gemeinsamen Beratung der Christlichsozialen und Deutschfreiheitlichen nur sehr wenig; denn was noch vor 14 Tagen genügte, um diesen ersten Schritt zur Zusammenarbeit als einen großen Erfolg anzusehen, erscheint geringfügig gegenüber dem Entschlusse aller tschechischen Parteien, ihre besonderen Parteianschauungen völlig zurückzustellen, wenn die Mehrheit des einheitlichen Tschechenklubs in gemeinsamer Bera sich zu anderen Anschauungen bekennt. Der Maßstab von vorgestern gilt nicht mehr für heute! Wir gestehen, daß wir eine derartige Hingabe der einzelnen Parteien an das völkische Ganze selbst bei den Tschechen nicht erwartet haben, trotzdem wir die größere politische Reife dieses Volkes stets anerkannt haben. Die tschechischen Parteien haben aber keineswegs darauf verzichtet, sich weiter zu entwickeln und ihren besonderen Parteianschauungen im künftigen Wahlkampf zum Siege zu verhelfen. Die Sozialdemokraten werden kein Jota in ihrem sozialen Programm streichen, und werden nicht aufhören, den bürgerlichen Abgeordneten das Leben sauer zu machen, die Agrarier werden an ihren sehr radikalen wirtschaftspolitischen Zielen festhalten, die Klerikalen an ihrer kirchlich-konservativen Gesinnung, die freiheitlichen Bürgerlichen an dem Idealen geistiger und politischer Freiheit. Eines nur haben alle getan — aber auch das höchste, dessen ein Volksvertreter fähig sein kann: als sie erkannt hatten, daß die nächste Zukunft über das politische Schicksal der Nation entscheiden wird, haben sie auf die parteimäßige Rechthaberei verzichtet und haben die Streitaxt vorläufig begraben, um die gesamten Kräfte der Nation zu sammeln und einem einzigen Zweck nutzbar zu machen: der nationalen Wohlfahrt der völkischen Gesamtheit. Sie haben die Kraft aufgebracht, den Lockungen der Wahlbezirkspolitik zu widerstehen. Vor der Größe der Zukunftsaufgaben erschienen ihnen die sogenannten Parteiinteressen und Wahlbezirkswünsche der Wähler lächerlich kleinlich. Und woher kommt ihnen diese moralische Kraft? Woher dieser völkische Gemeinsinn? Aus dem Volke selbst!

Die tschechischen Abgeordneten sind nicht bessere Menschen als die deutschen, sie unterliegen ebenso leicht den entnervenden Einflüssen der Couloirpolitik wie die deutschen Parlamentskollegen — sie haben aber dennoch diesen natürlichen Schwächen entsagt, weil sie wußten, daß ihr Volk sich als eine mächtige Einheit fühlt, daß es den Willen hat, diese Macht zu verwerten und die Hingebung, seine besonderen örtlichen, landschaftlichen oder parteimäßigen Interessen dem allgemeinen Volksinteresse vorläufig unterzuordnen. Die Tschechen sind eben längst ein Einheitsvolk, während die Deutschen ebenso wie ihre Väter zur Zeit des seligen deutschen Bundes von dieser Einheit singen und sagen, dabei aber kein Titelchen von ihren Sonderwünschen aufgeben wollen. Sie schwärmen von einem deutschgeleiteten Staat, nennen sich Deutschösterreicher, und sind in der praktischen Politik doch nur Alpenländler und Sudetenländler, Autonomisten und Zentralisten, Agrarier und Sozialdemokraten, Freisinnige und Konservative, Wähler aus der Großstadt oder aus dem Hinterwald. Und alle, alle sind sie deutsch, einer mehr als der andere. Und jeder ist überzeugt, daß seine Auffassung vom Deutschtum die allein seligmachende ist. Deutsche Treue, deutsche Kultur, deutsche Sittlichkeit, deutsche Arbeit, deutsche Gemütlichkeit — jeder Kegelklub hängt das schwarz-rot-goldene Banner heraus, wenn er seine Gans ausspielt — und doch bleibt all dies Deutschtum der Massen nur ein Wort- und Formdeutschtum. Die Blutprobe des Weltkrieges hat es bestanden, weil jedermann erkannt hatte, daß das Unglück des Staates und des Volkes sein persönliches Unglück geworden wäre. Aber schon bei den Vorbereitungen für die künftige staatliche und nationale Friedensarbeit hat es versagt. Nicht als ob es nicht den Wunsch nach Einigkeit geäußert hätte — während zweier Jahre sind „Einigkeitsresolutionen" in Hülle und Fülle beschlossen worden —, hinter den

Neues Wiener Tagblatt
24./XI. 1916

Einberufung des kroatischen Landtages.

Wie die „Ungarische Post“ erfährt, wird der kroatische Landtag in Agram am Montag, den 27. d., zu einer Sitzung zusammentreten, in der die Teilnahmskundgebung erfolgen wird. Bei dieser Gelegenheit werden der Vorsitzende des Landtages und Banus Baron Sterlecz Gedenkreden halten und wird über die Art der Teilnahme des kroatischen Landtages am Leichenbegängnisse Beschluß gefaßt werden.

Kaiser Karl im Schottengymnasium.

Als Zeichen für den hohen Ernst, der bei der Erziehung unsres jungen Kaisers waltete, ist es wohl anzusehen, daß er sich den Gymnasialstudien in einer öffentlichen Mittelschule widmen konnte. Im Jahre 1900 begann der Unterricht, und im Juni 1901 erschien der damals 14jährige Schüler aus dem Erzhause Habsburg vor den Professoren des Gymnasiums zu den Schotten, um hier die Prüfung über die Lehrfächer des Untergymnasiums abzulegen. Diese Prüfung gestaltete sich zu einem feierlichen Akt, dem die Eltern des Examinanden beiwohnten. Der Erzherzog bekundete ein für sein damaliges Alter ungewöhnliches Wissen und bestand die Prüfung mit ausgezeichnetem Erfolg. Vom Jahre 1900 bis zum Jahre 1903 genoß Kaiser Karl den Unterricht in den Lehrgegenständen Naturgeschichte und Physik während der öffentlichen Schulstunden unter der Leitung des Professors Dr. Stephan Fellner. Hier gewann er im Verkehr mit seinen Mitschülern zum erstenmal auch Einblick in das bürgerliche Leben.

Professor Dr. Albert Hübl, der dem Professorenkollegium angehörte und dem die Prüfung des Erzherzogs oblag, äußerte sich einem unsrer Mitarbeiter gegenüber etwa in folgender Weise:

„Es war am 27. Juni 1901, als Erzherzog Karl Franz Josef, unser jetziger Kaiser, vor unserm Gymnasium vorfuhr, um ein Examen zur Erklärung der Reife für das Obergymnasium abzulegen. Die Professoren, welche die Prüfung vorzunehmen hatten, versammelten sich im Konferenzzimmer der Anstalt, und außer mir waren noch Direktor Dr. Andreas Borschke, Professor Doktor Stephan Fellner und Professor Dr. Paul Lieger anwesend. Ich erinnere mich, welch einen unbeschreiblich gewinnenden Eindruck der Erzherzog schon bei seinem Eintritte auf uns alle machte. Der freundliche, offene Blick, die Herzensgüte und die Heiterkeit, die aus seinen Zügen strahlte, wirkten wohltuend. Klar und sicher beantwortete der junge Erzherzog alle an ihn gestellten Fragen, und in erschöpfender Weise behandelte er die Themen, die ihm vorgelegt wurden. Ich habe mich später oft daran erinnert, wie sehr die Kenntnis der Geographie und Geschichte bei ihm die Anforderungen übertraf, die man an Schüler in diesem Lebensalter zu stellen gewohnt ist. Speziell in Heimatkunde und Geschichte unsrer Monarchie bekundete Erzherzog Karl damals ein Wissen, das geradezu überraschen mußte.

Schon im Jahre 1900 hatte Erzherzog Karl an unsrer Anstalt öffentlichen Unterricht in Naturgeschichte genommen, und am 3. Oktober 1901 trat er bei uns wieder als öffentlicher Schüler ein und genoß bei meinem seither verstorbenen Kollegen Dr. Stephan Fellner Unterweisung in Physik (4. Gymnasialklasse) und Naturgeschichte (5. Gymnasialklasse). Der Verkehr des Erzherzogs mit seinen Mitschülern war ein ungezwungener und freier, und die Liebenswürdigkeit und Herzlichkeit, mit der er seinen Studiengenossen begegnete, öffnete ihm sofort die Herzen derselben. Dr. Fellner sprach oft mit dem Ausdrucke herzlichster Zuneigung von seinem Schüler und betonte, welch hohes Interesse der Erzherzog für die vermittelten Unterrichtsgegenstände an den Tag legte und wie verständnisvoll die Fragen waren, die er zur Ergänzung seines Wissens oft an seinen Lehrer richtete. Erzherzog Karl erhielt hernach nur noch im Schuljahr 1902/03 im Schottengymnasium Unterricht, und zwar im Lehrfache der Naturgeschichte.“

Professor Dr. Hübl wies sodann auf eine Photographie auf seinem Schreibpult hin. Sie zeigt unsern jetzigen Kaiser in eben jenen jugendlichem Alter, da er Schüler unsres ehrwürdigen Schottenstiftes war. Das Bild, das der hochverdiente Lehrer beim Austritte des Erzherzogs aus dem Gymnasium zur dauernden Erinnerung erhalten hat, trägt die in festen Zügen geschriebene Unterschrift des damals bereits siebzehnjährigen Prinzen: „Eh. Karl.“

für Wien.
Montagmittagsblatt 8 h

Abonnementsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus: Wöchentlich 60 h, monatl. K 2.60, vierteljähr. K 7.80
Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen: Monatlich K 2.60.
Provinz und Ungarn: Monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.— bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Vierteljähr. K 12.—.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Viertelj. K 15.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen:
I. Schulerstraße 13, Telephon 9191
II. Taxamtengasse 20, Tel. 40223
X. Wielandplatz 5, Telephon 58244
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 83126
XVI. Klausgasse 34, Telephon 34146
XVII. Sackergasse 22, Telephon 17175
XXI. Augererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei.

tung
fterreich.
yr nachmittags.

XXVIII. Jahrgang.

Arbeiterzeitung 24./1

Franz Josef und die Nationen.

Nicht so geradlinig wie die wirtschaftliche Entwicklung verlief die politische Geschichte Oesterreichs in der Zeit Franz Josefs. Ueberaus wechsel- und widerspruchsvoll gestaltet sich der Ablauf des Verfassungslebens und kaum eines der sieben Jahrzehnte entbehrt einer erschütternden Verfassungskrise und eines überraschenden Systemwechsels. Zur selben Zeit sogar offenbaren sich nicht selten unvereinbare Gegensätze wie das treueste Festhalten an dem konstitutionellem Regime in Ungarn und die Störung des verfassungsmäßigen Zustandes in Oesterreich. Der unaufhörliche Wechsel und der unvermittelte Gegensatz erscheinen so auf den ersten Blick als das politische Grundgesetz der Monarchie. Dieser äußere Anblick des Reiches hat unser ganzes staatliches Dasein der Umwelt der Völker nahezu unbegreiflich und unerklärbar gemacht, er hat auch im Innern unendlich viel Verwirrung gestiftet. Lange Zeit war Oesterreich-Ungarn geradezu die Sphinx Europas.

Sie haben es leicht, beneidenswert leicht, die da in geschlossenen Nationalstaaten um uns wohnen und in jeder unserer großen Seelennöte und Herzensängste sofort bereit sind, den Stab über uns zu brechen. Ja wie beneidet jeder, der zu politischer Arbeit im Lande berufen ist, die Berufsfreunde des Auslandes ob der unendlichen Einfachheit ihrer Aufgaben. Man summiere doch die ganze innere Politik des Deutschen Reiches von 1870 bis 1914: Das Problem der konstitutionellen Schranken der Monarchie, der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche, der Gegensatz zwischen Bürger und Junker, zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen Industrie- und Agrarpolitik, und das tägliche politische Brot der Verwaltungs- und Steuerfragen — das ist der Grundplan der staatlichen Arbeit in einem halben Jahrhundert. Natürlich schon unendlich viel! Aber das Viele durchaus in einheitlichem Guß, in dem festen Rahmen einer Nation, einer Kultur- und Wirtschaftsgemeinschaft!

Natürlich haben wir das alles auch und jeder politisch Denkende hat im Laufe der Jahrzehnte diese ganze Problemreihe innerhalb seines Nationsteiles in Oesterreich durchlaufen. Aber sie ist von unseren Aufgaben leider nur ein Teil! Das größere Problem ist uns gestellt, acht höchst eigenwilligen Völkern die staatsrechtliche und verwaltungstechnische Möglichkeit des Zusammenlebens zu schaffen und zu erhalten — und von dessen Schwierigkeit hat der gebildete Europäer auch nicht die annähernde Vorstellung! Dreht er aber in seiner wohlmeinenden Oberflächlichkeit die Frage um und befragt uns: „Warum macht ihr euch's nicht leichter und geht auseinander?", so hört er doch wieder nur die Antwort: „Du hast leicht reden, aber das können und das wollen wir erst recht nicht!" Nur die ganz Oberflächlichen bilden sich ein, daß das ginge, daß das auch nur einer überstünde! Bei diesem Anlaß kommt uns mit einemmal die Erinnerung, daß das Jahr 1916 für uns ein Jubiläumsjahr allerersten Ranges ist. Seltsamerweise haben das unsere Chronisten ganz übersehen. Heuer sind es gerade vierhundert Jahre, daß die Alpenländer, Ungarn und Böhmen ein Reich geworden sind. Vierhundert Jahre! Diese Einigung ist also um hundert Jahre älter als die Verbindung Englands mit Schottland, hundertdreißig Jahre älter als jene Englands mit Irland, ist älter als die Verschmelzung Frankreichs mit Burgund. Und länger gehören wir zusammen als Petersburg, Odessa und Asow zu Rußland! Von Italien gar nicht zu reden. Vierhundert Jahre staatlicher Gemeinschaft erzeugen eine so innige Verflechtung der Interessen, ein solches Ineinanderwachsen aller Organe, daß die Trennung Verblutung bewirkt.

Der Regierungsantritt Franz Josefs fällt zeitlich zusammen mit der jähen Erweckung der geschichtslosen Nationen und der noch stürmischeren Erhebung der geschichtlichen Nationen durch die Februarrevolution. Seine achtundsechzig Regierungsjahre sind von dem weltgeschichtlichen Prozeß des Erwachens der geschichtslosen Nationen ausgefüllt. Das aber ist — wir haben es leidvoll erfahren — ein langwieriger, schmerzensreicher Prozeß für jedes Volk. Wem der Stadtplan des alten Prag von 1848 und die Ergebnisse der Volkszählung von damals in die Hand fallen, der kann sich durch den Vergleich mit dem Prag von heute ein Bild von seiner Dauer machen. Ein armes, kleines Volk von gutsuntertänigen Bauern, von Gesinde und Kleinhandwerkern hat sich in achtundsechzig Jahren mühsam heraufgearbeitet, hat an den alten Block deutscher Häuser der Altstadt mählich Haus an Haus gebaut, hat neben das jüdische und deutsche Geschäft das tschechische gereiht, hat allmählich Volks-, Bürger, Mittel- und Hochschulen geschaffen, Theater und Galerien gebaut und besitzt heute alle Klassen einer vollen Nation, Grundbesitzer, Bürger, Intellektuelle, Bauern und Proletariat, und beherrscht ein Gemeinwesen von bald drei Viertelmillionen Seelen. Das ist nicht politische Mache und kann es nicht sein, das ist ethnisches, ökonomisches und soziales Wachstum von beinahe naturgesetzlicher Bestimmtheit, ein Wachstum jenseits aller Menschenwillkür, durch die Jahrzehnte und Jahrhunderte erstreckt und durch politische Launen kaum beirrbar!

Und die Tschechen waren nur eine von den vielen Nationen des Reiches. In diesem Zeitraum von zwei Dritteljahrhunderten erheben sich so alle nacheinander, selbst die kleinsten, auch die Quasinationen wie die Juden, deren Entwicklung vielleicht noch erstaunlicher ist. Und alles sucht und findet Platz nebeneinander und durcheinander, bemüht sich immer wieder, sich voneinander abzugrenzen, immer scheitern die Versuche und müssen scheitern, weil ja das Wachstum ungleich ist und niemals endet. Der Wirbelsturm der kapitalistischen Produktionsweise hat ja, wie wir gestern darlegten, erst den Bauern von der Scholle, dann den Bürger aus der Zunft, endlich den Proletarier von Haus und Hof gelöst und alles, was durch Jahrhunderte fest war, in Fluß gebracht. Wer aber vermöchte seine hin und wieder wogenden Wellen zu meistern?

Aus dem Bildhaften ins Politische übertragen: Zu der Zeit, wo die deutsche Bourgeoisie reif war, den Streit zwischen Monarchie und Konstitution, zwischen Staat und Kirche auszutragen, steckte das Tschechische noch in der Periode der Kindlichkeit, von den jüngeren Nationen gar nicht zu reden, in denen sich das Volksbewußtsein erst aus dem Banne der geistigen Untertänigkeit zu erheben unterfing. Jedes Volk durchlebte die politische Problemreihe aller Völker, aber in je einem Zeitpunkt standen alle Völker auf einem anderen Punkte der Reife! Und als die ersten Sozialdemokraten ins Parlament kamen, als das kulturälteste Volk, die Deutschen, zum erstenmal das Problem Kapitalismus und Sozialismus im Parlament erörterten, kamen zum erstenmal selbständige Ukrainer ins Haus und nahmen den Kampf von 1848 auf, den Kampf zwischen Gutsherren und Bauern um die Weide und Fischservituten! So knüpft sich des einen Eingang an des anderen Ausgang und nicht ein einziges Problem beherrscht jedesmal den Tag, sondern deren hundert!

Von dem Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn ganz zu schweigen . . .

Wären alle Völker zur selben Stunde auf derselben Stufe der Reife, es wäre halbwegs möglich, dieser Stunde eine Tagesordnung zu geben und diese geradlinig zu erledigen. Aber das war nie der Fall, 1848 am allerwenigsten, in den letzten Jahren manchmal, in geraumer Zeit wird es wohl häufiger sein. Und auch der kapitalistische Wirbelsturm wird durch die Nachwirkungen des Krieges eine beträchtliche Weile lang gebrochen sein. Aber in den letzten sechs Jahrzehnten war politische Ausgeglichenheit und Folgerichtigkeit sachlich unmöglich — deren Mangel kann nicht auf das Schuldbuch von Personen geschrieben werden.

Es gilt hier nicht den Satz zu belegen: alles verstehen heißt alles verzeihen. So möchten wir nicht verstanden sein. Alles verstehen, heißt auch am richtigen Punkte anklagen und Aenderung fordern. Leicht verzeihen ist sicherlich ein politischer Fehler, wenn auch ein dem österreichischen Temperament sehr nahe

Tägliche Rundschau 25/XI. 1916.

Die Sonderstellung Galiziens.

(Wiener Brief.)

Man war sich wohl auch bei uns darüber klar, daß es eine restlos befriedigende Lösung der polnischen Frage nicht gibt. Wenn man in deutsch-österreichischen Kreisen sich in früheren Entwicklungsstufen der Frage die Wünsche der galizischen Polen und auch mancher maßgebenden Persönlichkeiten beider Reichshälften zu eigen gemacht hat, Kongreß-Polen möge ganz oder teilweise an die Monarchie angeschlossen werden, so war hierfür in erster Linie der Gesichtspunkt maßgebend, daß man nur unter dem Zwange einer durch einen Gebietszuwachs erforderlichen Neuordnung jene Sonderstellung Galiziens zu erreichen hoffte, die eine alte Forderung deutscher Parteiprogramme ist und ohne die eine befriedigende Ordnung der Verhältnisse in West-Oesterreich kaum denkbar ist. Da nun aber die von den verbündeten Mächten beschlossene Lösung der polnischen Frage uns dieses Geschenk auch ohne Gebietszuwachs in Galizien bringt, so haben wir keinen Grund mit ihr unzufrieden zu sein; sie hat für uns sogar mancherlei Vorteile. Denn selbst bei einem Ausscheiden der galizischen Abgeordneten aus dem Reichsrate hätte sich ein erheblicher Zuwachs von Polen zur Gesamtmonarchie doch politisch bemerkbar gemacht und wohl kaum in einem uns erwünschten Sinne.

Nun ist zwar den Polen Galiziens — gewissermaßen als Entschädigung dafür, daß die von ihnen gewünschte Vereinigung mit Kongreßpolen sich nicht verwirklicht — eine erweiterte Selbständigkeit ihres Landes durch ein kaiserliches Handschreiben zugesichert worden, die Einzelheiten dieses Versprechens sind aber nur durch eine allgemeine Redewendung vor den durch die Interessen des Gesamtstaats gezogenen Grenzen umschrieben, worunter man sich natürlich sehr Verschiedenartiges vorstellen kann. Auch für die Ukrainer fällt im Text des Handschreibens ein Brosamen ab, mit dem sie sich keineswegs zufrieden geben. Und da alles in dieser Beziehung noch unbestimmt und im Flusse erscheint, ist es sehr verständlich, daß alle, die von der Neugestaltung berührt werden, sich nun bemühen, die Entscheidung zu beeinflussen. Die Polen haben begreiflicherweise den Wunsch, ihre erweiterte Freiheit mit so wenig gesamtstaatlichen Hypotheken belastet zu sehen wie möglich, wobei die Wünsche der Ukrainer nach nationaler Autonomie wohl eingerechnet sind. Die Deutschen möchten die Vertreter Galiziens ganz aus dem Reichsrat entfernt sehen und hoffen, daß der Preis, den der Staat und damit mittelbar sie selbst dafür zu zahlen haben werden, nicht allzu hoch sei. Tschechen und Slowenen aber fürchten infolge des Ausscheidens der Galizier die Störung jenes „Gleichgewichts der Kräfte" im Parlament, das für sie recht einträglich und für die Deutschen in gleichem Maße schädlich war. In der Tat haben Tschechen, Slowenen und Kroaten sich bereits zu gemeinsamen Beratungen zusammengefunden, und die Not der Stunde hat auch den Zusammenschluß sämtlicher tschechischer Parteien einschließlich der Sozialdemokraten bewirkt, was den deutschen Sozialdemokraten bittre Zähren entlockt. Von deutscher Seite wurde in einer gemeinsamen Versammlung der Christlichsozialen und des Nationalverbandes, die einen sehr befriedigenden Verlauf nahm und einen weiteren Schritt auf dem Wege des Zusammenschlusses der bürgerlichen deutschen Parteien bedeutet, eine Entschließung gefaßt, die das vollkommene Ausscheiden der galizischen Abgeordneten aus dem Wiener Parlamente fordert und damit glücklicherweise den vom Deutschen Nationalverbande früher gemachten Fehler einer sehr anfechtbaren Formulierung dieser Forderung in einem von ihm entworfenen Programm wieder einigermaßen gutmacht. Dies ist der springende Punkt: im staatlichen Interesse kann Galizien nicht vollste Selbständigkeit gewährt werden, und außer jenen Angelegenheiten, die der ganzen Monarchie gemeinsam sind, wird es natürlich auch solche geben, die für Oesterreich gemeinsame sind, da ja Galizien keinesfalls eine Stellung erhalten wird, die etwa derjenigen Ungarns entspricht. Daraus würde sich ein Verhältnis ergeben, das demjenigen Kroatiens zu Ungarn ähnlich ist, in bezug auf die parlamentarische Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten aber ein hier kaum anwendbares Vorbild bietet. Kroatien hat nämlich Selbständigkeit in bezug auf innere Verwaltung, Justiz, Unterricht und Landeskultur, für die die kroatische Regierung, an deren Spitze der Banus und drei Sektionschefs stehen, dem kroatischen Landtage verantwortlich ist. Außerdem entsendet der kroatische Landtag auch 40 Abgeordnete in den

Journal.

Erscheint (mit Ausnahme des Montags) täglich.
Redaktion und Administration:
Vilmos császár-út (Kaiser Wilhelmstraße) Nr. 34.
Telephon: Redaktion 26—09. Administration 26—10, 23—31.

Eine bedauerliche Dissonanz.

Die allgemein gehegte Erwartung, daß in die Vorbereitung des feierlichen und staatsrechtlich hochwichtigen Aktes der Krönung unseres neuen Königs parteipolitische Gesichtspunkte nicht hineingetragen werden, scheint sich nicht ganz erfüllen zu wollen. Bei Behandlung der Frage, wer neben dem Fürstprimas an Stelle des Palatins den Akt der Krönung vorziehen solle, haben sich in der gestern beim Präsidium des Abgeordnetenhauses abgehaltenen Konferenz der Parteiführer Meinungsverschiedenheiten ergeben, die vorläufig nicht ausgeglichen werden konnten. Darüber, daß der Stellvertreter des Palatins, dessen mit der repräsentativen Verfassung nicht im Einklang stehende Stelle seit dem Jahre 1848 nicht besetzt wird, durch den Reichstag zu wählen ist, herrschte keine Meinungsverschiedenheit. Auch darüber gingen die Meinungen nicht auseinander, daß die Palatinalagenden bei der Krönung von dem Erwählten des Reichstag nicht in seiner etwaigen staatsrechtlichen Stellung, sondern in seiner Eigenschaft eines Delegirten des Reichstags versehen werden. Diese Auffassung entspricht vollkommen dem Standpunkt, den der Weise der Nation Franz Deák in der am 4. Juni 1867 abgehaltenen Sitzung des Abgeordnetenhauses vertrat, und den sich das Haus auch zu eigen machte. Deák sagte damals wörtlich: „Ich beantrage, daß Graf Julius Andrássy mit dieser Mission betraut werde, aber nicht als Ministerpräsident, da ich dies für die Zukunft nicht mit dem Amte verknüpfen möchte, sondern ich wünsche, daß dies als eine individuelle Betrauung betrachtet werde." Der Antrag, wonach „in Ermangelung eines Palatins mit den bei der Krönung erforderlichen Palatinalagenden Graf Julius Andrássy in der Eigenschaft als Abgeordneter bevollmächtigt werde", wurde einstimmig angenommen.

Prinzipielle Gegensätze sind daher in der gestrigen Konferenz nicht aufgetaucht, dagegen stießen die Meinungen in der Personenfrage umso heftiger aufeinander. Graf Stephan Tißa vertrat die Ansicht, daß diese Betrauung ihm, wohl nicht als dem Ministerpräsidenten, sondern als dem Führer der größten parlamentarischen Partei, vorbehalten werden müsse, wogegen die Führer der Opposition mit der subjektiven Behauptung, daß der Kabinetschef nicht das Vertrauen des ganzen Landes genieße, sich dieser Auffassung widersetzten und sogar so weit gingen, in der Person des allgemein beliebten Erzherzogs Joseph einen außerhalb des Abgeordnetenhauses stehenden Kandidaten zu empfehlen. Abgesehen davon, daß die Führer der Opposition dem Lande und auch der Opposition selbst einen sehr schlechten Dienst erwiesen, als sie den Namen eines Mitgliedes des Herrscherhauses, gewiß ohne sein Wissen, und, wie heute bekannt wurde, gegen seinen Willen, zu taktischen Zwecken lancirten, entspricht es keineswegs der von Franz Deák vertretenen demokratischen und staatsrechtlichen Auffassung, daß ein Erzherzog, der überdies aktiven militärischen Dienst leistet, eine Betrauung erhalte, die entschieden einem Mitgliede des Abgeordnetenhauses zu ertheilen ist. Es scheint, daß dieser unzeitgemäße und der Auffassung des letzten Krönungsparlaments schnurstracks zuwiderlaufende Gedanke den Führern der Opposition von ihrem Haß gegen die Person des Ministerpräsidenten eingeflößt wurde. Die Opposition ist

Neues Pester Journal
27./XI. 1916
Der neue König.

sterpräsidenten geschehe. Graf Apponyi brachte als Palatinvertreter den Erzherzog Joseph als Nachfolger und Enkel des einstmaligen großen Palatins in Vorschlag. Dieser Auffassung gegenüber betonte Graf Stephan Tißa, daß es gegen den Geist des Parlamentarismus verstoßen würde, wenn der Vertreter des Palatins nicht aus den Reihen der Mitglieder des Abgeordnetenhauses gewählt würde. Aus diesem Grunde beharre er dabei, daß der Ministerpräsident als Führer der Nation mit dieser Mission betraut werde. Graf Julius Andrássy meinte, es würde dem Wunsche der Nation besser entsprechen, den Erzherzog Joseph mit der Mission des Vertreters des Palatins zu betrauen. Den Erzherzog wollte schon das Koalitionskabinet als Palatin in Vorschlag bringen, als darüber berathen wurde, ob man die Palatinalwürde wieder aufleben lassen soll. Graf Stephan Tißa ersuchte die Opposition, die Harmonie der Krönungsfeier durch das Aufrollen einer Personenfrage nicht zu stören, da er sonst für jede Störung der Krönungsfeier die Opposition verantwortlich machen müßte. Graf Theodor Batthyány schloß sich der Ansicht des Grafen Apponyi an, worauf der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Karl Szász das Ersuchen an die Anwesenden richtete, nicht die alten Zwistigkeiten wieder aufzurollen, sondern in dieser wichtigen Frage eine Lösung anzustreben, die der allgemeinen Stimmung entspricht.

Diese Angelegenheit bildete heute in allen politischen Kreisen den lebhaftesten Gesprächsstoff. In der Verfassungspartei erinnerte man daran, daß Franz Deák in der Sitzung vom 4. Juli 1867 den damaligen Ministerpräsidenten Grafen Julius Andrássy ausdrücklich mit dem Hinzufügen als Vertreter des Palatins in Vorschlag brachte, daß er damit nicht den Ministerpräsidenten empfehle, denn er wolle diese Mission für die Zukunft nicht an dieses Amt gebunden sehen. Wenn nun der jetzige Reichstag wieder den Ministerpräsidenten mit dieser Mission betraue, so sei damit für spätere Zeiten der Reichstag stets an den jeweiligen Ministerpräsidenten gebunden. Heute, wo unter den parlamentarischen Parteien keine vollständige Harmonie besteht, sei es durchaus nicht erwünscht, daß mit der Würde des Palatinus-Stellvertreters der Ministerpräsident betraut werde, der vor einigen Jahren im Mittelpunkte der parlamentarischen Konflikte stand. In dieser Angelegenheit ist heute folgendes offiziöse Communiqué erschienen:

Die Theilnehmer an der gestern beim Präsidium des Abgeordnetenhauses stattgehabten Obmännerkonferenz haben vereinbart, über das amtliche Communiqué hinaus, das von dem in der Konferenz den Vorsitz führenden Vizepräsidenten veröffentlicht werden würde, der Presse keinerlei Mittheilungen zu machen. In Folge dessen sind die in einigen Budapester Blättern heute veröffentlichten Einzelheiten lediglich Kombinationen, die aus in vertraulichen Gesprächen gewonnenen Informationen zusammengestellt sind und der erforderlichen Genauigkeit entbehren. Insbesondere gilt dies von jener Behauptung eines Budapester Blattes, dergemäß lediglich die Opposition auf dem Standpunkt stehe, daß für den Anlaß der Krönung der Stellvertreter des Palatins durch den Reichstag zu wählen sei und die Regierung nicht die Neigung habe, diesen Wunsch der Opposition zu erfüllen. Diese Behauptung entspricht nicht der Wirklichkeit, da in der Hinsicht, daß der Reichstag den Stellvertreter des Palatins zu wählen habe, ein Unterschied in den Meinungen sich nicht ergeben hat.

Die Auffassung in der Nationalen Arbeitspartei.

Der Nationalen Arbeitspartei war es bereits gestern Abends bekannt, daß die Opposition den Krönungsakt zu einer Agitation gegen den Grafen Stephan Tißa benützen will. In der gestern Abends stattgefundenen Obmännerkonferenz hatten die Grafen Albert Apponyi und Theodor Batthyány dafür plaidirte, daß nicht der Ministerpräsident, sondern Erzherzog Joseph als Palatinalstellvertreter bei dem Krönungsakt mitwirke. Dieser Standpunkt der Opposition rief in der Regierungspartei aus zwei Gründen große Erregung hervor, erstens weil man durch die Aufstellung des Erzherzogs als Gegenkandidaten ein Mitglied des Herrscherhauses der Majorität gegenüber als Trumpf ausspielen wollte, zweitens weil man ganz klar sah, daß es sich um ein gegen die Person Tißa's gerichtetes Manöver handelt. Die Indignation kam in lauten Bemerkungen zum Ausdruck, Graf Tißa aber selbst war es, der die erregten Abgeordneten zur Ruhe ermahnte und Alles aufbot, damit die Sache nicht an die große Glocke gehängt werde, in der Voraussetzung, daß sich die Angelegenheit applaniren lassen werde, ohne daß es zu einem Affront komme. Seine Voraussetzung wurde jedoch getäuscht. Dieselben Herren, die gestern Abend in der Obmännerkonferenz noch Diskretion zugesagt hatten, placirten ihre kleinen Bomben heute in Boulevardblättern und machten kund, daß sie den Erzherzog Joseph als Palatinalstellvertreter in Vorschlag brachten.

Dieses Vorgehen rief in der Nationalen Arbeitspartei große Erbitterung hervor, und als Graf Tißa heute Abends im Klub erschien, sah er sich sofort von einer großen Anzahl seiner Anhänger umringt, die ihm darlegten, daß die Partei nicht gesonnen ist, ruhig mitanzusehen, daß man ihr ihre wichtigsten Rechte schmälern wolle.

Der Standpunkt des Grafen Tißa.

Ministerpräsident Graf Stephan Tißa versuchte die erregten Abgeordneten zu beruhigen und sagte beinahe wörtlich Folgendes:

— Ihr dürft ganz ruhig sein, daß ich den mir zugeworfenen Handschuh aufnehmen werde. Ihr kennt mich! Ihr wißt, daß ich niemals nach Pomp und Glanz Sehnsucht hatte. Zweimal exponirte ich mich dafür, um etwas zu erreichen, doch handelte es sich damals um die Interessen der Nation und um die Sicherheit des Landes. (Ein Zwischenruf: Da haben sie mit dem Revolver auf Dich geschossen!) Um den Glanz und die Auszeichnung der Palatinalvertretung ist es mir auch diesmal nicht zu thun, aber weil ich der erste Funktionär des Staates bin und weil diese Würde auch früher von einem meiner Amtsvorgänger bekleidet wurde, beharre ich dabei, daß dieser Auftrag mir zutheil werde. Als Ministerpräsident stehe ich an der Spitze der Nation, habe also das Recht, bei der Krönung des Königs als Vertreter der Nation jene Funktion auszuüben, die dem hohen Akte des Aufsetzens der Krone innewohnt. Man drängt uns den Kampf auf — nun gut, dann werden wir ihn auch ausfechten! Meiner Ansicht nach kann diese Funktion nur der Ministerpräsident, weil er eben der Führer der Nation ist, ausüben. Ihr braucht Euch also nicht aufzuregen, in dieser Affaire werden wir unseren Standpunkt zu wahren wissen und auch wahren!

Diesen Worten folgten langanhaltende, stürmische Eljenrufe, die den Ministerpräsidenten davon überzeugen konnten, daß seine Partei fest entschlossen ist, in dieser Angelegenheit keinerlei Kompromiß einzugehen.

Die Haltung des Erzherzogs Joseph.

Im weiteren Verlaufe des Abends wurde bekannt, daß Erzherzog Joseph den Führern der Opposition bereits bekanntgeben ließ, daß er keinerlei Kandidatur auf die Palatinal-Stellvertreterwürde zu übernehmen geneigt sei und daher für die Bemühungen jener Herren, die sich seiner so feinfühlig angenommen haben, bestens danke.

Der Standpunkt des Fürstprimas.

Bekanntlich hatte man auch den Versuch unternommen, daß der Fürstprimas gegen die Mitwirkung des Grafen Tißa als Protestant bei der Krönung protestiren soll. Als man mit diesem Ansinnen an den Kardinal Csernoch herantrat, lachte er herzlich und meinte, er könne den Grafen Tißa nicht anders machen! Auch hier holten sich die Gegner Tißa's einen niedlichen Korb.

Konferenz der Apponyi-Partei.

Die vereinigte Unabhängigkeits- und Achtundvierziger Partei hielt heute Abends um 5 Uhr eine Konferenz.

Dieselbe wurde vom Präsidenten Grafen Albert Apponyi mit einer Rede eröffnet, in welcher er des Ablebens Franz Joseph I. gedachte. „Wir Ungarn" — meinte er — „haben besonders Grund, mit schmerzlichem Empfinden und wahrer Pietät vor der Bahre dieses Monarchen zu stehen, zumal das größte Werk seines Lebens die Aussöhnung mit der ungarischen Nation: der Ausgleich gewesen. Anläßlich der Schaffung dieses Werkes kam, seitdem die Habsburger regieren, die staatliche Selbstständigkeit, die vollständige Souveränetät des ungarischen Staates zum ersten Male zur vollen prinzipiellen Anerkennung. Damit trat in der Geschichte dieser Nation eine solche Wandlung ein, welche dem verblichenen König das pietätvolle Gedenken der ungarischen Nation für immer sichert." Graf Apponyi gab sodann noch den Loyalitätsgefühlen der Partei für den neuen König Ausdruck, indem er den Wunsch der Partei verdolmetschte, daß unter der Herrschaft des neuen Königs das Werk seines Vorgängers mit der Sicherung des ungeschmälerten nationalen Lebens vollendet werden möge.

Nach dieser mit großem Beifall aufgenommenen Rede referirte Graf Apponyi über die Berathungen, welche zwischen den Mitgliedern der Regierung, des Präsidiums des Abgeordnetenhauses und den führenden oppositionellen Parteien gepflogen wurden, welche Berathungen sich auf den Verlauf der morgigen Sitzung in Bezug auf das Leichenbegängniß und die Vorbereitung der Krönung beziehen. Die Konferenz betraute den Grafen Apponyi damit, in der morgigen Sitzung namens der Partei das Wort zu ergreifen.

Ein längerer Ideenaustausch entspann sich sodann auf Grund jener Mittheilung eines Abendblattes, die sich auf die Wahl des Vertreters des Palatins beim Krönungsakt bezog. Im Verlaufe dieser Diskussion führte Graf Apponyi aus, daß eine Verknüpfung dieser Vertretung mit der Stellung des Ministerpräsidenten schon der Natur des in Rede stehenden Aktes gemäß nicht nur unbegründet sei, sondern mit der Natur dieses Aktes sogar im Widerspruche stehe. Der Palatin, beziehungsweise dessen Stellvertreter fungire bei der Krönung als der Gewählte der Nation. Wenn nun jetzt diese Funktion mit der Stellung des Ministerpräsidenten verbunden wird, dann fungirt er hier nicht als der Gewählte der Nation, sondern als das ernannte Organ des Königs. Der Ministerpräsident sei allerdings wählbar, aber nur so wie jeder andere Staatsbürger. Der Gedanke aber, als gäbe die Stellung des Ministerpräsidenten hiezu einen besonderen Anspruch, bedeute eine Fälschung der ganzen Institution. Er hält es auch nicht für richtig, daß es mit den demokratischen Anforderungen kollidiren würde, wenn ein Mitglied des Herrscherhauses oder ein anderes Mitglied des Magnatenhauses mit dieser Funktion betraut werden würde, denn die Demokratie sei keineswegs eine umgekehrte Aristokratie, sondern die Rechtsgleichheit; das Wesen der demokratischen Institution bestehe nicht darin, daß Derjenige, der sie vertritt, nicht irgend einer privilegirten Klasse angehören könne, sondern daß Keiner das Privilegium in Anspruch nehme, weder auf alter, noch auf neuerer Rechtsbasis. Eine rechtliche, moralische oder politische Pression gegen die vollständige Wahlfreiheit des Reichstages, und möge diese Pression unter welchem Vorwand immer erfolgen, würde vom staatsrechtlichen Gesichtspunkte die Fälschung eines der Grundgedanken der Krönungsinstitution bedeuten und wäre vom politischen Gesichtspunkte sehr gefährlich.

Die Partei machte sich diese Auffassung einhellig zu eigen und wird dementsprechend vorgehen.

Konferenz der Verfassungspartei.

Die Verfassungspartei hielt heute Abends um 6 Uhr unter dem Vorsitz des Grafen Julius Andrássy eine Konferenz. Dieselbe betraute den Präsidenten damit, in der morgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses namens der Partei das Wort zu ergreifen, um der aufrichtigen, tiefen Trauer über das Ableben des Monarchen Ausdruck zu geben.

Konferenz der Károlyi-Partei.

Die Unabhängigkeits- und 48er Partei hielt heute Abends 6 Uhr unter dem Vorsitze des Grafen Theodor Batthyány eine Konferenz, welche wie folgt verlief:

Graf Theodor Batthyány eröffnete die Konferenz mit einer Rede, die als ersten Zweck der Konferenz die Trauerkundgebung über den schweren Schlag bezeichnete, welcher die Nation durch das Hinscheiden des so geliebten und verehrten Herrschers getroffen. Die tiefe Trauer, in welche das Land gestürzt wurde — sagte Redner —, und die mit dem Thronwechsel verbundenen überaus wichtigen Ereignisse machen es nothwendig, daß wir Alle dazu beitragen, daß in diesen Tagen der nationalen Trauer die Harmonie in keiner Weise gestört werde. Hinsichtlich der morgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses meldete Redner als getroffene Vereinbarung an, daß nach der Rede des Präsidenten des Abgeordnetenhauses und des Ministerpräsidenten die Führer der Parteien sprechen werden, und zwar im Namen der Unabhängigkeits- und 48er Partei Graf Theodor Batthyány.

Die Krone des heiligen Stephan — sagte Redner — wird dem König von Ungarn durch das Oberhaupt der katholischen Kirche und durch den Erwählten des ungarischen Reichstags im Namen der ungarischen Nation auf das Haupt gesetzt. Schon anläßlich der Krönung im Jahre 1867 habe es Franz Deák selbst ausgesprochen, daß dieser Erwählte der Nation ex offo der Ministerpräsident nicht sein könne. Der Minister als Haupt der Mehrheit könne nicht der Stellvertreter des Palatins sein. Die einzig mögliche Lösung sei die, daß zu dieser hohen Funktion ein Mann gewählt werde, in dem das ganze Vertrauen der ungarischen Nation sich konzentrirt. Diese Frage kann nicht durch Majoritätsabstimmung entschieden werden. Graf Albert Apponyi habe Erzherzog Joseph in Vorschlag gebracht. Dieser genieße sicherlich die Achtung und Liebe der ganzen Nation und habe diese im gegenwärtigen Kriege noch mehr verdient. Dagegen habe Graf Stephan Tißa diese Ehre für sich selbst in Anspruch genommen und erklärt, er würde es für eine capitis diminutio halten, wenn nicht er selbst als Haupt der Mehrheit zu dieser Funktion designirt würde. Dagegen sei die Partei der Ansicht, daß nach alledem, was während der letzten Jahre des Tißaschen Regimes geschehen, die ungarische Nation, besonders aber die ungarische Opposition, unmöglich dem zu-

tung

errreich.

e nachmittags.

Abonnementsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus: Wöchentlich 60 h, monatl. K 2.60, vierteljährl. K 7.80
Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen: Monatlich K 2.60.
Provinz und Ungarn: Monatl. K 3.—, vierteljährl. K 9.—
bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Vierteljährl. K 12.—.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Viertelj. K 15.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen:
I. Schulerstraße 18, Telephon 9191
II. Pazmanitengasse 50, Tel. 40228
X. Wielandplatz 5, Telephon 58244
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 58120
XVI. Klausgasse 34, Telephon 84148
XVII. Backnergasse 22, Telephon 17155
XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei.

XXVIII. Jahrgang.

der meisten Staatsämter selbst und interessierte sich für das Detail einer Zollpost. Von Josef II. gar nicht zu reden, der sich um die Zahl der in den Kirchen gebrannten Kerzen kümmerte, weshalb ihn der Große Friedrich scherzend seinen Bruder Sakristan hieß. Das war möglich, weil der Staat als Einrichtung, auch wenn er ein großes Gebiet umfaßte, doch gegen den heutigen Staat ein sehr einfaches Ding war. Inzwischen ist die Maschinerie so gewaltig ausgebaut worden, daß sie unter gar keinen Umständen von einem Menschen übersehen werden kann. Was noch gewichtiger ist; jedes Detail ist unendlich verwickelt, weil die gesellschaftliche Arbeitsteilung und mit ihr die soziale Gliederung so reich geworden ist. Jeder kleine Zweig der Staatskunde ist eine Wissenschaft für sich geworden und der ausgezeichnetste Fachmann für Gebührenwesen ist in den Steuern beinahe schon ein Dilettant! Man erkennt diese Entwicklung in die Breite und ins Detail schon an der Ausdehnung der Gesetzeswerke. Unübersehbar ist die Masse der Paragraphen geworden, unübersehbar der arbeitende Staat selbst.

Der landesväterliche Staat kennt keine Arbeitsteilung. Als Montesquieu die Lehre von der Trennung der Gewalten verbreitete, glaubte man in der Forderung nach einer sachgemäßen Arbeitsteilung der Staatsorgane beinahe eine revolutionäre, antimonarchische Theorie erkennen zu müssen. Diese Teilung war in den viel einfacheren, vorkapitalistischen Zeiten beinahe überflüssig, aber die Scheidung von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung gebot sich von selbst, wo die Maschine die tausendfältigen Verflechtungen der freien Wirtschaft zu bewältigen hatte. Sicherlich arbeiten heute weit mehr Staatsorgane im Justizdienst allein als im Vormärz in allen staatlichen Dienstzweigen, und ganz undenkbar wäre — schon rein technisch — heute die Führung sämtlicher Staatsgeschäfte durch einen einzigen Amtsorganismus. Dazu kommt noch, daß am Ende das spezialisierteste Amt das Leben allein nicht bewältigt. Man errichtet Börsenschiedsgerichte und zieht Laien bei, weil der beamtete und studierte Richter ja doch die feinsten Verästelungen des Geschäftes nicht fassen kann. So dringt beinahe überall der sogenannte Laie ins Amt, der Laie, der mit Unrecht so genannt ist, denn gerade er ist für alles Besondere der Fachmann und heute ist alles und jedes etwas Besonderes, nicht mehr der bloß wiederholte Typus.

Die menschliche Gesellschaft ist nicht bloß über das Landesvatertum, sie ist selbst über den reinen Beamtenstaat hinausgewachsen. Und darum fordert sie ihre eigenen Regierungsmethoden. Das mochte vor einem halben Jahrhundert noch umstritten sein, heute ist es selbstverständlich, diese Regierungsmethoden sind überall geübt, ihr Dasein muß als Selbstverständlichkeit, als unangefochtene Realität, in alles zeitgenössische Denken mit eingehen.

Je mehr sich jedoch das soziale Leben versondert, um so notwendiger und schwieriger ist die Zusammenfassung des Widerstrebenden, die Bindung des Getrennten, die Wiedereinigung im ganzen. Und das große Einigungsamt der Völker und der Klassen — das ist eben die Volksvertretung. Wahr ist, daß sie das Widerstreitende in Erscheinung ruft und ob dieser ihrer Rolle wird sie von manchen scheel angesehen: sie nährt das Parteiwesen, sagt man. Als ob die Parteien nicht bloßer Ausdruck schon gegebener Gegensätze wären, die ohne Ausdruck wie ein geheim wucherndes Uebel weit größere Gefahren brächten! Man übersieht dabei schon, welche zusammenschweißende Kraft schon den Parteien innewohnt, die die unendliche Vielheit von Meinungen und Strebungen vorerst in ganz wenigen Gruppen zusammenfassen, in ein organisiertes Ganzes eingliedern und dadurch binden. Aber die Volksvertretung ermöglicht nicht nur getrennte Parteien, sie führt sie auch in einen Raum und zu einem Ziele zusammen, sie bindet sie aneinander und zwingt sie in unaufhörlichen Kompromissen, einander entgegenzukommen, bis eben eine einzige Meinung zur bindenden, zum Mehrheitsbeschluß wird und alle Verschiedenheit aufhebt. Ohne dieses Einigungsamt, ohne dessen ungehindertes Wirken stellt sich jene Zerfahrenheit des öffentlichen Denkens ein, deren Opfer wir heute leider sind und die nur

Arbeiterzeitung 28./

Die vermittelnde Gewalt.

Die Jahre zwischen der Juli- und der Februarrevolution, in denen Franz Josef I. seine Kindheit verlebte und die entscheidenden Eindrücke aufnahm, liegen uns nicht nur in der Zeit unendlich fern, sie weichen auch in ihrem Charakter von unserer Zeit weit ab. Es schien, als ob die Geschichte selbst stillstünde. Weder in der äußeren noch in der inneren Politik der Staaten Europas stoßen wir auf Ereignisse, die einen Wandel der Völkergeschicke ausdrückten oder verrieten. Wohl kündigte sich der nahe Umschlag an, aber doch nur in der Literatur, Philosophie und in der Technik. Der alternde Metternich, der Europa lenkte oder wenigstens zu lenken wähnte, mochte sich mit seinem Werke zufriedengeben: die Wogen der Revolution schienen endlich völlig geglättet und über ihnen thronte in unnahbarer und unangreifbarer Höhe das Gottesgnadentum.

Franz Josef hat, wie wir schon ausgeführt haben, trotz dieser Jugendeindrücke eine seltene Fähigkeit der Anpassung und der Aneignung wechselnden Zeitinhalts bewiesen. Nichtsdestoweniger blieb ein Stück seiner ersten Jugend in ihm allezeit lebendig. Inmitten ganz anders gearteter Zeitverhältnisse blieb er immer Monarch im Stile längst entschwundener Zeiten, ja er war im Grunde der letzte Monarch dieses Stils. Das Väterliche, das Parteilose, das Pflichtbewußte, das Unpersönliche der alten Monarchie war in ihm verkörpert. Nach den Auffassungen jener alten Tage war die Würde an sich so erhaben, daß sie nicht gemehrt, sondern beeinträchtigt wurde durch Menschlich-Persönliches. Zugleich war ihr Abstand selbst von den Großen des Landes soweit vorgestellt, daß vor dem Träger der Krone der Hochadelige und Vermögende doch nur ein Staatsbürger schien wie andere auch. In dieser Vorstellung vom Monarchentum ist kein Raum für cäsaristisches Gebaren, kein Raum für Volksreden, für werbende Schauzüge, für öffentliche Kunstübung, für ständige Einmischung in das, was jeweils des Bürgers Werk Neigung und Mode ist. Der Monarch in diesem Sinn ist dem Tage wie dem Markte entrückt. Franz Josef hat diese Zurückhaltung durch sein ganzes Leben bewahrt, obwohl er sich den mannigfachsten konstitutionellen Formen gefügt hat. Trotzdem blieben sie ihm zeitlebens etwas Aeußerliches, Nicht-Staatsnotwendiges, ein Wechselndes, das ist und nicht ist, wie es die Lage mit sich bringt.

In einer ganz anderen Zeit ist der Erbe seines Thrones emporgewachsen. Er ist in eine andere Welt eingetreten und hat kein anderes Erlebnis als diese Welt und diese Zeit, in der alle Staaten, die große wie die kleinsten Europas, ihre Volksvertretungen und ihre Volksparteien, ihre Versammlungen und Zeitungen, ihre verantwortlichen Minister haben und wo der Regentenberuf seinen besonderen Inhalt durch die Ungeheuerlichkeit der Staatsmaschine empfangen hat. In den leicht übersehbaren sozialen Verhältnissen war das Landesvatertum keine Konstruktion. Ueberliefert ist es uns von einem Preußenkönig, er sei mit dem Stocke in der Hand durch die Straßen seiner Residenzstadt spaziert und habe ihn dort höchsteigenhändig benützt, um Unfug abzustellen. Franz I. war ein ausgezeichneter Kenner seiner Verwaltung, insbesondere des Steuerwesens, las die Akten

Arbeiterzeitung 30./XI. 1916

Der tschechische Trust.

Sämtliche tschechischen Reichsratsabgeordneten — mit einer Ausnahme: unseres Genossen Cingr — haben sich zu einem einheitlichen Verband vereinigt, in dem die Stellung und Abstimmung aller Mitglieder durch Mehrheitsbeschluß festgelegt wird, und sämtliche tschechischen Parteien schließen sich zusammen in ein „ständiges Nationalkollegium", dem, als der „höchsten moralischen Instanz", sie sich in allen jenen Fragen unterordnen, die „eine Lösung vom allnationalen Standpunkt erfordern". Das alles läuft auf eine förmliche Vertrustung der tschechischen Politik hinaus; alle Parteiunterschiede werden ausgelöscht und von dem parteilosen Trust aufgesaugt. Die tschechische Politik hat einen freilich von jeher an die jähesten Szenenwechsel gewöhnt; von wütiger Opposition zur blinden Regierungstreue ist ihr immer nur ein Schritt gewesen. Auch das Verhältnis zwischen den Parteien untereinander ist bei den Tschechen in stetem Wechsel begriffen; bei den letzten Reichsratswahlen hatten Jungtschechen und Nationale gegen die Sozialdemokraten ein Kartell geschlossen und beim Ausgang der Reichsratstagung waren Jungtschechen und Sozialdemokraten sichtlich verbündet und gegen die Nationalsozialen in einer Front vereinigt. Die tschechische Politik war eben allezeit der Tummelplatz des Opportunismus; alles ist da Taktik und die Taktik ist alles. Man kann dort homerische Kämpfe gegeneinander führen, und wenn man sich die Köpfe blutig geschlagen hat, stellt sich heraus, daß dieser ganze Krieg ein Mißverständnis war und alle miteinander doch völlig einig sind . . . Was nun Anlaß und Zweck dieser allerneuesten Verschmelzung sein soll, ist aus dem Manifest, womit sie kundgemacht wird, nicht zu erkennen; es scheint auch nicht, daß bisher irgend jemand den Vorwitz gezeigt hätte, darüber Näheres hören zu wollen. Man darf annehmen, daß bei der Vertrustung ein Bestreben mitgewirkt hat, das wir — es ist eine neue Sache und man hat dafür noch kein Wort — als das „Patriotisieren" bezeichnen möchten, das tschechische Parteileben wird sozusagen auf den Glanz hergerichtet. Dann wohl das Bedürfnis, gewissen Plänen über die Neugestaltungen nach dem Kriege ein größeres und stärkeres tschechisches Gegengewicht entgegensetzen zu können.

Wir würden uns nun in die innertschechische Angelegenheit nicht weiter hineinmischen, wenn in den Verband und in den Nationalausschuß nicht auch die tschechoslavischen Sozialdemokraten eingetreten wären, also eine Partei, mit der einmal wir, die deutschen Sozialdemokraten, in einem parlamentarischen Verband vereinigt waren und die in dem Sozialistischen Büro mit der gesamten Internationale verknüpft war. Das ist vielleicht schon lange her; dennoch scheint es uns für die geistige Verfassung der tschechischen Partei recht charakteristisch zu sein, daß sich in dem Kommentar ihres Hauptblattes auch nicht die bescheidenste Erwägung darüber vorfindet, wie sich denn diese Verschmelzung mit dem sozialdemokratischen Bewußtsein vertrage, vor dem proletarischen Klassenkampf gerechtfertigt werden könne, sich mit dem internationalen Gedanken vereinbaren lasse. Oder sollte der tschechischen Partei eine derartige Erwägung ganz fremd geworden sein? Die Tschechen werden sich wohl auf das Beispiel der polnischen Sozialisten berufen wollen; aber es sollte ihnen wohl zu denken geben, daß, während der Beitritt der polnischen Sozialisten in den Polenklub das stärkste Aufsehen erregt hat, die tschechische Verschmelzung mit dem bürgerlichnationalen Heerbann zu einem Verband eigentlich niemanden überrascht hat. Aber doch nur deshalb, weil sie schon längst, lange vor dieser Verschmelzung, den Schwanz des bürgerlichen Nationalismus gebildet haben und dieses Aufgehen in einen gemeinsamen Verband nur auf der Linie ihrer ganzen Entwicklung liegt, der letzte Ausläufer einer Politik ist, die nie hätte beginnen dürfen. Im übrigen ist zu sagen, daß die Gründe, die die polnischen Sozialisten geltend machen konnten, die besondere und vergleichslose Situation des Landes Galizien, dessen künftige staatsrechtliche Stellung ungewiß ist, von den Tschechen nicht angeführt werden können, und daß zweitens die Polen auch nicht so weit gegangen sind, wie die Tschechen gehen; sie sind zwar in den Polenklub eingetreten, aber sie haben keine „höchste moralische Instanz" konstituiert und vor keiner kapituliert.

Wir verkennen nicht, daß die Notwendigkeit der gemeinsamen Beratung aller Parteien einer Nation in dem Nationalitätenstaat gegeben ist und daß sie gerade jetzt, da man vor mannigfachen Neuerungen steht, fühlbar geworden sein mag. Und gegenüber den Angriffen aus dem deutschen Lager, die immerzu behaupten, daß die deutschen Sozialdemokraten eine derartige Beratung sämtlicher deutschen Abgeordneten unmöglich machen, genügt die einfache Feststellung, daß wir als die ersten die nationalen Parlamente angeregt und einer Beratung der aus dem allgemeinen Wahlrecht gewählten Abgeordneten niemals Widerspruch entgegengestellt haben. Eine solche Beratung wäre ersprießlich, sie wäre auch möglich; alles, was darüber hinausgreift, ist unmöglich und schädlich. Den deutschen Bewunderern dieses tschechischen Zusammenschlusses — es gibt auch solche — möchten wir bloß die bescheidene Frage vorlegen, ob sie einen derartigen Verband aller deutschen Reichsratsabgeordneten für möglich halten, und warum sie, wenn sie ihn für möglich und erstrebenswert halten, die Allianz zwischen Nationalverband und Christlichsozialen nicht inniger gestalten, nicht ihre Verschmelzung in einen Verband befürworten. Schon daß dies nicht möglich ist, obwohl diese zwei bürgerlichen Parteien einander immer wesensnäher werden, beweist doch ausreichend, wie töricht es ist, das tschechische Exempel, das vor allem einen Mangel an politischem Charakter voraussetzt, den Deutschen zum Vorbild zu empfehlen. Auch für die Tschechen ist der einheitliche Verband, dieses Zusammenschweißen von Freisinnigen und Klerikalen, von Bürgerlichen und Sozialdemokraten, dieser grausliche Kuddelmuddel eine Widernatürlichkeit. Das tschechische Volk ist zivilisatorisch herangereift, ist ökonomisch differenziert, die Parteien sind keine Willkür, sondern der Ausdruck bestimmter Klassenscheidungen. Politik bedingt den Kampf, ohne Gegensatz und Kampf erstarrt das politische Leben; das tschechische Volk würde sich aber für eine Friedhofsruhe, wie sie diese Einigung herbeiführen will, schönstens bedanken. Wir sind auch überzeugt, daß einem kurzen Burgfrieden da ein langer Katzenjammer folgen wird.

Mit dem einheitlichen Verband soll „ein einheitliches Vorgehen in nationalpolitischen und verfassungsrechtlichen Fragen" herbeigeführt werden. Das scheint ein begrenztes Programm zu sein; in Wahrheit reicht es sehr weit. Denn was ist heute nicht eine nationale Frage und was alles ist eine nationale Frage? Zu den nationalen Dingen gehören doch schon lange nicht bloß die Sprachen- und Schulfragen; da es sich bei den nationalen Dingen um Machtfragen handelt, darum, wer stärker ist, so haben schon lange alle wirtschaftlichen Angelegenheiten nationalen Charakter erhalten. Wird nicht jeder Bahnbau, weil er geeignet ist, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, auf seine nationale Wirkung geprüft? Hat nicht die Frage, wo in Böhmen ein Irrenhaus errichtet werden soll, eine nationale Streitfrage gebildet? Die Verpflichtung eines einheitlichen Vorgehens in allen nationalpolitischen Fragen bedeutet nicht weniger als die Verpflichtung, so ziemlich mit der gesamten Politik auf die Uebereinstimmung mit den bürgerlichen Parteien angewiesen zu sein. Nicht einmal die reinen Arbeiterfragen, etwa Fragen des Arbeiterschutzes, sind vor dem Einbruch des Nationalismus gesichert; man hat das bei der Verhandlung der Arbeiterversicherungsgesetzes deutlich gesehen. Was alles gehört in das Gebiet der verfassungsrechtlichen Fragen? Doch sicherlich die gesamte Neuordnung der Verwaltung, das Wahlrecht in Gemeinde und Land, ebenso die ganze Auffassung von dem Gewicht und der Wirksamkeit des Zentralparlaments; was bleibt dann der Sozialdemokratie an Freiheit übrig, wenn sie sich für den ganzen Umkreis der unmittelbaren Sorgen und Fragen ihrer Freiheit begibt? Wer sich verpflichtet, in nationalpolitischen und in verfassungsrechtlichen Fragen den Bürgerlichen zu folgen, und überdies für nicht näher bezeichnete Dinge noch eine höchste Instanz anerkennt, die wieder eine allbürgerliche ist, der hat seine Freiheit als sozialistische Partei aufgegeben und sich zur Abhängigkeit von bürgerlichen Auffassungen verpflichtet.

Aber können sich die tschechischen Sozialisten auch in nationalpolitischen Fragen die Anschauungen und

Vossische Zeitung
3./XII. 1916
91

Kleine Anfragen im Reichstag.

78. Sitzung vom 1. Dezember.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Helfferich, Zimmermann.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2¼ Uhr.

Die Abgeordneten **Carstens** (fortschr. Vpt.) und **Dr. Blunck** (fortschr. Vp.) stellen folgende Anfrage:

Durch die Beschlüsse der Pariser Konferenz ist das Bestreben unserer Feinde, auch nach dem Friedensschluß den Krieg auf wirtschaftlichem Gebiet fortzusetzen, offenbar geworden. Ist der Reichskanzler bereit, im Reichsamt des Innern eine Zentralstelle, etwa in Form eines besonderen Handelsamts zu schaffen, die Handel und Industrie in allen den Außenhandel betreffenden Fragen wirksam unterstützen?

Direktor im Reichsamt des Innern Müller erwidert, daß eine ähnliche Organisation bereits vorhanden ist und daß ihr Ausbau besonders für Zwecke des Außenhandels Gegenstand sorgfältiger Erwägungen ist.

Abg. **Ulrich** (Soz.) fragt an:

In den Lederfabriken sind die Ziegen-, Schaf- und Kalbfelle beschlagnahmt worden. Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um die dadurch für die Portefeuille-Industrie drohenden Gefahren möglichst auszugleichen?

Direktor Müller: Die Beschlagnahme war im Heeresinteresse erforderlich. Es soll aber auf die Industrie möglichst Rücksicht genommen werden und die entsprechenden Maßnahmen nur allmählich zur Ausführung kommen.

Die Gesandtenvertreibung aus Griechenland

Abg. **Bassermann** (ntlb.) fragt:

Der deutsche Gesandte in Athen ist durch den französischen Admiral Fournet mit Gewalt oder Drohung wider das Völkerrecht aus Athen, der Hauptstadt des neutralen Griechenlands, entfernt worden. Ist der Reichskanzler in der Lage und bereit, über diese Vorgänge nähere Mitteilung zu machen und Auskunft über die Haltung der griechischen Regierung zu geben?

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Zimmermann: Am 19. November forderte Admiral Fournet, der Befehlshaber der feindlichen Kriegsschiffe in den griechischen Gewässern, die Gesandten des Vierbundes auf, mit dem Personal der Gesandschaften und Konsulate Griechenland bis zum 22. November zu verlassen; sie sollten an Bord eines französischen Schiffs nach Marseille oder einem bulgarischen Hafen gebracht werden, von wo sie nach Hause zurückkehren könnten. Gleichzeitig gab der französische Admiral der griechischen Regierung Kenntnis von diesem Schritt. Diese erhob zwar alsbald lebhaften Protest und verlangte die Zurücknahme dieser Maßnahme, sie hatte jedoch keinen Erfolg. So mußte sie denn den Gesandten erklären, daß sie zu ihrem schmerzlichen Bedauern außerstande sei, die Vertreter der Zentralmächte bis zum äußersten zu schützen. Bei dieser Sachlage blieb den Gesandten nichts übrig, als sich der Gewalt zu fügen, wenn anders sie es nicht zu Zwischenfällen kommen lassen wollten, die lediglich der Entente und den Venizelisten genützt hätten. Auf Wunsch der Gesandten setzte die griechische Regierung bei der Entente durch, daß die Gesandten auf einem griechischen Schiff nach Kawala reisten, daß sie einen Beamten zum Schutz der Archive in Athen zurücklassen durften und daß ihr Gepäck unangetastet bleiben sollte. Weitere Anträge des Inhalts, die eigenen Staatsangehörigen mitnehmen zu können und die Abreise um einige Tage zu verschieben, wurden abgelehnt. (Hört, hört!)

Die Abreise erfolgte am 22. November unter Ovationen der Bevölkerung und unter lebhafter Anteilnahme offizieller griechischer Persönlichkeiten. (Bravo!) Den Schutz der deutschen Interessen hatte unser Gesandter seinem holländischen Kollegen übertragen. Die Reise nach Kawala und die Ankunft dortselbst verlief ohne Zwischenfälle. Deutschland hat gegen die Austreibung der Gesandten bei der Regierung Griechenlands, bei der Entente und bei den neutralen Staaten schärfste Verwahrung eingelegt.

Das Bedauern der griechischen Regierung.

Am 25. November erschien der hiesige griechische Gesandte bei mir im Auswärtigen Amt. Er hat dabei zum Ausdruck gebracht, wie peinlich Griechenland es empfindet, daß Vertreter von Mächten, mit denen Griechenland in Freundschaft und Frieden lebt, zur Abreise gezwungen worden seien und wie lebhaft die griechische Regierung es bedauert, daß sie unter dem Druck der Gewalt nichts dagegen hat tun können; der Gesandte versichert, daß Griechenland von den Ereignissen selbst ebenso schmerzlich betroffen sei wie die beteiligten Staaten, und er bat, namens des griechischen Kabinetts, daß Deutschland der Zwangslage Griechenlands Rechnung tragen möge. (Hört, hört!)

Ich bin überzeugt, daß diese Bitte bei Ihnen und dem deutschen Volke freundliche Aufnahme finden wird. Nicht Griechenland, sondern unsere Feinde tragen die Verantwortung für das unerhörte Vorgehen in Athen (lebhafte Zustimmung), das an Stelle der primitivsten Grundlagen einer gesetzlichen Ordnung zwischen den Völkern den Urzustand setzt und nationale Rechte mit Füßen tritt. Andere Argumente als ihre Schiffsgeschütze und Maschinengewehre vermag die Entente für die Austreibung der Gesandten nicht beizubringen. (Lebh. Sehr wahr!) Die von ihr so häufig gebrauchten Phrasen, daß sie das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Staaten, die Freiheit, das Völkerrecht und die Zivilisation verteidige, hindert sie nicht an der Verhöhnung all dieser Begriffe. (Erneute lebh. Zustimmung.) Nur um sich eine neue Hilfe zu sichern, treibt die Entente seit Jahresfrist Griechenland gegenüber

eine Politik der Demütigung und Knechtung,

wie sie ohnegleichen in der Geschichte dasteht. (Erneute lebh. Zustimmung im ganzen Hause.)

Noch einige persönliche Worte! Nachdem Seine Majestät der Kaiser mich mit der Leitung des Auswärtigen Amtes betraut haben, benutze ich heute die erste Gelegenheit, um in dieser meiner neuen Eigenschaft mit Ihnen, meine Herren, in Beziehung zu treten. Ich habe ja die Ehre gehabt, eine lange Reihe von Jahren bei wichtigen Angelegenheiten mit diesem hohen Hause zusammenwirken zu können, ich bin Ihnen daher nicht fremd. Sie haben mir bereits in der Vergangenheit mancherlei Vertrauen erwiesen. Wenn ich bitte, es mir in meiner neuen Stellung zu erhalten, so kann ich versichern, daß ich es an mir nicht fehlen lassen werde, um zwischen diesem hohen Hause und der mir unterstellten Behörde vertrauensvolle Beziehungen zu pflegen und zu fördern. In dem tiefen Gefühl der schweren Verantwortung, die mir mein neues Amt auferlegt, gehe ich an meine Arbeit. Die Aufgaben des Auswärtigen Amtes und seines Leiters in dieser schweren Zeit sind außerordentlich gewaltig, ja ungeheuer; sie können nur dann einer befriedigenden Lösung entgegengeführt werden, wenn ich auf Ihre verständnisvolle Mitarbeit rechnen darf. Seien Sie überzeugt, daß jede Ihrer Anregungen, Vorschläge und Wünsche bei meinem Amt und mir offenes Ohr und bereitwilliges Entgegenkommen finden werden. Lassen Sie mich nochmals bitten, auch mir in meiner schweren Arbeit mit vertrauensvoller Unterstützung und Hilfe zur Seite zu stehen, nicht in meinem Interesse, sondern zum Heil der vaterländischen Sache, für die wir alle, jeder an seinem Platz, unsere ganze Kraft einsetzen. (Lebh. Beifall.)

Die Abgeordneten Dr. **Mayinger** (Ztr.) und Frhr. **v. Kerckeringk** (Ztr.) fragen an,

was der Reichskanzler zu tun gedenkt, um die Versorgung der deutschen Landwirtschaft mit dem nötigen Kalidünger für die Frühjahrsbestellung sicherzustellen.

Unterstaatssekretär **Richter:** Der Bedarf der deutschen Landwirtschaft an Kali ist namentlich infolge des Stickstoffmangels ganz erheblich gestiegen. Gleichzeitig machte sich eine unzulängliche Wagengestellung bemerkbar. Es sind geeignete Vorkehrungen getroffen, die Verhältnisse zu bessern, soweit es möglich ist.

Die Staatenlosen.

Abg. **Bassermann** fragt an, ob der Reichskanzler über den Inhalt des dänischen Gesetzes, welches den Staatenlosen dänisches Staatsbürgerrecht gewährt, nähere Mitteilung machen könne.

Direktor im Auswärtigen Amt Krieger: Bis zum Jahre 1898 erhielten die außerhalb Dänemarks Geborenen dänischer Abstammung nicht die dänische Staatsangehörigkeit. Erst das Gesetz vom 19. März 1898 bestimmte, daß Kinder von Dänen die dänische Staatsangehörigkeit auch dann erwerben sollen, wenn sie im Auslande geboren sind. Die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes Geborenen erlangten aber nicht die dänische Staatsangehörigkeit. Diese Lücke ist nunmehr durch das dänische Gesetz vom 27. November d. J. ausgefüllt worden, denn dieses Gesetz verleiht dem Gesetz von 1898 insofern rückwirkende Kraft, als die vorher im Auslande geborenen Abkömmlinge von Dänen, die nicht eine Staatsangehörigkeit in einem andern Staate besitzen, dänische Staatsangehörige geworden sind. Dieses neue Gesetz ist von besonderer Bedeutung für Schleswig-Holstein, wo sich bekanntlich eine nicht unbeträchtliche Anzahl staatenloser Personen dänischer Abstammung befinden. Diese sogenannten Heimatlosen waren in staatsrechtlicher Beziehung schlecht bestellt und gaben Anlaß zu politischen Schwierigkeiten, so daß sie seit geraumer Zeit die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit beansprucht haben. Insbesondere hat die Frage bei den Verhandlungen über das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 eine erhebliche Rolle gespielt. Das neue Gesetz führt eine glückliche Lösung der Staatenlosenfrage in Schleswig-Holstein herbei, die nicht nur für die Beteiligten selbst, sondern auch im Interesse der freundnachbarlichen Beziehungen zu Dänemark nur auf das lebhafteste begrüßt werden kann.

Der Fall Mehring.

Abg. Dr. **Cohn**-Nordhausen (Soz. A. G.) weist in einer Anfrage darauf hin, daß der sozialdemokratische Schriftsteller Mehring in militärische Sicherheitshaft genommen ist.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Für den Reichskanzler besteht kein Anlaß zum Einschreiten. (Zuruf: Unerhört! und Unruhe bei den Soz.)

Abg. Dr. **Cohn**-Nordhausen (Soz. A. G.) ergänzt seine Anfrage dahin, ob der Reichskanzler die Bestimmungen der Strafprozeßordnung aufrecht erhalten wolle.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Die Bestimmungen der Strafprozeßordnung gelten nicht für die in Schutzhaft befindlichen Personen.

Abg. Dr. **Cohn**-Nordhausen (Soz. A. G.) ergänzt seine Anfrage noch einmal durch die Frage: Will der Reichskanzler dem in Schutzhaft befindlichen Franz Mehring das Recht des mündlichen Verkehrs mit dem Verteidiger verschaffen.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Ich verzichte auf die Beantwortung. (Gelächter bei den Soz. Entrüstete Zurufe. Abg. **Kunert** (Soz. Arb.): Das ist eine Feigheit, eine Schamlosigkeit.)

Präsident Dr. **Kaempf** ruft den Abgeordneten Kunert zur Ordnung. (Abg. Stadthagen (Soz. Arb.) ruft: Es bleibt dabei.)

Präsident Dr. **Kaempf** ruft auch den Abg. Stadthagen zur Ord-Ordnung.

Abg. **Simon** (Soz.) fragt:

In wiederholten Fällen sind Personen trotz festgestellter Krankheiten zum Militärdienst eingezogen und wie gesunde Männer als Soldaten ausgebildet worden. Wenn sie infolge des Dienstes invalide wurden oder starben, sind Anträge auf Versorgungsgebührnisse abgewiesen worden, weil die Leiden denen sie zum Opfer fielen, schon beim Dienstantritt bestanden haben und daher keine Dienstbeschädigung vorliege. Wie will man auch in solchen Fällen den Betroffenen oder deren Familien eine Rente sichern?

General Langermann vom Erlenkamp: Nach § 3 des Mannschaftsversorgungs-Gesetzes von 1906 gelten als Dienstbeschädigungen Gesundheitsstörungen, welche als Folge einer Dienstverrichtung, einer Krankheit oder eines Unfalls während der Ausübung des Dienstes verursacht oder verschlimmert worden sind. Personen, die mit körperlichen Gebrechen zur Einstellung gelangen, haben also gesetzlichen Anspruch auf die Militärrente in Gemäßheit dieses Paragraphen, wenn sich ihr Leiden durch den militärischen Dienst verschlimmert hat. Jeder vor oder bei der Entlassung oder nachher fristgemäß erhobene Versorgungsanspruch muß geprüft werden, und in jedem Fall ist dem Antragsteller schriftlicher Bescheid zu geben, worin das Recht des Einspruchs bei der nächsthöheren Behörde ausdrücklich anzugeben ist, so daß er die Entscheidung des Kriegsministeriums herbeiführen kann. Die stellvertretenden Generalkommandos sind ausdrücklich angewiesen, daß es nicht angängig ist, die durch die hervorgerufene Verschlimmerung bestehende Erwerbsunfähigkeit unter Ausschaltung der Erwerbsfähigkeit, die bei der Einstellung bestanden hatte, der Versorgung zugrunde zu legen. Es ist vielmehr die Gesamteinwirkung des fraglichen Leidens zurückzuverfolgen und das Gesamtbild zur Grundlage zu machen. Auch wo ein Anspruch nicht für begründet gehalten wird, muß er bei der Entlassung von Amts wegen geprüft werden. Bei der Bewilligung einer Rente und beim Uebergang in bürgerliche Verhältnisse sollen Erleichterungen gewährt und entsprechend den durch den Krieg hervorgerufenen besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen wohlwollend verfahren werden.

Eine Anfrage des Abgeordneten Bock (Soz.) über die Kohlenversorgung wird vom Direktor Dr. Müller dahin beantwortet, daß die Reichs- und Staatsbehörden alle Maßnahmen ergriffen haben, um die durch vorübergehende Transportschwierigkeiten entstandenen Uebelstände zu beseitigen.

Die Ergänzung zum Kriegssteuergesetz.

Auf der Tagesordnung steht dann ein **Antrag Erzberger** (Ztr.), der von allen Parteien unterstützt wird. Er will dem § 6 des Kriegssteuergesetzes folgenden Absatz neu hinzufügen:

„Ferner sind noch nicht fällige Ansprüche aus während des Veranlagungszeitraums eingegangenen Lebens-, Kapital- und Rentenversicherungen mit der vollen Summe der eingezahlten Prämien- oder Kapitalbeträge anzusetzen, falls die jährliche Prämienzahlung den Betrag von 1000 Mark oder die einmalige Kapitalzahlung den Betrag von 3000 Mark übersteigt."

Durch diese Bestimmung will man verhindern, daß Kriegsgewinne, um sie der Besteuerung zu entziehen, in Lebensversicherungen und Leibrenten angelegt werden.

Abg. **Jehuter** (Ztr.) empfiehlt den Antrag.

Der Antrag wird in allen drei Lesungen angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Sonnabend 9 Uhr vormittags: dritte Lesung des Hilfsdienstgesetzes.

Schluß 3¼ Uhr.

Vossische Zeitung
3./XII. 1916
92

№ 619 Sonntag (Morgen) **Fünfte Beilage zur Vossischen Zeitung.** 1916 3. Dezember

Deutscher Reichstag.

79. Sitzung des Reichstags.

Sonnabend, 2. Dezember (Fortsetzung).

Am Tisch des Bundesrats: Dr. Helfferich, v. Stein, Gröner, Lisco.

Von den Nationalliberalen ist eine Entschließung eingegangen. Danach sollen auch stillgelegte Fabriken zu Munitionsfabriken umgestaltet werden. In Fällen besonderer Härte soll eine Entschädigung erfolgen. Eine ausreichende Vertretung der Angestellten in den zur Durchführung des Gesetzes zu schaffenden Organen ist sicherzustellen. Zu verhindern ist eine Unterbrechung der Angestelltenversicherung. Bei Verpflanzungen von Angestellten soll eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage möglichst nicht stattfinden. Es sollen Bestimmungen erlassen werden, daß für kaufmännische Stellen in Betrieben, die als Hilfsdienst gelten, kaufmännische Angestellte durch Vermittlung der gemeinnützigen kaufmännischen Stellenvermittlung, Sitz Berlin, einzustellen sind. Bei Festsetzung von Entschädigungen in Fällen der Stillegung von Betrieben ist dafür zu sorgen, daß an die Familien der Kriegsteilnehmer die bisher von den Arbeitgebern gewährten Zuschüsse bzw. Gehalte oder Gehaltsteile weitergezahlt werden. Bei der Einziehung von Angestellten sind in erster Linie die jüngeren Kräfte heranzuziehen. Die Rechtsstellung der Hilfsdienstpflichtigen soll denjenigen der Kriegsteilnehmer angenähert werden. Es sollen Maßregeln getroffen werden zur Einschränkung der Tätigkeit der Justizbehörden, insbesondere auf dem Gebiete der Privatklagen.

§ 14 setzt fest, daß für die industriellen Betriebe der Heeres- und Marineverwaltung durch die zuständigen Dienstbehörden Vorschriften im Sinne der §§ 1—13 (Arbeiterausschüsse) zu erlassen sind.

Die Staatseisenbahnbetriebe.

Ein sozialdemokratischer Antrag will diese Vorschriften auch für die Staatseisenbahnbetriebe einführen.

Abg. **Legien** (Soz.) begründet diesen Antrag. Indirekt ist jetzt der § 14 eine Bevorzugung der der Staatseisenbahnbetriebe.

Staatssekretär Dr. **Helfferich** wendet sich scharf gegen diesen Antrag. Bei den Staatseisenbahnen sind die Arbeiterausschüsse schon vorhanden. Vier Fünftel aller technischen Arbeiter sind schon durch Ausschüsse vertreten. Der Eisenbahnminister hat mir versichert, daß die Praxis der Arbeiterausschüsse sich über die ursprünglich vorgesehenen Grenzen ausgedehnt habe. Der Minister hat ferner in einer langen Unterhaltung ausdrücklich die Zusage gegeben, daß er beabsichtigt, die Arbeiterausschüsse im Sinne dieser Resolution auszugestalten. Würde man die Schiedsämter auf die Eisenbahnverwaltung übertragen, so würde man eine Instanz schaffen, die außerhalb der ganzen Eisenbahnverwaltung steht. Deshalb müssen wir im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung in dem Betriebe bitten, den Antrag abzulehnen, da sonst das ganze Gesetz dadurch gefährdet sein könnte. (Bewegung.)

Abg. **Ickler** (natl.): Den bestehenden Arbeiterausschüssen bei der Eisenbahn muß durch dieses Gesetz etwas Leben eingehaucht werden. Jetzt sind sie zum größten Teil nur Dekorationen. Sie können bei Lohnfragen gehört werden. Sie müssen aber berechtigt sein, bei Lohnfragen mitzusprechen. Ueberhaupt müssen sie größere Bedeutung erlangen.

Staatssekretär Dr. **Helfferich:** Ich muß ausdrücklich erklären, daß die Wünsche des Vorredners auf Grund der [illegible]ungen, die mir der Eisenbahnminister gemacht hat, in Erfüllung gehen werden. Die Arbeitsausschüsse sollen in der Richtung, wie die Resolution es ausspricht, ausgebaut werden.

Abg. **Giesberts** (Ztr.): Nach diesen Erklärungen des Staatssekretärs lege ich keinen Wert mehr auf die Annahme des sozialdemokratischen Antrages. Ich hoffe aber, daß die Zusicherungen des Eisenbahnministers auch in die Tat umgesetzt werden.

Abg. **Henke** (Soz. Arb.): Die Erklärung des Staatssekretärs war ja sehr interessant. Also die Vorlage ist unannehmbar, wenn bei den Staatseisenbahnbetrieben Arbeiterausschüsse gebildet werden müssen. Danach scheint die Vorlage wirklich nicht so notwendig zu sein. Lehnen Sie mit uns diesen Wechselbalg ab. (Unruhe. — Präsident Dr. **Kaempf** rügt diesen Ausdruck.)

Abg. **Legien** (Soz.): Wir müssen über die Erklärung des Staatssekretärs unser tiefstes Befremden ausdrücken. (Lebhafte Zustimmung links.) Nach der Vorlage soll das deutsche Volk seine ganze Kraft in den Dienst des Vaterlandes stellen. Angesichts einer derartigen Vorlage wagt es der Staatssekretär, für den Fall eine Unannehmbarkeitserklärung auszusprechen, daß die Arbeiterausschüsse in den Staatsbahnbetrieben gesetzlich geregelt werden. Das ist unglaublich. (Lebhafte Zustimmung link.) Mit dieser Erklärung hat der Staatssekretär der Vorlage einen sehr schlechten Dienst erwiesen. (Wiederholte Zustimmung links.)

Die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag bleibt zweifelhaft. Ein Hammelsprung ergibt seine Ablehnung mit 139 gegen 135 Stimmen. Für den Antrag stimmen die Sozialdemokraten, Fortschrittler, Polen, Elsässer und einige Nationalliberale. § 14 wird unverändert angenommen.

Abg. **Mumm** (D. Fr.) beantragt einen § 14a einzuschalten, nach dem der Bundesrat Betriebe, die dem Zweck des Gesetzes nicht nachkommen, in den Betrieb des Reiches übernehmen kann.

Abg. **Gothein** (Vpt.): Wir müssen doch alle die gewaltigen beispiellosen Leistungen der Privatindustrie in diesem Kriege anerkennen. Wir müssen ihre Leistungfähigkeit nach besten Kräften stärken. Daher ist der Antrag Mumm überflüssig und gefährlich. Wir dürfen nicht alles bürokratisieren wollen.

Abg. **Dittmann** (Soz. Arb.): Wir sind für eine allgemeine Verstaatlichung der Rüstungsindustrie. Aber mit diesem Antrag wollen die Antragsteller nur das Gesicht wahren. Praktisch wird er nicht werden.

Abg. **Groeber** (Ztr.): Wir haben für die Arbeiter alle möglichen Sicherungen eingeführt. Hier soll nun die Enteignung der Unternehmer ohne jede Kautele eingeführt werden. Ich warne vor diesem Wege, er führt ins Verderben! (Beifall. Zuruf b. d. Soz.: „Der heilige Geldsack!")

Abg. **Hoch** (Soz.): Der Arbeiter soll sein ganzes Sein in den Dienst der Munitionserzeugung stellen. Den großen Munitionsbetrieben steht aber die Allgemeinheit wehrlos gegenüber. Hier ist auch ein Zwang geboten. Bei den Arbeitern sprach Herr Gröner kein Wort von Entschädigung. Hier aber, wo es sich um Unternehmerinteressen handelt, da wirft er die Entschädigungsfrage auf. (Entrüstete Zurufe des Abg. Gröber.)

Abg. **Mumm** (D. Fr.) spricht nochmals für seinen Antrag, der dem Geiste Stöckers entspreche.

Abg. Dr. **Stresemann** (ntlb.): Die Vorwürfe des Abg. Hoch gegen Groeber sind unberechtigt. Gerade Groeber hat sich bei diesem Gesetz für die Arbeiter eingesetzt. (Beifall.) Man kann überhaupt nicht sagen, daß dieses Gesetz gegen die Arbeiter gemacht worden ist. (Zurufe b. d. Soz.) Lesen Sie die heutige „Chemnitzer Volksstimme", in der die großen Errungenschaften hervorgehoben werden, die die deutsche Arbeiterbewegung mit diesem Gesetz erworben hat. (Hört! Hört!) Die Tragweite dieser Erfolge läßt sich heute noch gar nicht übersehen. Wir lehnen den Antrag Mumm ab. Es geht nicht an, daß Betriebe ohne Kautelen einfach sollen geschlossen werden können. Auch eine Entschädigung in bar kann eine solche Schließung nicht ersetzen, denn für den Unternehmer besteht der Wert seines Betriebes nicht nur in Geld. Den Wagemut und die jahrzehntelangen Erfahrungen der deutschen Unternehmer können Sie ihm niemals ersetzen.

Staatssekretär Dr. **Helfferich:** Wenn es Unternehmer geben sollte, die sich den Zwecken dieses Gesetzes widersetzen, so verfügen wir über die notwendigen Mittel, um einen Zwang auszuüben.

Abg. **Graf Westarp** (kons.): Auch wir stimmen gegen den Antrag Mumm. Die Linke, die sonst nur Mißtrauen gegen den Bundesrat hegt, will ihm hier eine Blankovollmacht für Schließung großer Betriebe geben.

Abg. **Hoch** (Soz.): Wer denkt denn an die Verstaatlichung der ganzen Industrie. Nur im Falle höchster Not, wenn es sich um die Rettung des Vaterlandes handelt, soll eine Uebernahme auf das Reich erfolgen.

Abg. **Dittmann** (Soz. Arb.): Man macht Halt vor dem Geldsack. Wo bleibt hier das Unannehmbar der Regierung?

Der Antrag **Mumm** wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Abg. Mumm abgelehnt. (Heiterkeit.)

Die Mitwirkung des Reichstages.

Bei § 17, der die Mitwirkung eines Reichstagsausschusses bei der Ausführung der Vorlage regelt, verlangt

Abg. **Ledebour** (Soz. Arb.) die Mitwirkung des ganzen Reichstags vor aller Oeffentlichkeit. Ein Ausschuß würde zu einer Parlamentsbürokratie führen.

Staatssekretär Dr. **Helfferich:** Würde dem Verlangen stattgegeben, so würde der Zweck des Gesetzes vereitelt werden. Bei diesem Gesetz müssen Opfer aller Art gebracht werden, auch Opfer des Intellekts. Zu der Mitwirkung des Reichstagsausschusses haben die verbündeten Regierungen noch nicht Stellung genommen. Ich habe weder in diesem Zusammenhang, noch vorhin, als es sich um Arbeiterausschüsse bei den Staatseisenbahnbetrieben handelte, das Wort unannehmbar gebraucht. Die verbündeten Regierungen haben ja zu diesen Einzelheiten noch gar nicht Stellung genommen und eine Unannehmbarkeitserklärung konnte daher meinerseits gar nicht erfolgen. Ich habe lediglich meine Anschauung, wie ich mir die Situation vorstelle, ausgesprochen. Zur Vermeidung von Mißverständnissen muß das gesagt werden.

Die Erhöhung der Familienunterstützungen.

Ueber die Erhöhung der Familienunterstützungen hat der Bundesrat inzwischen Beschluß gefaßt. Er ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Familienunterstützung von monatlich 20 Mark für Ehefrauen und 10 Mark für sonstige Berechtigte erhöht wird, und zwar bis einschließlich April 1917 beginnend mit einschließlich November dieses Jahres. Der für November fällig gewordene Betrag wird den Familien bei der Auszahlung der zweiten Dezember-Rate Mitte Dezember ausgezahlt werden, so daß unseren Kriegerfamilien zu Weihnachten ein größerer Betrag zur Verfügung steht. Ferner hat der Bundesrat beschlossen, die Zuschüsse zu der Kriegswohlfahrtspflege der Gemeinden von monatlich 20 auf monatlich 30 Millionen Mark zu erhöhen. Schließlich ist beschlossen worden, daß die Unterstützung auch noch ein halbes Jahr nach der Entlassung aus dem Heeresverband weiter gezahlt werden soll, um Kriegerfamilien vor etwaigen Notständen zu schützen. Der Bundesrat hat damit den Wünschen des Reichstags in weitgehendem Maße Rechnung getragen. (Beifall.)

Abg. **Ebert** (Soz.): Diese Mitteilung ist gewiß erfreulich. Unsere Verhandlungen wären wesentlich gefördert worden, wenn dieser Geist des Entgegenkommens auch bei den Verhandlungen über diese Vorlage etwas lebhafter zum Ausdruck gekommen wäre (Sehr richtig! links.) Wenn Dr. Helfferich vorgestern Nacht so wie heute gesprochen hätte, dann wären uns die überaus erregten Verhandlungen vorgestern erspart geblieben. (Sehr richtig! links.) Der Staatssekretär hat überhaupt während der Verhandlungen über dieses Gesetz Erklärungen abgegeben, die uns unsere Stellung zu der Vorlage wahrlich nicht erleichtert haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es war uns völlig unbegreiflich, wie bei der Debatte über die Ausschüsse in den Eisenbahnbetrieben der Staatssekretär auch nur auf den Gedanken kommen konnte, das Schicksal des Gesetzes mit dieser Frage in Verbindung zu bringen. Das Gesetz stellt außerordentlich hohe Anforderungen an unser Volk. Riesige Opfer werden vor allem von der Arbeiterklasse verlangt. Wenn wir nicht glaubten, daß unser Land sich in einer Zwangslage befindet, daß das, was das Gesetz fordert, zur Verteidigung absolut notwendig ist, dann wären wir dem Grundgedanken des Gesetzes nicht nähergetreten. Diesen großen Gesichtspunkt hat aber der Staatssekretär bei der Vorlage wiederholt und insbesondere bei der Beratung über § 17 allzu sehr außer Acht gelassen. (Zustimmung links.) Für uns handelt es sich hier um eine entscheidende Bestimmung des ganzen Gesetzes. Wird dieser Paragraph vom Bundesrat nicht angenommen, dann ist das Gesetz für uns unannehmbar. Wir nehmen an, daß es sich bei dem Ausschuß auch nicht nur um einen Beirat handelt, sondern, daß der Ausschuß an der Verwaltungsarbeit des Kriegsamtes teilnehmen wird.

Staatssekretär Dr. **Helfferich:** Wenn der Bundesrat diese Vorschrift des § 17 annimmt, so wird er sie selbstverständlich loyal ausführen. Hoffentlich genügt diese Erklärung dem Vorredner. (Abg. Ebert nickt zustimmend.)

Abg. **Ledebour** (Soz. Arb.): Ob man ein Gesetz für unannehmbar erklärt oder sagt, sein Zustandekommen würde gefährdet werden, ist dasselbe. Wer das nicht einsieht, paßt nicht für sein Amt, wenn es sich um einen leitenden Staatsmann handelt. (Unruhe. — Präsident Dr. Kaempf rügt diesen Ausdruck.) Ueber die Qualität eines Ministers für sein Amt zu urteilen, ist ein Recht des Parlaments. Wenn Dr. Helfferich wirklich nur seiner Ansicht über die Situation hat Ausdruck geben wollen, dann hat er mit seiner Erklärung das Haus gebluffft und einige von Ihnen haben sich bluffen lassen. (Heiterkeit.) Ohne diesen Bluff wäre der Antrag zu den Eisenbahnbetrieben angenommen worden.

Der Antrag Ledebour wird abgelehnt und § 17 unverändert angenommen.

Nach § 18 tritt das ganze Gesetz spätestens einen Monat nach Friedensschluß mit den europäischen Großmächten außer Kraft.

Abg. **Keil** (Soz.) beantragt, das Gesetz am 1. Juli 1917 außer Kraft treten zu lassen, falls der Reichstag nicht ein früheres Inkrafttreten beschließt.

Abg. **Ledebour** (Soz. Arb.): Das Gesetz muß mit Friedensschluß automatisch außer Kraft treten.

§ 18 bleibt unverändert.

Damit ist die dritte Lesung erledigt. Es folgt

die Gesamtabstimmung.

Die Abstimmung ist namentlich. Gegen das Gesetz stimmen nur die Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Einige Mitglieder der alten sozialdemokratischen Fraktion enthalten sich der Stimme. Das Gesetz wird mit 235 gegen 19 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen unter lebhaftem Beifall angenommen.

Präsident Dr. Kaempf: M. H., der Beifall, mit dem Sie die soeben erfolgte Annahme des Gesetzentwurfes begrüßt haben, ist im vollsten Maße berechtigt. Kaum jemals seit Bestehen des Reichstages ist ein Gesetzentwurf von so tief einschneidender Bedeutung vorgelegt worden. Mit der Erhabenheit der Pflichten, die das deutsche Volk fest entschlossen auf sich nimmt, bekundet es den festen Willen, sucht weiterhin dem Feinde einen vernehmbaren Ausdruck der deutschen Entschlossenheit zu geben. In diesem uns aufgezwungenen Kampfe werden wir unseren Feinden erfolgreich die Spitze bieten, bis das Ziel des Krieges erreicht ist, nämlich die ungehinderte Entwicklung der geistigen und wirtschaftlichen Kräfte unseres Volkes und unserer Verbündeten gesichert ist. Gott schütze Kaiser und Reich, Gott schütze unser ruhmreiches Volksheer, Gott schütze Volk und Vaterland. (Stürmischer Beifall.)

Der Dank der Regierung.

Staatssekretär Dr. **Helfferich:** Sie haben mit Ihrer Abstimmung, soweit dieses Haus in Betracht kommt, das große Werk vollendet. Der Gesetzentwurf, wie er aus Ihren Beratungen hervorgegangen ist, wird dem Bundesrat vorgelegt werden. Jetzt aber glaube ich mich schon für ermächtigt halten zu dürfen, Ihnen seitens der verbündeten Regierungen den wärmsten Dank auszusprechen für die treue, hingebungsvolle, angestrengte Mitarbeit bei der Ausgestaltung dieses Gesetzes. Was Sie bei der Ausgestaltung dieses Gesetzes geleistet haben in Tag und Nacht dauernden Sitzungen in der Kommission und im Plenum, das geht fast über menschliche Kraft hinaus, wenn nicht der Gedanke an unsere im Felde stehenden Brüder uns zu jeder Anstrengung befähigen müßte. Der Dank hierfür steht in den Herzen unserer Truppen draußen geschrieben. Die verbündeten Regierungen werden das Gesetz durchführen im Geiste der Gemeinschaftsarbeit. Die verbündeten Regierungen wissen, daß die Paragraphen dieses Gesetzes nur durch die freudige und bereitwillige Mitarbeit des ganzen Volkes in allen seinen Schichten und Klassen zur lebendigen Wirkung geführt werden können. Möchten alle Erwartungen, die wir in bezug auf dieses Gesetz hegen, sich in vollem Maße erfüllen für unsere Feldarmee und für unsere Heimatarmee, für das gesamte deutsche Volk und unser geliebtes Vaterland. (Lebh. Beifall.)

General **Gröner:** Als Leiter des Kriegsamtes spreche ich Ihnen meinen allerwärmsten Dank aus. Das Kriegsamt wird

7./12. 1916

möglichung der Abtragung der Darlehen aus den Erträgnissen der Volkswirtschaft im Laufe der Jahre.

Im Zusammenhang mit diesen grundsätzlichen Darlegungen wird gefordert: Vermögensbesteuerung in voller Höhe der Kriegsgewinne. Allgemein ist der Vermögenszuwachs über den Stand des 1. Januar 1914 mit einer progressiven Vermögenssteuer zu erfassen.

Ueber die Fortsteuerung der reinen Kriegsgewinne hinaus und außer der Besteuerung des allgemeinen Vermögenszuwachses seit Kriegsbeginn sind Vermögensabgaben nicht zu erheben, da sie die Produktivität der Gesamtwirtschaft schädigen.

Die Einkommensteuer darf nicht bloß nach der Höhe der Einkommen, sondern sie muß auch nach den Einkommensquellen und den sonstigen Lebensumständen der Zensiten gestaffelt und progressiv gestaltet werden. Berücksichtigung der Kinderzahl und des Dienstaufwandes. Die Einkommen aus dem Dienst- und Arbeitsverhältnis sind am niedrigsten, die Einkommen aus Kapitalrenten am höchsten zu erfassen. Freilassung eines angemessenen anzusetzenden Existenzminimums in gleicher Höhe für alle Einkommensstufen.

Die Erbschaftssteuer ist unter grundsätzlicher Anerkennung des Erbrechts auch für den Erbanfall an Kinder und Eltern zu erheben und im Verhältnis der Entfernung der Verwandtschaftsgrade stark zu staffeln. Fortsteuerung des ganzen Erbanfalls an entfernte Verwandte. Die Höhe der Steuersätze muß sowohl die Größe der Hinterlassenschaft als die Zahl und das bereits vorhandene Vermögen der einzelnen Erben und deren Lebensumstände berücksichtigen. Eintritt des Staates als Miterbe bei geringer Kinderzahl.

Vollständige Neuordnung des Veranlagungswesens, insbesondere überall in Land und Stadt hauptamtliche Vorsitzende der Veranlagungskommissionen, die mit besonderen Rechten ausgestattet werden müssen.

Die Höhe der Steuersätze der direkten Besteuerung erfordert, daß die Tragfähigkeit der einzelnen Schultern von einer Zentralstelle im Reich und nur durch diese abgeschätzt wird. Die verwaltungsmäßigen Unterorganisationen des Reiches (Bundesstaaten und Gemeinden) dürfen nicht mehr durch selbständig veranlagte direkte Steuern oder durch Zuschläge zuden vom Reich veranschlagten Steuern die Belastung der Bewohner der einzelnen Teile des Reiches verschiedenartig und ungerecht gestalten. Daher: einheitliche Einschätzung und Steuererhebung für Rechnung des Reiches und Zuteilung von Steueranteilen an die Unterorganisationen durch das Reich nach den Bestimmungen des Reichsparlaments.

Reform des indirekten Abgabewesens. Die Erhebung von Abgaben auf Gegenstände des Massenverbrauchs ist in Anbetracht der Finanzlage des Reiches unerläßlich. Es muß aber in stärkerem Maße als bisher ein Gegengewicht gegen die Belastung des Massenkonsums durch die Besteuerung von Luxusartikeln in weitestem Umfange geschaffen werden. Luxussteuern sind nicht an sich wenig ertragreich, sondern nur durch die bisherig viel zu eng begrenzten Bestimmungen des Begriffes der Luxuswaren. Die moderne Luxussteuer muß zur Aufwandsteuer ausgebaut werden.

Die aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen gebotene Sozialisierung solcher Erwerbszweige, die sozialisierungsreif sind, wird von selbst dazu führen, einen großen Teil der indirekten Abgaben in der Form der Monopole dem Staat zuzuführen. Als Finanzmonopole kommen in erster Reihe in Betracht: Kohlenmonopol (Verstaatlichung des Kohlensyndikats), Spiritus-, Salz-, Zündholzmonopol, Verstaatlichung der Erzeugung elektrischer Kraft, Tabakmonopol (unter Berücksichtigung vernünftiger Sozialisierungsgrundsätze, Erhaltung der Privatinitiative zur Erhaltung des Anreizes der Verbesserung der Technik), Stickstoffmonopol, Petroleumhandelsmonopol. Es muß auch in Erwägung gezogen werden, ein in kaufmännischen Formen verwaltetes und vom Reich geleitetes Monopol für den Getreidehandel zu schaffen.

H. Agrarpolitik.

Für die Landwirtschaft gilt in noch höherem Maße als für die Industrie die Notwendigkeit verstärkter Produktivität im Interesse der Allgemeinheit. Der Landwirt ist zur Bestellung verpflichtet. Der Ertrag seines Grund und Bodens kommt der Nation zugute. Deshalb ist es auch im Interesse der Allgemeinheit, dem Landwirt einen angemessenen Gewinn zu sichern. Höhe und Art der landwirtschaftlichen Zölle kann lediglich vom Interesse der Produktivität bestimmt werden. Der Schutz der Landwirtschaft gegen die ausländische Produktion endet da, wo sie die Weiterentwicklung der Intensität der landwirtschaftlichen Bebauungsmethode hindert.

Angemessenes Verhältnis zwischen Groß-, Mittel- und Kleingrundbesitz. Die Betriebsgröße wird durch den Produktionszweck bestimmt. Bereitstellung von Boden für Landarbeiter und Bauern. Planmäßige innere Kolonisation. Vorsichtige Auflösung von Fideikommissen.

Pflege des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens: Kreditgenossenschaften, Absatzgenossenschaften, Molkereigenossenschaften, Viehverwertungsgesellschaften, Herstellung von organischen Verbindungen zwischen Produktionsgenossenschaften und städtischen Versorgungsgenossenschaften im Anschluß an die Konsumgenossenschaftsbewegung.

Regelung der Landarbeiterverhältnisse sowohl im Interesse der landwirtschaftlichen Produktion, als auch zur Wahrung der staatsbürgerlichen und sozialen Rechte der Landarbeiter.

(Weitere Programmsätze — Arbeiterpolitik, Beamtenpolitik, Rechtspflege und Gesundheitswesen — folgen.)

Konzerte.

Die Spannkraft Arthur Nikisch's, seine fast jugendliche Frische, die wir immer wieder bewundern, bewährten sich glänzend in einer wahrhaft glänzenden Aufführung der gewaltigen achten Sinfonie von Anton Bruckner. Nikisch kommt dem Werke als hochkultivierter Musiker bei, und er versteht es, dem Hörer eine starke Ueberzeugung von seiner Liebe zur Sache beizubringen, indem er die Ueberfülle der unerhört schönen Einzelzüge, die manchmal wie Klänge aus einer anderen Welt an unsere Ohren schlagen, in unsere Herzen dringen, mit zarter Hand liebkost, ohne uns gerade im höchsten Sinne das zu bescheren, was die Bruckner-Kenner und -Verehrer als den vollendeten Brucknerstil erkennen. Hier und da unterläuft ihm eine leichte Nervosität, die ihn vorwärts drängt, wo behaglichstes Verweilen geboten wäre, unterläuft ihm eine leichte Verlegenheit, aus der Feinhörige nachweisen können, daß sich seine Liebe noch mit einer in seinem Innersten nicht gänzlich überwundenen Fremdheit mischt. Das Adagio freilich kann eine schönere, innigere Wiedergabe kaum erfahren...

Emmi Leisner war die Solistin des vierten Philharmonischen Konzerts. Sie sang die fünf Gesänge von Richard Wagner in einer neuen Instrumentierung von Georg Vollerthun, ohne daß sie es vermochte, sich und die Gesänge in ein besonders günstiges Licht zu rücken. Das lag zum Teil an den Gesängen, die, hintereinander gesungen, ein wenig monton wirken, zum Teil an der Monotonie ihres Vortrages. Die Instrumentierung verrät viel Sinn für einen satten, bei aller Sattheit zarten Klang, aber sie bringt zu wenig Abwechslung, zu wenig Kontraste in den Farben. Robert Schumanns „Genoveva"-Ouvertüre, prachtvoll gespielt, stand am Anfang, während das rauschende „Meistersinger"-Vorspiel den Schluß bildete. Die Philharmonie war ausverkauft, ein Beweis dafür, daß uns Deutschen die Lust am Musik-Hören und -Genießen durch kein noch so schweres Erleben ausgetrieben werden kann....

Hermann Jadlowker feierte seine gewohnten Triumphe in der Philharmonie. Arien und Gesänge in buntem Wechsel gaben ihm reiche Gelegenheit, die oft charakterisierte Eigenart seiner Stimme und seiner Stimmbehandlung zu zeigen. Er ist ein Sänger, den man trotz aller Einwände, die man gegen ihn erheben könnte, als künstlerisches Vollblut gelten lassen muß....

Auf die beiden Kammermusik-Vereinigungen Schnabel-Flesch-Becker und das Klingler-Quartett können wir Berliner stolz sein. Das Klingler-Quartett gab seinen ersten

Die deutschen Parteien und Dr. v. Koerber.

Das Organ der deutschböhmischen Abgeordneten, die „Deutschböhm. Korr.", schreibt:

In den letzten Tagen ist wiederholt gemeldet worden, daß innerhalb der deutschnationalen Abgeordneten eine große Verstimmung gegen das Kabinett Koerber Platz gegriffen habe, die möglicherweise zu einer Frontänderung der dem Deutschen Nationalverband angehörigen Parteien führen könne. Der wahre Sachverhalt ist folgender:

Von seiten der deutschnationalen Abgeordneten wurde immer die Ansicht vertreten, daß einer Tagung des Abgeordnetenhauses die Herstellung der Neuordnung der Dinge in Böhmen auf außerparlamentarischem Wege vorangehen müsse. Diese Auffassung hat auch der frühere Ministerpräsident geteilt, und Graf Stürgkh hatte führenden deutschböhmischen Abgeordneten, die kurz vor seinem tragischen Ende bei ihm vorsprachen, in ganz bestimmter Form mitgeteilt, daß er die Neuordnung der Dinge in Böhmen (Festlegung der deutschen Staatssprache, Kreiseinteilung usw.) auf außerparlamentarischem Wege, und zwar auf alle Fälle noch — wie er sich ausdrückte — „vor der Rückkehr in die Friedensarbeit" durchführen werde. Als Dr. v. Koerber die Leitung der Regierung übernahm, gingen den deutschen Abgeordneten Informationen nach der Richtung zu, daß Dr. v. Koerber wohl die Festlegung der deutschen Staatssprache auf außerparlamentarischem Wege durchzuführen gedenke, daß er aber in den andern Belangen ein Einvernehmen von Volk zu Volk suchen und dabei auf die Mitarbeit der gewählten Abgeordneten reflektieren werde. Schon damals wurden von seiten der deutschböhmischen Abgeordneten Bedenken erhoben, immerhin glaubte man, mit der Festlegung der deutschen Staatssprache noch vor dem Zusammentritt des Parlaments sicher rechnen zu können. Inzwischen aber haben sich die Ereignisse überstürzt und der Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses wurde in die nächste Nähe gerückt; trotzdem erwarteten die deutschen Abgeordneten, daß sich in bezug auf die Behandlung der deutschen Staatssprache gegenüber den früheren Absichten der Regierung, soweit man von ihnen unterrichtet zu sein glaubte, keine Aenderung ergeben werde.

In der letzten Klubsitzung der deutschradikalen Partei erstattete nun Abg. Heine einen Bericht über Mitteilungen, die ihm von Leitungsmitgliedern der deutschen Arbeiterpartei, welche vor kurzer Zeit eine längere Besprechung mit Dr. v. Koerber hatten, zugegangen waren. In dieser Konferenz betonte Dr. v. Koerber, daß er ganz auf dem Boden der Verfassung stehe und daß es daher für ihn keine Frage gebe, bei deren Lösung das Parlament von vornherein ausgeschaltet werden dürfe. Dies gelte ebenso für die Durchführung der Sonderstellung Galiziens wie auch für die großen nationalpolitischen Fragen, welche die Neuordnung der Dinge im Staate betreffen. Aus diesem Grunde beabsichtige er, weder in dieser noch in jener Frage auf die Mitwirkung des Parlaments zu verzichten, sondern werde er vielmehr dem Parlament die Aufgabe zuweisen, die großen politischen Probleme der Zeit aus eigenem zu lösen. Dr. v. Koerber deutete an, daß er erst, wenn die Unfähigkeit des Parlaments sich erwiesen hätte, zu andern Maßnahmen greifen würde. In der Klubsitzung der deutschradikalen Partei wie überhaupt in deutschnationalen Abgeordnetenkreisen wird nun darauf verwiesen, daß diese Lösung dieser Fragen auf parlamentarischem Wege, was übrigens der Regierung bekannt sein könne, so gut wie unmöglich sei und daher zum letzten Ende die Sachlage darauf hinauslaufen würde, daß die berechtigten Forderungen der Deutschen in Oesterreich, deren Notwendigkeit nachgeradezu eine historische Wahrheit geworden sei, wiederum auf die lange Bank geschoben werden, wenn nicht gar unerfüllt bleiben solle.

In der gestrigen Klubsitzung der deutschradikalen Partei wurde die Frage aufgeworfen, welche Anträge im Hinblick auf die geschilderte Sachlage in der nächsten Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes zu stellen und was zu geschehen habe, um ein einmütiges Vorgehen der Gesamtheit der deutschnationalen Abgeordneten sicherzustellen.

* * *

Zur gestrigen Klubsitzung der deutschradikalen Partei meldet die „Deutschböhmische Korrespondenz": Die große Mißstimmung der deutschradikalen Abgeordneten gegen Dr. v. Koerber hat vor allem ihre Ursache darin, daß Dr. v. Koerber in der Konferenz mit den Leitungsmitgliedern der deutschen Arbeiterpartei sich scharf gegen die Sonderstellung Galiziens aussprach und geradezu der Hoffnung Ausdruck gab, daß diese Neugestaltung durch das Parlament verhindert werde. Wie sehr sich Dr. von Koerber mit seinen Anschauungen in Widerspruch mit den Mitgliedern der deutschradikalen Partei gesetzt hat, geht daraus hervor, daß die deutschradikalen Abgeordneten, wie von führender Stelle der Partei betont wird, in der Sonderstellung Galiziens in Verbindung mit dem Ausscheiden der galizischen Abgeordneten aus dem Parlament den Angelpunkt der von den Deutschen in Oesterreich zu erstrebenden Neuordnung im Staate erblicken und daß ohne diese Voraussetzung nichts von alledem, was sonst unter dem Schlagworte Neuordnung der Dinge im Staate verstanden wird, durchführbar wäre oder, falls es durchgeführt würde, nicht von Dauer sein könnte. Die deutschradikalen Abgeordneten haben die Ueberzeugung, daß sie in dieser Frage nicht allein stehen und daß sie die Unterstützung aller wirklich deutschgesinnten Abgeordneten finden werden, da es sich nicht um eine deutschradikale Parteiangelegenheit, sondern um eine die Gesamtheit der deutschen Abgeordneten berührende Frage handelt. Die Deutschradikalen lehnen die Verantwortung für den ungeheuren Wirrwarr und für die katastrophalen Folgen ab, die sich daraus ergeben müßten, wenn die leitenden Männer aus den Lehren des Krieges nicht die richtigen Folgerungen zu ziehen imstande wären.

Neues Wiener Tagblatt Abendblatt 100
7./XI. 1916

Die deutsche Arbeiterpartei und das Ministerium.

Die „Parlamentskorrespondenz" schreibt:

Von einer Seite wurde unter anderm berichtet, daß Abgeordneter Knirsch in der letzten Zeit beim Ministerpräsidenten Doktor v. Koerber vorgesprochen hätte, und des weiteren wurden aus dieser angeblichen Vorsprache Folgerungen gezogen, die, wie uns Abg. Knirsch mitteilt, den Tatsachen durchaus nicht entsprechen.

Abg. Knirsch, der bekanntlich Kriegsdienst leistet und der heute, auf einer Urlaubsreise befindlich, in Wien weilte, äußerte sich uns gegenüber unter anderm, daß die Mitteilungen, die über eine angebliche Vorsprache beim Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber gemacht worden sind, und die Forderungen, die daran geknüpft wurden, unzutreffend seien, schon aus dem Grund, weil er als Soldat während der Zeit der Kriegsdienstleistung an keinerlei Vorsprachen von Abgeordneten bei der Regierung teilgenommen habe. Soweit er aber — so ermächtigt uns Abg. Knirsch mitzuteilen — seitens seiner Parteigenossen informiert sei, ist zu einer Aenderung in der Haltung der deutschen Arbeiterpartei der Regierung gegenüber, welche Haltung bekanntlich mit der des Deutschen Nationalverbandes übereinstimmt, kein Anlaß vorhanden.

Diese Mitteilung des Abgeordneten Knirsch stimmt mit dem Inhalte des Communiqués überein, das uns seinerzeit über die Vorsprache beim Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber seitens der Leitung der deutschen Arbeiterpartei zur Veröffentlichung übermittelt wurde und worin es unter anderm heißt: „Ministerpräsident Dr. v. Koerber ging auf alle Fragen auf das entgegenkommendste ein und betonte, daß es vor allem Aufgabe des Parlaments wäre, all dies einer

Arbeiterzeitung

10./XII. 1916

109

„Von vornherein ausschalten."

Der Kaiser leistet beim Antritt der Regierung das eidliche Gelöbnis: die Grundgesetze unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit denselben und den allgemeinen Gesetzen zu regieren. Kaiser Karl, „eingedenk seiner verfassungsmäßigen Obliegenheit", gewärtigt von der Regierung Anträge, die die Erfüllung dieser Bestimmung zum Inhalt haben . . . Der Kaiser soll also, will und wird eidlich geloben, die Staatsgrundgesetze unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit ihnen zu regieren. Und die Herren Deutschradikalen verlangen, daß die Grundgesetze gebrochen und im Gegensatz zu ihnen regiert werde! Noch mehr, sie bilden sich ein, daß dies möglich sei, daß sich der Monarch, der die Regierung gerade angetreten, der soeben eidlich gelobt hat, die Grundgesetze unverbrüchlich zu halten, über all das hinwegsetzen könnte und hinwegsetzen würde, wenn es ihm seine Regierung nur riete! Kaiser Karl gelobt eidlich, die Grundgesetze unverbrüchlich zu halten. Aber Karl Wolf schwört, daß es ein Verbrechen wäre, dieses eidliche Gelöbnis zu halten. Alle Achtung vor der monarchischen Gesinnung, die in der Zumutung der Herren Deutschradikalen bezeugt wird!

Und wie steht es um die Minister? Sie beeiden doch auch! „Die Minister sind für die Verfassungsmäßigkeit und Gesetzmäßigkeit der in die Sphäre ihrer Amtswirksamkeit fallenden Regierungsakte verantwortlich", „alle Organe der Staatsverwaltung haben in ihrem Diensteid auch die unverbrüchliche Beobachtung der Staatsgrundgesetze zu beschwören". Der Kaiser schwört, die Minister schwören, und wer nun glaubt, daß die Eide binden sollen, der wird ein Narr gescholten! Hat doch auch das fromm-christliche Blatt zornig ausgeschrien, was für eine Schweinerei da wieder im Zuge sei, weil nämlich der Koerber gesagt haben soll, er wolle sich an die Staatsgrundgesetze halten! Wir als Sozialdemokraten sind starr über die Frivolität, mit der diese Patentchristen über die Heiligkeit von Eiden reden . . .

Der Koerber hat ein großes Verbrechen begangen. Welches? Hören wir also die Ankläger: „Dr. v. Koerber betonte, daß er auf dem Boden der Verfassung stehe und daß es daher für ihn keine Frage gebe, bei deren Lösung das Parlament von vornherein ausgeschaltet werden dürfe. Dr. v. Koerber deutete an, daß er erst dann, wenn sich die Unfähigkeit des Parlaments erwiesen hätte, zu anderen Maßnahmen greifen würde. . ." Herr v. Koerber ist beileibe kein Tugendbold und Kostverächter, er verschwört es nicht, daß er auch „zu anderen Maßnahmen" greifen wird. Nur will er es erst mit dem Parlament sozusagen probieren, nur will er sich nicht entschließen, das Parlament von vornherein auszuschalten. Und **das** ist nun das Verbrechen! Gewiß, wir haben eine Verfassung und es ist als ein „beständiges und unwiderrufliches Staatsgrundgesetz" verkündet, „daß das Recht, Gesetze zu geben, abzuändern und aufzuheben, nur unter Mitwirkung des gesetzlich versammelten Reichsrates ausgeübt wird". Der Kaiser leistet das eidliche Gelöbnis, dieses Staatsgrundgesetz unverbrüchlich zu halten. Der Minister beschwört die unverbrüchliche Beobachtung der Staatsgrundgesetze. Aber ein Ministerpräsident, der sich nicht verpflichten will, von vornherein das Parlament auszuschalten — **von vornherein!** —, der ist ein Staatsverbrecher. Das fromm-christliche Blatt sagt, daß die Behauptung, Koerber habe sich nicht verpflichten wollen, das Parlament von vornherein auszuschalten, eine „schwere Beschuldigung" gegen ihn sei! Eine schwere Beschuldigung ist es, wenn jemandem nachgesagt wird, er wolle Eid und Gesetz **halten**! Höher geht's nimmer! Es fehlte nur noch, daß gegen die Regierung, die sich nicht verpflichten will, das Parlament von vornherein auszuschalten, die Anklage — vor dem Staatsgerichtshof erhoben würde! Denn offensichtlich wird in diesen Anklagen die Beobachtung der Staatsgrundgesetze, überhaupt die Achtung vor Gesetz und Recht als — Staatsverrat hingestellt!

Wo in der ganzen Welt wäre das möglich! Wenn der Staatsbürger das Gesetz verletzt, wird er bestraft und eingesperrt. Und hier wird von Staatsgrundgesetzen so geredet, als ob ihre Beobachtung eine Torheit wäre, ein Narrenstreich, ein Verbrechen! **Staatsgrundgesetze** heißen sie, aber dieser stolze Name bedeutet eben, daß sie, allein, nicht gehalten werden müssen; und folgerichtig sollte die Staatslehre in ihre Theorie die Erklärung aufnehmen: Staatsgrundgesetze sind in Oesterreich jene Gesetze, die man nicht hält, nicht halten soll, nicht halten darf, zu deren Verletzung öffentlich aufgefordert werden kann und deren Verletzung als höchste Staatsklugheit gepriesen werden muß. Durch den ganzen Krieg hindurch hat man über den mangelnden gesetzlichen Sinn der Bevölkerung geklagt. Aber wie soll der Staatsbürger zu dem Respekt vor den Gesetzen kommen, wenn so in aller Gemütsruhe von der Mißachtung und Verletzung der Staatsgrundgesetze gesprochen wird? Wie soll der **Staatsbürger** die Gesetze achten, wenn man den **Ministern** die Verachtung der Staatsgrundgesetze zur Pflicht macht? Und wie anspruchsvoll die Verherrlicher des Verfassungsbruches sind! Es genügt ihnen nicht, daß man sich zu ihm bekennt, wenn das Parlament „versagt"; nein, der Schwur auf den Verfassungsbruch muß vor allem Regieren da sein! Die Verpflichtung, den Reichsrat von vornherein auszuschalten, als **Regierungsprogramm**, als Regierungsprogramm in einem Staate, in dem man Staatsgrundgesetze hat und ihre unverbrüchliche Beobachtung beschwört: weiß Gott, das kann man doch nur in Oesterreich erleben!

Eine feine Sache ist dabei der Jargon, den sie sich zugelegt haben. Was Verfassung, was Staatsgrundgesetz, was eidliches Gelöbnis, was Ministerverantwortlichkeit! Sie nennen das Ding ganz einfach „außerparlamentarischen Weg" und die Gewissen, die ja nie übermäßig laut waren, sind auch schon beruhigt. Wer von der Würde der Staatsbürger redet, die es in unserer Zeit erfordere, daß die Staatsbürger durch ihre Vertreter bei der Entscheidung über ihre Geschicke mitwirken und mitbestimmen, der ist ein Phantast; es lebe der Absolutismus, und er lebe auch, wenn der Monarch und die verantwortliche Regierung ihn ablehnen! Die Ironie der österreichischen Verfassungsmäßigkeit ist nun vollendet. Der Kaiser wünscht das eidliche Gelöbnis zu leisten, die Grundgesetze unverbrüchlich zu halten. Nein, ruft man ihm zu, erst muß der „außerparlamentarische Weg" durchschritten werden. Die Regierung will es — viel ist es wirklich nicht — mit dem Parlament „noch einmal" riskieren. Nein, schreit man sie an, das darfst du nicht, du mußt das Parlament von vornherein ausschalten . . . Was soll man dazu sagen?

Das Schönste ist nun, daß sie gleichzeitig die Krönung in Ungarn bestaunen, anrühmen und ihre Nacheiferung verlangen. Was ist aber die Krönung in Ungarn? Sie ist die Besiegelung des Gelöbnisses des Herrschers, das also anhebt: „Heilig und unverletzt werden wir halten Ungarns und seiner Nebenländer Rechte, Verfassung, gesetzliche Unabhängigkeit, Freiheit und territoriale Integrität. Heilig und streng werden wir befolgen und kraft unserer königlichen Gewalt auch befolgen lassen Ungarns und seiner Nebenländer gesetzlich bestehende Freiheiten, Privilegien, gesetzmäßige Gewohnheitsrechte und die bisher reichstäglich geschaffenen und sanktionierten Gesetze sowie die in der Folge reichstäglich zu schaffenden und von uns zu sanktionierenden Gesetze in allen ihren Punkten, Artikeln und Klauseln genau so, wie deren Sinn und Uebung durch gemeinsames Einverständnis des Königs und des Reichstages festgestellt werden wird." Das, und nichts anderes, ist der Sinn der ungarischen Krönung. Ist das der Sinn des „außerparlamentarischen Weges"? Aber freilich, sie sind begeistert für die unversehrte, nicht bestrittene und nicht bestreitbare Macht des ungarischen Parlaments, des Reichstages, aber was ihr Parlament anlangt, den Reichsrat, so fordern sie anderes: nämlich, daß er von vornherein ausgeschaltet wird! Von **vornherein**: das Wort wird nicht vergessen werden!

Und man betrachte zum Schluß auch diese Parteien, die ihre gesamte Politik darauf einstellen, daß Graf Stürgkh einigen bei ihm einmal erschienenen Abgeordneten „bestimmte Zusicherungen" gegeben habe. Es ist nun vor allem bemerkenswert, daß zwei Parteien voll des Vertrauens in den Grafen Stürgkh waren: die Deutschradikalen und die Tschechen. Die Deutschradikalen waren überzeugt, daß er den Reichsrat nur deshalb nicht einberufe, weil er vorher die

Pester Lloyd
11./XII. 1916
116

Berlin, 11. Dezember.

Der Vorwärts berichtet:

Der Reichskanzler und der Staatssekretär Zimmermann haben die Fraktionsführer für Dienstag 9 Uhr vormittags zu einer Besprechung eingeladen. Die Plenarsitzung des Reichstages beginnt bekanntlich um 1 Uhr nachmittags.

Der neue bayrische Kriegsminister.

München, 11. Dezember.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich:

Der König hat den Generalleutnant und Kommandeur der Kavalleriedivision Philipp von Hellingrath zum Staatsrat im ordentlichen Dienste und zum Kriegsminister ernannt.

Ein ententefreundlicher spanischer Diplomat.

Madrid, 10. Dezember.

(Funkspruch.) Der frühere Unterstaatssekretär Gonzas Hontor, dessen im Imparcial publizierten ententefreundlichen diplomatischen Aperçus berechtigtes Aufsehen erregten, hat seine journalistische Tätigkeit eingestellt.

Der Thronwechsel.

Audienzen und Empfänge.

Wien, 11. Dezember.

Se. Majestät empfing vormittags das Präsidium der Staatsschuldenkontrollkommission des Reichsrates, bestehend aus dem Präsidenten Freiherrn v. Czedik und dem Vizepräsidenten Dr. Freiherrn v. Fuchs, in der Hofburg in besonderer Audienz.

Wien, 11. Dezember.

Ihre Majestäten empfingen heute vormittag eine Huldigungsdeputation der evangelischen Kirche Oesterreichs unter Führung des Präsidenten des k. k. evangelischen Oberkirchenrates Sektionschef Dr. Haase in Audienz.

Mittags empfingen Ihre Majestäten die Huldigung der Judenschaft Oesterreichs. Der Deputation gehörten an die Vertreter der Kultusgemeinden von Wien, Prag, Brünn, Lemberg, Krakau, Linz, Graz, Czernowitz, Triest, Nilsen, Mährisch-Ostrau, Salzburg

Kriegstagung des Reichstages.

Budapest, 11. Dezember.

Mit Kundgebungen der Freude und der Begeisterung nahm das Abgeordnetenhaus heute die Verlesung einer Depesche entgegen, in der König Karl IV. in Worten der Anerkennung und der festen Zuversicht für die Begrüßung dankt, mit der das Haus den Sieg von Bukarest feierte. Dann berichtete Abgeordneter Roland Hegedüs über den Gesetzentwurf betreffend das Budgetprovisorium. Sein Referat, eine kühle, sachliche, logisch stahlfest geschlossene Darlegung des Staatsbedarfes und seiner Bedeckung, die sich in gerader Linie an den rechnerischen Verstand wendet, zeigte so recht, wie schwer ersetzbar Roland Hegedüs auf dem Posten des Berichterstatters gewesen wäre, von dem ihn das glücklich unbewahrheitete Gerücht vor kurzem scheiden sah. Zum Gemüt sprachen seine Ausführungen, als er die Budgetpolitik der Lebensepoche Franz Josefs in großen, schönen Zügen würdigte und in ihr die aufsteigende, durchaus günstige Linie unseres Wirtschaftslebens kennzeichnete.

Sein Bericht fand laute Zustimmung im Hause.

In der Debatte ergriff als erster Redner Akusius Bizony das Wort. Er gab eine Budgetrede, die nicht eine Kritik der Zahlen, sondern eine Kritik der Regierungspolitik bot. Auch so ist es nicht ganz gut gesagt, denn Abgeordneter Bizony erklärte selbst, daß seine Partei das Budgetprovisorium trotz der Kriegszeit ablehnen müsse, nicht weil die Parteigegensätze so tief wären, daß sie diese Kundgebung des Mißtrauens motivieren könnten, sondern weil die persönlichen Gegensätze zugespitzt sind. Er verwies darauf, daß Ministerpräsident Graf Stefan Tißa die Ursache dieser persönlichen Gegensätze bilde, daß dessen Vergangenheit und seine starre Ablehnung des Konzentrationsgedankens die Gegensätze vertiefe, und daß die Partei Zweifel hegen müsse, ob Graf Stefan Tißa der geeignete Hüter der Harmonie sein könne, die heute zwischen der Nation und ihrem neuen König besteht.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa war während der Dauer dieser Rede im Saale nicht anwesend. Auch der nächste Redner, Abgeordneter Gabriel Ugron, der in einer oft fehlgreifenden, nicht immer gerechten Rede die siebenbürgischen Ereignisse, die Verantwortlichkeit der Regierung und die Hilfspflicht der Nation erörterte, sprach in Abwesenheit des Kabinettschefs, obgleich seine Ausführungen vielfach gegen diesen gerichtet waren. Unter wachsender Teilnahmslosigkeit des stark verödeten Hauses sprach dann Abgeordneter Johann Molnár für die Volkspartei. Auch er richtete seine Ausführungen gegen den Ministerpräsidenten, indem er namentlich der längst verflossenen Kämpfe um die Geschäftsordnungsreform gedachte, die düstersten Bilder dieser Vergangenheitsgeschichte der Reihe nach hervorholte, sämtlich abstaubte und die grellen Farben mit scharfer Betonung zur Geltung brachte.

Um halb 2 Uhr erhob sich Graf Theodor Batthyány. Er schritt sofort in medias res, indem er, von Zwischenrufen lebhaft angeregt, die Krö-

Reichstages und der bulgarischen Kammer, die bereits im Wege der Presse veröffentlicht wurden, werden bekanntgegeben.

Folgt die Verhandlung des Budgetprovisoriums.

Berichterstatter **Roland Hegedüs**

weist darauf hin, daß die Regierung auch diesmal, sowie es bisher während des Krieges der Fall war, die Erhaltung der Ordnung des Staatshaushaltes durch ein Budgetprovisorium gesichert wissen will, das bis Ende Juni 1917 Geltung haben soll. Der Finanzausschuß hat wiederholt die Motive angeführt, die für den Standpunkt der Regierung sprechen. Der vorliegende Gesetzentwurf entspricht sowohl hinsichtlich der Einteilung des Kostenvoranschlages wie hinsichtlich der Ausübung des Uebertragungsrechtes und der Verwendung der für Investitionen votierten Beträge den Anforderungen der Staatsrechnungsführung wie auch dem bisherigen Brauch der Kriegszeit. Neuerungen enthalten nur die §§ 5 und 7, in denen die Regierung für die unerläßliche Vermehrung des Personalstandes eine gesetzliche Grundlage gewährleisten will. Im § 5 will die Regierung für die Ergänzung des Personals bei den Staatsbetrieben, bei der Post und Eisenbahn Sorge tragen, während die im § 7 angeführte Personalvermehrung in organischem Zusammenhang mit den in diesen Jahren votierten neuen Steuergesetzen steht. Für die Kosten des Vollzugspersonals der neuen Steuergesetze sucht der Finanzminister um die Votierung von fünf Millionen zu Lasten der Einnahmen aus der Einkommensteuer, der Vermögensteuer und der Kriegsgewinnsteuer an. Dieser Betrag entspricht den seinerzeit durch den Finanzminister angeführten Daten. Die in diesen beiden Paragraphen enthaltenen Verfügungen entspringen einer unerläßlichen Notwendigkeit und sind in jeder Hinsicht gerechtfertigt.

Der Berichterstatter beschäftigt sich sodann mit den Ausführungen des Finanzministers im Finanzausschuß. Der Finanzminister habe dort interessante und im höchsten Maße beruhigende Daten über die innere Struktur unseres Staatshaushaltes angeführt. Diese Daten beweisen, daß die innere Organisation des ungarischen Staates, das Gebälke des Staatshaushaltes so fest sind, daß es selbst die Folgen einer so riesigen Heimsuchung ohne größere Erschütterung ertragen kann. Nach diesen Angaben des Finanzministers sind die ordentlichen Einnahmen des Staates im Budgetjahre 1915/16 um 148 Millionen Kronen gegenüber dem Vorjahre gestiegen. Dies ist umso bemerkenswerter, als verschiedene Einkünfte des Staates, namentlich die Einkünfte aus den Zöllen im Weltkrieg entfallen. Wohl sind diese Mehreinnahmen teilweise auf die Erhöhung der Spiritussteuer und der Tabakpreise zurückzuführen. Allein die Mehreinnahmen aus diesen beiden Gattungen betrugen zusammen 63 Millionen Kronen, so daß noch ein sehr ansehnlicher Betrag bleibt, der für die Stabilität und Leistungsfähigkeit unseres Staatshaushaltes Zeugenschaft gibt. Auch die Staatsbahnen weisen günstige Ergebnisse auf, und zwar betragen die Mehreinnahmen 120 Millionen, so daß die gesamten Mehreinnahmen des Staates 268 Millionen Kronen erreichen. Infolgedessen können selbst die erhöhten Kriegsunterstützungen aus diesen ordentlichen Mehreinnahmen gedeckt werden. Nach dem letzten Budget beliefen sich die Einnahmen des ungarischen Staates auf 2240 Millionen; vergleichen wir diese Zahl mit den ordentlichen Einnahmen im Jahre 1868, in dem ersten Budgetjahre nach der Krönung Franz Josefs — damals betrugen die ordentlichen Einnahmen 99 Millionen Gulden, die außerordentlichen 38 Millionen Gulden —, so finden wir, daß sich während der neunundvierzigjährigen Regierung unseres verewigten Königs die Einnahmen des ungarischen Staates verneunfacht haben. Der Finanzminister hat in seinen Ausführungen im Finanzausschuß darauf hingewiesen,

Vossische Zeitung
12./XII. 1916

Die Rede des Reichskanzlers.

In der heutigen Reichstagssitzung ergriff der Reichskanzler nach Erledigung des Einlaufs das Wort zu folgenden Ausführungen:

Meine Herren! Die Hoffnung auf baldige neue günstige Ereignisse im Felde war der Grund, warum der Reichstag nicht auf längere Zeit vertagt, sondern Ihrem Präsidenten anheimgegeben wurde, den Tag der nächsten Sitzung zu bestimmen. Diese Hoffnung hat sich fast über Erwarten schnell erfüllt.

Ich werde mich kurz fassen. Rumäniens Eintritt in den Krieg sollte unsere und unserer Verbündeten Stellung im Osten aufrollen. Gleichzeitig sollte die große Offensive an der Somme unsere Westfront durchbrechen, sollten erneute italienische Anstürme Oesterreich-Ungarn lahmlegen. Die Lage war ernst. Mit Gottes Hilfe haben unsere herrlichen Truppen einen Zustand geschaffen, der uns volle und größere Sicherheit bietet als je zuvor. (Beifall.) Die Westfront steht, sie steht nicht nur, sie ist trotz des rumänischen Feldzuges mit Reserven an Menschen und Material besser ausgestattet, als es früher war.

Gegen alle italienischen Konversionen ist sehr nachdrücklich vorgesorgt, und während an der Somme und auf dem Karst das Trommelfeuer erdröhnt, während die Russen gegen unsere Ostfront in Siebenbürgen anstürmen, hat Feldmarschall Hindenburg in genialer Führung ohnegleichen und mit Truppen, die im Wetteifer mit ihren Verbündeten in Kämpfen und Marschleistungen das Unmögliche möglich gemacht haben, die Front unserer Feinde durchbrochen und die feindliche Hauptstadt genommen.

Und Hindenburg rastet nie. Die militärischen Operationen gehen weiter. Zugleich mit den Schlägen des Schwertes ist unsere wirtschaftliche Versorgung fester fundiert worden. Große Vorräte an Lebensmitteln, Getreide, Oele usw. sind in Rumänien in unsere Hände gefallen (Beifall). Trotz aller Knappheit wären wir auch mit unseren eigenen Mitteln ausgekommen, jetzt aber steht auch unsere wirtschaftliche Sicherheit außer aller Frage. (Lebhafter Beifall.)

„Und den Taten auf dem Lande reihen sich vollgültig die Heldentaten unserer Unterseeboote an (Bravorufe). Das Hungersgespenst, das unsere Feinde gegen uns aufrufen wollten, werden sie nun selbst nicht los.

Meine Herren, als nach Verlauf des ersten Kriegsjahres Se. Majestät der Kaiser sich an das deutsche Volk in einer offiziellen Kundgebung wandte, sprach er das Wort: Großes Erleben macht ehrfürchtig und fest im Herzen.

Niemals ist unser Kaiser und unser Volk anderen Sinnes gewesen. Die geniale Führung und die unerhört heldenhaften Leistungen unserer Truppen haben eherne Tatsachen geschaffen. Auch die innere Kriegsmüdigkeit war ein Trugschluß unserer Feinde. Mitten im Drange der Kämpfe da draußen hat der Reichstag in dem Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst eine neue Schutz- und Trutzwehr schaffen helfen. Hinter dem kämpfenden Heere steht das arbeitende Volk (Bravorufe). Die Riesenkräfte der ganzen Nation sind wirksam für das eine gemeinsame Ziel; nicht eine belagerte Festung finden unsere Feinde, wie sie sich dachten, aber ein ganz gewaltiges, festgeordnetes Heerlager mit unerschöpften Hilfsmitteln, das ist das Deutsche Reich, das treu und fest verbündet bleibt mit seinen kampferprobten Waffenbrüdern, unter österreichischen, türkischen und bulgarischen Fahnen. Unbeirrt um die Reden unserer Feinde, die uns bald Welteroberungspläne, bald verzweifelte Angstrufe nach Frieden andichten, werden wir auf dem bisherigen Wege weiterschreiten, immer bereit, uns zu wehren und zu schlagen für das Dasein unseres Volkes, für seine feste und gesicherte Zukunft, aber auch bereit, um diesen Preis die Hand zum Frieden zu bieten, denn unsere Stärke macht uns nicht taub gegen unsere Verantwortung vor Gott, vor dem eigenen Volke und vor der Menschheit. (Stürmisches Bravo!) Unsere Erklärung der Friedensbereitschaft ist wiederholt von unseren Feinden mißachtet worden. Jetzt sind wir einen Schritt weiter gegangen.

Meine Herren! Nach der Verfassung lastete am 1. August 1914 auf Sr. Majestät dem Kaiser persönlich ein Entschluß so schwer, wie er noch nie von einem Deutschen gefaßt werden mußte: Der Befehl zur Mobilisierung, der uns durch die russische Mobilisierung abgerungen war. Während der langen und schweren Kriegsjahre ist Seine Majestät der Kaiser einzig von dem Gedanken erfüllt, wie dem festgefügten Deutschland nach siegreich ausgefochtenem Kampfe wieder der Friede bereitet werde. Niemand kann dies besser bezeugen als ich, der ich die Verantwortung für alle Regierungshandlungen trage. Seine Majestät der Kaiser ist nun der Ueberzeugung, daß jetzt der geeignete Zeitpunkt gekommen ist für eine offizielle Friedensaktion. Seine Majestät der Kaiser hat deshalb in vollem Einvernehmen und in Gemeinschaft mit den ihm verbündeten Herrschern den Entschluß gefaßt, den Feinden den Eintritt in Friedensverhandlungen vorzuschlagen. (Immer wieder sich erneuernder Beifall.)

Meine Herren! Ich habe heute morgen den Vertretern derjenigen Mächte, die unsere Rechte in den feindlichen Ländern wahrnehmen, also den Vertretern von Spanien, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Schweiz eine entsprechende, an unsere Feinde gerichtete Note mit der Bitte um Uebermittlung übergeben. Das gleiche geschieht heute in Wien, Konstantinopel und Sofia. Auch die übrigen Neutralen und Seine Heiligkeit der Papst werden von unseren Schritten unterrichtet. Die Note hat folgenden Wortlaut:

> Der furchtbarste Krieg den die Geschichte je gesehen hat, wütete seit beinahe 2½ Jahren in einem großen Teile der Welt. Diese Katastrophe, die das Band einer gemeinsamen tausendjährigen Zivilisation nicht hat aufhalten können, bringt die Menschheit um ihre wertvollsten Errungenschaften und droht dem geistigen und materiellen Fortschritt, der den Stolz de Beginnes des 20. Jahrhunderts bildete, in Trümmer zu legen. Deutschland und seine Verbündeten Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei haben in diesem Kampfe ihre unüberwindliche Kraft erwiesen. Sie haben über ihre an Zahl und Kriegsmaterial überlegenen Gegner gewaltige Erfolge errungen, und unerschütterlich halten ihre Linien den immer wiederholten Angriffen der Heere ihrer Feinde stand.
>
> Auch der jüngste Ansturm am Balkan ist schnell und siegreich niedergeworfen worden, und die letzten Ereignisse beweisen, daß auch eine weitere Fortdauer des Krieges ihre Widerstandskraft nicht zu brechen vermag, daß vielmehr die gesamte Lage zur Erwartung weiterer Erfolge berechtigt.
>
> Zur Verteidigung ihres Daseins und ihrer nationalen Entwicklungsfreiheit wurden die verbündeten Mächte gezwungen, zu den Waffen zu greifen. Auch die Ruhmestaten ihrer Heere haben daran nichts geändert. Stets haben sie an der Ueberzeugung festgehalten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu denen der anderen Nationen stehen. Sie gehen nicht darauf aus, ihre Gegner zu zerschmettern oder zu vernichten. Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und Wirtschaftskraft und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum Aeußersten fortzusetzen (lebhafte Zustimmung), aber gleichfalls von dem Wunsche beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten (lebhafte Zustimmung), schlagen die Vierverbündeten vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten, um dem Kampfe ein Ende zu machen. (Stürmischer Beifall.)
>
> Die Vorschläge, die ihre Vertreter zu diesen Verhandlungen mitbringen werden und die darauf gerichtet sind, Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu fördern, bilden nach ihrer Ueberzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens. Wenn trotz dieses Anerbietens zum Frieden und zur Versöhnung der Kampf fortdauern sollte, so sind die vier verbündeten Mächte entschlossen, ihn bis zum siegreichen Ende zu führen. (Stürmischer Beifall.) Sie lehnen aber feierlichst jede Verantwortung vor der Menschheit und vor Gott ab. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Im August 1914 rollten unsere Gegner die Machtfrage des Weltkrieges auf. Jetzt stellen wir die Menschheitsfrage des Friedens. (Lebhaftes Bravo.) Wie die Antwort lauten wird, warten wir mit der Ruhe ab, die uns unsere innere und äußere Kraft und unser reines Gewissen verleihen. (Stürmische Bravorufe.) Lehnen die Feinde ab, wollen sie die Weltenlast von all dem Schrecklichen, was dann noch kommen wird, auf sich nehmen, dann wird bis in die letzte Hütte hinein jedes deutsche Herz von neuem in heiligem Zorn aufflammen gegen Feinde, die um ihrer Vernichtungs- und Eroberungsabsichten willen dem Menschenmorden noch keinen Einhalt tun wollen. (Bravo rechts.)

In schicksalsschwerer Stunde haben wir einen schicksalsschweren Entschluß gefaßt. Er ist durchtränkt vom Blute von Hunderttausenden unserer Söhne und Brüder, die ihr Leben gelassen haben für ihre Heimat. Menschenwitz und Menschenhand können in diesem Völkerringen, das alle Schrecknisse irdischen Lebens, zugleich aber auch alle Größe menschlichen Mutes und menschlichen Willens in bisher ungesehener Weise enthüllt hat, nicht bis an das Letzte heranreichen. Gott wird richten! Wir wollen rechtlos und aufrecht unsere Straße ziehen, zum Kampf entschlossen, zum Frieden bereit. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.)

Pester Lloyd

13./XII. 1916

124

Kriegstagung des Reichstages.

Die Debatte über das Budgetprovisorium.

Budapest, 13. Dezember.

Vizepräsident Karl v. Száß konnte heute dem Abgeordnetenhause den Dank des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg für die ihm gewidmeten Worte der Begrüßung übermitteln. Die Generaldebatte über das Budgetprovisorium wurde bei Eingang in die Tagesordnung geschlossen und Ministerpräsident Graf Stefan Tißa ergriff das Wort. Er berührte die Haltung, die die Opposition in der Verpflegungsfrage bekundet hat. Dann betonte er die Hilfsbereitschaft des Staates gegenüber den Geschädigten der siebenbürgischen Kämpfe, verwies auf die Hilfsaktion, stellte jedoch auch ausdrücklich die Schwierigkeiten fest, die heute die Etablierung eines Entschädigungssystems verhindern, vielleicht auch noch nach dem Kriege verhindern könnten. Auch die Polenfrage fand in der Rede des Ministerpräsidenten Berücksichtigung. Graf Stefan Tißa kennzeichnete das große Wohlwollen, das dieser Frage entgegengebracht wird, hob aber auch hervor, daß Reden, die geeignet sind, in Polen Mißtrauen zu wecken oder Aspirationen, die praktisch nicht erfüllt werden könnten, eine Gefahr für die günstige Lösung bedeuten.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten fanden lauten Beifall.

Finanzminister Johann v. Teleßky widmete das größte Stück seiner Rede der Bekämpfung jener Angriffe, die die Kapitalserhöhung der Großbanken treffen wollen. In einer brillanten Argumentation, die die Kartenhäuser der offensiven Ignoranz über den Haufen warf, verwies er auf die Umstände, vor allem auf die Vermehrung der Einlagen und auf die Verhältnisse in Oesterreich, die die Kapitalserhöhungen begründen und notwendig machen. Ein zweites Stück der Rede des Finanzministers war sozialpolitischen Fragen, wesentlich Arbeitsfragen, gewidmet. Auch die Probleme der Spiritus- und Tabakversorgung wurden in der Rede des Finanzministers erörtert.

Um viertel 1 Uhr war die Vorlage in beiden Lesungen zustimmend erledigt und Abgeordneter Michael Niamessnyi konnte über den handelspolitischen Ermächtigungsentwurf berichten.

In der Generaldebatte sprach Abgeordneter Graf Michael Károlyi. Er berührte Gerüchte und Voraussagungen und verlangte Aufklärungen über die Ausgleichsverhandlungen betreffend Oesterreich. Diesem Gesuch schloß sich mit einer kurzen Motivierung Graf Albert Apponyi an. Auch die Abgeordneten Géza Polónyi und Graf Moritz Esterházy ergriffen zu dieser Frage das Wort. Ministerpräsident Graf Stefan Tißa betonte die Wichtigkeit der Probleme, lehnte jedoch, mit Rücksicht auf das Stadium, in dem sich die Verhandlungen betreffend den Ausgleich mit Oesterreich befinden, eine Beantwortung der berührten Fragen ab. Das Haus nahm hierauf das handelspolitische Ermächtigungsgesetz in beiden Lesungen an.

Von den Interpellationen wurde nur die des Abgeordneten Wilhelm Sümegi, diese aber in eingehender und liebevoller Weise durch den Interpellanten begründet. Die übrigen Interpellationen wurden aufgeschoben.

Um halb 2 Uhr war die Sitzung des Hauses zu Ende.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Karl v. Száß eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um dreiviertel 11 Uhr vormittags.

Schriftführer: Ladislaus Almásy, Georg Rudnyánßky, Zoltán Vermes.

Auf den Ministersauteuils: Graf Tißa, Teleßky, Sándor, Vglogh, Baron Harkányi, Baron Hazai, Jankovich.

Präsident teilt mit, daß Erzherzog Friedrich in einem Telegramm an das Abgeordnetenhaus den Dank des Generalfeldmarschalls Hindenburg auf die Begrüßungsdepesche des Abgeordnetenhauses aus Anlaß der Befreiung Siebenbürgens übermittelt habe.

Folgt die Tagesordnung: Fortsetzung der Verhandlung des Gesetzentwurfes über das Budgetprovisorium.

Da kein Redner mehr vorgemerkt ist, wird die allgemeine Debatte geschlossen.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa:

Geehrtes Haus! Der ganze Verlauf der Debatte zeigt, daß die Auffassung allgemein ist, der gegenwärtige Augenblick sei zu einer längeren, eingehenderen Debatte nicht geeignet. Ich glaube den Intentionen des geehrten Hauses entsprechend vorzugehen, wenn auch ich nur ganz kurz auf einige im Laufe der Debatte gemachten Bemerkungen der Herren Abgeordneten reflektiere.

Vor allem muß ich meinem Bedauern darüber Ausdruck verleihen, daß auch in dieser Debatte in der Ernährungsfrage Aeußerungen vernommen worden sind, die auf einer nicht entsprechenden Kenntnis der wirklichen Lage beruhen und überaus irrtümliche Auffassungen sowohl im Lande selbst wie außerhalb der Grenzen des Landes verbreiten können. Und diese Tatsache erhöht nur mein Bedauern darüber, daß die geehrten oppositionellen Parteien meinem Ansuchen, an dem Volksernährungsamt teilzunehmen, zumindest nicht alle entsprechen. Ich bin überzeugt, daß wenn die führenden Männer der Opposition in diesem Rat sitzen würden und dort Gelgeenheit hätten, auch solche Einzelheiten der Frage kennen zu lernen, die jetzt noch nicht vor die Oeffentlichkeit gehören, sehr viele Mißverständnisse und sehr viele ungerechte Urteile verhindert würden.

Meine zweite Bemerkung bezieht sich auf denjenigen Teil der Rede des Herrn Abgeordneten Grafen Theodor Batthyány, in der er eine unser aller Herzen sehr naheliegende, aber sehr komplizierte Frage, die polnische Frage, berührt hat. Ich hatte schon wiederholt Anlaß, zu erklären, daß die Zukunft der polnischen Nation für jeden Ungar gleichermaßen wertvoll ist und daß in der Monarchie alle Faktoren, die berufen sind, sich mit der polnischen Frage zu beschäftigen, dies mit dem festen Entschluß tun, eine für die polnische Nation möglichst gute Lösung zustande zu bringen. Allein ich glaube nicht, daß der gegenwärtige Augenblick geeignet ist, diese Frage einer eingehenden öffentlichen Kritik und Erörterung zu unterziehen, und ich glaube nicht, daß diese öffentliche Erörterung der Angelegenheit zum Vorteile gereichen könnte. Denn ich glaube, daß die entsprechende Lösung der polnischen Frage von zwei Gefahren bedroht ist. Erstens wenn es gelingt, in der polnischen Nation Zweifel an dem Ernst und dem Erfolg der durch die Monarchie und das Deutsche Reich eingeleiteten Lösungsart zu erwecken, und zweitens wenn es gelingt, in der polnischen Nation solche Wünsche, solche Aspirationen, solche Forderungen zu entfachen, die darüber hinausgehen, was praktisch verwirklicht werden kann. Infolgedessen bitte ich diejenigen, die, wie ich glaube, diese Frage mit demselben Wohlwollen und mit derselben Liebe behandeln wie die Regierung, sich Aeußerungen zu enthalten, die in der einen oder in der anderen Richtung oder in beiden Richtungen auf die Angelegenheit nur eine schädliche Wirkung ausüben könnten. (Lebhafter Beifall rechts.)

Schließlich will ich nur mit einigen wenigen Worten der Rede und des Beschlußantrages des Abgeordneten Gabriel Ugron erwähnen. Ich will bei diesem Anlasse mich nicht in eine eingehende Erörterung der Frage des rumänischen Einbruches einlassen. Wir werden ja hiezu nun, wie ich glaube, Gelegenheit haben. Auch in der Hinsicht will ich keine Bemerkung machen, daß der Herr Abgeordnete in übertrieben düsteren Farben sowohl die Gegenwart wie die Zukunft des Bildes gezeichnet hat. Ich bin fest überzeugt, daß seine Darstellung weit über die Wirklichkeit hinausgeht und die Zukunft seine Ausführungen widerlegen wird. Ich will nur ganz kurz erklären, daß die Regierung entsprechend ihrem wiederholt entwickelten prinzipiellen Standpunkt zu einer weitestgehenden Unterstützungsaktion bereit ist (Lebhafter Beifall rechts), zu einer Unterstützungsaktion, die die Vorbedingungen der wirtschaftlichen Auferstehung schafft und bei der die Regierung und die Gesellschaft, sowie auch die Interessierten selbst — und in dieser Hinsicht sehe ich schon jetzt, daß die Tüchtigkeit, Zähigkeit und das Selbstvertrauen der Székler auch jetzt zur Geltung gelangen — durch ihre gemeinsamen Bemühungen erreichen werden, die durch den rumänischen Einbruch verursachten Wunden zu heilen. (Lebhafter Beifall rechts.) Den Ersatz der Kriegsschäden kann ich aber aus prinzipiellen Gründen nicht in Aussicht stellen. Wir mußten uns ja während des ganzen Krieges auf den Standpunkt stellen, daß die Frage der Kriegsentschädigungen in Schwebe bleiben müsse, bis wir beurteilen können, in welcher finanziellen Lage die beiden Staaten der Monarchie nach Beendigung des Krieges sein werden. Ich weiß nicht, was für Bild ein jeder sich über diese finanzielle Lage entwirft. Ich meinerseits — und ich muß dies offen erklären, denn ich möchte nicht gern die Illusionen erhöhen — glaube kaum, daß wir nach dem Kriege an die Ersetzung aller Kriegsschäden denken könnten. Dagegen müssen wir an eine Hilfsaktion denken, bei der wir die speziellen Verhältnisse in Berücksichtigung ziehen, die gerade in Siebenbürgen diese Retablierungsaktion zu einer erstrangigen Aufgabe der ungarischen nationalen Politik machen. (Lebhafter Beifall rechts.) Infolgedessen bin ich auch nicht in der Lage, den Beschlußantrag, der auf dem prinzipiellen Standpunkte des Schadenersatzes steht, anzunehmen. (Zustimmung rechts.) Ich kann indessen das geehrte Haus darüber beruhigen, daß die vom Gesichtspunkte der Hilfsaktion notwendige Schadenaufnahme in den nächsten Tagen in Angriff genommen und daß in dieser Hinsicht alles geschehen wird, was notwendig ist. (Zustimmung.) Und nun bitte ich das geehrte Haus, den Gesetzentwurf im allgemeinen als Grundlage der Spezialdebatte anzunehmen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Finanzminister Johann v. Teleßky

beschäftigt sich zunächst mit dem Vorwurf, daß die Regierung auch diesmal kein Budgetgesetz, sondern nur ein Budgetprovisorium unterbreitet hat. Er weist auf die Argumente hin, die in diesem Belange bereits öfter vorgebracht worden sind. Die Regierung kann unter den gegenwärtigen Umständen kein Budget für ein ganzes Jahr wie in Friedenszeiten zusammenstellen, da man mit Verhältnissen rechnen muß, die jede vorhergehende Zusammenstellung über den Haufen werfen. Die Frage des Vertrauens kann aber auch bei der Verhandlung des Budgetprovisoriums erörtert werden. (Zustimmung rechts.) Ein Redner der Opposition hat abermals den Vorwurf erhoben, daß in dem vorliegenden Gesetzentwurf Verfügungen enthalten sind, die nicht hieher gehören. Das entspricht nicht den Tatsachen. Das war vielleicht in der Vergangenheit bei den Budgetprovisorien der Fall, allein schon in dem letzten Gesetzentwurf waren keine Verfügungen enthalten, die nicht in engem Zusammenhang mit dem Staatshaushalt stehen.

Die Redner der Opposition haben den Tabak- und Spiritusmangel zur Sprache gebracht. Was den Tabakmangel betrifft, so können wir tatsächlich seit dem letzten Sommer die Ansprüche nicht vollständig befriedigen. Die Hauptsache hiefür liegt in dem außerordentlichen Anwachsen des Konsums. Doch sind hiefür auch andere Ursachen maßgebend. Trotz der Erhöhung der Tabakeinlösungspreise gelang es nicht, die Erhaltung der Tabakproduktion sicherzustellen, weil ein bedeutender Teil der Tabakpflanzer eingerückt ist und weil die Erhöhung des Tabakeinlösungspreises, die ja stets ein Jahr früher festgestellt werden muß, den gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnissen nicht entspricht. Die Regierung befindet sich hier in einer außerordentlich schwierigen Lage. Sie kann einerseits nicht das Tempo der Preiserhöhungen ein Jahr früher vorschreiben, andererseits muß sie aber zugeben, daß die Tabakproduktion bei den heutigen hohen Maximalpreisen für andere Bodenprodukte keine rentable Sache ist. Auch kann die Regierung über die festgestellten Tabakeinlösungspreise nicht hinausgehen.

Abgeordneter Hugo Lachne: Es ist ja ein gutes Geschäft!

Finanzminister Johann Teleßky (fortfahrend): Die geschäftlichen Gesichtspunkte hat die Regierung ganz ausgeschaltet, denn wir hätten ja vom Ausland so viel Tabak beschaffen können, als zur Deckung des Bedarfes notwendig ist. Allein, der Finanzminister kann sich unter den gegenwärtigen Umständen nicht vom Gesichtspunkte des Geschäftes leiten lassen. Jedenfalls muß festgestellt werden, daß der Bedarf des Publikums nicht vollkommen gedeckt werden kann, zumal der Bedarf der an der Front befindlichen Soldaten täglich wächst. Es steht jedoch dem Publikum ein bestimmtes Quantum zur Verfügung, ein viel größeres Quantum als man allgemein glaubt. Der Minister hofft, daß es gelingen wird, dieses Quantum auch für die Dauer des Krieges zu erhalten.

Was die Spiritusfrage betrifft, so ist der Minister leider den auf diesem Gebiete sich zeigenden Mängeln gegenüber hilflos. Der Minister hat sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt, mit allen interessierten Kreisen Unterhandlungen gepflogen, doch konnte eine richtige Lösung nicht gefunden werden. Die Spiritusproduktion mußte vom Gesichtspunkte der Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung in hohem Maße eingeschränkt werden. Von der Spiritusproduktion wurde die zur Sicherstellung des öffentlichen Bedarfes notwendige Menge für den Staat beschlagnahmt, so daß dem Konsum nur ein sehr geringer Teil, etwa zehn bis fünfzehn Prozent der Produktion, zur Verfügung stehen. Eine Feststellung der Maximalpreise für Spiritusfabrikate ist infolge der Natur der Sache unmöglich. Alle bisher getroffenen Verfügungen haben in dieser Beziehung nicht zu dem gewünschten Erfolge geführt. Die Beschlagnahme der gesamten Spiritusproduktion kann der Minister nicht billigen. Die Regierung würde dadurch nur ein großes Odium auf sich nehmen, ohne damit etwas zu erreichen. Dadurch würden wir nur erzielen, daß die Spirituserzeuger den Spiritus nicht über den Maximalpreis verkaufen könnten. Es könnte aber nicht verhindert werden, daß in dem Spiritushandel der Wucher nicht noch zunehmen würde. Auch die Errichtung einer Spirituszentrale würde nicht zu dem erwünschten Ergebnis führen. Wir sehen das in Oesterreich, wo eine Spirituszentrale existiert. Ja selbst das Branntweinmonopol würde keine vollständige Sicherheit zur Behebung aller Uebel bieten, wie wir das ja beim Tabak sehen. Außerdem würde die Monopolisierung des Branntweins eines riesigen Apparats bedürfen, der jetzt keineswegs beschafft werden kann. Der Minister wäre für jeden Vorschlag, der verwirklicht werden kann und zum Ziele führt, nur dankbar. Die Maximierung der Spirituspreise ist durch Gesetz festgestellt und kann daher nur durch Gesetz abgeändert werden. Wenn das Haus es für wichtig hält, so möge es der Regierung in dieser Beziehung eine Ermächtigung erteilen, wenn nicht, so wird sich vielleicht in der nächsten Tagung des Abgeordnetenhauses die Gelegenheit bieten, sich mit dieser Frage zu beschäftigen und eine Lösung zu finden, die wenigstens die größten Mängel behebt.

Der Abgeordnete Graf Theodor Batthyány bemängelte die Kapitalserhöhung der Finanzinstitute und meinte, daß viele Institute ihr Kapital nur erhöhen, um ihre riesigen Kriegsgewinne zu verhüllen. Auch das ist ein Problem, mit dem sich der Minister sehr beschäftigt. Er muß sich über den Mangel an Sachkenntnis wundern, der auch in einem großen Teil der Presse zum Ausdruck gelangt, als ob die Kapitalserhöhung dazu dienen könnte, exorbitante oder nicht exorbitante Kriegs- oder andere Gewinne zu verbergen. Es gehört eine Kühnheit dazu, diese Frage in der Presse mit so wenig Sachkenntnis zu behandeln und dadurch das Verständnis des Publikums auf Abwege zu leiten. Die Erhöhung des Aktienkapitals kann, wenn nicht das Geld der Aktionäre in Anspruch genommen wird, entweder aus der offenen Reserve oder aus der steuerfreien Reserve oder schließlich aus den geheimen Reserven genommen werden. Die Behauptung, daß diese Erhöhung zu dem Zwecke erfolgt, um die Rentabilität des Instituts herabzusetzen und dadurch einen niedrigeren Steuerschlüssel zu erzielen, ist nicht ganz unbegründet. Allein, eine rationelle Wirtschaftspolitik kann kein Institut dazu veranlassen, um einer geringen Steuerdifferenz willen das Kapital zu erhöhen. Sollte das dennoch der Fall sein, so wird ja die Gesetzgebung Gelegenheit haben, entsprechende Verfügungen zu treffen, und diese Verfügungen sogar mit rückwirkender Kraft auszustatten. Die Frage ist, ob diese Kapitalserhöhungen im Interesse unserer Volkswirtschaft liegen, ob für die entsprechende Placierung des erhöhten Kapitals entsprechend gesorgt ist und ob diese Erhöhung nicht auf spekulative Motive zurückzuführen ist, die Erschütterungen unseres wirtschaftlichen Lebens ergeben könnten. Von diesem Gesichtspunkte aus sieht der Minister es nicht gern, wenn namentlich bei schwächeren Finanzinstituten Kapitalserhöhungen in bedeutendem Maße erfolgen, denn dadurch wird die assanierende Wirkung des Krieges und das Ergebnis, das von der Tätigkeit der Zentrale der Finanzinstitute erwartet wird, gefährdet. Sind nun in dieser Hinsicht Verfügungen notwendig? Auch hier ist die öffentliche Meinung falsch informiert. Man wirft dem Minister vor, daß er diese Erhöhungen gestattet. Die Finanzregierung hat derzeit keine Ingerenz in dieser Frage. Einstweilen ist eine gesetzliche Verfügung nicht notwendig, denn es ist zweifellos, daß die Kapitalserhöhung der großen Finanzinstitute in gewissem Gesichtspunkte gerechtfertigt ist. Wir müssen uns auf die vollständig unsichere und selbst in den Konturen nicht vorhersehbare wirtschaftliche Lage nach dem Kriege vorbereiten, und es ist zweifellos, daß es für unsere Position vorteilhafter sein wird, wenn wir kapitalsstark sind. Gerechtfertigt in hohem Maße ist die Kapitalserhöhung bei großen Finanzinstituten auch durch den Umstand, daß die Einlagen gerade dieser Institute in hohem Maße gewachsen sind und das Verhältnis zwischen dem eigenen und fremden Kapital sich sehr verschoben hat. Es zeugt nicht nur von dem Verantwortlichkeitsgefühl der Leiter dieser Banken, sondern auch von ihrer wichtigen wirtschaftlichen Einsicht, wenn sie dieses Verhältnis verringern. Schließlich ist die Kapitalserhöhung unserer großen Finanzinstitute namentlich gerechtfertigt deshalb, weil auch die österreichischen großen Finanzinstitute ihr Kapital bedeutend erhöht haben. Die Kapitalserhöhung der österreichischen großen Finanzinstitute beträgt 183 Millionen. Würden unsere großen Institute ihr Kapital nicht entsprechend erhöhen, so würde die Kapitalskraft der österreichischen Großbanken gegenüber der der ungarischen eine solche Verschiebung erleiden, die keineswegs unserem Wirtschaftsleben zum Wohle gereichen könnte. Aus diesen Gründen und deshalb, weil der Minister auf die umsichtige Fürsorge und die Solidität der Führer der Großbanken vertraut und weil die Großbanken selbst für den Fall, daß sie das erhöhte Kapital nicht entsprechend verwerten, eventuelle Verluste aber ohne Erschütterung ertragen könnten, liegt keine Notwendigkeit dafür vor, Verfügungen gegen diese Kapitalserhöhungen zu treffen. Anders verhält es sich mit den kleineren und mittleren Instituten. Diese könnten bei einer eventuellen verlustreichen Verwendung des erhöhten Kapitals eine Erschütterung erfahren. Sollten die Erhöhungen des Kapitals bei kleineren und mittleren Finanzinstituten außergewöhnliche Dimensionen annehmen, so wird der Minister es für seine Pflicht halten, zu intervenieren, eventuell mit Hilfe der Zentrale der Finanzinstitute. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Minister beschäftigt sich sodann mit der Lage der Arbeiter in den staatlichen Eisenwerken,

Neue Freie Presse
13./XII. 1916
126

Graf Stephan Tisza von seinem Sitze. Des Abgeordnetenhauses bemächtigte sich eine feierliche Stimmung, als er seine Ausführungen mit der Verlesung der Note der Zentralmächte begann. Obgleich der Text der Note bekannt war, wurde seine Verlesung dennoch mit der gespanntesten Aufmerksamkeit verfolgt, und an mehreren Stellen erschollen allgemeine, wenn auch entsprechend der gespannten Stimmung gedämpfte Beifallsrufe. Solcher Beifall ertönte namentlich bei der Verlesung der Stelle, in welcher es heißt, daß die Zentralmächte im Bewußtsein ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft bereit seien, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum Aeußersten fortzusetzen. Der gleiche Beifall ertönte auch dort, wo die vier verbündeten Mächte den Vorschlag machen, dem weiteren Blutvergießen ein Ende zu bereiten und in Friedensverhandlungen einzutreten. Die lauteste Zustimmung und der stärkste Beifall jedoch erklangen bei der Versicherung, daß, wenn trotz dieses Anerbietens der Kampf fortdauern sollte, die vier verbündeten Mächte entschlossen seien, ihn bis zum siegreichen Ende fortzusetzen.

Unter lautloser Stille setzte Graf Tisza seine Ausführungen fort. Er hielt sich knapp und konzis. Alles, was er zum Beweise der friedlichen Absichten der Zentralmächte und zum Beweise dessen ausführte, daß die aggressiven Tendenzen ausschließlich auf der anderen Seite zu suchen seien und daß die Kriegsgefahr erst dann größere Dimensionen angenommen habe, als auch England sich im Widerspruch zu seinen Traditionen und seinen wohlaufgefaßten eigenen Interessen an die Seite Frankreichs und Rußlands setzte, all das machte den Eindruck, als ob in jedem Satze seiner Rede unumstößliche Wahrheiten niedergelegt wären. Lebhafte Bewegung erregte die Bemerkung des Grafen Tisza, daß die Initiative zu dem Friedensangebot von unserem Auswärtigen Amte ausgegangen sei, und aus dem Herzen aller sprach er, als er am Schlusse seiner Rede in eindrucksvoller Erläuterung der letzten Sätze der Note seiner Ueberzeugung Ausdruck gab, daß, wenn das Friedensangebot der Zentralmächte Widerhall finde, der Friede keinen unabwendbaren Hindernissen begegnen werde und daß, wenn die Entente diesen Weg betritt, sie auch eine loyale Aufnahme finden werde. Wenn sie dagegen den Krieg fortsetzen wolle, über dessen Ergebnis kein Zweifel aufkommen könne, dann trage sie dafür die Verantwortung, und in diesem Falle haben wir das ruhige Bewußtsein, zur Beendigung der Verheerungen und der Verwüstungen des Krieges einen ehrlichen ernsten Versuch unternommen zu haben. Die Worte des Ministerpräsidenten wurden mit minutenlang währenden stürmischen Eljenrufen und lebhaftestem Beifall aufgenommen.

Die Stimmung blieb eine gehobene, als die Führer der beiden größten Oppositionsparteien, Graf Albert Apponyi und Graf Julius Andrassy, das Wort ergriffen. Beide erklärten sich mit dem Schritte, den die Zentralmächte in ihrer heute veröffentlichten Note getan haben, vollkommen einverstanden und waren der Ansicht, daß sie auch den Zeitpunkt für geeignet halten, einen solchen Schritt zu unternehmen. Als Graf Apponyi erwähnte, daß er sich heute in eine Kritik des Vorgehens der Ententemächte nicht einlassen wolle, erscholl auf seiten der äußersten Linken Beifall, dem Graf Apponyi sofort die Spitze nahm, indem er unter stürmischem Beifall der Regierungspartei hinzufügte, sein Schweigen über diesen Punkt solle nicht bedeuten, daß er mit den diesbezüglichen Ausführungen des Ministerpräsidenten nicht einverstanden wäre. Graf Julius Andrassy benützte auch die Gelegenheit, um den Eindruck festzustellen, den der Umstand hervorgerufen hat, daß eine der ersten Regierungshandlungen des neuen Monarchen sich in einer aufrichtigen Friedensinitiative äußert, eine Handlung, die geeignet erscheint, seine Volkstümlichkeit für alle Zeiten sicherzustellen. Auch die Reden des Grafen Michael Karolyi und des Abgeordneten Stephan v. Rakovszky brachten die Zustimmung zu dem Schritte der Verbündeten zum Ausdruck. Nach fünfvierteistündiger Dauer war die Sitzung um ¼7 Uhr abends zu Ende.

Der Verlauf der Sitzung.

Budapest, 12. Dezember.

Der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde in Erwartung der angekündigten Rede des Ministerpräsidenten Grafen Tisza mit großer Spannung entgegengesehen. Saal und Galerien waren dicht gefüllt, als Vizepräsident v. Szasz um 5 Uhr 10 Minuten die Sitzung eröffnete.

Der Vizepräsident teilte zunächst mit, daß Se. Majestät im Laufe des heutigen Vormittags das Präsidium des Abgeordnetenhauses in Audienz empfangen habe. Er habe im Namen und im Auftrage des Abgeordnetenhauses dessen tiefem Schmerz und ehrfurchtsvollem Beileid anläßlich des Ablebens weiland Sr. Majestät Franz Josefs I. Ausdruck gegeben. Se. Majestät haben die Teilnahme des Abgeordnetenhauses allergnädigst entgegenzunehmen und seinem tiefgefühlten Danke Ausdruck zu verleihen geruht. (Allgemeine Zustimmung.)

Der Vorsitzende erteilt hierauf dem Ministerpräsidenten Grafen Tisza das Wort. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Die Erklärung des Ministerpräsidenten Grafen Stephan Tisza.

Ministerpräsident Graf Stephan Tisza führte unter allgemeiner Bewegung aus:

Die Minister des Aeußern der Staaten, die zu unserem Bündnis gehören, haben am heutigen Tage die nachfolgende Note an die Vertreter jener neutralen Staaten überreichen lassen, welche den Schutz der Untertanen der betreffenden Mächte im feindlichen Auslande übernommen haben.

Der Ministerpräsiden verliest die bereits veröffentlichte Note und fährt sodann fort:

Geehrtes Haus! Indem ich diese Note dem geehrten Hause pflichtgemäß mitteile, so wünsche ich in erster Reihe festzustellen, daß in dieser Note nichts Neues enthalten ist, daß sie keinen neuen Standpunkt bezeichnet; im Gegenteil, diese Note drückt jenen Standpunkt aus, welchen die Monarchie und ihre Verbündeten während des ganzen Krieges, ja, ich wage zu sagen, während der dem Kriege vorangegangenen Jahrzehnte konsequent eingenommen haben. (Zustimmung.) Ich mußte diese Tatsachen feststellen, denn nach meiner Ansicht können wir die wahre Bedeutung und Tragweite des jetzigen Schrittes nur entsprechend würdigen, wenn wir uns diese Tatsachen vor Augen halten. In der jüngsten Vergangenheit ist die Frage aufgetaucht, welche Mächtegruppe die Rolle des Angreifers und welche die des Verteidigers innehat. Wer trägt die Verantwortung an dem Ausbruch des Krieges? Wir alle kennen jene Polemik, welche sich in dieser Frage zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem früheren englischen Minister des Auswärtigen entsponnen hat. Ich glaube, diese Polemik hat mit Sonnenklarheit bewiesen, wem die Verantwortlichkeit für die Entfachung dieses Krieges zufällt. (Zustimmung.) Ich glaube, wir verrichten keine überflüssige Arbeit, wenn wir diese Frage etwas gründlicher behandeln und auch prüfen, wen überhaupt die Verantwortung für die Vergiftung der internationalen europäischen Lage trifft. Ein kurzer geschichtlicher Rückblick wird das ins reine bringen.

Geehrtes Haus! Nach Gründung des Deutschen Reiches war es der politische Grundgedanke jenes großen Staatsmannes, für welchen die Einigung Deutschlands die Krönung seines Lebenswerkes bedeutete, daß die großen Resultate durch die Schaffung eines dauernden Friedens gesichert werden sollen, der dem Deutschen Reiche die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung schafft. Die Verwirklichung dieses politischen Gedankens suchte der Kanzler in der Schaffung des Drei-Kaiser-Bündnisses. Er erreichte dies auch kurze Zeit, aber dieses Bündnis konnte nicht lange dauernd sein, denn der Bestand dieses Bündnisses wurde durch solche aggressive politische Tendenzen des russischen Reiches unmöglich gemacht, welche die Lebensinteressen der Monarchie bedrohten. (Zustimmung.) Der Türkisch-russische Krieg und die darauf folgenden Ereignisse des Berliner Kongresses und dessen Beschlüsse gruben das Grab des Drei-Kaiser-Bündnisses. Nach der Natur der Sache mußte jene Macht aus dem Bündnis ausscheiden, welche eine aggressive äußere Politik verfolgte. Und hiedurch

monatlich . . . . . K 2.30
Mit tägl. Zustellung ins Haus, innerhalb der dem I. Bezirke näher gelegenen Stadtteile:
monatl. K 2.40, viertelj. K 7.—
Oesterr.-Ung., Bosn.-Herz., Feldpost, täglicher Postzusend. monatl. K 2.90, viertelj. K 8.50, halbj. K 16.80, ganzj. K 33.60
Die wöchentliche Postzusendung des Samstagblattes (mit Beilagen) viertelj. K 2.—, halbj. K 3.80 ganzjährig . . . . . K 7.50
Die zweimal wöchentl. Postzusend. der Samstag- u. Donnerstag-ausgaben (mit Beilagen) viertelj. K 3.10, halbj. K 6.— ganzjährig . . . . . K 11.60

Nach Deutschland:
Tägl. Zusendung monatl. K 4.20
dto. viertelj. K 12.10
Samstagausg. viertelj. K 3.30
Samstag- u. Donnerstag-Ausgabe viertelj. . K 5.20
Für das übrige Ausland:
Tägliche Ausgabe viertelj. K 16.—
Samstagausg. viertelj. K 4.30
Zweimal wöchentliche Ausgabe viertelj. . . . K 6.60

ng
den
ttern im Auslande
reuzband.

62. Jahrgang

Die Regierung Koerber

Die Nachricht von dem Rücktritt des Ministeriums Körber bedeutet für die Oeffentlichkeit eine große Ueberraschung. Nur kurze Zeit war das Kabinett Koerber in Tätigkeit und gänzlich unerwartet vollzieht sich der Rücktritt der derzeitigen österreichischen Gesamtregierung. Am 21. Oktober d. J. wurde Graf Stürgkh das Opfer des Mordattentates, das der Schriftsteller Friedrich Adler an ihm verübt hatte und unter dem erschütternden Eindruck dieses tragischen Ereignisses boten die Mitglieder des Kabinetts Stürgkh dem verewigten Kaiser Franz Josef ihre Demission an. Diese wurde angenommen und am 28. Oktober das kaiserliche Handschreiben veröffentlicht, durch das Dr. v. Koerber zum Ministerpräsidenten ernannt und mit der Bildung des neuen Ministeriums betraut wurde.

Am 31. Oktober war die neue Regierung, gebildet, in huldvollen Handschreiben wurden die Mitglieder des Ministeriums Stürgkh verabschiedet und gleichzeitig die neuen Minister ernannt. Vom Kabinett Stürgkh gehörten der neuen Regierung an: Landesverteidigungsminister Freiherr v. Georgi, Unterrichtsminister Freiherr v. Hussarek, Arbeitsminister Freiherr v. Trnka. Neu ernannt wurden: Freiherr v. Schwarzenau zum Minister des Innern, Dr. Stribal zum Handelsminister, Karl Marek zum Finanzminister, Dr. v. Klein zum Justizminister, Generalmajor Schaible zum Eisenbahnminister, Graf Clam-Martinitz zum Ackerbauminister und Dr. Bobrzynski zum galizischen Landsmannminister.

Das neugebildete Ministerium Koerber fand in der Oeffentlichkeit die sympathischeste Aufnahme. Ministerpräsident Dr. v. Koerber und seine Amtskollegen, besonders Justizminister Dr. Klein und Finanzminister Marek, hatten bald Gelegenheit, in ungemein beifällig aufgenommenen Reden die Richtlinien des neuen Ministeriums bekanntzugeben, und was man aus dem Munde des Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber und der anderen Minister hörte, berechtigte zu den schönsten Hoffnungen. Es waren Kundgebungen, die von modernstem Geist erfüllt waren. Besonders sympathisch wurde es begrüßt, daß Ministerpräsident Dr. v. Koerber in die erste Linie seines Programms die Ernährungsfrage stellte, und daß er für die Wiederherstellung des parlamentarischen Lebens in Oesterreich eintrat. Eine der ersten Taten des Kabinetts Koerber war die Errichtung des Amtes für Volksernährung, das unter dem Präsidenten Oskar Kokstein am 1. Dezember offiziell seine Tätigkeit begonnen hat.

In die kurze Wirksamkeit des Kabinetts Koerber fällt das große Ereignis des Thronwechsels. Am 21. November starb Kaiser Franz Josef, Kaiser Karl übernahm das Erbe seines Großoheims. Das formelle Rücktrittsgesuch des Ministeriums Koerber wurde vom jungen Kaiser nicht genehmigt, Dr. von Koerber und seine Minister wurden in ihren Stellungen bestätigt. Die Proklamation Kaiser Karls an die Völker trägt die Gegenzeichnung des Ministerpräsidenten Koerber, der auch durch ein kaiserliches Handschreiben aufgefordert wurde, die auf die Ablegung des Verfassungseides Kaiser Karls abzielenden Anträge zu stellen. Am 24. November nahm der Kaiser die Vorstellung sämtlicher Mitglieder des Kabinetts entgegen.

Dr. v. Koerber traf nun in Erfüllung des kaiserlichen Auftrages die Vorarbeiten zur Einberufung des Parlaments und hatte zu diesem Zwecke mit den einzelnen Parteien Besprechungen. Schon bei diesen einleitenden Konferenzen mit den Parteiführern zeigten sich Schwierigkeiten, die infolge der verschiedenen Anschauungen der Parteien immer mehr hervortraten. Dr. v. Koerber machte kein Hehl daraus, daß er bezüglich der Sonderstellung Galiziens nicht denselben Standpunkt einnehme, wie sein Vorgänger Graf Stürgkh. Die Deutschradikalen verlangten, daß vor der Einberufung des Parlaments durch ein Oktroi die deutsche Staatssprache und eine neue Geschäftsordnung festgelegt werden, welche Angelegenheiten aber Dr. v. Koerber gleichfalls auf parlamentarischem Wege erledigen wollte.

Am 5. Dezember, einen Tag vor dem Fall von Bukarest, fand im deutschen Hauptquartier eine Besprechung zwischen Kaiser Karl und dem Kaiser Wilhelm statt. Auch Dr. v. Koerber weilte im Hauptquartier und wurde vom deutschen Kaiser und unserem Kaiser empfangen.

Vor seiner Abreise ins Hauptquartier hatte Kaiser Karl die Minister des Kabinetts Stürgkh in Audienz empfangen, die beim Amtsantritte Dr. v. Koerbers zurückgetreten

Reichspost
14./XII.1916
132

Die Gründe des Regierungswechsels.

Urteile der Wiener Presse.

Der Rücktritt des Ministeriums Koerber ist für die Mehrzahl der Wiener Blätter völlig überraschend gekommen, obwohl die Zuspitzung gewisser Meinungsverschiedenheiten in der letzten Zeit solche Fortschritte gemacht hatte, daß mit Rücksicht auf die Kürze der Frist, in der über bestimmte Fragen entschieden werden muß, allen Tieferblickenden ein rasches Entweder-Oder unausbleiblich erscheinen ließ. Wir machten wiederholt auf diesen Stand der Dinge aufmerksam, zuletzt in Nr. 577 in einem Aufsatz über den „Weg zur Verfassungsmäßigkeit", worin es u. a. hieß:

„Die Sache liegt einfach so: Oesterreich wird in Kürze wieder sein Parlament haben. Dieses Parlament aber wird entweder lebensfähig sein oder es wird es nicht sein. Der Wunsch, das Parlament lebens- und leistungsfähig zu sehen in einer Zeit, in der ungeheuer große Arbeit zur Heilung der Kriegswunden zu verrichten sein wird, dünkt verfassungsfreundlicher als das Bestreben der Kreise, die dem Parlament die Mittel zur eigenen Genesung versagen wollen. Die Verantwortung jener, bei denen die Entscheidung liegt, ist ungeheuer schwer, umso schwerer, als gewisser Umstände halber die Zeit drängt. Die Frist, zu wählen, ist nur mehr kurz und zu wählen ist zwischen dem Entschluß, durch vorherige zweckentsprechende Maßnahmen, wie sie die Kriegserfahrungen empfehlen, die künftige Verfassungsmäßigkeit, ihre Möglichkeit und ihren geordneten Gang zu sichern, und dem ungeheuren Risiko, dem Parlament selber die Schaffung dieser Bürgschaften zu überlassen. Zu meinen, daß nach einem mißglückten Versuche ja ohnehin wieder der Verordnungsweg betreten werden könnte, um nachzuhelfen, ist verhängnisvoller Selbstbetrug. Ist einmal die gewisse Frist verstrichen, dann ist ein weltgeschichtlicher günstiger Augenblick, Oesterreich im Innern zu gesunden und zu festigen, abermals versäumt, wie ihn schon einmal die Liberalen versäumt haben, als sie das Parlament beherrschten, und die Völker Oesterreichs wären um den wichtigsten Teil der Früchte ihrer ungeheuren Kriegsopfer betrogen. Wir stellen noch einmal die schwere Verantwortung jener fest, die zurzeit das Steuer führen. Mögen sie nach ihrer besten Einsicht und nach ihrem Gewissen entscheiden. Aber wehe jenen, durch deren Schuld das Parlament dazu gebracht würde, daß es wieder seine Zeit mit unfruchtbarem Gezänk vertrödelt, infolge der ungeklärten nationalpolitischen Verhältnisse an Händen und Füßen vom nationalen Hader gefesselt, dauerndem Siechtum verfällt und, selber ein Prothesenmann, unfähig bleibt, für die Armee der Prothesenmänner, für die heimkehrenden Krieger zu sorgen und die Wunden zu heilen, die der Krieg unserer Volkswirtschaft geschlagen!"

In das Gebiet der Fragen, die eine endgültige Stellungnahme erheischten, gehört natürlich auch der Ausgleich mit Ungarn. Man kann über Einzelheiten oder selbst über Grundfragen verschiedener Meinung sein. Nur darüber, daß sich Oesterreich-Ungarn von dem Gang der weltgeschichtlichen Ereignisse nicht überraschen lassen darf, daß es kommenden Möglichkeiten fertig und gerüstet gegenüberstehen muß, darf es keinen Zweifel geben. Nur dann vermag die Monarchie bei der Neuordnung des künftigen Wirtschaftslebens in Europa ihr Machtwort mit dem ganzen Gewicht, das ihm zukommt, in die Wagschale zu werfen, wenn sie durch vorherige feste Vereinbarung zwischen den beiden Staaten nach außen hin als geschlossene Gesamtheit, als einheitlicher Wille mit einheitlichen Zielen auftreten kann. Dies ist eines. Aber noch ein zweites kommt hinzu. Hüben und drüben harren der Volksvertretung so große gleichgeartete Aufgaben nach dem Kriege, daß die Arbeit eine Störung durch die üblichen Wettkämpfe von Ausgleichsverhandlungen einfach nicht verträgt. Wir werden mehr denn je die Eintracht der Herzen, die parallele Zusammenarbeit brauchen. Darum muß die notorische Quelle des Zankes und des, wenn meist auch nur taktischen Auseinanderstrebens nicht nur rechtzeitig verstopft werden, sondern auch auf längere Zeit hinaus verstopft bleiben. Wäre das Kabinett Koerber seit Jahren im Amte gewesen und hätte es selber nach seinen Grundsätzen die erforderlichen Abmachungrn mit der ungarischen Regierung treffen können, dann wäre voraussichtlich in der Ausgleichsfrage alles den gewünschten Weg gegangen. Aber Friedrich Adlers Meuchelmord räumte jene Regierung aus dem Wege, welche die Vereinbarungen mit Ungarn in langwierigen Verhandlungen fertiggestellt und dafür die Verantwortung zu tragen hatte. Das neue Ministerium stand vor vollendeten Tatsachen. Hätte die Zeit nicht gedrängt, wären vielleicht, da jeder Staatsmann sein eigenes Programm mitzubringen pflegt, neue Verhandlungen nach anderen Gesichtspunkten zulässig gewesen. Wie die Verhältnisse liegen, blieb aber nur die Wahl zwischen einem Ja oder Nein. Da sich das Ministerium Koerber zum ersteren nicht zu entschließen vermochte — es ist ja immer mißlich, das Werk eines anderen Autors unbesehen mit dem eigenen Namen zu decken — ergab sich ein Zurückgreifen auf ein Mitglied des Kabinetts Stürgkh, und zwar auf eines, das vermöge seines Ressorts an den Vereinbarungen am stärksten beteiligt war und daher auch noch heute dafür die volle Verantwortung zu übernehmen bereit sein mußte, von selber.

Es ist selbstverständlich, daß von dem neuen Manne aus dem gleichen Grunde zu erwarten steht, daß er auch in den anderen, eingangs dieser Betrachtung erwähnten Fragen entschlossen ist, die Vorarbeiten und Entschlüsse des Kabinetts Stürgkh Wirklichkeit werden zu lassen. Sobald die Namen der Mitarbeiter bekannt sein werden, die sich der designierte Ministerpräsident auswählt — vor dem Glauben an die Ministerernennungen, die jetzt in der üblichen freigebigen Weise von der Sensations- und Kombinationspresse vorgenommen werden, sei eindringlichst gewarnt —, wird man übrigens auch diesbezüglich klarer sehen können.

*

Die „N. F. Pr.", die noch gestern abends eine große politische Darlegung des Ministeriums Koerber in den Fragen, über welche es mit den deutschen Parteien in Widerstreit geraten war, angekündigt hatte, beeilt sich heute mit der Versicherung, daß „schon in den letzten Tagen vielfache Gerüchte in den politischen Kreisen verbreitet waren, daß eine Krise im österreichischen Ministerium im Anzuge sei." Zur Sache selbst sagt sie zwar melancholischen Tonfalles, aber doch bereits die noch gestern zäh verteidigte Konjunktur verabschiedend und der neuen sich zuwendend:

Herr v. Koenber war durch lange Enthaltsamkeit fremder geworden und ringsherum, in den Parteien, in den Gruppen und in der Politik von Oesterreich und von Ungarn, hatte die Welt vielfach ein neues Aussehen bekommen. Als er mit der Bildung seines zweiten Kabinetts beauftragt wurde, ist er schon am nächsten Morgen nach Budapest gefahren. Graf Stürgkh hatte mit der ungarischen Regierung wichtige Verabredungen über den Ausgleich getroffen und Herr v. Koerber war noch vor der Geburt des Ministeriums gezwungen, mit sich zu Rate zu gehen, ob er bei dem Werke, an dem er nicht mitgearbeitet hatte, die Vaterstelle übernehmen und es sich aneignen solle Da mag er stark mit sich gerungen haben. Noch ehe seine Ernennung vollzogen war, zehrte diese Wunde an ihm und verbrauchte rasch den Lebensgehalt, den ein Ministerium haben muß. Dazu kamen Verdrießlichkeiten mit Parteien. Was sich geschichtlich herausgebildet hat, war den kleinen Erben einer großen (?) Vergangenheit des deutschen Volkes nicht recht. Vielleicht haben sie das Ministerium Koerber erschlagen und vielleicht manches, was sie bald aus der Erde werden schaufeln wollen.

Das „Neue Wiener Tagbl." zieht aus dem „rasch und ohne Ankündigung" vollzogenen Regierungswechsel die dem Blatte angepaßte

Lehre, immer damit zu rechnen, daß der Grenzraum zwischen Außerordentlichem und Natürlichem sehr schmal geworden ist. Man hat heute nur mit den Tatsachen zu rechnen. Und ganz gefehlt wäre nach Ansicht aller politischen Kreise, bei diesem Kabinettswechsel nach irgendwelchen Geheimnissen zu forschen .... In diesen ernsten und hochbedeutsamen Zeiten zählt jeder Kopf, der etwas leisten kann, doppelt, und die Tatsache allein, daß Dr. v. Spitzmüller wieder zu Amt und Würden gelangt, ist an sich erfreulich und herzlicher Begrüßung gewiß. Von allen, die Gelegenheit hatten, dem neuen Premier näherzutreten, wird stets seine Herzensgüte gerühmt. Jeder Oesterreicher hat heute den Blick in die Zukunft zu richten und für die Zukunft tätig zu sein.

Dagegen ist das „Fremdenbl." doch mehr der Ansicht, daß man auch der Vergangenheit gerecht werden soll, und widmet dem scheidenden Ministerpräsidenten eine in Superlativen schwelgende persönliche Würdigung.

Die „Oesterreichische Volkszeitung" ist über „die Gründe des Rücktritts derzeit noch nicht aufgeklärt", das „Extrablatt" ist ganz „Ueberraschung", bedauert den Abgang „der Klaue des starken Mannes", tröstet sich aber rasch mit der „vertrauenerweckenden neuen Erscheinung". Das „N. Wr. Journal" tut sowohl über die Gründe des Rücktritts — selbstverständlich! — informiert, als über diesen selber überrascht:

Diese Nachricht wird nicht verfehlen, die größte Ueberraschung hervorzurufen, eine Ueberraschung, die in den weitesten Kreisen um so tieferen Eindruck machen wird, als sich an das Kabinett Koerber bei dessen Ernennung Erwartungen geknüpft hatten, mit denen wohl kaum je ein Kabinett in Oesterreich begrüßt worden war. (!) Es ist naturgemäß, daß die Frage nach den Ursachen dieses Regierungswechsels die gesamte Bevölkerung tiefbewegen wird, denn Dr. v. Koerber war eine Hoffnung der österreichischen Bevölkerung, er war der populärste Staatsmann ganz besonders in Wien, denn in ihm erschien der moderne Staatsmann, der Staatsmann, in dem sich konservative Besonnenheit und freisinniges, vorurteilsloses Denken vereint verkörpert, er erschien als der Ministerpräsident der Gedankenfreiheit und damit (?) der Preßfreiheit.

Gänzlich aus allen Himmeln gefallen ist die „Arbeiterztg.", die weit und breit keinen Grund für den Rücktritt Koerbers zu entdecken vermag:

Im ganzen Bereich der inneren Politik ist nichts sichtbar geworden, was als irgend ein Anlaß zur Demission gewertet werden könnte. Das Ministerium Koerber ist mit vielem Vertrauen begrüßt worden, es hat große Hoffnungen geweckt und vielen seiner Mitglieder traute man zu, daß ihre Kraft zur Bewältigung der großen Aufgaben während des Krieges und nach dem Kriege ausreichen werde. Und es muß plötzlich seine Demission anbieten und die Demission wird angenommen! Was ist da vorgegangen und warum muß Koerber gehen?

Sind das aber verschlafene Leute! — Das „Deutsche Volksbl." stellt fest, daß „bereits seit mehreren Tagen Krisengerüchte umliefen", und daß

die Ereignisse der letzten Wochen auch eine Reihe staatsrechtlicher und politischer Fragen an die Oberfläche gedrängt haben, deren Dringlichkeit durch den Kabinettswechsel nur noch erhöht worden ist. Zu ihrer Lösung, die im Interesse Oesterreichs und des Gesamtstaates als unerläßlich bezeichnet werden muß, bedarf es einer Regierung, die schon durch die Einheitlichkeit und Bestimmtheit ihrer Absichten in der Lage ist, gestaltend zu wirken und jene Folgerungen aus den bisherigen Ergebnissen des Krieges zu ziehen, zu denen das Bedürfnis drängt.

Die „Zeit" erkennt als den Grund des Wechsels die Zerwürfnisse mit den deutschen Parteien und das Zögern Koerbers in der Ausgleichsfrage.

Pester Lloyd
14./XII. 1916

Kriegstagung des Reichstages.

Eine dringliche Ausgleichsinterpellation Apponyis.

Budapest, 14. Dezember.

In einer dringlichen Interpellation berührte heute Abgeordneter Graf Albert Apponyi die Ausgleichsverhandlungen mit den Kabinetten Stürgkh und Koerber im Zusammenhange mit diesen aufgetauchten Annahmen. Der aktuelle Charakter der Interpellation wurde gekennzeichnet durch den Hinweis auf die Betrauung, die gestern zur Kabinetsbildung Dr. v. Spitzmüller erhielt, den Graf Apponyi als den Vertreter der Idee eines langfristigen Ausgleichs bezeichnete. Graf Albert Apponyi griff zurück auf die Erklärungen, die Ministerpräsident Graf Stefan Tißa gestern betreffend die Ausgleichsverhandlungen mit Oesterreich gemacht hat, Erklärungen, in denen der Ministerpräsident feststellte, daß er in dem Stadium, in dem sich die schwebenden Ausgleichsverhandlungen befinden, nicht in der Lage ist, detaillierte Aufschlüsse zu erteilen. Graf Albert Apponyi forderte heute die Abänderung dieses Standpunktes, indem er betonte, daß es unzuträglich und unzulässig wäre, wenn die Regierung das Haus erst nach Abschluß der Verhandlungen über den Beratungsstoff der Ausgleichsberatungen informieren würde. Graf Albert Apponyi unterstützte diesen Standpunkt mit ausführlichen Darlegungen, die namentlich auf die Tatsache verwiesen, daß das Abgeordnetenhaus nur auf Grund der Mandatsverlängerung amtiere, seine Befugnisse also eingeschränkt seien.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa antwortete sofort. Er hielt fest an seinem gestrigen Standpunkt, den er durch einen Blick auf die parlamentarische Rechtsmäßigkeit wesentlich unterstützte. Die Regierung ist durch das staatliche Interesse bewogen, betreffend die Ausgleichsverhandlungen notwendige Diskretion walten zu lassen. Es komme in diesen Fragen darauf an, daß die Verhandlungen durch eine entsprechende Regierung geführt werden. Mag nun die Opposition in der gegenwärtigen Regierung den entsprechenden Verhandlungsfaktor auch nicht erkennen wollen, so ist doch die Regierung, gestützt auf das Vertrauen der Majorität, verpflichtet und befugt, die Verhandlungen in der erforderlichen Weise und mit der erforderlichen Diskretion zu führen.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa ergriff dann noch einmal das Wort, um eine Replik des Grafen Albert Apponyi zu beantworten. Dieser führte nämlich in einer zweiten Bemerkung aus, daß der Standpunkt, den der Ministerpräsident einnehme, eine auf das Vertrauensvotum der Mehrheit basierte Diktatur bedeuten würde, die dem Wesen des Parlamentarismus widerspreche, sei es doch parlamentarisches Erfordernis, daß die Haltung der Regierung Gegenstand der Diskussion bilden könne und daß sich im Wege dieser Diskussion auch die Mehrheiten wandeln könnten. Diesem Standpunkt des Grafen Albert Apponyi trat der Ministerpräsident mit der kurzen, doch sehr wirksamen Feststellung entgegen, daß er die auf das Vertrauen der Mehrheit gestützte Diskretion nur für Angelegenheiten in Anspruch nehme, deren Natur es, wie gerade in den Ausgleichsfragen, so erfordert, daß er also keinesfalls dem von dem Interpellanten bezeichneten diktatorischen System huldige.

Das Haus nahm die Antwort des Ministerpräsidenten mit Kundgebungen des Beifalls zur Kenntnis.

Es wird morgen abend um 5 Uhr wieder zusammentreten.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Karl v. Szász eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr vormittags

Schriftführer: Ladislaus Almásy, Georg Rudnyánszky, Zoltán Vermes.

Auf den Ministerfauteuils: Graf Tißa, Balogh, Baron Harkányi.

Präsident teilt mit, daß Graf Albert Apponyi um die Erlaubnis angesucht und sie auch erhalten hat, in der heutigen Sitzung eine dringliche Interpellation über den wirtschaftlichen Ausgleich mit Oesterreich zu unterbreiten.

Folgt die Tagesordnung, die dritte Lesung der Gesetzentwürfe über das Budgetprovisorium und über die Ausdehnung des Gesetzes betreffend die provisorische Regelung der auswärtigen Handels- und Verkehrsverhältnisse für das Jahr 1917. Beide Gesetzentwürfe werden in dritter Lesung angenommen.

Präsident beantragt, das Abgeordnetenhaus möge seine nächste Sitzung morgen, Freitig, nachmittags 5 Uhr halten zwecks Feststellung der weiteren Agenden.

Das Haus beschließt in diesem Sinne.

Folgt die dringliche Interpellation.

Graf Albert Apponyi:

Geehrtes Haus! Die gestrigen Aeußerungen des Herrn Ministerpräsidenten veranlassen mich, eine dringliche Interpellation zu unterbreiten, und zwar deshalb eine dringliche, weil ich meine Interpellation nicht in die Agenden jener Sitzungen einfügen möchte, die den Vorbereitungen zur Krönung gewidmet sein werden. (Zustimmung.)

Als Graf Michael Károlyi gestern die Verhandlung des Gesetzentwurfes über die Regelung der auswärtigen Handelsverhältnisse als Anlaß benützte, um eine allgemeine Frage betreffend die Regelung dieser Verhältnisse an den Herrn Ministerpräsidenten zu richten, erhielt er vom Herrn Ministerpräsidenten auf diese allgemeine Frage, der ich und Graf Moritz Esterházy uns anschlossen, nur die Antwort, daß in der Frage des wirtschaftlichen Ausgleichs und der damit im Zusammenhange stehenden Regelung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse mit Deutschland und den auswärtigen Staaten der Standpunkt der Regierung unverändert der gleiche ist, der er früher war. Da Graf Károlyi auch auf den in Oesterreich nach dem Tode des Grafen Stürgkh eingetretenen Regierungswechsel hingewiesen hatte, erklärte der Herr Ministerpräsident, das Ministerium Koerber habe keine Aeußerung getan, die die Ansicht enthalten hätte, daß es die mit dem Kabinett Stürgkh zustande gekommenen Ausgleichsvereinbarungen, beziehungsweise den Standpunkt nicht annehmen würde, den die beiden Regierungen oder eine derselben zurzeit des Kabinetts Stürgkh eingenommen hatten. Die Erklärung, der Standpunkt der Regierung habe sich in diesen Fragen nicht verändert, könnten wir aber nur verstehen, wenn wir den früheren Standpunkt der Regierung kennen würden. So bedeutet sie aber nur, daß das, wovon wir nichts wissen, sich nicht verändert hat. (Zustimmung links.) Es wäre aber noch ein relativ glücklicher Zustand, wenn wir davon gar nichts wüßten. Leider wissen wir manches, d. h. es sind gewisse Aeußerungen erfolgt, die auf Grund berechtigter, fast logisch notwendiger Annahmen sehr unangenehme Ahnungen aufkommen lassen. Denn aus allen Erörterungen, die über diesen Gegenstand anläßlich verschiedener Interpellationen gepflogen wurden, kamen folgende negative Tatsachen zum Vorschein: 1. daß die Regierung sich davor nicht verschließt, die Zollgemeinschaft mit Oesterreich für 20 oder fünfundzwanzig Jahre festzulegen. Der Ministerpräsident sagte nämlich, daß daraus, daß er über die Zeitdauer des Ausgleichs schweigt, keinerlei Konsequenzen weder nach rechts, noch nach links abgeleitet werden können. Es entspricht der Natur der Sache, daß die Regierungen bestrebt sind, durch ihre Aeußerungen für sich in der öffentlichen Meinung eine günstige Stimmung zu schaffen. Nun hätte die Regierung dies erreichen können, wenn sie erklärt hätte, daß sie es für ausgeschlossen erachtet, daß wir uns für eine lange Zeitdauer wirtschaftlich binden. Da die Regierung dies nicht getan hat, folgt klar und logisch daraus, daß sie es nicht für ausgeschlossen hält, daß das Land für längere Zeit wirtschaftlich gebunden werde.

Das zweite Negativum, das noch klarer aus den Aeußerungen des Ministerpräsidenten hervorgeht, ist, daß er auch die endgültige Regelung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse noch durch diesen Reichstag, der hiezu kein Mandat hat, nicht für ausgeschlossen hält. Der Ministerpräsident sagte nämlich wiederholt, es sei zwar sein Wunsch, daß die endgültige Regelung erst nach den allgemeinen Wahlen erfolge; es könnten aber Verhältnisse eintreten, die dies unmöglich machen würden. Das dritte Negativum ist das folgende: In der bekannten Nachtsitzung vom 23. August fragte ich in einer Interpellation den Herrn Ministerpräsidenten, ob er der Ansicht ist, daß der auf der Zollgemeinschaft beruhende wirtschaftliche Ausgleich auf die Weise geschlossen werden wird, daß er in Oesterreich nicht in der im G.-A. XII: 1867 vorgeschriebenen Art, sondern mit Hilfe des § 14, dieses bekannten Nothehelfs der österreichischen Verfassung, ins Leben gerufen wird. Diese Frage versetzte den Herrn Ministerpräsidenten in eine gewisse Aufregung; ich nehme dies wenigstens an, denn nur dies könnte als Entschuldigung dafür dienen, daß er die Anhänglichkeit an die Traditionen, die nicht die Unabhängigkeitspartei, sondern die auf der siebenundsechziger Grundlage stehende Mehrheit von Franz Deák angefangen über Koloman Széll bis auf den heutigen Tag stets anerkannt hat, eine politische Ranküne nannte, die Traditionen, denengemäß Ungarn im Sinne des G.-A. XII: 1867 nur mit den verfassungsmäßigen Faktoren Oesterreichs Zoll- und Handelsbündnisse eingehen kann. Die Modalitäten für die Abschließung des Bündnisses sind in unserem Gesetze genau umschrieben, und es bildet eine Garantie unserer Verfassung und unserer wirtschaftlichen Selbständigkeit, daß wir uns in dieser Hinsicht selbst einschränken und daß wir diese Selbsteinschränkung nicht anders durchführen können, als eben durch Beobachtung der verfassungsmäßigen Garantien nicht nur hüben, sondern auch drüben. (Lebhafter Beifall links.)

Demzufolge wissen wir vom Standpunkt der Regierung, daß sie sich nicht davor verschließt, das Land für längere Zeit zu binden, daß sie sich nicht davor verschließt, daß der Ausgleich durch diesen Reichstag, der hiezu über kein Mandat verfügt, perfektioniert wird und daß sie sich auch davor nicht verschließt, daß dieser Ausgleich nicht in der im G.-A. XII:1867 vorgeschriebenen, sondern in einer, aus dem Gesichtspunkte der Garantien minder wirksamen Weise abgeschlossen werde. Das sind die einzigen Momente, aus denen wir auf den Inhalt dessen schließen können, worüber der Ministerpräsident gestern erklärt hat, daß die Regierung an ihrem bisherigen Standpunkt festhält und daß auch das Kabinett Koerber nie einen im Gegensatze dazu stehenden Standpunkt geäußert hat. Dennoch können wir die folgenden Tatsachen nicht ignorieren. Als Dr. Ernest Koerber sein Kabinett bildete, blieben aus diesem Ministerium gerade jene wirtschaftlichen Minister aus, die die Ausgleichsverhandlungen geführt hatten, es blieben namentlich der Handelsminister aus, von dem die öffentliche Meinung behauptet, er sei der geistige Vater und der typischeste Vertreter des langfristigen Ausgleichs. Demgegenüber ist es auch eine charakteristische Tatsache, daß, als das Kabinett Koerber seinen Platz verläßt, was uns staatsrechtlich nichts angeht, und das neue Kabinett ernannt wird, an die Spitze dieser neuen österreichischen Regierung jener Dr. v. Spitzmüller gestellt wird, den Koerber in sein Kabinett nicht aufnahm und von dem ich soeben erklärte, daß er der typischeste Vertreter des Gedankens eines langfristigen Ausgleichs sei. Ich betone wiederholt, daß es uns staatsrechtlich nichts angeht, weshalb eine österreichische Regierung fällt und wen der österreichische Kaiser mit der neuen Kabinetsbildung betraut. Diese Frage möge die neue österreichische Regierung mit dem österreichischen verfassungsmäßigen Faktoren erledigen, wenn diese wieder zu neuem Leben erweckt sein werden. Auf Grund des G.-A. XII: 1867 haben wir indes ein Interesse daran, daß das Ruhen der österreichischen Verfassung nicht zu einer endgültigen Einschläferung der österreichischen Verfassung werde, denn dann müßten wir daraus die Konsequenzen ziehen (Beifall links und äußerstlinks) und unsere Angelegenheiten vollständig unabhängig von jenem Staate erledigen, bei dem die Bedingungen, an die durch den G.-A. XII: 1867 die Tätigkeit der gemeinsamen Institutionen geknüpft ist, nicht erfüllt sind. Allein obwohl uns staatsrechtlich eine österreichische Kabinetskrise nichts angeht, interessiert uns dennoch ein derartiger Verlauf der österreichischen Kabinetskrise, durch den an die Spitze der österreichischen Regierung ein Mann von einer so kristallisierten, wirtschaftlichen Individualität gestellt wird. Dies kann vielleicht eine Erleichterung für die wirtschaftliche Politik bedeuten, die die bisherigen Aeußerungen des Herrn Ministerpräsidenten ahnen lassen und die ich sehr bedauern würde, oder aber Schwierigkeiten, wenn die Ausgleichspolitik der ungarischen Regierung nicht die ist, die wir auf Grund der bisher erfolgten Erklärungen zu unserem großen Bedauern zu vermuten gezwungen sind.

In diesem dichten Nebel der Ungewißheiten darf meiner Ansicht nach das Abgeordnetenhaus nicht verbleiben. Es ist vollständig unmöglich, daß das ungarische Abgeordnetenhaus Monate hindurch nur auf Vermutungen angewiesen sei, welche Vermutungen dann später die Eingeweihten mit großem Triumph widerlegen und dann sagen können: „Ihr habt euch geirrt, die Sache verhält sich anders." Es ist vollständig un-

Reichspost 14./XII. 1916

I

144

Der Rückweg zur Volksvertretung.

Von Dr. Karl Gottfried Hugelmann
Privatdozent an der Universität Wien.

In weiten Kreisen setzt sich mit immer steigender Stärke die vorläufig mehr gefühlsmäßige, als politischem Denken entsprungene Ueberzeugung durch, daß in Oesterreich der Rückweg zur Volksvertretung gefunden werden muß. Die von Hochschullehrern aller politischen Richtungen ausgehende Einberufung einer diese Frage behandelnden Versammlung — welche von der früheren Regierung leider verboten wurde — hat gezeigt, daß diese mehr gefühlsmäßige Ueberzeugung breiter Volkskreise von jenen Schichten der Gesellschaft, welche im Geistesleben der Nation zu führen berufen sind, ohne Unterschied der politischen Richtung — gerade das ist das Bedeutsame — aus bewußter politischer Ueberlegung geteilt wird. Und mancherlei Anzeichen zeigen, daß die nunmehr herrschende Absicht der Regierung sich mit der geschilderten politischen Stimmung begegnet.

Es erscheint uns daher dringend geboten, vom Standpunkt konservativer und nationaler politischer Grundsätze aus eine Orientierung in der Frage des parlamentarischen Lebens zu gewinnen. Denn es kann nicht geleugnet werden, daß sich einzelne Vertreter dieser Grundsätze gegenüber der allgemein vorherrschenden Strömung in einem unbewußten oder auch bewußten Gegensatz befinden. Betrübliche Erfahrungen, welche man mit unserem Abgeordnetenhaus zweifellos gemacht hat, mögen alte eingewurzelte Bedenken verstärkt haben. Dazu kommt die Kriegsstimmung, welche selbst in von Haus aus liberalen politischen Kreisen ab und zu die früher landläufige Ueberschätzung englischer Einrichtungen in das Gegenteil verkehrt hat. Gegenüber dem englischeu Parlamentarismus wurde in nicht einmal ganz vereinzelten Stimmen die absolute Fürstenmacht mit dem Schimmer einer bodenständigen deutschen Rechtseinrichtung umgeben.

Gegen derartige törichte Schlagworte, die immer geeignet sind, die konservative und nationale Politik zu kompromittieren, kann gar nicht nachdrücklich genug Verwahrung eingelegt werden. Zunächst ist auf die einfache geschichtliche Tatsache zu verweisen, daß der Fürstenabsolutismus keineswegs deutschen Rechtsgedanken entsprungen, auch nicht auf deutschem Boden zuerst zur vollen Blüte gelangt ist, im Gegenteil, das deutsche Rechtsempfinden sich von Haus aus gegen absolute, schrankenlose Rechte irgendwelcher Art geradezu auflehnte. Man kann es sogar als einen geradezu gemeingermanischen Gedanken bezeichnen, das Volk irgendwie zur Mitwirkung an der staatlichen Willensbildung heranzuziehen. Das Maß und die Art dieser Mitwirkung waren natürlich sehr von den verschiedensten Umständen abhängig, aber ganz verflüchtigt hat sich dieser große und im tiefsten Sinne wahrhaft konservative Rechtsgedanke auf germanischem Boden niemals. Und die kurze Spanne, da er unter der Herrschaft des Fürstenabsolutismus in seiner praktischen Auswirkuug gelähmt war, als einen Höhepunkt staatlicher Entwicklung zu preisen, besteht wahrhaftig gerade im Lichte konservativer und nationaler Rechtsauffassung der allermindeste Anlaß.

Es gehört weiterhin eine große Gedankenlosigkeit oder Unwissenheit auf dem Gebiet der Geschichte dazu, die englischen Staatseinrichtungen als ein Ganzes den germanischen entgegenzustellen, während sie doch in Wirklichkeit aus germanischer Wurzel erwachsen sind. So sehr verschieden von der deutschen sich die Entwicklung durch Jahrhunderte in England vollzogen hat, so zeigt sich der Aufbau des englischen Staatswesens dem des Deutschen Reiches oder der österreich-ungarischen Monarchie doch viel näher verwandt als irgendeines dieser Gebilde den lateinischen Staaten, Frankreich oder Italien. Das, was man gemeiniglich den englischen Parlamentarismus nennt und was man in wenig abweichender (aber verschlechterter) Form in den lateinischen Staaten wiederfindet, ist eben keineswegs für die Charakteristik des gesamten Staatstums ausschlaggebend.

Und was schließlich diesen Parlamentarismus anlangt, so ist es wieder ein großer Irrtum, die parlamentarische Regierungsform in engerem Sinn schlechthin mit konstitutionellen gleichzusetzen, ihr Wesen in der Mitwirkung einer repräsentativen Volksvertretung erschöpft zu sehen. Alle Einzelzüge, die gleichsam das Mosaikbild des englischen Parlamentarismus ergeben, können im Rahmen eines Zeitungsaufsatzes kaum geschildert werden; als das Wesentlichste dürfte wohl die Bekleidung der politischen Parteien als solcher mit öffentlich-rechtlichen Funktionen anzusehen sein, insbesondere der jeweiligen Mehrheit, als deren Ausschuß geradezu das Ministerium erscheint. Diese Regelung mag einem sympathisch oder unsympathisch sein — beim Schreiber dieser Zeilen ist trotz Erkenntnis ihrer unleugbaren Vorzüge das letztere der Fall — mit der Frage der konstitutionellen Regierungsform hat dies nichts zu tun.

Wir haben diese Bemerkungen vorangeschickt, lediglich um mit den Schlagworten aufzuräumen, welche in dem kleinen, aber rührigen Kreise, der sich der allgemeinen politischen Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Rückkehr zur Verfassung verschließt, gang nnd gäbe sind. Für die erdrückende Mehrzahl der politisch Denkenden bedarf es allerdings keines Beweises dafür, daß das Regieren — wir wollen nicht sagen gegen die Verfassung, aber doch jedenfalls — außerhalb der Verfassung auf die Dauer einfach unerträglich ist. Wir empfinden es schon lange als beschämend, daß die Völker Oesterreichs weniger politische Rechte haben sollten, als die Albanesen seit der österreichischen Okkupation. Wir vermissen mit patriotischem Schmerz die politische Verknüpfung des ganzen Volkes mit dem Staat. Auch insoweit wir wirklich konservativ sind, erscheint uns der unvermittelte Bruch mit der Entwicklung und die — durch den § 14 nur notdürftig verhüllte — sprunghafte Rückkehr zu Regierungsformen, welche aus ganz anders gearteten politischen Voraussetzungen geschichtlich erwachsen waren, als eine bedenkliche Erschütterung des Rechtsgefühls,

Wir müssen, wenn wir ein unserer Kultur würdiges politisches Leben führen wollen, den Rückweg zur Volksvertretung finden, koste es, was es wolle. Dies ist aber noch nicht damit geschehen, daß der Reichsrat zusammentritt, sondern es müssen Garantien dafür geschaffen werden, daß er seine Fuktionen auch tatsächlich ausüben kann. Man mißverstehe uns nicht: Wir meinen nicht Garantien dafür, daß er von seinen Rechten in einer bestimmten Richtung Gebrauch macht — auch solche Vorschläge sind aufgetaucht — sondern dafür, daß er seine Funktionen überhaupt ausübt. Zu diesem Zwecke müssen die Hindernisse beseitigt werden, welche in naher Vergangenheit unsere Volksvertretung lahmgelegt und schließlich leider gerade in der Schicksalszeit des Weltkrieges ausgeschaltet haben.

Das wesentlichste Hindernis dieser Art ist unseres Erachtens die ungelöste böhmische Frage. Die Arbeitsunfähigkeit des böhmischen Landes hat zunächst unmittelbar auf das Abgeordnetenhaus Rückwirkungen ausgeübt, aber auch mittelbar insoferne, als ein sogenanntes „Junktim" zwischen der Reform der autonomen Landesverfassung und Verwaltung einerseits und der Regelung der Sprachenfrage bei den staatlichen Behörden anderseits aufgestellt wurde. Nun ist heute eine Reform der Landesordnung auf dem normalen verfassungsmäßigen Weg unmöglich geworden, weil die ganze böhmische Landesautonomie förmlich in sich zusammengebrochen ist und die Geschäfte der autonomen Landesbehörden auf Grund eines Oktrois von einer vom Kaiser ernannten Kommission weitergeführt werden. Daß der böhmische Landtag auf Grund der alten, gänzlich überholten Wahlordnung neu gewählt werden könnte, ist eine politische Unmöglichkeit; daß er, wenn das Unmögliche zum Ereignis zu machen versucht würde, so unfruchtbar wäre, wie früher, eine todsichere Gewißheit. Es fehlt heute an irgendwelchen autonomen Organen, an irgendwelchen gewählten Volksvertretern und damit an Personen, welche ein Recht hätten, im Namen der Böhmen bewohnenden Volksstämme zu sprechen. Der Versuch aber, mit politischen Tischgesellschaften ohne Mandat und Verantwortung — mehr sind die ehemaligen Abgeordneten nicht — zu verhandeln, ist von vorneherein dem Fluch der Lächerlichkeit verfallen: daß sie sich einigen, ist unwahrscheinlich, und — was noch schlimmer ist — wenn sie sich einigen, so ist dies eine ganz belanglose, keinen Menschen bindende und daher die Frage um keinen Schritt vorwärtsbringende Vereinbarung von Privatleuten. Aus dem Wirrsal, zu dem die böhmische Frage heute gediehen ist, gibt es nach der Ueberzeugung vieler Patrioten — man muß den Mut haben, es ehrlich zu sagen — nur einen Ausweg: die Verleihung einer neuen Landesordnung und einer neuen Landtagswahlordnung durch die Krone. Das Recht hiezu kann unseres Erachtens nicht bestritten werden, weil eben die alte Landesverfassung seit drei Jahren schon förmlich außer Kraft gesetzt ist, nachdem sie faktisch schon in dem Augenblick erloschen war, als die Neukonstituierung des Landesausschusses sich als unmöglich erwies. Was wir vorschlagen, ist nicht ein Staatsstreich im gewöhnlichen Sinn, durch den eine bestehende Verfassungseinrichtung geändert werden, sondern eine Maßnahme, durch welche die mit dem tatsächlich längst erfolgten Absterben verfassungsmäßiger Organe entstandene Lücke ausgefüllt werden soll. Die klaffende Wunde, die an der Verfassung des gesamten Staates zehrt, soll so geschlossen werden. Die neue Landesordnung, über welche sich ja die Vertreter beider Volksstämme in der Hauptsache vor Jahren schon geeinigt hatten, müßte — weit entfernt von allen Germanisationsbestrebungen — die Rechte der deutschen Minorität auf eine unantastbare Grundlage stellen, die Landtagswahlordnung aber müßte auf breiter demokratischer Grundlage allen im Volke wirksamen Kräften

Reichspost 14./XII. 1946

II

145

Zur Rückkehr zur Volksvertretung.

Raum zur Entfaltung geben. Wenn dies geschieht, so könnten anderseits die historischen Erinnerungen des Landes Böhmen — selbstverständlich fest eingefügt in den Rahmen des Gesamtstaates — berücksichtigt werden. Mit diesem von uns vorgeschlagenen Akt der Krone wäre allerdings nicht die ganze deutsch-tschechische Frage gelöst; aber wir sind fest überzeugt, daß damit der Weg zu ihrer Lösung geebnet, daß insbesondere ihre ruinöse Rückwirkung auf den Reichsrat beseitigt oder mindestens sehr abgeschwächt wäre. Um das Abgeordnetenhaus nach der empfindlichen Schwächung, die es seit Jahrzehnten erfahren hat, vor Rückfällen zu schützen, wäre unseres Erachtens allerdings noch die Schaffung einer zweiten mehr formellen Voraussetzung zu erwägen. In den abnormen, durch den deutsch-tschechischen Streit geschaffenen Verhältnissen hat sich eine verhängnisvolle Praxis in der Handhabung der Geschäftsordnung herausgebildet. Man ist zu einer Wortklauberei und zu einem Buchstabenkultus gelangt, der mit allen modernen Auslegungsregeln in schreiendem Gegensatz steht und, etwa auf das Zivilrecht übertragen, einfach Hohngelächter hervorrufen würde. Nur so war es möglich, daß uns die Norm, die bestimmt ist, die Verhandlung zu ordnen, eine Sammlung von Fallstricken wurde, um sie zu drosseln. Nicht etwa nur als Notwehr ganzer Völker gegen wirkliches oder vermeintliches Unrecht — als die sie immerhin noch erträglich war — richtete sich die „technische Obstruktion" ein, sondern als ein bequemes Mittel, mit dem eine Handvoll Abgeordnete ohne Leidenschaft, geradezu aus Laune oder Demagogie, um von Schlimmerem zu schweigen, die Volksvertretung lahmlegte. Diese wahnsinnige „Methode" der Gesetzes„auslegung" ist so tief eingefressen, daß sie ohne die schwersten Erschütterungen nicht wird überwunden werden können. Hat man doch seinerzeit den gedankenlosen, an dem wirklichen Problem der Auslegung vorbeigehenden Ausspruch eines Vizepräsidenten, er werde die Geschäftsordnung ihrem Wortlaut und ihrem Geiste nach anwenden, bejubelt.

Um das Abgeordnetenhaus stark und lebensfähig zu machen, möge auch dieser Satz, bevor es wieder zusammentritt, hinweggeräumt werden. Der viel mißbrauchte Paragraph 14 walte noch einmal, noch ein letztesmal seines Amtes, um sich selbst überflüssig zu machen! Statt daß wir Jahre hindurch auf der mit §-14-Verordnungen gepflasterten Straße neben dem verfassungsmäßigen Wege weiterschreiten, machen wir — zwar auch noch außerhalb der Verfassung, von der wir nun leider abgeirrt sind — einmal einen energischen Schritt — zu ihr zurück, indem wir eine Geschäftsordnung schaffen, welche die „technische Obstruktion" mit Stumpf und Stil ausrottet, dabei aber anderseits weitgehende Sicherungen der Minoritäten enthalten möge. Hiedurch würde das einzige erhebliche Bedenken gegen den Inhalt der hier vorgeschlagenen Reform beseitigt, wobei wir übrigens bemerken wollen, daß unseres Erachtens eine wirklich von der sittlichen Ueberzeugung breiter Volksschichten getragene Opposition, wenn die Abgeordneten nur halbwegs auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen, der geistlosen „technischen Obstruktion" entraten kann.

Wir wissen, daß uns — nicht nur von demokratischer Seite — schwere Bedenken gegen den hier eingeschlagenen Weg eingewendet werden dürften, deren Gewicht wir voll würdigen. Wir selbst würden diesen Weg schwerlich vorschlagen, wenn nicht durch ein dreijähriges Zwischenspiel die Kontinuität unseres öffentlichen Rechts ohnedies zerstört wäre. Heute handelt es sich — nachdem das Parlament durch eigene und fremde Schuld ausgeschaltet wurde — nicht darum, ob man, wenn auch mühsam und strauchelnd, auf dem vielleicht steinigen, aber geraden Weg der Verfassungsmäßigkeit bleiben, sondern darum, ob man zu ihm zurückkehren will — und hiefür gibt es innerhalb der Verfassung begreiflicherweise kein Mittel. Würde man aber, nachdem unglücklicherweise dank unglaublicher Fehler auch der Regierungen die oben geschilderten Zustände entstanden sind, die Volksvertretung ohne formelle Sicherung ihrer Funktionsfähigkeit zusammentreten lassen, dann wäre die Gefahr eines Versagens nicht von der Hand zu weisen. Was das für den Staat, was es aber insbesondere für den konstitutionellen Gedanken in Oesterreich bedeuten würde, bedarf wohl kaum eines Wortes der Erläuterung. Dies mögen vor allem gerade diejenigen bedenken, welche vielleicht aus demokratischen Gedankengängen unseren Vorschlag gewagt finden!

Es darf nicht vergessen werden, daß das konstitutionelle Leben Oesterreichs, sosehr man auch die oben genugsam betonten Fehler der Regierungen in Anschlag bringen mag, doch nicht einem willkürlichen gewaltsamen Eingriff von oben erlegen ist, daß es vielmehr aus dem Parlament selbst heraus unterwühlt worden ist. Kaiser Franz Josef I. wird der mißgünstigste Beurteiler das eine nicht nachsagen können, daß er ein gewalttätiger Herrscher war. Er hat das Versagen der Verfassung nicht gewünscht, im Gegenteil schwer unter ihm gelitten; geradezu erschütternd klang es, als er in seinem Jubiläumsjahr — gerade damals setzte die Arbeitsunfähigkeit des Abgeordnetenhauses ein — zu Bürgermeister Dr. Lueger nach dem Kinderfestzug sagte, dieses Fest sei ihm ein Trost gewesen in dem schweren Kummer dieses Jahres. Und auch in den Regierungen wird man — vielleicht mit einer Ausnahme — Gewaltmenschen vergeblich suchen, ja leider sogar Männer der Tat nur selten finden. Meist war allzu große Passivität, Mangel an Initiative und Führergabe, oft auch mangelndes Wohlwollen oder mindestens unpsychologische Behandlung der Parteien ihr Fehler. Aber einem auf der Höhe seiner Aufgabe stehenden Parlament hätte keine von ihnen ein Haar gekrümmt. Nur die Charakterlosigkeit unseres politischen Lebens hat es möglich gemacht, daß sie ohne und gegen das Parlament regieren konnten. Man erinnere sich nur, wie ein führendes liberales (!) Blatt jedem Versuch, das Abgeordnetenhaus flott zu machen, mit dem jedes parlamentarische Leben in der Wurzel vernichtenden Ruf: „Verhandelt wird nicht!" in den Arm fiel und es als besondere Staatsweisheit bejubelte, als das Ministerium Stürgkh dem Ruin des Parlamentes tatenlos zusah. Wenn dasselbe Blatt dann über die selbstverständliche Folge, die so sicher eintreten mußte, wie das A auf das B folgt, über die §-14-Wirtschaft jammerte, so kann man das nur als Spekulation auf die Gedankenlosigkeit seiner Leser bezeichnen.

Bei einer so geringen inneren Widerstandskraft des konstitutionellen Lebens darf man der Volksvertretung bei ihrer Wiederkehr nicht allzu viel zumuten. Der Schutt, der sich aufgehäuft hat, muß ihr aus dem Wege geräumt werden, damit der Weg frei werde zu fruchtbarer Arbeit. Ein letzter Eingriff möge für alle Zukunft Eingriffe in das verfassungsmäßige Leben zugleich überflüssig und unmöglich machen! Wenn der junge Kaiser das Gelöbnis auf die Verfassung leistet, müssen die Bleigewichte bereits beseitigt sein, die sie in Frage stellen. Die geschichtliche Stunde soll nicht ungenutzt vorübergehen! Es wäre die schönste Feier, die den Manen des verewigten, unvergeßlichen Kaisers dargebracht werden könnte, wenn an seiner Bahre die gemeinsame Vertretung der Völker des Staates aus ihrer Erstarrung erlöst wird, was niemand sehnlicher gewünscht hat, als der hohe Verstorbene. Raffen wir uns auf im großen Erlebnis dieses Krieges zu einer mannhaften Tat, zerreißen wir die Fessel, welche die Tätigkeit der Volksvertretung hemmt! Wir können dann sicher hoffen, daß im Heraufsteigen eines politischen Morgenrotes die zerstörenden Geister, die unser Volkstum zerfleischt haben, gebannt von dannen ziehen werden, so wie die Eumeniden, die nach des Dichters Wort des Hades Tore fernab donnernd zuschlagen!

Die Zeit
14./XII. 1916

147

Kundgebung der Wiener Freiheitlichen.

* **Wien, 13. Dezember.** Gestern fand eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung des Wiedener Volksvereins statt, bei der Abg. Zenker einen beifällig aufgenommenen Bericht über die politische Lage erstattete und die mit jedem Tag dringlichere Notwendigkeit der Einberufung des Reichsrates begründete. Abg. Friedmann besprach eingehend die Frage des ungarischen Ausgleiches und des wirtschaftlichen Anschlusses an das Deutsche Reich, und sprach sich mit Entschiedenheit gegen den vorzeitigen Abschluß eines Ausgleiches mit Ungarn, und schon gar gegen dessen Oktroyierung mit Hilfe des § 14 aus. Gemeinderat Hohensinner sprach den Wunsch nach Zusammenfassung der freiheitlichen Abgeordneten Wiens aus und beantragte für den Abgeordneten des Bezirkes, Zenker, ein Vertrauensvotum, das mit Stimmeneinhelligkeit von der Versammlung ausgesprochen wurde. Zum Schluß wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der der Plan der Gründung einer freiheitlichen Arbeitspartei in Wien gebilligt wird. Die Versammlung verlangt weiter die Gewähr für die Arbeitsfähigkeit des Reichsrates durch eine neue Geschäftsordnung, die Festsetzung der deutschen Staatssprache, die Schaffung einer Kreiseinteilung und die Sonderstellung Galiziens.

Rücktritt des Kabinetts Koerber.

Dr. v. Spitzmüller — designierter Kabinettschef.

* **Wien, 13. Dezember.**

Nach kaum anderthalbmonatigem Regime ist heute das Kabinett Koerber zurückgetreten. Dr. v. Koerber hat heute nachmittags dem Kaiser die Demission des Gesamtkabinetts angeboten, die angenommen wurde. Der Kaiser hat hierauf den Handelsminister im Kabinett Stürgkh, Dr. v. Spitzmüller, mit der Neubildung der Regierung betraut. In der Zwischenzeit wird das abtretende Kabinett Koerber die Geschäfte weiterführen.

Ueber die Pläne und das Programm des neuen Kabinettschefs wird uns von einer Dr. v. Spitzmüller nahestehenden Seite mitgeteilt:

„Die erste Aufgabe des neuen Kabinettchefs ist die Durchführung des Ausgleiches mit Ungarn. Es ist einleuchtend, daß Dr. v. Spitzmüller, im Gegensatz zu Dr. v. Koerber, die Stürgkhschen Vereinbarungen, die ja zum überwiegenden Teil unter seiner persönlichen Mitwirkung zustande kamen, zu den seinen machen wird. Die weiteren schwebenden parlamentarischen Fragen konnten bisher noch in keiner Weise von dem neuen Premier in Erwägung gezogen werden, da ja die seit seiner Berufung verstrichene Zeit erst nach Stunden zählt.

Dr. v. Spitzmüller hofft, in etwa drei bis vier Tagen die Liste seiner Mitarbeiter fertig zu haben. Wie verlautet, dürfte er seine Mitarbeiter vorwiegend aus Beamtenkreisen wählen, was jedoch keineswegs ausschließt, daß einzelne der bisherigen Minister auch in das neue Kabinett mitübernommen werden."

Durch den Kabinettswechsel ist natürlich auch die Frage, wann der Reichsrat wieder zusammentreten wird, etwas ungewisser geworden. Vorderhand liegt noch kein Anzeichen dafür vor, das einen bestimmten Schluß darauf zuließe, wie sich Dr. v. Spitzmüller zur Frage der Einberufung des Reichsrates zu stellen gedenkt.

Die gestrigen Konferenzen der Deutschen mit Dr. v. Koerber.

Eines der Hauptmotive für den Rücktritt des Ministerpräsidenten Dr. v. Koeber war sein Gegensatz zu einem großen Teil der deutschen Abgeordneten in der Frage des Oktrois. Wenn auch die Mehrzahl der deutschen Abgeordneten die Taktik der Deutschradikalen bei Betreiben dieser Forderungen mißbilligt, so bestand doch nach den letzten Parteiberatungen im deutschen Lager kein Zweifel mehr, daß alle Gruppen des Nationalverbandes bezüglich der Neuordnung der politischen Hauptfragen in Oesterreich eines Sinnes sind.

Auch der Vorstand der Deutschen Arbeitsgemeinschaft, der heute mittags beim Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber vorsprach, ließ in dieser Beziehung keinen Zweifel mehr bestehen. In dem parteiamtlichen Communiqué über diese Vorsprache heißt es: „Der Ministerpräsident wurde dahin unterrichtet, daß Mitteilungen über gegensätzliche Auffassungen den Tatsachen nicht entsprechen, daß vielmehr hinsichtlich der staatspolitischen Fragen über die Neuordnung Oesterreichs und die dazu einzuschlagenden Wege volle Einstimmigkeit herrscht. Als die nächsten Ziele der österreichischen Staatspolitik wurden insbesondere bezeichnet die Festlegung der deutschen Staatssprache, die Ordnung der nationalen Verhältnisse in Böhmen, die Durchführung der Sonderstellung Galiziens sowie eine die klaglose parlamentarische Tätigkeit sichernde Geschäftsordnung."

Die deutschen Abgeordneten, die heute zu einer Stunde beim Ministerpräsidenten erschienen waren, wo die Demission Dr. v. Koerbers bereits erfolgt sein mußte, verließen das Ministerpalais mit dem Eindruck, daß wichtige Ereignisse auf dem Gebiete der inneren Politik bevorstehen, waren aber nicht in Kenntnis des erfolgten Kabinettswechsels.

Von einem Vorstandsmitglied der Deutschen Arbeitsgemeinschaft, das an der Besprechung mit Dr. v. Koerber teilnahm, erhalten wir folgende Mitteilung: „Es rangen zwei Richtungen um die Geltung, die des bedingungslosen und des bedingten Bekenntnisses zur Verfassung. Die Richtung, die nunmehr die Oberhand zu gewinnen scheint, ist die, daß mit einer bloßen Einberufung des Reichsrates ohne vorherige Sicherung des Parlamentarismus der Verfassungsmäßigkeit wenig gedient ist. Wenn die von uns geforderten Sicherungen nicht durchgeführt werden, dann würde man bald wieder vor dem alten Chaos stehen. Wir sind begeisterte Anhänger der Verfassung, des Mitbestimmungsrechtes der Völker, aber es muß eine wirkliche Verfassung sein. Es muß vor allem durch eine Geschäftsordnung die Sicherheit geschaffen werden, daß man nicht wieder auf den § 14 aufläuft. Diesen unseren Standpunkt haben wir in aller Loyalität dem Herrn Dr. v. Koerber zur Kenntnis gebracht, und daß Herr Dr. von Koerber sich dieser Auffassung nicht anschließen wollte und konnte, war wohl einer der Hauptbeweggründe bei der Einbringung seines Demissionsgesuches."

Die kaiserlichen Handschreiben.

Die morgige Wiener Zeitung wird die nachstehenden kaiserlichen Handschreiben veröffentlichen:

„Lieber Dr. v. Koerber!

Ich nehme die mir angebotene Demission der österreichischen Gesamtregierung an und beauftrage Sie und meine übrigen Minister, die Geschäfte bis zur Bildung des neuen Kabinetts weiterzuführen.

Zugleich teile ich Ihnen mit, daß ich meinen Geheimen Rat Dr. Alexander v. Spitzmüller mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut habe.

Wien, am 13. Dezember 1916.

Karl m. p.

Koerber m. p."

„Lieber Dr. v. Spitzmüller!

Ich teile Ihnen mit, daß ich die Demission meiner österreichischen Regierung angenommen und dieselbe beauftragt habe, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterzuführen.

Ich beauftrage Sie, zur Bildung des neuen Kabinetts zu schreiten und mir Ihre darauf bezüglichen Anträge zu unterbreiten.

Wien, am 13. Dezember 1916.

Karl m. p.

Spitzmüller m. p."

Ministerpräsident Dr. v. Spitzmüller.

Dr. Alexander v. Spitzmüller steht im 54. Lebensjahr. Er ist in Wien als Sohn eines Arztes geboren und trat bereits im Alter von 21 Jahren als Konzipient bei der niederösterreichischen Finanzprokuratur in den Staatsdienst. Nach Vollendung seiner juridischen Studien wurde er 1886 in das Finanzministerium berufen, wo er sich im Departement für Zoll- und Verzehrungssteuerangelegenheiten betätigte. Bald darauf dem Präsidium zugeteilt, wirkte er in den Jahren 1897 bis 1899 unter den Finanzministern Böhm und Kaizl als Leiter des Präsidiums. Diese Stellung gab ihm auch Gelegenheit, sich an verschiedenen legislatorischen Arbeiten zu beteiligen. Auch als Referent der Kreditsektion des Finanzministeriums wirkte Dr. v. Spitzmüller längere Zeit. In dieser letzteren Eigenschaft verfaßte er die Gesetzentwürfe für die Konversion der gemeinsamen Rente. Im Jahre 1903 wurde Dr. v. Spitzmüller zum Vizepräsidenten der niederösterreichischen Finanzlandesdirektion ernannt. Am 1. Februar 1910 trat Dr. v. Spitzmüller aus dem Staatsdienst aus und folgte einer Berufung auf den Posten des Vorsitzenden des Direktionskollegiums der Oesterreichischen Kreditanstalt. Am 1. Dezember 1915 wurde Dr. v. Spitzmüller als Nachfolger Schuster v. Bonnotts im Ministerium Stürgkh zum Handelsminister ernannt. Dr. v. Spitzmüller war bekanntlich schon am Abschluß des 1907er Ausgleichs hervorragend beteiligt. Es war daher selbstverständlich, daß er im Kabinett Stürgkh die Führung bei den Verhandlungen des neuen Ausgleichs innehatte. Der designierte Ministerpräsident darf darum den Ausgleich, der bis auf wenige Punkte bereits vereinbart ist, als sein ureigenstes Werk betrachten, und er ist jedenfalls der Berufenste, die Vereinbarungen abzuschließen und zu vertreten.

Das Kabinett Koerber.

Dr. Ernest v. Koerber wurde mit kaiserlichem Handschreiben vom 28. Oktober 1916 zum Ministerpräsidenten ernannt. Die Ernennung der Mitglieder des neuen Kabinetts Koerber erfolgte mit Veröffentlichung der kaiserlichen Handschreiben vom 31. Oktober. Das Kabinett Koerber war somit 43 Tage im Amt.

Die Aufnahme in Ungarn.

Z **Budapest, 13. Dezember.** (Priv.-Tel.)

Die Meldung vom Rücktritt des österreichischen Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber, die in ungarischen politischen Kreisen spät abends bekannt wurde, kam hier nicht überraschend. Es hieß schon unmittelbar nach dem Tode des Kaisers Franz Josef I. in hiesigen politischen Kreisen, daß das Ministerium Koerber kaum von langer Dauer sein dürfte. Ob zwischen der heutigen Erklärung des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza in der Ausgleichsfrage und dem Standpunkt Dr. v. Koerbers in dieser Frage irgendwelcher Zusammenhang besteht, läßt sich jetzt mit Bestimmtheit noch nicht sagen.

Gleich beim Regierungsantritt des Ministeriums Koerber hat man hier immer damit gerechnet, daß sich zwischen beiden Kabinetten Schwierigkeiten herausstellen werden, man hat aber immer der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß diese Schwierigkeiten doch zu beseitigen sein werden.

Verschiebung der Ministerberatungen in Wien.

Die für morgen angekündigten gemeinsamen Ministerkonferenzen in Wien wurden auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza dürfte wohl noch vor den Krönungsfeierlichkeiten nach Wien kommen, um mit dem Monarchen noch vor der Krönung die letzten Dispositionen zu besprechen, doch wird er während seiner Anwesenheit in Wien wirtschaftliche Beratungen mit seinen österreichischen Kollegen nicht abhalten. Erst nach der Krönungsfeier werden die Verhandlungen zwischen den beiden Kabinetten wieder aufgenommen werden, jedoch dürften die prinzipiellen Grundlagen der zwischen der ungarischen Regierung und der Regierung des Grafen Stürgkh getroffenen Vereinbarungen kaum wesentlich abgeändert werden.

Der Wortlaut der Erklärung des Grafen Tisza.

* **Wien, 13. Dezember.**

Wie bereits im Abendblatt berichtet wurde, beantwortete Graf Tisza in der heutigen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses eine Anfrage des Grafen Karolyi über die Fortdauer der Stürgkhschen Vereinbarungen. Im offiziellen Bericht heißt es darüber:

Graf Michael Karolyi richtet an den Ministerpräsidenten die Frage, ob nach dem in Oesterreich eingetretenen Wechsel in der Person des Ministerpräsidenten die Stürgkhschen Vereinbarungen betreffs des Ausgleiches noch weiterbindend seien und ob der Ministerpräsident auch heute gegen eine provisorische Regelung und eventuell für einen langfristigen Ausgleich sei.

Abg. Graf Albert Apponyi wünscht gleichfalls Aufklärungen in dieser Frage.

Abg. Graf Moritz Esterhazy (Verfassungspartei) erklärt, er sehe ein, daß der gegenwärtige Moment nicht geeignet sei, detaillierte Aufklärungen zu erhalten. Redner fragt, wann die Regierung solche Aufklärungen werde geben können.

Abg. Geza Polonyi fragt, ob es richtig sei, daß ein langfristiger Ausgleich abgeschlossen werden solle und ob die Regierung in Angelegenheit des Handelsvertrages mit dem Deutschen Reiche Maßnahmen getroffen habe.

Ministerpräsident Graf Tisza erklärt, daß die Regierung hinsichtlich des Ausgleiches auch heute unverändert ihren bisherigen Standpunkt aufrechterhält. Dieser Erklärung könne er noch hinzufügen, daß seitens der österreichischen Regierung kein Schritt noch eine Erklärung erfolgt sei, die diesem Standpunkt zuwiderlaufen würde.

Betreffs der Handelsverträge könne er das Haus versichern, daß es der Aufmerksamkeit der Regierung nicht entgangen sei, daß das Kündigungsrecht mit 31. Dezember abläuft. Die Regierung habe bereits am 30. Juni jene Schritte unternommen, die das Kündigungsrecht der ungarischen Regierung für den 31. Dezember sichern; sie werde jedenfalls so vorgehen, daß das freie Verfügungsrecht des Landes gewahrt werde. Im heutigen Stadium der Sache könne er auf weitere Details nicht eingehen und zu seinem Bedauern auch darüber keine Aufklärung geben, wann er die Zeit zur detaillierten Behandlung der Frage für gekommen erachte. Die Zeit hierfür werde wohl erst dann gekommen sein, wenn die Regierung sowohl mit der österreichischen Regierung, als insbesondere mit der Regierung des mit uns in engem Bündnis stehenden Deutschen Reiches die hauptsächlichen prinzipiellen Fragen soweit geklärt hat, daß sie diesbezüglich mit einem entschiedenen Programm vor das Haus treten könne. Wann dies der Fall sein werde, darüber könne er jetzt weder eine Erklärung noch ein Versprechen abgeben. (Zustimmung rechts.)

Neues Pester Journal 150

15./XII. 1916

Das offizielle Ceremoniell der Krönung.

Die Krönung wird vom Reichstage in Gegenwart der Nation vollzogen. In Folge der durch den Krieg herbeigeführten außerordentlichen Umstände, sowie in Folge der kalten Jahreszeit ist es ein Ding der Unmöglichkeit, daß die Krönung unter solch massenhafter Theilnahme der Staatsbürger vor sich gehe, wie dies die Nation wünschen würde. Wird aber die Krönung auch in kleinerem Rahmen und auf einem sehr engen Raume vollzogen, so hat die Vorbereitungskommission dennoch einen Modus gefunden, damit alle Schichten der Nation in entsprechender Weise vertreten seien. So werden die Munizipien mit je drei Delegirten der Krönung beiwohnen, und um allen Klassen der Bevölkerung Ungarns Gelegenheit zu geben, die Feierlichkeiten mit anzusehen, wurde Sorge dafür getragen, daß in den Straßen, durch die sich der Krönungszug bewegen wird, eine entsprechende Anzahl von Abgesandten aller Kreise, der Städte mit geordnetem Magistrat, der Munizipien, Vertreter der Bürgerschaft und der Landbevölkerung Aufstellung nehmen können. Auch für die entsprechende Vertretung der verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen, der Arbeiterschaft und der Schuljugend wurde gesorgt. Selbstverständlich werden den Feierlichkeiten auch die Vertreter der im Felde stehenden Truppen beiwohnen.

Die Krönungsceremonie ist in Kürze die folgende:

Die Krönungssitzung des Reichstages.

Am Tage der Krönung halten beide Häuser des Reichstages eine gemeinschaftliche Krönungssitzung. Die Sitzung beginnt um 6 Uhr Früh in der Kuppelhalle des Parlamentsgebäudes, von wo die Mitglieder des Reichstages den Weg nach der Mathiaskirche antreten.

Der Zug zur Krönungskirche.

Dort versammeln sich auch alle Jene, für die in der Krönungskirche Plätze reservirt sind, namentlich die Erzherzoge und Erzherzoginen, die Palastdamen, der päpstliche Nuntius, die Mitglieder des diplomatischen Korps, der hohe Klerus, die obersten Würdenträger usw.

Se. Majestät der König und die Königin verlassen um $^3/_4$9 Uhr Früh mit ihrer Suite die königliche Burg. Der König und die Königin nehmen in einem achtspännigen Galawagen Platz, zu dessen beiden Seiten Hoflakaien zu Fuß und ungarische Trabanten zu Pferde schreiten. Der Zug passirt den Sankt Georgsplatz, die Sankt Georgsgasse, den Paradeplatz und die Tárnokgasse und macht auf dem Dreifaltigkeitsplatze vor der Mathiaskirche Halt. Die Majestäten werden vor dem Thore der Kirche von der hohen Geistlichkeit, mit dem Fürstprimas an der Spitze, empfangen. Der Fürstprimas überreicht den Majestäten das Kreuz und das Weihwasser, worauf sich der König und die Königin mit kleiner Suite in die sogenannte Lorettokapelle begeben, wohin schon am Tage vorher die heilige ungarische Krone und die übrigen Krönungsinsignien gebracht worden sind.

Die Krönung des Königs und der Königin.

Nachdem die hohe Geistlichkeit sich zum Altar begeben und Jeder seinen Platz in der Kirche eingenommen hat, begeben sich der König und die Königin in feierlichem Zuge durch den Mittelgang der Kirche zum Hauptaltar und nehmen auf dem Throne, umgeben von der Suite, Platz. Zu beiden Seiten des Thrones nehmen die Bannerherren und die elf Bannerträger Aufstellung. Hierauf beginnt die kirchliche Ceremonie, deren Hauptmoment die Krönung ist, die in der Weise erfolgt, daß dem auf der Treppe des Hauptaltar knienden König der Fürstprimas und der Stellvertreter des Palatins die heilige Krone auf das Haupt setzen. Der Königin wird die Krone nicht aufs Haupt gesetzt, sondern der Fürstprimas und der Stellvertreter des Palatins berühren mit der Krone nur die Schulter der Königin. Während der kirchlichen Ceremonie ge-

Nach Beendigung der kirchlichen Ceremonie verläßt die Königin mit ihrem engeren Gefolge, den diensthuenden Palastdamen und den beiden Hofdamen, die Kirche und kehrt auf einem achtspännigen Galawagen in Begleitung der Leibgarde und der Husaren in das königliche Palais zurück.

Der Ritterschlag.

Nachdem sich die Königin entfernt hat, beginnt in der Krönungskirche die Ceremonie des Ritterschlags der Ritter vom Goldenen Sporn. Zu Rittern vom Goldenen Sporn werden solche geschlagen, die sich auf dem Kriegsschauplatz durch Tapferkeit hervorgethan haben und deshalb einer höheren Auszeichnung theilhaftig geworden sind. Die Ceremonie verläuft derart, daß Se. Majestät, auf dem Throne sitzend, mit dem Schwerte des heiligen Stephan die rechte Schulter der Auserwählten berührt, die, vom Vertreter des Judex curiae und dem Minister a latere aufgerufen, nacheinander auf die mittlere Stufe des Thrones vor dem König niederknien.

Der Krönungseid.

Nach dem Ritterschlag begeben sich die in der Kirche Anwesenden, dann Se. Majestät in Begleitung der Fahnenträger, der Bannerherren, des Palatinstellvertreters und der Erzherzoge, sowie des hohen Klerus auf dem mit nationalfarbigem Tuch bezogenen Wege zu der nächst der Dreifaltigkeitsstatue errichteten prunkvollen Eidestrade, die der König in Begleitung des das gezückte Schwert des Landes haltenden Oberststallmeisterstellvertreters und des das apostolische Kreuz tragenden Bischofs, ferner des Fürstprimas und des Kalocsaer Erzbischofs, des Palatinstellvertreters und der Präsidenten der beiden Häuser des Reichstags besteigt. Se. Majestät, das Kreuz in der linken Hand haltend, und drei Finger der rechten Hand in die Höhe richtend, legt mit nach Osten gewendetem Antlitz in Gegenwart des Reichstags, der Munizipien und des Volkes den verfassungsmäßigen Eid ab. Den vom Reichstag festgestellten Eidestext überreicht der Palatinstellvertreter an Ort und Stelle dem Fürstprimas und dieser verliest ihn dem König.

Zu Ende der Eidesleistung ruft der Palatinstellvertreter dreimal: „Es lebe der König!", in welchen Ruf die Anwesenden einfallen. Es folgen die Salutschüsse des Militärs und der Donner der Kanonen vom Blocksberge.

Der König kommt nun von der Estrade herab und kehrt mit Gefolge in die Kirche zurück; inzwischen formirt sich der zum Krönungshügel abgehende Zug.

Der Zug zum Krönungshügel.

An dem Zuge, der von Husaren eröffnet wird, nehmen theil: die Delegirten der Munizipien, die Mitglieder des Reichstages unter Führung der Präsidenten beider Häuser, die ungarischen und die gemeinsamen Minister zu Fuß, dann zu Pferde der kön. ung. Courier, die elf Bannerträger und der kön. ung. Oberstthürsteher, die die Kroninsignien tragenden Bannerherren, der Palatinstellvertreter, die Erzherzoge, Se. Majestät der König; weiter vorne rechts der Bischof mit dem apostolischen Kreuz, links der kön. ung. Oberststallmeister-Stellvertreter mit dem gezückten Schwert des Landes, hinter ihm der kön. ung. Oberstthofmeister, der kön. ung. Oberstkämmerer, der Kapitän der ungarischen Leibgarde und der Generaladjutant, zu beiden Seiten ungarische Leibgardisten und die Truppen der ungarischen Leibgarde; hierauf zu Wagen die beiden königlichen Kommissäre und die beiden Kronhüter, der Hochklerus gleichfalls zu Wagen, schließlich ein Zug Husaren.

Die vier Schwerthiebe.

Durch die Tárnokgasse, den Paradeplatz, die Szent Györgygasse auf dem Szent Györgyplatz angelangt, gruppirt sich der Zug um den auf diesem Platz errichteten Krönungshügel, worauf Se. Majestät den Hügel hinanreitend, nach den vier Weltgegenden vier Schwerthiebe vollführt. Sodann kehrt der König mit seiner berittenen Eskorte in die Burg zurück.

Das Festmahl.

Die letzte Ceremonie der Krönung ist das Festmahl. Die Mitglieder des Reichstages und auch die in der Kirche anwesenden Sommitäten versammeln sich in dem hiezu hergerichteten Saale der königlichen Burg. Ihre Majestäten sammt Gefolge nehmen an dem auf einer Estrade vorbereiteten Tische Platz. Außer dem König und der Königin sitzen an diesem

der Erzbischof von Kalocsa und der Stellvertreter des Palatinus. Ihre Majestäten werden unter der Leitung des Oberstmundschenks und des Obersttruchseß von den hiezu delegirten Mitgliedern des Reichstages bedient.

Nach dem Festmahl ziehen sich die Majestäten mit ihrem engeren Gefolge in die inneren Appartements zurück.

Fortsetzung der gemeinsamen Reichstagssitzung.

Die Mitglieder der beiden Häuser des Reichstages versammeln sich zur Fortsetzung der gemeinsamen Sitzung im Parlamentsgebäude. Nach Authentizirung des Protokolls wird die gemeinsame Krönungssitzung geschlossen und damit hat die Krönung ihr Ende erreicht.

Die Huldigung der Damen.

Für Nachmittag ist auch ein Huldigungsempfang der Palastdamen und der bei Hofe bereits vorgestellten und noch vorzustellenden Damen von Ihrer Majestät der Königin in Aussicht genommen.

*

Im Zusammenhang mit der Krönung werden außer dem Krönungsakt auch noch andere Ceremonien erledigt, wie die Ueberführung der heiligen Krone und der Kroninsignien von ihrem gewohnten Bewahrungsorte in die königlichen Gemacher und von da in die Krönungskirche, Schaustellung derselben in der Kirche nach der Krönung und schließlich die Zurückführung der heiligen Krone und der Kroninsignien.

Die erste Ceremonie geht zwei Tage vor der Krönung vor sich, bei Ueberführung der Krönungsinsignien in die inneren Gemächer der königlichen Hofburg, um hier für Se. Majestät den König entsprechend adjustirt zu werden. Der Mantel des Heiligen Stephan wird einer pietätvollen uralten Gepflogenheit entsprechend von Ihrer Majestät der Königin eigenhändig adaptirt.

Am Tage vor der Krönung werden die heilige Krone und die Krönungsinsignien in feierlicher Prozession aus der königlichen Hofburg in die Krönungskirche überführt und dort in der sogenannten Loretto-Kapelle niedergelegt.

Nach der Krönungsceremonie werden die Krönungsinsignien wieder in feierlichem Zuge in die Krönungskirche zurückgetragen und dort zur öffentlichen Schau ausgestellt. Am dritten Tage nach der Schaustellung werden die heilge Krone und die übrigen Insignien in das königliche Schloß zurückgebracht und dort an dem hiefür bestimmten Orte zur Verwahrung deponirt.

Bei den erwähnten Ceremonien wirken seitens Sr. Majestät des Königs zwei königliche Kommissäre mit; außer ihnen betheiligen sich an den Ceremonien die beiden Kronhüter, der Stellvertreter des Judex curiae und die Deputationen beider Häuser des Reichstages.

Krönt der Reichstag oder läßt er krönen?

Ueber diese in der Sitzung der Regnikolardeputation bei Verhandlung des Inauguraldiploms aufgetauchte Frage äußerte sich Fürstprimas Johann Csernoch, wie wir erfahren, folgendermaßen:

„Wir mögen welchen Text (des Inauguraldiploms) immer nehmen, Thatsache bleibt, daß der Reichstag krönt. Die Handlung des Bevollmächtigten wird als die Handlung des Mandanten selbst betrachtet. Uebrigens werden wir ja sehen, wie es geschehen wird. Der Reichstag hält eine Sitzung und begibt sich sodann zum Krönungsakt. Die Feier der Krönung ist eigentlich eine Reichstagssitzung, von welcher also über die Krönung ein Protokoll aufgenommen wird. Dieses Protokoll wird den anderen Sitzungsprotokollen beigefügt. Es ist demnach klar, daß der Reichstag durch den Fürstprimas und

Königstiger II.

15./XII. 1916

151

Ministerpräsident Dr. von Spitzmüller.

Von Dr. **Brosche.**

Alexander v. Spitzmüller hält nach nur wenige Wochen währendem Ruhestand wieder seinen Einzug in das Kabinett, aber nicht als Ressortminister, sondern als das Haupt einer neuen Regierung.

Sein Name ist ein Programm, auf dessen nähere Ausführung man wohl begierig sein kann, er genügt aber, um eine energische, zielbewußte und von strenger Sachlichkeit geleitete Führung der Staatsgeschäfte zu gewährleisten. Die reinste Lauterkeit des Charakters und der Ueberzeugungstreue sind die hervorstechendsten Eigenschaften seiner Persönlichkeit, Eigenschaften, die nicht nur in seinem näheren Bekanntenkreise hochgeschätzt, sondern allgemein auch von ihm ferner Stehenden anerkannt werden und die bei einem Chef der Regierung von ganz besonderem Wert sind.

Spitzmüller bringt aber für einen solchen auch noch andre Qualitäten mit, die geeignet sind, lebhafte Befriedigung über seine Berufung zu erwecken: Zunächst ist es seine staunenswerte, unermüdliche Arbeitskraft und der tiefe Ernst, den er stets der Erfüllung seiner Pflichten widmet, die ihn befähigen, in unsern an schwierigen Problemen so reichen Tagen die Lösung der großen Zeitfragen richtunggebend in Angriff zu nehmen. Und dies um so mehr, als er ein gründliches Wissen und reiche Erfahrung auf wirtschaftlichem und finanzpolitischem Gebiet in sein neues Amt mitbringt.

Bei jedem Ministerwechsel, der in den letzten fünfzehn Jahren stattfand — und die Zahl dieser Ministerwechsel war keine geringe — wurde Spitzmüller als der ernsteste Kandidat für das Finanzportefeuille genannt, und jedesmal war man erstaunt, daß seine Berufung nicht erfolgte, da er allgemein als der erste Fachmann und beste Kenner des staatlichen Finanzwesens galt. Durch seine Wirksamkeit als Erster Direktor der Kreditanstalt erwarb er auch umfassenden Einblick in das Leben der Bankwelt und in die Beziehungen des internationalen Bank- und Kreditwesens. Er hatte als solcher aber auch in das Getriebe einer großen Zahl bedeutender Industrieunternehmungen tätig einzugreifen und bewährte sich stets als verständnisvoller Freund und Förderer der Industrie.

Man war daher in industriellen Kreisen hoch erfreut, als Spitzmüller plötzlich zur Leitung des Handelsministeriums bestimmt wurde. Seine nur kurze Wirksamkeit in diesem Amte war von rastloser Arbeit auf Gebieten von größter Wichtigkeit und Bedeutung erfüllt. Insbesondere oblag ihm die Aufgabe, in den Verhandlungen über den österreichisch-ungarischen Ausgleich das an diesem am meisten beteiligte Ressort zu vertreten und für die Wahrung der österreichischen wirtschaftlichen Interessen in erster Linie einzutreten. Die in diesen Verhandlungen getroffenen Vereinbarungen sind noch nicht bekanntgegeben worden, und es kann daher kein abschließendes Urteil darüber gefällt werden, ob und in welchem Maße es gelungen ist, den österreichischen Standpunkt zur Geltung zu bringen und übermäßigen Aspirationen der Gegenseite wirksamen Widerstand zu leisten.

Man darf aber gewiß aus der Persönlichkeit des designierten Ministerpräsidenten das Vertrauen schöpfen, daß der Name Spitzmüller nicht unter einer Ausgleichsurkunde stehen wird, in der vitale oder wichtige Interessen des österreichischen Wirtschaftslebens preisgegeben werden und die nicht einen gerechten und billigen Ausgleich der gegensätzlichen Richtungen beinhaltet.

Es ist bezeichnend für die überragende Bedeutung der zu lösenden wirtschaftlichen Aufgaben der nächsten Zukunft und für die richtige Würdigung dieser Bedeutung an maßgebendster Stelle, daß ein hervorragender Wirtschaftspolitiker an die Spitze der Regierung gestellt wird, der sonst, außer auf wirtschaftlichem Gebiete, politisch nie hervorgetreten ist. Es ist gewiß kein Nachteil, sondern nur lebhaft zu begrüßen, wenn der leitende Staatsmann bei seinen politischen Aktionen die Wirtschaftsfragen nicht aus dem Auge verliert und sie nicht in die zweite Linie rückt, wie dies bei Berufspolitikern nur allzu leicht der Fall ist. Politik darf heutzutage nicht mehr zugunsten einzelner politischer Fraktionen, nicht mehr nach den Richtungen destruktiver Parteien, sie muß unter alleiniger Bedachtnahme auf die Bedürfnisse des Staates und seiner wirtschaftlichen Entfaltung gemacht werden. Sie muß daher im Sinne einer kräftigen, die Einheit und den Schutz des Staates gegen die Bestrebungen staatsfeindlicher Elemente gewährleistenden Gesetzgebung und Verwaltung, im Sinne einer richtigen Wertung und der Zulassung der freien Entwicklung aller wirtschaftlichen Kräfte geführt werden.

Hoffen wir vertrauensvoll, daß der neue Ministerpräsident von diesen Gesichtspunkten geleitet seine Politik einrichten wird! Eine drückende Last der schwierigsten Aufgaben ruht auf seinen Schultern. Mögen sie die erforderliche starke Tragfähigkeit bewähren!

Der neue Kabinettschef.

Von besonderer Seite.

In schwerer, ernster Zeit findet in Oesterreich ein Regierungswechsel statt. Ein neues Ministerium wird von dem jungen Monarchen berufen, die Zügel der Regierung zu ergreifen. An seiner Spitze steht eine rühmlichst bekannte Persönlichkeit, die Hervorragendes in der Finanzverwaltung geleistet hat, dann an die Spitze des Handelsministeriums berufen wurde und nun den Posten des Ministerpräsidenten übernimmt: Dr. v. Spitzmüller.

Keine geringen Aufgaben sind es, die heute einer zielbewußten, raschen Erledigung entgegenharren. Sie fordern einen ganzen Mann, der noch dazu das Vertrauen der Oeffentlichkeit bereits in vollem Maße besitzt, der kein Unbekannter ist, keiner, der erst seinen Befähigungsnachweis zu erbringen hätte. Allen diesen Anforderungen wird Dr. v. Spitzmüller in vollem Maße gerecht. In der Finanzverwaltung hat er sich zum glänzenden Fachmann, zum vollendeten Kenner aller Zweige des modernen Wirtschaftslebens entwickelt, und als Handelsminister konnte er diese reiche Kenntnis zugunsten der seiner Obhut anvertrauten Interessen aufs beste betätigen.

Diese genaue Kenntnis des modernen Wirtschaftslebens aber braucht vor allem derjenige, der heute als Ministerpräsident die großen Aufgaben des ihm unmittelbar unterstellten Ernährungsamtes erfüllen soll, dem die unsre ganze wirtschaftliche und politische Zukunft bedingenden Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn obliegen, der in der Ordnung der Staatsfinanzen und des Staatshaushaltes nach dem Krieg als Kabinettschef ein entscheidendes Wort zu führen haben wird und der endlich nach Friedensschluß unsrer Volkswirtschaft mit neuen Handelsverträgen ihren Anteil an der neu wieder erstehenden Weltwirtschaft erobern muß, ein ganzes Programm von Aufgaben, deren jede einzelne von ausschlaggebender Bedeutung für unsre wirtschaftliche Existenz ist, von ebenso ausschlaggebender Bedeutung wie heute ein entscheidender Sieg oder eine entscheidende Niederlage auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges. Welch großes Vertrauen müssen wir also in eine Persönlichkeit setzen dürfen, welcher voraussichtlich all diese Herkulesarbeiten zufallen werden!

Nach Dr. v. Spitzmüllers glänzender Vergangenheit dürfen wir ihm dieses Vertrauen getrost entgegenbringen: Er hat als Handelsminister schon seinerzeit in Verbindung mit Sektionschef v. Simonelli das intensivste Interesse und Verständnis den Ernährungsfragen entgegengebracht. Er hat selbst die lange Stufenleiter der Beamtenhierarchie durchlaufen, so daß er genau weiß, woran unsre Verwaltungsmaschine krankt und welche Vereinfachungen sie namentlich jetzt braucht, wo rasches Handeln doppelt nottut und alle Mitkompetenzen von so und so vielen Regierungsstellen in einer einzigen, oft ganz klar liegenden Sache dennoch so unendlich verzögernd wirken, weil nur allein der bloße mechanische Aktenlauf von einer Stelle zur andern schon Wochen in Anspruch nimmt.

Dr. v. Spitzmüller hat aber auch als Handelsminister Gelegenheit gehabt, die Interessen von Handel und Industrie werktätig zu schützen und zu fördern. Mit vollem Vertrauen dürfen diese großen Interessengruppen nun auch von ihm als Kabinettschef erwarten, daß ihre ihm persönlich genau bekannten Existenzbedingungen unbedingte Berücksichtigung bei den Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn finden werden, das — namentlich nach den Wunden des Krieges — wohl ebensoviel Interesse an einer weiteren, lang dauernden Wirtschaftsgemeinschaft mit Oesterreich haben muß wie Oesterreich selbst.

Aber noch weitere Aufgaben wird Doktor v. Spitzmüller zugunsten der heimischen Volkswirtschaft dank seinen reichen Kenntnissen und seiner zähen Energie zu lösen vermögen: Die Steuerkraft des Staates muß nach dem Friedensschluß mächtig gehoben werden, denn der Staat wird mehr denn je vorher große soziale Aufgaben zu lösen haben, die nicht an Geldmangel scheitern dürfen. Hier wird der gewesene Finanzmann seine Kenntnisse verwerten können. Ebenso bei der wichtigen Frage der Wiederherstellung des Wertes unsrer Valuta gegenüber den ausländischen Valuten, wozu in erster Linie eine großzügige Exportförderung einsetzen müßte. Hier wird Spitzmüller, der gewesene Handelsminister, der genaue Kenner von Handel und Industrie, den Finanzmann Spitzmüller unterstützen, indem er vor allem auch für günstige Handelsverträge vorzusorgen haben wird, die uns den so notwendigen Platz an der Sonne im Welthandel vorbereiten müssen.

Spitzmüller ist aber auch ein Wiener Kind. Er liebt seine Vaterstadt und ist selbst ein Stück von jenem vornehmen Wienertum, das überall Wertschätzung findet: bescheiden und liebenswürdig jedem gegenüber, der mit ihm in Berührung kommt, und doch bei jedem den Eindruck eines hochbegabten Mannes hinterlassend.

Neue Freie Presse
15./XII. 1916
155

Der Kabinettswechsel in Oesterreich.

Wien, 14. Dezember.

Die Verhandlungen zur Bildung des neuen österreichischen Ministeriums sind in vollem Gange. Geheimer Rat Dr. v. Spitzmüller, der mit der Bildung des Kabinetts betraut wurde, hat im Laufe des heutigen Tages eine Reihe von Besprechungen gehabt, die der Erfüllung seiner politischen Mission galten. Die sachlichen Schwierigkeiten, welche zum Rücktritt des Kabinetts Koerber geführt haben, und die Fragen der Besetzung der einzelnen Ressorts lassen den Schluß zu, daß die Verhandlungen des Herrn v. Spitzmüller sich in zweierlei Richtungen bewegen: einmal die sachlichen Grundlagen festzustellen, auf denen das neue Kabinett seine Politik aufbauen soll, sodann die Auswahl der Personen, die dem Ministerium künftig angehören sollen.

Was die sachlichen Voraussetzungen anlangt, geht die übereinstimmende Auffassung der unterrichteten politischen Kreise dahin, daß die Gründe, die zum Rücktritte des Kabinetts Koerber geführt haben, teils mit der Durchführung des österreichisch-ungarischen Ausgleichs, teils mit den parlamentarischen Fragen überhaupt zusammenhängen.

Als Herr v. Koerber ins Amt trat, setzte er sich mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza wegen des Ausgleiches in Verbindung. Die Regierung Stürgkh hatte mit dem ungarischen Kabinett über den Ausgleich Vereinbarungen getroffen, denen Dr. v. Koerber nicht ohne weiteres beitreten wollte. Die Bedenken, die Herr v. Koerber hatte, bezogen sich auf die Agrarzölle und auf gewisse finanzpolitische Fragen. Es wurde seinerzeit mitgeteilt, daß Herr v. Koerber den Abschluß eines definitiven Ausgleiches im gegenwärtigen Zeitpunkte nicht für unbedingt notwendig erachtet und der Meinung sei, daß zunächst der bestehende Ausgleich provisorisch verlängert werden könnte. Die ungarische Regierung hat damals in einem halbamtlichen Communiqué erklären lassen, daß sie ihre Zustimmung zu einem Ausgleichsprovisorium nicht gegeben habe. In den letzten Tagen ist nun im Zusammenhange mit der Kündigung der auswärtigen Handelsverträge die Frage des Ausgleiches in den Vordergrund getreten. Nach Artikel 4 des Zoll- und Handelsvertrages können beide Staaten die Kündigung eines befristeten auswärtigen Handelsvertrages sechs Monate vor Ablauf des Kündigungstermins verlangen. Nun laufen die Handelsverträge mit dem Deutschen Reiche und der Schweiz am 31. Dezember 1917 ab, wenn sie ein Jahr vorher, das wäre also am 31. Dezember 1916, gekündigt werden. Ministerpräsident Graf Tisza hat schon in der gestrigen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses mitgeteilt, daß die ungarische Regierung am 30. Juni Schritte getan habe, um das Kündigungsrecht für den 31. Dezember zu sichern, das heißt, daß Ungarn die Kündigung der Handelsverträge verlangt hat und diese sonach am 31. Dezember vorgenommen werden können. Die Frage des Ausgleichs ist sonach mit dem Ende des Monats vor einen der Termine gestellt worden, und es war zu entscheiden, ob der Ausgleich, den die Regierungen Stürgkh und Tisza angebahnt hatten, nunmehr von den Regierungen formell zu einem Abschluß geführt werden solle, damit die Vereinbarungen zwischen den beiden Regierungen als Grundlage für die mit dem Deutschen Reich einzuleitenden Verhandlungen dienen können. Die sachlichen Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Herrn v. Koerber, der an den früheren Ausgleichsvereinbarungen Aenderungen verlangte, und der ungarischen Regierung, die von dem Boden der mit der früheren österreichischen Regierung getroffenen Vereinbarungen nicht abweichen will, haben nach Ansicht unterrichteter Kreise dazu beigetragen, daß Herr v. Koerber und sein Kabinett die Demission gegeben haben.

Dazu kamen Meinungsverschiedenheiten zwischen Herrn v. Koerber und einigen parlamentarischen Parteien über die Durchführung des Ausgleiches. Das Ministerium Koerber beharrte darauf, daß der § 14 überhaupt nicht angewendet werden solle, sondern daß alle die schwebenden Fragen von dem Reichsrate, dessen Zusammentritt nur eine Frage verhältnismäßig kurzer Zeit ist, auf dem normalen parlamentarischen Wege erledigt werden sollen. Von einzelnen deutschen Parteien wurde jedoch verlangt, daß sowohl der Ausgleich mit Ungarn, als auch eine Reihe anderer Angelegenheiten, so die Sprachenfrage, die Kreiseinteilung in Böhmen, die Sonderstellung Galiziens und eine neue Geschäftsordnung für das Abgeordnetenhaus auf außerparlamentarischem Wege verwirklicht werden sollen. Diese Gegensätze waren ein weiterer Anlaß für die Schwierigkeiten, vor denen das Ministerium Koerber gestanden war und die schließlich den Rücktritt des Kabinetts herbeigeführt haben.

Das neue Kabinett wird also Entscheidungen zu treffen haben sowohl über den Abschluß der Ausgleichsvereinbarungen sowie über die Fragen, in welcher Weise die oben angeführten politischen Angelegenheiten durchzuführen sind. In dieser Linie dürften sich die Besprechungen bewegen, welche der mit der Kabinettsbildung betraute Geheime Rat Dr. v. Spitzmüller schon im Laufe des heutigen Tages gepflogen hat.

In deutschen parlamentarischen Kreisen neigt man der Auffassung zu, daß das künftige Kabinett die vom Ministerium Koerber festgehaltene Auffassung, daß der außerparlamentarische Weg zu vermeiden sei, nicht teilen dürfte. Man rechnet in diesen Kreisen damit, daß die Frage der Staatssprache, der Geschäftsordnung für das Abgeordnetenhaus, der Sonderstellung Galiziens, der Kreiseinteilung und der Sprachenfrage in Böhmen auf außerparlamentarische Weise geregelt werden dürften. Was den österreichisch-ungarischen Ausgleich betrifft, so dürfte die Frage, ob der außerparlamentarische Weg gewählt werden wird, noch nicht entschieden sein. Wie die heutige ungarische Debatte zeigt, bestehen hier gewisse Schwierigkeiten. Graf Apponyi hat darauf hingewiesen, daß bei außerparlamentarischer Regelung des Ausgleichs in Oesterreich die Frage aufgeworfen werden müsse, ob Ungarn nicht gemäß dem Artikel 12 sein Recht auf wirtschaftliche Selbständigkeit erlangt. Ueberdies ist im ungarischen Abgeordnetenhaus wiederholt darauf hingewiesen worden, daß der gegenwärtige Reichstag, dessen Legislaturperiode abgelaufen war und mittels besonderen Gesetzes verlängert wurde, nur zur Erledigung der mit dem Krieg unmittelbar zusammenhängenden Fragen und zur Fortführung der laufenden Geschäfte berechtigt sei, daß aber die Erledigung des Ausgleichs dem neu zu wählenden Reichstag vorbehalten werden müsse. Grundsätzlich hat Ministerpräsident Graf Tisza dieser Auffassung nicht widersprochen, wenn er auch allerdings sich vorbehalten hat, den Ausgleich auch dem gegenwärtigen Hause vorzulegen, falls das Interesse des Landes es erfordert.

Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß die Besprechungen, die heute Herr v. Spitzmüller hatte, bereits auch der Bildung seines Kabinetts gegolten haben. Im gegenwärtigen Stadium sind jedoch über die Personenfrage noch keinerlei Entschlüsse gefaßt worden. Wenn daher einige der Namen mitgeteilt werden, die in den parlamentarischen Kreisen umlaufen, so wird dies mit dem Vorbehalt getan, daß nur Gerüchte wiedergegeben werden.

Nach diesen in den parlamentarischen Kreisen umlaufenden Gerüchten gilt es für wahrscheinlich, daß der Minister für Kultus und Unterricht Freiherr v. Hussarek, der Minister für öffentliche Arbeiten Trnka, der Eisenbahnminister Schaible und der Landesverteidigungsminister Freiherr v. Georgi ihre Portefeuilles beibehalten dürften. Ob Graf Clam-Martinic im Ackerbauministerium bleibt, gilt für ungewiß; es wird erzählt, daß Dr. v. Spitzmüller morgen mit dem Grafen Clam-Martinic hierüber Fühlung nehmen werde. Was das Finanzministerium anlangt, so wird in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß der gegenwärtige Finanzminister Marek im Kabinett verbleibt; doch hört man auch Stimmen, daß der Chef der Kreditsektion Doktor Ritter v. Wimmer für das Finanzportefeuille in Betracht komme. Für das Handelsministerium nennt ein Gerücht den früheren Eisenbahnminister Freiherrn v. Forster.

Der Minister für Galizien Dr. Bobrzynski dürfte dem neuen Kabinett nicht mehr angehören. Auch Justizminister Dr. Klein dürfte aus der Regierung scheiden. Für das Justizportefeuille wurde wiederholt Oberlandesgerichtspräsident Freiherr v. Call genannt, der jedoch bisher stets ein ihm angebotenes Portefeuille abgelehnt hat. Im Ministerium des Innern hält man einen Wechsel für höchst wahrscheinlich. In parlamentarischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß der Leiter der legislativen Abteilung Freiherr v. Handl seinerzeit zur Ausarbeitung jener politischen Vorlagen berufen wurde, deren Durchführung dem neuen Kabinett obliegen soll.

Verzeichnet möge auch das in parlamentarischen Kreisen auftretende Gerücht werden, daß mit dem Kabinett Koerber auch der Leiter des Ernährungsamtes Kolstein zurücktreten werde.

Neues Wiener Tagblatt
15./XII. 1916
157

Ministerpräsident Dr. v. Spitzmüller.

Von Professor Dr. Rudolf Kobatsch.

Die wirtschaftlichen Kreise Oesterreichs werden die Berufung Dr. v. Spitzmüllers zur obersten Leitung der Staatsgeschäfte deshalb mit aufrichtiger Genugtuung begrüßen, weil der neue Ministerpräsident in seiner langjährigen amtlichen und außeramtlichen Tätigkeit reiche Gelegenheit hatte, alle Zweige des Wirtschaftslebens gründlichst kennen zu lernen und sich ein festes Urteil über alle wichtigeren wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen zu bilden. Gerade die Vielseitigkeit der bisherigen Tätigkeit des neuen Premiers bürgt auch dafür, daß er, soweit volkswirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten bei der Lösung oberster politischer Probleme in Betracht kommen, die Entscheidung mit weiser Objektivität und mit Bedachtnahme auf die Interessen aller Berufskreise treffen werde. In seiner langjährigen Stellung als hervorragender Funktionär der Finanzverwaltung konnte Dr. v. Spitzmüller die wirtschaftliche Tätigkeit, aber auch die Tragfähigkeit der einzelnen Berufe gründlichst kennen lernen. Es war ihm auch Gelegenheit geboten, seinen Gesichtskreis zu erweitern, kontinental- und weltwirtschaftlich zu denken und die großen wirtschaftlich-finanziellen Zusammenhänge zu würdigen. Seine Tätigkeit als Handelsminister rückte ihn unmittelbar in den Bereich der aktuellen kriegswirtschaftlichen, handels- und ausgleichspolitischen Fragen, und er befaßte sich auf das eingehendste mit den Grundlagen und Möglichkeiten des Ausgleiches sowie mit allen jenen Bestrebungen, welche unsre wirtschaftliche Annäherung an das Deutsche Reich zum Ziel haben. Auch in der Leitung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereines für Oesterreich, bei den zahlreichen internen Besprechungen über unsre künftige Handelspolitik, die insbesondere unter dem Vorsitz des verstorbenen Ministers a. D. Dr. Marchet stattfanden, kam dem jetzigen Ministerpräsidenten eine führende Rolle zu. Ausgezeichnete literarische Werke, wie schon 1902 das Buch über die österreichisch-ungarische Währungsreform und 1907 über die Quote, beweisen, daß Dr. v. Spitzmüller auch die Feder vorzüglich zu führen versteht, und zwar gerade auf finanziellen Gebieten schwierigster Natur. Nicht zu vergessen ist die überaus wertvolle und fruchtbare Tätigkeit, welche der neue Ministerpräsident bei den Verhandlungen über den letzten Ausgleich des Jahres 1907 entfaltete.

Die Tatsache, daß einer unsrer bedeutendsten Volkswirte nunmehr die erste Stelle im Rate der Krone einnimmt, beweist mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, daß auch an maßgebender Stelle die Wirtschafts- und Finanzpolitik als der bestimmende Faktor bei der Lösung inner- und außerpolitischer Probleme erachtet wird, ein Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft, welcher überhaupt niemals außer acht gelassen werden sollte und gerade in der jetzigen Zeit von entscheidender Bedeutung sein wird.

Es ist hier nicht der Platz, über die hervorragenden persönlichen Eigenschaften und Fähigkeiten des neuen Ministerpräsidenten zu sprechen, ebensowenig darüber, wie die politische Welt sich zu seiner Berufung stellen wird. Das eine darf aber wohl gesagt werden, daß eine befriedigende Lösung der wichtigsten innerpolitischen Frage, die dauernde politische Konsolidierung Oesterreichs, auch im eminenten wirtschaftlichen Interesse unsres Vaterlandes liegt, denn nur wenn Oesterreich politisch konsolidiert ist, kann es die ihm kraft seiner militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Leistungen im Kriege gebührende Stellung in der Monarchie und im Vierbunde behaupten und sichern.

Die Angehörigen der wirtschaftlichen Berufsstände sind daher auch davon überzeugt, daß Dr. v. Spitzmüller bei der Erneuerung des für unsre wirtschaftliche Zukunft in erster Linie maßgebenden österreichisch-ungarischen Ausgleichs kein vitales Interesse Oesterreichs vernachlässigen und unter steter Wahrung des obersten Grundsatzes der unlösbaren Zusammengehörigkeit der beiden Staaten der Monarchie die berechtigten Forderungen der österreichischen Volkswirtschaft an einem guten Ausgleich sich stets vor Augen halten werde.

Bei der Neugestaltung unsrer handelspolitischen Beziehungen zu dem engverbündeten Deutschen Reich wird Dr. von Spitzmüller seine reichen Erfahrungen und Kenntnisse in die Wagschale werfen können und der aus politischer und allgemein-volkswirtschaftlicher Notwendigkeit folgenden Schaffung des deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsbündnisses die gebührende Beachtung schenken. Auch eine günstigere Gestaltung unsrer wirtschaftlichen Beziehungen zu unsern Verbündeten im Südosten, überhaupt eine Neuorientierung unsrer Handelspolitik gegenüber den Ballanstaaten, die Bedachtnahme auf die durch den Krieg zu so eindrucksvoller Bedeutung gelangten verkehrspolitischen Reformen werden die Aufmerksamkeit Dr. v. Spitzmüllers finden, und man wird in ihm — es ist dies die feste Ueberzeugung aller hier in Betracht kommenden Fachkreise und Interessenten — einen warmen Anwalt der schon so oft gewünschten Reformen erblicken dürfen. Und daß ihm bei den so schwierigen Fragen valutapolitischer Natur, welche der Krieg aufgeworfen hat, bei der Lösung der kriegswirtschaftlichen Probleme, bei der Wahl der richtigen Organisation für die Rohstoffbeschaffung und die Uebergangswirtschaft, ferner bei der Durchführung zahlreicher durch den Krieg bedingter sozialpolitischer Maßnahmen ebenfalls seine bisherige Tätigkeit, der in dieser gewonnene reiche Einblick und das damit verknüpfte sichere Urteil sehr wesentlich zustatten kommen werden, bedarf keiner näheren Ausführung.

Angesichts der großen Verantwortung und des außerordentlichen Ernstes, welcher allen diesen durch den Krieg gestellten politischen und wirtschaftlich-finanziellen Agenden zukommt, darf man mit Recht hoffen, daß der neue Kabinettschef auch glücklich in der Wahl seiner Mitarbeiter sein und daß er namentlich bei der Bestellung der Leiter der wirtschaftlichen Ressorts ebenso erprobte und sachkundige, als zielbewußte und tatkräftige Männer sich zur Seite stellen werde.

Und so glauben wir, daß in Dr. v. Spitzmüller alle persönlichen und sachlichen Voraussetzungen gegeben sind, um die Geschicke Oesterreichs in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht günstig zu gestalten. An der freudigen, hingebungsvollen Mitarbeit aller wirtschaftlichen Berufe wird es dem neuen Ministerpräsidenten gewiß nicht fehlen.

Reichspost

16./XII. 1916

158

Die Stellung der Kronländer im Gefüge der österreichischen Verfassung.

Eine Rundfrage.

Die neueste Nummer der von Hofrat Bernatzik, Exz. Hussarek, Hofrat Lammasch und Hofrat Menzel herausgegebenen und von Professor Dr. Kelsen redigierten „Oesterr. Zeitschrift für öffentliches Recht" (Verlag Manz, Wien) ist eine Sondernummer und enthält die Ergebnisse einer hochinteressanten Enquete über die Frage der Länderautonomie. In der Einleitung führt die Redaktion aus:

Die heute im Mittelpunkte der parteiprogrammatischen Gegensätze stehende Frage der „Stellung der Kronländer im Gefüge der österreichischen Verfassung" wurde zum Gegenstande einer Umfrage an die Lehrer des Staats- und Verwaltungsrechtes der Hochschulen Oesterreichs gemacht.

Es sollte dabei vor allem auf eine kritische Würdigung der bisherigen Wirksamkeit der Länder, insbesondere im Hinblick auf die Lösung des Nationalitätenproblems ankommen. Antwort auf die Frage: Ob die Autonomie der Länder als historischer Individualitäten fort- oder rückgebildet, oder ob sie gänzlich beseitigt werden und welche Aenderung der Organisation vorgeschlagen werden soll, wurde von den Ausführungen der Referenten erwartet.

Was das Ergebnis der Rundfrage betrifft, so weisen die eingelaufenen Gutachten, die in der alphabetischen Reihe der Gutachter folgen, bei weitgehender Uebereinstimmung in Einzelheiten dennoch große prinzipielle Gegensätze auf. Da wir uns an alle Hochschulen Oesterreichs wandten, konnten wir von vornherein nicht auf ein völlig eindeutiges Ergebnis rechnen. Allein wir betrachten unsere Aufgabe als erfüllt, wenn es uns gelungen ist, die Besprechung der aufgeworfenen Frage auf das höchste Niveau zu stellen, das heute in Oesterreich zu erzielen ist. Und es scheint uns von glücklicher Vorbedeutung zu sein, daß in den Gutachten, die wir hiemit der Oeffentlichkeit übergeben, Gelehrte aller an Oesterreichs Hochschulen vertretenen Nationalitäten, Deutsche, Tschechen, Polen, Ruthenen und Slovenen, sich auf dem gemeinsamen Boden unserer österreichischen Zeitschrift zu gemeinsamer Arbeit im Dienste des gemeinsamen Vaterlands zusammengefunden haben.

Die folgenden Gelehrten haben Gutachten abgegeben: Univ.-Prof. Dr. Karl Brockhausen (Wien), Univ.-Prof. Dr. Stanisl. Dnistrianskyj (Lemberg), Univ.-Prof. H. Dr. v. Frisch (Czernowitz), Univ.-Prof. Dr. Rudolf v. Herrnritt (Wien), Univ.-Prof. Dr. Karl Lamp (Innsbruck), Univ.-Prof. Dr. Rudolf Edler v. Laun (Wien), Univ.-Prof. Dr. Max Layer (Graz), Univ.-Prof. Dr. Hans Nawiasky (Wien), Univ.-Prof. Dr. Heinrich Rauchberg (Prag), Univ.-Prof. Dr. Ludwig Spiegel (Prag), Univ.-Proj. Dr. Stanislaus Ritter v. Starczynski (Lemberg), Univ.-Prof. Dr. Friedrich Tezner (Wien), Prof. Dr. Frz. Weyer (Brünn), Privatdozent Dr. Ivan Zolger (Wien).

Arbeiterzeitung

16./XII. 1916

161

Große Aufgaben und kleine Schwierigkeiten.

Große Aufgaben stehen uns bevor, Aufgaben, die auf eine lange Zeit hinaus unsere Volkswirtschaft gestalten sollen, die über nichts Geringeres entscheiden als über Brot und Arbeit des Volkes. Wenn die äußere Sicherheit mit dem Blute des Volkes erkauft sein wird, gilt es, ihm daheim eine ausreichende Existenz in Recht und Ehren zu sichern. Dazu müssen wir zunächst Oesterreichs wirtschaftliches Verhältnis zu Ungarn ordnen, so daß wir Boden- und Arbeitserzeugnisse ungehindert austauschen, wir müssen sodann das Wirtschaftsbündnis mit Deutschland und dem Balkan in solcher Art abschließen, daß alle Glieder an den wirtschaftlichen Vorteilen der Gemeinschaft gebührenden Anteil haben, und wir müssen endlich Friedens- und Freundschaftsverträge mit allen Staaten der Welt schließen, um das Produkt von unserer Hände Arbeit abzusetzen und dafür die Erzeugnisse fremder Himmelsstriche für unseren täglichen Tisch zu beziehen. Nicht ein leeres politisches Prestige, nicht staatsrechtliche Finessen stehen in Frage, sondern die Lebensnotdurft der Volksmassen selbst und Oesterreichs wirtschaftliche Stellung neben Ungarn, inmitten der Bundesvölker und gegenüber der ganzen Welt. Darüber muß im Jahre 1917 entschieden werden.

Wir heben diese Aufgaben aus dem Wust der Quengeleien heraus, um die sich die bürgerliche Politik unseres Landes gemeiniglich dreht. Wir wissen nicht, ob unsere sogenannten Politiker verstehen, worum es sich handelt; der Mann auf der Straße fühlt es und faßt es. Und darum halten wir noch immer dafür, daß es außerhalb des Bereiches des Denkbaren liegt und liegen muß, Oesterreichs Bevölkerung könnte in einer solchen geschichtlichen Stunde nicht einmal gehört werden!

Zunächst handelt es sich um den wirtschaftlichen Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn: die zwei Staaten haben miteinander einen Zoll- und einen Handelsvertrag zu schließen, durch den sie erst nach außen ein Zollgebiet und befähigt werden, mit Deutschland und den Balkanstaaten Vereinbarungen zu treffen und sodann mit allen anderen Wirtschaftsmächten Handelsverträge einzugehen. Wohl unmittelbar nach dem Friedensschluß, vielleicht schon während der Friedensverhandlungen, werden die handelspolitischen Beziehungen zwischen Freund und Feind zu ordnen sein, bis dahin soll auch die Monarchie wissen, was sie auf dem Weltmarkt will und kann. Die Zeit ist knapp — freilich nicht durch irgend ein Versäumnis der Volksvertretung. Aber sie reicht schon darum aus, weil für feste und unabänderliche Absichten in einer Zeit, wo alle Dinge täglich die Gestalt verändern, ohnehin kein Raum ist.

In der letzten zehnjährigen Periode hatten wir befristete Handelsverträge mit Deutschland, der Schweiz, Italien, Rußland und Belgien. Diese Verträge laufen am letzten Dezember 1917 ab, also mit dem gleichen Tage wie der Ausgleich selbst. Außer diesen halten wir Verträge ohne Ablaufstermin mit England, den Vereinigten Staaten, Rumänien und Frankreich. Sie sind bis auf den amerikanischen Vertrag durch den Krieg außer Kraft getreten, weil der Krieg alle Vertragsverhältnisse zwischen den feindlichen Staaten aufhebt. Der Vertrag mit Nordamerika besteht also auf unbegrenzte Dauer fort, die übrigen Verträge müssen neu geschlossen werden.

Der Zusatzvertrag zum Handels- und Zollvertrag mit Deutschland vom 25. Jänner 1905 besagt im Artikel 7: „Mit den durch den Zusatzvertrag bedingten Aenderungen und Ergänzungen soll der Vertrag während der Zeit bis zum 31. Dezember 1917 wirksam bleiben." Der Ablauf des Termins ist demnach noch ein volles Jahr vor uns. Ein früher vorgesehener Kündigungstermin (Ende 1915) ist schon verstrichen. Der zitierte Artikel schreibt jedoch weiter vor: Falls kein Teil vor dem 31. Dezember 1917 seine Absicht kundgibt, die Wirkungen des Vertrages mit diesem Tage aufhören zu lassen, „soll der Vertrag über den 31. Dezember 1917 hinaus bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab in Geltung bleiben, an welchem der eine oder der andere der vertragschließenden Teile ihn gekündigt haben wird".

Man sieht deutlich, der Vertragsablauf ist nur in Aussicht genommen. Der Vertrag verlängert sich von selbst, wenn er nicht gekündigt wird. Gekündigt werden aber kann er noch bis zum vorletzten Kalendertag des Jahres 1917. Die Frist ist keine Fallfrist!

Nun hatten sich allerdings die Koalitionsherren mit Kossuth, die in Ungarn zur Zeit der Verhandlungen herrschten, im Artikel 4 des Ausgleichsvertrages die Möglichkeit einer einseitigen Kündigung durch Ungarn oder Oesterreich vorbehalten gehabt. Das Beck'sche Schlußprotokoll hob diese Möglichkeit wieder auf. Man kam überein, von dem Kündigungsrecht gegenüber Deutschland, Belgien, Rußland und der Schweiz für Ende 1915 einseitig keinen Gebrauch zu machen. Diese Einschränkung ist ausdrücklich für Ende 1917 nicht aufgenommen. Hier haben die Ungarn wieder das beliebte Manöver gemacht, Zwangslagen zu schaffen, die sich gelegentlich prächtig ausnützen lassen. Von dieser Zwangslage macht nun die ungarische Regierung Gebrauch.

Der Artikel 4 des Ausgleichsgesetzes schreibt nämlich vor, daß wenn einer der beiden Staaten, Oesterreich oder Ungarn, den deutschen Vertrag zu kündigen wünscht, er von der Kündigungsabsicht sechs Monate früher an den anderen Staat Mitteilung machen muß. Sechs Monate vorher! Wie nun jüngst im ungarischen Abgeordnetenhause Tisza mitteilte, hat die ungarische Regierung einen solchen Schritt unternommen, hat also mit 30. Juni 1916 ihre Kündigungsabsicht der österreichischen Regierung mitgeteilt. Wovon natürlich nur die Kanzlei des Grafen Stürgkh etwas wissen mag, sonst hat man davon nichts vernommen!

In welcher Absicht hat Ungarn diesen Schritt unternommen? Die ernsthafte Absicht, den Vertrag mit Deutschland zu kündigen, besteht offenbar nicht, man wird wie 1905 mit einem Zusatzabkommen das Auslangen finden. Graf Tisza mag an die Lebensdauer des Ministeriums Stürgkh nicht allzu große Hoffnungen gesetzt haben, auch dürfte er in Erfahrung gebracht haben, daß die Zoll- und handelspolitische Kommission, der Beirat der Interessenten Oesterreichs, die Stürgkhschen Vereinbarungen mit unverhohlener Ablehnung aufnahm. Zur rechten Zeit hat der Ungar immer einen Termin, er teilte also seine vorgeblichen Kündigungsabsichten mit, um den endgültigen Abschluß der Vereinbarungen zu beschleunigen. Die Drohung war mit nichten wirksam — die Ungarn werden es sich dreimal überlegen, eine einseitige Kündigung an Deutschland zu richten und den Bundesgenossen in die inneren Verlegenheiten der Monarchie zu verstricken. Aber auf Stürgkh war diese Mitteilung wirksam: die erwähnte Kommission wurde nicht mehr einberufen und zwischen den zwei Männern Tisza und Stürgkh wurden die Vereinbarungen abgeschlossen.

Nach dem jähen Systemwechsel in Oesterreich trat nun an Koerber die Frage heran, ob er in die Vereinbarungen seines Vorgängers eintrete. Koerber tat dies nicht. Also mußte Tisza zur Beschleunigung der Erledigung einen neuen Termin schaffen. Dazu benötigte er des jüngst beschlossenen Ermächtigungsgesetzes.

Tisza erklärte nämlich, die ungarische Regierung werde jedenfalls so vorgehen, daß das freie Verfügungsrecht des Landes gewahrt werde. Er versprach sich also irgend eine Wirkung von der Möglichkeit, Ungarn werde selbständig und einseitig den Handelsvertrag mit Deutschland kündigen. Er versprach sich davon eine Wirkung, obschon jeder politische Laie sieht, daß die Beziehungen Ungarns zu Deutschland nach Hermannstadt ganz anders geartet sind, als daß ein solcher Schritt auch nur denkbar wäre. Man hat im ungarischen Parlament wieder einmal Figuren gestellt, worauf man sich in Oesterreich beeilen zu müssen glaubte.

Man lasse also die Ungarn ruhig kündigen. Tun sie es, so wird man später statt eines Zusatzvertrages eben einen Originalvertrag schließen. Das vergrößert höchstens den Umfang der Drucksorte. Niemals wird sich aber unser wirtschaftliches Verhältnis zu Deutschland nach papierenen Klauseln bestimmen, sondern immer nur nach Wirtschaftsbedürfnissen und politischen Machtverhältnissen. Wir haben also Zeit. Nicht viel, aber doch genug, um die durch Staatsgrundgesetz berufenen Vertreter Oesterreichs zu befragen, wie sie sich auf zwei Jahrzehnte und mehr einrichten wollen! Graf Tisza möge von der ihm erteilten Ermächtigung den Gebrauch machen, der ihm beliebt.

Neue Freie Presse

16./XII. 1916

Der Titel des Kaisers im ungarischen Inauguraldiplom.

Wien, 15. Dezember.

Im ungarischen Regnikolarausschuß zur Festsetzung des Textes des Inauguraldiploms wurden heute bemerkenswerte Erklärungen über den Kaisertitel abgegeben. Im Eingang des Inauguraldiploms wird der sogenannte große Titel des Monarchen angeführt. Bei Neuregelung der Wappen- und Fahnenfrage vom 11. Oktober 1915 ist jedoch das große Wappen und damit im Zusammenhange der große Titel offen geblieben. Eine Vereinbarung hierüber ist seither noch nicht erfolgt. Der ungarische Inauguralausschuß hat nun heute beschlossen, daß im Inauguraldiplom der große Titel in der Form angewendet werde, wie er in dem bei der Königskrönung des Kaisers Franz Josef im Jahre 1867 erscheint. Nur wurde im Beginn eine kleine, aber wichtige Aenderung vorgenommen. 1867 heißt es: „Wir Franz Josef I., von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, apostolischer König von Ungarn, Böhmen, Dalmatien usw. . . .“

In dem gegenwärtigen Inauguraldiplom wird es heißen: „Wir Karl I. von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, dieses Namens IV. Apostolischer König von Ungarn, König von Böhmen, Dalmatien . . . usw.“ Es ist also der ungarische Königstitel, der den Beinamen „Apostolisch“ hat, von den anderen Königstiteln geschieden. Auf den Kaiser von Oesterreich folgt nunmehr zunächst der Apostolische König von Ungarn und dann der König von Böhmen, Dalmatien usw. Der ungarische Ministerpräsident fügte hinzu, daß die Festsetzung des Titels im ungarischen Krönungsdiplom der späteren einverständlich zwischen den in Betracht kommenden Faktoren zu treffenden Regelung der Frage des Titels nicht präjudiziere.

Die Titel des Herrschers waren zuletzt im Jahre 1836 mittelst Hofkanzleidekrets vom 22. August einer Gesamtregelung unterzogen worden. Es wurden ein großer, mittlerer und kleiner Titel festgesetzt. Alle drei begannen mit den gleichen Worten: „Wir Ferdinand I., von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen, dieses Namens der Fünfte; König der Lombardei und Venedigs . . . usw.“ Den Titel des Königs der Lombardei und Venedigs hat Kaiser Franz Josef mittelst a. h. Handschreibens vom 3. Oktober 1866 abgelegt. Im Jahre 1868 erging nun das bekannte a. h. Handschreiben an Beust, in welchem unter Hinweis auf die dualistischen Verfassungsverhältnisse bestimmt wurde, daß der Titel des Monarchen künftig zu lauten habe: „Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen usw., und apostolischer König von Ungarn“. In dieser Form wird der kleine Titel seither gebraucht. Auch der mittlere Titel wurde seit damals in ähnlicher abgeänderter Weise benützt. Nur der große Titel blieb unberührt. In Oesterreich wurde er folgendermaßen gebraucht: „Wir Franz Josef I., von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen, von Dalmatien usw.“ In Ungarn wurde er, wie oben bemerkt, im Inauguraldiplom mit „Wir Franz Josef I., von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, Apostolischer König von Ungarn, Böhmen, Dalmatien usw.“, festgesetzt. Der große Titel wurde sonach hüben und drüben verschieden angewendet. In Ungarn wurde nun neuerlich eine andere Fassung gewählt, die den Titel des Apostolischen Königs stärker heraushebt.

Gleichzeitig wurde heute im ungarischen Inauguralausschuß vom Ministerpräsidenten Grafen Tisza eine wichtige Erklärung zur Titelfrage abgegeben. Graf Tisza teilte mit, er sei vom Kaiser ermächtigt worden, festzustellen, daß „die ungarische Königswürde von der österreichischen kaiserlichen einen gesonderten selbständigen, mit dem letzteren in Parität stehenden Charakter besitzt“. Diese Erklärung des ungarischen Ministerpräsidenten ist staatsrechtlich von der größten Bedeutung. Sie schließt gleichsam die Entwicklung des österreichischen Kaisertitels ab. Der österreichische Kaisertitel ist durch das Patent Kaiser Franz' II. vom 11. August 1804 geschaffen worden als Titel für die „Herrscher des Hauses und der Monarchie von Oesterreich“, also als Herrscher aller unter der Herrschaft der Dynastie vereinigten „Königreiche und Staaten“. Es war sonach ein Titel für die Gesamtmonarchie. Seit 1867 sind eine Reihe von Verfügungen ergangen, die den Kaisertitel immer schärfer auf die österreichische Reichshälfte einschränkten. Die jüngste Maßregel war die im Jahre 1915 erfolgte Regelung der Wappenfrage. In der amtlichen Beschreibung der neuen Wappen wurde zum erstenmal der Name „Oesterreich“, der 1804 als „Monarchie von Oesterreich“ auch die ungarischen Länder umfaßt hat, auf Zisleithanien, das ist auf die bisher die „im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder“ genannte Reichshälfte angewendet. Nunmehr erfolgte gelegentlich der Festsetzung des Titels im ungarischen Krönungsdiplom die Erklärung, daß der österreichische Kaisertitel und der ungarische Königstitel paritätische Titel seien. Damit hat der österreichische Kaisertitel endgültig eine andere Bedeutung erhalten, wie sie im Patente von 1804 festgesetzt wurde.

Die Sitzung des Inauguralausschusses.

Budapest, 15. Dezember.

Der zur Redigierung des Inauguraldiploms entsandte Ausschuß hielt heute mittag im Delegationssaale des Abgeordnetenhauses eine Sitzung ab, in der Ministerpräsident Graf Stephan Tisza erklärte, er habe gehofft, daß er in der heutigen Sitzung des Ausschusses bereits den festgesetzten Großen Titel Sr. Majestät werde unterbreiten können; er könne dies jedoch nicht tun, denn die inzwischen eingetretene österreichische Regierungskrise habe die Feststellung des Großen Titels unmöglich gemacht. Da die scheidende österreichische Regierung nicht geneigt war, dem Standpunkt der ungarischen Regierung betreffs des Großen Titels in allem zuzustimmen, wäre es jetzt, da Se. Majestät keine verantwortliche österreichische Regierung habe, nicht am Platze, eine Entscheidung zu provozieren, und so sei die ungarische Regierung genötigt gewesen, sich darein zu finden, daß die Entscheidung betreffs dieser schwebenden Fragen aufgeschoben werde. Aus diesem Grunde habe Redner die Zustimmung Seiner Majestät dazu erbeten, daß in der Einleitung des Inauguraldiploms derselbe Große Titel Sr. Majestät gebraucht werde wie im Gesetzartikel 2 vom Jahre 1867 mit der Abänderung, daß die Apostolische Bezeichnung, welche im Jahre 1867 in gänzlich unrichtiger Weise mit mehreren Ländern verbunden gebraucht wurde, nur nach Ungarn aufgenommen werde. Der im Inauguraldiplom beantragte Titel sei daher folgender:

„Wir Karl I., aus Gottes günstiger Gnade Kaiser von Oesterreich, dieses Namens IV. Apostolischer König von Ungarn, König von Böhmen, Dalmatien, Kroatien, Slawonien, Galizien, Lodomerien, Illyrien, Jerusalem usw. usw. usw.“

Zugleich teilte der Ministerpräsident dem Ausschusse mit, daß er von Sr. Majestät ermächtigt worden sei, auch im Namen Sr. Majestät jene undiskutable Tatsache festzustellen, daß die ungarische Königswürde von der österreichischen kaiserlichen einen gesonderten, selbständigen, mit dem letzteren in Parität stehenden Charakter besitzt, und auch im Namen Sr. Majestät zu erklären, daß dies auch dem Standpunkte Sr. Majestät entspreche und daß diese Tatsache durch den von Sr. Majestät festgestellten Allerhöchsten Titel weder tangiert noch verdunkelt werden könne.

Der Ministerpräsident glaubt, daß mit dieser Erklärung jedweder bezüglich des Titels etwa auftauchenden Mißdeutung vorgebeugt werde. Dieser Titel des Krönungsdiploms präjudiziere keineswegs einer späteren Regelung der Titelfrage.

Abgeordneter Graf Albert Apponyi beantragt folgenden Titel:

„Wir Karl, dieses Namens erster Kaiser von Oesterreich und dieses Namens vierter Apostolischer König von Ungarn.“

Nachdem noch die Abgeordneten Graf Michael Karolyi, Edmund Barta und Graf Julius Andrassy gesprochen hatten, stimmte der Ausschuß dem vom Ministerpräsidenten beantragten Titel zu und nahm den vom Referenten Josef Illes unterbreiteten Bericht zur Kenntnis.

Ungarisches Abgeordnetenhaus.

Budapest, 15. Dezember.

Vizepräsident Szasz eröffnet die Sitzung 1/4 6 Uhr nachmittags.

Abg. Bela Barabas (Unabhängigkeitspartei) hat die Erlaubnis erhalten, eine dringende Interpellation, betreffend die Anbringung des Bildnisses Sr. Majestät in den Amtslokalitäten, einzubringen.

Referent Dr. Illes unterbreitet den Bericht des Inauguraldiplomausschusses und beantragt die dringliche Verhandlung des Berichtes.

Abg. Geza Polonyi bringt den Wunsch vor, daß mit Rücksicht auf die Verhandlung des Inauguraldiploms auch die Formel des von Sr. Majestät abzulegenden Eides dem Hause bekanntgegeben werde.

Ministerpräsident Graf Tisza erklärt, der Ausschuß habe nicht nur das Inauguraldiplom, sondern auch die Eidesformel verhandelt und sie seien dem Berichte des Ausschusses beigefügt.

Hierauf unterbreitet Abg. Barabas seine dringliche Interpellation. In Begründung seiner Interpellation hebt er hervor, daß ihn unter anderen Gesichtspunkten auch derjenige leite, daß die Jugend immer das Bildnis Sr. Majestät als Verkörperung des großen staatsrechtlichen Gedankens des ungarischen Staates vor sich habe und daß diese Verkörperung auch für die Nationalitäten stets ein Wahrzeichen sei. Deshalb halte er es für überaus wichtig, daß dafür vorgesorgt werde, daß auf den Bildnissen Sr. Majestät sowohl im Aeußern seiner Person als auch im Texte alles vermieden werde, was ihn anders darstelle. Auf diesen Bildern soll Se. Majestät als ungarischer König mit den Insignien der ungarischen Würde dargestellt werden.

Der Interpellant kam weiter darauf zu sprechen, daß in Ungarn bei militärischen Feierlichkeiten oder bei Feiern, wo Se. Majestät anwesend sei, die österreichische Volkshymne gespielt werde. Er urgierte die endgültige Regelung dieser Frage in dem Sinne, daß in Ungarn die österreichische Volkshymne nicht mehr gespielt werde.

Ministerpräsident Graf Tisza erwidert auf die Interpellation Barabas folgendes:

Ich teile überhaupt nicht die Auffassung des Herrn Abgeordneten, als ob es in irgendeiner Beziehung beanständet werden könnte, daß der ungarische König in Generalsuniform erscheint. (Zustimmung rechts.) Ich sehe darin nicht nur nichts zu Beanständendes, sondern als dynastisch fühlender Ungar fühle ich es geradezu wünschenswert, daß die ungarischen Könige getreu den Traditionen sämtlicher ungarischen Könige an der Spitze des Heeres stehen, daß sie in sich auch die Würde des Obersten Kriegsherrn fühlen, die nach meiner Ansicht mit der Würde des ungarischen Königs unzertrennlich verschmolzen ist. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Der König von Ungarn erscheint auch bei der Krönung in Generalsuniform, und ich würde es auch nicht wünschen, daß der ungarische König seine militärische Würde bei irgendeinem Anlasse ablege. Im Gegenteil, in der Tatsache, daß der ungarische König gleichzeitig ständig auch als Oberster Kriegsherr erscheint, sehe ich die Verschmelzung des ungarischen Staates und der Armee repräsentiert, was ein direktes ungarisches nationales Interesse ist. (Lebhafter Beifall rechts.) Infolgedessen beabsichtige ich natürlich keinerlei Maßnahme zu treffen, die bezüglich der Anschaffung eines Bildnisses Seiner Majestät in dieser Hinsicht Schranken aufstellen würde. Es versteht sich von selbst, daß die Bildnisse Sr. Majestät und des Allerhöchsten Königspaares derart seien, daß der Text vom Standpunkte des ungarischen Staatsrechtes vollkommen einwandfrei ist, oder sagen wir der Text und das Bild. Denn natürlich wäre ein mit der österreichischen Kaiserkrone versehenes Bild nicht geeignet zur Verwendung in ungarischen Aemtern. (Zustimmung rechts.) Das ist eigentlich meine Antwort auf die Interpellation.

Ich kann es aber nicht unterlassen, so sehr es mir auch in diesem Augenblicke widerstrebt, hievon zu sprechen, auf den Passus der Rede des Interpellanten, betreffend den Hymnus, zu erwidern. Ich glaube, wenn der Herr Abgeordnete um sich blickt, wird er sehen, welches Gefühl dieser Teil seiner Rede ausgelöst hat. (Rufe links und auf der äußersten Linken: Es ist Parteikonferenz!) [Anmerkung: Auf den Bänken der Linken sind sehr wenig Abgeordnete anwesend.] Ich bedaure, wenn es ein Irrtum ist. (Rufe links und auf der äußersten Linken: Ein Irrtum!) Aber wenn es auch ein Irrtum ist, bin ich so frei, der Ansicht Ausdruck zu geben, daß ich vielleicht nicht nur die Ansicht dieser Partei ausspreche, wenn ich sage, daß das Aufwerfen dieser Frage im heutigen Augenblick und auf solche Weise wahrlich weder zeitgemäß noch taktvoll, noch geschmackvoll genannt werden kann. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Der Herr Abgeordnete hat es für gut befunden, die Fabel aufzufrischen, als ob die sogenannte Kaiserhymne irgendeinmal bei Hinrichtungen gespielt worden wäre. Diese Fabel mochte vielleicht einmal sehr geeignet sein, die Gemüter zu vergiften, und irgendeinmal waren vielleicht solche Dinge noch zu verzeihen. Aber heute, nach den gegenteiligen Erfahrungen so vieler Jahrzehnte ist sie wahrlich überhaupt nicht am Platz. (Zustimmung.) Ich glaube, heute, nachdem während des Krieges unzähligemal die österreichische Volkshymne und die ungarische Hymne, eine nach der anderen, erklangen, und zwar auch die ungarische Hymne seitens des Militärs unter militärischen Ehren (lebhafte Zustimmung rechts), ist der Herr Abgeordnete zum mindesten mit dieser seiner Rede verspätet und er hätte diese seine Anschauung viel besser zur Geltung bringen können damals, als er Präsident der Delegation war. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit rechts.)

Ich bitte, meine Antwort zur Kenntnis zu nehmen.

Das Haus nimmt die Antwort des Ministerpräsidenten zur Kenntnis. Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung morgen vormittags um 10 Uhr. Tagesordnung: Verhandlung des Berichtes des Inauguraldiplom-Ausschusses.

17./XII. 1916

165

Kriegstagung des Reichstages.

Die Debatte über das Inauguraldiplom.

Budapest, 16. Dezember.

Die Debatte über den Entwurf des Inauguraldiploms, die heute vormittag im Abgeordnetenhause einsetzte, führte in den Abendstunden in erster Lesung zur Annahme des Deputationsentwurfes und dann zu einer lebhaft einsetzenden Spezialberatung, die Montag ihre Fortsetzung finden soll. Form und Ton der Beratung waren durchaus vornehm, durchaus auf der Höhe der Aufgabe. Auch die Ausführungen, mit denen Géza Polónyi die Nachmittagsberatung einleitete, boten interessante Reminiszenzen und Gesichtspunkte, die allerdings nicht immer im Dienste einer Klärung der glücklicherweise sehr klarliegenden Fragen standen. Von den Ausführungen Edmund Bartas kann ähnliches gesagt werden.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa trat in einer eingehenden Darlegung für den Entwurf der Regnikolardeputation ein. Er berührte sozusagen alle Fragen, die die Debatte zutage gefördert hat. Sehr energisch betonte er und bewies er die unanzweifelbare Rechtssicherheit der ungarischen Thronfolgeordnung und ihre Geltendwerdung bei dem letzten Erbgang. Bedeutsam waren seine Bemerkungen, mit denen er die militärpolitischen Ansprüche der Opposition auf die Rahmen verwies, die das sogenannte Neunerprogramm, auf der Verfassung fußend, festgestellt hatte. Betreffend die Anwesenheit des Monarchen in Ungarn und die Erziehung des Thronfolgers konnte der Ministerpräsident die Mitteilungen wiederholen, die er mit Zustimmung Sr. Majestät in erfreulich beruhigender Weise in den Beratungen der Regnikolardeputation abgegeben hatte. Mit Genugtuung und sichtbar erfreut betonte Ministerpräsident Graf Stefan Tißa auch seine Zustimmung zu den Abänderungsanträgen, die später im Namen der Kroaten Graf Theodor Pejacsevich unterbreitete.

Die Grafen Albert Apponyi und Michael Károlyi machten von ihrem Rechte auf das Schlußwort Gebrauch. Infolge einer mißverständlichen Auffassung der Worte des Ministerpräsidenten sah sich Graf Albert Apponyi bewogen, sein militärisches Programm der Auffassung des Ministerpräsidenten entgegenzustellen und Graf Michael Károlyi tat mit schärferer Betonung das Gleiche. Noch einmal ergriff Ministerpräsident Graf Stefan Tißa das Wort, um die Mißverständnisse aufzuklären. Dann nahm das Haus den Entwurf der Regnikolardeputation als Grundlage der Spezialberatung an. Auch Graf Julius Andrássy stimmte mit der Mehrheit.

Die Spezialberatung griff im wesentlichen einen Punkt heraus, der schon im Laufe der Generaldebatte zu lebhaften Erörterungen Anlaß gab. Sie drehte sich in bewegter Form um den Titel des Königs. Während von oppositioneller Seite auf angeblich unzulässige Einflüsse der früheren österreichischen Regierung hingewiesen wurde, konnte Graf Stefan Tißa betonen, daß die Titelfrage, die mit dem Abgang der früheren österreichischen Regierung nichts zu tun habe, heute nicht besser gelöst werden könne, als das in dem Entwurf der Deputation geschah. Uebrigens durfte Ministerpräsident Graf Stefan Tißa in der etwas zugespitzten Debatte, an der sich Graf Julius Andrássy mit einer sehr kritischen Rede beteiligte, hervorheben, daß die Opposition in der Zeit ihrer Regierungstätigkeit keine Veranlassung sah, ihre Auffassung betreffend den Titel des Herrschers geltend zu machen.

Schließlich nahm das Haus auch betreffend den Titel den Antrag der Deputation mit den Abänderungen, die Graf Theodor Pejacsevich beantragt hatte, an.

Das Abgeordnetenhaus wird Montag wieder zusammentreten und den Entwurf des Inauguraldiploms voraussichtlich schnell verabschieden. Dann wird das Haus die übrigen Agenden, die durch die Krönung notwendig sind, beraten und unter diesen Agenden auch über die Stellvertretung des Palatins verfügen.

Der Verlauf der Sitzung.

Im Verlaufe der Sitzung sprach heute mittag noch

Abgeordneter Graf Julius Andrássy:

Der Rechtsbrauch des Inauguraldiploms vor der Krönung und des Eides auf die Verfassung entstammt dem Gedanken, die Verfassung und die Rechte des Landes auch des Schutzes teilhaftig werden zu lassen, den das moralische Gewicht der Religion, die Heiligkeit des Eides und die Macht des Ehrenwortes zu bieten vermögen. In der Zeit der Königswahl verfügte die Nation frei über die Krone und folgte diese nur dem Fürsten aus, den sie selbst zum König erkoren hatte und der in den Wahlkapitulationen sich auch zur Erfüllung neuer Wünsche der Stände verpflichtete. Seit Einführung des erblichen Königtums konnte die Königswahl nicht mehr an Bedingungen geknüpft werden, sondern bloß die Krönung. Den Akt der Krönung hinauszuschieben lag aber ebensowenig im Interesse der Nation, wie in dem des Königs, denn der Aufschub würde eine Verfassungsbürgschaft aufs Spiel gesetzt haben. Sobald die Lage entstanden war, in der ohne Krönung die Nation eigentlich über keine aktionsfähige Gesetzgebung verfügt, der König hinwieder ohne den Krönungseid nicht in den Besitz eines überwiegenden Teiles der Herrscherrechte gelangt, war es natürlich, daß Nation und König das gleiche Interesse an der Beschleunigung der Krönung hatten, und so hörte denn der Thronwechsel auf, eine natürliche Gelegenheit für die Nation zu sein, sich neue Bürgschaften zu verschaffen. An die Stelle des freien Handelns trat das zweiseitige Verhältnis strenger Pflicht. Im Gesetze wurde ausgesprochen, daß der neue König vor seiner Krönung ein Diplom auszufolgen hat, worin er die Rechte und Verfassung der Nation bestätigt; andererseits aber übernimmt auch die Nation die Verpflichtung, den König, der dieses Diplom ausgefolgt hat, zu krönen. Diesen Weg schlugen unsere Vorfahren 1687 ein, als sie bei Einführung des Erbkönigtums das Gesetz erbrachten, demgemäß jeder spätere König die Pflicht hat, ein ähnliches Inauguraldiplom auszufolgen, wie dasjenige, das damals für den Erbkönig festgesetzt worden war. Damit war gesichert, daß bei jedem Thronwechsel die Rechte der Nation abermals bestätigt werden. Dies findet sich seither in jedem Inauguraldiplom als fünfter Punkt, es ist also lebendiges Recht geblieben bis auf den heutigen Tag. Das schließt aber Aenderungen an dem Diplom nicht aus. Wenn die Absicht bestanden hätte, das Inauguraldiplom als unveränderlich zu betrachten, dann hätte einfach jedes Detail wegfallen müssen und man hätte die Bestätigung sämtlicher bestehenden Rechte in einigen Sätzen zusammengefaßt. So wie Berufungen auf Gesetze aufgenommen wurden, entstand dadurch nicht allein die Möglichkeit, sondern auch die Notwendigkeit von Aenderungen. So mußte auch aus dem Diplom vom Jahre 1867 die Berufung auf die Adelsprivilegien weggelassen werden, die durch die Gesetzgebung des Jahres 1848 abgeschafft worden waren. Es können daher im Diplom neue Gesetze, auf die besonderes Gewicht gelegt wird, namentlich hervorgehoben werden. Dagegen ist es unzulässig, neue Gesetzesschöpfungen oder authentische Gesetzesauslegungen im Inauguraldiplom anzustreben, denn beides ist nur im ordentlichen Wege der Legislation möglich, wobei zu bedenken ist, daß der König erst nach seiner Krönung Gesetze sanktionieren kann.

Strittig ist also nur, ob in dem Inauguraldiplom auf die Art der Ausübung der Hoheitsrechte bezügliche Prinzipien, neuere Versprechen des Königs zum Ausdruck gebracht werden können. Vom Rechtsstandpunkte aus behaupte ich abermals, daß die Nation ein Recht hiezu hat, denn es ist ja ein natürliches Recht des Reichstages, sich mittels Adresse wann immer, also auch gelegentlich des Inauguraldiploms, an den König zu wenden und von ihm diesbezüglich maßgebende Erklärungen zu erbitten. Dies hat auch der Uebung entsprochen. Die Stände faßten es immer so auf, daß sie ein Recht hiezu haben und im Ständereichstag wurden hierüber oft lange Debatten geführt. So 1741, als es sich um die Krönung Maria Theresias handelte und die Stände dem König ein ganz neues Diplom überreichten; so ereignete es sich auch 1790, — auch damals wurde ein neues, an die alten, die Wahlzeiten gemahnendes Inauguraldiplom ausgefertigt, in dem sämtliche Erfahrungen der Nächstvergangenheit niedergelegt waren, die man durch neue Versprechungen gleichsam nachträglich reparieren wollte. Aber diese Versuche scheiterten.

Géza Polónyi: Der König hat versprochen, daß ein eigenes Gesetz erbracht wird!

Graf Julius Andrássy (fortfahrend): Es wurde immer verweigert. Man sagte, und hierin liegt Wahrheit, daß man nicht zu mehr verpflichtet werden könne, als die Vorfahren gewährt hatten, daß man dem beipflichte, zu neueren Versprechungen aber nicht verpflichtet sei. Diesen Standpunkt akzeptierten schließlich die Stände in allen Fällen, denn es ist zweifellos, daß man wohl mehr verlangen könne und daß dem Könige das absolute Recht zusteht, im Inauguraldiplom die von der Nation seit uralten Zeiten nicht mehr gestellten neuen Bitten zu honorieren. Er ist dennoch hiezu nicht verpflichtet und sobald er das vorherige Inauguraldiplom erläßt, ist der Reichstag verpflichtet, ihn zu krönen. Und hierin habe ich den höchsten Wert der neuen Einrichtung erblickt, die ich nicht verdunkeln möchte, denn nur so ist der König unbedingt verpflichtet, vor der Krönung das Diplom zu erlassen. Sobald dies aber zum Gegenstande freier Verhandlung gemacht wird, nach alter ständischer Auffassung, so kann es geschehen, daß der König das Inauguraldiplom nicht erläßt, weil keine Einigung zu erzielen war. Sobald aber die Einigung nicht zu erzielen ist, ergibt sich die streng verfassungsrechtliche Verpflichtung des Königs, das vorherige Inauguraldiplom zu erlassen.

Géza Polónyi: Das ist schon keine Rechtsfrage mehr, sondern eine Machtfrage!

Graf Julius Andrássy (fortfahrend): Es ist eine streng juridische Frage, in den Gesetzen niedergelegtes striktes Recht und strikte Pflicht. (Zustimmung links.) Die Nation hat also das Recht, mehr zu verlangen, anderes zu verlangen, als was in dem vorigen Diplom enthalten war. Dieser Trieb ist natürlich, besonders wenn die Uebung, die Labilität gewisser Rechtsthesen aufzeigt. Solch Bestreben kommt aber ebenso naturgemäß selten und schwer zur Geltung. Erstens, weil, wie ich schon gesagt habe, von uns nicht mehr viel abhängt, sobald der König die Regierung angetreten hat; er hinwieder hat nicht viel zu geben; zweitens, weil es schwer ist, daß der König seine Regierung damit beginne, Erklärungen abzugeben, die man von ihm verlangt, weil seine Vorfahren gefehlt hatten. Derlei hat noch nie zu einem Ergebnisse geführt. Sehr deutlich drückte Fürst Kaunitz 1790 den Standpunkt aus, der nach seiner Ansicht dem ungarischen Staatsrechte entspricht, als er gegenüber dem Verlangen der Stände behauptete, das ungarische Inauguraldiplom sei „ein gegenseitiger Vertrag zwischen dem König und seinen Untertanen; dieser Vertrag verpflichtet beide Parteien, den König sowohl wie die Nation. Hievon kann der König nicht abweichen, aber die ungarischen Stände können von ihm auch nicht fordern, daß er es tue. Der König hört die Wünsche an, wenn es ihm gefällt, aber von ihm neues zu fordern, haben Sie kein Recht." Das ist die rechtliche Sachlage und das ist die Gewähr der ungarischen Nation, denn nur hiedurch sichern wir uns, daß dieses Versprechen, das Diplom, unter allen Umständen gegeben werden muß. Die Frage ist nur, ob es zweckmäßig sei, Gebrauch von dem Rechte zu machen, von dem wir nicht abstehen können, denn es kann sich ja eine Lage ergeben, in der die Geltendmachung dieses Rechtes zu Erfolg führt und auch im Interesse der Nation steht; aber nicht immer entscheidet die Zweckmäßigkeit.

Wie ich schon gesagt habe, glaube ich im allgemeinen nicht, daß der Regierungswechsel der entsprechende Augenblick zur Klärung von durch neue Forderungen und gewisse gegensätzliche Auffassungen verwirrten Fragen wäre. Umso weniger unter den heutigen Verhältnissen, inmitten des Weltkrieges. Wir, die Verfassungspartei, waren von jeher auf dem Standpunkte, während des Weltkrieges große prinzipielle Fragen, die schon Gegenstand großer Kämpfe waren, nicht in den Vordergrund zu schieben. Hiezu kommt noch, daß nur sehr wenig Zeit zur Feststellung des Inauguraldiploms vorhanden ist, so daß wir diese ernste Arbeit in aller Hast verrichten müssen. Da besteht wirklich wenig Aussicht, politische und prinzipielle Fragen von großer Tragweite zu bereinigen. In meiner Stellungnahme zu dem Diplomentwurf meiner geehrten Bündnisgenossen von der Unabhängigkeitspartei ist eben darum in merito keine Kritik enthalten; aber wir halten es nicht für opportun, all jene Fragen zur Entscheidung zu bringen, die das Diplom berührt. Eben darum pflichten wir, die Verfassungspartei, dem Entwurfe der Unabhängigkeitspartei nicht bei, sondern nehmen als Grundlage der Debatte den vom Ausschuß vorgelegten Diplomentwurf an. Nur möchte ich zu der Frage des Titels noch so viel sagen, daß ich bedauere, daß die Frage mit einer der kurzen Zeit angemessenen Oberflächlichkeit behandelt wurde. Nicht einmal die von einem und demselben Ausschuß in Vorschlag gebrachten zwei Titel stimmen überein; der Titel der Eidesformel ist anders als der in das Inauguraldiplom aufgenommene Titel. Ich sehe hiezu keine Ursache. Einer oder der andere Titel kann gut sein, beide können es unter keinen Umständen sein. (Zwischenrufe links: Keiner!) Meine geehrten Freunde haben recht, keiner ist gut. Der Ministerpräsident hat dies selber zugegeben, als er uns sagte, er halte den im Jahre 1867 benützten Titel nicht für richtig und stelle daher einen Abänderungsantrag. Da er indes diese seine Ansicht nicht zur Geltung zu bringen vermochte, jener Abänderungsantrag aber nicht derselbe ist, den er uns im Texte vorlegte, so hält er selber den uns vorgelegten Titel für unrichtig. Ich frage nun, wozu sollen wir etwas inartikulieren, das weder er, noch wir für richtig halten? Der 1867 benützte große Titel entspricht nicht den siebenundsechziger Evolutionen und er entspricht auch dem alten Staatsrechte nicht. Was der Berichterstatter des Ausschusses jetzt einreicht, ist ebenfalls danach, daß es von niemand für entsprechend gehalten werden kann. Wie ich sehe, ist der Titel, den die Regierung annehmen lassen möchte, in der Eidesformel enthalten. Dieser ist allenfalls etwas besser, aber auch nicht befriedigend. In dieser Hinsicht schließe ich mich vollständig der Ansicht meines geehrten Freundes Grafen Albert Apponyi an und halte für die einzige gute Lösung hinsichtlich des Großen Titels, wenn im Texte „Wir, Karl" figurieren würde und dann die Titel paritätisch folgen würden. Als gemeinsamer Titel wäre dies der einzige tadellose. Vermag aber die Regierung keinen Titel vorzuschlagen, den auch sie selber billigt, dann möchte ich bitten, von der Festsetzung des Großen Titels jetzt abzusehen; schließlich gibt es kein Gesetz, das vorschriebe, im Inauguraldiplom müsse der Große Titel benützt werden, dies ist rein eine Frage der Uebung, von der abgewichen werden kann. Sollte die Regierung hievon nicht abweichen wollen, so bin ich sogar damit einverstanden, im Diplom möge der Große Titel enthalten sein, aber zumindest in einer Form, die die Regierung für richtig hält. Solange Se. Majestät hiezu seine Zustimmung nicht gibt, möge das Magnatenhaus die Vorlage nicht verhandeln, so daß wir derart in der Lage seien, die neue, die richtige, die definitive Fassung zu inartikulieren. Etwas im Inauguraldiplom zu inartikulieren, das nach der Ansicht aller schlecht und provisorisch ist, dazu gehört wirklich beispiellose Leichtfertigkeit. Besteht aber keine Aussicht, binnen kurzem den richtigen Großen Titel festzusetzen, dann gibt es keine andere Lösung, als sich für einen anderen, entschieden festgesetzten Titel zu entscheiden. Das könnte entweder der Kleine Titel sein, der keine größere Aenderung infolge des Thronwechsels erleidet; es ist jener Kleine Titel, der 1867 festgesetzt wurde, oder aber — und dies wäre das korrekteste — der ungarische Titel. (Zustimmung links.) Ich wiederhole, es wäre ein großer Fehler, in das Diplom einen Großen Titel aufzunehmen, der nur für kurze Zeit, vielleicht nur für ein Dokument festgesetzt würde. Im übrigen nehme ich den Text des durch den Ausschuß vorgelegten Inauguraldiploms an. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abgeordneter Stefan Rakovßky:

teilt die Auffassung des Grafen Julius Andrássy, daß in das Inauguraldiplom auch neues aufgenommen werden könne, wenn Gewißheit vorhanden ist, daß der König das Diplom annehme. Dafür gab es im Jahre 1608 ein Beispiel, als König Mathias II. den versammelten Ständen versprach, eine Reihe von Gesetzen zu sanktionieren. Redner nimmt den Entwurf des Inauguraldiploms im Texte der Deputation an, ausgenommen den Titel. Die Bedingung dieser Stellungnahme ist, daß der Ministerpräsident die Erklärungen, die er in der Sitzung der Regnikolardeputation abgegeben hat, im Hause wiederholen werde, namentlich die Erklärung, daß Se. Majestät längere Zeit in Ungarn zu verbringen gedenke, und daß die Erziehung des Kronprinzen paritätisch ungarisch erfolge. Er bittet den Ministerpräsidenten um die Erklärung. Den Titel kann Redner nicht annehmen. Hinsichtlich des Titels ist Mehrheit und Opposition gleichermaßen der Auffassung, daß der Titel dem ungarischen Staatsrechte nicht entspricht.

Wir stellen trotzdem den nicht entsprechenden, schlechten Titel an die Spitze des Inauguraldiploms. Der Herr Ministerpräsident hat versprochen, daß er in Verhandlungen eintreten werde, und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, an die Stelle des nichtentsprechenden Titels einen entsprechenden zu stellen. Inzwischen ist die österreichische Regierung gestürzt, und der Herr Ministerpräsident sagt, die abgedankte österreichische Regierung wollte nicht den richtigen Titel annehmen und da die Regierungskrise dazwischengekommen ist, soll wegen der kurzen Zeit dieser auch seiner Ansicht nach nicht korrekte und den Gesetzen widersprechende Titel inartikuliert werden. In einem so feierlichen Moment, in einem so feierlichen Diplom dürfen Bequemlichkeitsrücksichten nicht zur Geltung kommen. Entweder ist der Titel richtig, dann möge er beibehalten werden, oder nicht, dann soll der richtige Titel angewendet werden. Wir können die Rechte des krönenden Ungarns, den Titel seines Königs nicht davon abhängig machen, ob die österreichische Regierung stürzt oder steht. (Lebhafte Zustimmung links.) Das ist eine Anomalie, die Erniedrigung des Ansehens des Landes in einem Augenblick, wo es unser aller Interesse ist, die Kraft des Landes, sein Ansehen und seine Macht zum Ausdruck zu bringen, was glänzender, besser, als durch den Krönungsakt nicht geschehen kann. (Lebhafte Zustimmung links.)

Eine solche Staatsakte so leichtfertig zu erledigen, wäre nirgend möglich. Wer garantiert uns dafür, ob die neue österreichische Regierung nicht einen noch schrofferen Standpunkt einnehmen wird.

Abgeordneter Julius Justh: Das ist eine staatsrechtliche Verirrung. Ein vornehmer Fremder!

Abgeordneter Stefan Rakovßky (fortfahrend): Den übrigen Teil des Inauguraldiploms nehme Redner an, in der Voraussetzung, daß der Ministerpräsident hier im Hause das Versprechen Sr. Majestät wiederholt, damit es für die Geschichte verewigt werde und daß der Titel dem Staatsrechte Ungarns entsprechend abgeändert werde. Denn wenn Böhmen zwischen den Ausdruck „apostolischer König" und die Nebenländer eingeschoben würde, hätte es den Anschein, daß die Nebenländer Ungarns vom Mutterlande abgetrennt worden seien. Wenn man keinen entsprechenden Titel finden sollte, stimmt Redner jener Auffassung zu, die im Inauguraldiplom bloß die Eigenschaft des Königs von Ungarn hervorheben will. (Zustimmung links.)

Abgeordneter Géza Polónyi

wendet sich dagegen, daß sich der Reichstag nach Ofen begebe, um dort in Anwesenheit des Königs eine gemeinschaftliche Sitzung beider Häuser abzuhalten. Der König sollte eigentlich selbst in den Reichstag kommen, wie es im Sinne des Staatsrechtes richtig wäre. Durch Zuvorkommenheit wird das Staatsrecht Ungarns verdunkelt. Ebenso seien alle Ausdrücke zu vermeiden, die die ungarische heilige Krone als ein Fideikommiß erscheinen ließen. Die Krone habe keine Anwärter, es gibt bloß ungarische Kronprinzen, die zur Erbfolge berufen sind, zwischen der Krone und der Nation besteht ein ideales staatsrechtliches Verhältnis, das nicht den Schein eines privatrechtlichen Abkommens duldet.

Die Erklärung, die heute Graf Theodor Pejacsevich abgegeben hat, muß Redner, da er nur ihren Text, nicht aber die näheren Umstände ihres Zustandekommens kennt, freudig begrüßen. Sie verlangt hinsichtlich des staatsrechtlichen Verhältnisses zu Kroatien das nämliche, was die Partei des Grafen Michael Károlyi verlangt hat: die Geltendmachung des G.-A. XXX: 1868. Redner glaubt nicht, daß der Ministerpräsident diesbezüglich einen anderen Standpunkt einnehmen würde, denn die Nomenklatur des G.-A. XXX: 1868 ist an einer Stelle des Inauguraldiploms enthalten. Weshalb beklagen sich die Kroaten?

Abgeordneter Graf Theodor Pejacsevich: Wegen des Großen Titels.

Abgeordneter Géza Polónyi (fortfahrend): Die Unabhängigkeitspartei unterstützt jede Geltendmachung des G.-A. XXX:1868, sollten aber Wünsche nach der Theorie Pliverics' aufleben, wenn man eine dualistische oder paritätische Form auszudrücken wünscht, so stehen wir auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Nicht die Ausdrücke sind unrichtig, nur die Art ihrer Anwendung. In Kroatien übersetzt man den ungarischen Ausdruck für Staatsgemeinschaft sehr gern mit dem Ausdruck „Staatengemeinschaft" ins Deutsche, um eine Gemeinschaft zweier Staaten durchblicken zu lassen. In diesem Bestreben wird die kroatischen Abgeordneten hier niemand unterstützen, und man muß den Herrn Ministerpräsidenten begrüßen, wenn er einer solchen Absicht gegenüber an dem G.-A. XXX:1868 festhält.

Redner verweist darauf, daß zwischen den Separatvota der Parteien der Grafen Apponyi und Károlyi keine Gegensätze grundlegender Natur bestehen, das Separatvotum Károlyis ist nur radikaler und detaillierter. Redner schließt sich diesem an.

Es ist nach der Auffassung des Redners veraltet, eine Reihe von Ländern anzuführen, die dann in der Eidesformel unter dem Sammelnamen „und so weiter" aufgezählt werden. Wir verlangen bloß von unserem König den Eid als vom apostolischen König Ungarns und Kroatien-Slawonien-Dalmatiens; wir wollen bloß unsere überlieferte Verfassung garantiert, unserem ungarischen König hochgestellt sehen, wenn Fremde bei uns mit Berufung auf den Kaiser von Oesterreich anklopfen. In eine Handlung, an der die Nationen und ihr König beteiligt sind, möge die Person des Kaisers nicht miteinbezogen werden. In der Tatsache der Krönung darf die Verfassung nicht verhüllt sein, wir sind stolz darauf, daß wir einen König haben, der, wenn er mit uns einen Vertrag schließt, nur König von Ungarn ist.

Die Sitzung wird bis 4 Uhr unterbrochen.

Die Nachmittagssitzung.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung um ½5 Uhr nachmittags setzte

Abgeordneter Géza Polónyi

seine Erörterungen über den Titel fort. Er beanstandet, daß in diesem Titel Kroatien-Slawonien-Dalmatien von Ungarn getrennt, erst nach Böhmen und den übrigen Königreichen Oesterreichs angeführt werden, wodurch der Eindruck erweckt werden könnte, als gehörten diese Länder gar nicht zu Ungarn. Andererseits wird dadurch Kroatien-Slawonien-Dalmatien aus dem Wirkungskreise des Titels des apostolischen Königs ausgeschieden, wogegen Redner entschiedenst protestieren müßte.

Der Titel „apostolischer König" fehlt noch im Inauguraldiplom Maria Theresias; erst nachdem der Papst im Jahre 1758 Maria Theresia auf deren direktes Ansuchen den Titel wieder verlieh, benützte Maria Theresia diesen Titel, der sich also naturgemäß auch auf Kroatien-Slawonien-Dalmatien erstreckt, wie ihn auch Maria Theresia gebrauchte. Redner spricht hierauf über das Recht der Sanktionierung, das eine spezifische ungarische Rechtsquelle ist, und es ebenfalls als wünschenswert erscheinen läßt, auf die Frage des Titels Gewicht zu legen. Es wurde heute hier der Standpunkt eingenommen, daß wir Recht hätten über die fünf im Inauguraldiplom aufgenommenen Punkte hinauszugehen. Diesen Stendpunkt kann Redner nicht teilen. Es gibt zweifellos eine Schule, die dies lehrt, eine Prüfung unseres Corpus juris widerspricht jedoch dieser Auffassung, die von einem kardinalen Irrtum ausgeht. Die ungarische Verfassung garantiert dem König das Recht der Sanktionierung, aber dieses Recht erhält er erst nach der Annahme des ihm von der Nation vorgelegten Inauguraldiploms. Die ungarische Nation hat verfassungsmäßig und auch nach den Lehren der Geschichte das Recht, im Inauguraldiplom ihren jeweiligen Wünschen Ausdruck zu verleihen. Redner kann die Theorie nicht annehmen, daß ein Reichstag einem künftigen Reichstage oder gar künftigen Generationen in bezug auf das Inauguraldiplom die Hände binden könne. Er verweist auf die zahlreichen Inauguraldiplome verschiedenen Inhalts seit 1723, die alle für die Richtigkeit seines Stendpunktes sprechen. Es wäre nicht opportun die Beachtung künftiger Gesetze im Diplom aufzunehmen; es ist aber das Recht, ja sogar die Pflicht des Abgeordnetenhauses, für die Beachtung der schon bestehenden Gesetze Garantien zu schaffen.

Da diese Rechtsfrage nicht strittig ist, kann nur noch die Frage bleiben, was in das Inauguraldiplom aufgenommen werden soll. In dieser Beziehung hat die Partei Redners große Mäßigkeit bekundet, weshalb er mit voller Begeisterung

Neues Wiener Tagblatt

17./XII. 1916

dem Neuabdruck eines im „Neuen Wiener Tagblatt" erschienenen, mir damals entgangenen Aufsatzes — als Vertreter von Anschauungen der „österreichischen Staatsphilosophie" mitgenannt zu werden, gegen die ich ganz entschieden Stellung genommen habe. Um dies vor den Lesern jenes Artikels festzustellen, ohne sie mit einem Stellennachweis aus meinen Schriften zu ermüden, will ich die dort behandelten Fragen zusammenfassend von meinem Standpunkt besprechen und mich dabei möglichst wörtlich an meine früher veröffentlichten Sätze halten.

Aus dem Verhältnis des Staats zu seinem Boden, insbesondere der geographischen Lage und dem Raum, in denen er sich entwickeln muß, ergeben sich für jeden einzelnen Staat besondere Entwicklungsrichtungen und Aufgaben. So kann als Leitgedanke die Erfüllung und Beherrschung eines natürlichen Gebietes erscheinen, aber auch die Zusammenfassung einer Nation zu staatlicher Einheit. Beides kann Hand in Hand gehen, wenn — etwa in Insel- und Halbinselländern — das Streben der Nation nach einem geschlossenen, gut begrenzten Wohngebiet und das des Staates nach einem ebensolchen Herrschaftsgebiet räumlich und gedanklich zusammenfallen. Aber da die Nation und der Staat nicht dieselben Anforderungen an ihr Stamm- und Zuwachsgebiet stellen, wachsen sie in der Regel immer wieder auseinander, so oft auch das eine dem andern in seine Neuländer nachfolgt. Die Ausbreitung der Nation muß durch die festgelegten Staatsgrenzen nicht gehindert werden; aber auch das Ausdehnungsbestreben des Staates kann, wenn der Nationalstaat erreicht ist oder auch schon früher durch geographische oder wirtschaftliche Momente über die Grenzen der Staatsnation hinaus auf imperialistische Bahnen gelenkt werden. Immer handelt es sich um die Angliederung und Sicherung von Räumen, die geographische Einheiten niederer oder höherer Ordnung darstellen.

Die österreichisch-ungarische Monarchie umfaßt ein von Natur aus geschlossenes und geschütztes, in vieler Beziehung sich wirtschaftlich in sich selbst ergänzendes und genügendes Gebiet. Sie findet ihre geographische Grundlage in der südöstlichen Verkehrsabdachung Mitteleuropas, die sich nach dem europäischen Orient öffnet, aber, durch die leichte Ueberschreitbarkeit der Wasserscheiden mit der Nordabdachung Mitteleuropas enger

Staatsgedanke und Nationalitätenstaat.

Von Prof. Dr. **Robert Sieger** in Graz.

In seiner soeben erschienenen, sehr dankenswerten Schrift „Autonomie?" hat Albert Ritter (K. v. Winterstetten) alle Bedenken gegen eine Erweiterung der Kronlandsautonomie zusammengefaßt, aber auch gewichtige Gründe für eine Einschränkung des heutigen Maßes von Autonomie zugunsten der Staatseinheit geltend gemacht. Ich bin in allen Hauptsachen, wenn auch nicht in jeder Einzelheit, mit ihm einverstanden und habe selbst auf die Schattenseiten der autonomen Landesverwaltungen hingewiesen, über die uns jetzt eine leider noch nicht veröffentlichte Denkschrift des Deutschen Volksrates für Krain besonders eindringlich belehren könnte. Um so mehr bin ich überrascht, in dem Abschnitt über Nationalstaat und Nationalitätenstaat —

wurzelnde und wuchernde Popularitätsspekulation hatte da heißhungrig ein wahres politisches Kalifornien entdeckt; hier war eine „volkstümliche" Idee, und die mußte mit aller Gewalt exploitiert werden. Der Rumäne ist im allgemeinen mit viel natürlicher Klugheit und gesundem Menschenverstand begabt, aber nur für Dinge und Vorgänge, die ihn persönlich und vor allem seinen lockeren Beutel unmittelbar angehen. Was ihn nicht direkt berührt, die Vorsorge und Voraussicht für die Zukunft: darum schert er sich nicht viel. Er lebt vom Heute für das Heute; das Morgen überläßt er der Vorsehung.

Der enge Rahmen eines Artikels gestattet es nicht, auf die Tätigkeit der Liga im einzelnen und auf ihre giftigen Nährquellen ausführlich einzugehen; es fehlt an Raum um auf charakteristische Momente und Personen hinzuweisen, die schon ihrer Bedeutung wegen wie gefährlicher Zündstoff wirken mußten; doch dürfte der Name eines Neculae Jorga, der Seele des Unternehmens, genügen, um einen Begriff von der Agitation und ihren Methoden zu geben. Auch ein zweiter Demagoge von geradezu krankhafter Ambition, der verstorbene Nieu Filipescu, hatte sich vollständig den Zwecken der Liga gewidmet. Wie hätte sich da noch vernünftige Erwägung durchsetzen sollen, die nüchterne Argumentation Carps, daß Siebenbürgen selbst für ein siegreiches Rumänien nur ein böses Danaergeschenk bedeuten würde. Denn eine rumänische Irredenta hat in Siebenbürgen, das kann jedes Kind bestätigen, nie und nimmer existiert. Die Liga hat ihre hinter dem Schlagworte „Kultur" lauernden Begierden oft mit kühner Stirn abgeleugnet; wie sehr ihre Zwecke aber aller Welt bekannt waren beweist schon der Spitzname „Mamaliga", den sie im Volksmunde führte. Mamaliga ist die Bezeichnung für Polenta, das rumänische Volksnahrungsmittel. Zugleich aber kann man es auch als Mama liga, als Mutter Liga deuten. Die Liga als „Mutter" der „geknechteten" Siebenbürger Rumänen, als Mutter, die ihre Arme begehrlich nach den „Söhnen jenseits der transsylvanischen Berge" ausstreckt.

Dr. M. Scheyer.

Zwischen Walachei und Moldau.

Zu Wochenbeginn hatten österreichisch-ungarische und deutsche Truppen bei Reccan

gehören. Die Preise aller Dinge klettern mit lächerlicher Geschwindigkeit empor, und unsre Wünsche blicken zu Gegenständen hinauf, die uns früher bequem erreichbar waren. Vielleicht will uns das Geschick eine Lehre geben, damit wir wissen, wie es denen zumute ist, die ihr ganzes Leben lang mit resigniertem Lächeln alles ansehen, was uns auch heute noch als selbstverständlicher Bedarf erscheint. Es ist gar kein Zweifel, daß wir einige Stufen auf der sozialen Leiter hinabgestiegen sind seit dem Tage, an dem der Weltkrieg den Horizont in düsteres Rot tauchte. Wir erhalten bittere Pillen. Da ist etwa ein kleines silbernes Döschen in einem Antiquitätenladen, das die Blicke der geliebten Frau bei gelegentlichen Spaziergängen mit magischer Kraft auf sich zog. Luxus, nicht wahr? Man denke: Ein Silberdöschen in der Zeit der Brot- und Fettkarten. Aber ohne Luxus ist es schwer auf Erden, und bisher ist die Einheitstunke auf dem Mittagstisch Gott sei Dank noch nicht notwendig geworden, und wir müssen uns auch noch nicht mit dem Futternapf bei der Fahrküche anstellen. Also kurz und gut, wir möchten gern ein ganz besonderes freudig-erstauntes Lächeln auf dem teuren Antlitz sehen und sind zu jedem Opfer bereit. Wir kennen auch den Preis und haben das Geld in der Tasche, da steht schon einer mit einer fetten, kalt geronnenen Verdienerphysiognomie und dreht gerade dieses Döschen zwischen den Wurstfingern, auf denen ungezählte neue Brillant-, Smaragd- und Rubinringe blitzen, obwohl ihnen Seife und eine ganz billige Nagelfeile viel notwendiger wäre. Dieser Kerl sieht natürlich nicht, wie fein und graziös die blumen

Arbeiterzeitung
17./XII. 1916
168

für Wien.
Montagmittagsblatt 8 h

Abonnementsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus: Wöchentlich 60 h, monatl. K 2.60, vierteljährl. K 7.80
Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen: Monatlich K 2.60.
Provinz und Ungarn: Monatl. K 3.—, vierteljährl. K 9.— bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Vierteljährl. K 12.—.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Vierteljährl. K 15.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen:
I. Schulerstraße 18, Telephon 9191
II. Pazmanitengasse 80, Tel. 40228
X. Wielandplatz 5, Telephon 58244
XIV. Wiemingerplatz 6, Tel. 33129
XVI. Klausgasse 34, Telephon 34149
XVII. Lacknergasse 22, Telephon 17175
XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei.

tung

sterreich.

r nachmittags.

XXVIII. Jahrgang.

Aufstellung der Bedingungen folgen wird, so ist der Vernunft die Bahn geöffnet, auf der sie auch in die gegnerischen Länder eindringen kann. Denn den Kriegsscharfmachern steht, sie an Kraft und Bedeutung weit überragend, die Sehnsucht der Menschheit nach Frieden und Wohlfahrt entgegen.

Das zwanzigste Jubeljahr Badenis.

Einige Tage noch trennen uns von dem Eintritt in das Jahr 1917, in das wirtschaftspolitische Kometenjahr der Monarchie, wo der Ausgleich mit Ungarn geschlossen und die Grundlagen unserer künftigen Volkswirtschaft und Weltstellung gelegt werden sollen. Es fügt sich zugleich, daß dieses Kometenjahr der Zukunft das zwanzigste Jahr der Erinnerung an des Grafen Badeni Glück und Ende ist. Die Geschichte ist allezeit eine gute Lehrmeisterin des Lebens gewesen. Also wollen wir die Geschichte des Jahres 1897 kurz erzählen. Vielleicht ist daraus etwas zu lernen.

Zu Beginn des Jahres 1897 regierten in Ungarn Banffy, in Oesterreich Badeni. Banffy war ein sogenannter starker Mann. Die Opposition der Unabhängigkeitspartei, die ihm unbequem geworden war, hatte er eben mit altungarischen Mitteln, mit Geld und Gewalt, gebrochen und gebot unbeschränkt über eine gefügige, für ihn begeisterte Mehrheit. In Oesterreich hatte Graf Badeni kurz vorher die Wahlreform mit der fünften Kurie eingeführt und bei den Neuwahlen ein überaus regierungsfrommes Haus bekommen. Als es zusammentrat, zählte man außer vierzehn Sozialdemokraten und fünf Schönerianern nichts als staatserhaltende Parteien. Lueger war am 8. April 1897 als Bürgermeister von Wien bestätigt worden, die Jungtschechen hatten sich sattgesiegt und waren bereit, zur Regierung zu stoßen. Politische Schwierigkeiten waren nirgends sichtbar. In den Monaten Jänner, Februar und März 1897 stand kein politisches Wölklein am Himmel und kein Anzeichen eines kommenden Sturmes war sichtbar.

Nun aber hatte Graf Badeni in der Geheimlade seines Schreibtisches ein umfangreiches Aktenstück, das Banffys und seine Unterschrift trug. Die beiden Regierungen hatten, ohne die wirtschaftlichen Kreise oder die politischen Parteien zu befragen, in aller Stille einen Ausgleich abgeschlossen. Daß diese Vereinbarungen so ausschließlich von Kabinett zu Kabinett, ja von Regierungschef zu Regierungschef getroffen worden waren, das war allerdings eine schlimme Unbedachtheit. Denn am Ende handelte es sich doch um die großen Lebensinteressen zweier Volkswirtschaften, die da durch Kompromisse in Einklang zu bringen waren. Banffy allerdings, ein ebenso schlauer wie gewalttätiger Mann, hatte keine Ursache, seine Abschrift des Originals im verborgenen zu halten, er buchte sie als Erfolg. Nicht so Badeni, der seine Abschrift ängstlich in der Schublade hielt, dafür aber als Handelsmann aus dem Osten — wie man ihn nannte, denn er hatte eine kaufmännische Vergangenheit — sich auf den politischen Markt begab.

Zu jener Zeit lag ihm ein tschechischer Universitätsprofessor namens Kaizl ständig im Ohr: Die Regierung könnte aus eigener Machtvollkommenheit, durch ministerielle Verfügungen ohne Parlament, eine Verschiebung der nationalen Machtverhältnisse und eine Aenderung des geltenden Amtssprachenrechtes vorkehren. Das würden ihr die Tschechen bei der Entscheidung über den Ausgleich schon Dank wissen. Zwar waren schon vordem, seit dem Thunschen Ausgleichsversuch aus dem Jahre 1890 und schon früher, die bezüglichen Verfassungsfragen viel erörtert und die Auffassung siegreich geworden, daß die Rechtsverhältnisse der Nationen nur durch Gesetz und also im Parlament festgelegt werden könnten. Aber der Handelsmann aus dem Osten hatte für die rechtliche Seite seiner Geschäfte nicht das richtige Verständnis und so entschied er sich für das System der Patente. Am 5. April 1897 erschienen die später so berühmt gewordenen Sprachenverordnungen für Böhmen, Mähren und Schlesien, worinnen diese drei Länder zwar nicht ganz sondergestellt, aber doch mit einem sprachlichen Sonderrecht ausgerüstet wurden. Die Tschechen gingen ins Regierungslager über.

172

Pester Lloyd

19./XII. 1916

K.u.k. Zentralzensurbehörde Wien

Kriegstagung des Reichstages.

Die Debatte über die Wahl des Palatinstellvertreters.

Budapest, 18. Dezember.

Die Opposition ist heute im Abgeordnetenhause mit vollem Rüstzeug ins Gefecht getreten. Sie schickte ihre besten Kämpfer aus und Graf Julius Andrássy eröffnete mit ungewöhnlicher Rückhaltlosigkeit die Operationen. Graf Stefan Tißa sollte unmöglich gemacht werden, er, dessen Partei sich erdreistete, ihn als berufenen Koronator zu bezeichnen. Ungewöhnlich rückhaltlos, ja ungewöhnlich scharf waren die Angriffe, mit denen Graf Julius Andrássy die Disqualifizierung des Grafen Stefan Tißa anstrebte, und Graf Albert Apponyi ließ sich am Ende seiner Rede zu gleichen Heftigkeiten des persönlichen Kampfes hinreißen. Das durchaus persönliche, von alten Haßgebilden umlagerte Kampfziel verdarb sichtlich die guten Sitten, und wenn Abgeordneter Johann Tóth leidenschaftlich war, so wurden Graf Michael Károlyi, Géza Polónyi, Desider Abrahám und Béla Mezössy, unterstützt von den lauten Elementen der Linken, oft draufgängerisch und nicht selten wahllos feindselig.

Die Mehrheit ließ sich durch diese Art nicht aus den Schranken locken, die die Stunde, der Beratungsstoff und der gute Geschmack ziehen.

Der Präsident der Partei der nationalen Arbeit Graf Karl Khuen-Héderváry schilderte, sicher und treffend klärend, die Geschichte des Palatinats bis zu dem Zeitpunkt, da die Repräsentativverfassung gestaltet wurde. Fußend auf geschichtlichen Erkenntnissen suchte er und bot er die richtige Deutung jener vielberufenen Erklärung, die Franz Deák im Jahre 1867 bei der Wahl des stellvertretenden Palatins abgab, eine Erklärung, auf die sich heute die Opposition stützte. Im Jahre 1867 war es noch nicht gewiß, ob sich das Verfassungswesen zu einem parlamentarischen Regierungssystem ausgestalten werde. Dieses damals noch offene Problem bot die Grundlage der Forderung Deáks, die den stellvertretenden Palatin in seiner Wahl abhängig macht von dem Willen der Mehrheit. Heute ist es nun die Mehrheit, die den Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tißa zum stellvertretenden Palatin wählen will, und somit erfolgt seine Wahl nicht nur nicht im Gegensatz zur deákistischen Tradition, sie ist gewissermaßen vorgeschrieben durch den Geist der berufenen Rede Franz Deáks. Würdevoll und überzeugend verwies Graf Karl Khuen-Héderváry auch auf die hohe Berufenheit des Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tißa, auf die großen, unvergänglichen Verdienste des Premiers, der den Beratungen am Nachmittag fernbleiben mußte. Graf Theodor Pejacsevich bekundete die Zustimmung der Kroaten. Graf Stefan Lázár zeigte, wie ungerechtfertigt die Opposition den Vorwurf erhebe, daß Graf Stefan Tißa seine Wahl zum Koronator über die Harmonie der Krönung stelle, stellt sie doch selbst ihre persönlichen Gefühle über die Harmonie, indem sie die heutige Auseinandersetzung entfachte. Ruhig und würdevoll unterstützte die Mehrheit ihre Redner, bis der Abend hereinbrach und die Debatte, nach einer kurzen Auseinandersetzung, an der auch Justizminister Eugen v. Balogh teilnahm, auf morgen vertagt wurde. Morgen wird Graf Theodor Batthyány als erster Redner sprechen. Er kündete schon heute eine ausführliche Erörterung an.

Zur Stunde, da das Abgeordnetenhaus seine Nachmittagsberatung eröffnete, trat auch das Magnatenhaus zu einer Beratung zusammen. Es erledigte zustimmend, nachdem Baron Samuel Jósika über den Empfang des Präsidiums bei Sr. Majestät berichtet hatte, die Vorlage über das Budgetprovisorium und das handelspolitische Ermächtigungsgesetz. In dringlicher Weise beantragte dann Graf Johann Hadik, das Haus möge seine Initiative auf die Wahl des stellvertretenden Palatins geltend machen. Der Antrag wurde mit allen gegen 17 Stimmen abgelehnt. Die Ablehnung wurde vorhergehend durch eine Rede Géza Bernáths motiviert.

Mittwoch wird das Haus über das Inauguraldiplom beraten.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

In Ergänzung unseres Berichtes im Abendblatt veröffentlichen wir im folgenden den weiteren Verlauf der Debatte über die Eidesformel.

Nach dem Abgeordneten Géza Polónyi ergreift das Wort

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa:

Geehrtes Haus! Vor allem möchte ich den Herrn Abgeordneten Géza Polónyi beruhigen, daß die Deputation die Eidesformel verhandelt hat; sie hat sie wohl ohne Debatte angenommen, aber auch in der Deputation in aller Form verhandelt.

Was die Titelfrage betrifft, konstatiere ich hier ganz kurz zwei Dinge. (Hört! Hört!) Erstens, daß der in die Eidesformel aufgenommene Titel Sr. Majestät der Kleine Titel Sr. Majestät ist, wie er 1868 festgestellt wurde und seither unverändert im Gebrauche ist. Ich glaube daher, daß gegen diesen Titel überhaupt keine Einwendung erhoben werden kann. (So ist's! auf der Rechten.) Darüber, daß Se. Majestät den Eid nicht als Kaiser von Oesterreich, sondern als König von Ungarn ablegt, kann dem geehrten Herrn Abgeordneten der Umstand volle Beruhigung gewähren, daß Se. Majestät in der Eidesformel selbst sagt: „als Erb- und apostolischer König Ungarns und der Länder Kroatien, Slawonien, Dalmatien schwöre Ich bei Gott"; er legt also den Eid ausschließlich in seiner Eigenschaft als König von Ungarn ab. (So ist's! auf der Rechten.)

Was den vom Herrn Abgeordneten Grafen Theodor Pejacsevich unterbreiteten Antrag betrifft, erlaube ich mir vor allem hinsichtlich seines Textes — in dem der Herr Abgeordnete Géza Polónyi das Wort „Integrität" beanstandet hat — zu bemerken, daß dieser Text dem G.-A. XXX: 1868 entspricht, der hinsichtlich des Inauguraldiploms ausspricht, daß es auch in kroatischer Sprache zu verfassen und darin auch die Integrität und die Landesverfassung der Länder Kroatien, [illegible] wegung an. Da [illegible] möglichst [illegible] Ausdrücken lich sehr [illegible] damit, wän daß auch [illegible] Slawonier Staatsgeset XXX: 18[illegible] diplom ax keiten stüat und wenn Slawonier sehe ich nht in den Er Haus, dht Grafen auf nehmen des Vizen Annahmebt Di in mit dees beantwit Da en nicht am rs dazu, dier hause te G.-A. X en des J er sitzende ng setzung de übersendich Beiden Folg lung d m in Geeen geehrten en rechtzeitien Abgeordte, Eidesforg krönetreffen it, Residenzs nehmen. ht Es e bezug auf treffen. In die Kg sehen seit ist im Jer gen Reog den. Be Reichstaer ters als f vertretente tretung er vertretern Notwendige vertrog Auf zu erledigwählen, i Inaugurgegenzunte Erlaubnin Deputatie krönen zu Wets porat in unterst nehmec wissen, br, Gelegenhg leistenmocht ir Ferm Regnikolterschien hauses. Es a. neten wit Bevollmät führ um bilden. e Es l, Assist (Es beim hinsichtli mahl ver der Saal geräumig zu fassen Häuser und zu n Ich möge ne 1867. J anbieten, Se. M die K zur Ve werden. Schn das Mit Krönung. Geer Antrag d „Der 1. K Krönung haus un 2. K diploms n mitgliede Sr. Ma gnädigst zu lasser krönen Majestät

Bitterkeiten erregt. (Lebhafte Zustimmung links.) Für diese einen Tag sollen wir den Landfrieden stiften, dessen Wärm für lange Zeit das liebevolle Herz dessen erfüllen möge, de zu uns kommt und um dessen Krönung es sich handelt. Mög der Krönungsakt würdig sein der heiligen Krone und der zu salbenden Person des Königs. (Lebhafter Beifall links.)

Graf Albert Apponyi:

Die Symbolik der im Laufe der Zeit entwickelten und auf uns überkommenen Krönungsbräuche veranschaulicht schön und ergreifend die spezifische Eigenschaft des ungarischen Königtums, derzufolge das letztere nicht allein die Rechte der Krone, sondern die Zusammenfassung der königlichen und der nationalen Rechte bedeutet. Wenn der König vor den Altar tritt, um als Gesalbter des Herrn die Kirche zu verlassen, tritt an die Seite des Vertreters der überirdischen Macht auch ein Vertreter der Nation, um an der Aufsetzung der Krone auf das Haupt des Königs mitzuwirken, den Satz versinnbildlichend, daß die Nation die Macht auf den zu krönenden König überträgt. Dies kommt zum Ausdruck in der Mitwirkung des Palatins an der Krönungshandlung, dieses hohen Dignitärs, der nicht vom König ernannt, sondern von der Nation erwählt ist.

Grundsätzlich ist es ganz richtig, daß während der Vakanz des Palatinsamtes ein Erwählter der Nation die Funktionen des Palatins bei der Krönung verrichtet und daß dieser Stellvertreter des Palatins durch den Reichstag gewählt wird. Bedingung dabei jedoch ist, daß der Stellvertreter auf einer der Palatinswürde entsprechenden Grundlage stehen muß. Dies aber schließt den Anspruch des Oberhauptes der Parteiregierung aus, bei der Wahl des Reichstages seine Person besonders zu berücksichtigen. Franz Deák hat dies, ohne weitere Erläuterung, in dem einfachen Satze ausgedrückt, er möchte nicht wünschen, daß diese Betrauung an die Stellung des Ministerpräsidenten geknüpft werde. Wenn nun aber jetzt, nach dem ersten Falle dies auch ein zweites Mal geschieht, so werden schon zwei Präzedenzfälle für die Verknüpfung mit der Stellung des Ministerpräsidenten gegeben sein, und bei künftigen Krönungen wird dann jeder Ministerpräsident geltend machen können, es sei eine Zurücksetzung, wenn nicht er die Betrauung empfängt.

Das Amt des Palatins stand außerhalb der Parteiregierung, und als 1848 die repräsentative Verfassungsform eingeführt wurde, ward dafür gesorgt, daß der Palatin dem Ideenkreise der Parteiregierung entrückt werde; der Palatin wurde zum königlichen Statthalter, der in Abwesenheit des Königs die Hoheitsrechte auszuüben hatte; er wurde mit jener außerhalb und über den Parteien stehenden Würde bekleidet, die mit der königlichen Würde selbst verknüpft ist. Jetzt aber will man nicht aus der Stellung des Ministerpräsidenten, sondern aus der Tatsache, daß der Ministerpräsident der Führer der in Mehrheit befindlichen Partei ist, den Rechtstitel für diese Betrauung ableiten. Die Eigenschaft eines Parteiführers ist ein Führerwirken im Kampfe, im Wettbewerb um die Macht. Dies ist jedoch ein geradezu disqualifizierender Umstand, wenn es sich darum handelt, daß jemand unter diesem Rechtstitel wirken soll in einem erhebenden Augenblick, in dem wir die Erinerung an innere Kämpfe wenigstens für eine Stunde verdrängen, indem wir alles ausschließen sollten, was uns an Dinge erinnern könnte, deren Erinnerung im Interesse der völligen Verschmelzung der Gefühle besser nicht wachgerufen wird. (Lebhafter Beifall links). Die Mitwirkung am Krönungsakte ist ein Eingreifen in das Heiligtum der Königswürde, ist die immittelbarste Berührung mit dessen Symbol, das nächste Heranrücken an die Königswürde, das einem einfachen Staatsbürger erreichbar ist. Darum soll bei der Auswahl des Mannes, der mit dieser Funktion betraut wird, auf die hohe Unparteilichkeit der königlichen Würde, die alle Gefühle in sich vereinigt, Rücksicht genommen werden.

Den Anspruch auf diese Funktion mit der Mehrheitsführerschaft begründen, heißt den Parlamentarismus völlig verkennen. Das Wesen des Parlamentarismus ist nicht ausgeschöpft darin, daß die Mehrheit beschließt. Der Parlamentarismus ist kein einfaches arithmetisches Exempel. Vielmehr heischt er das Vorhandensein der Möglichkeit eines richtigen Zusammenwirkens zwischen Mehrheit und Minderheit, eine derartige Führung der Angelegenheiten, daß in gewissen Augenblicken zu gewissen Zwecken die Einheit der Gefühle herstellbar sei. (Zustimmung links.) Auch im Parlamentarismus müssen gewisse große Handlungen, mit denen die Unterschiede der politischen Richtungen nicht zusammenhängen, den Parteikämpfen völlig entrückt sein, und so können denn bei solchen Handlungen nicht Personen in Betracht kommen, die den Parteikampf personifizieren und mit diesem derart verschmolzen sind, daß ihre Individualität sich von den letzteren nicht trennen läßt. (Beifall links.) Die Minorität dieses Hauses stellt auch nach den Wahlen, wie sie 1910 gemacht wurden, noch immer ein Drittel der Volksvertretung dar, und die Stimmenzahl, die auf sie fiel, bildet die Mehrzahl der im ganzen Lande abgegebenen Stimmen, ganz abgesehen davon, daß heute niemand wissen kann, ob nicht die Politik der Minderheit heute schon den Wunsch der Mehrheit der Nation zum Ausdruck bringt. Sind wir also ein Ding, das unbeachtet bleiben kann? Zählen wir also gar nichts? (Lebhafter Beifall links.) Eine derartige Auffassung ist eine Entartung des Parlamentarismus, ist Absolutismus und Willkür. (Lebhafter Beifall links.)

Der Opposition kann man nicht zumuten, die Einheit der Gefühle dadurch herzustellen, daß sie ihre Gefühle unterdrückt und sich diejenigen der Mehrheit auferlegen läßt. Der Ausbruch des Weltkrieges hat die Notwendigkeit ergeben, die Gegensätze innerhalb der Nation nicht zu verschärfen, vielmehr zur Verteidigung des Vaterlandes, zur ruhmvollen und siegreichen Durchführung des Verteidigungskrieges alle Herzen und alle Kräfte zu vereinigen. Ich wage zu behaupten, daß bisher die Opposition die ganze Last dieser Notwendigkeit allein zu tragen hatte, denn die Schroffheit des Parteiregimes ist um nichts milder geworden. (Lebhafter Beifall links.) Zur Ausgleichung der vor dem Kriege entstandenen heftigen Zusammenstöße und Gegensätze hat die Mehrheit keinen Versuch unternommen. Jetzt, wenn je, wäre die Mehrheit, die im Besitze der Macht ist, verpflichtet, den ersten Schritt zu tun und zu sagen: „Da wir alle nunmehr uns im Dienste eines großen Zieles zusammengeschlossen haben, so wollen wir die Vergangenheit prüfen und trachten, im gemeinsamen Einvernehmen die Dinge auszumerzen, die uns bisher einander gegenübergestellt hatten." (Zustimmung links.) Nichts dergleichen ist jedoch geschehen. Regierung und Mehrheit haben in voller Seelenruhe den Burgfrieden, die Bequemlichkeit in der Ausübung der Macht genossen, die ihnen unsere pflichtbewußte Haltung geboten hat. Ich sage das nicht etwa, als ob ich mich der weiteren Pflichterfüllung entziehen möchte unter dem Rechtstitel, daß andere ihre Pflichten nicht erfüllen. (Eljenrufe links.) Wenn es auch künftig so sein wird, [illegible] so führt sie die Obstruk[illegible] ... [illegible] ... [illegible] seren Antrag stimmt, der wird nicht mehr in kommen. (Rufe bei der Majorität: Das werden

Nach einer längeren Pause wird die S eröffnet.

Abgeordneter Iwan Persics (Starcsevics aus, man sehe jetzt, daß es sich um eine absich lassung handle, Kroatien soll einem ungarischen K gestellt werden. (Widerspruch rechts.) Redner wen gegen den Banus, gegen den kroatischen Minister den ungarischen Ministerpräsidenten und sagt, in an den ungarischen Reichstag garantiere der Kro rische Verfassung. Wer aber garantiert unsere au fassung? Eine solche Garantie haben wir nicht. K bei der Krönung durch die kroatischen Abgeordnete tage vertreten. Der kroatische Landtag werde als K Krönung nicht teilnehmen. Er wird auch an der des Inauguraldiploms nicht teilnehmen. Den K eine einfache Uebersetzung zugestellt werden. An nungseid sollte eigentlich in kroatischer Sprache eines kroatischen Bischofs abgelegt werden. Das Antrag enthält, werde selbst von alten Unionisten verics und Dr. Tomasics vertreten. Wer so etwas behauptet, so dürfe die jetzige Major unterbieten. Die jetzige Majorität dürfe kein schaffen. Es sei dies der erste Fall seit dem Besta gleichs, daß sich ein Thronwechsel vollzieht, desh Mehrheit bedenken, was sie tut. Man wolle jetzt Staatlichkeit völlig ausschalten und dabei dürfe d des Landtages nicht mitwirken.

Abgeordneter Dr. Surmin (kroatisch-s lition) weist die Ausführungen der Vorredner zur in Kürze aus, bei Annahme des Antrages be ten sei der Antrag der Opposition einfach gegen worden. (Großer Lärm und Protestrufe links. seid die ärgsten Magyaronen! Das ist eine Feig spruch rechts.)

Surmin: Die Opposition hat ihren Ant unrichtige Adresse gerichtet. Der richtige Weg Präsidenten beantragte Adresse und deshalb m trag der Opposition abgelehnt werden. (Beifall hafte Zwischenrufe links.)

Der Präsident erklärt die Debatte für und erteilt das Schlußwort dem Abgeordneten H

Hervoj führt in seinem Schlußworte aus, tion verschanze sich hinter einen unbegründeten V den Antrag der Opposition abzulehnen. Die Wor redners seien geradezu ein Spott für jeden Kro hafter Widerspruch rechts.)

Redner polemisiert dann gegen das Vorgehen gegenüber Kroatien und sagt, daß die höchsten Fakt lich die Rechte Kroatiens anerkennen werden.

Ueber den Antrag der Opposit namentlich abgestimmt, und derselbe, obwohl viele der Majorität wegen der Verhandlungen des Reichstages abwesend sind, mit 21 gegen men abgelehnt.

Hierauf wird der Dringlichkeitsantrag des A Radics verhandelt. Abgeordneter Radics be Antrag aus dem Gesichtspunkte der nationalpoli wicklung und des konstitutionellen Lebens. Er spri Bedeutung der Slowenen und sagt, ebenso wichtig kroatisch-serbische Volk in Bosnien. Darin lieg Bedeutung des slowenisch-kroatisch-serbischen Vo dem jetzigen Zeitpunkt gebührend hervorgehoben w

Präsident: Ich ermahne Sie, zum Ge sprechen.

Abgeordneter Radics betont weiter, ma jetzigen Moment zur Neuregelung des Verhältnis Ungarn und Kroatien nicht verpassen, und beklag verschiedene Ausgleichsverletzungen. Die Ungar Ambition, die Herren des Balkans zu werden, und Idee müssen wir uns wenden.

Abgeordneter Dr. Prebeg (reine Rechtsp seine Partei habe sich schwer entschlossen, den Ant unterzeichnen, weil derselbe auf dem Ausgleich ba sie wollte der Mehrheit entgegenkommen. (Ironis kungen rechts.) Die jetzige Majorität lasse sich von rischen Regierung vor den Kopf stoßen und quittie Dank. Deshalb mußte dieser Antrag eingebracht wer wir den Ausgleich für ungültig erklären, so wäre erst der Anfang des Kampfes, aber es möge nur kommen, wir fürchten ihn nicht.

Abgeordneter Persics erklärt im Namen esvicspartei für den Antrag zu stimmen, aber Grunde, weil die Selbständigkeit Kroatiens ein Bedürfnis sei. Die kroatische Oeffentlichkeit sei bes Zukunft des Volkes und man frage, warum sich der auch zum kroatischen König krönen lasse. König F wird der Große genannt, weil er die Dynastie m versöhnt habe. Der jetzige König wird noch größer er alle Völker der Monarchie versöhnt, insbes Ungarn und Kroaten. Aber dies sei nur auf Grund ständigen Kroatien möglich.

Nach dem Schlußworte des Abgeordneten R a die Dringlichkeit von der Majorität abgelehn Antrag dem Justizausschusse zugewiesen.

Abgeordneter Radics zieht hierauf eine von i brachte Interpellation zurück, worauf der Präs halb 11 Uhr nachts die Sitzung schließt und die näch für morgen 10 Uhr vormittags mit folgender Tag anberaumt: 1. Wahl des Quästors und von füh führern. 2. Wahl des Ausschusses zur Verfassung de Präsidenten beantragten Adresse an den Kön

Patriotische Spenden.

Bisheriges Gesamtergebnis Kronen 3.904.7

Für die Familien der Reservisten und Hinter unserer gefallenen Soldaten sind uns zugegangen:

„ Moriz Mayer und Frau	...
„ Dr. Theodor Helvey (erhaltene Sachverständigengebühr) für die Witwen und Waisen der Reservisten vom Personal der k. u. k. Hof-Samenhandlung Edmund Mauthner, Budapest, als freiwillige Abgabe von seinen Bezügen pro erste Hälfte Dezember (für die Kriegswitwen und -waisen)	...
von Frau Otto Scheible als Weihnachtsgabe (für die Kriegswaisen)	...
„ Berthold Tintner	...
„ N. N. (für die Kriegswaisen)	...
Zusammen	...
Hiezu die im Morgenblatte vom 17. Dezember ausgewiesenen	...
Totale	...

Pester Lloyd Abendblatt
19./XII. 1916
173

STER LLOYD

ABENDBLATT

Nagy, Julius & Co., Geb. Leopold, Ant. Hezel, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Hegyi, Jos. Schwarz. Generalvertretung des „Pester Lloyd" für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den „Pester Lloyd".

Einzeln: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 14 Heller. Abendblatt in Budapest 8 Heller, in der Provinz 10 Heller.

Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utcza 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

Budapest, Dienstag, 19. Dezember 1916 — Nr. 352

Kriegstagung des Reichstages.

Die Debatte über die Wahl des stellvertretenden Palatins.

Budapest, 19. Dezember.

Die Debatte über die Wahl des stellvertretenden Palatins wurde heute von einer wenig Neues enthaltenden, doch das alte radikal betonenden Rede des Abgeordneten Ubul Kállay eröffnet. Völlig das gleiche gilt von der folgenden Rede des Grafen Theodor Batthyány, der ausführlich, doch nicht anregender sprach.

Stürmischer, bewegter wurde die Beratung, als Abgeordneter Karl Németh den Standpunkt der Mehrheit kennzeichnete. Die Opposition versuchte, die kraftvollen Wahrheiten dieses Redners niederzuschreien und seine Ausführungen durch ununterbrochene Zwischenrufe zu stören. Namentlich als Abgeordneter Németh feststellte, daß die Opposition gegen den Willen des Erzherzogs Josef dessen Namen mißbrauche, steigerte sich der Protest der Opposition zu tosenden Kundgebungen des Widerspruchs. Die Mehrheit aber war hineingerissen in die Bewegung, sie jubelte begeistert ihrem Redner zu, und der nächste Redner der Opposition, Abgeordneter Johann Justh, hatte schwer gegen den laut bekundeten Widerwillen der Mehrheit zu kämpfen.

Es folgte eine Rede des Abgeordneten Sigmund Nemes. In seinen klugen Ausführungen zerlegte er ruhig und sicher, die Argumentation der Minorität, namentlich ihr Argument, daß die Regierung auf eine faktische Minderheit der Wählerschaft gestützt sei. Energisch und im Pathos der Entrüstung lehnte er den äußerst scharfen Angriff ab, den Graf Julius Andrássy gestern gegen die Regierung und gegen die Mehrheit gerichtet hatte. Er kündete an, daß die Mehrheit solchen Angriffen gegenüber nicht untätig bleiben werde und er erntete mit dieser Ankündigung die stürmische Zustimmung der Mehrheit.

Graf Albert Apponyi sah sich bewogen, in persönlicher Frage das Wort zu ergreifen. Er protestierte mit ausführlicher Begründung gegen den Vorwurf, daß die Minorität mit dem Namen des Erzherzogs Josef manövriere.

Abgeordneter Stefan Rakovßky verirrte sich unrettbar in rückschauende Betrachtungen der parteipolitischen Vergangenheitsgeschichte. Nur mühsam fand er den Weg zurück zu dem persönlichen Kampfgebiet, auf dem gegen den Grafen Stefan Tißa heute gefochten wird. So lüftete Stefan Rakovßky ein wenig die Maske der oppositionellen Kämpfe, und man sah, daß die Streitaxt, die gegen den Grafen Stefan Tißa geschwungen wird, eigentlich den Beruf hat, das Haupt der Mehrheit und damit diese selbst zu zerschmettern. Natürlich wurde die Sache nicht so ernst, und Stefan Rakovßky mußte es sich am Ende gefallen lassen, daß seine pathetischen Ausfälle auf der Rechten des Hauses mit verständnisvollem Lächeln hingenommen wurden.

Am Schluß der Sitzung gab es deshalb noch eine Auseinandersetzung, denn Abgeordneter Georg Szmrecsányi wollte die Mehrheit wegen ihres wenig respektvollen Verhaltens zurechtweisen. Er erntete aber nur scharfen Protest und zog sich dann zurück.

Graf Stefan Tißa war im Verlaufe der Sitzung im Hause anwesend. Er pflegte Gespräche in den Wandelgängen, erschien aber nur für wenige Augenblicke im Sitzungssaal, um sogleich den Beratungsraum wieder zu verlassen.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Karl v. Száß eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr vormittags.

Schriftführer: Géza Hoványi, Paul Száß, Koloman Szojka.

Auf den Ministerfauteuils: Teleßky, Sándor, Balogh, Baron Harkányi, Baron Hazai, Jankovich, Baron Roßner.

Vizepräsident Karl v. Száß unterbreitet eine Zuschrift des Magnatenhauses, enthaltend die Verständigung über die Votierung der das Budgetprovisorium und die Handelsverträge betreffenden Gesetzentwürfe.

Folgt die Tagesordnung: Die Verfügungen betreffend die mit der Krönung zusammenhängenden weiteren Agenden.

Abgeordneter Ubul Kállay

knüpft an die gestrige Bemerkung des Grafen Khuen-Héderváry an, laut der dieser die Gefühlswelt anderer nicht antasten wolle. Dies decke sich nicht mit der Wirklichkeit, die ein Teil der Partei des Grafen Khuen-Héderváry geschaffen habe. Die Haltung der Regierung während des siebenbürgischen Einbruches und nach diesem hat zwischen der Regierungspartei und der Opposition einen moralischen Abgrund aufgetan, der ewig klaffen wird. Und vergebens wird sich der Ministerpräsident zum Koronator erheben lassen, das Vertrauen der Nation findet in ihm nicht seinen Mittelpunkt. Der Ministerpräsident beruft sich auf den älteren Andrássy. Der ältere Andrássy sei aber gleichsam unter dem Galgen hervor zu der Macht emporgestiegen, die ihm das allgemeine Vertrauen entgegenbrachte. Graf Tißa dagegen möchte am liebsten jeden an den Galgen oder vor die Gewehrläufe bringen, der nicht seiner Meinung ist. Jeder sei geeigneter, die Stelle eines stellvertretenden Palatins zu bekleiden, als der Mann, der in den ungarischen Parlamentarismus die bewaffneten Trabanten eingeführt habe.

Graf Theodor Batthyány

beleuchtet die Ereignisse jener Konferenz, in der die Betrauung des Erzherzogs Josef mit der Stellvertretung des Palatins aufgeworfen wurde. Seine Partei war bestrebt, die Harmonie bei dem bevorstehenden wichtigsten Staatsakte zu wahren. Als Graf Apponyi in der bekannten vertraulichen Konferenz den Gedanken aufwarf, daß Erzherzog Josef mit diesen Agenden betraut werde, war er nur von selbstlosen Motiven geleitet. (Zurufe rechts: Können Sie das gleiche auch von Andrássy behaupten?) Da es bekannt ist, daß Graf Julius Andrássy schon vor zehn Jahren — als der Zustand des Königs Franz Josef diese Frage aktuell erscheinen ließ — den Erzherzog Josef vorgeschlagen hatte und da Graf Andrássy heute auch diesen Standpunkt einnimmt, muß Redner den Zwischenruf als Insinuation bezeichnen. (Beifall links.) Redner war überzeugt, daß Graf Tißa den Antrag Apponyis mit Freude annehmen und sich zu eigen machen werde. (Sigmund Nemes: Warum wollen Sie den Erzherzog für sich expropriieren? Lärm links.) Es hing ausschließlich vom Grafen Tißa ab, daß diese Kandidierung mit einhelliger Begeisterung erfolge. Die ungarischen Soldaten und das ungarische Volk hängen mit schwärmerischer Liebe an dem ungarischen Erzherzog. Und wenn Sie eine parlamentarische Majorität für den Grafen Stefan Tißa uns entgegenstellen, so können wir Ihnen eine Mehrheit von zwanzig Millionen gegen Tißa entgegenstellen. Die Dissonanz der jüngsten Tage hat ausschließlich der Ministerpräsident mit seiner Selbstkandidierung heraufbeschworen. Die Majoritätspartei hat sich schon längst und auch in dieser Frage zu Franz Deák in Gegensatz gestellt. Sie haben auch jetzt die weise Mahnung Deáks vollständig unberücksichtigt gelassen. Es würde weder dem Prestige des Ministerpräsidenten, noch dem der Mehrheitspartei eine Einbuße bereiten, wenn sie in dieser Frage unseren Standpunkt annehmen wollten. Redner stellt in Abrede, daß Graf Stefan Tißa besondere Verdienste um das Land hätte, wie das die Redner der Mehrheitspartei behaupten. Was das Majoritätsprinzip betrifft, so sei die Majorität nicht mit solch lauteren Mitteln zustande gekommen, daß sie heute noch das Recht hätte, sich als Depositär des Vertrauens der Nation zu betrachten. (Zustimmung links.)

Abgeordneter Karl Németh:

Der Geschichtschreiber wird zweifellos feststellen müssen, daß die staatserhaltende Kraft der ungarischen Nation während des Weltkrieges trotz aller großen Gegensätze voll zur Geltung gelangt ist. Doch ist die Erhaltung der Harmonie nicht allein ein Verdienst der Opposition, wie es gestern Graf Albert Apponyi betont hat, sondern auch ein Verdienst der Mehrheit, die stets die Interessen des Landes vor Augen hielt und selbst gegenüber den schwersten und ungerechtesten Beschuldigungen, die seitens der Opposition gegen sie erhoben wurden, ihre Ruhe bewahrte. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Umso bedauernswerter ist es, daß jetzt, wo das Parlament eine der schönsten und wichtigsten staatlichen Funktionen zu erfüllen hat, indem wir unseren König, der schon bisher so viele Beweise seiner Liebe zum ungarischen Volk geliefert hat, krönen wollen, die oppositionellen Redner Töne anschlagen, die weder mit der Würde des Parlaments, noch mit dem Krönungsakt im Einklang stehen. (Großer Lärm links.) Die Mehrheit will auch jetzt nicht dazu beitragen, daß das Niveau des Parlaments herabgesetzt werde. (Riesiger Lärm und zahlreiche Zwischenrufe links.) Noch bedauernswerter ist es aber, daß die Opposition den Namen eines Mannes in die Debatte hineinzerrt (großer Lärm links), dem jeder Ungar die homagialste Achtung, tiefe Anhänglichkeit und bewundernde Liebe entgegenbringt. (Lebhafter Beifall und Applaus rechts.) Dies ist umso weniger verzeihlich, als Erzherzog Josef persönlich erklärt hat, er wolle seinen Namen nicht in den politischen Kampf hineinzerren lassen. Das Vorgehen der Opposition ist demnach eine respektlose Handlung gegen seine erhabene Person. (Riesiger Lärm links. Beifall und Applaus rechts.) Man beruft sich auf die Zeit der Koalition. Dadurch kann die Opposition die Mehrheit nicht irreführen; denn dieselbe Opposition, die jetzt gegen das Präsidium Zeter und Mordio schreit, hat, als sie am Ruder war, die Opposition durch Wortentziehungen zum Stillschweigen verdammt. (Riesiger Lärm links. Stürmischer Beifall rechts.) Der Hinweis auf die Koalition ist aber auch aus anderen Gründen ungerechtfertigt. Wekerle hatte damals keine eigene Partei. Jedenfalls waren andere Gründe dafür maßgebend. (Riesiger Lärm und zahlreiche Zwischenrufe links.)

Präsident: Ich bitte die oppositionellen Abgeordneten, die Redner der Mehrheit ebenso ruhig anzuhören, wie die Mehrheit die Redner der Opposition anzuhören pflegt. (Beifall rechts.)

Abgeordneter Karl Németh (fortfahrend) will die Empfindlichkeit der oppositionellen Abgeordneten nicht berühren, allein er muß die Insinuationen, die gestern und heute gegen die Mehrheit erhoben wurden, entschieden zurückweisen. (Beifall rechts. Lärm links. Präsident läutet.) Wir alle stimmen darin überein, daß den Gesetzen entsprechend der Fürstprimas und der Vertreter der Nation den König krönen soll. Seit der Einführung der parlamentarischen Regierungsform übt der Reichstag die Rechte der Nation aus. Auch Samuel Bónis wies im Jahre 1867 darauf hin, daß den Grafen Julius Andrássy die Mehrheit zum Stellvertreter des Palatins gewählt hat. (Großer Lärm links. Rufe links: Einstimmig!) Die Minderheit hat sich damals der Abstimmung enthalten. Auch jetzt ist nur von der Geltendmachung des Mehrheitsprinzips die Rede. (Andauernder Lärm links. Präsident läutet.) Die Opposition wirft dem Grafen Tißa die Vergangenheit vor, daß er das Wehrgesetz gegen den Willen der Opposition zur Geltung brachte. (Großer Lärm links. Rufe

Österr. Volkszeitung

176

19./XII. 1916

Der Deutschen Pflicht in Oesterreich.

Vom Reichsratsabgeordneten Dr. Artur **Stölzel**, Landeshauptmannstellvertreter in Salzburg.

Das Jahr 1916 neigt sich dem Ende zu; das dritte Jahr, das der Weltkrieg durchtobt, geht zur Neige.

Stark und männlich, aber friedensgewillt und friedensbereit hat der Vierbund seinen Feinden die Hand zum Einschlagen geboten. Noch können wir nicht sehen, ob die giftige, hämische Antwort feindlicher Zeitungsstimmen auch die Antwort der Feindesvölker ist; bis heute scheinen die Feinde noch nicht den ritterlichen Sinn des Anbotes zu verstehen oder es täuschen gewissenlose Kriegshetzer ihre blutenden eigenen Staats- und Volksgenossen weiter. Doch sei es, wie es sei, unser Wort war ehrlich und mannhaft gesprochen und auch dies Friedenswort fügt sich harmonisch in die Kriegsgroßtaten unserer gewaltigen Heere und Reiche ein. Wir alle ersehnen heiß den Frieden, den Frieden in Ehren; für ihn ist unserer tapferen Krieger Blut geflossen, für ihn, den Frieden, mußte unser greiser verblichener Friedenskaiser das Schwert ergreifen; des Deutschen Reiches gewaltiges Heer, die treuen Bundesgenossen Türkei und Bulgarien, sie alle kämpfen für den Frieden, gegen Haß und Neid und Vernichtungswut der Feinde, welche uns zu Sklaven auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiete machen wollen! Verschmäht der Feind die Friedenshand, so werden wir weiter kämpfen nach Außen und arbeiten im Innern, bis daß der böse Wille der Feinde gebrochen ist, denn selbst zur heiligen Weihnachtszeit gilt das Wort „Friede auf Erden" nur denen, die guten Willens sind.

Draußen vor dem Feinde schützt uns unserer Krieger treues tapferes Heer! Im Hinterland arbeite alles zusammen würdig der Helden an der Front im eisernen Pflichtgefühl, gegen Eigennutz und Wucher, gegen Gedankenlosigkeit und Leichtsinn, für das große Ziel eines ehrenvollen Friedens, einer glücklichen Zukunft!

Unter den Waffen schweigen nicht nur die Musen, auch die Politik im Innern hat zu schweigen, denn alles und jedes im Staate hat nur einem großen Ziele zu dienen, Kampf und Sieg und ehrenvollen Frieden! Wenn jetzt nach zweiundeinhalb Jahren wieder die Stimme der Politik auch im Innern des Staates sich hörbar macht, so ist dies nur scheinbar ein Abweichen von jenem allein richtigen Standpunkte. Es gilt für uns schon heute das Haus zu zimmern, wohnlich zu gestalten und zu schmücken, in welches unsere, so Gott will, siegreich heimkehrenden Krieger einziehen sollen. Dem Staatshause gilt diese unsere Arbeit.

Zweiundeinhalb Jahre ist Blut geflossen, edles Jugendblut und reifer Männer Tod, der weinende Witwen und Waisen geschaffen, haben die Schlachtfelder gesehen. All das Blut darf nicht vergeblich geflossen sein. Wehe denen, welche in diesen schweren Kriegsjahren nichts vergessen und nichts gelernt haben, denn sie sehen nur des Krieges Elend und nicht des Krieges Werk. Dieses Werk aber soll die Neugeburt des Vaterlandes sein.

Ein Kaisertum Oesterreich ist wieder geschaffen, der Inhalt muß der Form entsprechen. Wir Deutsche in Oesterreich haben vor und während des Krieges uns ganz und gar mit dem Staate solidarisch erklärt; wir sind von dem Bewußtsein durchdrungen, daß nicht nur unsere Vaterlandespflicht uns zum Bekenntnis des Staates zwingt, sondern auch unsere Volkspflicht als Nation. Als treue Oesterreicher wollen wir gute Deutsche sein und bleiben und als treue Deutsche gute Oesterreicher. Wir wollen nicht die Herren im Staate sein, nicht die anderen Nationen in unfruchtbarer Ueberhebung brutal beherrschen, aber wir wollen ein starkes Kaisertum Oesterreich, nicht einen Spielball der Nationen, ein Oesterreich, in dem auch wir Deutsche arbeiten können, geistig und wirtschaftlich, nicht immer kämpfen von Tag zu Tag um unser Recht und unser Dasein, die besten Kräfte, welche allen im Staate und diesem besonders dienen könnten, aufreiben in der Sisyphusarbeit nationalen Kampfes.

Wir sind uns bewußt, daß vor allem der Staat stark, lebenskräftig und entwicklungsfähig sein muß, wenn unser deutsches Volk in Oesterreich lebenswert leben soll. Dem Staat gilt daher unsere ernste zielbewußte Arbeit. Die Grundbedingungen wollen wir mitschaffen helfen, um den Staat zu befreien von unfruchtbaren inneren Wirren und Kämpfen der Nationen, damit frische Arbeitslust und Arbeitskraft einziehe, damit nicht österreichische Geistes- und Wirtschaftskraft Tag für Tag und Stunde um Stunde zermürbt werde im inneren Hader, sondern frei bleibe für den Kampf um den Platz an der Sonne draußen in der Welt. Wohl kein Volk in Oesterreich darf sich rühmen, mehr gearbeitet und sich mehr gemüht zu haben in seinen besten Geistern als das deutsche Volk gerade um die Verfassung, um das Volksrecht. Wohl kein Volk in Oesterreich ist ferner dem Grundsatze: „Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut!", denn im deutschen Herzen und Sinne wohnt heute noch wie zur Zeit der Römerkämpfe ebenso die Treue gegen den Herzog in Not und Gefahr, wie das Bewußtsein des Rechtes des Volksthings.

Aber was wir wollen und was wir müssen, das ist, die Forderung stellen nach der Schöpfung solcher verfassungsmäßiger Zustände, welche die Verfassung nicht zum Spott werden lassen. Fort mit der Frage, ob für oder gegen die Regierung, ob für oder gegen die Person des Chefs der Regierung. Sollen wir uns wie die Kinder führen lassen, einer glänzenden Seifenblase nachjagend, welche zerplatzt, wenn wir sie erfassen wollen? Trocken herausgesagt, wir wollen ein Parlament, aber nicht ein Parlament, welches lebt von heute auf morgen nach der Gnade der jeweiligen Regierung; nicht ein Parlament, in welchem, wie es geschehen ist, der Staat verneint werden darf unter dem Hohngelächter der Außenwelt, nicht ein Parlament, in welchem nationale Erpressungen auf der Tagesordnung stehen und in welchem statt gemeinsamer Staatsarbeit nur Handelspolitik mit den Gütern des Staates getrieben wird. Wir wollen erlöst sein im Parlamente von dem Kampfe um Sonderstaatsrechte, denn es gibt für uns nur ein Staatsrecht in Oesterreich, das österreichische.

Wir wollen aber weiter auch ein starkes Parlament zum Kampfe gegen Volksbetrug, Bewucherung und Ausbeutung. Ein Parlament, das nicht zu zittern braucht, ob es morgen noch lebt, wenn es wagt an die scheinbaren Rechte des modernen Mamonismus zu rühren. Wir brauchen ein Parlament starker, andauernder, wirtschaftlicher Arbeit für Bürger und Bauer und Arbeiter, dem es Ehrensache und Ehrenpflicht ist, dem Staate zu geben, was er braucht zu gesundem Leben, der Wehrmacht unseres Reiches, um Vaterland und Volk schützen zu können wider jeden Feind. Nicht ein Parlament, in welchem man um all das erst ringen, bitten und betteln muß.

Nicht um Personen darf es sich da handeln, nicht für und gegen die Person, um die Sache handelt es sich allein. Ein starkes Oesterreich ist das Ziel deutscher Politik der Deutschen in Oesterreich. Die Zukunft wollen wir unseren Nachkommen bauen.

Wer uns in diesem Streben unterstützt, ist unser Freund und Bundesgenosse, wer uns darin hindert und bekämpft, ist unser Gegner.

gesetzentwurf, des weiteren über die gemeinsamen Forderungen des Nationalverbandes und der Christlichsozialen sowie die Bestrebungen nach Schaffung einer Einheits-, beziehungsweise Arbeitspartei und über deren Ergebnis. Redner besprach des weiteren die Bildung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft und die in Durchführung begriffene Satzungsänderung des Nationalverbandes, die eine geschlossene Abgabe von fast hundert Stimmen in allen wichtigen Angelegenheiten im Parlamente sicherstelle. Die weiteren Ausführungen des Redners befaßten sich mit dem Programm des Nationalverbandes für die Tätigkeit des Abgeordnetenhauses.

Abgeordneter Dr. Waber führte u. a. aus: „Die Stellungnahme des Deutschen Nationalverbandes zu den Regierungen hängt in keiner Weise von der Persönlichkeit des Ministerpräsidenten, von persönlichem Vertrauen oder Mißtrauen ab, sondern von dem Verhalten der Regierung zur Schaffung der Voraussetzungen für eine gedeihliche Neuordnung der verfassungsrechtlichen Verhältnisse in Oesterreich, welche eine Bürgschaft für eine verfassungsmäßige Tätigkeit im Dienste des Staats- und Volkswohles bieten muß. Auf Experimente und Versuche können sich die deutschen Abgeordneten nicht einlassen, um dann etwa für einen Schiffbruch der verfassungsmäßigen Einrichtungen mitverantwortlich zu werden. Die Regierung muß wissen und offen bekennen, was sie will. Jedes Schwanken und Wanken wäre verderblich, eine Rückkehr zu den Zuständen vor dem Kriege, die diesen Krieg gewiß mitverschuldet haben, ist unmöglich. Sie müßte verhängnisvolle Wirkungen auslösen und die ganze zukünftige Entwicklung in der nachteiligsten Weise beeinflussen. Die in Aussicht genommene Erweiterung der Autonomie Galiziens bringt notwendig das Ausscheiden der galizischen Abgeordneten aus dem Reichsrate mit sich. Den Abgeordneten Galiziens kann nicht das Recht zuerkannt werden, über ihre eigenen Angelegenheiten selbständig zu entscheiden und überdies noch an der Bestimmung der Angelegenheiten Westösterreichs mitzuwirken. Ueber die großen gemeinsamen Fragen wird in den beiden Vertretungskörpern getrennt entschieden werden müssen; die im Interesse des ganzen Staates im gleichen Interesse Galiziens und Westösterreichs gelegene Einheitlichkeit in den wichtigen Fragen aufrechtzuerhalten, wird die Aufgabe der österreichischen Regierung sein. Redner verweist darauf, daß es ein Irrtum wäre, zu glauben, daß dadurch die Einflußnahme der Slawen Westösterreichs auf den Gang der Entwicklung verhindert würde, nur die slawische Union oder slawische Majorität, der das deutsche Volk in Oesterreich als willkommene Beute zufallen sollte, würde dadurch im Interesse des Gesamtstaates ausgeschlossen. Die Deutschen Oesterreichs verlangen nichts, als ihr gutes angestammtes Recht, eine entsprechende Berücksichtigung ihrer Steuerleistung und der im Kriege bewiesenen Staatstreue und ihrer Opfer an Gut und Blut. Die kulturelle Entwicklung der Slawen haben die Deutschen nie gehindert und wollen sie nicht hindern. Die fortgesetzten Angriffe der Slawen in den deutschen Gebieten zurückzuweisen, ist ihr gutes Recht und ihre Pflicht. Das Prinzip Freiheit auf Ordnung gebaut müsse auch in nationaler Beziehung gelten. Aus diesem Grundsatze ergebe sich die Forderung nach der Kreiseinteilung in Böhmen, die ebenso im deutschen wie im czechischen Interesse gelegen sei. Die Frage sei durch langjährige Verhandlungen vollständig geklärt und könne nicht weiter zu langwierigen Verhandlungen überlassen werden, die nur den einen Erfolg hätten, den Unfrieden in den Beziehungen der beiden Völker und in der ganzen Monarchie rege zu erhalten. Dies gelte auch von der deutschen Staatssprache, deren Einführung durchaus nicht als nationaler Gewinn, sondern als Staats- und Verwaltungsnotwendigkeit erscheine. (Lebhafter Beifall.) Redner besprach des weiteren die Frage des Verfassungsgelöbnisses unter Vergleichung des Inhaltes des Artikels 8 und des Krönungseides in Ungarn. Dr. Waber schloß seine Rede mit der Feststellung, daß das Vorhandensein einer mächtigen großen politischen Organisation das einzige Mittel sei, die Forderungen durchzusetzen, und trat in diesem Sinne unter großem Beifall für einen zweckmäßigen Zusammenschluß der deutschen Parteien ein.

Ueber wirtschaftliche Fragen sprachen hierauf in längeren Ausführungen Abgeordneter Kittinger, Bezirksrichter Rochowanski und Dr. Ernst Hampel.

Ingenieur Luft beantragte hierauf die folgende Entschließung: „Der deutschnationale Parteitag Niederösterreichs billigt die Haltung der deutschnationalen Abgeordneten Niederösterreichs und die von ihnen erstatteten Berichte. Der Parteitag betont die Notwendigkeit der Schaffung eines deutschen Blocks als Gegengewicht gegen den Zusammenschluß der czechischen und polnischen Abgeordneten und begrüßt das bisher erzielte Einvernehmen der deutschen Parteien zur Wahrung der Rechte des deutschen Volkes. Der Parteitag fordert von der Regierung als Voraussetzung für eine gedeihliche parlamentarische Tätigkeit: die Sonderstellung Galiziens, die Kreiseinteilung in Böhmen, die deutsche Staatssprache als eine Staats- und Verwaltungsnotwendigkeit und eine, die Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses sichernde Geschäftsordnung. Vom Parlamente erwartet der Parteitag positive Arbeit im Dienste des Staats- und Volkswohles: vor allem positive Mitwirkung bei Lösung der Ernährungsfrage und die Beschlußfassung über den im Zusammenhange mit der Ernährungsfrage stehenden Ausgleich mit Ungarn, die Anbahnung der Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Deutschen Reiche, ein zielbewußtes Vorgehen gegen den Kriegswucher, die Beschlußfassung betreffend die Invalidenfürsorge, die Kriegerheimstätten, Bodenreform, die Ausgestaltung der Postsparkasse zur Staatsbank, die Neuordnung der Staatsfinanzen unter Rücksichtnahme auf die Massen des arbeitenden Volkes und entsprechende Heranziehung der im Kriege geschaffenen großen Vermögen, die staatliche Unterstützung bei Wiederaufrichtung der durch den Krieg geschädigten Existenzen, die Beeinflussung der Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft im sozialen Sinne."

Diese Entschließung wurde unter großem Beifall einstimmig angenommen und hierauf die Tagung nach dreistündiger Dauer geschlossen.

Parteitag der Deutschnationalen Niederösterreichs.

Vorgestern fand im Gebäude des Deutschen Schulvereines zu Wien der diesjährige Landesparteitag der vereinigten Deutschnationalen Niederösterreichs statt. Der zahlreich besuchten Tagung wohnten u. a. bei: die Abgeordneten Wedra, Kittinger, Dr. Waber und Kemetter, ferner die Landtags-Abgeordneten Bürgermeister Tamussino (Mödling) und Pittner, der Obmann der deutsch-sozialen Partei Bauer, der Obmann der Deutschnationalen Vereinigung Wiens Luft, Bezirksrichter Rochowanski für den Hauer- und Bauernbund und Dr. Hampel als geschäftsführender Vorstandstellvertreter des niederösterreichischen Volksbundes. Zur Tagung waren weiter zahlreiche Bürgermeister der Städte und Ortschaften des flachen Landes und viele Vertrauensmänner der verschiedenen Organisationen der Deutschnationalen Niederösterreichs erschienen.

Abgeordneter Wedra, der den Vorsitz führte, sprach in seiner Begrüßungsanrede über die nationalen und wirtschaftlichen Aufgaben, die der deutschen Bevölkerung Oesterreichs aus den Kriegsverhältnissen erwachsen, und brachte zum Schlusse seiner Ausführungen im Namen der Versammlung dem Träger der Krone den Dank der Bevölkerung des deutschen Stammlandes Niederösterreich aus, der durch das eindrucksvolle Friedensangebot bekundet hat, daß er bereit sei, den Frieden anzubahnen und herbeizuführen, daß er aber auch den Sieg unserer Waffen zu erzwingen gesonnen sei. Abgeordneter Wedra richtete den Appell an die Versammlung, in diesem Sinne nicht nur Träger des Friedensgedankens, sondern auch des Gedankens der Ausdauer und des Willens zum Durchhalten unter allen Umständen zu sein. (Lebhafte Heilrufe und stürmischer Beifall.)

Hierauf wurde einstimmig die Absendung des folgenden Huldigungstelegrammes an Seine Majestät beschlossen: „Der Parteitag der Deutschnationalen Niederösterreichs huldigt ehrfurchtsvoll Eurer Majestät und gibt der unwandelbaren Treue zum Herrscherhause und den patriotischen Gefühlen der Bevölkerung des deutschen Stammlandes einmütiger Ausdruck."

Abgeordneter Dr. Waber erstattete den Hauptbericht der Tagung über „Die nationalen Forderungen des deutschen Volkes in Oesterreich". Er gab einleitend eine Uebersicht über die Tätigkeit des Nationalverbandes, über die von dem Verbande Anfang 1915 aufgestellten Grundsätze betreffend die Neuordnung Oesterreichs nach dem Kriege, des weiteren über das von den Kreisen des Deutschen Klub und der deutschen Volksräte vorgelegte sogenannte Osterprogramm und über den damit im Zusammenhange stehenden Sprachen-

Westungarischer - Grenzbote

20./XII. 1916

182

K. k. Bezirksschulrat Wien.

Ein Volksvertreter wird gesucht.

Sehr gern würden wir wieder einmal über ein anderes Thema schreiben, als über die Nichtswürdigkeit unserer sogenannten Volksvertretung. Beispielsweise über die Fragen der Volksernährung, die voraussichtlichen Folgen des Thronwechsels in bezug auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Ungarns oder über die — Friedensfrage. Das sind lauter Existenzprobleme der Gesamtheit des Volkes. Ihre Lösung sollte die sogenannte Volksvertretung gerade jetzt, zur Zeit, die zwischen Thronbesteigung und Krönung liegt, am eifrigsten beschäftigen. Anstatt dessen aber lesen wir in allen tonangebenden Blättern seit Tagen und Wochen über nichts anderes, als über gewisse Details des Krönungszeremoniells und ähnliche Formalitäten, deren Einhaltung oder Abänderung zwar für die alleinseligmachenden Staatsrechtler und sonstigen Katheder-politiker sehr interessant und wichtig sein mag, der überwiegenden Mehrheit unserer Nation aber, wenn auch keineswegs gleichgültig, doch immerhin weit weniger bedeutungsvoll und folgenschwer erscheinen, als etwa die Frage, was für einen Eindruck der junge König von den realen Wünschen und greifbaren Bedürfnissen seines ungarischen Volkes bekommt.

Die Art und Weise, wie sich unser Abgeordnetenhaus in diesen Tagen der Höchstspannung des politischen Interesses gebärdet, wäre vollauf geeignet, dem neuen Herrscher Ungarns hinsichtlich der politischen Lage des Landes ein ganz falsches Bild beizubringen, falls er seine Informationen nur aus den Debatten des Krönungsreichstages schöpfen sollte. Wir wissen, daß dies nicht der Fall ist. Wir setzen unser volles Vertrauen in die objektive Gründlichkeit seiner berufenen Ratgeber. Was sich heute „Volksvertretung" nennt, ist zwar der Verfassung nach berufen, im Namen der Nation zum König zu sprechen, besitzt aber nicht die sittliche Kraft der Selbstlosigkeit, dieser hochwichtigen Aufgabe in so schicksalsschwerer Zeit mit Erfolg gerecht zu werden.

Wenn wir eine auf der Höhe ihrer Bestimmung stehende Opposition hätten, könnte vieles anders sein. Sie wäre eben jetzt mehr denn je berufen, Töne anzuschlagen, die der wahren Stimmung des Volkes entsprechen und den berechtigten Beschwerden der Gesamtbevölkerung Rechnung tragen. Anstatt dessen glaubt man sich in die finstersten Zeiten der Gravaminallandtage zurückversetzt, wenn man unsere jetzigen Parlamentsberichte liest. Nichts wie parteipolitisches Gezänke, persönliche Eitelkeitskrämerei, abgedroschene Rivalitätsgehässigkeiten und zum Ueberflusse noch widerlicher konfessioneller Hader. So war's zur Zeit, als die Türkengefahr das Stephansreich zu verschlingen drohte und so ist es auch heute der Fall, wo der größte aller Existenzkriege, den Ungarn seit tausend Jahren mitgemacht, noch nicht zu Ende ist und wo sich um die Folgen dieses gründlichsten aller Wirtschafts- und Kulturumstürze kein einziger „Volksvertreter" kümmert.

Kein einziger! Wir haben eine Verfassungspartei, zwei Achtundvierzigerparteien, eine (mit Respekt zu sagen) Volkspartei. Sie machen insgesamt mehr als ein Drittel der Gesamtheit aller gewählten „Volksvertreter" aus. Zu diesem Großteil der berufenen Vaterlandsretter gesellen sich 1 (sage und schreibe ein) Demokrat und ebenfalls je ein Vertreter des Bundes der Landwirte und der Christlichsozialen. Der „Demokrat" heißt Vázsonyi. Er hieß ehedem Weißhaupt und begann seine politische Karriere als hauptstädtischer Straßendemonstrant rituell-